

Deutschlands Weg in die Diktatur

Internationale Konferenz
zur nationalsozialistischen Machtübernahme
im Reichstagsgebäude zu Berlin
Referate und Diskussionen
Ein Protokoll

Im Auftrage der
Historischen Kommission zu Berlin
des Instituts für Zeitgeschichte, München
der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn

herausgegeben von
Martin Broszat · Ulrich Dübber
Walther Hofer · Horst Möller
Heinrich Oberreuter · Jürgen Schmädcke
Wolfgang Treue

im
Siedler Verlag

Fünzig Jahre nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler diskutierten im Berliner Reichstagsgebäude deutsche und ausländische Historiker, Politiker und Publizisten auf einer dreitägigen internationalen Konferenz über die Machtergreifung: Was waren die Voraussetzungen und Hintergründe, was geschah in jenem Jahr 1933, wie verlief der Weg davor und danach, welche Personen und Umstände bestimmten die Richtung?

Das Protokoll dieser Veranstaltung gibt nicht nur einen Überblick über einen entscheidenden Abschnitt der neuesten deutschen Geschichte.

Es ist zugleich selbst ein Zeitdokument: Die Diskussionen zeigen den heutigen Stand der Forschung, formuliert und zusammengefaßt von international anerkannten Wissenschaftlern, und sie spiegeln die wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart über Hitler und die nationalsozialistische Diktatur wider.

Inhalt

Vorwort im Namen der Herausgeber

Jürgen Schmädcke

9

Zum Ablauf der Konferenz

14

Verzeichnis der Diskussionsteilnehmer und Herausgeber

15

Eröffnungsveranstaltung

Begrüßung im Namen der Veranstalter

Wolfgang Treue

Vorsitzender der Historischen Kommission zu Berlin

und Verlesung eines Grusswortes

des Bundeskanzlers Helmut Kohl

27

Ansprachen

Richard Stücklen

Präsident des Deutschen Bundestages

31

Richard von Weizsäcker

Regierender Bürgermeister von Berlin

37

Einleitungsvortrag

Die nationalsozialistische «Machtergreifung» – eine Revolution?

Ihr Platz unter den totalitären Revolutionen unseres Jahrhunderts

Richard Löwenthal

42

Podiumsdiskussion

Der Nationalsozialismus – Beispiel des Versuchs
antidemokratischer Krisenbeseitigung in der Moderne
Diskussionsleiter: *Walter Laqueur*/Washington-London
und Beiträge von

Hans Buchheim/Mainz • *Dietrich Gejer*/Tübingen

Richard Löwenthal/Berlin • *Charles Maier*/Harvard

Horst Möller/Erlangen-München • *Ernst Nolte*/Berlin

Gerhard A. Ritter/München

75

Erste Arbeitssitzung

Weimar – Krise und Zerstörung einer parlamentarischen Demokratie

Diskussionsleiter: *Karl Dietrich Bracher/Bonn*

Podiumsdiskussion mit Beiträgen von

Knut Borchardt/München • Georg Kotowski/Berlin

Erich Mathias/Mannheim • Hans Mommsen/Bochum

Rudolf Morsey/Speyer • Heinrich Oberreuter/Passau

Hagen Schulze/Berlin

und *Fritz Stern/New York* als Fragesteller

Einführung und Problemstellung durch den Diskussionsleiter

117

Erste Diskussionsrunde

124

Intervention des Fragestellers

141

Zweite Diskussionsrunde

144

Allgemeine Diskussion mit Beiträgen von

Gerhard Be/er/Frankfurt a.M. • Charles Bloch/Tel Aviv-Paris

Knut Borchardt/München • Gerald D. Feldman/Berkeley

Fritz Fischer/Hamburg • Ossip K. Flechtheim/Berlin

Fred Grubel/New York • Wilhelm Hennis/Freiburg

Rolf Peter Magen/Berlin • Hans Mommsen/Bochum

Wolfgang J. Mommsen/London • Rudolf Morsey/Speyer

Gerhard Schulz/Tübingen • Rita R. Thalmann/Tours

Erika Weinzierl/Wien

Dritte Diskussionsrunde

154

Zweite Arbeitssitzung

Errichtung und Stabilisierung einer totalitären Diktatur

Diskussionsleiter: *Walther Hofer/Bern*

Podiumsdiskussion mit Beiträgen von

Martin Broszat/München • Josef Isensee/Bonn

Eberhard Jäckel/Stuttgart • Jürgen Kocka/Bielefeld

Tim Mason/Oxford • Gerhard Schulz/Tübingen

und *Wolf Jobst Siedler/Berlin* als Fragesteller

Einführung und Problemstellung durch den Diskussionsleiter

185

Inhalt

Erste Diskussionsrunde

196

Intervention des Fragestellers

215

Zweite Diskussionsrunde

219

Allgemeine Diskussion mit Beiträgen von

Martin Broszat/München • Francis L. Carsten/London

Michael S. Cullen/Berlin • Ulrich Dunker/Berlin

Christoph Graf/Bern • Klaus-Peter Hoepke/Karlsruhe

Stig Hornshøj-Møller/Berlin • Jürgen Kocka /Bielefeld

Rudolf Morsey/Speyer • Dagmar Reese-Nübel/Berlin

Harald Scholtz/Berlin • Gerhard Schulz/Tübingen

Nicolaus Sombart/Berlin • Marlis G. Steinert/Genf

Reinhard Strecker/Berlin • Rita R. Thalmann/Tours

Dritte Diskussionsrunde

228

Dritte Arbeitssitzung

Der Nationalsozialismus und die Deutsche Frage in Europa

Diskussionsleiter: Jacques Bariéty/Paris

Podiumsdiskussion mit Beiträgen von

Klaus Hildebrand/Bonn • Andreas Hillgruber/Köln

Wolfgang J. Mommsen/London • György Ranki/Budapest-Bloomington

Karl-Heinz Ruffmann/Erlangen-Nürnberg • Wolfgang Schieder/Trier

Hugh R. Trevor-Roper/Cambridge

und Karl W. Deutsch/Berlin-Harvard als Fragesteller

Einführung und Problemstellung durch den Diskussionsleiter

259

Erste Diskussionsrunde

270

Intervention des Fragestellers

287

Zweite Diskussionsrunde

292

Allgemeine Diskussion mit Beiträgen von

Fritz René Allemann/Würzburg • Josef Becker/Augsburg

Charles Bloch/Tel Aviv-Paris • Karl W. Deutsch/Berlin-Harvard

Jacques Droz/Paris • Georges Goriély/Brüssel

Klaus Hildebrand/Bonn • Andreas Hillgruber/Köln

Inhalt

Eberhard Jäckel/Stuttgart • *Richard Löwenthal*/Berlin
Wolfgang J. Mommsen/London • *Bogdan A. Osadczuk-Korab*/Berlin
Wolfgang Schieder/Trier • *Marlis G. Steinert*/Genf
Rita R. Thalmann/Tours

Dritte Diskussionsrunde

303

Schlussveranstaltung

Abschlussvortrag

Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart

Hermann Lübbe

329

Podiumsdiskussion zum Thema des Abschlussvortrages

Moderator: *Carl Otto Lenz* MdB

Vertreter der Politik

Hans A. Engelhard MdB, Bundesminister der Justiz

Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident a.D.

Hans Maier MdL, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus

Alex Möller, Bundesminister a.D.

Vertreter der Publizistik

Hans Heigert/Süddeutsche Zeitung, München

Hermann Rudolph/Die Zeit, Hamburg • *Carola Stern*/WDR, Köln

Vertreter der Wissenschaft

Iring Fetscher/Frankfurt a.M. • *Hermann Lübbe*/Zürich

Thomas Nipperdey/München • *Hans-Ulrich Wehler*/Bielefeld

350

Schlusswort im Namen der Veranstalter

379

Abkürzungen

380

Quellen- und Literaturhinweise

381

Personenregister

390

Vorwort

Fünfzig Jahre nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler diskutierten im Plenarsaal des Berliner Reichstagsgebäudes deutsche und ausländische Vertreter der Wissenschaft, der Politik und der Publizistik auf einer dreitägigen internationalen Konferenz über «Deutschlands Weg in die Diktatur»: Was waren die Voraussetzungen und Hintergründe, was geschah in jenem Jahr 1933, wie verlief der Weg davor und danach, war Hitler vermeidbar oder unvermeidlich, welche Personen, Strukturen, Umstände bestimmten die Richtung?

Das Protokoll dieser Veranstaltung, zu der die *Historische Kommission zu Berlin*, das *Institut für Zeitgeschichte, München*, und die *Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn*, gemeinsam eingeladen hatten, wird mit diesem Buch der Öffentlichkeit vorgelegt. Dieses Protokoll gibt nicht nur einen Überblick über einen entscheidenden Abschnitt deutscher Geschichte. Es ist zugleich selbst ein Zeitdokument: Die Diskussionen zeigen den heutigen Stand der Forschung, formuliert und zusammengefasst von international anerkannten Wissenschaftlern, und sie spiegeln die wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart über Hitler und die nationalsozialistische Diktatur wider.

Weniger von der Thematik als von der Grössenordnung und der Form des äusseren Ablaufes her betraten die Veranstalter mit dieser Konferenz an historischer Stätte Neuland. Dass am Schluss die positiven Stimmen überwogen, war deshalb nicht selbstverständlich; dass es Kritik gab, konnte nicht überraschen. Letztere bezog sich unter anderem darauf, dass die Diskussionen, die überwiegend unter den teilnehmenden Wissenschaftlern stattfanden, vielfach zu «akademisch» für die anwesenden Politiker, Publizisten, Pädagogen, Schüler, Studenten und anderen Nichtexperten gewesen seien, dass gegenüber der Analyse von Strukturen und Verantwortlichkeiten der *Mensch* als Objekt und Opfer der Politik zu kurz gekommen sei. Dass letzterer Einwand – zuerst von einem Wissenschaftler auf dem Podium geäussert – in der Diskussion durchaus ernstgenommen wurde, mag die genaue Lektüre dieses Bandes zeigen. Dass es andererseits nicht darum gehen konnte, die Fülle der Meinungen und Aspekte auf einige möglichst

allgemeinverbindliche und handliche Formeln zu reduzieren, verstand sich bei einer Veranstaltung mit wissenschaftlichem Anspruch, die den Pluralismus der Meinungen ernst nahm, von selbst.

Die gegenwartspolitische Dimension des Konferenzthemas zeigte sich im Laufe der Debatten immer wieder. Sie kam dann nach der Eröffnungsveranstaltung und den drei den Mittelteil bildenden Arbeitssitzungen – über die Krise und Zerstörung der Weimarer Demokratie, die Errichtung und Stabilisierung der Diktatur und den Nationalsozialismus und die deutsche Frage in Europa – vor allem im Abschlussvortrag und in der folgenden Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der Politik, der Publizistik und der Wissenschaft zum Ausdruck. Hier gab es unter anderem heftige Kontroversen über die Frage, ob eine «gewisse Stille» in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der ersten Nachkriegszeit bewusste Zurückhaltung – um der Integration der Einzelnen in den neuen demokratischen Staat willen – oder «Verdrängung» war. Meinungsstreit herrschte ferner über die von der studentischen Protestgeneration der 60er Jahre ausgelöste neue Faschismus-Debatte der Gegenwart und ihre Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems der Bundesrepublik. So ging es in dieser Diskussion über die Diktatur letztlich immer wieder um die Möglichkeit und die Gefährdung der Demokratie – sei es der von Weimar oder der heutigen.

Überraschend gross war für die Veranstalter einer solchen wissenschaftlichen Konferenz das Echo, das schon die Ankündigung nicht nur unter Wissenschaftlern, sondern auch in der interessierten Öffentlichkeit auslöste. Als die dreitägige Veranstaltung schliesslich am 13. Januar 1983 mit Ansprachen des Bundestagspräsidenten und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin sowie dem Einleitungsvortrag von Professor Richard Löwenthal eröffnet wurde, lag die Zahl der Anmeldungen weit über 1'000, und am Eröffnungsabend, der mit einer Podiumsdiskussion abschloss, wie an den beiden folgenden Tagen war der Plenarsaal stets gefüllt – und das nicht nur mit Wissenschaftlern und Spezialisten.

Nicht minder gross war das publizistische Echo: Insgesamt waren unter den angemeldeten Konferenzteilnehmern über 150 Journalisten. Neben rund 40 Vertretern der Berliner Medien – Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen, Agenturen – und rund 30 hier ansässigen auswärtigen Korrespondenten kamen mehr als 80 Journalisten von auswärts – davon rund 20 aus dem Aus-

land – nach Berlin. Allein aus Bonn hatten sich an die 30 dort akkreditierte Korrespondenten angesagt. Eine rund 200seitige Dokumentation des publizistischen Echos, das die Konferenz im In- und Ausland fand, ist bereits erschienen.*

Das starke Interesse, auf das der Konferenz-Plan stiess, und die Bereitschaft des Bundestags-Präsidiums, das Berliner Reichstagsgebäude zum Veranstaltungsort zu machen, hatte die Veranstalter schon früh zu einer vom normalen Verlauf wissenschaftlicher Symposien abweichenden Programmplanung bewogen. Sie geht in ihren Anfängen auf ein wissenschaftliches Colloquium unter der Leitung von Professor Dr. Walther Hofer/Bern zurück, das vom 10. bis 12. Dezember 1981 im Hause der Historischen Kommission stattfand. Der danach gebildete Vorbereitungs-Ausschuss beschloss im Hinblick auf die zu erwartende grössere Zahl auch nichtwissenschaftlicher Teilnehmer, auf ausführliche Referate weitgehend zu verzichten und stattdessen, in der Hoffnung auf mehr Spontaneität und Lebendigkeit, der freien Diskussion den grössten Platz einzuräumen. Der Gefahr zu weitgehenden Spezialistentums in den Diskussionen sollte dabei durch die Interventionen besonderer «Fragesteller» entgegengewirkt werden, die ausdrücklich nicht zu den Experten des gerade behandelten Themas gehören durften. Aus diesen Überlegungen ergab sich schliesslich die im Anschluss an dieses Vorwort abgedruckte Konzeption «Zum Ablauf der Konferenz». Wieweit es gelungen ist, diese Vorstellungen zu verwirklichen, mag dem Urteil der Teilnehmer und der Leser dieses Buches überlassen bleiben.

Das folgende Protokoll der Veranstaltung beruht auf den schriftlich vorgelegten, für den Druck zum Teil überarbeiteten Ansprachen und Vorträgen der Eröffnungs- und Schlussveranstaltung sowie der Tonband-Abschrift

* 1933 – *Deutschlands Weg in die Diktatur. Das Medien-Echo auf die Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme, im Berliner Reichstagsgebäude, 13. bis 15. Januar 1983.* Zusammengestellt von Jürgen Schmäddeke (= Historische Kommission zu Berlin, Beilage zu: *Informationen*, Neue Folge, Heft 9, Jahrgang 1983), Berlin 1983.

der Diskussionen. Die Diskussionsteilnehmer hatten Gelegenheit, ihre Beiträge, die nach den «Spielregeln» der Konferenz nicht schriftlich vorformuliert werden durften, zu überarbeiten. Die Diskussionsleiter der drei Arbeitssitzungen hatten dagegen für die Teilnehmer ihrer jeweiligen, die Sitzung eröffnenden Podiumsrunde ihre einleitenden Ausführungen bereits einige Wochen vor Konferenzbeginn schriftlich vorgelegt. Soweit diese Texte über die aus Zeitgründen auf 15 Minuten begrenzte mündliche Einführung hinausgingen, wurde für den Druck die ausführlichere Fassung verwendet. Allen Autoren wurde dabei für die Überarbeitung auferlegt, sich auf stilistische Verbesserungen, Korrekturen, eventuelle Kürzungen von Wiederholungen und zum Verständnis nötige Ergänzungen zu beschränken, ohne die Substanz ihrer Beiträge zu verändern. Auf Anmerkungen wurde aus Platzgründen, mit Ausnahme des Einleitungs- und des Schlussvortrages, verzichtet. Beigefügt wurden ein alphabetisches Verzeichnis der Diskussionsteilnehmer und Herausgeber mit kurzen biographischen und bibliographischen Daten und ein Register, in das im Text erwähnte Personen mit kurzen Erläuterungen aufgenommen wurden, soweit dies zum Verständnis der historischen Zusammenhänge nötig erschien. Die Diskussionsteilnehmer sind im Text jeder Sitzung bei der ersten Wortmeldung mit ausgeschriebenem Vor- und Zunamen sowie Ortsangabe genannt, bei weiteren Beiträgen nur in abgekürzter Form. Eine kurze Auswahlbibliographie soll zu weitergehender Lektüre anregen.

Die Verantwortung für die Planung und Durchführung der Konferenz lag in den Händen des bereits genannten Geschäftsführenden Ausschusses. In ihm waren vertreten: für die Historische Kommission zu Berlin deren Vorsitzender Dr. Dr. h. c. *Wolfgang Treue* und der Wissenschaftliche Referent des Internationalen Konsultationsprogramms, Dr. *Jürgen Schmäddeke*, der das gemeinsame Konferenzbüro leitete; für das Institut für Zeitgeschichte, München, dessen Direktor Prof. Dr. *Martin Broszat* und sein damaliger Stellvertreter Dr. habil. *Horst Möller*, jetzt Professor an der Universität Erlangen; für die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn, deren Vorstandsmitglieder Dr. *Ulrich Dübber* MdB und Prof. Dr. *Heinrich Ober-*

reuter/Passau; sowie Prof. Dr. *Walther Hofer/Bern* als Leiter des vorbereitenden Colloquiums im Dezember 1981. Die Genannten sind zugleich die Herausgeber dieses Bandes.

Im Konferenzbüro, dem Konsultationsbüro der Historischen Kommission, trugen der Wissenschaftliche Mitarbeiter *Horst Nöcker*, die Sachbearbeiterinnen *Monika Koch* und *Margarete Vitten* sowie als zeitweise Mitarbeiterinnen *Barbara Peymann* und *Eva Schröder* wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung bei; in Bonn war der Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Regierungsdirektor *Gunter Gabrysch*, für das Konferenzbüro ein wichtiger Partner. Unterstützt wurden die Veranstalter ferner von der Verwaltung des Deutschen Bundestages in Bonn und im Berliner Reichstagsgebäude, von den verschiedenen zuständigen Dienststellen der Berliner Senatskanzlei sowie der Senatoren für Wissenschaft, für Kulturelle Angelegenheiten und für Schulwesen und von zahlreichen anderen Institutionen.

Die Redaktion des vorliegenden Bandes besorgte, gemeinsam mit *Elisabeth Hefti/Bern* und *Horst Nöcker*, Dr. *Jürgen Schmädke*, im Lektorat der Historischen Kommission wirkten *Christian Schädlich* und *Heide Masuch* mit.

Die Hauptlast der Finanzierung der Konferenz und dieses Bandes trug das Land Berlin, Zuschüsse gaben ferner der Deutsche Bundestag, der Freistaat Bayern, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Deutsche Akademische Austauschdienst. Die Herausgeber danken allen genannten Mitarbeitern und Institutionen für ihre Unterstützung – und ebenso *Wolf Jobst Siedler*, der diesen Band kurzfristig und mit grossem persönlichen Einsatz in sein Verlagsprogramm aufgenommen hat.

Ende Juni 1983

Im Namen der Herausgeber
Jürgen Schmädke

Zum Ablauf der Konferenz

Den *Auftakt* und den *Abschluss* der Konferenz bildeten zwei Vorträge, an die sich jeweils eine Podiumsdiskussion anschloss.

Der *Mittelteil* bestand aus drei halbtägigen (vierstündigen) Arbeitssitzungen. Für sie war folgender Ablauf vorgesehen:

1. Der *Diskussionsleiter* umreißt in 15 Minuten die Thematik der jeweiligen Arbeitssitzung und skizziert aktuelle Forschungsprobleme und Kontroversen. Seine Ausführungen werden als einzige schriftlich formuliert.
Anschließend spricht jeder Podiumsteilnehmer 5 Minuten zu einem der angegebenen Aspekte.
2. Der *Fragesteller* entstammt nicht dem Kreis der wissenschaftlichen Experten des behandelten Gebietes, sondern entwickelt aus einer nicht streng fachbezogenen Sicht die zu diskutierenden Fragen an die Fachleute.
3. Aufgabe des Diskussionsleiters ist es dann, im Zusammenwirken mit dem Fragesteller die Diskussion zu lenken und thematisch zu gliedern. Die Diskussion beginnt als Podiumsgespräch mit begrenzter Teilnehmerzahl.
4. Nach angemessener Zeit werden die übrigen Teilnehmer in die Diskussion einbezogen.

Die einleitenden Podiumsgespräche sollten der besseren Strukturierung der Diskussion dienen.

Verzeichnis der Diskussionsteilnehmer und Herausgeber

Allemann, Fritz René (geb. 1910), Journalist, Kleinrinderfeld b. Würzburg. *Veröffentlichungen* u.a.: Bonn ist nicht Weimar (1956); Zwischen Stabilität und Krise (1963); Macht und Ohnmacht der Guerilla (1974).

Bariéty, Jacques (geb. 1930), Dr. phil. (Paris, 1975), Prof. für Zeitgeschichte, Paris-Sorbonne; historischer Berater des französischen Aussenministeriums. *Veröffentlichungen* u.a.: République de Weimar et Régime hitlérien, 1918-1945 (1973); Les Relations franco-allemandes, 1815-1975 (zus. mit R. Poidevin, 1977, dt. 1982).

Becker, Josef (geb. 1931), Dr. phil. (Heidelberg, 1957), o. Prof. für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg, *Veröffentlichungen* u.a.: Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise (Mithrsg., 1980); Hitlers Machtergreifung 1933. Dokumente (Mithrsg., 1983); Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert (Mithrsg., 1983); 1933 – 50 Jahre danach (Hrsg., 1983); Geschichtsschreibung im politischen Optativ?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50 (1980).

Beier, Gerhard (geb. 1937), Dr. phil. (Kiel, 1966) habil., Privatdozent, Universität Kiel; Lehrbeauftragter, Universität Frankfurt a.M. *Veröffentlichungen* u.a.: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933 (1975); Geschichte und Gewerkschaft (1981); Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften (1981).

Bloch, Charles (geb. 1921), Dr. phil. (Paris, 1954), Prof. für Neue Geschichte, Universität Tel Aviv; Gastprof., Universität Paris X – Nanterre. *Veröffentlichungen* u.a.: Hitler und die europäischen Mächte 1933/34 (1966); Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934 (1970); Die Dritte Französische Republik (1972).

Borchardt, Knut (geb. 1929), Dr. oec. publ. (München, 1956), Prof. für Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre, Universität München. *Veröffentlichungen* u.a.: Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800-1970, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte (1976); Grundriss der deutschen Wirtschaftsgeschichte (1978); Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik (1982).

Bracher, Karl Dietrich (geb. 1922), Dr. phil. (Tübingen, 1948), Prof. für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Universität Bonn; Vors. d. Wiss. Beirats d. Instituts für Zeitgeschichte, München. *Veröffentlichungen* u.a.: Die Auf-

lösung der Weimarer Republik (⁶1978); Die nationalsozialistische Machtergreifung (zus. mit G. Schulz/ W. Sauer, ³1973); Die deutsche Diktatur (⁶1979); Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917 (1979); Zeit der Ideologien (1982).

Broszat, Martin (geb. 1926), Dr. phil. (Köln, 1953), Honorarprof., Universität München; Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München. *Veröffentlichungen* u.a.: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit (1960); Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945 (1961); Anatomie des SS-Staates (zus. mit H. Buchheim u.a., 1965); Der Staat Hitlers (1969); Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1-4 (Mithrsg., 1977ff.).

Buchheim, Hans (geb. 1922), Dr. phil. (Heidelberg, 1951), o. Prof. für Politik und Zeitgeschichte, Universität Mainz. *Veröffentlichungen* u.a.: Das Dritte Reich (1958); Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale (²1965); Anatomie des SS-Staates (zus. mit M. Broszat u.a., 1965).

Carsten, Francis L. (geb. 1911), Dr. phil. (Oxford, 1942), em. Prof. für Mitteleuropäische Geschichte, Universität London. *Veröffentlichungen* u.a.: Reichswehr und Politik 1918-1933 (1964); Fascist Movements in Austria (1977, dt. 1977); The Rise of Fascism (²1982, dt. 1968).

Cullen, Michael S. (geb. 1939), B. A., freischaffender Autor, Berlin. *Veröffentlichung* u.a.: Der Reichstag. Die Geschichte eines Monumentes (1983).

Deutsch, Karl W. (geb. 1912), Dr. jur. (Prag, 1938), Dr. phil. (Harvard, 1951), Prof. für Internationale Friedensforschung, Harvard-Universität; Direktor des Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Nationalism and Social Communication (²1966); Politische Kybernetik (1976); Staat, Regierung, Politik (1977); The Analysis of International Relations (²1978); Tides Among Nations (1979).

Droz, Jacques (geb. 1909), Dr. phil. (Paris, 1944), Prof., Faculté des Lettres, Universität Paris-Sorbonne. *Veröffentlichungen* u.a.: Deutschland und die Französische Revolution (1955); L'Origine de loi des trois classes en Prusse (1963); Histoire générale du Socialisme (1972 f.); Der Einfluss der deutschen Sozialdemokratie auf den französischen Sozialismus 1871-1914 (1973).

Dübber, Ulrich (geb. 1929), Dr. phil. (Bonn, 1961), Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Berlin; Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn. *Veröffentlichungen* u.a.: Parteienfinanzierung in Deutschland (1962); Geld und Politik (1971).

Dunker, Ulrich (geb. 1945), Dr. phil. (Berlin, 1976), Historiker; Inhaber einer Gartenbaufirma, Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938 (1977).

Engelhard, Hans A. (geb. 1934), Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Bundesminister der Justiz, Bonn.

Feldman, Gerald D. (geb. 1937), Ph. D. (Harvard, 1964), Prof. der neueren Geschichte, University of California, Berkeley. *Veröffentlichungen* u.a.: *Army, Industry and Labor in Germany, 1914-1918* (1966); *Iron and Steel in the German Inflation* (1977); *Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930-1932*, in: K. Holl (Hrsg.), *Wirtschaftskrise und liberale Demokratie* (1978).

Fetscher, Iring (geb. 1922), Dr. phil. (Tübingen, 1950), Prof. für Politikwissenschaft und Sozialphilosophie, Universität Frankfurt a.M.; Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. *Veröffentlichungen* u.a.: *Von Marx zur Sowjetideologie* (Neuauf. 1964); *Rechtsradikalismus* (Mithrsg., 1967); *Rousseaus politische Philosophie* (³1974); *Terrorismus und Reaktion* (³1981).

Fischer, Fritz (geb. 1908), Dr. phil. (Berlin, 1937), Lie. theol. habil., em. o. Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg. *Veröffentlichungen* u.a.: *Griff nach der Weltmacht* (1961, Neuauf. 1977); *Krieg der Illusionen* (1969, Neuauf. 1978); *Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild* (1977); *Bündnis der Eliten* (1979); *Juni 1914. Wir sind nicht hineingeschlittert* (1983).

Flechtheim, Ossip K. (geb. 1909), Dr. jur. (Köln, 1934), Dr. phil. (Heidelberg, 1947), em. o. Prof. für die Wissenschaft der Politik, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: *Die KPD in der Weimarer Republik* (1948, Neuauf. 1969); *Grundlegung der politischen Wissenschaft* (Hrsg. und Mitverf., 1958); *Von Marx bis Kolakowski* (1978); *Der Kampf um die Zukunft* (1980); *Faschismus, Kommunismus und Totalitarismus*, in: *Europäische Ideen*, H. 56 (1983).

Gerstenmaier, Eugen (geb. 1906), Lie. theol. (Rostock, 1935), habil., D. theol. (Münster), ao. Prof.; Präsident des Deutschen Bundestages a. D. (CDU), Remagen. *Veröffentlichungen* u.a.: *Reden und Aufsätze*, 2 Bde (1956 und 1971); *Streit und Frieden hat seine Zeit* (²1983).

Geyer, Dietrich (geb. 1928), Dr. phil. (Göttingen, 1953), o. Prof. für Osteuropäische Geschichte, Universität Tübingen. *Veröffentlichungen* u.a.: *Der russische Imperialismus* (1977); *Die russische Revolution* (³1980).

Goriely, Georges (geb. 1921), Dr. phil. (Brüssel, 1948), Dr. jur. (Brüssel, 1942), o. Prof. für Politische Wissenschaft, Universität Brüssel. *Veröffentlichungen* u.a.: *Le Pluralisme dramatique de Georges Sorel* (1963); *Hitler prend le Pouvoir* (1982).

Graf Christoph (geb. 1944), Dr. phil. (Bern, 1972), Privatdozent für neuere Geschichte und Archivkunde, Universität Bern; Stellvertreter des Direktors des Schweizerischen Bundesarchivs. *Veröffentlichungen* u.a.: *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation*, 2 Bde (zus. mit W. Hofer/E. Calic/F. Zipfel, 1972 und 1978); *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur* (1983).

Grubel, Fred (geb. 1908), Dr. jur. (Leipzig, 1930), Direktor des Leo-Baeck-Instituts, New York. *Veröffentlichungen* u.a. zur deutsch-jüdischen Geschichte.

Hennis, Wilhelm (geb. 1923), Dr. jur. (Göttingen, 1951), Prof. für wissender Süddeutschen Zeitung, München. *Veröffentlichungen* u.a.: *Stätten der Jugend* (1958); *Sehnsucht nach der Nation* (1965); *Deutschlands falsche Träume* (1967).

Hennis, Wilhelm (geb. 1923), Dr. jur. (Göttingen, 1951), Prof. für wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg i. Br. *Veröffentlichungen* u.a.: *Meinungsforschung und repräsentative Demokratie* (1957); *Verfassung und Verfassungswirklichkeit* (1968); *Die missverstandene Demokratie* (1973); *Politik und praktische Philosophie* (²1978).

Hildebrand, Klaus (geb. 1941), Dr. phil. (Mannheim, 1967), o. Prof. für Mittelalterliche und Neuere Geschichte, Universität Bonn. *Veröffentlichungen* u.a.: *Vom Reich zum Weltreich* (1969); *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945* (⁴1980); *Das Dritte Reich* (²1980); *Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933* (Mithrsg., 1981).

Hillgruber, Andreas (geb. 1925), Dr. phil. (Göttingen, 1954), o. Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte, Universität Köln. *Veröffentlichungen* u.a.: *Deutsche Grossmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert* (²1979); *Hitlers Strategie* (²1982); *Die gescheiterte Grossmacht* (³1982); *Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg?* (1982).

Hoepke, Klaus-Peter (geb. 1932), Dr. phil. (FU Berlin, 1966), Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Karlsruhe. *Veröffentlichung* u.a.: *Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus* (1968).

Hofer, Walther (geb. 1920), Dr. phil. (Zürich, 1947), Prof. für Neuere Allgemeine Geschichte, Universität Bern. *Veröffentlichungen* u.a.: *Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges* (1964); *Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des*

Zweiten Weltkrieges, in: L. Just (Hrsg.), Handbuch der Deutschen Geschichte (1965); Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation, 2 Bde (zus. mit C. Graf/E. Calic/F. Zipfel, 1972 und 1978); Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945 (1982); 50 Jahre danach, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 34. Jg. (1983).

Hornshøj-Møller, Stig (geb. 1949), mag.art. (Kopenhagen, 1978), wissenschaftlicher Mitarbeiter für skandinavische Landeskunde und Zeitgeschichte, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichungen*: Der nationalsozialistische Propagandafilm «Der ewige Jude» (zus. mit K. Fledelius, 1983); Besaettelsen 1940-45, 2 Bde (zus. mit E. Kjersgaard, 1980 f.).

Isensee, Josef (geb. 1937), Dr. jur. (Erlangen, 1967), o. Prof. des Öffentlichen Rechts, Universität Bonn. *Veröffentlichungen* u.a.: Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht (1968); Das legalisierte Widerstandsrecht (1969); Grundrechte und Demokratie (1981); Das Grundrecht auf Sicherheit (1983).

Jäckel, Eberhard (geb. 1929), Dr. phil. (Freiburg i. Br., 1955), Prof. für neuere Geschichte, Universität Stuttgart. *Veröffentlichungen* u.a.: Frankreich in Hitlers Europa (1966); Hitlers Weltanschauung (1969, Neuaufl. 1981); Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924 (Mithrsg., 1980).

Kocka, Jürgen (geb. 1941), Dr. phil. (FU Berlin, 1968), o. Prof. für Allgemeine Geschichte unter bes. Berücksichtigung der Sozialgeschichte, Universität Bielefeld. *Veröffentlichungen* u.a.: Klassengesellschaft im Krieg 1914-1918 (1973); Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie (1977); Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850-1980 (1981); Lohnarbeit und Klassenbildung (1983).

Kotowski, Georg (geb. 1920), Dr. phil. (FU Berlin, 1951), o. Prof. für die Wissenschaft von der Politik, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Friedrich Ebert. Der Aufstieg eines deutschen Arbeiterführers (1963); Rasse statt Nation. Die Ideologie des Nationalsozialismus, in: K. Megerle (Hrsg.), Warum gerade die Nationalsozialisten? (1983).

Laqueur, Walter (geb. 1921), Leiter des internationalen Forschungsausschusses des Center for Strategie and International Studies, Washington; Co-Direktor der Wiener Library, London; Prof. für Politikwissenschaften, Georgetown University, Washington; Prof. für neuere Geschichte, Universität Tel Aviv. *Veröffentlichungen* u.a.: Russia and Germany (1965); Fascism (Hrsg., 1978); The Terrible Secret (1980); Young Germany (²1983); Europe since Hitler (²1983).

Lenz, Carl Otto (geb. 1930), Dr. jur. (Bonn, 1961), Mitglied des Deutschen

Bundestages (CDU), Heppenheim; Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn.

Löwenthal, Richard (geb. 1908), Dr. phil. (Heidelberg, 1931), em. o. Prof. für die Wissenschaft von der Politik, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Chruschtschow und der Weltkommunismus (1963); Der romantische Rückfall (1970); Die zweite Republik (Mithrsg., 1974); Jenseits des Kapitalismus (Pseudonym Paul Sering, 1947; Neuaufl. 1977).

Lübbe, Hermann (geb. 1926), Dr. phil. (Freiburg i. Br., 1951), o. Prof. für Philosophie und Politische Theorie, Universität Zürich, Staatssekretär a. D. *Veröffentlichungen* u.a.: Der Streit um Worte (1967); Politische Philosophie in Deutschland (²1974); Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse (1977); Praxis der Philosophie (1978); Endstation Terror (1978).

Magen, Rolf Peter (geb. 1926), Senatsrat; stellvertretender Leiter der Abteilung für Verfassungs- und Verwaltungsrecht beim Senator für Inneres, Berlin. *Veröffentlichung* u.a.: Grundriss des Staatsrechts (⁶1976).

Maier, Charles S., (geb. 1939), Ph. D. (Harvard, 1967), Prof., Department of History, Harvard University, Cambridge/Mass. *Veröffentlichungen* u.a.: Recasting Bourgeois Europe: Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I (1975); Inflation and Stabilization in the Wake of the Two World Wars, in: G. D. Feldman u.a. (Hrsg.), Die Erfahrung der Inflation (1983).

Maier, Hans (geb. 1931), Dr. phil. (Freiburg i. B., 1957), Prof. für Politische Wissenschaft, Universität München; MdL (CSU), Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. *Veröffentlichungen* u.a.: Nationalsozialistische Hochschulpolitik, in: H. Kuhn u.a. (Mitarb.), Die deutsche Universität im 3. Reich (1966); Faschismus, in: H. J. Schulz (Hrsg.), Politik für Nichtpolitiker (²1972); Revolution und Kirche (⁴1975); Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (²1980).

Mason, Timothy W. (geb. 1940), Dr. phil. (Oxford, 1971), Lehrbeauftragter für neuere Geschichte, Universität Oxford. *Veröffentlichungen* u.a.: Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934, in: H. Mommsen u.a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik (1974); Sozialpolitik im Dritten Reich (1977); Intention and Explanaton, in: G. Hirschfeld/ L. Kettenacker (Hrsg.), Der ‚Führerstaat‘. Mythos oder Realität? (1981).

Matthias, Erich † (geb. 1921/gest. 23.3.1983), Dr. phil. (Göttingen, 1951), Prof. für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Universität Mannheim. *Veröffentlichungen* u.a.: Sozialdemokratie und Nation (1952); Zwischen Räten

und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19 (1970); Das Ende der Parteien (Mithrsg., ²1979).

Möller, Alex (geb. 1903), Prof., Bundesfinanzminister a. D. (SPD), Karlsruhe. *Veröffentlichungen* u.a.: Genosse Generaldirektor (1978); K. B. Schnelting (Hrsg.), Alex Möller im Gespräch mit H. Hammerschmidt (1981); Tatort Politik (1982).

Möller, Horst (geb. 1943), Dr. phil. (FU Berlin, 1972), o. Prof. für Neuere Geschichte, Universität Erlangen-Nürnberg. *Veröffentlichungen* u.a.: Aufklärung in Preussen (1974); Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution?, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jg. (1983); Das Dritte Reich (Mithrsg., 1983).

Mommsen, Hans (geb. 1930), Dr. phil. (Tübingen, 1959), Prof. für Neuere Geschichte, Ruhr-Universität Bochum. *Veröffentlichungen* u.a.: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 12 (1964); Beamtentum im Dritten Reich (1966); Nationale Frage und Arbeiterbewegung (1979).

Mommsen, Wolfgang, J. (geb. 1930), Dr. phil. (Köln, 1959), Prof. für neuere Geschichte, Universität Düsseldorf; Direktor des Deutschen Historischen Instituts London. *Veröffentlichungen* u.a.: Das Zeitalter des Imperialismus (1969); Imperialismustheorien (²1972); Max Weber und die deutsche Politik (²1974).

Morsey, Rudolf (geb. 1927), Dr. phil. (Münster, 1955), Prof. für neuere Geschichte, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. *Veröffentlichungen* u.a.: Das Ende der Parteien 1933 (Mithrsg., ²1979); Der Untergang des politischen Katholizismus (1977);

Nipperdey, Thomas (geb. 1927), Dr. phil. (Köln, 1953), Professor für Geschichte, Universität München. *Veröffentlichungen* u.a.: Reformation, Revolution, Utopie (1975); Gesellschaft, Kultur, Theorie (1975); Deutsche Geschichte 1800-1866 (1983).

Nolte, Ernst (geb. 1923), Dr. phil. (Freiburg i. B., 1952), Prof. für Neuere Geschichte, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Der Faschismus in seiner Epoche (1963); Deutschland und der Kalte Krieg (1974); Marxismus und Industrielle Revolution (1983).

Oberreuter, Heinrich (geb. 1942), Dr. phil. (München, 1976), Professor für Politikwissenschaft, Universität Passau. *Veröffentlichungen* u.a.: Kann der Parlamentarismus überleben? (²1978); Notstand und Demokratie (1978); Pluralismus (Hrsg., 1980); Übermacht der Medien (1982); Machtverfall und Machtergreifung (Mithrsg., 1983).

Osadczyk-Korab, Bogdan Alexander (geb. 1920), Dr. rer. pol. (München, 1961), Prof. für Osteuropäische Geschichte, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichung* u.a.: Die Entwicklung der Kommunistischen Parteien in Ost-Mitteleuropa, T. 1 (1962).

Ranki, György (geb. 1930), Dr. phil. (Budapest, 1957), Prof. für Geschichte, Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest; Prof. für Geschichte, Indiana University. *Veröffentlichungen* u.a.: The Economic Development of East Central Europe in the 19th and 20th Century (1974); 19. März 1944. Die deutsche Besetzung Ungarns (1983); Economy and Foreign Policy (1983).

Reese-Nübel, Dagmar (geb. 1952), Dipl.-Soziologin (FU Berlin, 1979), Berlin. *Veröffentlichung*: Bund Deutscher Mädchen, in: Frauengruppe Faschismusforschung (Hrsg.), Mutterkreuz und Arbeitsbuch (1981).

Ritter, Gerhard A. (geb. 1929), Dr. phil. (FU Berlin, 1952), Prof. für Neuere und Neueste Geschichte, Universität München. *Veröffentlichungen* u.a.: Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich (²1963); Parlament und Demokratie in Grossbritannien (1972); Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland (1980); Das Deutsche Kaiserreich 1871-1914 (Hrsg., ⁴1981).

Rudolph, Hermann (geb. 1939), Dr. phil. (Tübingen, 1969), Politischer Redakteur der Wochenzeitung «Die Zeit», seit März 1983 Leiter der Abteilung Politik und Zeitgeschehen beim Deutschlandfunk, Köln. *Veröffentlichungen* u.a.: Kulturkritik und konservative Revolution (1971); Die Gesellschaft der DDR (²1973).

Ruffmann, Karl-Heinz (geb. 1922), Dr. phil. (Göttingen, 1950), o. Prof. für Osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte, Universität Erlangen-Nürnberg. *Veröffentlichung* u.a.: Sowjetrussland 1917-1977 (⁹1981).

Schieder, Wolfgang (geb. 1935), Dr. phil. (Heidelberg, 1962), Prof. für Neuere Geschichte, Universität Trier. *Veröffentlichungen* u.a.: Der spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (Mithrsg., 1976); Faschismus als soziale Bewegung (Hrsg., ²1983).

Schmädeke, Jürgen (geb. 1937), Dr. phil. (FU Berlin, 1964), Wissenschaftlicher Referent, Historische Kommission zu Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Militärische Kommandogewalt und parlamentarische Demokratie (1966); Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa (Mithrsg., 1980); Der Deutsche Reichstag (³1981).

Scholtz, Harald (geb. 1930), Dr. phil. (Göttingen, 1957), Prof. für Erziehungswissenschaft, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichung* u.a.: NS-Auslese-schulen (1973).

Schulz, Gerhard (geb. 1924), Dr. phil. (FU Berlin, 1952), Prof. für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte, Universität Tübingen. *Veröffentlichungen* u.a.: Zwischen Demokratie und Diktatur (1963); Die Anfänge des totalitären Massnahmenstaates (³1974); Faschismus – Nationalsozialismus (1974); Aufstieg des Nationalsozialismus (1975); Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918-1945 (²1982).

Schulze, Hagen (geb. 1943), Dr. phil. (Kiel, 1967), Prof. für Neuere Geschichte, Freie Universität Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Freikorps und Republik 1918-1920 (1969); Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33 (1975); Otto Braun oder Preussens demokratische Sendung (1977); Weimar. Deutschland 1917-1933 (1982).

Siedler, Wolf Jobst (geb. 1926), Verleger, Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Die gemordete Stadt (1964); Behauptungen (1965); Weder Maas noch Memel (1982).

Sombart, Nicolaus (geb. 1923), Dr. phil. (Heidelberg, 1952), Fellow des Wissenschaftskollegs zu Berlin; Lehrbeauftragter am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. *Veröffentlichungen*. a.: Kaiser Wilhelm II. New Interpretations (Mithrsg., 1982).

Steinert, Marlis G., Dr. phil. (Saarbrücken, 1956), Prof. für Geschichte der Internationalen Beziehungen, Universität Genf. *Veröffentlichungen* u.a.: Die 23 Tage der Regierung Dönitz (1967, 1978); Hitlers Krieg und die Deutschen (1970); L'Allemagne nationale-socialiste 1933-1945 (1972).

Stern, Carola (geb. 1925), Kommentatorin und Redakteurin im Westdeutschen Rundfunk, Köln. *Veröffentlichungen* u.a.: Ulbricht – Eine politische Biographie (1964); Hitlerlieder singend zogen wir durchs Dorf, in: M. Reich-Ranicki (Hrsg.), Meine Schulzeit im Dritten Reich (1982).

Stern, Fritz R. (geb. 1926), Ph. D. (New York, 1953), Prof. of History, Columbia University, New York. *Veröffentlichungen* u.a.: Kulturpessimismus als politische Gefahr (1963); Das Scheitern illiberaler Politik (1974); Gold und Eisen: Bismarck und sein Bankier Bleichröder (1978).

Strecker, Reinhard (geb. 1930), Lehrer am Goethe-Institut, Berlin. *Veröffentlichung* u.a.: Dr. Hans Globke. Aktenauszüge – Dokumente (1961).

Thalmann, Rita R. (geb. 1926), Docteur d'Etat (Paris, 1973), Professor und Leiterin des Institut d'Etudes Germaniques, Université F. Rabelais, Tours. *Veröffentlichungen* u.a.: La Nuit de Cristal (1973); Protestantisme et Nationalisme en Allemagne 1900-1945 (1976); Jochen Klepper (1977); Etre Femme sous le IIIe Reich (1982, dt. 1983).

Treue, Wolfgang (geb. 1916) Dr. phil. (Berlin, 1940), Vorsitzender der Historischen Kommission zu Berlin. *Veröffentlichungen* u.a.: Deutsche Parteiprogramme seit 1861 (⁴1968); Der Wähler und seine Wahl (1965); Parlamentarismus in Deutschland (zus. mit Wilh. Treue, ³1965); Deutsche Parteien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart (1975).

Trevor-Roper, Hugh Redwald (geb. 1914), Prof. für moderne Geschichte, Master of Peterhouse, Universität Cambridge. *Veröffentlichungen* u.a.: The Last Days of Hitler (1947, dt. 1948); Hitler's Talks (Hrsg. 1953); Hitlers Kriegsziele, in: W. Michalka (Hrsg.), Nationalsozialistische Aussenpolitik (1978).

Wehler, Hans-Ulrich (geb. 1931), Dr. phil. (Köln, 1960), Prof. für Allgemeine Geschichte, Universität Bielefeld. *Veröffentlichungen* u.a.: Sozialdemokratie und Nationalstaat (²1971); Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918 (²1979); Geschichte als Historische Sozialwissenschaft (³1980); Bismarck und der Imperialismus (³1983). Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918 (⁵1983):

Weinzierl, Erika (geb. 1925), Dr. phil (Wien, 1948), o. Prof. für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Wien. *Veröffentlichungen* u.a.: Zu wenig Gerechte. Österreicher und die Judenverfolgung 1938-1945 (1969); Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik (Mithrsg., 1983).

Eröffnungs- veranstaltung

13. Januar 1983 • abends

Begrüßung im Namen der Veranstalter

WOLFGANG TREUE
*Vorsitzender der
Historischen Kommission zu Berlin*

Ansprachen

RICHARD STÜCKLEN
*Präsident des
Deutschen Bundestages*

RICHARD VON WEIZSÄCKER
*Regierender Bürgermeister
von Berlin*

Einleitungsvortrag

*Die nationalsozialistische «Machtergreifung»
– eine Revolution?*

RICHARD LÖWENTHAL
Berlin

Podiumsdiskussion

*Der Nationalsozialismus – Beispiel des Versuchs
antidemokratischer Krisenbeseitigung in der Moderne*

Diskussionsleiter
WALTER LAQUEUR
Washington – London

Begrüssung im Namen der Veranstalter

Wolfgang Treue

Vorsitzender der
Historischen Kommission zu Berlin

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident,
Sehr verehrter Herr Regierender Bürgermeister, meine sehr geehrten
Damen und Herren!

Im Namen der drei Institutionen, die die Gestaltung dieser internationalen Konferenz übernommen haben, möchte ich Ihnen allen für Ihr Interesse und für Ihre Teilnahme danken. Die Zahl unserer Gäste ist über Erwarten gross – sie ist zu gross, als dass es möglich wäre, sie einzeln zu begrüßen: Sie, unsere verehrten wissenschaftlichen Kollegen, die aus Berlin und aus der Bundesrepublik, aus dem europäischen und dem überseeischen Ausland zu uns gekommen sind, Sie, die Damen und Herren aus Politik und Verwaltung – vom Bundestag und vom Abgeordnetenhaus, von der Bundesregierung und vom Senat –, die Vertreter der alliierten Schutzmächte und ausländischen Missionen, die Repräsentanten der Kirchen, Gewerkschaften und anderer Institutionen des gesellschaftlichen Lebens und, gewiss nicht zuletzt, die zahlreichen Vertreter der in- und ausländischen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens.

Wir haben uns bemüht, auch Wissenschaftler aus den kommunistischen Ländern zu gewinnen, und freuen uns, dass wir Gelehrte aus Jugoslawien, Polen und Ungarn begrüßen können – leider jedoch nicht aus der DDR.

Sie alle heisse ich herzlich willkommen und danke Ihnen für Ihre Beteiligung – sei es an den Podiumsdiskussionen oder an den Diskussionen im weiteren Rahmen, sei es aber auch ganz einfach als interessierte Zuhörer. Und in diesem Zusammenhang vermerke ich mit besonderer Freude, dass

wir viele Lehrer Berliner Schulen, viele Studenten und Schüler in diesen Tagen zu unseren Gästen zählen können.

Der besondere Dank gilt – und hier möchte ich nun zwei Persönlichkeiten ansprechen – Ihnen, verehrter Herr Bundestagspräsident, der Sie unserer Veranstaltung durch die Öffnung dieses Hauses einen Rahmen gegeben haben, welcher wie wohl kein anderer die bis in die Gegenwart und in die Zukunft weiter wirkende Bedeutung der Thematik unterstreicht; einen Rahmen, der mit der verzögerten Entwicklung der Demokratie in Deutschland, mit ihrer Krise und ihrer Zerstörung so eng verbunden ist, aber auch mit der Bedrohung unseres neuen freiheitlich-demokratischen Systems. Und der besondere Dank gilt nicht minder Ihnen, verehrter Herr Regierender Bürgermeister, dafür, dass der Senat von Berlin die entscheidenden Voraussetzungen für das Zustandekommen dieser Konferenz geboten hat. Und an die anregenden und hinweisenden Bemerkungen in unseren Gesprächen denke ich mit ganz persönlichem Dank.

Der Herr Bundeskanzler hat in einem Grusswort zum Ausdruck gebracht, welche Bedeutung er dieser Konferenz beimisst, die Wissenschaftler und Politiker zusammenführt zur Behandlung eines der bittersten Kapitel der deutschen Geschichte.

Ich möchte sein Grusswort hier verlesen:

Grusswort

an die Teilnehmer der Internationalen Konferenz zur
nationalsozialistischen Machtübernahme
«1933 – Deutschlands Weg in die Diktatur»

Ich begrüße es sehr, dass sich Wissenschaftler, Publizisten, Politiker und Vertreter des öffentlichen Lebens aus dem In- und Ausland zu der Internationalen Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme «1933 – Deutschlands Weg in die Diktatur» in Berlin versammeln; besonders begrüße ich es, dass bei dieser Gelegenheit nicht nur der gegenwärtige wissenschaftliche Forschungsstand diskutiert wird, sondern dass auch die heute noch brennenden Fragen, die sich aus der Katastrophe herleiten, zur Sprache kommen.

Der 30. Januar 1933 leitete eine Epoche der geistigen Unterdrückung, der Missachtung der menschlichen Würde, der Rechtlosigkeit und Ohnmacht ein, die für Millionen Menschen Verfolgung, Elend und Tod brach-

te. Die totalitäre Diktatur Hitlers mündete in den 2. Weltkrieg, der Europa zerstörte und fast die ganze Welt in Mitleidenschaft zog.

Wenn wir heute, 50 Jahre nach dem Beginn des Weges in die Katastrophe, uns die nationalsozialistische Machtübernahme ins Bewusstsein rufen, stellen wir uns der Herausforderung dieses Teils der deutschen Geschichte. Wir müssen trauern um die Opfer der Verfolgung und des Krieges, wir müssen uns erinnern an die Ursachen und die Auswirkungen der totalitären Diktatur, und wir müssen schliesslich die Verantwortung auf uns nehmen, die aus der Geschichte folgt und die Gegenwart so einschneidend bestimmt.

In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung erfolgreiche Arbeit.

gez. *Dr. Helmut Kohl* Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland

Das Programm macht die Absicht deutlich, von der die Historische Kommission zu Berlin, das Institut für Zeitgeschichte in München und die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen in Bonn sich bei der Vorbereitung dieser Konferenz haben leiten lassen. Es geht nicht nur um den 30. Januar und es geht nicht allein um die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Vielmehr soll das, was hier geschah, in Beziehung zu anderen antiliberalen Revolutionen gesetzt und in den weiten Dimensionen der Zeit und des Raumes gesehen werden, die Herr Professor Löwenthal in seinem Einleitungs-Vortrag umreissen wird.

Zu den drei Arbeitssitzungen der nächsten Tage möchte ich nichts weiter ausführen, die einzelnen Aspekte, die in den Diskussionen behandelt werden sollen, sind im Programm genannt. Alles Weitere muss wohl dem Gang der Verhandlungen überlassen bleiben. Dabei sind wir uns völlig im Klaren, einmal, dass an vielen Stellen heftige Kontroversen ausbrechen werden, zum anderen, dass manche neue Fragestellung die Folge dieser Kontroversen sein wird. – Wir können uns für die weitere Forschung nichts Besseres wünschen.

Und übermorgen wird dann Herr Professor Lübke darstellen, wie es denn nun, 50 Jahre später, aussieht, wie sich der Nationalsozialismus im Bewusstsein der Gegenwart widerspiegelt. Mit diesem abschliessenden

Vortrag soll die Grenze gekennzeichnet werden, an der die Zuständigkeit des Wissenschaftlers endet. Es darf kein Missverständnis entstehen: Sie, Herr Regierender Bürgermeister, haben vor einigen Wochen einmal daran erinnert, dass Toleranz nicht irgendeine menschlich erfreuliche Eigenschaft neben vielen anderen ist, sie ist unentbehrlich, ja sie ist die Grundvoraussetzung für das Zusammenleben in einer pluralistischen Demokratie überhaupt, und Sie hatten Eva Reichmann zitiert, ihre Warnung, dass der freie Mensch oft ein ratloser Mensch ist, wenn eine Freiheit, für die er nicht vorbereitet ist, ihn mit einer Fülle unübersehbarer Probleme überfällt – ein ratloser Mensch, der sich dann vielleicht in die Scheinsicherheit flüchtet, welche ihm das Gehorchen-Dürfen, die Befreiung vom eigenen Denken und Verantworten, und bald auch die Befreiung vom eigenen Gewissen bieten.

Die besondere Aufgabe des Wissenschaftlers ist es, auf diese Gefahren hinzuweisen, die Kräfte und Abläufe sichtbar zu machen und zu analysieren, die die Vergangenheit bestimmt haben und in die Zukunft hineinwirken, mit denen also wir – jeder Einzelne, insbesondere aber die Träger der politischen Verantwortung – uns für alle unsere Lebensbereiche auseinanderzusetzen haben. Das mag die für einen wissenschaftlichen Kongress ungewöhnliche Zusammensetzung der Gesprächsrunde am Samstagnachmittag im Anschluss an den Vortrag von Herrn Lübke erklären.

Und nun möchte ich all denen danken, die zur Vorbereitung und Durchführung dieser Internationalen Konferenz beigetragen haben. Es sind viele, insbesondere Sie, die wissenschaftlichen Gäste, deren Beitrag ich vorhin bereits angesprochen hatte. Meinen verehrten Kollegen vom Geschäftsführenden Ausschuss schulde ich Dank für guten Rat und viel tätige Hilfe. Dann aber – und ganz gewiss nicht zuletzt – möchte ich den Damen und Herren der Historischen Kommission zu Berlin danken, die in jedem Augenblick mit ihrer ganzen Tatkraft und Hilfsbereitschaft zur Stelle waren und stets schnell zupackten, wo immer es möglich war.

Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages

' Richard Stücklen

Ich freue mich, eine so grosse Zahl von Teilnehmern aus dem In- und Ausland zur Eröffnung dieser internationalen Konferenz begrüssen zu können, und heisse Sie im Namen des Deutschen Bundestages als dem Hausherrn hier auf das Herzlichste willkommen.

Dieses Gebäude ist keine Tagungsstätte im üblichen Sinne und dient normalerweise nicht zu Kongressen oder Konferenzen. Für diese internationale Konferenz jedoch, die sich aus Anlass des 50. Jahrestages der sogenannten Machtergreifung dem Ende der Weimarer Republik zuwendet und noch einmal Deutschlands Weg in die nationalsozialistische Diktatur verfolgen will, hätte wohl kaum ein geeigneteres Gebäude mit einem so unmittelbaren Bezug zum Thema und einem annähernd gleichen Symbolwert gefunden werden können. Es ist wohl neben der Frankfurter Paulskirche der bedeutendste Ort der deutschen Parlamentsgeschichte.

Hier, in diesem monumentalen, «Dem deutschen Volke» gewidmeten Bau – wie es die Inschrift über dem Hauptportal verkündet – hat von 1894 bis 1932, also über eine Zeitspanne von beinahe vier Jahrzehnten, der Reichstag des Deutschen Reiches, unser nationales Parlament getagt.

Von einem Fenster in der Nähe des grossen Westportals aus hat Philipp Scheidemann in den Mittagsstunden des 9. November 1918 die Republik ausgerufen und damit den Weg zu einer parlamentarischen Demokratie gewiesen an Stelle eines drohenden sozialistischen Rätessystems nach sowjetischem Muster.

Hier in diesem Hause fanden auch – und zwar am 6., 7. und 9. Dezember 1932 – die letzten Sitzungen eines frei gewählten Parlaments statt, bevor unter der nationalsozialistischen Regierung ein staatlich sanktionierter Terror die Freiheit der Wahlen einschränkte und keine freie parlamentarische Beratung mehr zulies.

Hier in diesem Hause fand auch – und zwar vom 7. bis 9. – (...??)

Hauses am Abend des 27. Februar 1933 gespielt hat, der den Plenarsaal zerstörte und grosse Teile des Gebäudes unbenutzbar machte. Er war das Signal für einen entscheidenden Schlag der Nationalsozialisten gegen die politischen Gegner der Linken und liess Hitler am nächsten Tag verkünden: «Es gibt kein Erbarmen; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht!» Was damals begann und sich in den Jahren danach mit grosser Konsequenz fortsetzte, war die Entrechtung, Unterdrückung, Verfolgung von Hunderttausenden deutscher Bürger, war Krieg, Ausrottung, Völkermord und brachte schliesslich mehr als 50 Millionen Menschen den Tod.

Zwölf Jahre später fanden hier rings um dieses Gebäude die letzten Kämpfe statt. Am 2. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation der Reichshauptstadt, wurde auf dem Dach der Reichstagsruine von sowjetischen Soldaten die rote Fahne gehisst. Dieser Akt symbolisierte das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft.

Nachdem das Haus lange Zeit nur noch als Ruine dagestanden hatte und bereits ein Abbruch erwogen worden war, beschloss der Deutsche Bundestag schliesslich auf Initiative seines Präsidenten Eugen Gerstenmaier in der Mitte der 50er Jahre den Wiederaufbau in den noch erhaltenen Grundmauern, um dadurch unsere Verbundenheit mit der Geschichte der parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dokumentieren und zugleich der Hoffnung einen weithin sichtbaren Ausdruck zu geben, dass es einst wieder zu einer parlamentarischen Repräsentation des ganzen deutschen Volkes kommen möge.

Doch versetzen wir uns jetzt zurück in die Zeit vor 50 Jahren.

Die Stenographischen Berichte von der letzten Sitzung des noch frei gewählten, aber schon beinahe machtlosen Reichstags vom 9. Dezember 1932 ebenso wie von der ersten Sitzung des schon dem nationalsozialistischen Terror unterworfenen Parlaments am 21. März 1933 bieten einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht von dem Prozess des Machtverfalls der Republik und den Stufen der nationalsozialistischen Machtergreifung.

In den Beratungen über die Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung, über Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung und über das Für und Wider der letzten Notverordnungen Papens spiegeln sich Ratlosigkeit und Schwäche des Parlaments in jener Endzeit der Republik. Kein Mitglied des gerade ernannten Kabinetts Schleicher ist anwesend. Gesetze und

Anträge werden mit wechselnden Mehrheiten verabschiedet. Wer eine Mehrheit sucht, braucht die Stimmen der NSDAP, ohne die kein Antrag mehr angenommen wird. Aus einigen Beiträgen klingt etwas von der bitteren Not hindurch, die einen Teil der Bevölkerung in den damaligen Wintermonaten bedroht. Schliesslich wird eine weitgehende Amnestie beraten und verabschiedet, die vor allem den beiden Flügelparteien zugute kommt und ihnen eine Stärkung ihrer militanten Verbände verspricht. Dabei wird deutlich, wie sehr die Autorität der Republik bereits gelitten hat und wie wenig man sich noch um deren Schutz und Bestand Sorgen macht.

Das Protokoll verzeichnet nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses für die Amnestie ein «Bravo» auf Seiten der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Ihre Mandate zusammengerechnet bildeten die Mehrheit im Hause.

Dann beschliesst der Reichstag seine unbefristete Vertagung. Nichts deutet darauf hin, dass jemandem bewusst ist, dass dies sein Ende sein könnte, wenngleich seine Schwäche und Ohnmacht, seine Rat- und Hilflosigkeit klar zu Tage liegen.

Ebenso aufschlussreich ist auch das Protokoll der nächsten Sitzung, der ersten des unter Hitler neu gewählten Reichstags. Sie fand am 21. März 1933 nicht weit von hier im Hause der Kroll-Oper statt, im Anschluss an das in der Potsdamer Garnisonskirche inszenierte Schauspiel der sogenannten «nationalen Erhebung.» Die Eröffnungsrede hielt der erneut zum Reichstagspräsidenten gewählte Hermann Göring. Mit entwaffnender Offenheit lässt er erkennen, dass die Stunden des Parlaments gezählt sind. Man habe, so sagt er, 1919 geglaubt, Deutschland im Geiste der Demokratie, im Geiste des Parlamentarismus und Pazifismus, im Geiste von Weimar errichten zu müssen. «Nun ist Weimar überwunden», rief er aus. Schwarz-weiss-rot und die Hakenkreuzfahne seien an die Stelle von Schwarz-rot-gold getreten, dem Zeichen der Unterwerfung, der Unterdrückung, der Schande und der Ehrlosigkeit. Und dann verkündet der Präsident des Parlaments – und nicht etwa der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion – zu dem erstmals auf einer Reichstagsitzung anwesenden Hitler gewandt: «Wir geloben Ihnen in dieser Stunde: Der Reichstag der nationalen Erhebung wird hinter Sie treten in seiner Mehrheit, in seinen besten Teilen, und Ihnen Ihr ungeheuer schweres Amt, Ihre gewaltige Bürde mittragen helfen.»

Zwei Tage später wurde mit der Verabschiedung des Ermächtigungsges-

setzes ein Schlusspunkt gesetzt. Nur die mit grossem Bekennermut gehaltene Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels, mit der er die Ablehnung dieses Gesetzes durch seine Fraktion begründete, durchbrach die nationalsozialistische Regie. Die Rede ist ein einzigartiges Dokument der Standhaftigkeit und Treue zur Verfassung.

Diese beiden genannten Daten aus unserer Parlamentsgeschichte markieren die Zeitspanne, die heute, 50 Jahre danach, im Zentrum aller rückschauenden Betrachtung steht. Wir denken an den 30. Januar 1933 als den entscheidenden Tag, der die Nationalsozialisten in die Lage versetzte, eine totalitäre Herrschaft in Deutschland zu errichten, sind uns dabei aber natürlich bewusst, dass die Weimarer Republik nicht plötzlich und an einem Tage zugrunde ging und dass die totalitäre Diktatur auch nicht an einem Tage errichtet wurde.

Die Republik ist mit schweren Belastungen ins Leben getreten.

Da ist die Last der militärischen Niederlage, die das so stark an militärischen Idealen orientierte Nationalbewusstsein verletzte. Der Versailler Vertrag, der diese Wunde vertiefte und ihre Ausheilung verhinderte, «hing der neuen Deutschen Republik» – wie es Golo Mann so treffend gesagt hat – «wie ein Mühlstein um den Hals und beschwerte die Zukunft unseres armen Europa».

Bürgerkrieg und Inflation sorgten für eine tiefe soziale Zerrissenheit, die nicht durch ein gemeinsames Wertebewusstsein überbrückt werden konnte. Die Interessengruppen waren und blieben unfähig, sich auf eine Sozialordnung zu einigen und gemeinsam an ihr zu arbeiten.

Die Verfassung, durchdrungen vom Ideal des sich selbst regierenden Volkes, mutete dem so wenig in sich gefestigten und so wenig von gemeinsamen Grundüberzeugungen bestimmten Volk die letzten Entscheidungen zu und öffnete so das Tor zur demagogischen Verführung breiter Wählermassen.

Was mich aber persönlich vom Standpunkt der politischen Verantwortung für die Existenz einer parlamentarischen Demokratie immer wieder aufs Neue bewegt und erschüttert, ist die Tatsache, dass sich zu wenige, ja nicht einmal die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition, mit diesem Staat, mit dieser Republik voll und ganz identifiziert haben. Legalität und das Bekenntnis zu demokratischen Spielregeln wurden allzuoft mit Neutralität und grenzenloser Duldung aller zentrifugalen Kräfte und Bestre-

bungen verwechselt. Statt der moralischen und politischen Führung, statt der Durchsetzung verbindlicher, an Grundrechten und Grundwerten orientierten Normen wurde der grenzenlosen Pluralität und Beliebigkeit Tür und Tor geöffnet.

Die Institutionen und ihre Repräsentanten waren so gut wie ungeschützt der Masslosigkeit von Beschimpfungen und Verleumdungen, der verachtenden Diffamierung und Verhöhnung preisgegeben.

Wie viele autobiographische Zeugnisse und Erlebnisberichte, die in der letzten Zeit erschienen sind, bestätigen, sind das Machtvakuum am Ende der Weimarer Republik und der Autoritätsverlust von Parteien, Parlamenten und Regierungen der Republik letztlich auf einen Mangel an politisch-moralischer Verbindlichkeit, auf das Fehlen oder die Schwäche eines am Wohl der Republik orientierten Wertbewusstseins zurückzuführen. Nur so lässt sich erklären, dass die von den Nationalsozialisten eingesetzten Mittel der Demagogie und Hetzkampagnen einen solchen Massenerfolg erzielen konnten und dass die nicht zum rechtsextremen Lager gehörenden Kräftegruppen, die bis zum Schluss ja noch die Mehrheit bildeten, sich nahezu widerstandslos von der Bewegung überrennen liessen.

In meinen Augen ist die Republik nicht nur an der Entschlossenheit ihrer Feinde, sondern ebenso an der Unentschlossenheit, der Zersplitterung, der Halbherzigkeit ihrer Befürworter zu Grunde gegangen. Es gab viele, die das rechtsradikale Lager nicht wollten, und sicher noch viel mehr, die das nicht wollten, was die nationalsozialistische Diktatur schliesslich gebracht hat, aber es gab nicht genug, die sich dieser Republik, wie sie einmal war, verpflichtet fühlten und für sie die ganze Verantwortung zu tragen bereit waren.

Parlamentarische Verantwortung ist in der Republik nahezu ein Fremdwort gewesen, und nur zu gern hat man die politische Verantwortung anderen zugeschoben – dem Reichspräsidenten, der Regierung und ihren Fachministern, den Beamten, Richtern, der Reichswehr, und schliesslich immer wieder der Wählerschaft.

Aus diesem Grund halte ich es für so wichtig, auch heute, nach einem halben Jahrhundert und in einer sicher ganz anderen Welt mit anderen Problemen, den Ursachen und Folgen des Niedergangs der Weimarer Republik und des Aufstiegs des Nationalsozialismus in unserer Öffentlichkeit

besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich weiss, wie umstritten die Vorstellung ist, man könne aus der Geschichte Lehren ziehen. Und doch meine ich, dass gerade diese Erfahrungen, die heute hier zur Debatte stehen, unsere politischen Vorstellungen ausserordentlich stark und mit Recht geprägt haben. Die Väter des Grundgesetzes haben Lehren gezogen, indem sie das freie Spiel der politischen Kräfte auf bestimmte, unumstössliche Grundrechte, Grundwerte und Verfassungsgrundsätze verpflichteten und in einem sehr viel entschiedeneren Masse als die Verfassungsväter von Weimar die politische Verantwortung auf das Parlament und die von ihm gewählte Regierung übertrugen. Die repräsentative Demokratie ist ja nichts weiter als eine politische Ordnung, in der der Ort und der Personenkreis, der die politische Verantwortung trägt, eindeutig zu lokalisieren und zu identifizieren sind. Auch die Parteien gehören dazu, die politisch führen sollen und auf diesen Staat, auf diese freiheitlichdemokratische Grundordnung verpflichtet sind. Daran festzuhalten, sich dessen bewusst zu bleiben und danach zu handeln – das ist für mich die Mahnung und Warnung, die uns aus der Rückschau auf den Niedergang der Weimarer Republik erwächst. Deshalb ist es wichtig, auch an die Angehörigen der jungen Generation, die nach uns die politische Verantwortung tragen werden, die geschichtlichen Erfahrungen weiterzugeben.

Ich wünsche Ihrer Konferenz einen guten Verlauf und dass es ihr gelingen möge, auch in die grössere Öffentlichkeit zu wirken und damit zu einem verantwortungsbewussten politischen Leben und Handeln beizutragen.

Ansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Richard von Weizsäcker

Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, Sie im Namen der Berliner zu diesem Kongress herzlich willkommen zu heissen und Ihnen zu danken, dass Sie gekommen sind. Ihnen, Herr Präsident, möchte ich den Dank aussprechen dafür, dass Sie den Reichstag und in ihm den Plenarsaal für diesen Anlass zur Verfügung gestellt haben.

Wofür, wenn nicht für die Besinnung über das Thema dieses Kongresses, könnte dieses Gebäude besser zur Verfügung stehen? In unmittelbarer Nachbarschaft hat am Abend des 30. Januar 1933 jener Fackelzug stattgefunden, mit dem das «Tausendjährige Reich» eingeleuchtet werden sollte. Von diesem Gebäude aus kann man heute einen Blick auf die deutsche Zeitgeschichte werfen wie von kaum einem anderen Platz in Deutschland aus. Hier, direkt an der Mauer, sind die Folgen des 30. Januar 1933 täglich zu spüren. Über Berlin ist bis heute nicht verfügt, das Viermächteabkommen über Berlin – dieses einzige Stück eines gemeinsamen Vertrages der Sieger über ein Stück Deutschland – zeigt gerade die Vorläufigkeit ebenso wie die langfristige Regelungsbedürftigkeit der deutschen Frage. Dies alles sind Folgen des 30. Januar 1933.

Wir werden im Januar dieses Jahres viele Veranstaltungen erleben. Jeder wird sich auf seine Weise erinnern und Folgerungen ziehen. In Schulen werden Diskussionen stattfinden, in den Medien gibt es ganze Serien aus diesem Anlass. Eindrucksvolle Bücher sind vorgelegt worden und werden noch vorgelegt. Bildbände werden Anschauungsunterricht liefern für Jüngere, aber auch für damalige Zeitgenossen. Parteien werden gemeinsam in Parlamenten dieses Tages gedenken. Aber sie werden auch getrennt – jede für sich – Veranstaltungen abhalten.

Zur Einleitung dieser vielen Veranstaltungen und Beiträge haben die Historische Kommission zu Berlin, das Institut für Zeitgeschichte und die

Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen zu der Tagung eingeladen, an deren Anfang wir heute Abend stehen. Die Resonanz ist über Erwarten gross. Das Konzept und die zur Mitwirkung bereiten Teilnehmer zeigen, dass die Historische Kommission zu Berlin bei der Erfüllung ihrer Aufgabe ihrem Namen gerecht werden wird. Worin kann man diese Aufgabe sehen?

Zunächst werden die Historiker uns darlegen, wie es zum 30. Januar 1933 gekommen ist und was die Folgen waren. Da gibt es Streitfragen gröberer und feinerer Art: ob das Schwergewicht der Ursachen im aussen- oder stärker im innenpolitischen Bereich gelegen hat, wie wirtschaftliche und soziologische Faktoren eingewirkt haben, ob ideologische oder demokratie- und verfassungspolitische Gründe im Vordergrund standen und welche Einwirkungen einzelne Personen oder Gruppen gemäss ihren Möglichkeiten genommen haben. Solche Streitfragen sind wichtig, aber ich glaube, wir brauchen uns damit nicht allzu lange aufzuhalten. Denn vom Standpunkt der Öffentlichkeit her ist das Verständnis für Ursachen und Wirkungen doch hinreichend vorhanden.

Es gehört zu den Entwicklungen in Deutschland, dass beide Weltkriege zwar die Niederlage Deutschlands brachten, dass aber nur nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sowohl die Ursachen für seine Entstehung umstritten waren als auch die Folgen. Die Niederlage war in Deutschland selbst weitgehend nicht akzeptiert worden. Eine deutsche Regierung, die sich auf den Boden dieser Niederlage stellte, wurde eben deshalb innenpolitisch bekämpft. Wenn man nachliest, welche Reden hier im Reichstag im Juni 1922 aus Anlass der Ermordung Rathenaus gehalten worden sind, dann wird daran bereits deutlich, warum die Weimarer Republik scheiterte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Zahl der Unbelehrbaren über dessen Entstehung dagegen sehr klein. Und die Annahme der Folgen des Zweiten Weltkrieges, nämlich der Niederlage, war allgemein. Ich spreche von dem Teil Deutschlands, dem nach der Teilung die Chance zu einem freiheitlich-demokratischen Neubeginn zufiel. Keiner warf einer neuen Regierung vor, dass sie sich auf den Boden der Niederlage stellte, um von dort neu zu beginnen. Kein Regierungsmitglied wurde deshalb verdächtigt, bedroht oder gar ermordet, wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.

Die Demokratie war in der deutschen Geschichte bisher gewissermassen von links erstritten worden. Aber erstmals nach dem Zweiten Welt-

krieg wurde diese Demokratie gemeinsame Grundlage der Demokraten von rechts und links. Heute gibt es keine nennenswerte politische Rechte, die sie ablehnt so wie in Weimar, wo rechtsgerichtete Kräfte die Demokratie mehr oder weniger fahrlässig erwürgt haben. Aber auch dies ist anders als früher: Die demokratische Linke kann und will nicht mehr wie früher die Demokratie als ihr Monopol betrachten. Anders gesagt, die demokratische Linke freut sich, dass die Demokratie nicht wie in Weimar von nennenswerten Rechten bekämpft wird. Aber sie hatte sich auch damit abzufinden, dass es in der neuen Demokratie gute Demokraten gibt, die nicht links sind.

Wegen dieser Unterschiede zwischen Weimar und Bonn glaube ich, dass es die Historiker insofern gar nicht so schwer haben mit einer breiteren Öffentlichkeit. Aber trotz der im Grundsatz gesicherten demokratischen Voraussetzungen wird es, wie mir scheint, für Historiker noch genügend Arbeit geben, um uns «normale» Mitmenschen immer wieder auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Denn viele Stimmen unseres politischen Spektrums – zumal in Zeiten des Wahlkampfes – werden sich zum 30. Januar 1933 erheben. Sie werden nicht primär fragen, was man immer wieder zu lernen hat aus diesem Rückblick, und vielleicht auch nicht, was gemeinsam alle Deutschen zu beherzigen haben. Sondern sie werden herauszufinden versuchen, was sich dem 30. Januar scheinbar entnehmen lässt für die heutigen Auseinandersetzungen gegen den Gegner. Zur gegenseitigen Bekämpfung in aktuellen Streitfällen die damalige Zeit heranzuziehen – auch das wird eine Erfahrung dieser Tage, Wochen und Monate sein.

Wer damals die besten politischen Ahnen hatte oder wer heute am kräftigsten und wirkungsvollsten die Ergebnisse des Jahres 1933 und davor verurteilt, kann daraus aber nicht ohne Weiteres eine moralische und politische Überlegenheit für die Lösung der heutigen Probleme ableiten. Das wäre ein Missbrauch jener Epoche und vor allem ihrer damaligen unzählbaren unschuldigen Opfer für heutige Zwecke. Es wäre deshalb weder ein Ausweis für heutige moralische Überlegenheit noch eine Antwort auf die heute überwiegend ganz anders gelagerten Herausforderungen.

Historiker werden uns – wenn sie ihre Aufgabe erfüllen – bewahren vor einer Ideologisierung der Zeitgeschichte zur Rechtfertigung gegenwärtiger Positionen und Programme. Dies ist nötig im innerdeutschen Gespräch. Es

ist nötig in unseren internationalen Beziehungen. Und es ist vor allem in unserer eigenen Gesellschaft nötig, im Wettbewerb unserer demokratischen Parteien.

Historiker werden immer wieder den längeren Atem und den weiteren Horizont bei der Betrachtung der Zeitgeschichte beisteuern. Viele sagen heute: Seht auf den 30. Januar 1933, damit Geschichte sich nie wiederhole! Aber Geschichte wiederholt sich ohnehin nicht. Sie reisst nicht irgendwo ab. Das zu erkennen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, ist viel wichtiger. Unser Problem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bestand nicht primär darin, einen neuen 30. Januar 1933 zu verhindern. Stattdessen gab es und gibt es eine grössere Gefahr, nämlich dass wir uns im Horror vor dem Gedanken an die jüngste Geschichte von der Geschichte überhaupt abkehren. Das geht aber nicht ohne schwere Schäden für Gegenwart und Zukunft.

Wir haften für die schrecklichen Folgen des Nationalsozialismus bis heute und weit darüber hinaus. Aus dem Nebel, der Scham, der Angst und der Verdrängung der Gedanken an das Dritte Reich tauchen nun langsam Konturen auf. Es ist der Holocaust und das Bewusstsein, was er bedeutet. Es ist darüber hinaus der Umriss der Fragen, die über die Zeit des Nationalsozialismus und über die Zeit von Weimar hinweg weiter zurückverweisen auf die Grundproblematik der politischen Struktur in Zentraleuropa und damit auch auf die alte Entstehungsgeschichte und den Verlauf der deutschen Frage. Sie sind ein Hinweis, der über dasjenige gegenwärtige Bewusstsein hinausweist, das von der Teilung geprägt ist. Sie öffnen den Blick in eine Zukunft, die neue, keinem von uns bekannte Antworten auf die Frage nach der zentraleuropäischen politischen Struktur und damit auch auf die deutsche Frage bereit hält.

Die langfristige Sichtweise der Historiker wird uns vom Irrglauben befreien, als habe damals in Deutschland eine Menschheit gelebt, die auf simple und durchsichtige Weise dumm, brutal und schlecht gewesen sei, während wir Heutigen als Menschen anders, nämlich einsichtsfähig und gut geworden wären. Es wird uns klarwerden, was wir von der nationalsozialistischen Revolution lernen können für die Typik von Revolutionen sowie für die Chancen und Gefahren einer demokratischen Gesellschaft in vergleichbaren Entwicklungsstadien wie den unseren.

Mit einem Wort: Um der Gegenwart willen – sei sie Haftung für die Vergangenheit, sei sie Ausdruck unserer heutigen Herausforderungen – stellen wir uns dem 30. Januar 1933. Die Historiker spielen eine ganz ent-

scheidende Rolle bei der Erfüllung dieser Aufgabe. Sie belehren uns über Entstehung und Verlauf der Ereignisse und bewahren uns vor den allzu menschlichen und allzu untauglichen Versuchen der Verdrängung, der Ideologisierung oder der Instrumentalisierung der Zeitgeschichte. Sie verhelfen uns zu dem notwendigen Blick für die moralische und politische Bedeutung der Weimarer Zeit, des 30. Januar 1933 und des Nationalsozialismus für unser gegenwärtiges Bewusstsein.

Ich danke der Historischen Kommission zu Berlin, ich danke allen Sprechern, die ihrer Einladung gefolgt sind, und allen Teilnehmern. Sie sind nirgends so willkommen wie bei uns in Berlin zu dem Thema, das uns hier vereint.

Einleitungsvortrag

Die nationalsozialistische «Machtergreifung» – eine Revolution?

*Ihr Platz unter den totalitären Revolutionen
unseres Jahrhunderts*

Richard Löwenthal

Einleitung

Die Frage, ob die von den Nationalsozialisten selbst so genannte «Machtergreifung», also die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933, eine Revolution oder doch ein kritischer Augenblick auf dem Wege eines revolutionären Umsturzes der ersten deutschen Republik und ihrer Ersetzung durch die nationalsozialistische Parteidiktatur war, ist nicht nur deshalb bis heute kontrovers, weil der Sinn des Begriffs der Revolution umstritten ist. Die Diskussion wird auch dadurch erschwert, dass dieses Ereignis historisch nur als *Schnittpunkt* zweier grundverschiedener politischer Prozesse zu verstehen ist, deren Träger verschiedene Kräfte mit radikal verschiedenen Zielen waren, die nur eines gemeinsam hatten: ihre grundsätzliche Ablehnung der demokratischen Republik sowohl als Idee wie in ihrer konkreten deutschen Gestalt. Auf der einen Seite war die Ernennung der Regierung Hitler–v. Papen durch v. Hindenburg der Schlusspunkt einer seit Jahren mit den legalen Mitteln des Artikel 48 der Weimarer Verfassung betriebenen, keineswegs revolutionären, sondern konservativen, ja reaktionären schrittweisen Abwürgung der demokratischen Republik zugunsten einer autoritären Restauration, über deren Notwendigkeit sich Hindenburg und Papen, aber auch Schleicher und Brüning schon mindestens seit 1929/30 einig waren: Sie war der Schlusspunkt dieser Politik, weil sie als ein potentiell entscheidender Schritt zur Verwirklichung ihres Ziels gedacht war, jedoch ihr

Scheitern besiegelte. Auf der anderen Seite war sie ein Wendepunkt zur Verwirklichung der von Hitler und seiner NSDAP angestrebten Revolution, deren Träger den Plan der restaurativen Kräfte ausnutzten und durchkreuzten, um eine gewaltsame Umwälzung der entscheidenden politischen, sozialen und selbst biologischen Gegebenheiten des Deutschen Reiches durch Errichtung eines totalitären Einpartei-Staates durchzuführen. Es handelte sich also am 30. Januar einerseits um eine nicht-revolutionäre *Machtzulassung* der Nationalsozialisten, die jedoch die eine noch fehlende Voraussetzung für ihre revolutionäre *Machtergreifung* in den folgenden Monaten schuf.

I

Mein Thema heute Abend ist *nicht* der gescheiterte Prozess der konservativen Restauration, der Meinungsverschiedenheiten und Intrigen zwischen ihren grundsätzlichen Anhängern, ihrer rivalisierenden Manöver zur «Einbindung» und «Zähmung» der Nationalsozialisten in der einen oder anderen Form: Davon wird morgen ausführlich im Zusammenhang der Krise der Weimarer Demokratie die Rede sein. Mein Thema ist die Machtzulassung als Schlüsselpunkt zur Machtergreifung und Diktatur einer Bewegung, die sich selbst als revolutionär verstand und die totale Macht anstrebte. Dass diese Bewegung und die von ihr errichtete Diktatur revolutionär waren, kann gewiss nicht ernsthaft mit der Begründung geleugnet werden, dass die Machtzulassung legal erfolgte und dass auch für alle späteren Gewaltakte immer fadenscheinigere legale Schleier beschafft wurden: Die geschichtliche Bewertung einer derart gewaltigen und gewaltsamen Umwälzung ist keine Frage der Rechtsauslegung. Sie sollte aber auch nicht mit dem Argument bestritten werden, Revolutionen müssten notwendig Etappen des Fortschritts zu grösserer Freiheit und Humanität sein – «Lokomotiven der Weltgeschichte», wie Karl Marx sie genannt hat. Vielmehr ist die Geschichte unseres Jahrhunderts nach meiner Überzeugung überhaupt nicht zu verstehen, wenn man nicht zur Kenntnis nimmt, dass in ihm neben die aus der neueren Geschichte des Westens vertrauten demokratischen oder, in der Sprache der Marxisten, «bürgerlichen» Revolutionen ein ganz anderer Typus von Revolutionen getreten ist – eben die totalitären Revolutionen.¹

Der Unterschied liegt zunächst einmal in den Ursachen der beiden Arten von Revolutionen. Die «klassischen» Revolutionen der westlichen Welt, wie die holländische im 16., die englische im 17., die französische und auch die amerikanische im 18. Jahrhundert, entstanden in sich fortentwickelnden Gesellschaften, die überkommene eigene oder im holländischen und amerikanischen Fall fremde Herrschaftssysteme als Fesseln ihrer eigenständigen Entwicklung empfanden. Daher waren diese Revolutionen in ihrem Kern freiheitlich, auch wenn sie in kritischen Phasen durch begrenzte Perioden der Diktatur gingen, wie unter Cromwell in England und unter Robespierre und Saint-Just in Frankreich.

Aber in unserem Jahrhundert haben wir Revolutionen kennengelernt, die sich zum Ziel setzten, in Gesellschaften, die in ihrer Entwicklung stagnierten, eine forcierte Modernisierung mit politischen Mitteln herbeizuführen, wie in Russland und China, oder in einer modernen Gesellschaft, in der eine tiefe Wirtschaftskrise die staatlichen Entscheidungen lähmte, eine stärkere und handlungsfähigere Staatsgewalt zu schaffen und mit ihrer Hilfe die gesellschaftliche Ordnung umzuwälzen – wie in der Krise der Weimarer Republik; und diese Aufgabe begünstigt die grundsätzlichen Anhänger eines Diktatorsystems, wenn sie wirksam organisiert sind und ihre Ideologie die Massen zu mobilisieren vermag.²

Hier kommt das zweite neue Element. In allen Gesellschaften, deren kulturelle Traditionen im Prozess der Modernisierung erschüttert worden sind – und das gilt nicht nur für Entwicklungsländer, sondern unter besonderen geschichtlichen Bedingungen auch für so moderne Länder wie Deutschland –, bilden sich intellektuelle «Gegeneliten», die sich entwurzelt fühlen und nach ideologischen Lösungen für den Konflikt zwischen nationalen Traditionen und sich verändernden Lebensbedingungen suchen. Sie werden aufnahmefähig für utopische Weltbilder, die man mit Recht als «Diesseitsreligionen» bezeichnet hat, weil sie einer heilen Welt in ferner Vergangenheit – zum Beispiel des Urkommunismus oder der Rassenreinheit – und einer verkommenen und unerträglichen Gegenwart – mit ihrer Klassenherrschaft oder ihrer Rassenvermischung – eine paradiesische Zukunft – der klassenlosen Gesellschaft oder der Herrschaft der wiederhergestellten reinen Rasse – als Ziel gegenüberstellen. Auf dieser Basis können sich moderne diesseitige Glaubensbewegungen bilden, auf denen eine totalitäre Partei mit ihrer Verheissung einer totalen Umwälzung zur Lösung aller menschlichen Probleme aufbauen kann.

Doch damit eine solche Partei entsteht und wirksam wird, muss ein drittes Element hinzukommen: ein Führer mit der Fähigkeit, eine zentralistisch organisierte Partei als sein Machtinstrument aufzubauen und die Hoffnung der Utopiegläubigen auf seine Person und seine Partei zu konzentrieren. Wenn dies zunächst auch nur mit einer begrenzten Zahl von Anhängern gelingt, hat eine solche Partei in einer tiefen gesellschaftlichen und politischen Krise die Chance, grosse Massen in Bewegung zu setzen – und kann sich gleichzeitig durch die Höhe des Ziels gerechtfertigt fühlen, *alle* Machtmittel anzuwenden. Das ist die Grundsituation aller totalitären Revolutionen.

Da ich eben sowohl von marxistischen wie von rassistischen Ideologien gesprochen habe, will ich gleich sagen, dass mir nicht einfällt, beide Arten von Bewegungen und Systemen gleichzusetzen. Die Werte oder Zukunftsvisionen, an denen beide sich ausrichten, sind radikal verschieden, ja in wesentlichen Punkten entgegengesetzt – etwa das Ziel weltweiter Gleichheit und internationaler Verbrüderung auf der einen, weltweiter Hierarchie und nationaler Allmacht auf der anderen Seite. Nicht zuletzt deshalb ist auch das Schicksal beider Arten von Systemen so völlig verschieden gewesen. Dennoch gibt es gleichzeitig wichtige Gemeinsamkeiten sowohl in der Struktur der Ideologie als einer Art diesseitiger Heilsgeschichte als auch im Parteiaufbau, in der Struktur der politischen Systeme als Parteidiktaturen und in der Rechtfertigung *aller* Mittel – bis hin zur Massenvernichtung ganzer sozialer, nationaler oder rassischer Gruppen. Der Begriff der totalitären Revolution, auf den es mir für das Verständnis der nationalsozialistischen Machtergreifung ankam, konnte daher nicht entwickelt werden, ohne *auch* auf das Beispiel der in wichtiger Hinsicht verschiedenen totalitären Revolutionen vom kommunistischen Typus hinzuweisen.

II

Ich komme nun auf die Voraussetzungen des Nationalsozialismus als einer revolutionären Bewegung zurück. Die Rolle einer deutschen intellektuellen Gegenelite in der Zeit der Napoleonischen Kriege und der Romantik, die sich «fremden» rationalistischen und modernisierenden Einflüssen mit

nationalistischen Argumenten oder Affekten widersetzte, ist bekannt. Es ist auch bekannt, dass diese Rolle in den Jahren der 1848er Revolution, aber auch des materiellen und politischen Aufstiegs des kaiserlichen Deutschlands schwächer wurde, obwohl sie nie völlig verschwand – ich brauche hier nur an die eindrucksvollen Analysen Fritz Sterns oder an die Darstellung des politischen Richard Wagner durch Hans Kohn zu erinnern. Für den Rassismus konnten sich interessierte Deutsche vor allem auf eindrucksvolle Importe – von Gobineau bis Houston Stewart Chamberlain – verlassen. Bei Gobineau erscheint ja die moderne Welt, in seinem Fall die französische Revolution, als direktes Produkt des Rassenverfalls – wobei die positive Endphase der Heilsgeschichte, die Wiederherstellung der Rassenhierarchie, bei Gobineau fehlt und systematisch erst in Hitlers Zeiten – und in seinem Sinne – von Alfred Rosenberg nachgeliefert worden ist.

Die erste, über intellektuelle Einzelgänger hinausgehende Bewegung mit nationalistischen, rassistisch-antisemitischen und zugleich sozial betonten Elementen entwickelte sich dann im Habsburgischen Österreich in der Sehnsucht nach einem grösseren Deutschen Reich. Aber diesen Alldeutschen, und auch denen, die sich Nationale Sozialisten nannten, fehlte ebenso wie den Anhängern Stoeckers in Deutschland das erste Element einer *revolutionären* Gesinnung: Der Wille zur Macht. Sie waren zum Teil im gleichen Sinne prä-nazistisch, wie die Action Française präfaschistisch war: Wie die Camelots du Roi sich als Bannerträger der Wiederkehr der Bourbonen sahen, so jene «pangermanistischen» Österreicher als Bannerträger der Ausdehnung des Wilhelminischen Kaiserreichs.

Das Potential eines *revolutionären* deutschen Nationalismus, der vom traditionellen, kaisertreuen Hurratriotismus nicht nur graduell, sondern qualitativ verschieden war, entstand erst mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg – und mit der Weimarer Republik. Im Zeichen von Zusammenbruch und Demütigung, von Dolchstoßlegende und Freikorps wurden die radikal nationalistischen Aktivisten aus einer «Gegenelite» schnell zu einer Massenerscheinung, die sich in zahllosen Verbänden, Gruppen und Grüppchen manifestierte – darunter auch jener «Deutschen Arbeiterpartei» in München, der ein zum politischen Wollen erwachter Adolf Hitler als Mitglied Nr. 7 beitrug. Doch er hatte noch nicht beschlossen, Revolutionär

R. Löwenthal: Die «Machtergreifung» – eine Revolution? 47

oder Diktator zu werden: Er handelte nicht nur im Auftrag der Reichswehr, sondern er sah seine Rolle, aufgrund seiner rednerischen Gaben, zunächst nur als «Trommler» – nicht viel mehr als ein deutscher Camelot du Roi.

Hitlers Originalität zeigte sich zunächst in etwas anderem: Der von der Reichswehr beauftragte, von Wehrverbänden umgebene disziplinierte Soldat, der die bestehenden Parteien verachtete, begriff dennoch intuitiv die Notwendigkeit einer nicht nur militärischen oder para-militärischen, sondern spezifisch *politischen* Organisation für einen Umsturz – auch für einen Umsturz unter der Führung eines hochgestellten Militärs: So wenig wie eine rein konspirative Organisation unter russischen Bedingungen, konnte ein Wehrverband oder eine Sammlung von ihnen unter deutschen Bedingungen einen erfolgreichen Umsturz herbeiführen. Gewiss, die notwendige politische Organisation musste so diszipliniert sein wie eine militärische – kein Diskutierklub wie die alten Parteien: Aber sie musste primär auf den Kampf um die Meinung der Massen, nicht auf den Selbstgenuss der eignen Fahnen und Aufmärsche ausgerichtet sein.

Ich nehme an, dass Hitler ziemlich früh die *Protokolle der Weisen von Zion* gelesen hat. Gewiss ist, dass seine Vorstellung von politischer Wirksamkeit diesem Vorbild weit näher liegt als seiner eigenen militärischen Erfahrung: Diese Fälschung der zaristischen Geheimpolizei wollte ja zeigen, wie eine zielbewusst geführte Gruppe zunächst auch ohne kampffähige militärische Organisation ihren Einfluss weit ausbreiten kann.

Im Dezember 1920 gewann er – mit Geldern, die die Reichswehr Dietrich Eckart zur Verfügung gestellt hatte – den *Völkischen Beobachter* als Propagandaorgan seiner inzwischen sichtbar gewachsenen und in «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei» umbenannten Partei. Im Sommer 1921 gelang es ihm aufgrund seiner für die Partei unentbehrlich gewordenen Popularität als Massenredner ohne viel Schwierigkeit, anstelle des Begründers Anton Drexler zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt zu werden – und zwar «mit diktatorischen Vollmachten» und mit der Massgabe, dass alle auswärtigen Ortsgruppen seiner Münchener Kerngruppe unterstellt bleiben sollten. Dieser Aufbau der künftigen Massenpartei auf der unbeschränkten Autorität des Führers war die Grundlage für eine «Partei vom neuen Typ». Während jede demokratisch aufgebaute Partei, auch wenn sie mit ihrem Wachstum noch so sehr bürokratisiert wird,

in gewissem Grade unter dem Zwang steht, ein Ausdruck der Interessen und Tendenzen derer zu bleiben, die sich in ihr einmal zusammengeschlossen haben, gewährt der zentralistische Aufbau von oben nach unten der totalitären Führerpartei eine einzigartige politische Flexibilität: Sie kann sich in einer revolutionären Krise ohne Rücksicht auf ihr Programm jeweils die Forderungen der von der Krise am härtesten betroffenen Schichten zu eigen machen, um sie für den Kampf um die Macht zu mobilisieren. Tatsächlich hat das grossenteils von Hitler entworfene «25-Punkte-Programm» vom Februar 1920 in der Strategie der NSDAP nie eine wesentliche Rolle gespielt.

Hitler hatte sich also zum Aufbau einer potentiell revolutionären Führerpartei schon zu einer Zeit entschlossen, in der ihm selbst wohl noch nicht klar war, wie weit er über die Rolle des «Trommlers» hinausgehen wollte – ob er den von ihm aufgebauten potentiellen politischen Machtfaktor im kritischen Moment einem angesehenen militärischen Führer zur Verfügung stellen wolle, um unter diesem zu regieren, oder ob er sich selbst schon als künftigen Diktator sah. Es ist anzunehmen, dass Mussolinis erfolgreicher «Marsch auf Rom» ihn 1922 von der Möglichkeit einer revolutionären Machtübernahme unter eigener Führung überzeugte, ohne dass er die Abhängigkeit des Erfolgs des Duce von seinem Verharren auf dem «legalen Weg», also von der Vermeidung des Zusammenstosses mit dem militärischen und polizeilichen Machtapparat des Staates, sofort erkannte. Denn der Bürgerbräu-Putsch vom November 1923 zeigte ja nicht nur Hitlers Willen, die Macht im Reich zu erobern, und seine Fehleinschätzung der Bereitschaft der bayerischen Reichswehrführung, ihm dabei zu helfen, sondern auch seine eigene Bereitschaft, sogar *gegen* die zentrale Reichswehrführung «auf Berlin zu marschieren». Erst das Scheitern dieses ersten Griffes nach der Macht schon in der Münchener Anfangsphase hat ihn gelehrt, dass seine Art von Machtübernahme nur «legal», also im Bunde mit der bewaffneten Macht des Staates, zu verwirklichen sei.

Als ein so in der Frage der Strategie ernüchterter, aber im langfristigen Willen zur Macht gefestigter Hitler 1925 die Festungshaft verliess, fand er eine Partei vor, die ihn zwar nach wie vor als Führer verehrte, aber in wichtigen Teilen seiner Kontrolle entglitten war. Der erste Konflikt ergab sich sofort bei der Neuformierung Ende Februar mit Röhm, der das – von Hitler in *Mein Kampf* ausdrücklich formulierte – Prinzip des Primats der Partei über alle paramilitärischen Organisationen nicht begriffen und während

der Haftjahre Hitlers einen neuen gemeinsamen Dachverband der SA mit anderen Wehrverbänden, den «Frontbann», gegründet hatte. Im April trat Röhm als Chef der SA zurück, die erst im folgenden Jahr unter einem anderen Chef als reine Hilfsorganisation der sich jetzt höchst legalistisch gebenden Partei reorganisiert wurde. Inzwischen hatte auch der Aufbau der speziell auf persönliche Treue zu Hitler verpflichteten und zugleich rassistisch ausgewählten SS begonnen, die nach der Machtergreifung zur eigentlichen neuen Parteielite werden sollte.

Zugleich begann eine Auseinandersetzung mit den Parteivertretern, die unter dem Einfluss Ludendorffs zu engerer Zusammenarbeit mit anderen «völkischen» Gruppen und zu einer für die Legalität in Bayern höchst unzuweckmässigen antikatholischen Propaganda neigten: Mit Ludendorff, der als Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten im März 1925 eine schwere Niederlage erlitt, wurde schnell gebrochen, und Hitler nahm auch in Kauf, dass 18 von 24 völkischen Abgeordneten des bayerischen Landtags, die seine zeitweilige Annäherung an die Landesregierung missbilligten, die Partei verliessen. Der potentiell ernsteste Gegensatz aber ergab sich zu den norddeutschen Parteigliederungen, die unter Führung Gregor Strassers und mit aktiver Unterstützung des neu eingetretenen Goebbels die «sozialistische» Komponente des Parteinamens so ernst nahmen, dass sie sich im Herbst 1925 für Unterstützung des sozialistischen «Volksentscheids für Fürstenenteignung» einsetzten, den Hitler als «jüdischen Schwindel» verwarf. Auf einer Konferenz in Bamberg im Februar 1926 gelang es Hitler, Gregor Strasser und die meisten seiner Anhänger zu überreden, und im April ergab sich auch der ehrgeizige Goebbels. Nun war die Zeit reif für eine Generalmitgliederversammlung in München im Mai 1926, auf der die Sonderrolle der NSDAP gegenüber allen anderen Grüppchen der äussersten Rechten, die Sonderstellung der Münchner Organisation im Parteistatut und die diktatorische Autorität Hitlers erneut bestätigt wurden.

Die so konsolidierte NSDAP nahm auch in den stabilen Jahren der Weimarer Republik stetig an Mitgliedern zu, darunter besonders viele Jugendliche; doch noch bei den Reichstagswahlen von 1928 blieb sie, trotz einzelner lokaler Erfolge, im Ganzen mit 2,6% der Stimmen eine Splitterpartei. Aber schon das nächste Jahr brachte den Ausbruch aus der Isolierung dadurch, dass die unter die Führung Hugenberg's gelangten Deutschnatio-

nalen zusammen mit dem Stahlhelm im Juli 1929 zu einem Volksbegehren gegen den Youngplan und seine Billigung durch die letzte Regierung der Grossen Koalition und ihren Aussenminister Stresemann aufriefen und dass Hitler die Chance ergriff, sich in die neu formierte «Nationale Opposition» einzuschalten. Mit der Propaganda, die Demokratie und Parlament systematisch diffamierte und die Regierung, die mit ihrer Zustimmung zu den – gewiss ungenügenden – Verbesserungen der Reparationspolitik, die der Youngplan brachte, immerhin die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlands erreicht hatte, als «Landesverräter» beschimpfte, erreichte das Volksbegehren zwar nur knapp die erforderlichen 10% der Wähler und der ihm folgende Volksentscheid im Dezember 1929 nicht mehr als 13,8% – weniger, als Nazis und Deutschnationale zusammen bei den Reichstagswahlen des Vorjahres erhalten hatten, weil der gemässigte Flügel der Deutschnationalen nicht mitmachte. Doch das gleiche Jahr brachte den Beginn der Weltwirtschaftskrise; und die durch ihre nun gut finanzierte nationalistische Propaganda überall sichtbare und nicht mehr isolierte NSDAP mit ihrer Voraussage des Massenelends als Folge der Reparationen hatte eine gute Ausgangsstellung zur Ausbeutung der Krise.

Es waren die finanziellen und sozialpolitischen Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise mit ihrer rasch wachsenden Arbeitslosigkeit, die zum Zerfall der letzten auf eine parlamentarische Mehrheit gestützten Regierung der Weimarer Republik führten – der Grossen Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann, der seines weitsichtigsten volksparteilichen Partners Stresemann durch dessen Tod beraubt worden war. Auf den Rücktritt dieser Regierung am 27. März 1930 folgte die Ernennung des ersten Präsidialregimes unter Brüning durch den Reichspräsidenten ohne vorherige Bemühungen um eine neue parlamentarische Mehrheitsbildung, und nach der Ablehnung der ersten mit präsidialer Vollmacht erlassenen Notverordnungen durch den Reichstag dessen Auflösung durch Brüning im Juli. Es waren die dadurch herbeigeführten ersten Wahlen des Präsidialregimes, die der NSDAP im September 1930 den Sprung zur zweitstärksten Partei mit 107 Sitzen brachten. Von nun an hat es nur noch Regierungen gegeben, die weitgehend ohne parlamentarische Mehrheit entscheidend von den präsidialen Vollmachten zum Erlass von Notverordnungen, zur Ernennung von Kanzlern und zur Auflösung des Reichstags abhingen: Die Geschichte der

Weimarer Republik als einer Demokratie ging zuende; zwischen ihrem Ende und dem Anfang der nationalsozialistischen Diktatur entstand das Zwischenreich des Präsidialregimes, von dem begrenzten Kreis seiner Anhänger als die Alternative eines neuen autoritären Staates gepriesen, doch auf immer weniger Vertrauen in der Bevölkerung gestützt.

In diesen Jahren der ständigen ökonomischen und politischen Krise ist die NSDAP zur stärksten deutschen Partei herangewachsen und hat sich auf die «legale Revolution» vorbereitet. Sie hat die Krise, die Handlungsunfähigkeit der Regierungen und die Ohnmacht der parlamentarischen Parteien zielbewusst genutzt, um sich Millionen von Notleidenden oder in ihrer Existenz Bedrohten als die einzige Hoffnung darzustellen – nicht nur ruinierten Mittelständlern und Kleinbauern, wie meist gesagt wird, sondern auch verschuldeten Grossgrundbesitzern und bankrottbedrohten Stahlindustriellen, aber nicht weniger verzweifelten Arbeitslosen und hungernden Heimarbeitern. Sie hat gleichzeitig in Strassenschlachten und anderen Gewaltakten, bis hin zu Morden, ihre Tatkraft und Siegesgewissheit demonstriert und durch die Erneuerung ihres Bündnisses mit Deutschnationalen und Stahlhelmen in der «Harzburger Front» von 1931 ihre nationale Respektabilität in den Augen des Präsidialregimes gesichert, so dass Groeners Versuch eines Verbots der gewalttätigen SA auf den Widerstand von Reichswehr und Reichspräsident stiess und zum Sturz der Regierung Brüning Ende Mai 1932 beitrug. Kurz vorher hatte Hitler es gewagt, sich als Präsidentschaftskandidat einer Wiederwahl Hindenburgs entgegenzustellen, und hatte mehr als ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinigt. Er hat vorher und nachher wiederholt über andere legale Wege zur Macht verhandelt, die von Hindenburgs Zustimmung abhingen – so mit Papen und Hindenburg selbst im August 1932, mit Vertretern der Zentrumspartei, einschliesslich Brünings, kurz danach. Die Verhandlungen scheiterten immer wieder daran, dass Hitler keine geringere Rolle als die des Kanzlers verlangte, und dass Hindenburg – ebenso wie die meisten anderen «Partner» mit zeitweiser Ausnahme Schleichers – nicht bereit war, ihm diese Rolle zu gewähren – auch nicht, nachdem er im Juli 1932 unter Papens «Herrenclub-Regierung» sein Stimmenmaximum von 37,3% erreicht hatte. Die zweite Papenwahl führte dann im November zur ersten Reduzierung der nationalsozialistischen Stimmen seit Jahren – auf 33,1% – und als Hitler an seiner Forderung nach der Kanzlerschaft als Bedingung

der Beteiligung an einer neuen Regierung festhielt und damit abermals scheiterte, zu wachsender Unruhe in der NSDAP, die nun fürchtete, die zum Greifen nahe Chance der Macht zu verpassen.

Es war in dieser Lage, dass General v. Schleicher Papens Forderung nach einem Präsidialkabinett mit praktisch diktatorischen Vollmachten mit der Warnung vor einem Bürgerkrieg, dem er die Reichswehr nicht aussetzen wolle, und mit dem Gegenvorschlag einer neuen Mehrheitsbildung unter seiner Führung, die sich auf Führer der christlichen und freien Gewerkschaften und Gregor Strasser als Exponenten des gleichzeitig «sozialistischen» und koalitionswilligen Flügels der NSDAP stützen würde, entgegnete und mit der Übernahme der Regierung betraut wurde. Der kühne Plan war nicht aus der Luft gegriffen – Neigungen dieser Art existierten tatsächlich sowohl bei Strasser als auch bei wichtigen Gewerkschaftsführern – doch es war ein Plan für einen Zirkusakt, bei dem die Akteure im letzten Moment nicht bereit waren, den Sprung zu wagen. Weder Strasser war im kritischen Augenblick willens, Hitlers Autorität zu trotzen, noch die führenden Freigewerkschaftler, mit der Sozialdemokratie für ein so ungewisses Abenteuer zu brechen. Strasser vor allem, der als starker Mann der kritischen Nazis gegolten hatte, brach plötzlich zusammen und legte all seine Parteiämter nieder; als er sich erholte, war seine Position verloren und er isoliert. Doch Schleichers Versuch hatte nicht nur Papen alarmiert, sondern wesentliche Teile von Schwerindustrie und Grossgrundbesitz mit akuter Furcht vor einem Regime des «preussischen Sozialismus» erfüllt – und sie alle drängten nun unter Papens Führung den Reichspräsidenten, Schleicher fallen zu lassen und Hitler mit der Kanzlerschaft zu beauftragen! Hitler bot an, Papen zum Vizekanzler und Staatskommissar für Preussen, Hugenberg zum Wirtschaftsminister und einen General zum Reichswehrminister zu ernennen, und verlangte nur das Innenministerium für einen seiner Parteigänger; dass General v. Blomberg den Nazis seit Langem nahestand und dass Göring als Reichsminister ohne Geschäftsbereich auch kommissarischer Innenminister für Preussen mit Polizeigewalt wurde, wurde in seiner Tragweite zunächst nicht verstanden.

Am 30. Januar, als die Regierung Hitlers vereidigt wurde, haben Papen und vielleicht auch Hugenberg noch geglaubt, den zur Macht zugelassenen

Demagogen durch die Amterverteilung und den Rückhalt am Reichspräsidenten «ingerahmt» und unter Kontrolle gebracht zu haben. Tatsächlich hatte er, durch den Zugriff auf Reichswehr und Polizei, *sie* ingerahmt: Die Machtzulassung hatte ihm den Weg zur Machtergreifung geöffnet.

III

Die Vorbereitung dieser Machtergreifung begann mit dem Entschluss zu sofortigen Neuwahlen; dabei wurde ein Verbot der Kommunisten, zu dem die bürgerlichen Kabinettsmitglieder bereit waren, mit der Begründung vermieden, der bolschewistische Revolutionsversuch müsse «zuerst einmal aufflammen», wie Goebbels später schrieb. Am 4. Februar erhielt die Regierung Hitler durch Hindenburgs «Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes» die Vollmacht zu Verbot oder Auflösung «sicherheitsgefährdender» Versammlungen und zu Verbot oder Beschlagnahme «sicherheitsgefährdender» Drucksachen nach ihrem Ermessen. Am 6. Februar wurden durch eine weitere Notverordnung der sozialdemokratischen Preussenregierung, der die Regierung v. Papen schon am 20. Juli 1932 einen Reichskommissar vorgesetzt hatte, die restlichen Befugnisse entzogen und dem Staatskommissar und seinem Beauftragten übertragen, während der Landtag gegen den Willen der verfassungsmässig zuständigen Kontrollinstanz aufgelöst wurde – wie schon vorher alle kommunalen Vertretungskörperschaften. Entsprechende personelle Umbesetzungen folgten schnell, vor allem bei den Polizeipräsidenten.

In Preussen erliess Göring am 17. Februar seinen «Schiessbefehl» an die Polizei im Fall von Zusammenstößen der SA und des Stahlhelms mit Gegnern ihrer Propaganda, am 22. Februar folgte sein Erlass über den Einsatz dieser Verbände als «Hilfspolizisten» in Parteiuniform mit weisser Armbinde: Die Ermutigung zum «spontanen» Terror hatte begonnen.

Doch den entscheidenden Durchbruch brachte der Reichstagsbrand vom Abend des 27. Februar, der von der nationalsozialistischen Führung sofort zielbewusst als das erwartete «Aufflammen» des «bolschewistischen Revolutionsversuchs» deklariert und ausgenutzt wurde, obwohl es für seine Anstiftung durch die KPD weder sofort noch später das geringste Beweismaterial oder die geringste innere Wahrscheinlichkeit gab. Die am 28. Fe-

bruar vom Kabinett beschlossenen und von Hindenburg unterschriebenen «Verordnungen zum Schutz von Volk und Staat» und «zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte» machten durch die Aufhebung aller verfassungsmässigen Grundrechte bei Staatsgefährdung den Weg für Massenverhaftungen und Verfolgungen ohne Rechtsgrundlage, also für den nicht mehr bloss spontanen, sondern zentral organisierten Terror frei. Schon Lenin hat die Diktatur als die Aufhebung aller rechtlichen Beschränkungen der Staatsgewalt definiert. Hier war sie, und sie blieb bis zum Ende des Dritten Reiches in Kraft, obwohl der rechtlich als Grundlage angegebene Artikel 48 selbst unter extremen, hier tatsächlich nicht gegebenen Bedingungen nur die «vorübergehende» Aufhebung von Grundrechten gestattete. Die im Amt verbliebenen Exponenten jener Politik der konservativen Restauration, die auf einen autoritären Rechtsstaat abzielte – Hindenburg, Papen, Hugenberg –, haben sich an dieser von Hitler gewollten Ersetzung des Rechtsstaates durch eine terroristische Diktatur beteiligt.

Die Wahlen vom 5. März, die schon im Zeichen des so entfesselten Terrors, insbesondere der totalen Verfolgung der KPD und der Verhaftung und Verfolgung zahlreicher Exponenten der SPD sowie der Unterdrückung jeglicher oppositionellen Propaganda in der Woche vor der Abstimmung, stattfanden, brachten den Nationalsozialisten dennoch keine absolute Mehrheit – sie erzielten 43,9% der Stimmen; ihre schwarz-weiss-roten Verbündeten um Papen und Hugenberg blieben mit 8% zur Mehrheitsbildung nötig – erst die spätere Ungültigerklärung der Mandate der Kommunisten, die immer noch 12,3% erzielt hatten, machte Hitlers Partei von ihren Verbündeten auch parlamentarisch unabhängig. Die Sozialdemokraten hatten sich mit 18,3% ohne absoluten Stimmenverlust behauptet.

Natürlich feierte Hitler das Wahlergebnis als Sieg; ebenso natürlich war er damit nicht zufrieden: Die Machtergreifung musste auf allen Gebieten total werden. Schon im Laufe der nächsten Woche wurden alle Länder, die nicht ohnehin nationalsozialistisch regiert oder wie Preussen schon vorher entmündigt worden waren, unter Berufung auf die Reichstagsbrandverordnung mit der Begründung durch Staatskommissare gleichgeschaltet, sie trafen nicht die notwendigen Massnahmen zum Schutze von Volk und Staat. Der einzige Ministerpräsident, der versucht hatte, vorbeugenden Widerstand zu leisten, der bayerische Volksparteiler Heinrich Held, wurde

nach gescheiterten Erwägungen über die Ausrufung einer bayerischen Monarchie und vergeblichen Appellen an Hindenburg, die mit machtlosen Versprechungen beantwortet wurden, durch einen SA-Aufmarsch in München mit anschließender Ernennung des Generals von Epp zum Reichskommissar am 9. März entmachtet.

Die Gleichschaltung der Länder hatte die des Reichsrats impliziert. Die endgültige Entmachtung des Reichstags sollte dieser selbst vollziehen, indem er zwei Tage nach seiner Eröffnung, am 23. März, dem Ermächtigungsgesetz zustimmte. Dieses «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» gab der Reichsregierung die Generalvollmacht, die Massnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Staat für notwendig hielt, und zwar auch in Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. Die Vollmacht war formell auf vier Jahre beschränkt, bedurfte also einer periodischen Erneuerung durch den Reichstag, dessen Existenz ebenso wie die Rechte des Reichspräsidenten nicht angetastet werden sollte. Doch der Sinn des Gesetzes war ja gerade, die Gesetzgebung durch Regierungsdiktat von der Notverordnungsvollmacht des Reichspräsidenten unabhängig zu machen, der selbst eine Entlastung von dieser Verantwortung wünschte; und die künftigen Rechte des Reichstags waren belanglos, wenn seine Zusammensetzung von einem Diktaturregime beliebig manipuliert werden konnte. Das Ermächtigungsgesetz liquidierte also, nach der vorherigen Beseitigung der Grundrechte durch die Reichstagsbrandverordnung, praktisch endgültig den Rest der Weimarer Verfassung – und zugleich die Grundlagen des Präsidialregimes, das Hitler an die Macht gelassen hatte: Die tote Demokratie und das moribunde Präsidialregime wurden gleichzeitig begraben. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde in erzwungener Abwesenheit der Kommunisten dadurch gesichert, dass die nicht in der Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien *für* das Gesetz stimmten, um Schlimmeres – für das Reich oder für sich selbst – zu verhüten. Nur die Sozialdemokratie, deren Führung sich noch nicht zum illegalen Widerstand gegen die Diktatur entschlossen hatte, sah es als Sache ihrer politischen Ehre an, bei dieser letzten legalen Gelegenheit durch den Mund von Otto Wels ihre Opposition gegen deren Scheinlegalisierung zu verkünden.

Eines der ersten Gesetze, das der neuen «Ermächtigung» entsprang, war neben der Ernennung von ständigen «Reichsstatthaltern» für die Länder

das «Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vom 7. April, das die faktisch schon weit fortgeschrittene Säuberung von Verwaltung und Justiz von allen «Nichtariern» oder politisch unliebsamen Beamten von der Behinderung durch die rechtlichen Garantien eben des deutschen Berufsbeamtentums befreite. Doch die Hauptaktivität der jetzt beginnenden Phase der NS-Revolution richtete sich auf die Zerstörung aller gesellschaftlichen Organisationen.

Die erste betroffene Organisation waren die Gewerkschaften aller Richtungen – nicht etwa, weil sie zum Widerstand gegen das neue Regime entschlossen waren, sondern weil sie sich dazu zunächst als völlig unfähig erwiesen. Auf die Bemühungen einer Reihe prominenter Gewerkschaftsführer, durch Verhandlungen mit der NS-Führung ihre Autonomie auf unpolitischer Basis zu sichern, und auf ihren Aufruf zur Teilnahme an den offiziellen Demonstrationen zum 1. Mai als «Tag der Nationalen Arbeit» folgte die schon Wochen vorher vorbereitete Besetzung der Gewerkschaftshäuser, die vorläufige Festnahme der führenden Funktionäre und Beschlagnahme ihrer Fonds am 2. Mai und die zwangsweise Überführung ihrer Mitglieder in die «Deutsche Arbeitsfront».

Als ebenso leichte Beute war zunächst die protestantische Kirche für die von den Nazis schon vor der Machtergreifung organisierten «Deutschen Christen» erschienen; doch bei den Kirchenwahlen des Mai 1933 für das neue Amt eines «Reichsbischofs» erlitten sie eine Niederlage. Die Regierung antwortete mit der Einsetzung eines «Staatskommissars» und einer «deutsch-christlichen» Führung für die Protestanten in Preussen, die dann im Juli neue Wahlen gewannen, aber damit die Entwicklung einer nicht politischen, sondern religiösen Opposition gegen das Regime in der Form des Pfarrernotbunds und der Bekennenden Kirche hervorriefen.

Unter den politischen Parteien waren die Sozialdemokraten das erste Opfer nach den Kommunisten. Nach ihrem mutigen Auftreten gegen das Ermächtigungsgesetz waren sie zunächst nicht als Partei verboten, sondern nur in Veranstaltungen und Veröffentlichungen systematisch behindert worden – und ihre Führung hatte sich zunächst bemüht, diesen Rest von Legalität zu bewahren, «bis die Nazis abgewirtschaftet hätten». Noch im April wandten sie sich gegen den Beginn eines illegalen Widerstandes sozialdemokratischer Jugendgruppen. Bald danach begann jedoch ein Teil

der Führung sich zwecks Wahrung der Freiheit des Auftretens gegen die Diktatur ins Ausland abzusetzen. Noch am 17. Mai stimmte eine Mehrheit der noch im Lande befindlichen Abgeordneten gegen den Rat der «Emigranten» für Hitlers auf nationale Einheit ausgerichtete «Friedensresolution», obwohl Parteihäuser, Presse und Vermögen der Partei schon eine Woche vorher beschlagnahmt worden waren. Doch am 18. Juni veröffentlichte die Auslandsführung unter Wels ein Manifest für den Sturz Hitlers, und am 22. Juni wurde die Partei als Ganzes als staatsfeindlich verboten.

Die Reste der Mittelparteien folgten schnell. Die «Deutsche Staatspartei», ehemals «Deutsche Demokratische Partei», beschloss am 28. Juni unter Druck ihre «Selbstaflösung». Teile der Deutschen Volkspartei hatten schon im April ihren Mitgliedern den Übertritt in die NSDAP empfohlen, während die zentrale Führung zunächst noch für eine Zusammenarbeit mit der Regierung als «selbständige» Partei eintrat – doch am 4. Juli veranlasste der fortgeschrittene Zerfall den Vorsitzenden zur Auflösung, weil «Parteien im alten Sinne» nicht «mit dem Wesen des jetzigen NS-Staates vereinbar» seien.

Das Zentrum, das zum ersten Mal seit 1918 nicht mehr zur parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung gebraucht wurde und dessen letzter Führer, Prälat Kaas, es nach dem Ermächtigungsgesetz vorgezogen hatte, die Parteipolitik aufzugeben und sich lieber an den Konkordatsverhandlungen zu beteiligen, versuchte noch einige Wochen lang unter Brünings Führung mit den neuen Herren zu verhandeln. Doch diese sahen das Konkordat nicht zuletzt als Mittel, dem politischen Katholizismus die Unterstützung Roms zu entziehen, und am 28. Juni riet Goebbels dem Zentrum öffentlich, «seinen Laden zuzumachen». Aktivere Verfolgungen der «Bayerischen Volkspartei» bestätigten diesen Kurs. Am 4. Juli verkündete deren kurz vorher aus der Landesregierung ausgeschiedener letzter Minister, Graf Quadt-Isny, ihre Auflösung «aus Mangel an politischer Wirkungsmöglichkeit», am 5. Juli Brüning die des Zentrums «im Einverständnis mit Hitler». Am 8. Juli wurde das Konkordat unterzeichnet – von der Kirche aus ein Schritt, die eigene Autonomie in Deutschland so weit wie möglich durch Preisgabe des politischen Katholizismus zu retten, von Hitler aus nur ein, wenn auch bemerkenswerter, Teilerfolg seiner Gleichschaltungspolitik: Denn die Autonomie der Kirche wurde in der Folge zwar nie voll respektiert, aber auch nie völlig gebrochen.

Schliesslich sind auch die deutschnationalen Partner der NSDAP nicht nur in schnellem Tempo ihres Regierungseinflusses beraubt worden, sondern auch der Unterstützung, die sie sich vom Stahlhelm erwarteten, da dessen Führer Seldte sich schnell zur NSDAP hin entwickelte und seine Organisation faktisch der SA unterstellte. Die Schwächung derjenigen von ihnen, die Hitlers Methoden kritischer gegenüberstanden als Hugenberg, wurde durch die Absetzung des Fraktionsvorsitzenden Oberfohren am 11. April und durch seinen Selbstmord am 6. Mai demonstriert. Von nun an entwickelten sich mehr deutschnationale Parteimitglieder zu einer hitlerkritischen, oft betont monarchistischen Haltung – doch zugleich verschärfte sich der polizeiliche Druck gegen sie. Der zunehmend isolierte Hugenberg erklärte schliesslich am 27. Juni seinen Rücktritt von allen Ministerien – und am gleichen Tage in einem gemeinsam mit Hitler unterzeichneten Dokument die «Selbstaflösung» seiner «Deutschnationalen Front».

Die Entschlossenheit Hitlers und der NSDAP, viel schneller als Mussolini einen vollständigen Einparteiestaat herzustellen, war spätestens in ihrem Verhalten zu den katholischen und deutschnationalen Parteien sichtbar geworden. Anfang Juli war der Prozess vollendet – weniger als ein halbes Jahr nach dem Zugang zur Macht. Am 14. Juli wurde dementsprechend ein «Gesetz gegen die Neubildung von Parteien» erlassen, das das Monopol der NSDAP proklamierte und alle Versuche von Neugründungen unter Strafe stellte. Damit verwandelte sich auch der Reichstag für die Dauer des Regimes in eine Versammlung, die ausschliesslich aus Mitgliedern der herrschenden Partei unter der Disziplin ihres Führers bestand. Es schien, dass die Machtergreifung abgeschlossen war, und Hitler selbst hat schon am 6. Juli in einer Rede vor den Reichsstatthaltern den «Abschluss der Revolution» verkündet. Doch tatsächlich war die Machtergreifung im totalitären Sinne trotz ihres rasanten Fortschritts noch nicht vollendet – geschweige die Revolution. Es gab noch eine Wehrmacht, die trotz der Führung durch einen loyalen Minister-General nicht auf Hitler und die Partei eingeschworen war. Und es gab noch Unruhe, ja Gerede von einer «zweiten Revolution» in Partei und SA, gegen die sich Innenminister Frick in einem Rundschreiben aus den gleichen Tagen, am 11. Juli, mit dem Argument wandte, alle Macht liege jetzt in der Hand der von Hitler geführten Reichsregierung, und keine Organisationen, Parteistellen oder Kommissare dürf-

ten sich Befugnisse anmassen, die «mit der Autorität des totalen Staates unvereinbar» seien. Auch das am 1. Dezember 1933 erlassene «Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat» hat diese Probleme nicht gelöst.

Auf der Parteiseite verstärkten sich diese Probleme mit dem immensen zahlenmässigen Anwachsen der Partei, die schon vor der Machtübernahme 1,5 Millionen Mitglieder zählte und Ende 1934 die 4 Millionen überschritten hatte; dies bedingte die Notwendigkeit erheblicher Umbesetzungen der Führungskader, um den für Verwaltungszwecke qualifizierten «Märzgefallenen» stärkeren Einfluss zu geben. Die SA war ebenfalls angewachsen, ohne wesentliche Veränderungen in den Führungskadern durchzumachen, und mit ihr wuchsen ihre Ansprüche. Dies wurde bedeutsam im Zusammenhang der Vorbereitung des Übergangs zur allgemeinen Wehrpflicht, der im März 1935 vollzogen werden sollte: Die SA-Führer erwarteten ihre Überführung in die neue Wehrmacht auf Rangstufen, die ihren bisherigen SA-Rängen entsprachen – die Berufsoffiziere der Reichswehr sahen eine derartige Niveausenkung des deutschen Offizierskorps durch massenhaftes Eindringen von Angehörigen einer «parteipolitischen» und überdies weitgehend plebejischen Organisation als unerträglich an. Es gibt keinen Beweis, dass die SA-Führung unter Röhm zur Durchsetzung ihrer Forderungen Mitte 1934 einen Putsch vorbereitet oder auch nur massiven Druck ausgeübt hätte, doch die Nachrichten über die Stimmung in diesen Kreisen, die Hitler aus den Reihen ihrer ihm nächststehenden Rivalen von der SS erreichten, müssen beunruhigend genug gewesen sein, um ihn zum Handeln zu veranlassen. Er verstand, dass ein Konflikt mit der Reichswehr, die sich potentiell noch immer gegen ihn auf den Reichspräsidenten berufen konnte, die einzige ernste Gefahr für sein sonst so schnell gefestigtes Regime war; er verstand auch, dass eine demonstrative, mit Blut besiegelte Entscheidung gegen seine «alten Kämpfer» von der SA der sicherste Weg war, sich das Offizierskorps dauernd zu verpflichten.

Die blutige Säuberung der SA-Führung wurde am 30. Juni 1934 auf Hitlers Befehl in der Hauptsache von SS-Einheiten durchgeführt, dann durch die Anschuldigung eines Putschplans der Opfer und andere diffamierende Vorwürfe öffentlich begründet und schliesslich durch ein nachträglich erlassenes Gesetz für rechtens erklärt. Das Gesetz deckte auch eine Reihe

von anderen, gleichzeitig ausgeführten Morden, deren Opfer unter anderen die Generale Schleicher und v. Bredow und zwei der engsten Mitarbeiter Papens waren; sie wurden nicht öffentlich bekannt gegeben, blieben aber nicht geheim. Die Demonstration, dass der revolutionäre NS-Staat mit persönlichem Despotismus ohne alle rechtlichen oder traditionellen Beschränkungen regiert wurde und dass zu Hitlers Opfern auch Generale gehörten, die in der Reichswehr eine führende Rolle gespielt hatten, löste im Offizierskorps keinen Schock aus: Hitlers Versicherung, es werde in Zukunft in seinem Reich nur einen Träger der politischen Macht geben, die Partei, aber auch nur einen Waffenträger, die Wehrmacht, war ihnen wichtiger. Von seinem Krankenbett in Neudeck gratulierte der Reichspräsident zwei Tage später.

Der Zeitpunkt der Aktion dürfte mit durch die Erwartung des nahen Ablebens des «alten Herrn» bestimmt worden sein. Noch bevor er am 2. August starb, beschloss die Reichsregierung ein Gesetz zur Vereinigung des Präsidenten- und Kanzleramtes, um jedes Risiko eines monarchistischen Testaments Hindenburgs auszuschalten. Noch am Tage seines Todes wurden alle Garnisonen auf den Führer und Reichskanzler vereidigt – das dazu notwendige Gesetz wurde, wie jetzt schon üblich, nachgeliefert (am 20. August). Erst jetzt war die nationalsozialistische Machtergreifung vollendet: Es gab ausser dem Führer kein unabhängiges Organ der Staatsautorität mehr, und das Berufsheer war vor seiner Erweiterung zum Wehrpflichtheer auf ihn eingeschworen worden. Zugleich war das ihm versprochene Waffenmonopol von vornherein durchbrochen: Die SS wurde für ihre Rolle in der Blutsäuberung nicht nur mit der Anerkennung als selbständige Parteigliederung belohnt, sondern ihr Reichsführer Heinrich Himmler wurde 1936 zugleich Chef der deutschen Polizei, und aus ihren Reihen wurde später auch die «Waffen-SS» geschaffen.

IV

Die Vollendung der Machtergreifung war nicht das Ende der nationalsozialistischen Revolution. Vielmehr wurde die vollendete totalitäre Diktatur zum Träger einer revolutionären Politik der Umwälzung nicht nur der deutschen Staats- und Gesellschaftsstruktur, sondern des europäischen Staaten-

systems, ja durch seine Massnahmen der Massenvernichtung der Umwälzung der Bevölkerungsstruktur innerhalb und ausserhalb Deutschlands.

Es ist im Rahmen dieses Vortrages nicht möglich, über diese revolutionäre Rolle des Regimes nach Vollendung der Machtergreifung mehr als in aufzählenden Stichworten zu sprechen. In Verwaltung und Justiz entwickelte sich ein permanenter Dualismus teils zwischen staatlichen und Parteinstanzen, teils zwischen noch an rechtliche Vorschriften gebundenen und von ihnen praktisch freien, nur dem Willen des Führers und seiner zahllosen Unterführer gehorchenden Institutionen. Das dem zentralistischen Prinzip widersprechende Durcheinander konkurrierender Ministerialverwaltungen und Sonderbeauftragter aller Art entsprang zum Teil Hitlers bewusstem Wunsch, die Abhängigkeit seiner Untergebenen zu verstärken, sie gegeneinander auszuspielen, zum Teil aber auch der Unmöglichkeit der effektiven Koordination der zunehmend unübersichtlichen Apparate. Besonders wichtig war natürlich das Nebeneinander von regulärer Justiz, Volksgerichten und dem Machtbereich von Polizei und SS, zu dem die Konzentrationslager mit all ihrem Terror gehörten. Zu wenig beachtet worden ist auch die faktische Aufhebung der Landesregierungen zugunsten von Gauinstanzen im Laufe des Krieges, die insbesondere die Existenz des preussischen Staates effektiv zerstörten: Es ist eine Legende, dass erst die alliierten Siegermächte die Geschichte Preussens durch ihren Auflösungsbeschluss beendet hätten.

Die Kontrolle der öffentlichen Meinung und die Umwandlung des Bildungswesens im Sinne der «Nationalsozialistischen Weltanschauung» sind allgemein bekannt. Für die erste war nicht wie in traditionellen autoritären Regimen eine Zensur, sondern die positive Gleichschaltung durch Einsatz regimetreuer Redakteure, Filmemacher usw. entscheidend, die laufend Weisungen vom Propagandaministerium empfangen. Im Bildungswesen musste nur eine relativ begrenzte Zahl widerspenstiger Universitäts- und Schullehrer vertrieben oder entlassen werden, um ein allgemeines Klima der Erziehung im Geiste des Regimes, von der Geschichtsklitterung bis zur Rassenlehre, zu erreichen.

In der Wirtschaft hat sich anfänglich die Bereitschaft zu einer quasi-keynesianischen Finanzierung der Ankurbelung und Arbeitsbeschaffung positiv ausgewirkt, wobei Rüstungsmassnahmen mit Einschluss der für militärische Zwecke konzipierten Autobahnen eine wichtige, aber zu-

nächst nicht die einzige Rolle spielten. Weiterhin sind weder die «sozialistischen» noch die romantischkleinbürgerlichen Ideen der früheren NS-Propaganda wirksam geworden, an deren Stelle die kriegswirtschaftliche Planung, sowohl im Sinne der Ersatzproduktion für eingeführte Rohstoffe wie im Sinne der direkten Rüstung, in den Vordergrund trat. Es handelte sich dabei nie um eine «BefehlsWirtschaft» sowjetischen Typs – weder das Eigentum der Unternehmer noch die Dispositionsmöglichkeiten der Manager wurden angetastet: Doch die öffentlichen Aufträge im Zuge des Aufbaus und der Durchführung der Kriegswirtschaft genügten, um den entscheidenden Teil der Wirtschaft zu lenken – in einer Weise, die gesicherter Absatz und Abwesenheit von Gewerkschaften keineswegs unprofitabel machten. Die Richtung grosser Teile der deutschen Produktion ist so einseitig im Sinne der staatlichen Politik verschoben worden.

Es ist jedoch deutlich, dass mit Ausnahme der Massnahmen zur ideologischen Umerziehung der gegenwärtigen und künftigen Generationen die bisher genannten administrativen und wirtschaftlichen Veränderungen seit der Vollendung der Machtergreifung im Wesentlichen blosser Mittel zu den eigentlichen Zielen des nationalsozialistischen Regimes waren – Ziele, die in der Machtexpansion ausserhalb Deutschlands und in den Massnahmen der rassistisch begründeten Massenvernichtung innerhalb und ausserhalb des Landes lagen.

Der revolutionäre Charakter der nationalsozialistischen Aussen- und Kriegspolitik lag nicht einfach in dem Bestreben, Macht und Territorium des Reiches zu vergrössern – wenn nötig mit gewaltsamen Mitteln: Das war bekanntlich in der Geschichte der europäischen Nationalstaaten nichts Ungewöhnliches. Der revolutionäre Charakter lag in der Weigerung, die Erfahrungstatsache anzuerkennen, dass solche Machtexpansion sich wirksam nur im Rahmen eines bestehenden Systems souveräner Staaten und in den durch sein Fortbestehen gezogenen Grenzen vollziehen konnte. Die Zielsetzung der Vernichtung der Sowjetunion und der Deutschland benachbarten slawischen Staaten, nicht nur aufgrund des ideologischen Antagonismus zum «bolschewistischen» System in Russland, sondern zugleich aufgrund der Vorstellung von der «rassischen Minderwertigkeit» der slawischen Völker und der Vision einer deutschen «Kolonisierung» grosser Teile ihres Territoriums, ging über diese Grenzen weit hinaus und

machte nach Hitlers eigenen Erwartungen einen Entscheidungskrieg um die Verwirklichung dieser Vision der deutschen Zukunft nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich und positiv wünschenswert. Die frühe totale Mobilisierung der deutschen Wirtschaft zur Kriegsvorbereitung war eine Konsequenz dieses revolutionären Konzeptes der Aussenpolitik.

Es ist wahr, dass Hitler nicht *alle* Elemente des späteren zweiten Weltkriegs im Voraus für wünschenswert hielt – insbesondere nicht den Krieg gegen England und daher auch gegen die Vereinigten Staaten. Doch als sich herausstellte, dass seine Ziele nicht ohne Krieg mit England zu verwirklichen waren und dass London sich auch mit seinen anfänglichen Siegen über Polen und Frankreich nicht abfand und in seiner Haltung unterstützt wurde, hat Hitler nicht gezögert, auch den Krieg gegen England anzunehmen und nach dem Beginn des japanisch-amerikanischen Krieges den Vereinigten Staaten von sich aus den Krieg zu erklären. Die unbegrenzte, revolutionäre Zielsetzung seiner Expansionspolitik zog den Weltkrieg mit innerer Notwendigkeit nach sich.

Die Rassenpolitik schliesslich verknüpfte die Zielsetzung einer rassischen Erneuerung des deutschen Volkes durch Ausmerzung der Juden und anderer «biologisch minderwertiger» Elemente mit dem Versuch der Einsetzung gleichgesinnter Regime in «rassenverwandten» nordischen Völkern einerseits, der Vernichtung der Eliten der zur Sklavenrolle bestimmten slawischen Völker andererseits. Positive Bemühungen zur Heranzüchtung einer deutschen Rassenelite hatten in der SS bereits vor der Machtergreifung begonnen. Massnahmen zur Verhütung erbkranken Nachwuchses begannen schon in den Anfangsjahren des Regimes und wurden durch die späteren Massnahmen zur Vernichtung «lebensunwerten Lebens» konsequent fortgesetzt. Die Judenverfolgung, die mit allgemeiner Hasspropaganda und Boykottmassnahmen begonnen hatte und in den Nürnberger Gesetzen zum erstenmal «rechtliche» Form annahm, war zunächst auf totale Isolierung der verhassten «Rasse» gerichtet, soweit ihre Angehörigen nicht unter Verlust allen Besitzes ausgetrieben werden konnten; im Kriege, für dessen Ausbruch die Juden in der offiziellen Propaganda verantwortlich gemacht wurden, nahm sie schliesslich die Form des Versuchs ihrer Ausrottung im ganzen besetzten Europa an. Zu den Millionen Opfern dieser Haupttrichtung der Massenvernichtung kam dann die gezielte Ausrot-

tung der slawischen Eliten, insbesondere der polnischen und russischen Intellektuellen und der sowjetischen Funktionäre, und die bewusste Verringerung der Gesamtbevölkerung durch Hunger in den Kriegsgefangenenlagern. Konzentrationslager und Gefangenenlager waren so nicht nur Instrumente eines Herrschaftssystems von einzigartiger Brutalität, sondern teilweise schon Instrumente einer vom Rassenwahn gesteuerten Politik der Umwälzung der Bevölkerungszusammensetzung Europas, die in den Vernichtungslagern ihren konsequenten Tiefpunkt erreichte. Demgegenüber blieben die Versuche des Exports rassistisch-ideologischer Elitenherrschaft in andere «nordische» Länder bemerkenswert erfolglos: Quisling vermochte keine nennenswerte Unterstützung im norwegischen Volk zu gewinnen und fand kaum Nachahmer in anderen Ländern.

Im Ganzen kann man sagen, dass das Regime des Nationalsozialismus bis zu seinem Untergang dem Gesetz der gewaltsamen Zerstörung der nationalen und internationalen Ordnung treu geblieben ist, nach dem es angetreten war: In diesem Sinne der immer neuen gewaltsamen Umwälzungen war und blieb es revolutionär. Hitlers Befehle in den letzten Wochen seines Lebens liefen bekanntlich darauf hinaus, durch eine extreme Politik der verbrannten Erde auch das eigene Land und Volk zu zerstören, die sich seiner nicht würdig erwiesen hatten. Doch dieser letzte Akt der Massenvernichtung ist ihm nicht mehr gelungen.

V

Die Veranstalter dieser Konferenz haben angeregt, dass im Rahmen dieses Eröffnungsvortrags auch der Platz der nationalsozialistischen Machtergreifung im Rahmen der «antiliberalen» Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts erörtert werden solle. Ich gestehe, dass ich Zweifel habe, wie weit man von «antiliberalen» Revolutionen im 19. Jahrhundert sprechen kann. Das nächstliegende Beispiel wäre offenbar der Staatsstreich von Louis Napoleon, der am Ausgang der Revolution, die 1848 begonnen hatte, seine Stellung als gewählter Präsident benutzte, um mit Hilfe des Militärs seine Diktatur zu proklamieren und anschliessend sich durch Plebiszit zum Kaiser wählen zu lassen. In der Tat gibt es hier Parallelen zu der Situation der «Machtergreifung», die sicher direkt Mussolini und insofern indirekt auch

Hitler beeinflusst haben: Eine wenig handlungsfähige Herrschaft der traditionellen Rechten, die nach der Niederschlagung der Pariser Arbeiter im Juniaufstand noch immer eine Wiederkehr der Linken in Wahlen fürchtete und darum die Anzahl der Wahlberechtigten willkürlich einschränkte; eine erhebliche Popularität des Präsidenten, der weder mit der traditionellen Rechten noch mit der Linken identifiziert war, zumal unter den Bauernmassen; die Stärke des nationalistischen Prestiges, das mit der Herkunft des neuen Bonaparte verbunden war. Aber der neue Machthaber war von keiner utopischen Ideologie beflügelt, von keiner organisierten Partei unterstützt, und erstrebte und bewirkte keine tiefgehende gesellschaftliche Umwälzung: Ihm ging es eher um ein stabiles, von den Unberechenbarkeiten der Demokratie befreites Regime und um nationales Prestige, dem auch begrenzte Kriege, aber kein totales Risiko dienen konnten. «Antiliberal» war der Staatsstreich gewiss – doch ich sehe keinen Grund, ihn eine Revolution zu nennen.

Aus einer betont konservativen Sicht liesse sich allenfalls die Pariser Kommune von 1871 als eine «antiliberale Revolution» bezeichnen, doch auch dies erscheint mir schief. Eine revolutionäre Volkserhebung mit zugleich sozialen und nationalen Zielen war sie gewiss – doch trotz aller Versuche Lenins und seiner Nachfolger, sie als Vorläufer der kommunistischen Diktaturen unseres Jahrhunderts zu reklamieren, scheint es mir ungerecht und unhistorisch, sie als freiheitsfeindlich zu etikettieren. Ihre spontan geschaffenen gewählten Organe, die später als Vorform der Räte angesehen wurden und heute als «basisdemokratisch» gelten könnten, gingen aus freiem Wettbewerb einer Mehrzahl von Parteien hervor; und Karl Marx, der sie als erste Verwirklichung einer «Diktatur des Proletariats» im Sinne seiner Theorie begrüßte, meinte damit keine Parteidiktatur – und konnte keine meinen, weil es in der Kommune keine gab.³ Gewiss war die Kommune kein «liberales» Regime, aber sie hatte auch kein solches gestürzt, sondern war aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs hervorgegangen; in der belagerten Stadt wurden die Gegner der revolutionären Bewegung unterdrückt, nicht grundsätzlich anders als in den früheren Phasen der grossen Französischen Revolution, aber erheblich weniger blutig. Vor allem aber handelte es sich um eine kurzfristige Improvisation, kein konsolidiertes Regime – seine Zukunft schien noch offen, wurde aber durch die Niederschlagung der Kommune abgeschnitten, während die deutschen

Sieger Gewehr bei Fuss standen. Für unsere Zwecke gibt der Vergleich nichts her.

Es scheint mir also, dass wir uns für Vergleiche auf die totalitären Revolutionen unseres Jahrhunderts beschränken sollten: Revolutionen, die gleich der nationalsozialistischen von zentralistisch aufgebauten Parteien durchgeführt wurden, die bewusst nach der ganzen Macht griffen, um ihre ideologischen Ziele zu verwirklichen, und nach Erlangung der Macht Parteidiktaturen errichteten. Ich will mich dabei hauptsächlich auf die beiden Revolutionen konzentrieren, die der nationalsozialistischen Machtergreifung vorausgingen und sie daher direkt oder indirekt beeinflussen konnten: die bolschewistische Revolution in Russland seit 1917 und die faschistische Revolution in Italien seit 1922. Dabei steht natürlich das Beispiel der faschistischen Revolution aus Gründen, auf die ich schon in meiner Einleitung hingewiesen habe, der nationalsozialistischen ungleich näher als die bolschewistische; dennoch darf Lenins Revolution, in der die gemeinsamen Züge beider Typen zum ersten Mal entwickelt wurden, hier nicht übergangen werden.

Zugleich beruht eine besondere Schwierigkeit in der Herausarbeitung dieser Züge im russischen Fall darauf, dass sie tatsächlich beim Sturz des Zarismus im März 1917 (Februarrevolution nach dem alten russischen Kalender) als demokratische Revolution vom klassischen Typ des 19. Jahrhunderts begann und dass sich über die bolschewistische Machtergreifung am 7. November (25. Oktober) hinweg noch bis 1921/22 Züge dieser demokratischen Revolution mit den neuen Zügen der ersten totalitären Revolution vermengten.⁴

Die «Februarrevolution» beruhte auf einer spontanen Massenbewegung in einer Gesellschaft, deren verspätete, doch zunehmend sichtbare Entwicklung von der politischen Ordnung des Zarismus gehemmt wurde und die von den Trägern dieser Ordnung in einen Krieg hineingeführt worden war, dem sich das politische System nicht gewachsen zeigte. Ähnlich wie in anderen demokratischen Revolutionen entwickelte sich zunächst ein Nebeneinander der in der Duma tonangebenden gemäßigten Kräfte, die auch die erste provisorische Regierung bildeten, und der radikaleren Parteien der Bauernmassen und der Arbeiter, die neben ihrer Vertretung in der Duma einen rasch wachsenden Einfluss in den spontan entstehenden Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets) ausübten. Doch neben diesen beiden politischen Faktoren vertrauten Typs gab es ein neuartiges Element: die

zentralistisch von oben nach unten aufgebaute bolschewistische Partei Lenins, die zwar anfänglich in den Räten als Minderheit mit den anderen Parteien der Linken für demokratische und soziale Forderungen zusammenarbeitete, aber nach Lenins Rückkehr aus dem Exil im April den Kampf für die sofortige Beendigung der Teilnahme Russlands am Weltkrieg, den die anderen Parteien gemeinsam mit den westlichen Alliierten als Krieg für die Demokratie gegen das kaiserliche Deutschland weiterführen wollten, für die Ersetzung der aus der Duma gebildeten Regierung durch eine Räteherrschaft und für die sofortige Aufteilung des Landes der Grossgrundbesitzer unter die Bauern aufnahm. Auch der Charakter dieser Forderungen unterschied sich nicht grundsätzlich von den Forderungen der radikalen Phase einer demokratischen Revolution, und der Sieg der Bolschewiki und ihrer Verbündeten, der «linken Sozialrevolutionäre», in der Oktoberrevolution erschien als durchaus vergleichbar mit dem Sieg der jakobinischen «Bergpartei» und des Wohlfahrtsausschusses in der grossen Französischen Revolution; auch der bald folgende Bürgerkrieg und der zunächst als sein Teil erscheinende Terror der neuen Sowjetmacht und ihrer Tscheka passten noch zu diesem Vorbild. Es entsprach auch noch dem gleichen Vorbild, dass nach dem Sieg im Bürgerkrieg die extremistische Wirtschaftspolitik des «Kriegskommunismus» zugunsten der Interessen der neu unabhängigen Bauern als der eigentlichen Nutzniesser der Revolution im Frühjahr 1921 durch eine gemässigte «Neue Ökonomische Politik» ersetzt werden musste. Was dem Vorbild nicht mehr entsprach und was ein vergleichender Historiker der grossen europäischen Revolutionen wie Crane Brinton in seiner Theorie der revolutionären Zyklen⁵ nicht erklären konnte, war die Tatsache, dass diese «thermidorianische» Politik nicht durch den *Sturz* der bolschewistischen «Jakobiner», sondern unter deren *Führung* durchgesetzt wurde – ja dass die bis dahin niedergehaltenen und schikanierten, aber noch immer geduldeten Reste der anderen Sowjetparteien erst 1921/22 endgültig vernichtet wurden und dass in der herrschenden Partei selbst auf dem gleichen Parteitag, der die NEP einführte, ein Verbot der Fraktionsbildung von Lenin durchgesetzt wurde, das die Führung gegen jede künftige innerparteiliche Opposition sicherte. Anstelle des Modells der demokratischen Revolution, in deren Zyklus Diktatur und Terror nur eine vorübergehende Phase sein konnten, hatte sich erstmalig das

Modell der langfristigen Machtergreifung einer totalitären Parteidiktatur durchgesetzt – und in der Folge sollte sich herausstellen, dass diese Parteidiktatur sich auch unter Lenins Nachfolgern jahrzehntelang behauptete, dass sie neue revolutionäre Umwälzungen, aber diesmal von oben, wie Stalins Zwangskollektivierung von 1929 bis 1932 und seine Blutsäuberung von 1936 bis 1938 durchzuführen in der Lage war, die zu einem wesentlichen Teil durch ihre ursprüngliche Ideologie einer totalen Transformation der Gesellschaft motiviert waren,⁶ und dass der revolutionäre Prozess erst nach der Erreichung eines beachtlichen Niveaus der Modernisierung sich an der Wende von den 50er zu den 60er Jahren totlief, ohne dass die damit einsetzende Stagnation bisher zu einem Abbau der Institutionen der Parteidiktatur geführt hätte.

Der von Lenin begründete erste totalitäre Staat ist Hitler niemals als Vorbild erschienen; weder er noch seine engsten Berater waren fähig, die Stärke dieses verhassten Systems einer «Herrschaft der Minderrassigen» wahrzunehmen und nach ihren Wurzeln zu fragen. Aber Hitler bewunderte Mussolini, und Mussolini war kühl und zynisch genug, um gleichzeitig kommunistische Bewegungen als Todfeinde zu bekämpfen und die machtpolitische Leistung Lenins zu bewundern⁷ – ganz wie Georges Sorel, dessen Denken ihn stark beeinflusst hatte, nacheinander bereit war, sowohl Lenin wie Mussolini zu bewundern. Mussolinis Ideologie einer Verachtung aller liberalen Freiheiten und eines Primats der nationalen Macht nach innen und aussen enthielt kein rassistisches Element: Der Hauptfeind waren für ihn die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution. In diesem Sinne war seine «nationale Revolution» auch in den eigenen Worten viel leichter als Erbe der Gegenrevolution zu erkennen als die Hitlers; doch zugleich erkannte er die Überwindung der italienischen Rückständigkeit als Voraussetzung der von ihm angestrebten Grossmachtrolle und begründete seine Verachtung der parlamentarischen Demokratie mit deren in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in Italien nach seiner Überzeugung offensichtlichen Unfähigkeit, beide Ziele zu erreichen. In der Tat bietet die Krise der jungen italienischen Demokratie in den Jahren, die den Opfern des Ersten Weltkrieges und der Enttäuschung über die ausgebliebenen Früchte des Sieges folgten, viele Parallelen mit der Krise der Weimarer Demokratie in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Auch das verletzte und reizbare Nationalgefühl eines spätgekommenen Nationalstaates war ja den beiden Ländern gemeinsam.

Mussolinis nach dem Ersten Weltkrieg vor allem aus den Reihen enttäuschter Frontkämpfer und nachwachsender Studenten entwickelte faschistische Bewegung war durch die Verbindung dieses Nationalismus mit der Verachtung einer Arbeiterbewegung gekennzeichnet, die sich gegen den Krieg erklärt und mit der er selbst an dieser Frage gebrochen hatte. Er zeigte auch das gleiche Talent wie später Hitler, sich als wirksamer Propagandist unentbehrlich zu machen. Doch ihm fehlte zunächst Hitlers Instinkt für die Kontrolle der Organisation, die bei den Faschisten nicht von vornherein zentralistisch aufgebaut war. So kam es, dass im Masse, wie er die finanzielle Hilfe von Grundbesitzern und Industriellen für den Kampf gegen Pächtergenossenschaften und Gewerkschaften annahm, die rasch anwachsenden Schlägerorganisationen der Fasci auch politisch unter den Einfluss dieser Geldgeber kamen – und dass Mussolini, als er nach der von ihm richtig als entscheidend erkannten Niederlage der grossen Betriebsbesetzung des August 1920 eine taktische Wendung durchführen und eine Koalition mit den ernüchterten Elementen der Arbeiterbewegung schliessen wollte, in seiner eigenen Organisation überstimmt und zeitweise zum Rücktritt von ihrer Leitung gezwungen wurde. Er hat sich in der Folgezeit dem konsequent arbeiterfeindlichen Kurs seiner Unterführer gefügt; doch als sie ihn für die Propaganda unersetzlich fanden und zurückriefen, hatte er zwei Dinge gelernt, die Hitler am Anfang seiner Laufbahn instinktiv begriffen hatte: die Notwendigkeit der zentralistischen Führung für den Kampf um die Macht und die Notwendigkeit des absoluten Primats der politischen Organisation über die paramilitärischen Kampfverbände. Erst jetzt schuf er auf dem Kongress von Rom im November 1921 – weniger als ein Jahr vor dem «Marsch auf Rom» – eine zentralistisch aufgebaute faschistische Partei, deren Kontrolle er im Laufe der folgenden Monate systematisch ausbaute; und wir wissen, dass er sich im gleichen kritischen Jahr mit der Wendung zur Neuen Ökonomischen Politik in Russland als Beweis nicht nur für einen internationalen Trend nach rechts, sondern für die Überlegenheit des hierarchischen über das egalitäre Prinzip beschäftigte. Mussolini lernte die Kunst, eine totalitäre Partei zu führen, teils aus eigenen bitteren Erfahrungen – aber teils auch am sowjetischen Beispiel.⁸

Dagegen war Mussolinis Weg zur Regierungsmacht seine eigene originelle Leistung: der durch Verhandlungen vorbereitete «Marsch auf Rom»,

der zugleich seine konservativen Verhandlungspartner, den König und die Armee durch die Stärke der Massenbewegung beeindruckte und den Zusammenstoss mit Armee und Polizei vermied. *Es war keine Revolution von unten wie im Oktober 1917 – aber es war auch keine klassische «Revolution von oben» durch die Träger der etablierten Macht, wie im 19. Jahrhundert in Deutschland und Japan, sondern eine Umwälzung, die auf Initiative einer «von unten» aufsteigenden Bewegung mit Duldung und Hilfe des Staatsapparates von oben durchgeführt wurde. Nicht in den Einzelheiten, aber in dieser Grundformel ist die faschistische Revolution zum Vorbild der nationalsozialistischen geworden.*⁹

Doch Mussolini hat vor der totalitären Vollendung der Machtergreifung jahrelang gezögert. Als Regierungschef liess er zunächst nicht nur die Parteien seiner Koalitionspartner, sondern auch die Oppositionsparteien bestehen, und begnügte sich, sie durch die Manipulierung des Wahlrechts und durch den Terror der faschistischen Milizen zu schwächen. Die Stunde der Wahrheit kam mit der grossen parlamentarischen Anklagerede des Sozialistenführers Giacomo Matteotti gegen diesen Terror und mit seiner darauffolgenden Ermordung 1924, die zum Auszug der Oppositionsparteien auf den Aventin führte und Mussolini nach einigen Monaten weiteren Zögerns zu der Erkenntnis brachte, dass er sein Regime nur durch Unterdrückung aller anderen Parteien, als totales Einparteieregime bewahren konnte. Die dazu notwendigen Massnahmen begannen Anfang 1925 und waren Ende 1926 abgeschlossen: Als selbständige Faktoren blieben nur eine durch den Lateranvertrag neutralisierte Kirche und eine in der Frage der Thronnachfolge eingeschränkte Monarchie. Doch der König blieb der oberste Befehlshaber der Armee, und Mussolini hatte nicht das Glück, dass seine Nachfolge rechtzeitig aktuell wurde – so konnten schliesslich König und Armee ihn im Augenblick der militärischen Niederlage mit Hilfe seines eigenen faschistischen Grossrats stürzen.

Der Faschismus war niemals so ausschliesslich die Schöpfung Mussolinis gewesen, wie vorher der Bolschewismus die Schöpfung Lenins und später der Nationalsozialismus die Schöpfung Hitlers, und er besass auch keine ebenso eindeutig auf totale Umwälzung gerichtete Ideologie. In seiner Politik gab es wichtige Elemente der Modernisierung eines halbentwickelten Landes, doch ein Haupthindernis solcher Modernisierung, die Latifundien, wurden geschont; und die Übernahme einer grossen Anzahl

industrieller Unternehmungen in staatliche Regie im Zuge der Weltwirtschaftskrise war die Folge ihrer katastrophalen Verschuldung und nicht eines «sozialistischen» Konzepts. Die wirkliche Haupttriebkraft des Regimes nach Vollendung der totalitären Macht war der Wille zu einer aussenpolitischen Machtausdehnung, die über die Kräfte der italienischen Nation und ihrer Hilfsquellen ging. Es war diese Übersteigerung des nationalistischen Ehrgeizes, die Mussolini gegen sein ursprüngliches aussenpolitisches Konzept Schritt für Schritt an die Seite Hitlers und mit ihm in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges trieb.

Ich fasse zusammen. Hitler hat mit Bewusstsein nichts von Lenin und von der bolschewistischen Revolution gelernt, die eine aus einer spontanen demokratischen Revolution entwickelte totalitäre Revolution von unten war. Aber Mussolini hat zum Teil von Lenin die Gesetze der totalitären, zentralistischen Partei gelernt, mit deren Hilfe er eine von unten initiierte, aber von oben geduldete und legitimierte Revolution zum Siege führen konnte. Und Hitler, der die Gesetze der totalitären Partei selbst unabhängig entdeckt und befolgt hatte, hat von Mussolini nicht nur positiv diesen Weg zur Macht «von unten und oben» übernommen – er hat auch negativ aus dessen jahrelangem Zögern die Lehre gezogen, sich nicht mit einer unvollständigen Machtergreifung zu begnügen, sondern die Vollendung des totalitären Einparteistaates in beispiellosem Tempo durchzuführen.

Schliesslich haben die sowjetischen Führer und die von ihnen gelenkten kommunistischen Parteien Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg für die kommunistische Gleichschaltung der osteuropäischen Länder wiederum aus dem faschistischen Modell der Revolution «von unten und oben» gelernt – am deutlichsten im Fall der Tschechoslowakei, in der die kommunistische Machtergreifung erst im Februar 1948 vollendet wurde, als keine sowjetischen Truppen mehr im Lande standen. Der Prager Coup, der eine echte Koalitionsregierung zwischen der dort starken kommunistischen Partei mit mehreren demokratischen Linksparteien durch eine kommunistische Alleinherrschaft ersetzte, erfolgte zu einem Zeitpunkt, als Armee und Polizei bereits in kommunistischen Händen waren, und wurde in der Tat durch den Versuch der nichtkommunistischen Partner ausgelöst, das Ende der Übergriffe des kommunistischen Innenministers durch seine Absetzung zu erzwingen. Während nun die Sowjetunion ihren diplomatischen

Druck auf Präsident Benesch und Außenminister Jan Masaryk verstärkte, mobilisierten die Kommunisten Demonstrationen, die unter anderem zur gewaltsamen Übernahme des sozialdemokratischen Parteibüros durch ihre Strohleute führten und deren Ausschreitungen von der Polizei geduldet und unterstützt wurden. Am Ende stand der Rücktritt Beneschs und der Tod Jan Masaryks – und die volle kommunistische Machtergreifung durch die aus dem faschistischen Modell bekannte Kombination der revolutionären Massenbewegung von unten mit ihrer Förderung durch die entscheidenden Teile des Staatsapparats von oben.

Acht Jahre später, im Februar 1956, hat N.S. Chruschtschow in seinem offiziellen Bericht auf dem 20. Parteitag der KPdSU den Versuch unternommen, das von seinem Vorgänger Stalin entwickelte Prager Vorbild einer «Revolution von unten und oben» unter dem Schlagwort eines «friedlichen und legalen Weges zum Sozialismus», das heisst zur kommunistischen Machtergreifung, zu generalisieren und als Weg zur Macht in demokratisch regierten Ländern zu empfehlen.¹⁰ Seither ist diese Form des Lernens von den faschistischen Gegnern unter die grundsätzlich anerkannten Strategien kommunistischer Parteien aufgenommen worden. Tatsächlich sind jedoch keine Wiederholungen in demokratischen Ländern ausserhalb der sowjetischen Machtsphäre gelungen: Im Gegenteil haben die Versuche der westeuropäischen und japanischen kommunistischen Parteien, die für eine solche Strategie notwendigen Koalitionspartner zu finden, wesentlich zu einer «eurokommunistischen» Veränderung der eignen Zielvorstellungen vieler von ihnen in demokratischer Richtung und zu ihrer Entfremdung vom sowjetischen Vorbild beigetragen – am deutlichsten bei den italienischen und spanischen Kommunisten.

Meine letzte Bemerkung betrifft den Unterschied der *internationalen* Strategien der totalitären Systeme und deren entscheidenden Einfluss auf die Verschiedenheit ihres Schicksals. Es ist bekannt, dass Lenin und seine Mitarbeiter ihre Revolution als die erste Etappe einer kommenden Weltrevolution sahen und dass sie versuchten, eine neue Internationale auf die gleichen Formen zentralistischer Kontrolle zu gründen, die sie in der eigenen Partei entwickelt hatten. Aber obwohl sie bereit waren, revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern mit den Mitteln ihres Staates zu unterstützen, und 1920 die Abwehr eines polnischen Angriffs auf ihr Territorium über dessen Grenzen hinaus in der Hoffnung weiterführten, damit die

polnische und die deutsche kommunistische Revolution auszulösen, sind sie damit nicht nur überall gescheitert – sie sind auch niemals bereit gewesen, um der Ausbreitung der Revolution willen die eigene Staatsmacht aufs Spiel zu setzen. Als totalitäre Revolutionäre sahen sie sich, ganz wie später Hitler, nicht als Teil des bestehenden internationalen Staatensystems, sondern als dessen grundsätzliche Gegner; aber während Hitler aus dieser Auffassung die Konsequenz zog, einen Weltkrieg zur Erreichung seiner Ziele für unvermeidlich zu halten und ihn herbeiführen zu wollen, solange er auf der Höhe seiner Führereigenschaften war, haben die kommunistischen Führer sich immer darauf verlassen, dass bei richtiger Politik die Gesetze der Geschichte zu ihren Gunsten arbeiten würden, und haben niemals die eigene Macht und die Existenz der von ihnen beherrschten Staaten mutwillig aufs Spiel gesetzt. Das ist der Grund, warum die totalitären Staaten kommunistischen Typs immer neue innere Umwälzungen bis heute überlebt haben – und warum die beiden totalitären Staaten faschistischen Typs dem Weltkrieg zum Opfer gefallen sind, den Hitler begann und dem Mussolini sich anschloss.

Quellenangaben

Der Autor dieses Vortrags ist von Fach kein Historiker, sondern ein – wenn auch stark historisch orientierter – Politikwissenschaftler. In den Abschnitten II–IV, die vom Weg des Nationalsozialismus bis zur Machtzulassung, von den Hauptetappen der eigentlichen Machtergreifung und von der Fortsetzung der «institutionalisierten Revolution» bis zur Selbstzerstörung handeln, hat er sich demgemäss darauf beschränkt, den Stand der historischen Forschung auf diesem Gebiet knapp zusammenzufassen und zu interpretieren. Zu diesen Abschnitten habe ich daher keine Anmerkungen gemacht, sondern begnüge mich hier mit einem Verweis auf eine Reihe von mir benutzter Standardwerke:

Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 3. Aufl., Villingen 1960.

Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln-Opladen 1960.

Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960.

Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963.

Francis L. Carsten, *Reichswehr und Republik, 1918-33*, Köln-Berlin 1964/65.
 Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur*, Köln-Berlin 1969. Hagen
 Schulze, *Weimar: Deutschland 1919-33*, Berlin 1982.

Die folgenden *Anmerkungen* beziehen sich auf die Abschnitte I und V, die von vorwiegend theoretischem und vergleichendem Charakter sind:

- ¹ Ich habe diesen Gedanken zuerst 1960 in einem Essay über *Totalitäre und demokratische Revolution* entwickelt, der in *Wege der Totalitarismusforschung*, Darmstadt 1968, mit einem 1966 geschriebenen Nachwort abgedruckt ist.
- ² Die Tendenz der totalitären Revolutionen zu einer Dynamik fortgesetzter Umwälzungen ist zuerst 1943 von Sigmund Neumann in seinem Buch *Permanent Revolution* hervorgehoben worden. In meinem in Anm. 1 genannten Essay und seither habe ich mich dieser Auffassung im Gegensatz zu der lange als «klassisch» angesehenen statischen Betrachtungsweise des Totalitarismus als eines unveränderlichen Systems, die vor allem auf Hannah Arendt und Carl Friedrich zurückgeht, angeschlossen. Vgl. insbesondere meinen Essay *Development vs. Utopia in Communist Policy* in Chalmers Johnson (ed.), *Change in Communist Systems*, Stanford, Cal. 1970, wo auch die Tendenz zu einem Systemwandel aufgrund der schliesslichen Selbster-schöpfung dieser Dynamik behandelt wird.
- ³ Vgl. Karl Marx, *Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich* vom 30. Mai 1871.
- ⁴ Vgl. hierzu meinen in Anm. 1 zitierten Essay.
- ⁵ Siehe Crane Brinton, *Anatomy of Revolution*, New York 1952.
- ⁶ Vgl. oben, Anm. 2.
- ⁷ Vgl. hierzu meinen zuerst 1967 erschienenen Essay über *The Soviet Model of One-Party-Rule and its Impact*, jetzt in: Richard Lowenthal, *Model or Ally: The Communist Powers and the Developing Countries*, New York 1979.
- ⁸ *Ebda.* Vgl. auch Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, über Mussolinis Entwicklung 1921/22.
- ⁹ Für den Vergleich zwischen italienischem Faschismus und Nationalsozialismus bleibt Nolttes Werk (Anm. 8) grundlegend.
- ¹⁰ Chruschtschows Rechenschaftsbericht im Namen des Zentralkomitees der KPdSU auf deren 20. Parteitag vom Februar 1956 (nicht zu verwechseln mit seiner «Geheimrede» auf dem gleichen Parteitag) liegt deutsch vor in Boris Meissner, *Das Ende des Stalin-Mythos* (= Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 13), Frankfurt a.M. 1956.

Podiumsdiskussion
Der Nationalsozialismus
– Beispiel des Versuchs
antidemokratischer Krisenbeseitigung
in der Moderne

Walter Laqueur (Washington–London), Diskussionsleiter: Das Thema unserer Abendsitzung ist «Der Nationalsozialismus – Beispiel des Versuchs antidemokratischer Krisenbeseitigung in der Moderne». Meine Aufgabe hier ist einerseits ehrenvoll – ehrenvoll im Hinblick auf den *Spiritus loci*, ehrenvoll im Hinblick auf die Anwesenden – andererseits bescheiden, denn meine Aufgabe ähnelt etwas dem Kind in der viktorianischen Zeit: gesehen, aber so wenig wie möglich gehört zu werden.

Wir möchten uns in dieser Diskussion zu einigen der Themen äussern, die im Vortrag von Richard Löwenthal angeschnitten wurden, nicht zu allen, denn die Tagung wird zwei weitere Tage dauern, und viele der Probleme werden auch in den anderen Sitzungen zur Sprache kommen. Ich glaube, eine der Fragen, die sich aus diesem Vortrag ergibt, ist die: Waren diese Ereignisse, war die nationalsozialistische Machtergreifung eine Revolution? Eine andere Frage ist: War sie unvermeidlich? Nicht nur unter Historikern, sondern allgemein besteht die Tendenz, Dinge, die sich ereignet haben, so zu sehen, als ob sie sich hätten ereignen müssen – wie in der griechischen Tragödie. Aber Geschichte ist nun einmal keine griechische Tragödie. Wenn man genau hinsieht, findet man beinahe in jedem Stadium eine Möglichkeit, dass sich die Dinge auch hätten anders entwickeln können. Natürlich gibt es Sachzwänge. Wir wissen das. Aber es gibt auch – meistens sogar – einen sehr grossen Spielraum des Sich-anders-Entwickeln-Könnens. Dann gibt es eine Frage, die man wahrscheinlich endlos diskutieren könnte: Wenn es Alternativen gegeben hätte, wie hätten die Dinge sich dann entwickelt? Ist der Sieg Hitlers hauptsächlich der Dynamik seiner Bewegung zuzuschreiben oder dem Versagen seiner Feinde?

Und schliesslich – ich erwähne hier nur einige wenige von den vielen Themen – natürlich eine Frage, der Historiker im Gegensatz zu Politikwissenschaftlern meistens aus dem Wege gehen, nämlich der Frage der sogenannten «Lehre der Geschichte». Schopenhauer sagte einmal – ich zitiere aus dem Gedächtnis –, dass «in der Geschichte dasselbe immer anders ist». Wenn das der Fall ist, dann haben uns die Ereignisse der späten zwanziger und der zeitigen dreissiger Jahre eben doch etwas zu bedeuten.

In dieser Diskussion wird jeder Teilnehmer in der ersten Runde zunächst einmal fünf Minuten reden. Das ist die einzige Goldene Regel, die wir haben – fünf Minuten. Dann wollen wir vom Allgemeinen zum Besonderen gehen. Ich möchte übrigens darauf hinweisen, dass die Sitzordnung keineswegs mit der politischen Einstellung der hier Sitzenden identisch ist,

(Heiterkeit)

das heisst also: unähnlich den europäischen Parlamenten, ähnlich dem amerikanischen Kongress. Ich möchte Herrn Nolte bitten, die Diskussion zu eröffnen.

Ernst *Nolte* (Berlin): Ich möchte an die Ausführungen von Herrn Löwenthal anknüpfen und die eine oder andere Kurzformulierung oder Umformulierung beziehungsweise Erweiterung im Hinblick auf den Begriff der Revolution zur Diskussion stellen. Zu einem untergeordneten Punkt habe ich Zweifel vorzubringen.

Erstens: Wie die geschichtliche Erfahrung bis heute unzweifelhaft gezeigt hat, ist die Marxsche Vorstellung der Totalrevolution von unten auf der Basis gerade der entwickelten industriellen Verhältnisse nirgendwo zur Realität geworden. Diese Art Revolution kann daher als die «unmögliche Revolution» bezeichnet werden. In zurückgebliebenen Ländern indessen hat sich die Revolution von unten, geführt von einer betont subversiven Partei, nicht nur als möglich erwiesen, sondern sie kann auch den Charakter der Notwendigkeit haben, einer Notwendigkeit zum Zweck des raschen und rechtzeitigen Aufbaus eines industrialisierten und der Selbstbehauptung fähigen Staates, auch wenn vom ursprünglichen Konzept der Vollendung und des Umschlags nichts mehr bewahrt bleibt.

Zweitens: Die nationalsozialistische Machtergreifung war – wie ich

meine – ebenso wie die faschistische vor ihr eine «umwegige» Revolution, die zunächst anscheinend bloss eine legale oder halblegale Machtübertragung war, fast nach dem Muster eines Regierungswechsels, und die doch im deutschen Falle sich insofern als die tendenziell totalste aller Revolutionen erwies, als sie eine Veränderung der Welt nicht nur und nicht in erster Linie mit politischen und sozialen, sondern auch mit biologischen Vernichtungsmassnahmen ins Werk setzte. Sie war aber zugleich die unnötige Revolution, weil sie in der industriellen und geistigen Entwicklung Deutschlands keine Funktion hatte.

Drittens: Alle Revolutionen der ausserrussischen europäischen Geschichte, mit Ausnahme der faschistischen und der nationalsozialistischen Umwälzung, hatten nicht den Charakter der umwegigen und nach einer Übergangsphase totalen Revolution. Sie waren vielmehr alle unvollendete Revolutionen, in denen der vollständige und dauerhafte Triumph einer Partei oder einer gesellschaftlichen Kraft verhindert wurde. Man kann daher von europäischen oder liberalen Revolutionen sprechen, die gerade durch das freie und kampfbereite Überleben, ja die Kräftigung, aber auch die Wandlungsfähigkeit sogenannter reaktionärer Elemente gekennzeichnet sind. Es scheint mir zweifelhaft – und das ist eben der Zweifel, den ich vorzubringen habe –, dass die Fortexistenz der Monarchie in Italien nach 1922 wirklich eine essentielle Differenz gegenüber dem nationalsozialistischen Regime bedeutete. Mussolinis Krieg war noch unpopulärer als derjenige Hitlers, und der Sturz des Duce erfolgte in einer militärisch noch schwierigeren und aussichtsloseren Situation als jener des 20. Juli 1944. Er war überdies mit mancherlei Zufälligkeiten verbunden, nicht anders als die zweite und vollständigere Machtergreifung Hitlers nach dem Tode Hindenburgs.

Viertens: Von den europäischen Revolutionen, aber auch von der nationalsozialistischen und der bolschewistischen Machtergreifung sollte man die Fundamentalrevolution unterscheiden, die zuerst in der englischen Industriellen Revolution des späten 18. und des frühen 19. Jahrhunderts unübersehbar zum Vorschein kam und über deren Ursprünge und Merkmale viel zu sagen wäre. Europäische oder liberale Revolutionen sind anscheinend bloss dort möglich, wo die Politik für die Entfaltung der Fundamentalrevolution nur eine subsidiäre Rolle zu spielen hat. Die nationalsozialistische und überhaupt die faschistische Revolution wäre dann die Übertra-

gung der Organisationsprinzipien und der totalen Politisierung, die durch das Nachholbedürfnis unentwickelter Staaten notwendig oder mindestens naheliegend sind, auf Gebiete, wo sie unerhört schnelle Kraftzusammenballungen, aber auch präzedenzlose Gefährdungen zur Folge haben müssen.

Fünftens: Die Fixierung des notwendigerweise totalitären Charakters über seine Zeit hinaus führt zu Phänomenen eigener Art, die mit den vorhandenen Begriffen nicht zureichend erfasst werden können, also auch nicht mit denjenigen der Revolution oder der Gegenrevolution.

Sechstens – und letztens –: Ein normativer Charakter sollte keiner von allen Arten von Revolutionen zugeschrieben werden, auch nicht der Fundamentalrevolution, obwohl deren Begriff sicherlich nicht bloss empirisch ist. Es kann sich nur um einen Grenz- und Leitbegriff handeln, der selbst der Kritik nicht entzogen sein darf.

Horst *Möller* (Erlangen–München): In der wissenschaftlichen Literatur verwendet man für die Vorgänge des Jahres 1933 in der Regel den Begriff «Machtergreifung»: der Begriff «Revolution» wird von vielen Historikern eher gemieden. Meine These lautet: Der Begriff «Machtergreifung» erfasst die Etablierung der NS-Diktatur nur unvollkommen, der Begriff «Revolution» ist der angemessenere, der mehr erklärende Begriff. Das gilt auch, wenn man Niedergang der Demokratie und Aufstieg des Nationalsozialismus als sich bedingende Prozesse ansieht.

Erstens macht dieser Bedingungszusammenhang einen Blick auf die Revolution 1918/19 notwendig. Ernst Troeltsch hat 1920 gefragt: Wie lange braucht eine Revolution, um den Rechtsbruch, der prinzipiell mit einer Revolution verbunden ist, zu überwinden und der neuen Legalität, die sie schafft, zur Anerkennung zu verhelfen? Betrachtet man unter diesem Aspekt die Revolution von 1918/19 im Zusammenhang der Gesamtgeschichte der Weimarer Republik, dann kann man feststellen: Die Republik hat es zu keinem Zeitpunkt erreicht, vollkommen akzeptiert zu werden; die neue Legalität, die neue gesetzliche Ordnung ist – wie schon ab 1920 deutlich wird – nicht von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert worden. Die Fakten sind Ihnen alle bekannt: Ich nenne stellvertretend den Verlust der Reichstagsmehrheit der Weimarer Parteien 1920 und die Wahl eines Re-

präsentanten des alten Systems, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, zum Reichspräsidenten 1925. Hindenburg war im Übrigen ein Miturheber der Dolchstosslegende, seine Wahl bedeutete einen Schlag gegen die 1919 gegründete republikanisch-demokratische Verfassungsordnung.

Geht man nun aber von dieser Feststellung aus, dass die Revolution von 1918/19 es nicht vermocht hat, in der Mehrheit der Bevölkerung die neue Legalität durchzusetzen, dann gelangt man zweitens zu der Schlussfolgerung: Die Revolution von 1918/19 hat eine revolutionäre Phase zwar eingeleitet, die Revolution aber nicht abgeschlossen. Aus diesem Grund meine ich, dass die Jahre 1918/19 und 1945 zusammen gesehen werden müssen, sie bezeichnen Beginn und Ende *eines* revolutionären Prozesses: Die NS-Machtergreifung 1933 stellt so einen Kulminationspunkt der Revolution, einen Höhe- und Wendepunkt der 1918/19 eingeleiteten Revolution dar.

Nun werden Sie das zweifellos etwas kühn finden, weil ja 1918/19 ganz andere Ziele verfolgt worden sind als 1933. Und ganz unbestreitbar standen die Ziele der demokratisch-republikanischen Revolutionäre von 1918 in vielfachem Gegensatz zu den Zielen der NS-Revolutionäre von 1933 – sicherlich nicht in jeder Hinsicht, wie ich gleich zu zeigen versuche, aber doch überwiegend. Das Provokative meiner Interpretation liegt wohl darin, dass der Revolutionsbegriff fälschlich mit Inhalten gefüllt wird: Seit der Französischen Revolution von 1789 ist der Revolutionsbegriff positiv besetzt. Der Revolution wird grundsätzlich das Pathos der Freiheit zugeordnet, als ob Revolution prinzipiell etwas Gutes sei. Revolution als historisch-politischer Begriff enthält aber gar keine Wertung, kann sie nicht enthalten, sondern ist ein formaler Begriff. Er kann also durchaus inhaltlich gegensätzliche oder zumindest unterschiedliche Phänomene umfassen.

Die Tatsache – das ist mein dritter Punkt –, dass man den Begriff Revolution auf die nationalsozialistische Machtergreifung nicht anwenden will, ist Ausdruck einer Unterschätzung. Karl Dietrich Bracher hat einmal festgestellt, die Geschichte des Nationalsozialismus sei die Geschichte seiner Unterschätzung gewesen. Und meines Erachtens folgt diese Unterschätzung aus der Leugnung oder Ignorierung des revolutionären Charakters des Nationalsozialismus. Sieht man sich daraufhin die Weimarer Zeit an, so stellt man fest, dass die Linke den Begriff Revolution nicht auf die NS-Be-

wegung anwenden wollte, weil sie eben davon ausging, dass Revolution grundsätzlich etwas Positives ist. Da der Nationalsozialismus aber nichts Positives war, konnte also folglich die Machtergreifung nicht als Revolution angesehen werden. Die Rechte verwechselte die NS-Bewegung mit blosser Restauration und meinte, mit Hilfe dieser Bewegung die eigenen Ziele besser durchsetzen zu können, weil der Nationalsozialismus massenmobilisierend wirkte. Diese Verwechslung durch die Parteigänger restaurativer Tendenzen, also etwa die Deutschnationale Volkspartei, hat zweifellos entscheidend zum Erfolg der NS-Bewegung beigetragen.

Man hat also, wenn man das etwas pauschal zusammenfasst, auf allen Seiten die Formen und die Ziele des Nationalsozialismus nicht als revolutionär angesehen und folglich seine Dynamik nicht begriffen. Tatsächlich aber war die NS-Bewegung revolutionär. Und insofern hätte man sie, wenn man sie richtig bekämpfen wollte, mit anderen Mitteln bekämpfen müssen, eben mit antirevolutionären Mitteln gleicher Radikalität, und nicht bloss so zögerlich und inkonsequent, wie es tatsächlich geschehen ist. Instruktiv ist das bis 1933 weitverbreitete Missverständnis, die NSDAP werde sich in der Regierungsverantwortung schnell abnutzen.

Viertens muss man meines Erachtens davon ausgehen, dass die NS-Revolution nicht bloss in jeder Hinsicht destruktiv gewesen ist. Auch dies ist ein Kennzeichen der Unterschätzung der NS-Bewegung, weil man ihr von vornherein bestenfalls Zerstörungskraft zubilligte – und den eingangs erwähnten Bedingungs Zusammenhang von Niedergang der Demokratie und Aufstieg des Nationalsozialismus nur so interpretierte. Blosser Zerstörungskraft und blosser Restauration aber wäre die Weimarer Republik wohl kaum erlegen. Es musste – im wertfreien Sinn – Konstruktives hinzutreten. Und wenn man sich die ideologisch vorbereitenden Schriften etwa aus der sogenannten Konservativen Revolution der 1920er und 1930er Jahre ansieht, dann erkennt man, dass dort anstelle des Pathos der Freiheit das Pathos der Zukunft – Zukunftsverheissung und Integrationsideologie – gesetzt wurde: Volksgemeinschaftsideologie gegen eine Republik, die im Bewusstsein der Bevölkerung pluralistisch zerklüftet war und Orientierungslosigkeit herbeigeführt hatte. Dieses Zukunftspathos aber war gewissermassen verbunden mit einer sozialen Attraktivität dieser Bewegung für breite Schichten. Anders ist die Massenbasis dieser Bewegung nicht zu er-

klären; und diese 43,9%, die Hitler am 5. März 1933 gewählt haben – natürlich zum Teil als Protestwähler –, müssen erklärt werden, wenn man die NS-Machtergreifung angemessen fassen will.

Man muss also meines Erachtens, ausgehend von diesen Überlegungen, auch sehen, dass die NS-Machtergreifung nicht nur destruktive, sondern konstruktive Elemente gehabt hat beziehungsweise von ihr eine entsprechende Suggestion ausging. Sieht man das im Blickpunkt der zeitgenössischen Revolutionstheorie, dann ist festzustellen – etwa mit Theodor Geiger –, dass jede Revolution gekennzeichnet ist durch ein Ineinander von destruktiven und konstruktiven Bewegungen, durch Freund-Feind-Ideologie, totale Politisierung – Herr Nolte hat es eben schon gesagt –, durch Eroberung von Herrschaftspositionen in einzelnen Phasen, Aufbau eines ideologischen Alternativsystems, Ablösung, Vertreibung – in diesem Fall zum Teil auch Ermordung – der abgelösten Führungsschicht: All diese Elemente, die den Revolutionsbegriff im sozialwissenschaftlichen Sinne begründen, finden sich also in der NS-Machtergreifung.

Damit komme ich zur fünften und abschliessenden Bemerkung: Die NS-Machtergreifung ist nicht nur nach Absicht – die Akteure haben ja den Begriff «Nationale Revolution» gebraucht – und nach Verlauf eine Revolution gewesen, sondern sie war auch in ihrer Wirkung revolutionär. Sie hat in wesentlichen gesellschaftlichen Sektoren eine Egalisierung fortgeführt, die 1918/19 begonnen worden ist – zugegebenermassen mit ganz anderen Inhalten und ganz anderen Zielen. Aber wenn Sie sich die Herrschaftsschichten ansehen, die 1932/33 und danach an die Macht kamen, und den Wechsel in der politischen Führungsschicht mit 1918/19 vergleichen, dann stellen Sie ohne Weiteres fest: Im Sinne einer gesellschaftlichen Egalisierung – so paradox uns das erscheinen mag – hat die NS-Machtergreifung 1933/34 den Prozess der sozialen Beteiligung aller Schichten an der politischen Elite fortgesetzt, der 1918/19 eingeleitet worden ist. Diese Tatsache, die sich durch sozialgeschichtliche Analysen der Führungsschicht ohne Weiteres untermauern lässt, will uns nur deswegen nicht ins Bewusstsein, weil wir davon ausgehen, dass soziale Egalisierung, soziale «Demokratisierung», notwendig etwas Positives ist. Das muss aber – und die 43,9% NS-Wähler, von denen ich gesprochen habe, belegen das ja – nicht notwendigerweise so sein. Und auch insofern möchte ich Sie mit meiner Interpretation durchaus provozieren.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Gut! Wir werden jetzt eine weitere Provokation von Herrn Buchheim hören, der nicht daran glaubt, dass der Nationalsozialismus eine revolutionäre Kraft war, jedenfalls nicht bewusst.

Hans *Buchheim* (Mainz): Nun, so provokant will ich gar nicht sein. Aber zunächst einmal stelle ich fest, dass die beiden Kollegen sicher nicht übereinstimmen mit der Deutung, die im Thema unserer Podiumsdiskussion steht, nämlich «Versuch einer antidemokratischen Krisenbeseitigung». Das scheint hier überhaupt nicht akzeptiert zu sein. Und ich bin auch der Meinung, dass die Krise des Weimarer Staates sowohl erwartet als auch von den Kreisen, um die es uns hier geht, begrüsst und zum Vorwand genommen wurde, einen anderen Staat zu errichten. Mithin ist es schon eher wahrscheinlich, dass es sich um eine Revolution handelt. Aber ich frage mich: Wurde es von denen, die das gemacht haben, denn wirklich als Revolution verstanden? Und da ist meine Antwort: Nein! Man sprach von Revolution, aber Herr Löwenthal hat mit Recht gesagt, schon am 6. Mai 1933 hiess es: Die Revolution ist beendet! – Und das waren doch offenbar Leute, die Wert darauf legten, zu zeigen: Das ist nur ein Übergangszustand; in Wirklichkeit geht es nicht um Revolution, sondern geht es um etwas ganz anderes.

Ein charakteristischer Begriff der damaligen Zeit, der meines Erachtens die Mentalität der Nazis und derer, die ihnen anhängen, dann auch besser zeigt, ist der Begriff der Zeitenwende. Zeitenwende ist etwas ganz anderes als Revolution. Und Zeitenwende hiess damals – und das scheint mir als letzter Hintergrund das Entscheidende zu sein –: Jetzt ist es endlich soweit, dass alte deutsche Träume wieder verwirklicht werden können oder dass – ich meine das ironisch – gute alte deutsche Tugenden wieder zum Zuge kommen. Ein Beispiel, wie stark diese Träume waren, dass sie auch gegen die Erfordernisse des Jahrhunderts und auch gegen das eigene Interesse standen und realisiert wurden, ist etwa die «Blut-und-Boden-Romantik». Wenn man Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Blut-und-Boden-Romantik im 20. Jahrhundert betreibt, ist sie sicher nicht effizient. Und statt zum Beispiel später, als die Ostgebiete erobert waren, da eine moderne industrialisierte Landwirtschaft einzurichten, war man so in den deutschen Träumen befangen, dass man sich den Wehrbauern mit Pflug in der Hand und Karabiner auf dem Rücken vorstellte.

Und das ist ein typisches Beispiel. Die Träume und Tugenden, die jetzt realisiert werden sollten, das war das, was *Hannah Arendt* in einem ihrer Bücher als «die fragwürdigen Traditionsbestände des deutschen Denkens und Trachtens» bezeichnet hat; politische Romantik, Politik als Kampf mit Führer und Gefolgschaft, ein organisches Staatsmissverständnis, völkisch-biologisch deformierter Nationalismus und dergleichen. Revolution muss nicht zur Freiheit führen – das meine ich auch nicht –, aber ich meine doch, zum Begriff der Revolution gehört der Wille, praktische Wege zu finden, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Das war aber nicht die Einstellung der damals Massgebenden, sondern das deutsche Volk hat zu seinem Wesen zurückgefunden – und danach wurde dann die Welt gestaltet. Das ist kein revolutionäres Denken.

Was daraus folgte – Herr Löwenthal, da stimme ich Ihnen völlig zu, Sie haben es so ausgedrückt: Die totalitäre Utopie war der Weg zum Weltkrieg. Ich meine auch, aus diesen Ansätzen, die meines Erachtens die eigentlich charakteristischen und die letztlich massgebenden Antriebe waren, kam es, dass Giftstoffe deutschen Denkens freigesetzt worden sind, die zur Selbstzerstörung führen mussten. Ich drücke jetzt mit anderen Worten das aus, was Herr Löwenthal mit dem eben zitierten Satz gesagt hat. Das musste dazu führen, dass man einen Krieg vom Zaun brach, den man verlieren musste, und dass man den Krieg so führte, dass er in totaler Niederlage enden musste.

Ich glaube, es hat natürlich ganz bestimmte konkretpolitische Gründe für den Versuch der Eroberung Osteuropas gegeben. Aber, dass der Zug nach Osten auch ein deutscher Traum ist und als deutscher Traum da eine Rolle gespielt hat, ist wohl ausser Zweifel. Und die Verwirklichung solcher fragwürdigen Träume hat zur Selbstzerstörung führen müssen. Der Krieg hat die innere Selbstzerstörung einerseits beschleunigt und andererseits verdeckt. Aber sicher ist, sie hätte auch ohne Krieg stattgefunden.

Ich möchte noch eine Bemerkung machen: Ich glaube nicht, dass dieser Kongress hier stattfindet und dieser Tag abläuft, ohne dass auch die Frage der Schuld zu stellen ist. Und weil meines Erachtens diese Schuld hier in diesem Zeitraum lokalisiert ist, lassen Sie mich dazu noch eine Bemerkung machen: Ich glaube nämlich, dass die Zeit zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 2. August 1934, dem Todestag Hindenburgs, der Zeitraum der eigentlichen politischen Schuld der verantwortlichen Kreise des deutschen

Volkes ist, denn vor dem 30. Januar 1933 konnte man immer noch nicht so genau wissen, wie das mal gehen würde, was die Nazis machen; nach dem 2. August 1934 wurde es sehr schnell kaum mehr möglich, die Nazis wieder loszuwerden. Aber zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 2. August 1934 konnte man einerseits erkennen, was sich anbahnte – ich will jetzt aus Zeitgründen keine Beispiele dafür bringen –, und andererseits hätte man mit Hilfe von Reichswehr und Reichspräsident die Nazis wieder loswerden können. Aber die verantwortlichen Kreise haben die bösen Anzeichen zwar erkannt, aber sie wollten sie nicht wahrhaben. Sie sind in ihren Träumen noch zu sehr befangen geblieben. Die Träume mussten erst schreckliche Wahrheit werden. Und dann war es soweit, dass man einen letzten und leider verspäteten Versuch am 20. Juli 1944 machte.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Ohne pedantisch sein zu wollen, möchte ich Sie in der Tat an das Stichwort «Krisenbewältigung» erinnern.

Dietrich Geyer (Tübingen): Ich sitze hier nicht am Tisch, weil ich ein besonderer Experte für die Geschichte des Nationalsozialismus in Deutschland wäre, sondern ich sitze wahrscheinlich hier, weil vermutet wurde, dass Herr Löwenthal in seinem Vortrag über die Machtergreifung weit über Deutschland hinausführende Vergleiche anstellen werde. Und in der Tat, das hat er getan. Er hat die nationalsozialistische Machtergreifung eingeordnet, wenn ich ihn recht verstanden habe, in den neuen Typus totalitärer antiliberaler Revolutionen im 20. Jahrhundert. Ich selbst bin Osteuropahistoriker, finde viele Aspekte dieser vergleichenden Betrachtung interessant, aber ich frage mich doch zunehmend, wie ergiebig ein solcher Vergleich für die historische Erkenntnis sein kann.

Herr Löwenthal hat seinen Vergleich gegründet auf die antiliberale, antidemokratische Qualität der russischen Oktober-Revolution, des italienischen Faschismus, der nationalsozialistischen Machtergreifung, hat ihn fundamntiert durch Hinweise auf die totalitäre Zielsetzung, auf den führenden und massgebenden Machtanspruch einer totalitären, zentralistisch geführten Partei. Ich denke, das sind sehr formale Vergleiche. Dagegen bleiben bei einem solchen Vergleich die Eigentümlichkeiten, bleibt die besondere Qualität der russischen Revolution – und man muss sagen: der rus-

sischen Revolutionen – ausser Betracht, ebenso die besonderen sozialen, ökonomischen und soziokulturellen Voraussetzungen dieser Revolution.

In der internationalen Forschung ist unter den Historikern ein leidlicher Konsensus darüber vorhanden, dass die russische Revolution wohl einen neuen Typus neuzeitlicher und moderner Revolutionen begründe, aber einen Revolutionstypus, der der Peripherie der industriellen Welt eigen ist: die russische Revolution als das erste Modell oder als eines der ersten Modelle für Revolutionen in Entwicklungsländern, Revolutionen in Regionen, die durch anhaltende ökonomische und soziale Rückständigkeit gekennzeichnet sind. Bekennt man sich zu einem solchen Zusammenhang, dann rückt die russische Revolution in einen ganz anderen Kontext, und umgekehrt wird es meines Erachtens schwer, den Vergleich mit der russischen Revolution in der Weise durchzuführen, wie das Herr Löwenthal hier versucht hat.

Nur eine Bemerkung noch zum Scheitern der Demokratie. Das ist eines der Ergebnisse dieser Revolutionen hier wie dort. Herr Löwenthal hat darauf hingewiesen, dass nach dem Sturz des Zarismus ein grosses Experiment der Demokratisierung und der Herstellung einer den russischen Verhältnissen adäquaten parlamentarischen Verfassung gemacht worden ist, und er hat auf den uns allen bekannten Tatbestand hingewiesen, dass der Sieg des Nationalsozialismus mit der Zerstörung der deutschen Demokratie verbunden war. Ich halte auch das für einen Vergleich von nur geringer Ergiebigkeit. Ich glaube, man muss die Frage stellen: Wo ist denn im 20. Jahrhundert nach dem Ersten Weltkrieg parlamentarische Demokratie in einer Weise eingerichtet worden, dass sie auf die Dauer hätte Fuss fassen können? Kann man von Ländern wie Russland erwarten, dass sich Demokratie stabilisiere, und Massstäbe an die russische Revolution anlegen, die den sozialen und ökonomischen Voraussetzungen dieser Länder nicht entsprechen? Umgekehrt, denke ich, wenn wir vergleichen: Scheitern der Demokratie hier – Scheitern der Demokratie da, dann wird der Tatbestand zugedeckt, dass in Mitteleuropa – zumal in Deutschland – ja ungleich weiterentwickelte, ungleich bessere Voraussetzungen für die Existenz demokratischer Systeme bestanden haben.

Ich kann nur mit diesen wenigen Bemerkungen andeuten, dass ich – um es noch einmal kurz zu sagen – die Ergiebigkeit eines solchen Vergleichs für sehr gering halte.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Herr Geyer hat darauf hingewiesen, wie schwierig und möglicherweise unproduktiv Vergleiche sind. Ich bin überzeugt, Herr Löwenthal wird später darauf eingehen.

Ich möchte in einer Art Fussnote darauf hinweisen, dass in der Sowjetunion das Problem Nationalsozialismus tabu war und zum Teil noch tabu ist. Das heisst, dass in den letzten vierzig Jahren nicht mehr als ein halbes Dutzend Bücher erschienen sind – Konrad Heidens erstes Buch wurde noch ins Russische übersetzt –, dass in der sowjetischen Enzyklopädie – jedenfalls bis vor ein oder zwei Jahren, ich weiss nicht, ob es in dem Neudruck anders ist – Adolf Hitler nicht vorkommt, dass das erste Buch über Hitler im letzten Jahr erschien. Es wäre also ganz interessant, vielleicht von Herrn Geyer zu hören, warum eine erhebliche Sensibilität in der Sowjetunion gegenüber diesem Thema besteht.

Charles Maier (Harvard): Ich muss gestehen, dass auch ich eine gewisse Skepsis habe, die deutschen Ereignisse nach dem 30. Januar 1933 als Revolution zu bezeichnen. Nicht, weil ich den Begriff Revolution nur für diejenigen Verwandlungen reserviere, die mir gefallen oder progressiv erscheinen, sondern weil gewisse Merkmale der grossen Revolutionen meines Erachtens nicht dabei gewesen sind.

Die grossen Revolutionen bringen gewöhnlich die Vertreter von neuen sozialen Gruppen beziehungsweise Klassen, wenn nicht als Alleinherrscher zur Macht, so doch wenigstens mit einem neuen Einfluss auf die institutionelle Entwicklung. Ich sehe nicht, wie die Anhängerschaft der NS-Bewegung als eine bisher ausgeschlossene klassenähnliche Gruppe gelten kann. – Die grossen Revolutionen haben auch dauerhafte institutionelle Veränderungen als Erbe hinterlassen. Und hier frage ich: Sollen wir den Veränderungen eines zwölfjährigen Zeitabschnittes, wie katastrophal sie auch waren, einen dauernden Einfluss zubilligen, damit sie als revolutionär gelten? Diese Frage lege ich meinen Kollegen vor. Indessen möchte ich hier zwei andere Fragen ansprechen, die auf die historische Einordnung des Nationalsozialismus in den breiteren Rahmen der sogenannten «Krisenbeseitigung in der Moderne» fallen.

Zunächst möchte ich fragen, in welcher Weise der Nationalsozialismus als ein zeitbedingtes Phänomen, das heisst, ob er als eine moderne Diktatur zu betrachten ist. Danach wäre es meines Erachtens angebracht, ein biss-

chen über die Bedeutung oder den Inhalt der Moderne selbst – ein Begriff, der vielfach vage ist und sehr oft in abstrakten Formen angewendet wird – zu sprechen.

Sobald man autoritäre Krisenlösungen in der Moderne in Erwägung zieht, lohnt es sich in der Tat, über den Faschismus zu sprechen. Die russische Revolution kann meiner Meinung nach nicht als eine Krisenlösung aufgefasst werden. Ich gehe von der Voraussetzung aus, dass es auch – trotz der einzigartigen Elemente, die dem Nationalsozialismus eigen sind – noch weiterhin nützlich und ertragreich bleibt, den Nationalsozialismus als eine Variante des Faschismus zu betrachten. Im Gegensatz zum italienischen Faschismus war der Nationalsozialismus sicherlich durch einen konsequenten Antisemitismus geprägt und ebenso durch die Bemühungen seiner Rechtstheoretiker, das Regime als Ausdruck des Führerwillens statt eines transzendenten Staates darzustellen. Nichtsdestoweniger waren dem italienischen Faschismus und dem deutschen Faschismus wesentliche Züge gemeinsam. Ich glaube, ich brauche diese Züge hier nicht zu wiederholen. Aber sofern wir den Nationalsozialismus und die italienische Bewegung als eine Art gemeinsamen Faschismus betrachten, wird deutlich gemacht werden können, wie die Bewegung und ihr Regime als Diktaturform der Moderne erscheinen.

Im Englischen haben wir das Sprichwort «Hypocrisy is the tribute that vice pays to virtue» – die Heuchelei ist der Tribut, den das Laster der Tugend entrichtet. In diesem Sinne war der Faschismus der Tribut, den die Diktatur der Demokratie entrichtete, das heißt, ohne frühere Errungenschaften des allgemeinen Wahlrechts und des Parlamentarismus und ebenso ohne die Entwicklung einer organisierten Arbeiterschaft, sei es als Gewerkschaft im wirtschaftlichen Bereich, sei es als sozialistische Partei im politischen Bereich, wäre der Faschismus nicht als Notwendigkeit in Erscheinung getreten. Die faschistischen Bewegungen machten den Anspruch aus zwei Legitimationsquellen geltend: die eine das revolutionäre Projekt, eine Elite, die klar blickend und voller Tatkraft sein sollte, die andere die demokratische Legitimation, die durch das Parlament oder aufgrund des Plebiszits verliehen wurde.

In dem Bedürfnis, die revolutionären und Mehrheitsprinzipien zu korumpieren, hat der Faschismus beziehungsweise der Nationalsozialismus das moderne Zeitalter vorweggenommen. Jedoch bleibt das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Moderne sehr kompliziert. Die Histori-

ker, glaube ich, erkennen jetzt, dass es nicht zutreffend ist, wenn der Nationalsozialismus als unzweideutige Revolte gegen die Moderne beschrieben wird. Noch weniger trifft dies auf den italienischen Faschismus zu, obwohl es mir als irreführend erscheinen würde, das Gegenteil zu behaupten, das heisst, dass der italienische Faschismus nur eine Modernisierungsstrategie darstellte. Stattdessen gab es in beiden Bewegungen und ihren Regimen eine Mischung von Antriebskräften. Beide Bewegungen behaupteten von sich, effizient und modern zu wirken. Ihre Ideologien wurden, glaube ich, in gleichem Ausmass von Themen des dynamischen Fortschritts wie von «Blut und Boden» durchdrungen.

Die Ambivalenz des Nationalsozialismus und des Faschismus gegenüber der Moderne spiegelte sich besonders in dem Verhältnis zu den Tendenzen der modernen politischen Vertretungsprinzipien wider. Einerseits kritisierten die Faschisten den Parlamentarismus als leer und ohne Bedeutung, und sie forderten stattdessen eine funktionelle und aus Interessengruppen aufgebaute Vertretung; als sie zur Macht gelangten, suchten sie auf der Basis der schon vorhandenen Interessengruppen Ansatzpunkte, um die sogenannte korporative Tendenz, die sich schon im liberalen Staat entwickelt hatte, gleichzuschalten. Auf der anderen Seite aber war der Nationalsozialismus ein Aufstand gegen die korporativen Tendenzen der Weimarer Republik selbst, die in grossem Ausmass von den Interessengruppen der Unternehmer, der Arbeiter, des Grundbesitzes und dergleichen beherrscht zu sein schien. Der Nationalsozialismus bedeutete den Versuch, wie Tim Mason das so lapidar gesagt hat, den Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft zu behaupten.

Betrachten wir diese ambivalente Haltung des Nationalsozialismus gegenüber der modernen Gesellschaft und besonders gegenüber ihrem korporativen pluralistischen Aufbau, ist es angemessen, den Faschismus mit Ernst Nolte als Produkt einer Epoche zu bezeichnen, aber, ich glaube, nicht länger als dasjenige unserer Epoche. Die pluralistische Vertretung, die der Nationalsozialismus zugleich bekämpfte und gleichzuschalten versuchte, besteht heute als zu sehr gefestigter Bestandteil der westlichen Gesellschaft, um wieder als der problematische Ansatzpunkt für eine diktatorische Gegenrevolte dienen zu können. Der Faschismus trug sogar dazu bei, die Eingriffe der bürgerlichen Gesellschaft auf den politischen Entschei-

dungsraum auszudehnen, obwohl er deren Fortschrittsliebe unterdrückt hat. In diesem Sinne ist der Nationalsozialismus ein Beispiel für eine versuchte Krisenbewältigung in der Moderne, aber nur dann, wenn die Moderne als eine bereits abgeschlossene Epoche betrachtet wird und das Heute als spät- oder postmodern gilt, und auch nur dann, wenn der Begriff der Krise richtig verstanden wird. Sicherlich war die Epoche des Faschismus von zwei systemerschütternden Krisen geprägt: der Weltwirtschaftskrise und der internationalen Krise, in deren Mittelpunkt der Erste Weltkrieg stand. Doch für den Nationalsozialismus und für den Faschismus stellten diese Ereignisse nicht die wahre Krise dar. Stattdessen betrachteten sie den Liberalismus und den Sozialismus als Krisenelemente. Nicht 1914, nicht 1929 oder 1930 waren die Krisenjahre, sondern vielleicht 1890, und für die Italiener sogar 1789. Letzten Endes war die ganze nachrevolutionäre Politik selbst die Krise, die beseitigt werden musste.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Ich denke, es wäre lohnend, wenn man sich für ein paar Minuten überlegen würde, warum eigentlich der Nationalsozialismus in Deutschland siegte und nicht in anderen Ländern.

Gerhard A. *Ritter* (München): Ich wäre stark versucht, die Kurzreferate zu kommentieren, die hier gehalten worden sind, oder – worauf ich mich vorbereitet habe – auch meinerseits über Revolution zu sprechen; ich möchte aber mehr an das Wort ‚Krisenbeseitigung‘ oder ‚Krisenbewältigung‘ anknüpfen. Zunächst einmal möchte ich die Feststellung machen, dass auch moderne demokratisch-pluralistische Systeme im 20. Jahrhundert bisher eine ausserordentlich begrenzte Kapazität zur Bewältigung von Krisen gezeigt haben. Offenbar beruhen auch derartige Staaten oder gerade derartige Staaten auf einem sehr prekären Gleichgewicht ökonomischer und sozialer Interessen, und offensichtlich haben in solchen Staaten gewisse zentrale, soziale, politische und wirtschaftliche Gruppen Schlüsselpositionen inne, faktische Vetopositionen, die man auch durch Mehrheitsentscheidungen nicht ohne Weiteres aufheben kann.

Für Deutschland möchte ich sagen, dass die historische Forschung schon für das Jahrzehnt vor 1914 von einer latenten Regierungskrise, von Stag-

nation, von Unfähigkeit zu grundlegenden Reformen, von einer Politik der Diagonale, die faktisch ein Durchwursteln auf dem Weg des geringsten Widerstandes gewesen ist, spricht. Auch sind nicht alle Gruppen der Bevölkerung vor 1914 in Staat und Gesellschaft integriert worden.

Ähnliche Probleme ergeben sich meines Erachtens auch für Grossbritannien. Schon der sehr begrenzte Versuch von Lloyd George, 1909 mit seinem Budget eine gewisse Umverteilung des Sozialprodukts herbeizuführen, das Aufwerfen der Fragen des Frauenstimmrechts, der Gewährung von Selbstverwaltung für Irland und der stärkeren Beteiligung der Arbeiterschaft am politischen Prozess haben auch dort zu einer schweren Krise geführt, die nur durch den Ersten Weltkrieg auf Eis gelegt worden ist. Auch muss man betonen, dass von 1921 bis 1939 Grossbritannien sich unfähig gezeigt hat, mit den Problemen, die sich aus der mangelnden Modernisierung und Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft und der daraus resultierenden Massenarbeitslosigkeit ergaben, fertig zu werden. Die Massenarbeitslosigkeit, die besonders die alten Industrien und Industriezentren erfasste, ist ja in Grossbritannien nicht erst ein Phänomen der Weltwirtschaftskrise gewesen, sondern hat für den gesamten Zeitraum von 1921 bis 1939 das politische und soziale Leben weitgehend bestimmt.

In anderer Weise war Frankreich von Krisen erfasst; auch hier würde ich von einem Immobilismus des politischen Systems schon vor 1914 sprechen, das grundlegende Reformen, etwa die Lösung des Problems der sozialen Sicherheit, unmöglich machte. Der Versuch, zum Beispiel eine Rentenversicherung einzuführen, ist an der Resistenz von Bauern, Arbeitgebern und Arbeitern zugleich 1910/11 gescheitert. Ich würde sagen, dass diese Stagnation im innen- und sozialpolitischen Bereich zunächst kompensiert worden ist durch die ganz erstaunlichen Erfolge der französischen Kolonial- und Aussenpolitik vor 1914. Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich die Situation in Frankreich. Die Aussenpolitik wurde kontrovers und war nicht mehr ein selbstverständlicher Integrationsfaktor. Die Probleme der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik werden nicht wirklich gelöst, sondern von den Regierungen vor sich hergeschoben. Es kommt zu Strukturkrisen. Und es kommt in Frankreich, noch viel stärker als in England, auch zur wachsenden Kritik am parlamentarischen System und zur teilweisen Wiederbelebung älterer bonapartistischer Tendenzen.

In Italien – dieses Land kommt als Beispiel antidemokratischer Krisen-

bewältigung hinein – hatte ja das parlamentarische System nach Meinung fast aller Theoretiker schon vor 1914 abgewirtschaftet wegen der Cliquenbildung und der Korruptionerscheinungen, die mit dem System verbunden waren, und dem gleichzeitigen Verfall des Parteiensystems, wegen der Unfähigkeit, die Probleme des Südens oder die sozialen Probleme des Landes zu lösen. Hier war ein breites Fundament von Kritik vorhanden, auf dem Mussolini aufbauen konnte – wobei man auch die konkreten Probleme, die sich 1918/19 neu ergaben, nicht unterschätzen sollte. Dazu gehörte die Tatsache, dass Italien zwar zu den Siegermächten zählte, sich aber faktisch um den Sieg betrogen glaubte. Ob zu Recht oder zu Unrecht, ist eine andere Frage.

In Deutschland ergaben sich besondere Probleme dadurch, dass der Interventionsstaat und der Sozialstaat vor 1914 und durch die Revolution 1918/19 viel stärker ausgebildet waren als in vergleichbaren europäischen Staaten. Das hatte zur Konsequenz, dass ausserordentlich hohe Erwartungen an den Staat gerichtet wurden. Man erwartete vom Staat nicht nur, dass er ein funktionierendes System der Entscheidungsbildung hatte und politische Probleme löste; man erwartete darüber hinaus die Revision des Versailler Vertrages und die Wiedergewinnung der deutschen Grossmachtstellung, vor allem aber erwartete man die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme in viel direkterem Masse vom Staat, als das etwa in England, den Vereinigten Staaten oder auch in Frankreich, die nicht die gleiche Tradition des Interventionsstaates hatten, der Fall gewesen ist.

Andererseits haben wir die Tatsache, dass zumindest seit der Stabilisierungskrise von 1923/24 sich mehr und mehr die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte gegenseitig blockieren, sich nichts mehr bewegt; das provoziert dann immer wieder Versuche, diesen demokratischen Entscheidungsprozess, der nicht mehr funktionierte, auszuschalten; das haben wir schon in den Präsidentialregierungen Brüning's und schliesslich in extremer Form in Papens Konzept des «Neuen Staates». Das gab schliesslich den Nationalsozialisten die Chancen, mit ihrer Forderung nach dem Primat der Politik, der Forderung der Ausschaltung der divergierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte so viel Zustimmung zu finden.

Warum führte nun in Deutschland die Krise und die Unfähigkeit zur Bewältigung der Krise mit den vorhandenen politischen Institutionen zur

Änderung des politischen Systems? Warum nicht in England und in Frankreich? Man könnte sehr viel dazu sagen – das wäre ein Korreferat, was ich hier nicht halten kann: Die mangelnde Stabilität parlamentarischer Institutionen, geistesgeschichtliche Vorbelastungen der Demokratie und des Parlamentarismus, die Niederlage im Ersten Weltkrieg, all das und'anderes wäre hier zu nennen. Ich will darauf nicht eingehen, sondern nur einen Punkt noch einmal hervorheben: Der grössere Umfang staatlicher Aktivität, die sehr viel stärkere Politisierung des wirtschaftlich-sozialen Bereiches – so ist die Tarifautonomie seit 1924 in Deutschland faktisch aufgehoben – bewirkten, dass der Staat gewissermassen überbürdet wird, dass man Leistungen von ihm verlangt, die er nicht erbringen kann. Eine derartige Überlastung des Staates hat jedenfalls in so ausgeprägter Form in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten nicht stattgefunden. Das war natürlich kein Zufall, sondern hing mit der deutschen Tradition des starken Staates, des Staates, der in Wirtschaft und Gesellschaft massiv intervenierte, der Ideologie des Staates über den Parteien, an die die Nationalsozialisten erfolgreich appellieren konnten, zusammen.

Und letztlich noch ein Punkt, wo auch die Nationalsozialisten an deutsche Traditionen anknüpfen konnten, für die es gewisse Parallelen in Russland und der Sowjetunion gegeben hat. Ich meine die in beiden Ländern so starken Heilserwartungen an die Politik. Wenn Sie Dostojewskij lesen und seine Staatsidee analysieren, dann haben Sie einerseits eine scharfe Kritik am existierenden Staat, aber auch die Idee, dass der ideale Staat, den er anstrebt, alle Probleme der Menschen lösen würde. Und ähnliches finden wir – meines Erachtens – auch im deutschen Denken: die Erwartung, dass der Staat, die Politik das Heil bringen sollte. Derartige Ideen sind einem mehr pragmatischen Denken, wie es damals vor allem in den angelsächsischen Ländern vorherrschend war, fremd. Es fehlt die Auffassung, dass von der Politik, vom Staat eine Lösung aller Probleme erwartet werden kann, und damit auch die tiefe Enttäuschung, wenn diese Erwartung nicht erfüllt wird, und der Druck, der von derartig überzogenen Hoffnungen auf der Politik lastet.

Die Konsequenz aus alledem ist: Schwere Krisen gab es auch in anderen Ländern, die gewiss – zumal in den Siegermächten des Ersten Weltkrieges – nicht alle Elemente der deutschen Krise enthielten. Kennzeichnend ist jedoch, dass die europäischen und aussereuropäischen Staaten mit älteren

und festeren demokratischen und parlamentarischen Traditionen mit diesen Krisen zwei Jahrzehnte und länger gelebt haben, ohne ihr politisches System zu ändern und ohne dass es entscheidend erschüttert wurde. Man sollte daraus gewiss nicht die Konsequenz ziehen, man dürfe Krisen verharmlosen und man solle nicht mit allen Mitteln versuchen, sie zu lösen. Aber die Fähigkeit, Krisen zu ertragen, ist offenbar unterschiedlich gross. Sicher ist die Legitimation eines Staatsgebildes nicht nur in politischen Traditionen, in Verfassungen und Wertvorstellungen begründet, sondern auch in den Leistungen, die es für seine Bürger erbringt – man sollte das nicht unterschätzen. Aber sicher spielt bei der besonders geringen Fähigkeit zum Ertragen von Krisen, bei den besonders schweren und besonders negativen Auswirkungen der Krisen für die Weimarer Republik eine Rolle, dass man in Deutschland vom Staat, von der Politik zu viel erwartete, aufgrund der geschilderten Tradition des starken, über den Parteien und den gesellschaftlichen Kräften stehenden Staates, die es in anderen demokratischen Ländern so nicht gegeben hat.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Meine Kollegen hier in der Podiumsdiskussion, ich möchte Sie jetzt zu Kommentaren einladen. Bevor ich das tue, möchte ich auf die Frage der Krisenbewältigung zurückkommen. Ich glaube, es besteht kein Zweifel daran, dass sich Deutschland Ende der 20er Jahre in einer schweren Krise befand, in einer Krise, die sowohl das kulturelle, das wirtschaftliche als auch das politische Leben umfasste. Die kulturelle Krise hat natürlich viel früher begonnen und war am wenigsten akut. Die wirtschaftliche Krise war gewiss akut, aber man könnte sagen, es hatte ja auch eine wirtschaftliche Krise 1922/23 gegeben, und damals kam der Faschismus in Deutschland nicht an die Macht. Ja, warum denn eigentlich? Und es gab eine akute politische Krise, deswegen nämlich, weil es damals im Reichstag keine Mehrheit mehr gab für «das System» – um den Slogan der Tage zu benutzen.

Dann erhebt sich die Frage: Was hätte die Alternative sein können? Gab es Alternativen, oder war der Fäulnisprozess so weit fortgeschritten, dass es eben doch so kommen musste? War es unbedingt notwendig, dass die Regierung Hermann Müller 1930 zerbrechen musste? – Keine Anspielung auf die Gegenwart!

(Heiterkeit)

Hätte vielleicht ein politischer General, der eine glücklichere Hand gehabt hätte als Schleicher und etwas klüger gewesen wäre, vielleicht Erfolg haben können? Wir alle wissen, dass der Nationalsozialismus im Sommer 1932 Verfallerscheinungen zeigte. In den Wahlen vom November 1932 verlor die Partei zwei Millionen Wähler, keine Kleinigkeit für eine Partei, die von ihrer Dynamik lebt, die Fortschritt machen muss oder zurückfällt. Sie kennen alle die bekannte Geschichte von Harold Laski, der im Januar 1933 schrieb, dass er keinen Zweifel daran habe, dass Hitler seine Tage als Pensionär in einem bayerischen Dorf beenden werde und da in einem Biergarten seinen Freunden jeden Abend erzählen werde, wie es dazu kam, dass er beinahe die Weimarer Republik gestürzt hätte. Sie erinnern sich an den berühmten Leitartikel der *Frankfurter Zeitung* vom 1. Januar 1933, der berichtet, dass der Sturm auf die Republik abgewehrt sei, dass die Entzauberung des Nationalsozialismus begonnen hätte.

Nun erhebt sich die Frage: Gab es diese Alternativen oder gab es sie nicht? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie unter anderem auch darauf eingehen würden.

H. Buchheim: Herr Laqueur, wenn ich einmal fragen darf: Was ist aber, wenn das Thema dieser Podiumsdiskussion eben nicht das Thema der Jahre 1932/33 war? Ich glaube, dass wir fehlgehen in der Beurteilung der Jahre 1932/33, wenn wir davon ausgehen, da sei die Hauptsorge die Krisenbeseitigung gewesen. Das war es nicht, sondern man hat sich gefreut, dass die Krise da war, um diesen Staat endlich loszuwerden, und dann kam die nationale Erhebung, aber die ist auch nicht das Problem der Krisenbeseitigung.

Richard Löwenthal (Berlin): Wir haben heute Abend zwei Themen: Das Thema der Revolution und das Thema der Krisenbeseitigung. Und wir haben uns auch darauf geeinigt, dass wir als erstes Thema das Thema der Revolution behandeln und dann das Thema der Krisenbeseitigung. Und jetzt haben eine Reihe von Kollegen sehr interessante Sachen zum Thema der Revolution gesagt, und ich sehe nicht ein, warum wir zum Thema Krisenbeseitigung übergehen, bevor ich darauf habe antworten können.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Herr Löwenthal hat recht. Ich wollte keineswegs, dass wir die Diskussion nur darauf bringen, sondern, dass wir

auch dieses Thema behandeln. Um ihn zu versöhnen, möchte ich ihn bitten, jetzt zu antworten.

(Zuruf eines Zuhörers: Vielleicht kann uns Herr Löwenthal mal den Unterschied zwischen Revolution und Konterrevolution erklären!)

R. Löwenthal: Das ist sehr einfach. Eine Konterrevolution ist ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und ein System wiederherzustellen, das es schon mal gegeben hat. Und ein konterrevolutionärer Versuch war der Versuch von Papen und Hindenburg und nicht der Versuch der Nazis. Wenn irgendjemand irgendetwas von dieser Zeit weiss und nicht einfach die kommunistische Propaganda schluckt, dann muss er wissen, dass die wirklichen Konterrevolutionäre um Hindenburg, Papen usw. etwas ganz anderes wollten, als es die Nazis gemacht haben, und dass sie damit gescheitert sind.

Nun zum Thema «Was ist eine Revolution?» Ich glaube, Revolution ist in erster Linie ein politischer Begriff. Es ist nicht in erster Linie ein Klassenbegriff, wenn er auch in vielen Fällen eine Klassenbedeutung hat. Revolution ist eine Machtergreifung, eine gewaltsame Machtumwälzung zum Zweck der Umwälzung anderer Institutionen. In vielen Fällen ist das die Umwälzung der Klassenstruktur. In manchen Fällen, speziell im Fall des Nationalsozialismus, hat sie zwar auch in der Klassenstruktur einiges verändert – denken Sie an die neuen Führungsschichten, die hochgekommen sind; denken Sie an die Art, wie die Adligen systematisch in solche Offiziersstellen gesteckt worden sind, in denen sie an der Front krepieren. Es gab auch eine soziale Schichtenumwälzung. Aber das war nicht das Entscheidende, sondern das Entscheidende waren die aussenpolitischen Umwälzungen, die Rassenumwälzungen und die Umwälzungen in der Staatsstruktur.

Nun ein Wort zu der Frage der Revolution als Versuch, Träume zu realisieren. – Es gibt einen besonderen Typ von Revolutionen, dessen Wesen der Versuch zur Verwirklichung der Utopie ist. Wenn Sie die klassische demokratische Revolution nehmen, dann gab es in ihr auch utopische Elemente. Es gab extreme Gruppen in der Französischen Revolution, in der Englischen Revolution, die utopisch waren. Aber das war nicht der Kern der Revolution. In der totalitären Revolution unseres Jahrhunderts ist das, was Sie den Traum nennen, nämlich die Utopie, die entscheidende Trieb-

kraft. Das ist gerade das Neue. Und das hängt damit zusammen, dass es breite Schichten von verzweifelten Menschen gab, die nicht mehr von schrittweisen Veränderungen der Wirklichkeit eine Lösung erwarteten. Und es gibt nun mal – und das habe ich ja in meinem Referat versucht herauszuarbeiten – Utopien verschiedener Art. Ich stimme Herrn Geyer natürlich völlig zu, dass die kommunistische Utopie, die Utopie, die auf die Marxsche Vorstellung der klassenlosen Gesellschaft zurückgeht, von völlig anderer Art ist und – wenn ich das persönlich mal sagen darf – als Idee von menschlich sehr viel höherer Qualität als die faschistisch-nazistische Utopie der nationalen Allmacht, der Rassenherrschaft usw. Trotzdem sind beides Utopien, und der Versuch ihrer Verwirklichung führt nicht nur zu Revolutionen, sondern, weil sie nicht verwirklicht werden können, zu immer neuen Versuchen revolutionärer Umwälzungen in der Sowjetunion, zu immer neuen Vernichtungsmassnahmen der Nazis usw. Und es scheint mir wichtig, dass man dieses neue Element in den Revolutionen unseres Jahrhunderts sieht.

Herr Ritter hat auf die besondere Empfindlichkeit Deutschlands für die Krisenerscheinungen, verglichen mit anderen Ländern, hingewiesen, und hat auch darauf hingewiesen, dass diese Empfindlichkeit mit der Vorstellung zu tun habe, dass der Staat alle Probleme lösen könne, das heisst, dass man im Grunde genommen utopische Erwartungen an den Staat heranträgt. Das ist sicher eine der Ursachen. Aber eine der Ursachen ist auch, dass wir in Deutschland – und hier komme ich auf Herrn Möller zurück – tatsächlich einen Staat hatten, dessen Legitimität von Anfang an umstritten war. Ich ziehe aus dem, was Herr Möller ganz richtig über die steckengebliebene Revolution von 1918 gesagt hat, nicht etwa die Konsequenz, dass die Nazis diese steckengebliebene Revolution mit einer Umdrehung vollendet haben, sondern ich ziehe daraus die Konsequenz, dass dieser Staat – und das wissen wir ja alle – von einem grossen Teil seiner Bürger nicht als legitim akzeptiert war, und zwar schon vor der Weltwirtschaftskrise. Wir hatten die Situation, dass der grösste Teil des konservativen Bürgertums bewusst antidemokratisch war, oder im besten Fall sogenannte Vernunftdemokraten, das heisst Demokraten *faute de mieux*, dass das Militär antidemokratisch war, dass die Justiz antidemokratisch war. Das war eine wirklich konterrevolutionäre Atmosphäre, und das schuf eine besondere

Empfindlichkeit dieses Staates, wenn reale Krisenfaktoren auftauchten. Und wenn man von da her plötzlich sagte: Na, woran liegt es denn, dass wir eine Krise haben? Natürlich an diesem widerwärtigen Staat, den wir alle nicht mögen! – Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor in der Sonderstellung Deutschlands und der Sonderempfindlichkeit Deutschlands gewesen.

Schliesslich noch ein Wort über die Vorstellung «demokratischer» Elemente in der Nazibewegung, die ja auch aufgetaucht ist. Dass es zum Teil egalitäre Tendenzen in der Nazibewegung gab – natürlich nicht politisch egalitär, politisch waren sie völlig hierarchisch, aber in dem Sinne, dass sie dem kleinen Mann in seinen Ressentiments helfen wollten –, das ist richtig, aber mit demokratisch hatte das gar nichts zu tun, ausser wenn man demokratisch in dem ganz vagen Sinne verwendet, in dem in der amerikanischen Umgangssprache «demokratisch» ist, dass man jedem Menschen seine Hand gibt.

(Heiterkeit)

Demokratie ist eine Form der Politik, und diese Form der Politik war eben vom Nazismus perhorresziert. Sie war das Gegenteil von dem, was sie wollten. Es war eine zentral antidemokratische Bewegung. Und auch der Leninsche Kommunismus war, nachdem er im Zuge der demokratischen Revolution gesiegt hatte, in seinen eigenen Zielvorstellungen eine radikal antidemokratische Bewegung. Und das ist eben neben der Rolle der Utopie das Neue an den Revolutionen unseres Jahrhunderts.

H. Buchheim: Über die Träume sind wir uns jetzt einig. Jetzt geht es nur um die Frage, ob es welche sind, die in der Zukunft oder in der Vergangenheit liegen. Wenn es welche sind, die in der Zukunft liegen – auf die haben Sie mit dem Begriff Utopie angespielt –, dann gehört dazu die Revolution. Aber das waren ja – und ich habe das betont – alte Träume. Verzeihen Sie, es ist an sich schlimm, dass man so ein Wort dafür missbraucht, ein Missbrauch des Wortes, das ich jetzt sagen will, nämlich: weniger Revolution als Renaissance. Schliesslich war immer die Rede von Deutschlands Wiedergeburt. Es war etwas Zurückgreifendes. Man wollte etwas, das vorbei war, aber als das Wesentliche galt, wieder erneuern. Deutschlands Wiedergeburt: das war meines Erachtens, mehr als der Begriff der Revolution, das Stichwort des Jahres 1933 und der folgenden.

R. Löwenthal: In jeder modernen Utopie steckt verborgen eine Heilsgeschichte, die Vorstellung, dass man das, was das verlorene Paradies war, im höheren Paradies wiederfindet. Das ist einerseits utopisch, enthält aber auch eine rückwärts gewandte Note. Trotzdem ist die Utopie auf die Zukunft gerichtet.

H. Möller: Einige Bemerkungen zu dem, was offensichtlich missverständlich ist. Natürlich habe ich nicht unterstellt, dass es im Nationalsozialismus oder in der NS-Diktatur demokratische Elemente in unserem Sinne gegeben habe. Davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Was ich gemeint habe, ist Folgendes – Herr Löwenthal hat ja eben schon darauf hingewiesen: Man muss Konterrevolution und Revolution begrifflich und sachlich unterscheiden. Die Führungsschichten, die 1918/19 an die Macht oder teilweise an die Macht kamen, gingen darauf aus und haben das ja auch immer wieder erklärt, dass die Herrschaftsstruktur beziehungsweise ihre soziale Basis «demokratisiert» werden müsse. Es müssten andere als die alten preussischen Herrensichten zur Macht kommen. Das ist der Revolution von 1918/19 zum Teil, aber eben auch nur zum Teil gelungen – besonders in den politischen Vertretungen, in den Parlamenten auf Reichs-, Landes-, Provinzial- und Kommunalebene. Betrachtet man die soziale Zusammensetzung der Führungsschichten 1918/19, 1932/33 und nach 1933/34, dann stellt man fest, dass 1932/33 – während der Papen-Zeit – in der Tat der Versuch der Konterrevolution gemacht werden sollte und versucht worden ist, die alten preussischen Herrensichten wieder an die Macht zu bringen. Dieser Versuch ist misslungen.

Die Führungsschichten nach der NS-Machtergreifung jedoch hatten sozial gesehen eine sehr viel breitere Basis, insbesondere im Kleinbürgertum. Das sind eben nicht mehr die alten Führungsschichten, sondern –

(R. Löwenthal: Das ist das, was ich mit der Anerkennung der Egalität meinte!)

– Ja, das ist genau der Unterschied, um den es geht. Die Hierarchisierung, die in der NS-Diktatur erfolgte, war eine Hierarchisierung, die nicht auf der vorrevolutionären Gesellschaft beruhte.

Wenn man zurückgeht auf die verbindende Frage: Was haben nun Krise, Krisenbewältigung und Revolution miteinander zu tun? – so muss man sagen: Die Weimarer Zeit war eine Dauerkrise. Ab 1918/19 ist es eben nicht

gelungen, den Krisencharakter der Bevölkerung aus dem Bewusstsein zu nehmen: Da die Mehrzahl der Deutschen den Staat und die Lösungen von 1918/19 nicht akzeptiert hat, blieb die Krise in Permanenz erhalten, selbst wenn es zeitweise so scheinen konnte, als seien die wesentlichen Probleme gelöst worden. Und aufgrund dieser ständigen Krisenstimmung und der Erwartungshaltung – von der Herr Ritter gesprochen hat – an den Staat, der immer wieder dahinter zurückfallen musste, weil die gravierenden Probleme so einfach nicht lösbar waren, die Erwartungen nicht zu erfüllen waren, konnte die Propaganda der Nationalsozialisten – vorbereitet durch «Konservative Revolutionäre» und andere – in dieser Weise Wirkung erlangen. Die Verheissung der «Konservativen Revolutionäre» war eben nicht die Rückkehr zum Alten, sondern war Zukunft. Lesen Sie Hans Freyer oder Ernst Jünger: In ihren Schriften der 1920er Jahre wird eine ganz spezifische Zukunftsorientierung, eine fiebernde Erwartung des Morgen sichtbar und nicht in erster Linie die Rückkehr zu Vergangenen.

Warum ich diese Provokation überhaupt versuche, ist Folgendes: Es hilft uns ja nichts, ständig nur den diktatorischen Charakter der NS-Bewegung und des NS-Staates zu betonen – das wissen wir, und das muss man auch aufgrund der Schuld, von der Herr Buchheim gesprochen hat, immer wieder betonen –, aber worauf es darüber hinaus ankommt, ist die Erklärung: Wie war das möglich? Um die Erklärung für diese massenmobilisierende Wirkung des Nationalsozialismus und die Hilflosigkeit seiner Gegner geht es mir. Insofern muss man feststellen: Es gab offensichtlich NSAttraktivitäten, die jenseits dieses Schemas liegen, das wir verwenden, und die erklärt werden müssen, nicht im Sinne von uns Nachlebenden, sondern in Bezug auf die Mentalität der Zeitgenossen der 1920er und 1930er Jahre.

E. Nolte: Nach meinem Verständnis, Herr Laqueur, hängen die beiden Themen: «War die nationalsozialistische Machtergreifung eine Revolution?» und «Beispiel des Versuchs antidemokratischer Krisenbeseitigung» eng miteinander zusammen. Es sind nicht zwei verschiedene Abteilungen, sondern wir haben uns doch die Frage zu stellen, um das Wort Revolution richtig zu gebrauchen: Was für eine Art von Umwälzung ist das gewesen, dieser 30. Januar und das, was ihm folgte? Ob wir das nun «Revolution»

oder «Umwälzung» nennen, darauf braucht man im Augenblick nicht den grössten Wert zu legen, und daher würde man fragen müssen: Was ist die spezifische Form dieser Umwälzung? Ich glaube, man kann sehr wohl sagen: Eine umwegige Revolution im Gegensatz etwa zur bolschewistischen Revolution. Das ist ein sehr grosser Unterschied; das eine erfolgt auf einem ganz anderen Boden als das andere. Der Inhalt aber scheint mir der zu sein, dass es um Krisenbeseitigung geht.

Hier ist manchmal von «Krisenbewältigung» die Rede gewesen. Ich glaube, mit so etwas wie «Weltmarktwirtschaft» hängt so etwas wie «Krise» notwendigerweise zusammen; sie braucht nicht permanent zu sein, aber irgendwann taucht sie auf, und jeder Staat muss versuchen, die Krise zu bewältigen. Und das eben ist der Unterschied, dass der Nationalsozialismus ein Versuch der *Krisenbeseitigung* war, der Exterminierung der Krise geradezu.

Ich will eine kleine Geschichte erzählen: In den «Tischgesprächen» von Hitler können Sie lesen, wie er mit offenbar grosser Überzeugung sagt: «In Venedig war der Brotpreis 500 Jahre stabil, dann kamen die Juden mit ihrer Lehre vom Freihandel, und er schwankte auf und ab.» Das heisst, Hitler wollte einen Zustand, in dem es keine Krisen gab. Er orientierte sich an einer ganz bestimmten Vorstellung. Das war die Vorstellung vom Mittelalter, von Venedig, vielleicht auch die Vorstellung von Sparta – Krisenbeseitigung. In diesem Inhalt aber, glaube ich, lässt sich sehr wohl eine Beziehung herstellen zu der von der Form her gesehen so differenten bolschewistischen Revolution, die nämlich ebenfalls essentiell auf der Überzeugung beruhte: die Krise soll nicht bewältigt werden, die Krise muss an ihrer Wurzel beseitigt werden. Und die Vorstellung, an der das orientiert ist, und zwar schon bei Marx, nicht erst bei Lenin, ist ganz offensichtlich und unbestritten die Urgemeinschaft, man könnte auch sagen: die Dorfgemeinschaft, die gemeinsam arbeitet und wo es so etwas wie unabhängig tauschende Menschen nicht gibt. Der unabhängige Tausch ist die Wurzel der Krise – und der muss beseitigt werden.

Ich würde sagen, dass in der Tat – wie Herr Löwenthal gesagt hat – beides Utopien, unterschiedliche Utopien, sind. Man kann behaupten, die eine sei rückwärts gewandt, oder beide seien rückwärts gewandt. Ich würde meinen, die zweite ist noch weiter rückwärts gewandt. Und insofern gehören unsere beiden Teilthemen zusammen, und wir müssen sowohl auf

die Form wie auf den Inhalt achten. Form ist die Bestimmung, eben: Was für eine Art von Revolution? Inhalt ist: Worin sollte die Krisenbeseitigung bestehen? Und die ist nicht zu begreifen ohne das ideologische Moment. Wenn der ideologische Wille zur Krisenbeseitigung nicht da ist, dann ist vielleicht Demokratie da. Aber nicht dasjenige, wovon wir hier sprechen.

(Heiterkeit)

G.A. Ritter: Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Löwenthal gesagt hat, nämlich, dass die Legitimität des Staates von Weimar von Anfang an umstritten gewesen ist und dass das seine Schwäche ausmachte.

Betrachten wir zunächst einmal die Situation 1918/19: Die neue Demokratie etablierte sich, indem sie gewisse Versprechungen machte, nämlich Brot zu geben, Frieden zu schliessen und gewisse konkret drängende Probleme des Augenblicks zu lösen. Nicht zufällig ist die revolutionäre Bewegung 1918/19 aufgefangen worden in einer Lohnbewegung. Nicht zufällig steht der Sozialstaat, der für die Verhältnisse der Zeit sehr ausgebaut war, stärker ausgebaut als in jedem anderen vergleichbaren europäischen oder aussereuropäischen Staat, am Anfang der Weimarer Republik. Wenn die Weimarer Republik es verstanden hätte, die Leistungen, die die Bürger von ihr erwarteten und die sie versprochen hatte, weiterhin zu bringen, dann, glaube ich, hätten sich auch demokratische Traditionen etabliert, und die Kräfte, die mit der Republik nicht einverstanden waren, wären langsam ausgestorben oder ins Abseits gedrängt worden. Das ist zwar eine Spekulation und unbeweisbar, aber ich glaube eine richtige Spekulation.

Das Entscheidende und Unglückliche für die deutsche Situation war, dass die Niederlage nicht akzeptiert wurde und dass man die Situation 1919 und später mit der Situation von vor 1914 verglich, wobei diese noch idealisiert wurde. Das war ein Vergleichsmaßstab, der nicht angemessen war, weil er die Niederlage nicht in Rechnung stellte.

Hitler hat natürlich von Anfang an ähnliche Probleme gehabt. Auch seine Politik stand unter Erfolgszwang. Seine Herrschaft beruhte unter anderem auf zwei Punkten, erstens auf der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zweitens auf den aussenpolitischen Erfolgen, die Weimar nicht hatte, jedenfalls nicht so schnell und nicht in dem Umfang, wie man sie erwartete.

Hitlers Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Revision des Versailler Vertrages bis 1939 wurden jedoch gemessen an der extremen Krisensituation von 1932 und nicht an der Situation von vor 1914. Im Vergleich zu 1932 waren seine Anfangserfolge bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beträchtlich, und das hat seine Herrschaft stabilisiert.

Man könnte die Erfolge von Hitler mit den Erfolgen der Bolschewisten, die es allerdings angesichts der alliierten Intervention und des Bürgerkriegs viel schwerer hatten, vergleichen. Auch die bolschewistische Revolution war im Unterschied zur Februarrevolution erfolgreich, weil sie nicht nur Brot, sondern auch Land für die Bauern und Frieden versprochen hat, etwas, was aus Gründen, die wir hier nicht erörtern können, die Februarrepublik nie gewagt hat, da sie die Einbindung Russlands in die Kriegsallianz mit Frankreich und England nicht in Frage stellte.

Auch der Vergleich der Ausgangssituation der Weimarer Republik mit der der Bundesrepublik ist aufschlussreich: Es gibt viele Gründe für die relative Stabilität in Europa und in der Bundesrepublik nach 1949. Einer der Gründe ist, dass die Bundesrepublik von den Zeitgenossen auf dem Hintergrund der sogenannten Stunde Null, die es natürlich in der Geschichte nie gibt – dem völligen Zusammenbruch, den zerbombten Städten, dem Elend von 1945 –, gesehen wurde. Im Vergleich dazu war der Aufschwung, die Verbesserung der Situation unbestreitbar. Und zweitens haben die von der Bundesrepublik über Jahrzehnte erbrachten Leistungen des Wiederaufbaus diese Republik in den Augen der Bevölkerung legitimiert, besonders in den Teilen der Bevölkerung, die sich noch an die Situation bei Kriegsende erinnern konnten. Aufgrund dieser Tatsache haben sich relativ einfach und schnell auch demokratische Traditionen etablieren können. Ich glaube nicht, dass man geistige und institutionelle Traditionen und Legitimität durch Bewährung in konkreten Situationen streng voneinander scheiden kann. Traditionen ändern sich, die Geschichte ist in Bewegung, ist dynamisch. Natürlich bilden sich über zwei, drei Jahrzehnte neue Traditionen und verändern die alten.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Bevor ich Herrn Geyer bitte, hier das Wort zu ergreifen, möchte ich einen Moment einhaken bei den Ausführungen über den bewusst antidemokratischen Teil des deutschen Volkes nach

1918. Es ist natürlich nicht zu bestreiten: So etwas gab es. Mir ist kein Land bekannt, wo eine neue politische Ordnung eingeführt wurde, die von allen Menschen über Nacht akzeptiert wurde, es sei denn, die Schichten, die vorher mit der bestehenden Ordnung identifiziert waren, seien physisch vernichtet worden. Es stimmt, es gab – wie Herr Löwenthal richtig sagte – einen grossen Teil der Beamten – nicht unbedingt die Polizei, aber die Richter, das Militär –, die konservativ und antidemokratisch eingestellt waren. Aber bei den Wahlen im Reichstag konnte man immerhin bis zu den Wahlen vom September 1930 alle Mitglieder der Fraktion der NSDAP bequem in drei Taxis, unbequem in zweien, unterbringen.

(R. Löwenthal: Aber die Deutschnationalen waren antidemokratisch, und die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten waren antidemokratisch!)

Die Deutschnationalen hatten 70, 90 oder 100 Mandate. Ich will lediglich betonen, dass es bis zum Jahre 1929 eine solche Mehrheit nicht gab, sondern dass die überwältigende Mehrheit der Stimmen den demokratischen Parteien gegeben wurde, dass die Wende ziemlich schnell kam, was wahrscheinlich bedeutet, dass die Wurzeln der Demokratie eben nicht tief waren.

Hier gibt es vielleicht einiges Weitere zu fragen: Wie kam dieser plötzliche Umschwung? Wenn man sich heute ansieht, was die Menschen schrieben und sagten bis zum Jahr 1928, so klingt das durchaus positiv, selbst durchaus optimistisch über die Zukunft dieser Republik.

D. Geyer: Ich wollte eine kurze methodologische Bemerkung machen.

Ich glaube, jedenfalls unter Historikern besteht ein gewisses Einvernehmen darüber, dass wir an den Begriffen, die wir verwenden, leiden. Das klingt ein bisschen dramatisch, aber wir können nicht voraussetzen, dass die Definitionen, die wir den Begriffen unterstellen, allgemein akzeptiert sind. Wenn Herr Löwenthal sagt, der Revolutionsbegriff sei in erster Linie ein politischer, so kann ich das akzeptieren, wenn er den Revolutionsbegriff in einer Untersuchung oder einer Erörterung als einen politischen Revolutionsbegriff verwendet. Ich kann aber nicht darüber hinwegsehen, dass es eine Tradition von Revolutionstheorien und Revolutionsauffassungen

gibt, die Revolution, gerade moderne Revolutionen, geknüpft sehen an soziale Revolutionen, in denen natürlich politische Faktoren eine Rolle spielen. Kurzum: Wir haben es mit mehreren Revolutionsbegriffen zu tun und sind verpflichtet zu definieren.

Nun ist, durch das Programm auf den Tisch transferiert, auch noch der Begriff der Krise und der der Krisenbeseitigung zur Sprache gekommen. Wir haben in der Revolutionsgeschichte, in der Sozialgeschichte, in der Geschichte der sogenannten Modernisierung geradezu eine Inflation von Krisenbegriffen und Ausdrücken von Dauerkrisen und Performanzkrisen, ein ganzes Vokabular dieser Art ist im Schwang. Von da her fällt es mir schwer, vom Krisenbegriff her – wenn man nicht den banalen Tatbestand voraussetzt, dass in Russland durch Krieg und durch die sozialen Erschütterungen eben eine Situation herangereift war, die sich krisenhaft zuspitzte –, den Krisenbegriff *per se* als Unterlage für einen weiterführenden Vergleich zu nehmen. Jedenfalls bin ich unsicher, wie weit wir kommen werden, denn der Inhalt dieser Krisen ist ja doch wiederum sehr verschieden, so dass man dann wieder nur bei formalen Vergleichen von historischen Konstellationen wäre, die man in gleicher Weise Krise nennt, obwohl sie inhaltlich und qualitativ höchst unterschiedlich sind.

H. Buchheim: Herr Laqueur, indem ich dem letzten Satz, den Sie gesagt haben, zustimme, würde ich gegen das einen Einwand machen wollen, was Sie vorher gesagt haben.

Ich stimme Ihnen völlig zu – und da sind wahrscheinlich auch andere hier mit uns einig –, dass die Wurzeln demokratischen Denkens, demokratischer Einstellung bei der deutschen Bevölkerung sehr wenig tiefgegangen sind. Aber gerade deshalb meine ich, dass ein Indikator dafür, wie gefestigt die Demokratie war, nicht die Mandatszahlen im Parlament sein können, wenn Sie dabei unterstellen, alle Mandate von DDP, Zentrums-
partei, SPD seien tief demokratisch verwurzelt gewesen.

Das war ja eben gerade nicht der Fall, sondern nach den Mandaten sah das alles sehr viel günstiger aus als nach der Mentalität derer, die die demokratischen Parteien wählten.

Ch. Maier: Ich bin ein bisschen verwirrt über die Frage, die vor uns liegt. Die Krise scheint mir von Anfang an ein sehr problematischer Begriff zu sein. Erleben wir heute zum Beispiel eine Krise oder nicht? Wir werden das erst später feststellen können, weil die Krise eine Situation darstellt,

die in ihrer Intensität historisch nur nachträglich beurteilt werden kann. Ich würde sagen – anknüpfend an die frühere Bemerkung von Herrn Ritter –, dass es nicht wirklich ein Äquivalent ist, England als Beispiel zu nehmen, zu behaupten, dass kein Staat zwischen den Kriegen seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten erfolgreich beherrscht hätte. Ich glaube, dass die dauernde Arbeitslosigkeit in England in Wirklichkeit keine Krise darstellte, weil sie kein Regime bedrohte und keine politischen Möglichkeiten der Systemveränderung implizierte. Deshalb scheint mir erst das Zusammenwirken dieser politischen und wirtschaftlichen Elemente eine Krise zu ergeben.

Ich gebe zu, dass das, was die Krise in Deutschland charakterisiert, genau der Zusammenhang dieser beiden Elemente ist. Ich möchte ein bisschen an die andere Frage, die uns Herr Laqueur gestellt hat, anknüpfen. Mit Ausnahme von Deutschland, glaube ich, sind die Erfolge der autoritären Umwälzungen in der Zeit zwischen den Kriegen nicht prinzipiell aus der Wirtschaftskrise zu erklären. Italien hatte gewisse Nachkriegsübergangsschwierigkeiten, aber der Faschismus verdankt seine Entstehung nicht in erster Linie den wirtschaftlichen Ursachen. Die Krise des französischen politischen Systems ist nicht durch die ziemlich milde Wirtschaftsdepression zu erklären; dies gilt auch für Spanien. Nur, scheint mir, Deutschland hat eine faschistische, national-revolutionäre Bewegung zur Macht gebracht als direkte Folge einer wirtschaftlichen Krise, aber auch im Falle von Deutschland sind die Wurzeln schon viel früher entstanden.

Zur Frage der Vermeidbarkeit: Meines Erachtens war das ganze Ergebnis in gewisser Weise überbestimmt – «overdetermined», entweder von der politischen oder von der wirtschaftlichen Krise her zu erklären. Trotzdem – «überbestimmt» heisst nicht unvermeidbar. Nach dem Einsetzen der Wirtschaftskrise gab es in der Theorie drei Lösungsmöglichkeiten: und vielleicht in der Wirklichkeit nur zwei. Die eine war die sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Alternative der Arbeitsbeschaffung. Herr Borchardt hat behauptet, diese Lösung sei von Anfang an ziemlich ausgeschlossen gewesen, aber wenigstens war es eine der theoretischen Lösungen für die Krise.

Die andere war die reine autoritäre Lösung, also die zwischen Brüning und Papen, Anwendung von Artikel 48 und ein weiterer Ausbau der darin liegenden Möglichkeiten.

Und die dritte war eine Massenbewegung, die auf diktatorischen Massnahmen beruhte, das heisst der Nationalsozialismus.

Was den beiden ersten Möglichkeiten fehlte, war die politische Basis – aber sicher waren es Alternativen. Die gibt es immer, obwohl ihre Chancen vielleicht sehr gering sind. Die Schwierigkeit unseres Problems liegt darin, dass wir den nationalsozialistischen Sieg in den Rahmen einer konjunkturellen Weltwirtschaftskrise stellen müssen, aber zur gleichen Zeit müssen wir ihn als eine tiefere Antwort auf eine dauernde Strukturkrise, wie Herr Möller sagte, auf eine politische Krise, ansehen, weil keine dieser rechtsradikalen Umwälzungen der Zeit zwischen den Kriegen letzten Endes bloss auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen ist, es sei denn, dass man die allgemeinen Klassen- und Gruppenschichtungen des Zeitalters als wirtschaftliche Phänomene betrachten will.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Ich bin mit dem meisten einverstanden, was Herr Maier gesagt hat. Eine internationale Definition einer Krise gibt es natürlich nicht. Jemand hat einmal gesagt, eine Krise sei der Zustand zwischen zwei anderen Krisen. Aber auch das hilft nicht viel weiter. Es gibt eben Länder, die anfälliger sind als andere. Und die Frage, was Deutschland betrifft, ist eben: Warum war Deutschland in diesen entscheidenden Jahren anfälliger als die anderen Länder? Denn nicht nur damals, auch heute werden Zustände, die in Deutschland anscheinend als unerträglich empfunden werden, in England durchaus akzeptiert und sprengen eben den politischen Rahmen nicht.

R. Löwenthal: In Deutschland werden sie auch nicht wirklich als unerträglich empfunden. Das ist weitgehend Geschwätz, Pressegeschwätz.

Ich möchte zu drei Punkten etwas sagen: Zuerst die Frage, wie demokratisch oder wie undemokratisch Deutschland in der Weimarer Zeit war. Ich glaube, Walter Laqueur unterschätzt das Ausmass der bewusst die Republik verneinenden Kräfte von 1920 an, nicht von 1929 an, sondern von 1920 an, nach der Zeit des Kapp-Putsches, nach der ersten Reichstagswahl. Es gab in Deutschland in dieser Zeit drei Parteien, die wirklich an die Demokratie glaubten. Das waren die Sozialdemokraten, die Demokratische Partei und die Zentrumspartei, die Parteien der Weimarer Koalition. Schluss! Die Kommunisten, die nach 1920 eine Massenpartei wurden, wa-

ren antidemokratisch, die Deutschnationalen waren antidemokratisch, und die Volkspartei war bestenfalls vernunftdemokratisch, das heisst die Leute, die sie machten, waren eigentlich nicht für die Demokratie, sie sahen aber nicht, wie man etwas anderes machen könnte.

Das war die Situation *vor* der Krise von 1929, vor der Wirtschaftskrise. Das heisst, es gab wirklich eine sehr wenig verankerte Legitimität der Demokratie. Ich glaube, man soll das nicht unterschätzen. Es ist überraschend für uns, weil es in der Zweiten Republik so völlig anders ist, weil es ja heute eine ganz normale Sache ist – das wurde heute schon in einer der Einleitungsreden gesagt –, dass auch Konservative gute Demokraten sind. Das war damals nicht der Fall.

Der zweite Punkt: England, die anderen Länder. In anderen Ländern hätte die Krise keine politische Bedeutung gehabt. Ich kann mich erinnern, dass im Jahre 1929 in England die Labour-Party an die Regierung kam und dass diese Regierung aufgrund der ökonomischen Krise 1931 gestürzt ist, dass ihr Führer Ramsay Macdonald sie verlassen hat, um zusammen mit den Tories die Abwertung durchzuführen und dass es also eine ziemlich erhebliche politische Krise gab. Nicht *die* Art von politischer Krise, die ein Regime stürzt, aber doch eine sehr fühlbare politische Krise. Man soll das also nicht zu schönmalen.

Und der dritte Punkt: Gab es Alternativen in Deutschland in der Wirtschaftskrise? Ich bin der Meinung, dass man eine Wirtschaftskrise durchaus erkennen kann – und nicht nur *ex post*. Ich würde sagen, dass eine Situation, in der Millionen von Menschen dauernd arbeitslos sind, allgemein als eine Wirtschaftskrise empfunden wird, dass die englische Depression in diesem Sinne, insbesondere in den 30er Jahren, als Wirtschaftskrise empfunden wurde und dass die deutsche Krise natürlich sehr viel akuter war.

Nun hat es Charles Maier ganz richtig gesagt: Es gab drei Alternativen. Die Alternative des gewerkschaftlichen, quasi keynesianischen Plans, die Alternative der Brüning'schen Politik oder die Nazis. Ich halte das für eine völlig richtige Gabelung und möchte sagen, dass die Tatsache dieses gewerkschaftlichen Plans zu sehr in Vergessenheit geraten ist. Nicht bei Historikern, nicht bei Ihnen, aber in der Öffentlichkeit. Ich glaube, der sogenannte WTB-Plan – Woytinski-Tarnow-Baade-Plan –, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für die Finanzierung ei-

nes grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms im Januar 1932, war ein ganz ungewöhnlicher Schritt. Die Keyneschen Ideen existierten schon. Keynes' Hauptwerk die «General Theory» existierte noch nicht, aber die Ideen existierten und waren publiziert; und es gab deutsche NationalökonomInnen, die sie gelesen hatten und von ihnen beeindruckt waren – ich habe einige von denen gekannt –, und es war ein kühner Versuch, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Charles Maier hat eben schon angedeutet, dass es heute Auffassungen gibt, nach denen das aus bankrechtlichen Gründen nicht durchführbar gewesen wäre. Ich bin bis zur Vorlage genauer Beweise davon nicht überzeugt. Wovon ich überzeugt bin, ist, dass es ein Unglück war, dass die Sozialdemokratie damals an diesem Plan kein Interesse entwickelt hat, zum Teil unter dem Einfluss des guten, anständigen, klugen Marxisten Rudolf Hilferding, der überzeugt war: das ist so mit einer Krise im Kapitalismus, die muss bis zu Ende gehen, da kann man nichts machen. Und ich glaube, wenn man von einem wirklich wichtigen Versäumnis der demokratischen Linken in der deutschen Krise von damals sprechen kann, dann ist es dieses Versäumnis einer Initiative zur Arbeitsbeschaffungspolitik. Denn das bedeutete, dass die Massen die Wahl hatten zwischen der Brüning'schen Politik, der Politik der sturen extremen Deflation, die alles immer schlimmer machte, auf der einen Seite, und den unbestimmten, aber grossen Versprechungen der Nazis auf der anderen Seite.

H. Möller: Meines Erachtens muss man, wenn man die Krisenhaftigkeit der 1920er Jahre betrachtet, von einer Unterscheidung ausgehen. Es kommt nicht allein darauf an, welche Krisen real vorlagen – etwa ökonomische oder finanzpolitische –, sondern es kommt auch darauf an, wie diese Krisen im politischen Bewusstsein der Bevölkerung verarbeitet wurden.

Da hat eben die Republik mit Hypotheken zu kämpfen gehabt, wie sie in anderen europäischen Staaten nicht vorkamen, denn die Krise der Republik begann ja eben mit einem Systemwechsel. Und der Wechsel des Verfassungssystems ist mit der Hypothek des Kriegsverlustes und seinen ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen belastet worden – mit Hypotheken, die zwar die neue Republik nicht verursacht, aber deren Erbschaft sie übernommen hatte. Insofern muss man die fatalen Identifizierungen, dass alle Krisen der 20er Jahre Konsequenz des neuen Systems seien, und das

verbreitete Bewusstsein berücksichtigen, vor 1914/18 sei alles viel besser gewesen, wenn man zu einer angemessenen Einschätzung gelangen will. Denn wenn beispielsweise heute einzelne Belastungsfaktoren isoliert untersucht werden, also etwa die Inflation oder das Reparationsproblem, dann lautet das Ergebnis immer wieder: Die ca. 53 Milliarden Reparationen, die bis zum 30. 6.1931 faktisch bezahlt worden sind, haben zwar finanzpolitisch den Staat massiv belastet, aber doch nicht so entscheidend, dass er daran – finanzpolitisch oder wirtschaftspolitisch gesehen – hätte zugrunde gehen müssen. Aber trotzdem ist das Reparationsproblem eben ein Dauerbrenner der politischen Auseinandersetzung gewesen, und darauf kommt es ebenso sehr an wie auf das tatsächliche Ausmass der finanziellen Belastung.

Im Bewusstsein der Bevölkerung erschienen viele Probleme sehr viel grösser, als sie tatsächlich waren. Natürlich können wir heute sagen: Mit Versailles konnte das Deutsche Reich leben. Das gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, womit das Deutsche Reich, oder das, was davon übrigblieb, nach 1945 leben musste. Tatsächlich also hätte Versailles verkraftet werden können. Im Bewusstsein der Bevölkerung wurde es aber nicht verarbeitet, weil die Niederlage nicht akzeptiert und in ihren tatsächlichen Ursachen begriffen wurde. Und insofern haben alle Weimarer Parteien, das gilt auch für die Sozialdemokraten, an diesem Versailles-Syndrom gelitten. Ganz gleich, ob wir heute meinen, dass Versailles eine kaum zu bewältigende Belastung gewesen ist oder nicht, es ist als solche empfunden worden. Und dieses Bewusstsein über die Realität muss in die Interpretation einbezogen werden. – Das ist ja heute gar nicht anders. Im Grundgesetz steht ja nirgendwo, dass nach einem Regierungswechsel Neuwahlen sein müssen, und trotzdem ist das Bewusstsein offensichtlich bei den meisten Politikern oder auch bei der Mehrheit der Bevölkerung so, als ob Neuwahlen zwingend geboten wären. Die verfassungsrechtliche Realität ist keineswegs so. Bewusstseinsprobleme haben also häufig entscheidendere Bedeutung als Realprobleme.

Und wenn man das auf die 1920er Jahre anwendet, zeigt sich überdies die Häufung und die Kombination der schweren Belastungsfaktoren als ausschlaggebend, sie hat dieses in Europa singuläre Ausmass der Krise herbeigeführt. Es existierte eben nicht nur ein Problem, das die Republik belastete, sondern eine ganze Reihe. In allen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Sektoren wimmelte es nur so von Problemen, die

für sich genommen alle lösbar waren, die aber das Bewusstsein in der Bevölkerung verstärkten, dass dieser Staat ein Staat der Krisen und nicht in der Lage sei, die anstehenden Probleme zu lösen. Und die Folge war, dass seit Ende der 20er Jahre – und in geringerer Masse schon vorher – immer wieder experimentiert worden ist und dass am Ende der Republik das Bewusstsein – auch bei den demokratischen Parteien – sehr verbreitet war: So kann es nicht bleiben! Dieses Bewusstsein hat es in der Tat ermöglicht, dass auch mit verfassungspolitisch autoritären Experimenten versucht wurde, die Krise zu bewältigen. Die ständige Verwechslung, dass auch der Nationalsozialismus ein solches Experiment bedeute, gehörte ebenfalls zu den Konsequenzen.

G.A. Ritter: Ich habe ein bisschen Angst, dass das, was ich sagen möchte, zu speziell ist, aber ich wollte doch zu der Frage nach den Alternativen, die 1932 möglicherweise offen waren, Stellung nehmen.

Richard Löwenthal erwähnte – in Anknüpfung an das, was Charles Maier gesagt hatte – den gewerkschaftlichen WTB-Plan, die Brüning'sche Alternative und die Nazis als die drei offenen Wege am Ende der Weimarer Republik. Den WTB-Plan will ich nicht diskutieren, sondern Sie alle nur darauf aufmerksam machen, dass morgen sicher unter anderem darüber eine Diskussion mit Knut Borchardt stattfinden wird. Die Frage nach den Alternativen zur Brüning'schen Wirtschaftspolitik ist ein hochaktueller kontroverser Gegenstand der Forschung, und es wäre unfair, der Diskussion von morgen heute vorzugreifen. Ich klammere das also aus.

Der zweite Punkt, die Brüning'sche Alternative einer Präsidialregierung scheint mir sehr interessant zu sein. Wir haben ja in europäischen Ländern eine Fülle von Zusammenbrüchen parlamentarisch-demokratischer Staaten, die nicht zu offen faschistischen, totalitären oder gar nationalsozialistischen Regierungen führten. Die Mehrheit der Staaten, die 1917/19 die parlamentarischen Regierungsformen neu übernahmen, haben diese nicht bis 1939 behaupten können. Meist wurden sie durch autoritäre, restaurative oder ähnliche Systeme ersetzt. Ich will die Beispiele dafür hier nicht aufzählen.

(Ch. Maier: Aber nicht prinzipiell aus wirtschaftlichen Gründen!)

Nein, ich will an diesem Punkt nicht anknüpfen. Ich frage mich, warum war der Brüning'sche Weg, der ja in diese Richtung der Wiederanknüpfung an das Regierungssystem von vor 1914 ging, der das Parlament auf Kosten der Exekutive – vor allem des als Ersatzmonarchen verstandenen Präsidenten – schwächen wollte, nicht erfolgreich? Und da scheint mir die Hauptsache doch zu sein, dass Brüning es nicht verstanden hat, die alte politische Rechte und die mit ihr verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte auf die Dauer klar hinter sich zu bekommen, unter Ausklammerung und Isolierung der Nazis. Papen hat dasselbe versucht, aber er war eine dermaßen schwache Figur als Persönlichkeit, ein Mann ohne jede Basis, ohne jede Perspektive –

(R. Löwenthal: Und ohne Charakter!)

– Und ohne Charakter! Ich meine, hier kommen auch Zufälligkeiten der Geschichte ins Spiel. Wieso hat es in Deutschland im Unterschied zu fast allen ost- und südosteuropäischen Staaten – ich möchte hier nur Piłsudski in Polen als ein Beispiel für viele nennen – eine autoritäre, starke Persönlichkeit, die die alte Rechte binden und andere rechtsradikale Extremgruppen ausklammern konnte, nicht gegeben?

Das scheint mir interessant zu sein, denn genau das führt zurück auf das, was Herr Löwenthal gesagt hat mit seiner These vom Doppelcharakter der nationalsozialistischen Machtergreifung, die einmal auf der unrevolutionären Abwürgung der Weimarer Republik durch die Anhänger einer monarchischen Restauration, zum anderen auf einer nationalsozialistischen Revolution, die die Pläne restaurativer Kräfte ausnutzte und durchkreuzte, beruhte. Hitler hätte vor einem Dilemma gestanden, wenn er seine Revolution nur gegen den etablierten Staatsapparat hätte durchführen können. Diese Situation schien ja kurzfristig im August 1932 gegeben, als die Deutschnationalen, Stahlhelm, Hindenburg und Reichswehr gegen Hitler standen, nachdem er den Posten eines Vizekanzlers in der Regierung Papens abgelehnt hatte. Hitler hing damals praktisch in der Luft und musste nicht zuletzt wegen der Spaltung der Harzburger Front, der Spaltung der nationalen Rechten, starke Verluste bei den Reichstagswahlen im November 1932 hinnehmen. Mit einem anderen Mann als Papen an der Spitze hätte Hitler auch von rechts ausmanövriert werden können.

Wir haben Schleichers Konzept einer Alternativen zu Hitler nicht disku-

tiert. Auch das wäre sehr interessant gewesen. Schleicher hat ja versucht, eine breitere politische und soziale Basis durch die Anknüpfung an die Gewerkschaften und Gregor Strasser, der die NS-Bewegung spalten sollte, zu finden. Ich möchte allerdings hinzufügen, dass die Schwäche von Schleichers Konzept darin lag, dass in dem Augenblick, wo er Ernst machen würde, er seine Basis bei der traditionellen Rechten – Grosslandwirtschaft, Grossindustrie, Reichswehr – verlor. Ausserdem war das gewiss verständliche Misstrauen bei den Gewerkschaften gegen ihn zu gross, um auf seine Politik einzugehen, und Strasser zu schwach, um wirklich einen Machtkampf mit Hitler durchstehen zu können.

Eine Regierung der Rechten, aber gegen die Nationalsozialisten, die wir hier als Alternative diskutiert haben, hätte natürlich die Basis der Weimarer Republik verändert. Bei Brüning wäre es bestenfalls zu einer Rückkehr zur Situation von vor 1914 gekommen, bei Papen wäre die Restauration und die Zurückdrängung der Demokratie sehr viel weiter gegangen und hätte wahrscheinlich zu einer Situation geführt, wie sie in Deutschland vor 1848 bestanden hat, nämlich zu einem politischen System ohne effektives Parlament. Es handelt sich also um höchst fragwürdige Alternativen, die aber etwas anderes als die spätere NS-Revolution dargestellt hätten.

E. Nolte: Wenn wir Einzelheiten diskutieren, meine ich, dürfen wir doch einen Punkt nicht ganz auslassen, in dem die politische Krise und die wirtschaftliche Krise auf besondere Weise zusammenfliessen. Im Allgemeinen spricht man ja von den November-Wahlen des Jahres 1932 mit einem hoffnungsvollen Ton. Die Nazis hatten verloren. Es ging schon wieder aufwärts, weil es bei denen abwärts ging. Ich glaube, das ist damals *nicht* so empfunden worden, jedenfalls nicht von sehr weiten Kreisen. Man muss sich vor Augen halten, dass die Kommunisten damals die weitaus höchste Zahl von Abgeordneten erhielten, die sie je gehabt hatten, nämlich hundert, und dass die SPD natürlich in einer eigenartigen Lage war, nämlich dass ihre Basis nicht ganz ohne Erfolg von der Kommunistischen Partei umworben und angegriffen wurde – beides gleichzeitig möglicherweise, die kleinen Zörgiebels usw. – Und ich meine, diese Möglichkeit darf man nicht ausser Acht lassen, weil sie im Bewusstsein der Zeitgenossen sehr lebendig war, nämlich dass die KPD die bei Weitem grösste Arbeiterpartei werden

und die SPD auf einen Rest reduziert würde und dass die nationalsozialistische Linke, die damals trotz Strassers Abfall noch sehr im Vordergrund stand, mit den Kommunisten zusammengegangen wäre. Das wäre nicht eine Alternative in dem Sinne gewesen, dass die Machtergreifung der Kommunistischen Partei und Thälmanns bevorgestanden hätte, aber das war die Bürgerkriegssituation schlechthin. Da hätte die eine Hälfte des Volkes gegen die andere Hälfte des Volkes gestanden. Natürlich würde die Reichswehr den Ausschlag gegeben haben. Aber ich glaube, dies vor allem müssen wir uns klarzumachen versuchen, nämlich wie krisenhaft, sowohl wirtschaftlich wie politisch krisenhaft, die Situation Ende 1932 war.

W. Laqueur, Diskussionsleiter: Es tut mir leid, dass es keine Möglichkeit gab – morgen wird es sie im Rahmen dieser Veranstaltung geben –, auf die Fragen aus dem Publikum zu antworten beziehungsweise einen Dialog entstehen zu lassen. Wir hatten die Hälfte der Zeit, die die Sitzungen morgen haben werden, in denen teilweise dieselben Fragestellungen zur Sprache kommen werden. Unsere Diskussion hier ähnelte in manchem der Lage in den Jahren 1931/32/33, sie war etwas chaotisch. Man kann keine klare Linie ziehen zwischen den ideologischen Momenten, der wirtschaftlichen Krise und dem politischen System. Es gab eine Wechselwirkung. Das kam natürlich in einer Diskussion auch heraus, die sich mit vielen Themen befassen musste.

Erste Arbeitssitzung

Weimar

– Krise und Zerstörung
einer parlamentarischen Demokratie

Diskussionsleiter

KARL DIETRICH BRACHER

Bonn

Fragsteller

FRITZ STERN

New York

Podiumsdiskussion

Einführung und Problemstellung durch den Diskussionsleiter

Karl Dietrich Bracher (Bonn): Ich begrüße Sie heute Vormittag zu unserer ersten Arbeitssitzung über das Thema «Weimar – Krise und Zerstörung einer parlamentarischen Demokratie». Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um wenigstens ganz kurz zurückzudenken an die Zeit vor über dreißig Jahren, als wir hier in Berlin mit unseren frühen Forschungen über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus beschäftigt waren, und darf vor allem einige der Namen nennen, an die ich mich dankbar erinnere: Ernst Fraenkel, Hans Herzfeld, Otto Heinrich von der Gablentz, Franz Neumann, Sigmund Neumann. Sie bedeuteten damals lebendige Anregung und sind Ihnen hoffentlich auch heute noch bekannt.

Es sind uns hier mehrere Aufgaben gestellt. Zunächst sollen wir in einer Podiumsdiskussion Fragen der Forschung und Interpretation zum Thema «Auflösung der Weimarer Republik» erörtern, und jeder von uns hat eigene Ansätze und Ergebnisse zu dieser nach wie vor kontroversen Thematik zu präsentieren.

Dann wenden wir uns in einem weiteren Kreis auch den Fragen zu, die sich heute – fünfzig Jahre danach – für die deutsche Demokratie und für das Verständnis möglicher Krisen freiheitlichdemokratischer Systeme überhaupt aus dem Beispiel und der Erfahrung des Scheiterns von Weimar ergeben oder ableiten lassen. Und daran ist ja kein Mangel, wie unter anderem auch die ganze Geschichte der Bundesrepublik beweist, die unter dem ständigen beschwörenden Wort steht: «Bonn ist nicht Weimar» – und ich freue mich, dass der Urheber dieses Wortes, Fritz René Allemann, ebenfalls hier ist und vielleicht diese Gelegenheit benutzt, seine These «Bonn ist nicht Weimar» zu aktualisieren. Aber auch für die internationale Diskussion bis in ferne Länder bedeutet Weimar als Erfahrung und Argument ein oft zitiertes Beispiel der Selbstgefährdung und Selbsterstörung pluralistischer Demokratie.

I

Vor fünfzig Jahren haben sich hier in Berlin und in Deutschland Entscheidungen angebahnt, die wahrhaft weltpolitische Folgen haben sollten. Mitte Januar 1933 war noch nichts entschieden, und doch bedurfte es nur noch weniger Schritte bis zum unwiderruflichen Ende der ersten Demokratie in Deutschland. Am 4. Januar hatten zunächst in Köln die Gespräche zwischen dem Exkanzler Franz von Papen und Hitler begonnen, die über weitere Treffen am 18. und 20. Januar das Bündnis vom 30. Januar 1933 einleiteten. Am 15. Januar bot die letzte Landtagswahl in dem Zwergstaat Lippe den Nationalsozialisten Gelegenheit zur Mobilisierung aller Kräfte. Dabei zeigten sich aber immer noch die Grenzen, an die Hitler bislang gestossen war. Er blieb sogar hinter den Juli-Wahlen 1932 zurück. Auch die KPD ging zurück, während die Mitte sich behauptete und die SPD erstmals wieder zunahm. Also auch der Befund der Wahlsoziologie weist auf die durchaus noch unentschiedene Lage zu diesem Zeitpunkt – Mitte Januar 1933 – hin.

Zwei Wochen später war der Kampf verloren. Bis heute ist umstritten, wie unvermeidlich dies war und welches Gewicht dabei die strukturellen Schwächen, die politischen Gruppierungen und die Schlüsselpersonen des Geschehens besaßen. Der *Machtverlust* der demokratischen Kräfte und parlamentarischen Institutionen hatte seit dem Rücktritt der letzten Mehrheitsregierung Müller – 1930 – und dann seit dem Sturz des letzten parlamentarisch tolerierten Reichskanzlers Brüning 1932 in ein *Machtvakuum* geführt, das die antidemokratischen Bewegungen der Rechten und Linken in eine Schlüsselstellung versetzte. In den meisten Ländern amtierten nun nur noch geschäftsführende Regierungen; in Preussen seit Papens staatsstreichförmigem Vorgehen vom 20. Juli 1932 sogar ein Reichskommissar.

Die parlamentarische Demokratie schien am Ende. War sie es wirklich? War sie zu retten? Welche Alternativen gab es? War nicht bis zuletzt, noch unter General von Schleicher, wenigstens eine mildere Form jener autoritären Regime möglich, die ja damals fast alle neuen Demokratien Europas ablösten? Neben der Frage nach den Schwächen der ersten deutschen Demokratie steht also die Frage nach den Gründen für den totalitären Charakter der Alternative, die in Deutschland – im Unterschied zu anderen Ländern, wo ebenfalls autoritäre Lösungen zustande kamen – der Aufstieg des Nationalsozialismus verkörperte und besiegelte.

Nun, es sind schwierige und komplexe Fragen, denen wir uns hier gegenübersehen, und sie münden nach wie vor in umstrittene Erklärungen. Jeder Anspruch, einlinige Antworten zu geben, führt in die Irre, damals wie heute, wie wir an den vielen Fehlinterpretationen aus verschiedenen politischen Richtungen erfahren haben. Und die Fehleinschätzung sowohl der Demokratie als andererseits auch des Nationalsozialismus war ja in der Tat eine der Hauptursachen für das Debakel von 1933.

Überblickt man die Vielzahl der Forschungen und Deutungen, dann könnte man eine Reihe von Schwerpunkten unterscheiden. Ich möchte hier einmal sieben Schwerpunkte hervorheben:

1. Die ökonomische Deutung hebt vor allem auch auf die Bedeutung der Wirtschaftskrise ab.
2. Die institutionelle Erklärung: Sie betont besonders auch die Verfassungsmängel oder die Möglichkeiten, aus der Verfassung autoritäre und diktatorische Konsequenzen abzuleiten.
3. Soziologische Deutungen: Sie akzentuieren vor allem die politische Labilität bestimmter Schichten, insbesondere – dies ist die beliebteste Theorie – des Kleinbürgertums.
4. Der ideologische Faktor: Er wird besonders betont im Hinblick auf autoritäre Traditionen im deutschen Staatsdenken, also zurückblendend ins 19. Jahrhundert.
5. Die antikapitalistische Argumentation von links wie von rechts: Sie beschwört in der «Krise des Kapitalismus» eine geradezu geschichtsnotwendige Krise des Westens überhaupt.
6. Die massenpsychologische Erklärung: Sie hebt die Rolle von Propaganda, von kollektiver Entwurzelung der Massen, Massensuggestion hervor, wie sie Hitler in *Mein Kampf* ja auch selbst so deutlich beschrieben hatte.
7. Schliesslich tritt die Bedeutung der handelnden und der intrigierenden Personen in der Krise von 1930 bis 1933 besonders hervor. Der personalistische Erklärungsfaktor scheint für diese Zeit wichtiger denn je zuvor.

II

Nun, ich glaube, vor allem drei Fragestellungen hat dabei jede Weimar-Diskussion zu bedenken. Erstens, die Doppelfrage, die zeitgenössisch auch ganz anders klingende Stimmen. Es gab bei- (...??)

Wie kommt es zur Krise, und was bewirkt die Zerstörung der Demokratie? Einerseits geht es hier um den Prozess der Auflösung einer parlamentarischen Demokratie, andererseits geht es um die nationalsozialistische Machtergreifungspolitik, und zwar um diejenige bis 1933. In dieser Sitzung haben wir nur die Entwicklung bis zum 30. Januar zu behandeln; die folgende Sitzung unter Leitung von Walther Hofer wird ja dann die weitere Entwicklung darstellen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auf die letzte, jüngste Bilanz von Walther Hofer hinweisen, der ja zu den frühesten Miterforschern des Nationalsozialismus gehört: Sie ist erschienen in der Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Januar-Nummer 1983.

Die Krise der parlamentarischen Demokratie und der Aufstieg einer totalitären Partei sind nicht voneinander zu trennen. Gerade die Wechselbeziehung zwischen beiden ist das eigentliche Problem, vor dem wir uns sehen, wenn wir über das Ende der Weimarer Republik sprechen. Dabei geht es um die zwei Seiten eines Vorgangs: um die strukturellen Voraussetzungen der Krise einerseits und um die machtpolitischen Vorgänge, die schliesslich das Ende der Weimarer Republik herbeiführen. Dem entsprechen zwei Grundfragen der Forschung und Deutung: Wie bestimmend waren die endogenen Faktoren der Krise – die also in der Struktur der Weimarer Republik lagen –, und wie stark oder gar letztlich entscheidend haben sich die äusseren Einflüsse dann in der kritischen Entwicklung seit 1930 ausgewirkt?

Ein zweites Gegensatzpaar in der Reihe der Erklärungsversuche liegt in der Doppelfrage: Welches waren die spezifisch deutschen historischen, politischen, psychologisch-ideologischen Voraussetzungen, und welches war andererseits ihr Verhältnis zu den allgemeinen europäischen Umständen und Bedingungen der Krise der Demokratien, die sich vor allem in den neuen nationalstaatlichen Demokratien unter dem Druck der Modernisierung und der Egalisierung der Gesellschaftsstrukturen seit dem Ersten Weltkrieg ständig verschärften. Diese führten ja zuerst auch in Russland, dann in Italien, in Polen, in den Balkanstaaten und erst danach auch in Deutschland, in Österreich, in Griechenland, in Spanien zu Diktatur-Regimen verschiedener Formen.

Eine dritte grosse Fragestellung betrifft schliesslich die politische Bedeutung der Wirtschaftskrise, und ich freue mich besonders, dass wir hier

einen hervorragenden Spezialisten auf diesem Gebiet, Herrn Borchartd, unter uns haben, der dann die Diskussion auch eröffnen wird. Gerade hier gehen ja die Auffassungen, die Analysen, die Deutungen noch immer – oder wieder – weit auseinander. Denn gerade hier ist ja auch die einfachste oder unmittelbarste Erklärung angesiedelt, dass die Wirtschaftskrise im Wesentlichen Schuld war am Ende der Weimarer Republik und an der Machtergreifung des Nationalsozialismus. Wir erleben seit einigen Jahren unter dem Eindruck der sogenannten Stagflation und ihren Konsequenzen, dass auch ein entgegengesetzter Wirtschaftskurs zu Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit führen kann. Die Sicherheit unserer Kritik an Brüning's Deflationspolitik und das Lob des Keynesianismus und ähnlicher Lehren, die damals ja erstmals entwickelt wurden, geraten ins Schwanken. Es bleibt freilich die Tatsache, dass sich der Vorrang aussenpolitischer und fiskalischer Zielsetzungen vor konkreten Krisenmassnahmen verhängnisvoll auswirkte. Der Durchhaltekurs – wie ich das genannt habe – der Regierung Brüning überforderte die geschwächte Demokratie und vermochte dem Zug zur Diktatur nicht zu steuern.

Unter den vielfältigen methodischen und sachlichen Fragestellungen, mit denen in der internationalen Forschung der vergangenen fünfzig Jahre die folgenschweren Ereignisse von 1933 erklärt und gedeutet wurden, verdient schliesslich – generell gesprochen – vor allem auch der Blick auf das Verhältnis von demokratischen und diktatorischen Elementen im Übergang von der parlamentarischen Republik zum plebiszitären Führerstaat besondere Beachtung. Ob man nun diskutiert über den revolutionären Charakter des Umbruchs – wie gestern Abend – oder über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, über die Rolle der handelnden oder der zögernden Personen und Parteien, ob man diskutiert über die Verfassungs- und Machtstrukturen oder die Probleme politischer Kultur und Ideologien in der Staatskrise und ob man schliesslich den Prozess der Auflösung oder den Angriff der Machtergreifung stärker betont, immer hat man es letztlich mit dieser Grundfrage zu tun, nämlich, wie unter den politischen Bedingungen des modernen 20. Jahrhunderts auf eine scheinbar legale Weise, ja unter Gebrauch und Missbrauch demokratischer Mittel und Verfahren des Regierungswechsels, der staatlichen Ermächtigung durch den Präsidenten und durch das Parlament und schliesslich sogar unter plebiszitärer Zustim-

mung ein freiheitlicher Rechtsstaat in ein totalitäres Regime verwandelt werden kann – und wie das binnen weniger Wochen oder Monate geschehen kann.

Es ist also die Doppelfrage nach den diktatorischen Elementen der (noch) bestehenden Demokratie von 1930 bis 1933 einerseits und andererseits den demokratischen oder pseudo-demokratischen Elementen in der (nun folgenden) Diktatur von 1933/34. Demokratie und Machtergreifung hängen eng zusammen. Doch trotz der oft betonten Kontinuität war es nicht eine «blosse» Radikalisierung, sondern ein tiefer Bruch, der schliesslich die Umkehrung der Verhältnisse bestimmte und besiegelte: Aus einem Hilfsmittel der problematischen präsidentialen «Reserveverfassung» von Weimar wird durch den Missbrauch zu weitmaschiger Notstandsbefugnisse nach Artikel 48 mit dem 30. Januar 1933 endgültig das diktatorische Prinzip zum Bestimmungsgrund der Regierung; und aus einem grundlegenden Verfassungsprinzip wird das demokratische Prinzip zum akklamatorisch-plebiszitären Manipulationsinstrument totalitärer Herrschaft über Staat und Gesellschaft.

III

Zu der folgenden Diskussion möchte ich vor allem die folgenden grossen Forschungsfragen und Kontroversthemata vorschlagen, zusammenfassend das, was ich eben gesagt habe. Wir haben es zu tun

1. mit den verfassungspolitischen Ursachen, besonders der Frage eines Dualismus des Regierungssystems zwischen Präsident und Parlament; Frage der Reserveverfassung. – Damit hängt eng zusammen:
2. Die Verantwortung der Parteien, die Frage der Krise des Parlamentarismus; es ist die berühmte Frage, was 1930 eigentlich diese Veränderung der politischen Entwicklung bewirkte: das Versagen der Parteien oder ein vorschneller Griff nach den diktatorischen, nach den präsidentialen Möglichkeiten einer Ausschaltung des parlamentarischen Verfahrens. Parteienstaat oder was sonst? Diese Formulierung, wie sie Wilhelm Grewe (1951 im *Monat*) einmal benutzt hat, lässt sich hier sehr wohl anwenden auf diese Kontroverse. Was gab es eigentlich sonst, wenn man die Weimarer Republik nicht als Parteienstaat bejahte?

3. Welches waren die Ursachen, welches waren die Formen der Bekämpfung des politischen Radikalismus vor und nach 1930?
4. Welches war die Bedeutung von antidemokratischen und totalitären Ideologien hier und überhaupt in liberalen Demokratien?
5. Sozialstruktur und Wirtschaftskrise im Verhältnis zur Staatskrise. Wie weit reicht die ökonomische, wie weit die politische Bestimmung der Krise? – Und schliesslich
6. die auch heute wieder soviel benutzte Frage: Wie «unregierbar» war tatsächlich die Weimarer Republik?

Wenn wir wohl alle von der Komplexität der Ursachen ausgehen, die zum Machtverfall der Weimarer Demokratie und zu dem verhängnisvollen Machtvakuum von 1932 geführt haben, so ist es gerade dann zuletzt unsere Aufgabe, die jeweilige Bedeutung der Faktoren abzuwägen und eine gewisse Rangordnung der Probleme vorzunehmen, die zu diesem Prozess geführt und die Errichtung der Diktatur ermöglicht haben. Denn wenn der Prozess der Gleichschaltung, der heute Nachmittag zu besprechen ist, darin so unwiderstehlich rasch und erfolgreich ablaufen konnte und über Notverordnungen, Ermächtigungsgesetz, Gewerkschafts- und Parteiverbote, Verfolgung und Verführung schon bis zum Sommer 1933 endgültig besiegelt wurde, dann zeigt diese Erfahrung, dass antiparlamentarische Kräfte und radikal-ideologische Bewegungen bereits vor der Schwelle zur Macht abgefangen und die freiheitlichen Demokratien vor ihren Feinden geschützt werden müssen, bevor es zu spät ist. Auch das ist eine Erfahrung und ein Problem der Weimarer Republik, das wir hier zu behandeln haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte nun Herrn Borchardt, die uns zunächst alle wohl vorrangig beschäftigende Frage vorzustellen, welche Bedeutung die wirtschaftliche Entwicklung und in diesem Zusammenhang die Frage der grossen Wirtschaftskrise von 1930 für unsere Fragestellung hat.

Erste Diskussionsrunde

Knut Borchardt (München): In der uns gesetzten Fünfminutenfrist – für Professoren etwas Schreckliches – können wir jeweils nur Behauptungen aufstellen, die nichts beweisen, sondern – so sehe ich es – als Angebot für spätere Nachfragen verstanden werden sollen. Vielleicht darf ich nach den Erfahrungen der gestrigen Debatte auch den Versuch machen, etwas ungeschützter zu reden und mehr zu behaupten, damit mögliche Kontroversen deutlicher werden, nicht zuletzt im Interesse lebendiger Diskussion.

Ich möchte ein Angebot für drei Themengruppen machen, dies durch Thesen untermauern und dann noch eine «Zugabe» damit verbinden.

Die erste These: Hitler ist natürlich nicht das alleinige und ausschliessliche Ergebnis der Weltwirtschaftskrise, und er ist es doch. – Eine dialektische Formulierung, die absichtlich etwas verwirrt. Ich will sie dann aufklären.

Zweitens: Weil die Krise zwar nach meinem Verständnis nicht die Rolle spielen kann, die Übergabe der Regierung an Hitler zu erklären, aber auch nicht zu bestreiten ist, dass sie ein sehr stark motivierender und mobilisierender Faktor war, hat es in der Vergangenheit eine lange Diskussion und danach schliesslich eine herrschende Meinung gegeben: Hätte man die Krise vermeiden können, wäre es nicht zu Hitler gekommen. Meine These: Es gab aber keine Wunderwaffe gegen diese Krise! – Das ist seit vier Jahren umstrittener, als es zuvor war.

Drittens: Die Zerstörung, der Verfall der Weimarer Republik hatte durchaus mit einer schweren Wirtschaftskrise zu tun, allerdings nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise, sondern mit einer ganz schweren strukturellen Krise, die dieses Weimarer System schon vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise erschüttert hat. Meine Behauptung ist: Die Krise vor der Krise, kulminierend 1928/29 in einer Serie von nahezu überhaupt nicht im politischen System lösbaren Problem-Konfigurationen, hat zur Auflösung dieser Demokratie Entscheidendes beigetragen.

Das sind die drei Thesen, auf die ich im Wesentlichen Wert legen würde. Da wir hier aber auch gewissermassen sozialhygienische Funktionen zu erfüllen haben, würde ich gerne eine Zusatzthese vertreten und auf

Anforderung auch noch gründlicher belegen: Es ist eine Legende, dass Hitler vornehmlich durch die Industriefreunde unterstützt worden sei und dass dies so seinen Erfolg erklärt. Vielleicht brauchen Menschen immer Dunkelkammern, um die Komplexität historischer Phänomene zu reduzieren. Wir wissen um die Rolle des Weltjudentums im nationalsozialistischen Konzept, die Rolle des Weltkapitals in anderen. So hat auch die Industriefront in der Diskussion eine grosse Rolle gespielt. Es ist aber – neuere Untersuchungen erhärten dies geradezu zweifelsfrei – die Rolle sehr herabzustufen, die Industrielle in diesem Zusammenhang gespielt haben. Das mag aufregend genug sein.

Wenn ich jetzt noch Zeit habe, so will ich wenigstens die erste These erläutern, die besagt, Hitler sei natürlich nicht das alleinige und ausschliessliche Ergebnis der Weltwirtschaftskrise und er sei es doch. Dies meint im ersten Teil der These, dass er nicht in dem Sinne Ergebnis der Krise sei, dass sie ihn mit Notwendigkeit hervorgebracht habe. Zunächst haben wir auch zu beachten (was meist zu wenig geschieht), dass die ersten dramatischen Erfolge dieser Bewegung 1929/30 in den Gemeinde- und Landtagswahlen eingetreten sind, die man häufig übersieht. Es ist nicht erst die Reichstagswahl vom September 1930; und die Young-Plan-Agitation hat auch nicht unmittelbar mit der Krise zu tun. Es gibt also viele Elemente, die die Mobilisierung schon vor der Weltwirtschaftskrise bringen.

Ein zweites: Wir wissen natürlich, dass in der übrigen Welt grosse Krisen keinen Hitler zur Regierung gebracht haben. Es muss also eine Vielzahl von Zusatzfaktoren geben, und es hat weitere Alternativen gegeben. Ausserdem hat ja Hitler gar nicht spezifisch das Problem dieser ökonomischen Krise instrumentiert, sondern er hat – das ist gestern Abend auch mit Recht gesagt worden – ein politisch universales Thema angesprochen und hat weitestgehend strukturell-politische Lösungen propagiert. Hitler lag mit seinen «Theorien» über das, was da in der Krise ökonomisch passierte, völlig neben der Sache. Auch die Handlungsalternativen, die er in Gesprächen aufzeigte, waren in allererster Linie politische und praktisch nicht ökonomische im Wortsinn. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Sackett (ich möchte demnächst das Protokoll darüber publizieren) hat er zum Beispiel Ende 1931 gesagt, es gäbe keine Arbeitslosigkeit in Deutschland, wenn das Reich noch das Territorium von 1914 hätte. Es

war ja auch auf dieser Linie, auf der er sich die Lösung der deutschen Probleme insgesamt versprach.

Aber Hitler ist selbstverständlich in dem Sinne das Ergebnis der Weltwirtschaftskrise, als seine *spätere Herrschaft* ohne diese Krise überhaupt nicht vorstellbar ist, insbesondere nicht sein späterer sogenannter Erfolg, aus dem er die Legitimität seiner Herrschaft im Inneren und nach aussen gewonnen hat. In dieser Krise ist ja das politisch-ökonomische Weltsystem zusammengebrochen. In allen Staaten der Welt sind Ausnahmemaßnahmen ergriffen worden. Die internationalen Konstellationen haben sich verändert und die nationalen natürlich auch. Hitler und seine Partei haben dies ausserordentlich erfolgreich instrumentiert. Sie haben alles, was sich danach abgespielt hat, zum Erfolg dieser Bewegung erklären können.

Hitler hat nicht – was man auch immer wieder lesen kann – die Krisenwende gebracht. Die Weltwirtschaftskrise ist nach allen Konjunkturindikatoren, die wir analysieren können, im Frühsommer 1932 in Deutschland am Tiefpunkt gewesen. Ende 1932 waren die Konjunkturindikatoren, auf die es ankommt, sowohl die sogenannten führenden wie die sogenannten mitlaufenden Indikatoren, bereits aufwärts gerichtet. Nur die Arbeitslosigkeit reagierte später. Aber Arbeitslosigkeit läuft in allen Konjunkturen als Spätindikator hinterher. Das ist natürlich politisch höchst wichtig, aber nicht für das Verständnis der Motorik.

Hitler ist es dank der vorhergehenden Krise nach 1933 gelungen, gleichzeitig Brot und Kanonen anzubieten, ohne nennenswerte Verteilungskonflikte zu provozieren. Er konnte sowohl seine Staatsziele realisieren wie privaten Bedürfnissen Genüge tun. Daraus könnte man noch eine abenteuerliche Schlussthese ableiten: Es ist vielleicht die grosse Tragödie unseres Landes, dass Hitler erst 1933 kam. Wenn Hitler vor der Banken- und Währungskrise im Juli 1931 an die Regierung gekommen wäre und nicht bereits im Aufschwung, wäre er höchst wahrscheinlich so gescheitert, wie das noch im Januar 1933 viele angenommen haben. Denn in dieser Situation hatte er keinerlei Erfolgsrezepte, und ein Aufschwung war noch nicht in Sicht.

Rudolf Morsey (Speyer): Ich möchte in dieser ersten Runde einige Fakten und Zusammenhänge nachtragen oder vortragen, von denen ich meine, dass deren Kenntnis notwendig ist, um meine These von der Instabilitäts- oder Vorbehaltrepublik zu verdeutlichen.

Die Wahlen von 1919 hatten unter Ausnahmebedingungen stattgefunden, die ab 1920 haben gezeigt – und das kam gestern Abend verschiedentlich zum Ausdruck –, dass die Weimarer Republik von diesem Zeitpunkt an nicht mehr in einer Weise funktioniert hat, wie das mit dem Geist dieser Verfassung in Einklang gestanden hätte. Anders ausgedrückt: Die Republik ist von Anfang an nicht real existent gewesen. Zwischen 1919 und 1928 haben sich fünfzehn Regierungen abgelöst, Durchschnittsdauer: sieben Monate; bis 1932/33 zwanzig Regierungen, Gesamtdurchschnittsdauer: acht Monate. Zwölf Reichskanzler haben in acht Koalitionsvariationen regiert.

Herr Löwenthal hat gestern Abend gesagt, auch die Parteien oder gerade (und nur) die Anhänger der Parteien der Weimarer Koalition hätten an die Demokratie geglaubt – aber dies war nicht der Fall. Auch in diesen Parteien fehlten engagierte Verfechter der Republik und hatten entsprechende Kräfte in einer innerparteilichen Defensivstellung zu kämpfen. Bei der Annahme der Reichsverfassung sind von den Mitgliedern der drei Weimarer Parteien 65 nicht anwesend gewesen, sondern haben durch bewusstes Fernbleiben gezeigt, dass sie mit dem Inhalt dieser Verfassung nicht einverstanden gewesen sind, darunter 48 Abgeordnete der SPD. Das heisst also, die Verfassungsbegeisterung, die man vielfach auch den Parteien der Weimarer Koalition unterstellt, hat es nicht gegeben, Verfassungspatriotismus schon gar nicht.

Diese Regierungen – und mein Petitum ist, zu zeigen, dass nicht erst 1930 ein Einbruch erfolgt ist – besaßen keine Macht, sondern waren infolge der dauernden Alltagsmisere nur ungern tätig. Die Sozialdemokraten haben die Übernahme von Regierungsverantwortung als Bürde empfunden, die Zentrumsleute als Opfer. Das heisst: Keiner von den Politikern der Weimarer Koalition hat den Versuch unternommen, das, was man mit Regierungsmacht heute umschreibt, zu bekommen und zu behalten, um bestimmte programmatische Ziele durchzusetzen. Und auch das Republikenschutzgesetz von 1922, das ja eine Verfassungsänderung bedeutete und mit der berühmten Wendung von der «verfassungsmässigen republikanischen Staatsform» gleichsam die in der Weimarer Verfassung fehlende Staatszielbestimmung nachgeholt hat, konnte in dieser Intention weder durchgesetzt noch sanktioniert werden.

Mein Fazit daraus lautet: Die Krise der Republik und des Parlamentarismus datiert nicht erst ab 1929/30. Die fehlenden Voraussetzungen konn-

ten nicht nachgeliefert werden, es konnte gleichsam nicht «nachgebessert» werden. Da von Anfang an keine Macht vorhanden war, konnte sie nicht ausgeübt werden, folglich konnte kein Machtverlust in dem häufig gekennzeichneten Umfang eintreten. Die «Machtergreifung» ist dann Goebbelsche Terminologie gewesen, die wir – meine ich – noch viel zu oft ohne Anführungsstriche nachbeten. Der Republik fehlten aussenpolitische Erfolge. Selbst Ereignisse wie Rapallo, Locarno, Völkerbundseintritt, Berliner Vertrag sind von den Zeitgenossen eher als Erschwerung, weil Anerkennung des Versailler Systems, verstanden worden. Die Wähler haben auf die latente Krisensituation und auf die Alltagsmisere durchaus politisch reagiert, nämlich mit ihren Möglichkeiten, mit dem Stimmzettel. Und diese Reaktion war gegen die Republik und gegen die Verfassungsgrundlage gerichtet. Reichswehr und Beamtenschaft haben solange republikkonform argumentiert und gehandelt, wie sie dazu von den legalen Organen der Republik in die Pflicht genommen worden sind.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Vor dem Hintergrund dieser Bilanz bleibt ja eigentlich für die Frage der Handlungsfreiheit der Politiker nicht sehr viel übrig. Ich glaube, Herr Hagen Schulze hat sich damit beschäftigt: Welches waren die Möglichkeiten der Politiker in einer solchen Situation, wenn sie tatsächlich, wie Herr Morsey sagte, überhaupt keine Macht hatten, dennoch Politik zu betreiben?

Hagen Schulze (Berlin): Wenn wir den Versuch unternehmen, die Ursachen für das Scheitern der Republik und für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ausfindig zu machen, dann liegt es für uns ja immer sehr nahe, uns den strukturellen Belastungen, den konjunkturellen Belastungsmomenten zuzuwenden, wie dies eben beispielsweise Herr Borchardt vorzüglich getan hat. Man wird dann dazu neigen, langdauernde Strukturen namhaft zu machen, etwa Traditionen des Denkens und der kollektiven Mentalitäten. Man wird, wie dies eben bereits geschehen ist, mittelfristig wirksame soziale, wirtschaftliche Konjunkturen erörtern, und wenn dann noch die kurzfristigen Belastungsfaktoren ins Blickfeld geraten, die Geburt der Demokratie aus der Kriegsniederlage, Versailles, aussenpolitische Diskriminierungen, Inflation, Verarmung einer ganzen sozialen Schicht usw.,

dann entsteht schliesslich leicht der Eindruck: Das konnte nicht gutgehen, Weimar war ein totgeborenes Kind, Hitler ist die grosse unausweichliche Wahrheit der deutschen Geschichte.

Ich meine, dass man diesem Eindruck entgegenwirken sollte. Wir neigen ja alle unwillkürlich dazu, Hegels Diktum von der Vernunft des geschichtlich Seienden zu bejahen. Was geworden ist, musste so werden, denn wir haben ja sorgfältig erklärt, weshalb es so geworden ist. Ich glaube aber, dass es sich dabei oft um eine Art perspektivischen Irrtums handelt. Nehmen wir eine andere Krisensituation der Weimarer Zeit, den Herbst 1923. Was kam damals nicht alles zusammen, um den Untergang der Republik zu bewirken: Hochinflation, Ruhrkampf, Separatismus an allen Ecken und Enden, Putsche und Putschgefahr von links und rechts. Es gab damals nur sehr wenige Menschen in Deutschland, die an ein Überleben der Demokratie glaubten. Und dennoch hat sie überlebt. Sie hat überlebt, weil die Chancen ihres Überlebens von den handelnden Politikern – etwa Ebert und Stresemann, um nur zwei Namen zu nennen – genutzt worden sind.

Hier kommt ein Element ins Blickfeld, dessen Existenz ich nachdrücklich unterstreichen möchte, das der Handlungsalternativen. Die Geschichte Weimars ist ja nicht nur eine Geschichte von Abläufen und Strukturen, sondern auch von Situationen, von Entscheidungslagen, in denen handelnde Personen angesichts einer dunklen Zukunft zwischen Alternativen entscheiden, bis hin zum 28. und 29. Januar 1933, als Hindenburg nach Schleichers Entlassung vor der Frage stand, ob er Hitler zum Reichskanzler ernennen sollte. Er hätte sehr wohl anders entscheiden können. Nicht umsonst hat er anderthalb Tage lang gezögert, bis er die Entscheidung getroffen hat. Es gibt Indizien dafür, dass einige Monate später der nationalsozialistische Appeal sehr stark an Reiz verloren hätte.

Ich meine also, dass wir auch von den Alternativen reden sollten und von persönlichem Handeln. Man könnte das Verhältnis zwischen den strukturellen Zwängen und der personellen Handlungsfreiheit etwa so beschreiben: Die Ereignisse seit etwa 1930 standen im Rahmen einer starken, aus vielen kurz-, mittel-, langfristigen Entwicklungssträngen zusammengesetzten Kontinuität, die einen bestimmten Zeitgeist ermöglichte, der einen Verfassungswandel in Deutschland auf autoritäre Staatsmodelle hin begünstigt hat. Es ist aber darauf zu beharren, dass Weimar nicht auf *die*

Weise scheitern musste, in der es dann tatsächlich gescheitert ist. Hitler war vielfach vermeidbar. Alternativen bestanden bis in die letzten Tage hinein.

Wir sollten, meine ich, an der letzten Verantwortung von Personen auch deswegen festhalten, um der Gefahr des geschichtsphilosophischen Fatalismus zu entgehen und um die Schuldfähigkeit der Politiker – und Politiker sind wir ja im Grunde alle – als ethische Grundvoraussetzung für unser Handeln beizubehalten und zu begründen. Dann erst – scheint mir – ist Geschichte für unsere Gegenwart auch noch bedeutsam.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Aus den Ausführungen von Herrn Hagen Schulze geht hervor, oder er meint, dass es hier Spielräume gegeben hat. Hier ist die Frage natürlich auch nach der Verfassung gestellt. Die Machtfrage und die Entscheidungsfrage hängen ja ganz wesentlich an der Verfassungsfrage.

Heinrich Oberreuter (Passau): Natürlich gab es Alternativen. Die Frage, zu der ich zum Schluss vielleicht komme, ist nur: Welche Alternativen gab es denn da? Ich möchte jedoch einige Überlegungen vertiefen, die Herr Bracher vorgetragen hat und die hier in der Diskussion schon eine Rolle spielten. – Drei Stichworte:

Erstes Stichwort: Konsensschwäche und Verfassungsschwäche. Natürlich gab es – das ist gestern zu Recht als Banalität bezeichnet worden – nicht nur Legitimitätszweifel an dieser Republik, sondern es gab – und das halte ich für weitgehend alternative, die ganze Republik durchziehende Legitimitätsprogramme – antidemokratische Legitimitätsprogramme. Nicht erst am Ende, sondern schon vom Beginn der Republik an gab es intellektuelle Positionen, für die es korrespondierende Positionen in der praktischen Politik gab, Positionen, die die Grundlagen der Republik herausforderten. Fragloser Konsens gehörte nie zur Normallage, Antipositionen waren an der Tagesordnung, und die Charakterisierung der Verfassung als eines dilatorischen Formelkompromisses signalisierte eigentlich, dass der Kampf um eine verfassungspolitische Entscheidung zwischen den normativen Ansprüchen der Verfassung oder wenigstens den Gestaltungsprinzipien, die der Verfassung zu Grunde lagen, nämlich Liberalismus, Parlamentarismus und politischer Pluralismus, stets bevorstand, signalisierte auch, dass die Antipositionen zur Herausforderung stets bereitstanden.

Ich kann die Stichworte im Einzelnen hier nicht vertiefen. Ich möchte

nur einen kleinen Akzent auf den Antiliberalismus als entscheidenden Topos dieses Gedankengutes setzen. Dieser Antiliberalismus, der im Grunde alle Institutionen des modernen Staates, also auch die Institutionen der Weimarer Republik, traf, dieser Antiliberalismus hatte sich letztlich derartig durchgesetzt, dass zu Beginn der 30er Jahre geradezu von einer Entliberalisierungswelle gesprochen werden konnte, welche die Jugend überspült hatte. Ein Zitat: «Diese jungen Menschen haben nur unsagbare Verachtung für die liberale Welt übrig, die geistige Unbedingtheit geringschätzig ‚Weltfremdheit‘ nennt. Sie wissen, dass Kompromisse im Geistigen aller Laster und Lügen Anfang sind» (Jonas Lesser, *Von Deutscher Jugend*, Berlin 1932).

Zweites Stichwort: Diktatorische Elemente in der Demokratie. Ich meine, Herr Bracher, wir treffen diese Elemente nicht nur in der Übergangsphase der 30er Jahre an. All diesen Strömungen, die ich hier impliziert angesprochen habe, war ihr Gegensatz zur liberalen Demokratie eigen, wie sie bestand. Die Idee der volklichen Einheit, die sich gegen den Ansatz der Vielfalt wandte und gegen freiheitliche Integration aus Pluralität, diese Idee verwies das Volk auf Akklamation, auf Führerwillen, auf Elitenwillen. Es wurde – und das scheint mir wichtig – frühzeitig entdeckt, dass Demokratie und Diktatur keine Gegensätze seien. Der Schluss war relativ primitiv: Wenn Demokratie ein Blankettbegriff, ein inhaltsleerer Blankettbegriff (Edgar Jung) war und wenn der wie auch immer zustande gekommene Wille des Volkes entscheidet, dieses Volk aber einen Diktator will, dann wird auch die Diktatur zur demokratischen Staatsform. Zumindest stehen – wie Carl Schmitt es ausgedrückt hat – Diktatur und Demokratie nicht mehr in entscheidendem Gegensatz. Es entsteht in dieser Zeit das Gerede von der demokratischen Diktatur, später sogar der Anschein ihrer Verwirklichung. Die neuen Mittel der Massenbeeinflussung und der Massenmobilisierung stehen für Ansprüche auf monokratische Erfassung der Gesellschaft hilfreich zur Verfügung. Aus dem intellektuellen Spiel mit der Diktatur, das frühzeitig einsetzte, konnte bitterer Ernst werden, weil es Diktaturparteien gab und weil diese Diktaturparteien zunehmend gestärkt wurden, welche die Umsetzung solcher Gedanken in Praxis zu ihrem Ziel erhoben hatten.

Gerade wenn man an die spätere verhängnisvolle Praxis des Gebrauchs des Artikels 48 denkt, muss man sich vergegenwärtigen, dass dieser Gebrauch terminologisch und zum Teil ideologisch völlig parallel zu diesen

intellektuellen Spielen mit der Diktaturgewalt vonstatten ging. Die Ausnahme-gewalt des Reichspräsidenten galt eben – und wurde so bezeichnet – als eine Diktaturgewalt. Für die abschliessende Krisenzeit muss ein zutreffendes Urteil das verhängnisvolle Zusammenspiel zweier Denkansätze in Rechnung stellen: Erstens den Gedanken, konstitutionelle Diktatur, also die Bewältigung von Ausnahmesituationen, müsse gelegentlich die Verfassung durchbrechen, um sie letztlich zu retten; so der eine Gedanke. Und andererseits der Gedanke: In dieser Ausnahmesituation, die sich im inneren Chaos damals darstellte, bedürfe es einer befreienden Entscheidung, einer souveränen Entscheidung zu einer neuen Ordnung: Es bedürfe der souveränen Diktatur des Reichspräsidenten.

Beide Gedanken haben sich nicht durchgesetzt. Weder wurde die Verfassung gerettet, noch kam es zur souveränen Diktatur des Reichspräsidenten, aber beide Gedanken bahnten der nationalsozialistischen Diktatur den Weg, die sich dann, immer noch Schritt für Schritt, aber doch mit erstaunlicher Schnelligkeit konsolidierte.

Drittes Stichwort: Verlust des Willens zur Verfassung. Woraus entstand die Sprengkraft solcher Ansätze? Meine These: Aus dem Irrtum, dass Wertrelativismus die Weltanschauung des demokratischen Staates sei. Die Idee, mit Mehrheiten alles machen zu können und machen zu dürfen, auch die Grundfesten der Verfassung umzustürzen, diese Idee ist nicht der Hauptwert einer echten Demokratie, wie es der Reichsinnenminister David 1920, glaube ich, formuliert hatte. Eine solche Idee ist vielmehr ein fundamentales Missverständnis der Demokratie und ein fundamentales Missverständnis ihrer Bestands- und Funktionsprinzipien.

Diese Idee gab die grundlegenden Normen der Verfassung zum Umsturz frei. Der Wille zur Verfassung, auf dem ihre normative Kraft letztlich beruht, blieb ins Belieben gestellt. Sodann, konsequent und eigentlich bei diesen Voraussetzungen im Ansatz systemimmanent, scheint mir entscheidend der Verfall des Willens zur Verfassung im Zentrum der Staatsmacht selbst. Schaut man sich die handelnden Figuren der 30er Jahre an, von Brüning über Papen, Schleicher bis Hindenburg, wird man niemand finden, den man als Verteidiger der Verfassungsordnung einzuschätzen hätte. So gab es, um zum Anfang zurückzukehren, durchaus Alternativen: Alternativen autoritärer oder semi-autoritärer Natur, die sicher besser gewesen wären als der Nationalsozialismus. Aber die demokratische Alternative war verbraucht.

Letztlich: Auch wenn man die Funktionsschwächen der Parteien und des Parlamentarismus nicht unterschätzt, auch wenn man nicht die Strukturschwäche der Verfassung und den Dualismus ihrer Konstruktionsprinzipien unterschätzt, derart verhängnisvoll auswirken konnten sich all diese Faktoren nur, weil der Wille zur Verfassungsnorm verfallen war und weil er eigentlich vom Beginn der Republik an nie unumstritten gewesen ist.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Das Stichwort «Parteien» ist hier schon mehrfach gefallen. Ich freue mich, dass wir mit Herrn Matthias einen erstklassigen Spezialisten haben, der sich gerade mit der Rolle der Parteien beschäftigt hat, nicht zuletzt auch mit der SPD.

Erich Matthias (Mannheim): Ich goutiere eigentlich die beiden Hauptgedanken, die hier auf den Tisch gelegt worden sind: Einmal die Krise vor der Krise und auf der anderen Seite die Anwesenheit von Handlungsalternativen, die ich immer versucht habe zu betonen.

Nun zur Position der Parteien: Oberflächlich haftet uns allen das Bild im Gedächtnis von diesen Wahlzetteln, die auch immer wieder abgebildet worden sind, mit den unendlich vielen Parteien, also das Bild eines hemmungslosen Pluralismus. Das ist allerdings ein sehr oberflächliches Bild. Reduziert man das auf seinen wahren Kern, so stellt sich heraus, dass es eine erstaunliche Kontinuität gibt, trotz des veränderten Wahlrechts, vom Parteiensystem des Kaiserreichs zum Parteiensystem der Republik. Das neue Wahlrecht brachte ganz ähnliche Resultate. Also, die Vielzahl der Parteien ist wohl kaum das eigentliche Handicap gewesen.

Diese Handicaps sind, wie ich meine, an anderer Stelle angesiedelt. Hier habe ich drei Punkte zu nennen. Ich kann das sehr kurz tun, da das hier schon angesprochen worden ist.

Als erstes: Es gab keinen Grundkonsensus über Republik und Demokratie, und zwar galt das bis in die demokratischen Parteien hinein, von denen sich eigentlich nur zwei verbal wirklich mit beidem identifizierten, nämlich die SPD und die Deutsche Demokratische Partei. Aber auch hier wären noch nähere Kautelen zu erörtern, wenn man ins Einzelne ginge, obgleich, «die Republik, das ist nicht viel, der Sozialismus ist das Ziel», die Sonntagsreden nicht allzuviel besagten.

Der zweite Gesichtspunkt, der mir sehr wichtig erscheint, ist die Über-

forderung dieses unter ganz anderen Konditionen geformten und ausgeprägten Parteiensystems durch die neuen Aufgaben, das heisst durch den Übergang zum parlamentarischen System, und zwar unter den Konditionen des Parteienstaates, also zwei Schritte, die auf einmal, die gleichzeitig getan werden sollten. Und das hat man nicht geschafft. So haben wir im Kern des Systems weiter – und das liesse sich sehr leicht illustrieren – das konstitutionelle, oder, wenn Sie so wollen, das obrigkeitstaatliche Erbe, und zwar auch bei den ausdrücklichen Vertretern des genossenschaftlichen Staates. Auch das, was Herr Ritter gestern gesagt hat über die Einflüsse des Staatsinterventionismus könnte man, glaube ich, in diesem Zusammenhang überlegen.

Der dritte Punkt, den ich noch anführen möchte, ist der: Man kann ja eigentlich gar nicht leugnen, dass doch so etwas zu verzeichnen ist, eigentlich noch bis 1930, wie ein Lern- und Eingewöhnungsprozess, der aber in den zwölf Jahren bis dahin nur begrenzte Fortschritte gemacht hat. Indikatoren für diese Fortschritte sind beispielsweise die veränderte Rolle, die die Deutsche Volkspartei gespielt hatte, und auch die Einbeziehung der Deutschnationalen in der Zwischenperiode der Republik. Und so konnte es nach den Wahlen von 1928 scheinen, dass – wie Arthur Rosenberg gesagt hat – diese Demokratie in Deutschland vielleicht doch eine Chance hätte haben können ohne den Einbruch der Wirtschaftskrise, dass sie eine ähnlich labile Stabilität hätte gewinnen können wie beispielsweise die französische Demokratie.

Nebenbei: Arthur Rosenberg hat man zu Unrecht unterstellt, dass er nahtlos das Ende der Republik aus ihrem Anfang zu erklären versucht habe. Dazu war der gelehrte Althistoriker Rosenberg ein viel zu guter Historiker, um so etwas zu tun.

Das, was ich gesagt habe, gehört zum Hintergrund des Bruchs der Grossen Koalition von 1930, abgesehen von dem Klassenkampf, der bis in die Parteien der Regierung hineinreichte. Dieser Vorgang, oft beschrieben als Selbstausschaltung der Parteien, kann nach meiner Ansicht auch ohne Weiteres so gedeutet werden. Das bedeutet hier eine politische Krise, bevor die wirtschaftliche Krise voll durchschlug, eine Krise, die aber wohl in der Einschätzung der Beteiligten nicht diese Zäsur bedeutete, die man nachher aus ihr gemacht hat. Ich habe die Extrempositionen, die Nazis und die Kommunisten, bisher überhaupt nicht erwähnt, denn trotz der kommunistischen Wahlerfolge von 1928 werden sie zu wirklich relevanten Faktoren erst in den Jahren von 1930 an.

Von hier aus möchte ich die Frage stellen, ob wir uns nun wirklich auf einem Weg ohne Umkehr befunden haben oder ob es unter Umständen auch die Chance gegeben hat, dass die Krise die Parteien hätte zu einem Lernprozess zwingen und bringen können. Hier möchte ich nur einige Stationen nennen, nämlich die Reichstagsauflösung vom Juli 1930, ein leichtfertiger Akt Brüning's, der die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft hatte; die Situation nach den September-Wahlen von 1930, wo die Tolerierung der Regierung durch die SPD nach meinem Urteil nicht die einzige Möglichkeit war. Man müsste sich doch über Otto Brauns Forderung nach der «Grossen Koalition aller Vernünftigen» noch einmal unterhalten. Schliesslich noch eine weitere Station: Die Situation um den Nazi-Volksentscheid in Preussen herum, wo ja auch manche Reformideen wieder aktuell geworden sind.

Auch 1932 gab es – wie ich meine – keine irreversible Entwicklung. Ich will nur einige Momente aufzählen, die die Signaturen der parteipolitischen Situation hier ausmachen. Einmal die negative Mehrheit von NSDAP und KPD. Zweitens, die Spaltung der Arbeiterbewegung, die Sozialfaschismusthese auf der einen Seite, auf der anderen Seite bekämpfte die SPD die KPD fast erbitterter als die Nazis. Drittens, das potentielle Bündnis zwischen Konservativen und Nazis, die Chance der Wiederbelebung der Harzburger Front; das sind die negativen Faktoren. Doch die NSDAP hatte unter den obwaltenden Verhältnissen ohne die Zulassung zur Macht keine Mehrheitschance, vermutlich auch nicht mit der DNVP zusammen. Das gleiche galt erst recht für die KPD.

Das nächste, woran ich erinnern möchte, ist die Anti-Hitler-Mehrheit der Reichspräsidentenwahl. Ich könnte dieses nun noch näher ausführen. Darauf will ich verzichten, aber es stellt sich natürlich zwingend die Frage, ob aus dieser Situation nicht doch aus der Mitte des Systems noch irgendetwas hätte bewirkt werden können.

Georg *Kotowski*, (Berlin): Ich möchte den Blick in erster Linie auf Parteiensystem und Verfassungsordnung richten. Dabei ist wohl zu betonen, dass im Sommer 1918, vielleicht auch noch im Herbst 1918, in Deutschland – jedenfalls soweit das bei den Entscheidungen, Erklärungen der politischen Parteien festzumachen ist – überhaupt keine Intention bestand, eine voll-demokratische Verfassung zu schaffen. Das muss man sich vor Augen hal-

ten, gerade wenn man berücksichtigt oder – wie hier schon festgestellt worden ist – betont, dass auch die demokratischen Parteien, die eigentlichen Schöpfer der Weimarer Verfassung, zumindest mit Vorbehalt dem demokratischen System gegenüberstanden. Das ist, glaube ich, die Ausgangssituation.

Es ist mit Recht betont worden, dass sich das Parteiensystem in seiner Gesamtstruktur gegenüber dem Kaiserreich so wesentlich ja gar nicht geändert hat. Die Mehrheit in der Nationalversammlung von 1919 mit ungefähr 75% der abgegebenen Stimmen für die Trägerparteien der Weimarer Republik ist insofern atypisch, ein vorübergehendes Ereignis, und die Wahlen von 1920 sind nicht etwa ein sensationeller Rechtsruck, auch wenn sie so empfunden werden, sondern sie sind im Grunde nur die Bestätigung des traditionellen politischen Systems.

Der Verfassungsgesetzgeber hat erkannt: mit dem Parteiensystem, wie wir es nun einmal haben, ist die Bildung stabiler Regierungen voraussichtlich sehr schwer. Der Artikel 48, der später eine solche Bedeutung erlangt hat, ist, das zeigen die Protokolle, als gar nicht besonders problematisch empfunden worden. Dass die USPD dagegen war, ist klar. Die war überhaupt gegen einen Reichspräsidenten und schliesslich gegen die gesamte Verfassung. Aber dass man ein Exekutivorgan brauchte, das rasch handlungsfähig ist, verstand sich von selbst in einer Beratungsphase, in der Bürgerkrieg bestand.

Das Problem des Artikel 48 ist aus guten Gründen sehr strittig. Andererseits muss man sich fragen: Wie hätte die Republik, wie hätte das Deutsche Reich das Jahr 1923 überleben sollen ohne den Artikel 48? Die schwache Hoffnung, alle Parteien würden sich schon im Ernstfall einigen, ist 1932/33 eben nicht bestätigt worden. Der Unterschied liegt darin, wer diesen Artikel 48 handhabt. Ein Reichspräsident, von dem überhaupt nicht zweifelhaft sein kann, dass er trotz der vielfachen Benutzung dieses Artikels – 135 Notverordnungen hat Ebert unterschrieben – prinzipiell den demokratischen Verfassungsstaat sozusagen als Hilfsorgan stützen will und seine Macht sofort wieder abgibt, wenn parlamentarische Mehrheiten bestehen, und ein Königlich Preussischer Generalfeldmarschall, der noch dazu am Tage seiner Wiederwahl 85 Jahre alt gewesen ist: Das ist der fundamentale Unterschied. Ich glaube, ohne den Artikel 48 oder einen vergleichbaren Artikel kann man sich das Funktionieren der Republik ange-

sichts des vorhandenen Parteiensystems überhaupt nicht vorstellen. Sie hätte überhaupt nicht existieren können ohne die Möglichkeiten eines solchen Instruments.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine These formulieren, die hier hinzugehört. Das Parteiensystem hat sich im Grossen und Ganzen als nicht lernfähig erwiesen. Das ist nicht nur Schuld der Politiker. Die SPD hat ja wenigstens einen Teil ihrer früheren Mitglieder nach der Aufspaltung der USPD wieder zurückgewonnen, mit den Konsequenzen übrigens der innerparteilichen Auseinandersetzungen, die ich hier nicht wieder behandeln kann. Gedanken, die liberalen Parteien irgendwie zusammenzufassen, wenn auch nur zu einer Arbeitsgemeinschaft, hat es gegeben. Aber im Grossen und Ganzen hat sich dieses Parteiensystem erhalten, und das bedeutet die hier schon genannte Anzahl instabiler Regierungen, ein System, in dem die Minister natürlich schwächer sind als die Staatssekretäre und als die Ministerialdirektoren. Es ist sinnlos, die hohen Beamten oder die Generäle zu beschimpfen; die tun, was ihnen der politische Vorgesetzte sagt, bloss, den muss es geben, und der muss eine Chance haben, länger als ein paar Monate im Amt zu bleiben. Wenn es den nicht gibt, geht die Exekutivgewalt und damit faktisch ein grosser Teil der politischen Entscheidungsgewalt unvermeidlich auf die Beamten und auf die Generäle über. Wer das nicht als einen unvermeidlichen Prozess erkennt und dann den Versuch macht, bei diesem oder jenem Ministerialdirektor oder General herumzubasteln, warum der das oder jenes getan hat, der verkennt dabei, dass Exekutivorgane, Beamte wie Generäle, dann handeln, und zwar im Sinne der Verfassung handeln, wenn eine handlungsfähige Regierung existiert. Wenn es die nicht gibt oder nur so kurzfristig, dass man mit ihr gar nicht zu rechnen braucht, dann ist ein Machtvakuum entstanden, in das notwendigerweise diese Gewalten vordringen.

Die NSDAP hatte neben vielen anderen Voraussetzungen die eine Chance, dass sie die Marktlücke erkannte, die dadurch entstand, dass alle Parteien Standes- oder Berufsparteien waren. Die Zentrumspartei ist eine gewisse Ausnahme; sie erstreckt sich in der Tat auf alle sozialen Schichten, aber sie ist natürlich an die katholischen Wähler gebunden. Die NSDAP ist die erste Partei mit Aussicht auf eine grosse Entwicklung mit starker Massenbasis – wie die entstanden ist, kann natürlich in den paar Minuten nicht gesagt werden –, die mindestens dem Anspruch nach die disparaten

Interessen in einer Gesamtlösung zusammenzufassen verspricht. Das hätten andere Parteien auch tun können. Sie haben es nicht getan, auch wenn sie sich – wie die DNVP – «Volkspartei» nennen. Es ist offenkundig, dass es sich nicht um eine «Volkspartei» handelt. Das muss man sehen: Das Machtvakuum, das entsteht, weil die Parteien in ihrem Zustand, wie er nun einmal ist, stabile Regierungen gar nicht bilden können, auch wenn sie hervorragende Politiker hatten, die das gesehen haben und zu überwinden trachteten. Der Ansatz der NSDAP, als eine grosse Volkspartei diese diffusen Positionen zu integrieren, in eine geschlossene Entscheidung hinein-zubringen, das scheint mir die wichtigste Voraussetzung zu sein. Damit halte ich nicht den Untergang der Weimarer Republik für unvermeidlich: Aber die Parteien, wie sie nun einmal waren, haben sich die Überwindung der schweren Krise zumindest sehr erschwert, besonders angesichts der Tatsache, dass ein Reichspräsident nun notwendigerweise die Exekutivgewalt übernahm, der persönlich – ganz egal, wie man die Charaktereigenschaften Hindenburgs beurteilen mag – kein positives Verhältnis zur Demokratie haben konnte, der auf der anderen Seite aber auch so alt, so gebrechlich und so fern vom wirklichen Schauplatz des Geschehens war, dass es fast zufällig sein musste, zu welcher Entscheidung er sich dann schliesslich doch bestimmen liess.

Ich glaube, damit kann man vieles verständlich machen. Einen zwingenden Grund zum Untergang gab es nicht. In der Konstellation, wie sie nun einmal bestand, war die Entscheidung für eine Regierung Hitler allerdings die scheinbar nächstliegende Lösung.

Hans Mommsen (Bochum): Ich möchte mich zunächst an die Argumente von Herrn Morsey anschliessen und ebenfalls die Auffassung vertreten, dass die Chancen einer wirklichen Stabilisierung des parlamentarischen Systems von Weimar von Anfang an und insbesondere nach den Juni-Wahlen von 1920 extrem gering gewesen sind. Die Frage kann gestellt werden, warum das parlamentarische System von Weimar nicht bereits früher zusammengebrochen ist. Ich glaube, dass gerade die Aussenpolitik, das heisst der Druck der westlichen Alliierten, die finanzpolitische Abhängigkeit des Deutschen Reiches, die konservativen Gruppen, das, was sich später als das «nationale Deutschland» deklarierte, dazu zwangen, zunächst am parlamentarischen System *pro forma* festzuhalten; hier liegt der Wirkungszusammenhang zur Weltwirtschaftskrise, der den finanziellen

Druck, insbesondere Frankreichs und der Reparationsfrage, herabminderte, so dass nun konsequent die politische Rechte versuchte, die eigene Regierung des «nationalen Deutschlands» zu bilden, um dann konsequent in Mehrheitsschwierigkeiten zu kommen und Hitler als Juniorpartner hinzunehmen.

Paradoxerweise könnte man sagen: Es waren nicht Stresemanns aussenpolitische Erfolge, sondern seine relativen aussenpolitischen Misserfolge, die bewirkten, dass er so lange im Amt geblieben ist. Denn eine Überwindung des Reparationsproblems hätte es der Rechten dann ermöglicht, selbst in die Regierung zu gehen.

Zum anderen haben wir es zu tun mit einer Krise des Parteiensystems, einem Verfall der bürgerlichen Mittelparteien und deren zunehmender Ersetzung durch Interessenparteien, und dann dem Hervortreten der grossen Protestparteien, einerseits der KPD, die vor allen Dingen, gestützt auf die Erwerbslosen, sich in der Krise entwickelt, andererseits der NSDAP. Hier ist voll der Auffassung von Herrn Borchardt zuzustimmen, dass die entscheidende Strukturveränderung Ende 1928/Anfang 1929 einsetzt, also der Krise im Wesentlichen vorausgeht, die, was den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung angeht, eine überwiegend akzelerierende Bedeutung besitzt.

In der deutschen Öffentlichkeit wird gern die Rolle der blossen Wahlerfolge der NSDAP überbetont. Einerseits müssen wir feststellen, dass sie auf der Allokation wechselnder Protestwählergruppen beruhen, so dass die NSDAP als soziales Gebilde bis zum 30. Januar 1933 als extrem instabil gelten muss und sich seit dem Sommer 1932 in einer erheblichen inneren Krise befunden hat. Das Paradox der Entwicklung liegt darin, dass, nachdem die NSDAP den Mythos nicht mehr aufrecht erhalten konnte, über alle Grössen zu wachsen, sie für die konservativen Gruppen in der Umgebung des Reichskanzlers attraktiver als Bündnispartner wurde als zuvor, bis hin zu jener Situation, in der die äusserste Rechte aus Angst vor einem Rückfall in den Parlamentarismus – und das kann man allenthalben sehen – die Bedingungen Hitlers akzeptiert; die grosse Sorge der deutschen Rechten war, es könne ein Rückfall in parlamentarische Verhältnisse eintreten. Paradoxerweise ist Hitler ins Amt gekommen, weil Papen die Vorstellung suggerierte, dass sich das Kabinett der nationalen Konzentration über kurz oder lang zu einem parlamentarischen Mehrheitskabinett mit Ermächtigungsgesetz entwickeln werde. Hier liegt die Verantwortung der konservativen Gruppe.

Herrn Borchardt ist darin zuzustimmen, dass die Industrie bei der Finanzierung dieser erst nach 1929 relevanten Massenpartei keineswegs eine übermäßige Rolle gespielt hat; jedoch muss dezidiert hinzugefügt werden, dass dem Kampf von weiten Kreisen der Industrie und insbesondere der agrarischen Gruppen gegen den Parlamentarismus die typische Identifizierung des parlamentarischen Systems – mit Sozialpolitik und Gewerkschaftsstaat – zugrundelag und dass das erklärte Ziel der Verbände der Rechten, die die Parteien mediatisierten, seit der Mitte der Republik in einem Regierungssystem unter Ausschaltung der Sozialdemokratie und der Isolierung der freien und zum Teil der christlichen Gewerkschaften und der Rückgängigmachung der sozialpolitischen Konzessionen von 1918/19 liegt. Dieses Ziel war nur zu erreichen durch die Zerschlagung des parlamentarischen Systems, wie umgekehrt nur solange ein parlamentarisches System lebensfähig sein konnte, wie die Rechte bereit war, prinzipiell mit der SPD zu koalieren. Dies änderte sich spätestens 1928/29. Und insoweit sind zwei Schlussfolgerungen zu ziehen:

- Die Zerschlagung des sozialpolitischen Systems oder Instrumentariums der Republik durch einflussreiche Interessenverbände der Rechten hat die organisierte Arbeiterbewegung politisch isoliert und damit als ernsthafte Gegenkraft gegen den aufsteigenden Faschismus weitgehend ausgeschaltet.
- Gegenüber der bewussten Abkehr vom Parlamentarismus und dem Versuch, ein autoritäres System – welcher Form auch immer – unter den gegebenen Bedingungen eines vergleichsweise fortgeschrittenen industriellen Systems zu errichten, stellt die nationalsozialistische Massenbewegung die moderne Variante dar. Sie wurde dann unter – auch rechtlich gesehen – fragwürdigen Bedingungen an die Macht geholt. Es muss mit aller Klarheit gesagt werden, dass die NSDAP Neuwahlen Anfang 1933, ohne den Bonus des Regierungschefs zu haben, mit Sicherheit nicht erfolgreich durchgestanden haben würde.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Wir haben damit die erste Runde hinter uns. Wir haben jetzt die wichtige, mir nicht völlig klare, aber sicherlich ja sehr gewichtige Bedeutung des Fragestellers zu würdigen, in Gestalt von Fritz Stern – Ihnen allen wohlbekannt – von der Columbia University, der bereit ist, einige interessante und wohl auch provozierende Fragen an uns zu richten, die dann später auch in die allgemeine Diskussion eingehen können.

Intervention des Fragestellers

Fritz Stern (New York): Sie wissen doch ganz genau, was der Fragesteller sein soll oder zumindest, wie er qualifiziert sein soll. Das steht ja hier gedruckt zum Ablauf der Konferenz. Er ist qualifiziert durch wissenschaftliches Unwissen.

(Heiterkeit)

Das ist, wie gesagt, die Vorbedingung, und diese Chance will ich voll ausnützen.

(Heiterkeit)

Herr von Weizsäcker hat gestern in seiner Rede gesagt, dass es die Verantwortung der Historiker sei, die Versuchung der Verdrängung abzuwenden. Ich glaube aber, die Historiker müssen ausserdem die Versuchung des zu grossen Spezialistentums abwenden, und das, wie gesagt, kam mir etwa, obwohl ich selbst Historiker bin, in den Sinn, als ich heute die Diskussion zum Thema gehört habe.

Ist überhaupt irgendetwas ausgelassen worden? Ich würde sagen: Ja! Und es ist natürlich für den Aussenseiter besonders leicht, dann immer das aufzugreifen, was ausgelassen worden ist. Es ist eigentlich fast nichts ausgelassen, ausser den wirklichen Menschen, die damals gelebt haben.

(Beifall)

– Nein, so will ich das nicht meinen. Um Gottes Willen! Aber es kommt mir doch so vor – wie gesagt –, dass man versuchen muss, die zu verstehen, die damals gelebt haben, mit den ungeheuren Ressentiments, die damals existierten, mit den Gefühlen, mit den Traditionen, mit den Hoffnungen, mit der Verzweiflung, mit der Demütigung, von der Herr Löwenthal gestern Abend gesprochen hat. Das alles muss man – vielleicht ist es im Geiste da – noch besser darstellen und immer wieder zurückrufen. Denn das, was wirklich radikal neu war in den 20er Jahren und Anfang der 30er Jahre, vor der Machtübernahme, was radikal neu war, das war das irrationale Element in der deutschen Politik und in der deutschen politischen Kultur. Das müsste man, wie gesagt, noch stärker hervorheben. Da würde ich auch wieder meine Position ausnützen und sagen: Vielleicht liegt es den Historikern, liegt es uns nicht, das so zu tun. Dann sollte man sich zurückerinnern

an Thomas Mann und *Mario und der Zauberer* vom Jahr 1930. Das kann man noch einmal lesen. Ob er es als Hinweis auf die deutsche Gegenwart gemeint hat, das will ich nicht behaupten, aber das, was er da beschrieben hat, erstens die Atmosphäre selber, zweitens, wie der Zauberer die Versuchung Mario gegenüber ausgespielt hat, das alles ist meines Erachtens einzigartig aufschlussreich.

Zweitens möchte ich hinweisen – und das hat sich gerade hier in Berlin abgespielt – auf den Vortrag von Franz Neumann über Angst und Politik. Neumann, ein befreundeter Wissenschaftler, von dem Herr Bracher am Anfang sprach, hat im Jahre 1954, nachdem er vorher eine rein marxistische Interpretation des Nazismus geschrieben hatte, damals kurz vor seinem viel zu frühen Tod in Berlin über die psychologischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus oder des nationalsozialistischen Triumphes gesprochen.

Das alles, möchte ich sagen, müsste man eigentlich noch hinzufügen. Ich würde auch noch einen anderen Namen nennen. Nicht nur, dass Franz Neumann Marx mit Freud sozusagen verbunden hat, und zwar war er einer der wenigen, die das meines Erachtens erfolgreich getan haben; aber wenn man überhaupt die 20er Jahre verstehen will und soll, dann ist, glaube ich, auch Nietzsche und sein Verständnis von der Rolle der Ressentiments ungeheuer wichtig, und auch das gehört zum Text.

Jetzt noch eine kleine Bemerkung, ganz kurz: Eine Frage, die vielleicht impliziert war, aber vielleicht auch nicht völlig expliziert ist: Im Vergleich zu anderen Ländern, wo es auch den Versuch autoritärer und möglicherweise sogar faschistischer Lösungen während der Krise gab, gab es einen gewissen überparteilichen Widerstand der Elite. Man könnte sich vielleicht auch fragen, wieso in den späten 20er Jahren/Anfang der 30er Jahre die deutsche Elite, die damals eine sehr grosse Rolle spielte – Universitätsprofessoren, Pastoren, Militär usw. –, warum die nicht das radikal Neue und das radikal Böse am Nationalsozialismus erkannt und überparteilich reagiert hat. Sie hätten ja sagen können: Wir sind mit der Weimarer Verfassung nicht mehr zufrieden, wir sind nicht mit dem Parlamentarismus zufrieden, aber diese Alternative ist zu verwerfen.

Das ganze Verhalten der Elite ist meines Erachtens etwas, das auch noch einmal analysiert werden muss.

Die Frage, über die man weiter diskutieren kann und muss, scheint mir

immer wieder die Frage der Kontinuität der deutschen Geschichte zu sein. Ganz egal, ob von Herrn Oberreuter über den Antiliberalismus, der ganz bestimmt eine Kontinuität darstellte, oder über strukturelle Schwächen oder über das Parteiensystem, wie Herr Matthias das getan hat, gesprochen wurde; war es ein Weg ohne Umkehr, was waren die Vorbedingungen?

Das verbindet sich meines Erachtens mit dem zweiten Punkt, der immer wieder angesprochen worden ist: Wann war der wirklich kritische Zeitpunkt? Was war vor 1930 schon da? Ich will hier nur ganz kurz ein Stichwort nennen: Eine Studentenbewegung war da. Es war ganz klar, dass der Nationalsozialismus schon vor 1930 einen Teil einer Elite begeistert hat, nämlich die elitäre Jugend. – Was war vor 1930 da? Das, was Herr Morsey genannt hat: die Krise vor der Krise.

Und drittens – das wurde gerade vorhin von Herrn Schulze angesprochen – die Frage der Verhaltensalternativen. War Hitler vermeidbar? Hier würde ich nochmals und abschliessend sagen: Es ist nicht nur eine Frage der – wie Herr Schulze sagte – Schuld der Politiker, sondern das war die Schuld der wichtigen Akteure der politischen Kultur. Ergänzend zu dem, was gesagt worden ist, würde ich meinen, wenn man etwas weiter blicken und die ganze Zeit sozusagen vom Standpunkt der politischen Kultur analysieren würde, dann wäre das vielleicht erfolgversprechend; wenn man da also etwas tiefer vorstossen könnte und – wie gesagt – noch einmal die Frage aufwerfen würde: Was für Alternativen gab es, nicht nur für die Parteichefs, sondern überhaupt für die Akteure in der deutschen Öffentlichkeit?

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Vielen Dank, Herr Stern, nicht nur für die Fragen, sondern vor allem auch für den Beitrag, den Sie hier selbst gegeben haben. In der Tat ist das eine Lücke in unserer bisherigen Diskussion – aber sie ist ja noch nicht abgeschlossen –, dass wir uns über die sogenannte politische Kultur oder über die ideellen und die psychologischen Faktoren etwas mehr unterhalten müssen, was natürlich sehr viel schwieriger ist und auch mit Recht sehr viel umstrittener als die verfassungsrechtlichen, die politischen, die historischen Fakten, die wir zunächst hier zu präsentieren hatten. Aber ich bin überzeugt, ich überschätze das Podium hier nicht, wenn ich meine, dass jeder von uns auch dazu einiges zu sagen hat. Die Frage ist nur, wer zuerst sich darauf einlassen möchte.

Zweite Diskussionsrunde

H. Mommsen: Ich möchte die eigentümliche Struktur der Weimarer Republik ansprechen; das Neue ist, dass sich neben den Verbänden, die – wie in der wilhelminischen Zeit – die Parteien von vornherein zu mediatisieren trachten, jenes in seiner Struktur typisch antiliberaler Netzwerk der neokonservativen Ringbewegung entwickelt. Wenn wir sowohl die neokonservativen wie die neokorporativen Ringe und Clubs und Organisationen analysieren, dann stellen wir fest, dass gut zwei Drittel der massgebenden politischen Eliten in dieses Netzwerk eingebunden sind. Diese Struktur setzt sich nach 1928 in der Zeit der ausserparlamentarischen Angriffe gegen das Kabinett Hermann Müller frei und wird in weitem Umfang von der Industrie finanziert. Insofern handelt es sich um einen entscheidenden Einfluss des politischen Irrationalismus auf die deutsche politische Kultur, bis hin zu der mir immer noch nicht voll verständlichen Bereitschaft breiter deutscher Professoren- und Intellektuellengruppen, sich dafür zu begeistern.

Andererseits fallen die Entscheidungen nicht auf Grund ideologischer Einflüsse als solcher, sondern sie fallen dort, wo grosse Interessengruppen wie die Schwerindustrie an der Ruhr, der Reichslandbund und andere diese Bewegung bewusst unterstützen, um interessenpolitisch motivierte Veränderungen im Gesamtsystem vorzunehmen. Insofern müsste man das Verhältnis von Irrationalität und Interessenwahrnehmung genauer bestimmen, was nicht heisst, dass nicht die Industriellen selber in weiten Bereichen ihres politischen Denkens befangen waren vom Irrationalismus. Aber es war ein handfestes Interessengeschäft, das die Republik umgebracht hat, und nicht nur eine Art pseudodemokratische intellektuelle Volksabstimmung für ein anderes politisches System.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Sie werden mir zustimmen, Herr Mommsen, dass für den Bereich der Wahlentwicklung und der Wahlentscheidungen natürlich die von Herrn Stern genannten Punkte von wesentlicher Bedeutung waren.

R. Morsey: Nur eine Frage an den Fragesteller: Herr Stern, Sie haben mich irritiert – und der Beifall des Auditoriums dazu. Sie haben gesagt, wir alle

haben die wirklichen Menschen, ihre Ängste, ihre Sorgen, ihre Gefühle ausgelassen. Nun frage ich Sie: Wenn fast 40 Millionen oder mehr, wenn 88% der gesamten wahlberechtigten Deutschen an die Urne gehen, wo lassen die denn ihre Sorgen, ihre Irritationen, wenn nicht auf dem Stimmzettel in der Kabine? Wie anders sollten sie denn antworten auf die äusseren Bedingungen dieses Systems? Was sollten sie denn tun?

F. Stern: Ich will mich erst entschuldigen, wenn ich Sie irritiert habe. Ich wollte nur provozieren, nicht irritieren. Sie haben natürlich recht, dass die Urne in dem Sinne sehr wichtig ist. Was ich damit meinte, ist, dass das Wahlergebnis sozusagen im weitesten Sinne interpretiert werden muss. Was waren die Ängste, was waren die Ressentiments, die dazu führten, dass die Leute so gewählt haben? Das meinte ich. Und das wurde zum grossen Teil ausgelassen.

H. Schulze: Ich glaube, man sollte aufpassen, dass man der Gefahr entgeht, hier eine einfache Dichotomie aufzustellen, als habe es so ungefähr bis 1930 eine rationale Demokratie gegeben, die auf rational orientierten, mittleren und linken Parteien beruht habe, und danach habe es dann eine mehr oder weniger rechte Diktatur auf irrationalen Grundlagen gegeben, die dann notwendigerweise in den Hitlerfaschismus hineingeführt habe, sozusagen schon eine logische Vorform dessen. Tatsächlich ist es doch, glaube ich, so, dass, gerade weil die demokratischen Kräfte aus Gründen, die wir sehr wohl als irrational bezeichnen können, nicht mehr regierungs- und systemfähig gewesen sind, sich seit 1930 ein rationaler staatlicher Überbau auf bürokratischer Grundlage als Alternative angeboten hat. Wir empfinden das heute mit Recht als Diktatur, das Brüning-Experiment und was danach kam, eben mit Hilfe des Artikels 48, von dem ja eben richtig gesagt worden ist, dass er rein funktionaler Natur war, dass er gut oder schlecht angewandt werden konnte. Er konnte auch angewandt werden, zum Beispiel, um Hitler zu verhindern.

Dass Hitler nachher ernannt worden ist, hat ja gerade den Grund darin, dass die Rationalität des Regierungssystems zwischen 1930 und 1932, die eben nur auf einigen wenigen Verfassungsartikeln und der apparativen Zuständigkeit eines vorzüglich funktionierenden, aber politisch wenig ein-

sichtigen Verwaltungsapparats beruhte, in Zeiten des Massennationalismus nicht mehr funktionierte. Den gleichen Versuch, mit solchen Instrumenten zu regieren, hatte ja schon Bismarck gemacht, den gleichen Versuch, den Irrationalismus, der nicht so sehr in den Eliten, sondern in den Massen lag, zu beherrschen, und schon Bismarck ist daran gescheitert. Wieviel mehr musste dann 1932/33 ein Hindenburg scheitern?!

Also, meine These ist: Den Irrationalismus haben wir nicht so sehr auf der Ebene der Eliten zu suchen, sondern sehr viel mehr auf der Ebene des eigentlichen demokratischen Ansprechpartners, der Bevölkerung.

K. Borchardt: Ja, nun ist die Diskussion da, und das ist schön. Ich will sofort konzedieren, dass eine ungeheure Menge an Irrationalismen zur deutschen Tradition gehört und auch in dieser Zeit vieles auf diesem Gebiet zu sehen ist. Aber ich muss gegenhalten, wenn behauptet wird, dass in der Situation der «Krise vor der Krise» ein Irrationalismus der wirkliche Grund des Zusammenbrechens gewesen sei. Und hier muss ich mich zu dem äußern, was Herr Mommsen gesagt hat.

Es ist richtig, dass wir 1928/29 eine Wendebewegung auch unter den industriellen Interessengruppen finden. Es ist gar nicht zu bestreiten, dass sich auf der industriellen Seite in dieser Phase die Neigung zu autoritären Lösungen nicht nur verstärkt, sondern dass sie geradezu dramatisch akzentuiert wird. Aber dies hat nichts mit Irrationalismus zu tun, sondern dies hat etwas mit einer Sache zu tun, die viel zu wenig reflektiert wird, nämlich mit einer Problemakkumulation, von der ich Ihnen wenigstens einige Indikatoren nennen möchte. Von 1926 bis 1929 waren nie weniger als 8,4% der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Im Winter 1928/29 waren es sogar 20%, das heisst, wir haben schon vor der Grossen Krise eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Wir haben zugleich extrem niedrige Investitionsquoten, weit unter denen vor dem Krieg. Wir haben eine gewaltige Einkommensumverteilung gehabt: Die Rentabilität des eingesetzten Kapitals lag auf einem unglaublich niedrigen Niveau. Niemals in der Zeit des «Wirtschaftswunders» nach dem Zweiten Weltkrieg hatten wir auch eine ähnliche Situation wie in den Jahren vor 1930. Damals hatte man ebenfalls eine Haushaltskrise! Im Jahre 1929 schon läuft der Finanzminister mit dem Hut in der Hand herum, um noch seine Kassendefizite zu decken. Ein Fünftel

bis ein Sechstel aller öffentlichen Ausgaben wird durch Schulden finanziert, und ein erheblicher Teil davon noch direkt oder indirekt aus dem Ausland.

Auch eine Zahlungsbilanzkrise ist da. Zwei Milliarden Reichsmark, die an sich verdient werden müssten, werden regelmässig kreditiert, und es ist seit 1928 erkennbar, dass diese 2 Milliarden nicht laufend weiter aus dem Ausland kommen werden. Damit ist eine fulminante Währungskrise programmiert. Dass es damals eine solche Masse an kurzfristigen Krediten gegeben hat, haben die einen nicht gewusst und die anderen geglaubt, Gefahren mit der simplen Diskontpolitik begegnen zu können, falls es denn mal so käme, dass da etwas abgezogen werden könnte. Das war die Situation Ende der Zwanziger Jahre. Wenn Sie dieses Tableau einem Sachverständigenrat vorlegten, ohne ihm zu sagen, dass es sich um die Zeit 1928/29 handelt, die Leute würden in Panik ausbrechen und die radikalsten Massnahmen empfehlen, die überhaupt denkbar sind. Das aber ist auch der Zustand, den wir reflektieren müssen. Man kann doch nicht sagen: Natürlich wollen wir Parlamentarismus, aber wie lösen wir denn die Finanzkrise, wenn der Finanzminister 1,5 Milliarden braucht? Das Defizit des Reichshaushaltes geht schon vor der Krise etwa gegen 1,5 Milliarden RM, was damals sehr viel war.

Solche Probleme musste man jetzt lösen! Da waren aber die Parteien schon nicht in der Diagnose der Situation einig, denn hier stand natürlich die Konstitution von Weimar mit zur Rede: Können wir uns diese Sozialpolitik leisten, können wir uns diese Lohnpolitik leisten, können wir uns dieses ganze System leisten? Die Parteien sind nicht nur in der Diagnose nicht einig, in der Therapie natürlich schon gar nicht.

Da kommen wir auf einen zentralen Punkt, der hier schon erwähnt worden ist: Wir können doch nicht so tun, als wenn diese Parteien etwa in Kenntnis dessen, dass später Hitler kommen würde, geradezu aufgerufen gewesen seien, sich zu Notmassnahmen zu einigen. Der weitere Gang war ihnen ja nicht bekannt. Ihre Frage war nur: Wer übernimmt die Verantwortung zur Lösung dieser unbestritten schlimmen ökonomischen Probleme? Die Antwort war sehr schwierig, denn alle Lösungen waren natürlich unpopulär, für alle Gruppen. Und da war bei einigen die Idee, jetzt autoritäre Lösungen zu konstruieren, weil die Lösungen den Parteien definitiv wohl auch nicht zugemutet werden konnten, denn die Parteien hatten schon viel

geringere Lösungsprobleme vorher nicht angepackt und eher in Formelkompromissen abgelöst. Das ist für mich ein zentraler Punkt.

Vermutlich wäre, wenn es nach dem Ersten Weltkrieg ein «Wirtschaftswunder» mit hohen Wachstumsraten des Sozialproduktes gegeben hätte – das hat Herr Ritter gestern schon richtig gesagt – auch diese Weimarer Demokratie ökonomisch ins Laufen gekommen, selbst mit allen Irrationalismen, die diese Deutschen traditionell mit sich herumgeschleppt haben mögen. Im Falle einer rasch wachsenden Wirtschaft hätte man im Grunde alle Ansprüche befriedigen können, ohne irgendwelche Leute zurückzudrängen. Bedenken Sie aber, dass zum Beispiel das durchschnittliche Einkommen der Landwirte noch 1929 weit unter dem der Vorkriegszeit gelegen hat, während der durchschnittliche reale Stundenlohn der Arbeiter 1928 um 24% über dem der Vorkriegszeit lag. Ich will jetzt nicht behaupten, dass die Arbeiter damals Riesenwohlstandserfolge gehabt hätten, aber das ist immerhin von Beteiligten so gesehen worden. Hier sind Umverteilungsprozesse im Gang gewesen. Auf sie zu verzichten, war freilich auch nicht gut möglich.

1927 hat Rudolf Hilferding, der Theoretiker der SPD, auf dem Kieler Parteitag eine beschwörende Rede an seine Genossen gehalten. Und ich verstehe die beschwörende Rede so, dass er seine Genossen zu diesem Staat ziehen wollte. So unbezweifelbar staatsreu war die SPD offenbar nicht in ihrer gesamten Mitgliederschaft, sonst hätte Hilferding diese Rede nicht halten müssen. Er hat dabei gesagt, die SPD müsse wieder in die Regierung rein. Die Mehrheit der Genossen wollte das damals offenbar noch nicht. Warum aber wollte Hilferding die Regierungsbeteiligung? Nicht zuletzt deshalb, weil davon die Höhe der Löhne abhängen sollte. Eines der Zitate lautet: «Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, dass der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, dass es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet.» Das heisst also: Parlamentarische Demokratie bedeutet, dass die Lohnbewegung fortgesetzt werden kann. So ist schon die Revolution 1918/19 überwunden worden, durch Überführung in die Lohnbewegung. Dies sollte weitergehen. Und genau das haben die Unternehmer auch geglaubt, dass der Lohn nun politisch sei. Als dann 1928 ein SPD-Arbeitsminister kam, der das Recht wahrnehmen konnte, mit Hilfe der Zwangsschlichtungsordnung Löhne festzusetzen, da war natürlich die Angst besonders gross.

Ich will die Folgen nicht entschuldigen. Ich will nur das als rationaler erscheinen lassen, was damals passiert ist.

H. Mommsen: Die strittige Frage bleibt, unabhängig von dem Problem, wie man die Lohnhöhe im Verhältnis zur Produktivität bemisst, warum die Interessengruppen, die das parlamentarische System aufgrund der angedeuteten interessenpolitischen Konstellationen umbilden wollten, schliesslich nicht den Weg fanden, eine mittlere Stabilisierung zu erreichen. Dafür sind die Ursachen für die Auflösung des Reichstags durch das erste Kabinett Brüning von exemplarischer Bedeutung, da man die interessenpolitischen Hintergründe in diesem Falle klar aufdecken kann – was man eigentlich Herrn Franz-Josef Strauss einmal mitteilen sollte. Die von Herrn Borchardt aufgezeigte Linie bedeutet noch nicht notwendig und in keiner Weise die Entscheidung, sich Adolf Hitler schliesslich als Hilfssheriff in die Clique hereinzuholen.

(*K. Borchardt:* Das sage ich ja selbst!)

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Ich glaube, wir nähern uns ohnehin dem Punkt, den Herr Stern vorhin aufgeworfen hat, der Frage nämlich: Welches war der wirklich kritische Zeitpunkt? Wir kommen jetzt also mit Riesenschritten auf das Jahr 1930 zu.

H. Oberreuter: Mir scheint, dass mit den Interessengruppen, die den Parlamentarismus im Grunde ja als ihre Aktionstribüne begriffen haben, eine der entscheidenden Strukturschwächen angesprochen ist; denn es muss ja zur Kompromissunfähigkeit im Parlament führen, wenn gesinnungsethische und interessenpolitische Positionen dominieren. Ich wollte aber auf Herrn Stern noch einmal eingehen dürfen, weil er mich mit seiner Bemerkung über die politische Kultur auch irritiert hat: einfach deswegen, weil dies ein Begriff und eigentlich ein Unbegriff zugleich ist.

Was heisst «politische Kultur?» fragte neulich einer unserer Kollegen und sagte: «Nageln Sie mal einen Pudding an die Wand!» Wenn «politische Kultur» etwas heisst, dann vielleicht dreierlei: Erstens, relevante Einstellungen zum politischen und gesellschaftlichen System; zweitens, wenn man die historische Dimension hinzunimmt, auch die institutionelle Ausprägung solcher Einstellungen, und drittens würde ich mir erlauben, die Zukunftsdimension mit anzufügen, das heisst, ich würde dazu eben auch

die Tradierung solcher Einstellungen und Verhaltensweisen in die Zukunft, also zum Beispiel die Frage der demokratischen Sozialisation, dazurechnen.

Die entscheidende Frage ist natürlich: Wie kann demokratische Sozialisation funktionieren? Wie hätte sie funktionieren sollen in einer Situation, da das demokratische Experiment doch eben erst begann? Und da dieses Experiment keineswegs auf Konsens stiess, deswegen sind alle Bemerkungen über den nicht vorhandenen Konsens für meine Begriffe Bemerkungen zur politischen Kultur. Und auch die Bemerkungen, die hier sehr deutlich ausgesprochen worden sind über Macht- und Verantwortungsschwäche der Parteien, über den funktionsunfähigen Parlamentarismus, über Parteien, die sich vor unpopulären Entscheidungen drücken – wie aktuell das Ganze! Heute reden wir ja auch schon wieder von der grossen Koalition –, weil niemand gerne die Verantwortung übernimmt für schwierige sozialpolitische und finanzpolitische Entscheidungen, alle diese Bemerkungen sind für meine Begriffe Bemerkungen zur «politischen Kultur». Das unverstandene parlamentarische Regierungssystem, das ja Macht und Verantwortung zusammenzwingt, ist eine der Konstanten dieser Republik. Zur politischen Kultur institutioneller Ausprägung gehört – ich kann es mir nicht ersparen – natürlich auch der Artikel 48. Keine Einwände gegen Herrn Kotowski und gegen Herrn Schulze, dass es Notstandsrechte auch in einer demokratischen Verfassung geben muss. Die grosse Frage ist allerdings nicht nur die nach der Handhabung dieses Artikels, die ja unterschiedlich gewesen ist, aber auch unter Ebert schon äusserst problematisch in Grenzbereiche der Verfassungsdurchbrechung hineinführte: Tatbestände, Präzedenzen, die im Übrigen dann später bereitstanden, um die noch problematischere Praxis unter Brüning argumentativ zu unterbauen. Die entscheidende Frage ist eigentlich auch die nach der Gestaltung und nach den politischen Versäumnissen der präziseren Eingrenzung der Vollmachten, die in Artikel 48 gegeben worden waren. *En passant* sind 1925 und 1926 Fundamente gelegt worden, die später staatsrechtliche Begründungstatbestände schufen für die Transformation des Parlamentarismus in die Präsidialdiktatur und von dort aus in die nationalsozialistische Diktatur. Ich kann das leider hier nicht im Einzelnen vertiefen. Aber man muss mitbedenken, dass in der Verfassung eine Generalklausel formuliert gewesen ist, mit dem Auftrag zugleich, sie einzugrenzen, und dass dieser Auftrag, sie

einzugrenzen, am Widerstand Hindenburgs gescheitert ist, von dem die Historiker ja immer sagen, er sei so verfassungstreu gewesen, er hätte den Buchstaben der Verfassung eingehalten. Wenn man die Geschichte des Artikels 48 sich einmal ansieht, findet man etliche Indizien in den 20er und in den 30er Jahren dafür, dass Hindenburg keineswegs so verfassungstreu gewesen ist – ideologisch wie normativ.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Ich darf als Zwischenbilanz festhalten: Dreierlei Krisenpotentiale sind in den letzten Diskussionsbeiträgen behandelt worden. Einmal das, was Herr Stern betont hat: der Irrationalismus und Illiberalismus, die ideologischen Entwicklungen; zweitens das wirtschaftspolitische Konfliktpotential, das sich ebenfalls entwickelt, zugespitzt auf das Jahr 1930, und drittens das verfassungspolitische Konfliktpotential oder Krisenpotential, das darin besteht, dass es – um es mit meinen Worten auszudrücken – eine Reserveverfassung gibt, die man versucht ist anzuwenden, wenn die Dinge schwierig werden. Und da haben wir wieder die Frage von Herrn Stern: Wann war der wirklich kritische Zeitpunkt? Diese Frage läuft sicherlich auf das Jahr 1930 zu. Ich bitte, auch für die künftige Diskussion diese Frage zu berücksichtigen: Zuspitzung der Interessenkonflikte. Wann und warum werden sie koalitionspolitisch unerträglich? Sind noch Koalitionen möglich? Kann man sie noch durchhalten? Und schliesslich: Bleibt tatsächlich nur die Präsidialregierung, mit allen Illusionen und allen verhängnisvollen Folgen – zunächst einmal Auflösung des Reichstags, dann Tolerierungskurs, Entlassung der Parteien aus der Verantwortung und der Machtverlust der Demokratie, der damit zusammenhängt?

Das scheint mir der Fragenkomplex zu sein, vor dem wir jetzt stehen.

H. Schulze: Ich meine, dass wir diese verschiedenen Ebenen, von denen wir eben gesprochen haben, durchaus zusammenbringen können. Aufgrund der Tatsache, dass seit 1918 in Deutschland kein Grundkonsens der verschiedenen Gruppierungen und Parteien – welcher Art auch immer – existiert hat – das ist ein Grundproblem der politischen Kultur, wenn man so will –, aufgrund dieser Tatsache ist die Verfassung auf Sand gebaut, denn die Verfassung selbst besitzt keine Norm, jedenfalls keine einheitli-

che Norm, die sie vorgäbe. Sie kann überhaupt nur dann funktionieren, wenn der Konsens existiert. Es gibt Hilfskonsense, wie etwa der ausserpolitische Druck, aber das ist ein negativer, kein positiver.

Das hat zur Folge, dass jedesmal in der politischen Krise die eigentliche Wirklichkeit, die hinter der Politik der Weimarer Republik steht, nämlich der Bürgerkrieg, durchbricht. Wir haben schon 1918/19 bis 1923 den latenten Bürgerkrieg, das heisst Maschinengewehre auf den Strassen Berlins und in den meisten deutschen Grossstädten. Und aufgrund dieser Tatsache ist der Artikel 48 das einzige Hilfsmittel, mit dem überhaupt noch eine Verfassung sich notdürftig über die Runden retten kann. Das wird dann notdürftig überdeckt durch die Scheinkonjunktur der Jahre 1924/29, aber in dem Moment, wo dann die Verteilungsspielräume wieder enger werden, ist der Bürgerkrieg wieder da. Dass er nicht ausbricht, liegt ja nur daran, dass ironischerweise der gute alte monarchische Konstitutionalismus praktisch mit Hilfe des Artikels 48 in Verbindung mit der Stellung des Reichspräsidenten als Ersatzkaiser wieder eingeführt wird, so dass dann das, was im Bürgerkrieg potentiell da ist, sich lediglich in Strassenkrawallen und einer Flut von politischen Morden ausdrückt.

1932 ist es dann soweit, dass der Staat selbst sich entscheiden muss, ob er seine Bürgerkriegsparteifähigkeit unter Beweis stellen soll oder nicht; dann sind die antagonistischen Kräfte so stark geworden, dass im Herbst entweder der Staat selbst von sich aus den Bürgerkrieg akzeptieren muss, und das versucht ja Papen Ende November und wird daran durch Gefälligkeitsgutachten des Oberstleutnants Ott und von General Schleicher gehindert; Schleicher hätte dann sehr gern später das gleiche gemacht, aber da war es dann zu spät, da hat dann eben Hindenburg geglaubt, er könne wieder runter von diesen ganzen Handlungszwängen und man könne wieder zurück in die parlamentarische Demokratie mit Hilfe des eigentlichen Bürgerkriegshelden, nämlich Hitler.

E. Matthias: Noch ein Wort zu Herrn Borchardt, nämlich zu der wirtschaftspolitischen Raison, die ja Brüning nach Ihren Prämissen eigentlich noch für sich gehabt hat.

Nun wissen wir aber, dass Brüning seine Prioritäten durchaus nicht nur wirtschaftspolitisch und haushaltspolitisch gesetzt hat, sondern dass er ein ganz anderes System hatte.

Wir wissen aber auch, dass Brünings Politik ausdrücklich krisenver-

schärfend wirkte, dass jene besonders gefährlichen Zustände, die wir 1923 gehabt haben und die sich dann wieder einstellten – wobei es zahlreiche Parallelen gibt –, dass die mit gefördert worden sind durch die in der Krise freigesetzten sozialen Energien, die von den Nazis auf eine ganz gewisse Weise transformiert wurden, so dass es zu dieser Bündelung kam; eine Entwicklung, die Brüning offensichtlich zeitweise gar nicht unangenehm gewesen ist, weil ja der nationalsozialistische Akzent der Ideologie seine reparationspolitischen Anstrengungen von der anderen Seite her stützte. Er konnte also darauf verweisen.

Da frage ich mich also in der Tat, ob eine Wirtschaftspolitik, die jedes erträgliche Mass an Psychologie, an Rücksicht auf den Menschen auf der Strasse, auf den Menschen ohne Arbeit vermissen liess, eine vernünftige Raison oder gar Staatsraison begründen konnte.

Allgemeine Diskussion

Dritte Diskussionsrunde

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Wir beginnen jetzt den zweiten Teil dieser Sitzung, die allgemeine Diskussion, die nicht mehr auf die Podiumsrunde beschränkt ist. Das Wort hat nun als erster Herr Kollege Flechtheim.

Ossip K. Flechtheim (Berlin): Mir ging so durch den Kopf, wie eine solche Veranstaltung einige hundert Meter jenseits des Brandenburger Tores verlaufen wäre; da wären sicherlich Begriffe wie «Kapitalismus», «Monopolkapitalismus», «Oligopolkapitalismus», «Imperialismus» usw. häufig gebraucht worden. Ich weiss nicht, ob das der Grund ist, warum diese Themen hier überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind, und ob man sie deswegen so ängstlich vermeiden muss, wie das hier geschehen ist.

Was die Industriellen anbetrifft, so ist hier dazu einiges gesagt worden. Ich erinnere mich dunkel, dass ich mal ein Buch in der Hand gehabt habe; das hiess: *I paid Hitler* und stammte von Thyssen. Ich erinnere mich auch, dass bei den Nürnberger Prozessen, an denen ich beteiligt war, ein Prozess gegen Krupp und gegen die IG Farben stattgefunden hat. Das hat vielleicht doch eine gewisse Bedeutung und ein gewisses Interesse, vor allen Dingen für die Jüngeren, die ja diese Zeit nicht miterlebt haben. Ich habe sie miterlebt und kann deswegen hier und da vielleicht von gewissen Vorstellungen der Historiker-Kollegen abweichen.

Noch eine Bemerkung zur «politischen Kultur»: Ich fand es sehr pikant, dass hier das Wort «Radikalismus» in einem rein negativen Sinne gebraucht wurde. Es gibt eine deutsche «politische Kultur»: Begriffe wie «Radikalismus», «Sozialismus», «links», «Intellektuelle» haben bei uns einen negativen Klang. In der «politischen Kultur» unseres französischen Nachbarlandes, von dem ja einige Vertreter glücklicherweise hier sind, ist das genau umgekehrt.

Gerald D. Feldman (Berkeley): Meine erste Bemerkung gilt Herrn Borchartts Ausführungen über die «politischen Löhne». Meines Erachtens

müsste diese Frage auch aus einer anderen Perspektive, nämlich aus der der «politischen Preise» erörtert werden. Im Hinblick auf das Versagen der Weimarer Wirtschaft ist es zunächst wichtig, die Investitionstätigkeiten der Unternehmer eingehender zu betrachten, denn – wie es scheint – hat es in diesem Bereich beachtliche Probleme gegeben. Zweitens tauchen auch bei der Frage der Preise eine Reihe von Problemen auf – um hier nur das Bestimmen von Preisen durch ein Netz von Kartellen, Verbänden und Syndikaten zu erwähnen, die letztlich zu einem dermassen unbeweglichen System erstarrten, dass selbst die Unternehmer darüber heftig Klage führten. Folglich ist bei der Frage der Löhne, Soziallasten und dergleichen auch mit Nachdruck auf das Leistungsprinzip der kapitalistischen Wirtschaft hinzuweisen. Sicherlich waren viele der Klagen der Unternehmer nicht unbegründet, doch scheint mir eine entscheidende Frage die zu sein: Wie viele dieser Probleme waren in der Tat auf die Gewerkschaften zurückzuführen? Zweifellos waren Arbeiterschaft sowie Gewerkschaften zu grösserer Macht in Weimar als in der Vorkriegszeit gelangt; weder deren Einfluss noch Gewichtigkeit wird bestritten. Doch aus welchen Quellen sich die Probleme der Wirtschaft tatsächlich speisten, bleibt eine Frage, die differenzierter und ausgewogener betrachtet werden muss.

Zweitens möchte ich den Fragenkomplex zum sogenannten «Bürgerkrieg» in Deutschland ansprechen. In Bezug auf das Jahr 1923 bin ich nicht der Meinung, dass Weimar eine «Chance» hatte. Die Ereignisse jener Zeit zeigen, dass eine tiefgreifende Krise geradezu tödlich hätte ausgehen können. Aber der aussenpolitische Druck – und hier teile ich die Meinung von Herrn Mommsen – scheint 1923 massgeblich dazu beigetragen zu haben, dass der Bürgerkrieg im Inneren des Landes nicht vollständig ausgetragen wurde, das heisst, der Einmarsch französischer Truppen und die damit gegebene Möglichkeit, von innenpolitischen Problemen abzulenken, waren offensichtlich wichtige Faktoren auch bei der Lösung innerer Probleme. Zum Beispiel deuten es die sozialen Verhältnisse 1923 in Bayern und Sachsen an, dass hier bereits die bürgerkriegsähnliche Situation von 1930/33 vorliegt; der Krieg zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Deutschland entsteht schon in den frühen zwanziger Jahren. Doch bin ich von der Art und Weise, wie die Probleme 1923 «gelöst» werden, nicht überzeugt. Spricht man von einem «latenten Bürgerkrieg» in den Jahren

von 1918 bis 1923 und ebenso von 1930 bis 1933, dann verstehe ich nicht, wie man gleichzeitig und folgerichtig auch von «Weimars Chance» sprechen kann. Es wird wohl mehrfach behauptet, dass Weimar eine Chance hatte; doch – so stellt sich dann die Frage – wie stimmt dies mit der Vorstellung eines Bürgerkrieges überein? An diesem Punkt sollte auf die Rolle der Jugend in der Weimarer Republik – wie Herr Mommsen diese bereits in mehrfacher Hinsicht behandelt hat – ausführlicher eingegangen werden. Hierzu wäre abschliessend zu bemerken, dass die Polizeiberichte von 1918 bis 1923, ebenso wie die von 1930 bis 1933, auf einen weitgehenden Entfremdungsprozess der proletarischen wie der bürgerlichen Jugend von der Weimarer Republik schliessen lassen.

Wolfgang J. Mommsen (London): Meine Frage ist eigentlich eher die eines allgemein Interessierten denn die eines Fachmanns, und sie richtet sich in erster Linie an Herrn Borchart; sie geht aus von einer gewissen Beunruhigung hinsichtlich der eklatanten Parallelen zwischen der Situation der frühen 30er Jahre und der gegenwärtigen Situation nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen westlichen Welt. Wenn der Kern des Problems in den frühen 30er Jahren – oder schon vorher – darin zu sehen ist, dass eine Umverteilung des Sozialprodukts zu Gunsten der investierenden Klassen der einzige Ausweg aus der ökonomischen und strukturellen Krise der Weimarer Republik darstellte, dann ergeben sich unmittelbare Parallelen zur gegenwärtigen Lage. Da ich im Moment in London lebe, frage ich mich: Handelt es sich hier um die neue Thatcherite-Interpretation der Krise der späten 20er und frühen 30er Jahre? Manches scheint dafür zu sprechen. In der Tat ist es ja wohl so – ich bin gern bereit, mich hier im Einzelnen von den Spezialisten belehren zu lassen –, dass der Nationalsozialismus die Löhne auf dem Niveau des Jahres 1932 festgeschrieben hat, das heisst, eine durch die Wirtschaftskrise verursachte Verschiebung des Verhältnisses der investierenden Klassen und der Arbeiterschaft zugunsten der ersteren auf Dauer gestellt hat, welche – das wäre die Logik von Herrn Borchart – eigentlich schon zuvor notwendig gewesen wäre, um das bestehende wirtschaftliche und politische System zu retten. Wie passt das aber nun mit der Tatsache zusammen, dass fast alle europäischen Länder – und insbesondere die Vereinigten Staaten – nicht auf der Schiene der Wiederherstellung eines freien Kapitalismus, sondern eher mit Hilfe einer durch staatliche

Massnahmen induzierten Konjunktur wieder aus der Krise herausgekommen sind?

Ist es denn tatsächlich so, dass es keine andere Möglichkeit gegeben hat, die Wirtschaftskrise zu überwinden, als durch eine politisch herbeigeführte Umverteilung der Soziallasten und damit des Investitionskapitals zuungunsten der Arbeiterschaft? Wenn dies bejaht wird, so würde sich das Problem für die Gegenwart ganz analog stellen.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Ich glaube, jetzt ist insbesondere Herr Borchardt angesprochen.

K. Borchardt: Es sind zwei Dinge angesprochen worden.

Erster Punkt: Herr Matthias wollte mich – wie er gesagt hat – hinsichtlich Brüning zu einer Äusserung provozieren, die ja auch meiner zweiten These entsprechen müsste. Er hat gesagt, man müsse doch berücksichtigen, dass Brüning auch ganz andere Prioritäten gehabt hätte, zum Beispiel die Lösung des Reparationsproblems. Brüning's Politik habe krisenverschärfend gewirkt. Er habe die Krise instrumentiert in reparationspolitischer Absicht; er habe nicht die Psychologie der Massen berücksichtigt. Das waren, glaube ich, die entscheidenden Dinge.

Das kann man zum Teil so stehen lassen, aber nicht ganz. Er habe nicht berücksichtigt, wie das auf die Massen wirkt... Vielleicht hat er es doch schon berücksichtigt, aber die grosse Frage ist doch: Was hätte er anderes tun können? Ich habe über diese zentrale Frage einiges geschrieben, was inzwischen kontrovers diskutiert wird.

Falls man von der Hypothese ausgeht, dass gegen diese Krise mit wirtschaftspolitischen Mitteln verdammt wenig zu machen war – und dafür spricht etwas, ich werde gleich eine Art Beweis dafür anzutreten versuchen –, dann würde ich es für ein richtiges politisches Verhalten halten, sie wenigstens dahin zu nützen, dass man die von allen Parteien für zentral gehaltene Reparationsfrage damit löst. Denn irgendetwas musste man ja in der Situation machen. Alle Parteien waren doch noch Anti-Versailles-Parteien, und alle Parteien hielten das Reparationsproblem für wichtig und sogar für ursächlich an der Krise. Von der Lösung des Reparationsproblems erwartete man einen Beitrag zur Krisenüberwindung. Man kann Belege durch alle Parteien geben, mit einer Ausnahme vielleicht: Die KPD

hatte sowieso eine andere Position. Für sie war Krisentherapie ohnehin nicht angezeigt, denn gegen eine kapitalistische Krise gab es ihrer theoretischen Konzeption nach ohnedies keine Therapie, ausserdem erwartete man die Verschärfung der revolutionären Situation.

Ich würde also gerne dazu anregen, gerade diese Frage der Prioritäten etwas anders zu sehen, und würde den Historikern gern den Ball zurückgeben und sagen: Wenn der Vordersatz stimmt, dass gegen die Krise so viel nicht zu machen war, dann war es, glaube ich, politisch angeraten, sie wenigstens zu instrumentieren in Hinblick auf die andere Frage.

Nun zum Vordersatz selbst und damit zur zweiten Frage, dass gegen die Krise etwas zu machen gewesen wäre. Etwas gegen die Krise tun konnte man doch erst, als Vorschläge dazu vorlagen. Wann lagen welche Pläne vor? Ende 1931 kommen die ersten; ich wiederhole: Ende 1931, als es bereits 4 Millionen Arbeitslose gab, kommen die ersten, noch recht unausgegorenen Pläne, und sie sind im Winter nicht umzusetzen. Wie macht man «Arbeitsbeschaffungspolitik» mit öffentlichen Aufträgen im Winter? Also, die dann folgenden 6 Millionen Arbeitslosen im Winter 1931/32 waren selbst dann unvermeidlich, wenn Brüning ganz rasch auf die ersten Vorschläge eingegangen wäre.

Der gestern zitierte WTB-Plan war ein für die Grösse des Problems völlig ungenügender Plan. Wenn man ihn sich ansieht, so hätte er doch wohl ökonomisch nichts radikal anderes bewirken können, ausser dass er ein bisschen eine mögliche Gegenposition betont. Der Geldschöpfungsbetrag, um den es im WTB-Plan ging, waren einige 100 Millionen Reichsmark zusätzlicher Zentralbankgeldmenge, bei einer Nachfragemenge von ca. 30 Milliarden Reichsmark im Jahre 1932. Das sind etwa die Grössenordnungen.

Darüber hinaus war dieser WTB-Plan aber schliesslich keine politische Kraft, denn selbst die ADGB-Gewerkschaften, die sich im April 1932 auf Teile des Plans geeinigt zu haben schienen, blieben untereinander zerstritten. Das hat Wolfgang Zollitzsch (in *Geschichte und Gesellschaft*, 8. Jg. [1928]) richtig dargestellt. Insbesondere die radikalen Gewerkschaften, Metallarbeiter, Chemie, Papier, waren dagegen und auf dem ausserordentlichen Kongress Anfang April 1932 nur auf einen Formelkompromiss eingegangen. Wenige Wochen später liest man interessanterweise von dem WTB-Plan nichts mehr in der Gewerkschafts-Presse, und zwar nicht nur,

weil die SPD-Reichstagsfraktion dagegen war, sondern auch, weil innergewerkschaftlich die Sache nicht durchgefochten wurde. Somit ist da nichts, was der Krise wirklich fundamental entgegengesetzt worden wäre.

In einer in Cambridge 1975 angenommenen Dissertation hat der Autor (T. Thomas) im Rahmen eines ökonomischen Modells für Grossbritannien abgeschätzt, was dort hätte geschehen müssen, um die Krise wirksam zu bekämpfen. Das Ergebnis ist ein abenteuerliches. Der Verfasser rechnet durch, dass, selbst wenn von 1929 bis 1933 jährlich 100 Millionen Pfund Sterling (gleich 2 Milliarden RM) zusätzlich nur der Arbeitsbeschaffung gewidmet worden wären, die Arbeitslosigkeit sich in England zum Beispiel im Jahr 1934 nur um 400'00000 weniger als die tatsächliche Zahl von 3,4 Millionen eingestellt hätte. 400'00000 Arbeitslose weniger bei einem Programm, das über Jahre hinweg sich auf 10 Milliarden RM addiert hätte, für die Zeitgenossen ein ungeheurer Betrag mit einem erstaunlich kleinen Ergebnis.

Ich will das nicht überbewerten. Wir haben für Deutschland ähnliche Schätzungen noch nicht angestellt. Nur, man komme nicht mit der Idee, dass mit einem Wenige-Hundert-Millionen-Projekt in kurzer Zeit eine Nachfragerücke von 30 Milliarden weggekriegt worden wären. Wir wissen doch auch, dass Konjunkturprogramme lange brauchen, bis sie überhaupt Chancen haben, auf die Arbeitslosigkeit durchzuschlagen, selbst wenn inzwischen die Produktion anfährt. Also: Auch der WTB-Plan war nicht die Wunderwaffe gegen die Krise.

Im Folgenden muss ich mich in meinen Einzelbemerkungen kürzer halten. Herr Feldman weist mit Recht auch auf andere Probleme der zwanziger Jahre hin, zum Beispiel die Kartellpreise. Gewiss wichtig, aber das politische Problem der Kartellpreise ist ein anderes als das politische Problem der Löhne. Es geht hier *auch* um politische Probleme. Aber das politische Problem der Löhne ist eben, dass dabei der politische Apparat unmittelbar zum Angriffspunkt der Unzufriedenen wird. Bis 1928/29 greifen ihn die Arbeitgeber an. Danach sind es die Gewerkschaften, als sich das Zwangsschlichtungssystem gegen die Gewerkschaften auswirkt, jedesmal ist das politische System selbst im Gerede.

Zur Frage der Industriefinanzierung: *I paid Hitler* ist ein ganz klarer Fall: Thyssen tat es. Das ist nie bestritten worden. Aber Thyssen ist nicht die Industrie. Und Krupp und IG-Farben, die hier erwähnt worden sind,

sitzen in Nürnberg nicht auf der Anklagebank, weil sie etwa Hitler bezahlt hätten bis 1933, sondern wegen ihrer Verwicklung in die Rüstungs- und Vernichtungsaktivität nach 1933. Das muss man deutlich trennen. Das hängt damit nicht zusammen – und über «Kapitalismus» rede ich selbstverständlich im Zusammenhang mit der Behandlung der Frage, wie es zum Zusammenbruch Weimars kam. Mein ganzes Modell ist natürlich das Modell eines kapitalistischen Systems. Ein kapitalistisches System ist aber (schlagt nach bei Marx) nicht denkbar ohne positive Profitraten. Das ist der Kern des Problems.

Herr Mommsen hat die Frage gestellt, die die politisch beunruhigenden Parallelen betrifft. Wie passe das zusammen, dass in anderen Staaten auf der freien Schiene aus der Krise herausgefunden werde. Nun, in den Staaten, in denen auch erfolgreich aus der Krise herausgefunden wird, etwa in Schweden und England, wird eine expansive Wirtschaftspolitik ebenfalls erst nach dem Durchstehen des Tiefpunktes, so wie in Deutschland, praktiziert. In keinem Staat ist die Krise wirtschaftspolitisch abgebremst worden. Das geht alles in die Gleichzeitigkeit hinein. Der Aufschwung allerdings – und jetzt hören Sie bitte – funktioniert nicht nur in Deutschland bei Konstanz auf dem Niveau der niedrigen Krisenlöhne, sondern auch in Schweden und England, wo es ja freie Gewerkschaften weiterhin gegeben hat. Amerika beseitigte bei steigenden Löhnen im New Deal die Arbeitslosigkeit nicht und fällt 1937/38 in die zweite tiefe Krise hinein.

Vielleicht sollte ich auch daran erinnern, dass Roosevelt 1933/34 gesagt hat: «Was hier gilt, ist Kriegsrecht!» Auch er thematisiert also für seinen Staat alle Ausnahmeregelungen mit derselben Terminologie, nur natürlich in einem prinzipiell anders gearteten System. Darauf hat Herr Ritter gestern schon richtig hingewiesen.

Das zentrale Problem, das ich sehe, ist, dass in diesen anderen Ländern, in denen Demokratie (zwar auch mit Ausnahmerecht oder Sozialpakt, somit höchst ungewöhnlichen politischen Begleitumständen) überleben kann, dass in diesen Ländern das System der gesellschaftlichen Konflikte grösstenteils nicht so direkt mit dem politischen System verbunden war. Viele der entscheidenden Fragen galten dort nicht als der Mehrheitsregel eines universalkompetenten Parlaments unterworfen. Sie wurden in anderen Institutionen ausgefochten, zum Beispiel bei Tarifautonomie oder im marktwirtschaftlichen System oder in einem korporativistischen System,

also neben dem parlamentarischen System. In Deutschland sind zu viele Fragen auf das politische System in einer so unheilvollen Weise konzentriert gewesen, dass gerade deshalb dieses System kollabierte.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Es stellt sich hier natürlich die Frage der Hitlerschen Arbeitsbeschaffung. Die wollen wir jetzt hier nicht behandeln, sie würde natürlich im weiteren Verlauf mit zu behandeln sein, aber, Herr Hofer, ich nehme an, dass heute Nachmittag dazu einiges zu sagen sein wird: Welche Massnahmen ergreift nun die Regierung Hitler in dieser Lage, und wie vergleicht sich das mit dem Kurs der Regierungen Brüning und Papen?

Dieses Thema Wirtschaft ist ein sehr weites Feld. Es haben sich hier auch noch zwei auf dem Podium dazu gemeldet. Ich möchte aber bitten, dass wir dann zu den anderen Themen kommen, insbesondere den von Herrn Stern angeschnittenen.

H. Mommsen: Was die hier einsetzende Borchardt-Debatte angeht, so ist der ökonomische Tatbestand hier im Einzelnen nicht zu diskutieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Motivation Brünings, zu einer Schrumpfung der öffentlichen Haushalte von etwa 40% zu kommen, nicht primär ökonomischen Überlegungen entsprang, sondern mit den imperialistischen Zielperspektiven Brünings zusammenhängt. Brüning hätte sich mit den Franzosen in der Reparationszahlung verständigen können. Seine Hauptkritik an Wagemann, als dieser sich für Massnahmen der Kreditschöpfung einsetzt, ist: Wenn die Franzosen das hören, werden sie auf Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen bestehen. Die verhängnisvolle Entscheidung Brünings, erst die Beseitigung der Reparationen und dann die Lösung der Krise anzustreben, darf nicht übersehen werden. Selbst wenn die Massnahmen im Einzelnen wirtschaftspolitisch nicht geholfen hätten, wären sie doch vertrauensbildend gewesen, und das Kabinett Brüning ist schliesslich vor allen Dingen deshalb gescheitert, weil es bei keiner der Interessengruppen mehr Vertrauen besass. Wir wissen heute, dass das in gewisser Weise auch berechtigt war.

(*K. Borchardt*: Warum ruft man aber Papen?)

Warum man v. Papen ruft? Weil zu diesem Zeitpunkt niemand mehr ruft, sondern in der Kamarilla ohnehin der Kurs zur äussersten Rechten läuft,

wobei wirtschaftspolitische Motive der Industrie, wie ich glaube, sogar sekundäre Bedeutung haben. Wenn Sie, Herr Borchardt, sagen, die Gewerkschaften seien zu stark gewesen und hätten zu hohe Löhne durchgesetzt, so meine ich, dass die Gewerkschaften zu schwach waren und die Industrie nicht gezwungen haben, in den entwicklungsfähigen Industrien zu investieren. Galbraith ist auch anwendbar auf die Weimarer Republik.

Kurz eine Bemerkung zur Jugend. Wir haben eine vergleichbare Situation 1918/19 und wieder 1933, nämlich eine Aufbruchstimmung der jüngeren Generation, eine Ablösung der Wertvorstellungen der Jugend gegenüber den dominanten Eliten, namentlich im Weimarer politischen System. Es handelt sich darum, dass es den politischen Parteien durchweg nicht gelingt, die jüngere Generation politisch zu integrieren, so dass sie entweder zur extremen äusseren Linken ab wandert oder neokonservativen Vorstellungen der verschiedenen Art folgt und, in nicht geringem Umfang, sich bei der Protestpartei der NSDAP wiederfindet; hierin liegt ein zusätzlicher Krisenfaktor, der mit dem Einfluss des Ersten Weltkrieges als einem einen spezifischen Generationenkonflikt bedingenden Wechsel der gesamten politischen Paradigmen zusammenhängt, ein Problem, das in der Gegenwart in westlichen Industriegesellschaften wiederkehrt und von den Nationalsozialisten erfolgreich ausgenützt worden ist.

Bei der nationalsozialistischen Wahlbewegung sollte man allerdings nicht unterschätzen, dass die entscheidenden Erfolge durch die Unterminierung des bürgerlichen Verbandswesens – siehe Reichslandbund, siehe Deutschnationaler Handlungsgehilfenverein u.v.a. – erreicht worden sind. Und hier, Herr Bracher, würde ich Ihrer Interpretation etwas entgegentreten: Adpff Hitlers zentrale Bedeutung ist, die NSDAP in ihrer merkwürdigen spezifisch-faschistischen Struktur zusammenzuhalten. Die eigentlichen Wahlsiege, sofern man davon sprechen kann, sind durch den von Gregor Strasser aufgebauten Apparat mit einer ganz modernen Wahltechnik gemacht worden, und man sollte die ideologischen Inhalte, auch den Irrationalismus als solchen, nicht überschätzen. Die Technokraten in der NSDAP haben sehr bewusst an konkrete soziale Interessen wie an gesellschaftliche Ressentiments angeknüpft; dass die Intellektuellen sich gleichzeitig im Himmel irrationalistischer Ideen bewegt haben, ist eine bedauerliche, aber nicht zentrale Begleiterscheinung.

R. Morsey: Ich möchte von einigen Hypothesen etwas zurücklenken auf Ereignisverläufe, die manches, glaube ich, leichter erklären, was die Rason Brünings angeht, und die politische Prioritätensetzung, von der ich nicht meine, Herr Mommsen, dass sie imperialistisch gewesen sei. Das Ziel, aussenpolitische Befreiung durch Abkehr von den Reparationen – sicher richtig, aber gerade durch vertragsgerechte Erfüllung des Young-Plans, umso eher von diesen Tributlasten – wie man sie allgemein nannte – wegzukommen. Das ist damals in den Konsequenzen durchaus gesehen worden, und einer der Kritiker aus den eigenen Reihen Brünings, nämlich Adenauer, hat das Diktum geprägt: Brüning rettet die Währung, aber ruiniert die Wirtschaft!

Wenn man nun sagt, der Kanzler habe die Möglichkeit der Kreditschöpfung nicht gesehen oder nicht gekannt, er habe von Keynes nichts gewusst, so stimmt das für diesen volkswirtschaftlich vorgebildeten Theoretiker nicht. Er hat zudem im Frühjahr 1932 Keynes empfangen, hat sich von ihm seine Konzeption entwickeln lassen und ihn dann nur – nachträglichen Äusserungen zufolge – gefragt, wie er denn diese Konzeption, nämlich Kreditausweitung, – Schöpfung, mit den Bedingungen des Young-Plans vereinbaren könne. Denn darin war eine Klausel enthalten, die besagte, dass keine Veränderung der Währungsparität vorgenommen werden dürfe, weder durch Abwertung noch durch andere Möglichkeiten, sprich Kreditschöpfung (gleich, für die damaligen Zeitgenossen: Inflation), weil dadurch die integrale Rückzahlung der Reparationen für die Gläubiger in Frage gestellt worden wäre. Als Sanktionsmassnahme waren konkrete Möglichkeiten, vor allem von Seiten Frankreichs, vorgesehen. Anders ausgedrückt: Brüning ist vertragstreu gewesen, um auf diesem Wege – und hier steht er in der Tradition der sogenannten Erfüllungspolitiker der 20er Jahre – die vielleicht überschätzten Lasten dieses Vertrags loszuwerden. Aber man kann ihm nicht vorwerfen, er habe nicht die theoretischen Möglichkeiten seiner Zeit in ihrer ganzen Breite gesehen.

Rita Thalmann (Tours): Ich möchte sagen, dass man in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung steht, nur – wie heute Morgen Knut Borchardt treffend bemerkte – Überlegungen in Stichworten anbieten kann.

Zu dem Zentralthema: Frage der Fehleinschätzung der Demokratie, was meines Erachtens nicht nur die Weimarer Republik betrifft, sondern bis

heute gültig ist. Ich möchte nur in drei Punkten die Fehleinschätzung ihrer selbst betonen und nicht die Fehleinschätzung ihrer Feinde. Ich bin Professor Fritz Stern dankbar, dass er heute Morgen erwähnt hat, dass es auch um Menschen geht, nicht nur um Theorien und Strukturen, denn gestern konnte man im Saal den Eindruck haben, dass die Menschen etwas abwesend waren.

(Beifall)

Und wenn ich sage «Menschen», möchte ich etwas polemisch hinzufügen: auch die Frauen.

(Beifall)

Meine junge Kollegin, die gestern sehr stürmisch intervenierte, hat nicht ganz unrecht. Konsens und Demokratie fussen auf einer gewissen Gleichberechtigung, die mit dem Anhören der anderen beginnt.

(Beifall)

Obwohl ich die Ehre habe, als Frau eingeladen zu sein, (Heiterkeit)

möchte ich nun zu drei Punkten kommen. Der erste ist die Perversion der Begriffe, die in der Demokratie eine grosse Rolle spielt – und nicht nur in der Diktatur. Ich möchte nur zwei Beispiele hervorheben: Die Begriffe Revolution und Utopie. Hans Buchheim hat – wie mir scheint – richtig betont, dass beide Begriffe Wege und Träume zur Besserung der Verhältnisse voraussetzen. Und ich stelle die Frage: Kann man *in puncto* sogar Weimarer Republik, aber besonders Nationalsozialismus, von Besserung der Verhältnisse im Sinne eines kulturellen Fortschritts sprechen oder von struktureller Modernisierung eines Rückschritts? Ich verweise auch auf das Buch unseres Kollegen, der hier anwesend ist, George Mosse, *Crisis of German Ideology*, das wohl zeigt, wie Utopien zum Mythos werden, und das ist nicht ganz dasselbe, im selben Sinn.

(Beifall)

Mein zweiter Punkt und die Fragestellung ist: Verwechslung von Sein und Schein. Ich möchte auf Dietrich Bonhoeffer zurückgreifen – schliesslich begann ich mit Kirchenuntersuchungen –, was den Begriff «Die mündige Welt» anbelangt, und von einer unmündigen Gesellschaft in der Weimarer

Republik sprechen, denn die unmündige Gesellschaft hängt nicht nur mit ideologischen Voraussetzungen zusammen, sondern auch mit psychosozialen Verhältnissen. Unser Kollege Gerhard Ritter hat gestern darauf hingewiesen, dass breite Teile der damaligen Bevölkerung der Weimarer Republik keine Integration kannten. Ich möchte nur auf drei Gebiete hinweisen: Schulwesen, von dem noch gar nicht gesprochen wurde, das heisst: Jugend, dann Kirche und Staat. Kein Anlass in diesen drei Gebieten zum selbständigen kritischen Reflektieren und Handeln des Einzelnen, was bis heute ein Zentralthema – meines Erachtens – ist. Und daher die Überbetonung der Affektivität und daher der Erfolg der demagogischen Reden des Nationalsozialismus. Unser Kollege Ian Kershaw hat besonders darauf hingewiesen, wie der Begriff Würde – oder «decency» – grossen Anklang in der damaligen Bevölkerung fand.

Das führt mich zum Thema «Frauen». Wer Affektivität sagt, sagt leider Frauen, im Allgemeinen. Rudolf Morsey sprach heute Morgen vom Ausdruck der menschlichen Sorge im Wahlzettel. Die Weimarer Republik illustriert, was die erste sozialdemokratische und gleichzeitig überhaupt die erste Frauenrednerin im Reichstag 1918 – Marie Juchacz – bewies: die Illusion des Wahlzettels. Das war die grosse Illusion. Die Statistik zeigt nämlich, dass die Frauen 1918 sich auf den Wahlzettel stürzten und dass es zwei Jahre später schon ziemlich abflaute. Eine Studie unseres amerikanischen Kollegen Herbert Tingsten, *Political Behaviour in the Weimar Republic*, zeigt deutlich, wie die Frauen immer mehr entweder nicht mehr wählten oder zum konservativen Trend übergingen. Er bewies unter anderem, dass die Frauen nicht extrem wählten – auch das ein Mythos, die Frauen hätten Hitler zur Macht gebracht –, sondern für «Papa Hindenburg» stimmten, das heisst, für die väterlich konservative Autorität, und dadurch zwei Jahre lang sogar die Weimarer Republik verlängerten. Das ist kein Zufall. Ich bringe das zusammen mit dem ganzen europäischen Trend, christlichen Trend, der «natürlichen Sendung der Frau» und der damaligen Enzyklika «Quadragesimo Anno» (1931), die nicht nur in Deutschland von Brüning auf die Doppelverdienerinnen angewandt wurde, sondern auch in Österreich, in Frankreich usw.

Das Ergebnis war ein Rückgang der beruflichen und soziokulturellen Vereine in Deutschland zu Gunsten – ich bleibe bei den Frauen – von Hausfrauenvereinen, das heisst – und da komme ich zu meinem dritten und

letzten Punkt –: Ausschaltung aus dem soziokulturellen Verfahren, also Regression. Es wurde gestern nicht erwähnt von Professor Löwenthal – und es scheint mir kein Zufall –, dass die ersten Ausschaltungsgesetze vom öffentlichen Dienst, aber auch vom Schulwesen, nicht nur politische Gegner – Juden –, sondern auch Frauen miteinbezogen hatten. *Numerus clausus* zum Beispiel galt sowohl für Frauen wie für Juden. Und das scheint mir kein Zufall. Hier komme ich zum Anfangspunkt: Was ist Demokratie, die anders gestaltete oder anders denkende Menschen von vornherein ausschaltet? Diese Frage ist bis heute, meines Erachtens, gültig.

Erika Weinzierl (Wien): Ich möchte mir eine Feststellung, verbunden mit einer Frage, erlauben, eine Frage, von der ich weiss, dass sie an der Grenze zur Thematik einer anderen Session liegt: Die Feststellung ist, dass es in sehr vielen Darstellungen gar nicht mehr zum Ausdruck kommt, dass bei den Wahlen am 5. März 1933 mehr als 55% der damaligen Wähler nicht für die NSDAP gestimmt haben. Die NSDAP allein hat also mit dem Wahlzettel – wie immer man ihn nun wertet – niemals die absolute Mehrheit gehabt.

Herr Buchheim hat gestern darauf hingewiesen, dass seiner Meinung nach vom 30. Jänner bis zum Tod Hindenburgs noch die Möglichkeit einer Veränderung bestanden hätte. Nun, das gegnerische Potential hat sich in dem Wahlergebnis vom 5. März gezeigt, obwohl damals sicherlich Menschen und Gruppen gemeinsam gestimmt haben, die vorher miteinander tief verfeindet waren. Ich erinnere nur: Kommunisten gegen die «sozialfaschistischen» Sozialdemokraten. Aber die Frage ist nun: Warum war es nicht möglich, dass die durch den Wahlzettel deklarierte Mehrheit danach noch etwas unternommen hat? Hitler ist Reichskanzler geworden; der Wahlkampf war nicht nur mit massiver nationalsozialistischer Propaganda, sondern auch mit brutaler nationalsozialistischer Gewalt geführt worden; damals gab es schon die Notverordnung nach dem Reichstagsbrand, aber noch nicht das Ermächtigungsgesetz. Kann es in diesen fünf Wochen vom 30. Jänner bis zum 5. März geschehen sein, dass alle politischen Schalthebel bereits in die Hände der Nationalsozialisten gekommen sind? Ich glaube es eigentlich nicht. Und ich meine, dass es eine grosse Rolle gespielt hat, dass im Beamtenapparat, in der Justiz, im Heer, dass in

allen dienstlichen Bereichen wenig Brüche waren; 1918/1919 nicht und 1933/1934 nicht. Ich glaube, dass die Spitzen sehr wohl zu beiden Daten ausgewechselt wurden, aber das breite Mittelfeld, auf das es schliesslich angekommen ist, in seiner Haltung das geblieben ist, was es war: obrigkeitstgläubig – für autoritäre Formen, Erhaltung der Macht eines funktionierenden Apparates, und dass ein Grossteil dieses Apparates eben deshalb Hitler nach dem 30. Jänner zugefallen ist, ihm genau diese Gruppen sofort weiter gedient haben.

Es war in Österreich 1938 ja ganz ähnlich. Mittlerweile sind sie aus Altersgründen in Pension gegangen, aber wir haben eine ganze Reihe von Richtern, die in der NS-Zeit eine sehr unrühmliche Rolle gespielt haben, die auch in unserer Republik weiterhin auf ihren Stellen geblieben sind, bis hin zu medizinischen Begutachtern aus dem Bereich der Wissenschaft.

Das ist also die Feststellung, die verbunden ist mit einer Frage. Letztere setzt erstere eigentlich fort. Ich weiss, dass das in einer anderen Session behandelt werden wird, möchte es aber doch schon jetzt sagen, weil ich es mir gestern auch mehrere Male gedacht habe. Abgesehen von diesen Hitler zugefallenen Residuen im Staatsapparat, hat es natürlich darüber hinaus viele Millionen Untertanen gegeben mit ihrem autoritären Charakter, mit ihren Vorurteilen, mit ihrem Antisemitismus, der gerade in Österreich schon vor Hitler besonders stark war, und er hat all diese reaktionären Bestandteile von verschiedenen Ideologien mit sehr problematischen Ansatzpunkten zusammengefasst und ihnen einen revolutionären Anstrich gegeben.

Auch ich glaube – um auf etwas von gestern zurückzukommen –, dass sich – hier ziehe ich mich bewusst wieder auf Österreich zurück – in unserem Parlament heute kein Vertreter einer Partei befindet, der gegen die Demokratie ist. Die Frage ist nun: Hitler hat aufgenommen, was vor ihm da war, und dann in einer Krisen- und Kriegswirtschaft zunächst Erfolge erzielt; hat nicht das, was vor ihm da war, ausserhalb des Parlaments überdauert? Daher möchte ich mich Herrn Mommsen anschliessen: Sind wir nicht verpflichtet, auch zu sehen, welche Parallelen es zwischen heute und damals – oder hoffentlich keine Parallelen, aber das glaube ich eben nicht – gibt?

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Diese Frage ist nicht nur zugelassen, sondern erwünscht.

Wilhelm Hennis (Freiburg): Darf ich versuchen, das Thema ein wenig voranzutreiben und nach den Grundkategorien zu fragen, mit denen wir an die Weimarer Republik herangehen. Wenn wir aus dem Niedergang Weimars etwas lernen würden, so müssen wir uns ja immer der eigenen Beurteilungsmassstäbe versichern.

Da ist für mich zunächst wichtig, ob wir richtig handeln, wenn wir immer noch, wie doch sehr prononciert in den 50er und 60er Jahren, davon ausgehen, dass es eine «richtige» Konstruktion der parlamentarischen Demokratie gibt, woraus sich dann ja ergab, dass dem Dualismus der Weimarer Verfassung eben eine falsche Konstruktion zugrunde lag. Gerade nach dem, was Herr Kotowski und Herr Schulze heute früh vorgetragen haben, muss es doch nun endlich klar sein, dass Weimar nie auch nur über die ersten Runden gekommen wäre, wenn die Weimarer Verfassung dem Reichspräsidenten nicht jene Ausnahmerechte des Artikels 48 gegeben hätte. Auf jeden Fall aber wäre sie eher am Ende gewesen. Und weiter: Wo gab es denn in der vergleichbaren Verfassungswelt damals irgendwo eine parlamentarische Demokratie, in der diese dualistische Komponente ganz gefehlt hätte? Auch in Grossbritannien gibt es «The Crown». In deren Namen hat man sich nie lange geniert, auf meuternde Arbeiter zu schiessen.

Mit der rhetorischen Formel «Parteienstaat – oder was sonst?» schlägt man die verfassungsrechtliche Problematik doch tot. Selbstverständlich kann man die moderne Parteiendemokratie eine parteienstaatliche nennen. Aber kein Staat kann *nur* Parteienstaat sein. Ich meine, wenn wir etwas von Weimar lernen wollen, so doch vor allem eine schärfere Anschauung für die Wichtigkeit der Rollenverteilung in demokratischen Ordnungen. Die Bundesrepublik läuft heute doch Gefahr, das, was man von Weimar lernen könnte, nämlich, dass das parteienstaatliche Element in der Tat ein starker Faktor der politischen Ordnung sein muss, gewissermassen hundertfünfzigprozentig zu lernen. Heute muss man doch eher fragen: «Parteienstaat – und was sonst noch?» Wenn die Prozedur zur vorzeitigen Auflösung des Bundestages bis jetzt so glatt gelaufen ist, so doch nur deshalb, weil die grossen Parteien, aus sehr unterschiedlichen Motiven – sie alle wollen sich an die Gurgel – am 6. März wählen wollen und ihnen bisher keine Instanz dabei die geringste Schwierigkeit gemacht hat. Das Grundgesetz hat einige Verfassungsorgane geschwächt: so den Bundespräsidenten; andere hat sie ausserordentlich gestärkt: so die Verfassungsgerichts-

barkeit. Aber auch in der Auflösungsprozedur ist der Bundespräsident nach dem Grundgesetz gar nicht so schwach, da ihm das Grundgesetz eindeutige Tatbestände vorschreibt, an die er gebunden ist, wenn er den Bundestag auflösen will. Hatte der Reichspräsident in Weimar eine Begründungspflicht, wenn er den Reichstag auflösen wollte, so hat der Bundespräsident eine solche Pflicht nicht, eben deshalb, weil er gewissermassen nur einen Tatbestand, den des Vertrauensverlustes ratifiziert, falls er sich dazu entschliesst, den Bundestag aufzulösen. Trotz des Fehlens einer solchen Begründungspflicht hat der Herr Bundespräsident aber eine gute Viertelstunde die deutsche Öffentlichkeit mit seinen guten Gründen, sofern es welche waren, unterhalten. Nach dem Grundgesetz liegt seine Kompetenz zur Auflösung im Sachverhalt, im verlorenen Vertrauen des amtierenden Bundeskanzlers. Ist der Sachverhalt nicht gegeben, so kann er den Bundestag nicht auflösen. Die lange Begründung, die der Bundespräsident geliefert hat, ist doch nur ein Ausdruck dafür, dass er aufgelöst hat, ohne im Besitz der sachlichen Gründe zu sein.

(Beifall)

Und da das Bundesverfassungsgericht voraussichtlich nichts tun wird, um die Sache noch aufzuhalten, könnten wir nach dem 6. März vor einer völlig neuen Parteienlandschaft stehen mit zwei grossen Parteien, denen keine Gegengewalten von Gewicht mehr gegenüberstehen, wie das in Weimar doch immerhin ganz klar der Fall gewesen ist. Da muss man schon sehr ernsthaft fragen, ob wir für die Zukunft denn besser ausgerüstet sein werden, als Weimar es institutionell war. Eine parlamentarische parteienstaatliche Demokratie ohne die Check- und Balance-Institutionen eines Staatsoberhauptes und eines Staatsgerichts als Hüter der Verfassung erfüllt mich jedenfalls nicht gerade mit Zuversicht. Wir könnten das Grundgesetz bald auf einen Satz zusammenstreichen: Die politische Willensbildung liegt in der Hand der Parteien.

Das zweite, was ich zu bedenken geben möchte, ist das Operieren mit den Kategorien Rationalismus/Irrationalismus. Rational handeln offenbar immer diejenigen, auch die Parteien, die genau wissen, wie die Kasse zu füllen ist, jedenfalls Parteien, die exakt die Interessen ihrer Klientel vertreten. Irrational sind diejenigen, die noch an «Volk», «Nation» glauben oder, wie Herr Löwenthal es gestern so eindrücklich formuliert hat, die imstande

sind, «Verletzungen», Verleumdungen, Ängste und Gefühle im politischen Prozess zu artikulieren, Empfindungen, die jedenfalls doch die Menschen, die in eine Wahlkabine hineingehen, danach drängen, politisch irgendwie zu Buche gebracht zu werden. Hinter den Kategorien Rationalismus/Irrationalismus verbirgt sich eine erschreckend materialistische Demokratie- und Politikvorstellung, die jedenfalls unseren Weimarer Vätern und Grossvätern fremd war. Ich weiss nicht, bei wem die grössere – um das scheussliche Wort zu gebrauchen – «Glaubwürdigkeit» ihrer Vorstellungen liegt. Jedenfalls bin ich mir da in Bezug auf ein Demokratieverständnis, das die Gesetze des Marktes auf die Politik überträgt, nicht ganz sicher.

Herr Borchardt hat sehr anschaulich deutlich gemacht, wie gleichgültig Hitler die Wirtschaft war, sofern die Menschen mit ihrem neuen Zustand nur zufriedener waren. Er wollte, dass die Menschen in der neuen staatlichen Ordnung mitmachten, ein politisches Ziel, das doch sicher nicht bloss für totalitäre Diktatoren typisch ist. Ich fürchte, mit den Kategorien Rationalismus/Irrationalismus eignen wir uns, ohne viel darüber nachzudenken, das Modell eines bourgeois Staats an, das den Tatbeständen der Massendemokratie, aber auch den Tatbeständen aller neuen Staaten der Dritten Welt schlechthin inadäquat ist. Und nicht nur ihnen, sondern, wie ich glaube, auch der Vorstellung eines politischen Menschen, der sich an der Menschenwürde und nicht nur an der Kasse orientiert.

Ich fürchte also, dass wir uns bei der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus das, was man davon lernen könnte, verstellen, wenn wir nicht sehr deutlich machen, was mit «rational» und «irrational» eigentlich gemeint ist.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Herr Hennis, Sie hatten zu Anfang die Behauptung aufgestellt, dass der Artikel 48 notwendig war. Ich glaube, in dem Zusammenhang sind die Erwägungen von Gerhard Schulz wichtig, die er angestellt hat zu der Frage, was ausser dem berühmten Artikel verfassungspolitisch noch beigetragen haben könnte zu der Zerstörung oder Selbsterstörung der Demokratie.

Gerhard Schulz (Tübingen): Es wäre noch einiges über Dinge zu sagen, die noch nicht erwähnt worden sind. Man müsste wohl auch darauf hin-

weisen, dass eine einheitliche demokratische Grundanschauung auch in etwa einheitliche Grundauffassungen zum Beispiel über Verfassung, Staat, Institutionen, Parteien, Parlamente, Bürgerrechte u.a.m. voraussetzte. Wir haben schon gestern in einem der Vorträge gehört, dass einhellige Auffassungen innerhalb der deutschen Bevölkerung nicht vorhanden waren, wenn man einmal absieht von der Phase der Überanstrengung nationaler Parolen und Vorstellungen im Ersten Weltkrieg, die so etwas wie eine Art Ersatzreligion – zunächst in grossen Teilen des protestantischen Bevölkerungsteils, dann in gewissem Umfang, mit Verzögerungseffekten, auch innerhalb der katholischen Bevölkerung – erzeugt haben mögen und zur Eiformung des Denkens und der Mentalitäten in grossem Umfang beitrugen. Damit ist übrigens auch auf Unterschiede in der Konfessionskarte hinzuweisen, die auch in der späteren Ideologisierung wieder eine Rolle spielten. Man darf nicht übersehen, dass die Konfessionen in der Geschichte gewiss nicht weniger wichtig sind als die Menschen, von denen wir hier indirekt, implizierend immer sprechen.

Wir müssen uns freimachen von dem Gedanken, dass Demokratie mit all dem, was dazugehört, durch Verkündung oder Annahme einer Verfassung schon geschaffen und gesichert ist. Das Normengefüge, das der Weimarer Verfassung entsprach, erwies sich als ausserordentlich dünne Haut, die sehr schnell, überwiegend mit durchschlagendem Erfolg durchstossen worden ist. Das ist im Bereich des Staatsrechts nicht nur mit Hilfe des Artikels 48 geschehen und den verschiedenen Arten seiner Anwendung, über die vieles gesagt worden ist. Es gibt noch eine Reihe anderer, zusätzlicher Momente, die, von der vorherrschenden Juristenmeinung getragen, eine Entfremdung vom Ausgangspunkt der Normen der Verfassung bewirkt haben. Ich möchte nur die politischen Interventionen des Reichspräsidenten an vielen entscheidenden Punkten erwähnen, die eigentlich der Verfassung nicht entsprachen und doch Folgen hatten: Etwa seine unmittelbare Einflussnahme auf wichtige Personalien, die bis 1929 umstritten, aber dann kaum noch umstritten war, sowohl bei den Regierungsbildungen schon vor 1930 als auch bei Ernennung in der Generalität und bei der Ernennung von Botschaftern.

In der ordentlichen Gesetzgebung gibt es etwas Merkwürdiges in der Weimarer Republik, nämlich die verfassungsändernden Gesetze, die mit qualifizierter Mehrheit angenommen wurden, ohne dass sie den Wortlaut

der Verfassung *expressis verbis* änderten. Das ist wiederholt vorgekommen und als Ergänzung zu Notverordnungen, zum Ausnahmerecht, auch von den gesetzgebenden Körpern, Reichstag und Reichsrat, durchgeführt worden, ohne dass irgendeine Stimme des Vorbehalts sich je wirksam zu Worte gemeldet hätte.

Es könnten auch noch andere Dinge erwähnt werden. Von den Ländern ist hier gelegentlich gesprochen worden. Viel zu wenig bekannt ist, dass die Regierung in Preussen unter Otto Braun, über die Ansprüche der baye-rischen Regierung hinausgehend, gegenüber der Reichsregierung stets im Prinzip eine gleichwertige Souveränität Preussens in allen Angelegenheiten ihrer Politik vertreten und etwa im Bereich der Bedürfnisgesetzgebung nach der Reichsverfassung nur zugestimmt hat, wenn Verhandlungen mit ihr wie mit einem echten Souverän von der Reichsregierung geführt wurden. Das hat bekanntlich in der Wehrpolitik, aber auch in vielen anderen Bereichen zu Schwierigkeiten geführt. Staatstheoretisch wie verfassungsrechtlich lässt sich diese Haltung schwerlich begründen; in der politischen und verfassungspolitischen Realität war sie dennoch ein gewichtiges Faktum, mit dem häufig, wenn nicht immer gerechnet werden musste.

Alles in allem – die Liste ist nicht vollständig – waren wohl die Chancen unter den gegebenen Voraussetzungen nicht sonderlich gross. Aber wenn auch nur geringe Chancen bestanden, eine Demokratie institutionell – ohne eine Überlast von Konflikten – zu verwirklichen und vor dem Herausgleiten aus dem Verfassungsrahmen zu bewahren, so hätte es denkbar sein können, dass immer noch eine Chance zum Lavieren gegen eine eindeutige Gefahr bestand. Ich bin allerdings der Meinung, dass diese eindeutige Gefahr sich in den Augen vieler erst nach dem 30. Januar 1933 abzeichnete. Vorher ist doch eine ganze Reihe von Versuchen gemacht worden, mit dem Problem Nationalsozialismus fertig zu werden, von allen möglichen Seiten her. Das ist ja hinreichend bekannt.

Der Erfolg Hitlers – um auch dies zu sagen – lag nun eben darin, dass er sich als die entschiedenste Alternative gegen alles, was es bis dahin gegeben hatte, darstellte und als eine solche Alternative auch von Leuten bejaht wurde, die gar nicht seine Anhänger waren und auch nicht seine Anhänger blieben. Der Wandel, der später einsetzte, wird uns noch zu be-

schäftigen haben. Das Wort «Alternative» existierte übrigens im Sprachgebrauch der Zeit, mit der wir uns hier befassen, nicht, sondern es gehört unserem heutigen politischen Sprachgebrauch an. Aber mir scheint, dass es einen heuristischen Wert hat, wenn man es auch für diese Zeit einsetzt.

K.D. Bracher. Diskussionsleiter: Ich darf zu dem Letztgesagten darauf hinweisen, dass ein Zeitzeuge und Mithandelnder, Robert Kempner, gestern in der *Welt* in einem Bericht mitgeteilt hat, welche Bemühungen in Preussen und teilweise auch im Reich unternommen wurden, um dieser Problematik Herr zu werden. Es gab diese Bemühungen vor 1933, aber sie werden uns vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung von 1933/34 beschäftigen.

Fritz Fischer (Hamburg): Nach den weitgespannten Ausführungen von Herrn Hennis und Herrn Schulz möchte ich noch einmal ganz kurz auf einen Sachverhalt zurückkommen.

Erste Frage: Wer hat verschuldet, dass das Zentrum am 30. Januar 1933 nicht in die Regierung kam, denn dann würde die Regierung ja eine eindeutige parlamentarische Mehrheit gehabt haben, und das Zentrum würde ja auch das Gewicht eines – wie man annehmen darf – massigenden Einflusses geltend gemacht haben? War es Hindenburg, war es Hugenberg, oder war es allein Hitler? Wenn es Hindenburg und Hugenberg waren, dann würden sehr stark konfessionelle Vorurteile im Spiel sein. Hindenburg sprach ja von den Katholiken nur als «Katholen»; das ist abwertend. – Damit hängt natürlich die Frage zusammen: Was hat das Zentrum, das hinausgeworfen wurde im Januar 1933, dann doch veranlasst, im März 1933 für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, das allein ja Hitler die Zweidrittel-Mehrheit gegeben hat?

Zweite Frage: Herr Matthias sagt in seinen Ausführungen, dass nach den Mai-Wahlen 1928 eine Art Alternative möglich gewesen wäre zur Weimarer Republik, zum Guten im Allgemeinen –

(*E. Matthias*: September 30!)

– September 30? Ich meine, ich hätte gehört: Mai-Wahlen 1928! Um auf diese Reichstagswahlen zurückzukommen: Nach meiner Meinung – ich war damals Student in Berlin – war mit den Mai-Wahlen 1928 das Schicksal der Republik entschieden. Und zwar warum? Die Deutschnationalen hatten verloren, obwohl sie sich an der Regierung beteiligt hatten – das be-

deutete den Bruch mit der Republik –, und es hatten gewonnen die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Kommunisten wuchsen auf 54 Abgeordnete (am 6. November 1932 erhielten sie 100 Abgeordnete!). Nun stelle man sich vor – Sie ziehen ja einen Vergleich zwischen damals und heute –: Wenn heute nicht fünf Prozent Grüne, vielleicht am 6. März 1983 sieben Prozent Grüne, im Bundestag wären, sondern hundert kommunistische Abgeordnete, dann würde die Mehrzahl der Deutschen durchs Fenster springen. Da würde in diesem Land eine Panik ausbrechen. Also, dies nur, um zu begreifen, was vorgegangen war. Das waren die Mai-Wahlen 1928. Und es ist die – wenn Sie wollen – historische Leistung oder Fehlleistung, wie Sie es nennen wollen, jedenfalls Tatsache, dass Hitler es fertiggebracht hat, Kommunisten und Sozialdemokraten, die unter sich so hart zerstritten waren – die Kommunisten haben die Sozialdemokraten ja als «Sozialfaschisten» perhorresziert und abgelehnt –, dass Hitler diese beiden zusammengeworfen hat unter dem Begriff des Marxismus. Dieser Marxismus-Begriff für die die Weimarer Republik mittragende sozialdemokratische Partei und für die Kommunisten war eine ganz verhängnisvolle Angelegenheit, wurde aber in breiten Kreisen des Bürgertums aufgenommen.

Nun, es kam ja noch zu der oft besprochenen Grossen Koalition unter dem Reichskanzler Müller. Es haben die Herren Borchardt und Feldman und auch Hans Mommsen die Wirtschaftsprobleme dieser Zeit erörtert. Wenn Herr Borchardt Wert darauf lege zu sagen, es sei der Staat überfrachtet worden, vor allem durch das Schlichtungsrecht für den äussersten Fall, dass die Sozialpartner sich nicht verständigen konnten – was man ja in der Bundesrepublik zum Glück nicht mehr aufgenommen hat –, Herr Feldman dagegen die Kartellierung unterstrich und sagte, es waren die gebundenen Preise, so will ich das gar nicht geringschätzen; aber ich denke, man müsste vielleicht auch noch den enormen Effekt nennen, den die Aussperrung im Eisenkonflikt 1929 hatte, denn das wurde in der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets und überall als eine grosse Kampfansage betrachtet und war zumindest psychologisch gesehen ein ganz unglückliches Ereignis. Aber ich will diese Wirtschaftsfragen hier nicht weiter erörtern, sondern will darauf zurückkommen, dass wir Historiker doch nicht hinter die Journalisten zurückfallen dürfen, die zum Beispiel in den letzten Tagen – wenn Sie das verfolgt haben – gezeigt haben, dass im März 1930 am Bruch der

Grossen Koalition eben nicht allein das taktisch wohl unkluge Verhalten der Sozialdemokraten schuld war, die unter dem Druck der Gewerkschaften wegen eines halben Prozents Arbeitslosenbeitragserrhöhung aus der Regierung ausgeschieden sind – das hätten sie vielleicht ein halbes Jahr später auch müssen –, sondern der Wunsch des Generals Schleicher, dass die Regierung gestürzt werden müsse; sie müsse weg; und dass Hindenburg sagte, es müsse eine Regierung kommen ohne ‚Sozis‘, ohne Sozialdemokraten. Und warum wollte der General Schleicher die Regierung weghaben? Weil Hermann Müller, obwohl er das erste Fünfjahresprogramm der Aufrüstung Deutschlands lange vor Hitler gutgeheissen hatte (und zwar unter Umgehung des Parlaments – das war schon ein Schritt zu Hitler hin – durch einen Ausschuss von drei Staatssekretären: Also in der Weimarer Republik wurde das Parlament betrogen durch einen Staatssekretär-Ausschuss; das war ein verfassungsrechtlicher Lapsus), darin nicht weit genug ging und weil er sich nicht genug von seinem Parteikollegen, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, absetzte.

Wir hatten in dieser Stadt ein Jahr lang die Preussen-Ausstellung. Da wurde Otto Braun hochgelobt. Der letzte Preusse! Preussen – die Fortsetzung der Tradition! Da sind ja die Dinge auf den Kopf gestellt worden, denn die damalige deutsche Öffentlichkeit, vor allem die ganze Rechte, hat Braun dafür gehasst und getadelt, dass er nicht genug für die Aufrüstung tat. Und er ist der einzige Mann gewesen, mehr noch als Müller, der gesagt hat: Wenn ihr so weiter rüstet und nun überall Grenzschutzformationen, Polizeiformationen, SA-Formationen, Stahlhelm-Formationen in die Reichswehr hineinzieht, dann wird der Staat zu sehr militarisiert werden; das kann nur zum Konflikt führen! – Da muss man heute sagen: Hut ab! Denn hinterher waren 50 Millionen Tote die Folge. Otto Braun war also gegen diese forcierte Aufrüstung, aber gerade deswegen musste er weg, beziehungsweise Reichskanzler Müller musste weg, damit Brauns Stellung geschwächt wurde. Soviel zu der Frage 1928/29.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt: Wie gesagt, ich habe hier in dieser Stadt die ungeheuren Ängste des Bürgertums seit der Wahl von 1928 erlebt. Nach meinem Urteil ist eben nicht erst im März 1930 und schon gar nicht erst im September 1930 durch die unglückliche Reichstagsauflösung durch Brüning, sondern durch den Ausgang der Mai-Wahlen 1928 (die zeigten, dass die Arbeiterschaft offenbar damals schon recht stark wirt-

schaftliche Schwierigkeiten empfand; deshalb hat sie ja links gewählt) das Schicksal der Weimarer Republik entschieden worden.

Nun meine Frage: Herr Stern hat mit Recht auf die politische Mentalität hingewiesen, was er das Irrationale nennt, und er knüpft dabei vor allem an eine Reihe von Schriftstellern – Lagarde, Langbehn, Houston Stewart Chamberlain, Nietzsche und andere aus der Zeit vor 1914 –, deren Bücher nach 1919 wieder neu aufgelegt wurden. – Ich muss noch etwas zu dem anderen nachtragen: Dieser Hass gegen die «Marxisten», der von Hitler so ausgeschlachtet wurde, gehört ja in die Frage, die gestern Abend erörtert wurde, ob man die drei Systeme Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus vergleichen darf, insoweit mit hinein, als diese zwar – wie der Osteuropa-Fachmann Dietrich Geyer gestern sagte – in sich vergleichbar, aber doch wieder verschieden sind, Hitler aber die Antwort auf den Bolschewismus sein wollte, denn sein Schlüsselerlebnis war die Münchener Räterepublik. Die habe ich nun als Schüler in Bayern erlebt. Das ganze Bürgertum stand Kopf und hat das nie mehr vergessen. Das heisst: Weimar war schon gestorben, bevor es ganz geboren war.

Nun aber zu meiner Frage an Herrn Stern. So sehr nun diese geistesgeschichtlichen Linien wichtig sind und die Neuauflagen und Neuerscheinungen dieser Bücher – *Herrschaft der Minderwertigen* u.a. – in der Weimarer Republik sicher eine ganz enorme Bedeutung hatten; und so wichtig es ist, wie sehr die Jugend und die Hochschulen diese Tradition gefeiert haben – ich habe über zehn Jahre lang immer den 18. Januar miterlebt; am Verfassungstag war niemand in der Universität, nur die vier Dekane, aber am 18. Januar war es voll, und der Langemarck-Tag wurde jedes Jahr begangen – das war alles Aufnahme dieser geistigen Tradition; aber tiefer lagen doch wohl drei andere Momente: Kann man wegdenken – worauf Gordon A. Craig, doch ohne Konsequenzen daraus zu ziehen, Wert legt –, dass Bismarcks Staatsschöpfung stark antiliberal war, dass sie ein Kampf gegen das Parlament war und dass in der Wilhelminischen Zeit das Reich stark antiparlamentarisch war? Es gibt mindestens hundert, vielleicht auch zweihundert Äusserungen des Deutschen Kaisers, wo von Parlamentariern als «Hornochsen» und «Schafsköpfen» die Rede ist. Er spricht gar nicht anders von ihnen, obwohl sie ihm die Armeevermehrung und den Flottenbau bewilligt haben. Es sind «Hornochsen». Und wenn der Monarch so verächtlich vom Parlament spricht, sollte sich das nicht ausgewirkt haben?

Es ist also eine illiberale und antiparlamentarische Tradition da, die mir mindestens so wichtig erscheint wie die antidemokratische.

Und ein allerletztes: Professor Jochmann aus Hamburg hat eine Reihe von grossen Artikeln geschrieben über die Rolle des Antisemitismus im Kaiserreich und jetzt ein Buch über Adolf Stoecker; er zeigt, dass vor allem auch in protestantisch-kirchlichen Kreisen durch Stoecker ein sehr starker Antisemitismus in die Weimarer Zeit hineinwirkte. Mein Dank an Fritz Stern verbindet sich mit der Bitte, das doch noch enger zu verbinden mit den verfassungsrechtlichen Traditionen, so wie sie aufgefasst worden sind. Nur würde ich sie nicht ohne Weiteres irrational nennen. Es war die Rationalität, wie die deutsche Tradition sie betrachtete, nämlich der starke Mann, der Monarch, das ist der Hegelsche Staat, das ist die – wenn man will – deutsche rationale Tradition. Ich würde sie nicht ohne Weiteres irrational nennen. Sie war da, aber sie war ein grosses Gewicht und erlaubte unter anderem das Zur-Macht-Kommen Hitlers aufgrund der gegebenen Mentalitäten.

(Beifall)

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Herr Senatsrat Magen hat wohl gerade zu dieser Frage, nämlich zum Verhalten der Wähler, noch etwas zu sagen.

Rolf Peter Magen (Berlin): Was eigentlich hier fehlt, ist ein Zeugenstand, in dem Wähler des Jahres 1932 – Erstwähler und Wähler, die damals vielleicht dreissig Jahre waren, aber heute 80 Jahre alt sind – stehen, um sie nach ihren Motiven zu fragen, insbesondere, warum sie seinerzeit Wechselwähler zur NSDAP waren. Denn viele dieser 14 Millionen Wähler des Jahres 1932 waren ja nicht die späteren Mitglieder oder Anhänger der NSDAP, sondern sie waren Wähler, die vorher demokratisch, sozialdemokratisch, vielleicht auch kommunistisch gewählt haben, Sie waren auch nicht alle Dummköpfe, das heisst, wenn man hier eine Motivforschung machen könnte, würde man die Sorgen dieser 14 Millionen NSDAP-Wähler aus der damaligen Zeit sehr viel klarer herausarbeiten können, und viele Analysen, die hier gegeben worden sind, würden bestätigt oder widerlegt werden.

Ich glaube – und das ist eben angeklungen –, dass die NSDAP zu den einzelnen Problemen immer eine kontroverse Alternative hatte und viele

Wähler damals die Erscheinungsformen der Demokratie, zum Beispiel Tarifautonomie, Tarifverhandlungen, Streiks, Kämpfe um Kommastellen, lieber ersetzt gesehen hätten durch Tarifordnungen, wie sie später kamen, dass das Problem des Pluralismus im Volk durch die Volksgemeinschaft abgelöst werden sollte, dass die Frage der Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau und Aufrüstung von vielen Wählern gewünscht worden ist – keine demokratische Partei konnte dies zu ihren Programmforderungen erheben, und auch die radikale Beseitigung des Versailler Vertrages, über die die Nazis uns ja gar keine Zweifel gelassen haben, war bei diesen Wählern populärer als die Programmpunkte und Alternativen, die die Demokraten angeboten hatten.

Die zweite Frage: Der vielzitierte greise Reichspräsident hatte nach meiner Auffassung den schweren Fehler gemacht, dass er zu sehr auf den Verfassungseid gesehen hatte, als Schleicher ihm damals angeboten hatte, mit ausserverfassungsrechtlichen Mitteln die Demokratie in dieser Form zu suspendieren, um damit Hitler sozusagen den Weg zur Macht zu verlegen. Hätte damals der Reichspräsident – was uns als Anhänger einer demokratischen Verfassung natürlich nicht zusagt – diesen Eid nicht so wörtlich genommen, und hätte Schleicher mit der Reichswehr die Kampfbünde der SA und sicherlich auch den Rotfrontkämpfer-Bund paralyisiert, festgenommen oder die nationalsozialistische Partei zerschlagen, dann wäre uns vieles erspart geblieben. Aber das Festhalten am Verfassungseid hat diese Pläne leider verhindert.

Gerhard Beier (Frankfurt a.M.): Herr Borchardt hat das Kunststück vollbracht, Rudolf Hilferding zu zitieren, ohne das Wort «Finanzkapital» in den Mund zu nehmen. Und Professor Borchardt hat glaube ich, auch das Kunststück vollbracht, Geschichte der Machtergreifung wirtschaftspolitisch zu analysieren, indem er Hilferding von 1927 zitiert. Herr Borchardt, ich hätte es richtig gefunden, wenn Sie Hilferding nach 1933, seine Analysen im *Neuen Vorwärts*, die ja bis 1939/40 erschienen sind, zu dieser Frage einmal angeschaut hätten. Da hat Hilferding das sicher ganz anders gesehen. Ich glaube, nachher war er in dieser Frage klüger. Ich fürchte, Herr Borchardt, Sie begehen einen Fehler, wenn Sie die wirtschaftliche Stabilisierungskrise der Weimarer Republik von 1928/29, die in gewisser Weise parallelisierbar sein mag mit den Stabilisierungskrisen der Bundesrepublik Deutschland, verwechseln mit dem Rückfall einer politischen

Kultur in die politische Barbarei, wie er 1933/34 stattgefunden hat. Das ist eine andere Kategorie, bei der natürlich auch die Rolle der Wirtschaft und die Rolle der Finanzen zu untersuchen ist. Und da ist nicht nur zu fragen: «Who paid Hitler?» – wie Fritz Thyssen es vor 1932 getan hat, sondern es bleibt zu fragen: Wer bezahlte die Machtergreifung Hitlers? Wer hat das Geld im Januar 1933 zur Verfügung gestellt? Wer war das? – Herr Bracher hat gesagt: Papen und Hitler trafen sich. Wo trafen sich denn Hitler und Papen? Im Bankhaus Schröder am 4. Januar 1933. Das hat damals ausführlich in der *Täglichen Rundschau*, die nicht von einem Kommunisten, sondern von Hans Zehrer herausgegeben wurde, gestanden. Und in dieser *Täglichen Rundschau* vom 7. Januar 1933 findet sich auch ein Brief des Bankiers Schröder, in dem er sagt: **Weder Hitler noch Papen waren der Initiator, sondern ich war der Initiator.** Und von diesem Tage an war die NSDAP wieder kreditfähig. Darüber muss auch etwas gesagt werden.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Ich darf mich vielleicht etwas entlasten, indem auch ich auf das eine oder andere meiner Bücher hinweise. Man kann ja nicht alles hier sagen, was man schon geschrieben hat.

Fred Grubel (New York): Ich fühle mich etwas *out of place*. Ich bin kein Historiker; ich leite bloss ein historisches Institut und erinnere mich – und bin in meiner Erinnerung etwas gestört –, ich erinnere mich an das, worüber hier gesprochen werden sollte, und finde es nicht mehr. Wenn ich mich an die 20er Jahre erinnere, wenn ich mich daran erinnere, was die NSDAP für uns als Schüler und Studenten und für das deutsche Volk bedeutet hat: Da war das Aushängeschild der Antisemitismus, da war das Aushängeschild die Übersetzung des Salon-Antisemitismus ins rabiate Strassenräubertum. Und ich habe nun eine Frage an die Herren Historiker: Glauben Sie, dass die Korruption der politischen und menschlichen Moral, die vorgespielt worden ist mit immer grösserer Intensität durch die 20er Jahre und kulminierte in den 30er Jahren, auf das menschliche Element, das ja unter diesen politischen Erwägungen gekocht hat, keinen Einfluss gehabt hat? In welcher Art und Weise hat das wichtigste Aushängeschild Hitlers, «Haut die Juden», zum Zusammenbruch der Weimarer Gesellschaft beigetragen – oder hat es nicht dazu beigetragen?

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Es ist klar, wir haben eine ganze Menge Fragen und Probleme gesammelt, die wir unseren Nachfolgern übergeben müssen und wollen – gerade diese Frage auch ist im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus und seiner Machtergreifungspolitik in der folgenden Sitzung zu behandeln.

Charles Bloch (Tel Aviv–Paris): Ich bin mit Herrn Borchardt einig, dass Hitler nicht als das Produkt der Wirtschaftskrise angesehen werden kann. Die Wirtschaftskrise war wahrscheinlich der Katalysator, der Hitler an die Macht brachte, wobei es natürlich auch noch weitere Ursachen gab. Ich möchte nur sagen – was nicht erwähnt wurde –, dass die Wirtschaftskrise in anderen Ländern auch ganz andere Folgen hatte. In Deutschland führte sie zum Nationalsozialismus, das heisst nach rechts, in England zur gemässigten Rechten, zu den Konservativen, in den USA nach links, zum New Deal von Franklin Roosevelt, und in Frankreich hat zwar die Wirtschaftskrise auch das politische Leben destabilisiert, aber zuerst brachte sie einen Sieg der Linken, der Volksfront, und erst später kam es zu einer grossen Krise.

Apropos, weil ich Frankreich erwähnte, ein Wort an Herrn Morsey, weil er von mangelnder Stabilisierung, kurzer Dauer der Regierungen sprach – acht Monate in der Weimarer Republik. Das kann meines Erachtens kein Symptom sein für den Zusammenbruch der Republik. In der Dritten Französischen Republik haben die Regierungen auch nur acht Monate gedauert, und die Dritte Republik hat siebenzig Jahre bestanden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit anregen, dass es interessant wäre, einen Vergleich zu ziehen zwischen den Anfängen der Dritten Französischen Republik in den 70er Jahren bis zur Stabilisierung von 1880 und der Weimarer Republik. Warum ist die Französische Republik 1880 nicht zusammengebrochen, und warum ist die Weimarer Republik 1930 zusammengebrochen? Hier spielt bestimmte die Wirtschaftskrise eine grosse Rolle.

Dann stimme ich ferner mit Herrn Borchardt überein, dass die Rolle der Industriellen nicht so entscheidend war bei der Machtergreifung, wie es so oft übertrieben gesagt wird. Dagegen muss betont werden – es ist zwar bekannt, wurde aber nicht genug hervorgehoben –, dass es gerade die präkapitalistischen Kräfte waren, die Hitler zur Macht brachten, nämlich die Grossgrundbesitzer, die Justiz, die Militärs und auch die konservativen

Teile der protestantischen Kirche. Alle diese Kräfte waren antirepublikanisch eingestellt, konterrevolutionär – wie Professor Löwenthal gestern sagte –, sie unterstützten objektiv Hitler. Ich weiss ganz genau, was man mir entgegenhalten wird; dass sie später selbst Opfer des Hitler-Regimes wurden, dass Hitler selbst diese Kräfte nur benutzte, um zur Macht zu kommen; aber ihre objektive Verantwortlichkeit bei der Zerstörung der Weimarer Republik und der Machtergreifung Hitlers ist offenkundig.

Und hier möchte ich noch zuletzt auf das zurückkommen, was Professor Fischer erwähnte, nämlich auf den Nationalismus als Integrationsfaktor, was mir besonders wichtig erscheint. Niemals wäre Hitler an die Macht gekommen – ich möchte das ganz brutal ausdrücken –, wenn nicht die ständige Hetze gegen den Versailler Frieden gewesen wäre. Es ist nicht meine Aufgabe, hier über die objektiven Bestimmungen des Versailler Friedens zu sprechen; Herr Möller hat gestern darauf hingewiesen, dass Deutschland schliesslich mit diesem Frieden leben konnte, dass immerhin 1925, das heisst wenige Jahre nach dem Versailler Frieden, Deutschland die erste Industriemacht Europas und die zweite Industriemacht der Welt geworden war, dass also der Versailler Frieden einigermaßen erträglich war. Aber subjektiv half die heftige Kampagne, die gegen den Versailler Frieden gerichtet war, Hitler, weil sie nämlich auch die Linke mit ergriff. Sie brachte nicht nur die rechte Opposition, sondern zum Teil auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten auf einen gemeinsamen Nenner. Diese Gefahr, Nationalismus als Integrationsfaktor, war vielleicht der entscheidende, der weit in die deutsche Geschichte, bis zu Bismarck und bis zu Wilhelm II. reichende Faktor, der sich auch später bemerkbar machte; vielleicht auch heute in anderen Ländern sich bemerkbar macht.

Ich schliesse mich völlig den Ausführungen von Professor Feldman an, nämlich dass unter anderem 1923 die Weimarer Republik nicht zerfiel, weil man Furcht hatte, weil eine latente Angst bestand vor einer Invasion Frankreichs – ob diese Furcht berechtigt war oder nicht, das ist etwas anderes. Dazu muss erwähnt werden, dass objektiv der Republik die USA zu Hilfe kamen, indem sie die Reparationsforderungen damals senkten, schon im November 1923 der Dawes-Plan im Gespräch war, dass also die Bestimmungen gemildert wurden und dass dies den bürgerlichen Republikanern die Möglichkeit gab, die politische Krise zu überwinden. Das sprach auch Herr Mommsen an. Dazu muss aber gesagt werden, dass gerade 1933

eben die Politik der anderen Mächte nicht in diesem Sinne ausgerichtet war. Weder waren die USA damals wirtschaftlich in der Lage zu helfen, weil sie selbst von der Wirtschaftskrise betroffen waren, noch bestand eine Furcht vor Frankreich, vor Repressalien, weil die französische Politik, zum Teil unter britischem Druck, viel zahmer und weit weniger bedrohlich für die Weimarer Republik geworden war.

K.D. Bracher, Diskussionsleiter: Ich möchte mich entschuldigen und möchte meinem Bedauern Ausdruck geben, dass es nicht mehr möglich ist, bei der fortgeschrittenen Zeit vom Podium aus diese Fragen zu beantworten. Wir haben ja weiterhin Gelegenheit, die Diskussion fortzusetzen, heute Nachmittag und morgen Vormittag. Auch die Weimar-Forschung geht weiter und muss weitergehen, wie die Diskussion gezeigt hat.

Zweite Arbeitssitzung

14. Januar 1983 • nachmittags

Errichtung und Stabilisierung einer totalitären Diktatur

Diskussionsleiter

WALTHER HOFER

Bern

Fragesteller

WOLF JOBST SIEDLER

Berlin

Podiumsdiskussion

Einführung und Problemstellung durch den Diskussionsleiter

Walther Hofer (Bern): Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Bereiche der ersten und der zweiten Arbeitssitzung keineswegs scharf getrennt werden können, weil ja der Kampf der NSDAP um die Macht im Staate und die dadurch entscheidend mitbedingte Aushöhlung der demokratischen Institutionen lange vor dem ominösen Datum des 30. Januar 1933 begonnen hat. Trotzdem sind wir der Ansicht, dass an diesem Tag nicht einfach eine weitere Stufe im Prozess der Demontage der demokratischen Republik angefangen oder gar lediglich ein Regierungswechsel in den von der Weimarer Verfassung dafür vorgesehenen Formen stattgefunden hat. Vielmehr ist an diesem 30. Januar 1933 etwas ganz Entscheidendes geschehen, nämlich die Auslieferung der demokratischen Republik oder dessen, was von ihr noch übrig war, an ihren ärgsten und zugleich mächtigsten Feind. War *vor* diesem Ereignis eine Rückkehr zu den normalen Formen der parlamentarischen Demokratie noch denkbar – und sie wurde ja auch von vielen erhofft und erwartet –, so war dies nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht mehr der Fall (was nicht hinderte, dass so manche sich diesbezüglich auch jetzt noch Hoffnungen machten, die sich allerdings bald als Illusionen erweisen sollten). Denn jetzt wollte in diesem Kabinett niemand mehr die Rückkehr zur Demokratie. Darin waren sich die Koalitionspartner einig – weniger einig, als es zunächst scheinen mochte, waren sie sich allerdings in der Frage, welches neue politische System angestrebt werden sollte. Während Hitlers Partner ihn eingespannt zu haben glaubten, um ein autoritäres Regime sozialkonservativer Prägung, eventuell unter Restauration der Monarchie, zu errichten, steuerte der Führer der NSDAP mit erstaunlicher Zielstrebigkeit die Erringung der totalen Macht für sich und seine Partei an – eine Machtposition von einer Ausschliesslichkeit, die sehr bald auch keinen Platz mehr liess für diejenigen, die glaubten, ihn sich «en-

gagiert» zu haben. Der 30. Januar 1933 erscheint auch aus der Distanz von 50 Jahren als Schicksalsdatum der deutschen Geschichte; denn die Entwicklung zur terroristischen totalitären Diktatur und zum Kriege war damit potentiell vorgegeben.

Die seit eh und je geführte Diskussion über *Legitimität und Legalität* der nationalsozialistischen Machtergreifung erscheint oft reichlich akademisch, gelegentlich auch abwegig. Zunächst ist festzustellen, dass Hitler nicht auf dem Wege an die Macht gekommen ist, den er selbst im Rahmen seiner «Legalitätstaktik» immer wieder verkündet hat, nämlich als Führer einer vom Volk gewählten Mehrheit. Vielmehr ist er wie seine unmittelbaren Vorgänger als Chef einer Präsidialregierung, mithin durch «die autoritäre Einbruchsstelle der Weimarer Verfassung», Reichskanzler geworden. Sein Versprechen, sich eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, hat er nicht eingehalten, sondern nach Scheinverhandlungen mit dem Zentrum Neuwahlen durchgedrückt. Das mochte als Verbeugung vor der Demokratie erscheinen, wurde doch an das Volk als letzte Instanz appelliert. Doch es wurde bald einmal deutlich, dass die parlamentsfreie Periode zur Schaffung vollendeter Tatsachen ausgenutzt werden sollte, die in sich steigernden Notverordnungen bestanden. Schon vor der entscheidenden Notverordnung vom 28. Februar 1933 wurde dadurch eine Atmosphäre des Terrors und der Rechtsunsicherheit geschaffen. Von einer «ruhigen Wahl», die Hitler nach Auffassung einiger Historiker beabsichtigte, kann doch wohl keine Rede sein. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Fragen um Legitimität und Legalität erscheint uns nun aber das Verhalten der Hitlerregierung im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand; denn eine Woche vor dieser Wahl wurde der Ausnahmezustand verkündet, was die angeblich gesuchte demokratische Legitimation endgültig zur Farce machte.

Es ist festzuhalten, dass die Einführung des Ausnahmezustandes nicht aufgrund eines Votums der Wähler erfolgte. Vielmehr sollte dieses Votum durch die Ausserkraftsetzung der bürgerlichen Freiheitsrechte und die damit verbundene enorme Steigerung des Terrors gegen die andern politischen Parteien gerade im Sinne der Zielsetzung der NSDAP verfälscht werden. Hitler hatte kein Mandat des Volkes, die Demokratie abzuschaffen und eine Diktatur zu errichten. Von einer demokratischen Legitimation, auch einer nachträglichen, kann somit nicht gesprochen werden, da

die Wahl vom 5.3.1933 keinesfalls als frei angesehen werden kann. Sie spielte sich vielmehr in einer bürgerkriegsähnlichen Atmosphäre ab. Es gab schliesslich auch an die 70 Tote, davon 50 unter den Gegnern der NSDAP.

Wie merkwürdig ein Legalitätsverständnis anmuten muss, das die Aktionen der Hitlerregierung im Februar und März 1933 als mit der Verfassung vereinbar ansieht, zeigt auch die Entwicklung, die zum sogenannten Ermächtigungsgesetz führt. Doch kann dies in der hier zur Verfügung stehenden Zeit nicht näher dargelegt werden. Immerhin sei soviel festgehalten, dass dieses neue Gesetz, das gegenüber dem strapazierten Artikel 48 eine völlig neue «Legalitätsbasis» für Regierungstätigkeit und Gesetzgebung abgeben sollte, nur durch eine Abfolge weiterer pseudolegaler Manipulationen zustandegebracht werden konnte. Was das ebenfalls angerufene Prinzip der Legitimität anbetrifft, so ist es doch wohl im Lichte des Umstandes zu beurteilen, dass das neu gewählte Parlament nur eine Aufgabe erhielt: sich selbst zu entmachten.

Die Erringung der totalen Macht ist der NSDAP in erstaunlich kurzer Zeit gelungen, auch und gerade wenn man vergleichbare Vorgänge heranzieht wie die Machtergreifung des Faschismus in Italien oder auch die bolschewistische Revolution von 1917. Mussolini brauchte etwa gleich viel Jahre wie Hitler Monate benötigte, um die Diktaturgewalt fest in Händen zu haben. Im russischen Falle folgte der bolschewistischen Machtergreifung, die durchaus im Stile eines Staatsstreichs vor sich ging, ein lange dauernder Bürgerkrieg, ehe die Bolschewik! ihre Diktatur definitiv stabilisieren konnten. Die Schnelligkeit, aber auch Zielstrebigkeit und Folgerichtigkeit, mit der Hitler und seine Leute eine Diktatur errichteten, hat schon die Zeitgenossen verblüfft. Die Fragen, die sie erhoben, sind im Grunde bis heute dieselben geblieben: Wie war dies möglich? Welche Mittel führten zu einem solch eklatanten Erfolg? Und dann vor allem: Warum gab es gegen all das nicht grösseren Widerstand?

Die Frage nach dem *spezifischen Charakter der NS-Machtergreifung* ist gestellt, die Frage nach ihrer Einordnung in die Revolutionsgeschichte und Revolutionssoziologie. Kann sie überhaupt historisch und soziologisch klassifiziert werden, oder ist sie ein Vorgang neuen Typus? Man hat sie als «Revolution der neuen Mittel und der neuen Ziele» bezeichnet. Es müsste also der Frage nachgegangen werden, welches diese neuen Mittel und Ziele sind.

Ist das paradoxe Wort von der «legalen Revolution» der Schlüssel zum Verständnis der Vorgänge von 1933? Und welche Rolle spielte in diesem Prozess die Staffage von der «nationalen Revolution» oder «Erhebung»? Aber auch das angebliche Bekenntnis zum «positiven Christentum» ist hier zu berücksichtigen sowie der pseudoreligiöse Kult, mit dem Hitler sich selbst und seine Aktionen umgab. Es wäre zu erörtern, inwiefern die Sehnsucht nach obrigkeitsstaatlicher Ordnung mit dem Mythos Hindenburg im Zentrum den nationalsozialistischen Aspirationen entgegenkam. Überhaupt wäre das Verhältnis beziehungsweise die Wechselwirkung zwischen Zwang und Zustimmung ins Auge zu fassen. Denn dass eine solch totale Verwandlung der politischen Szenerie in diesem Tempo mit Terror allein nicht zu bewerkstelligen war, darüber scheint Einigkeit zu bestehen. Ohne eine entsprechende Prädisposition breiter Bevölkerungskreise wäre diese verblüffend reibungslos verlaufene Machtergreifung undenkbar gewesen. *Last but not least* wäre die von Goebbels von Anfang an virtuos gehandhabte Propaganda in ihrem Stellenwert zu bestimmen. Die sich stellenden Fragen könnten beliebig erweitert werden, doch drängt sich angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit Beschränkung auf.

Die Beantwortung dieser Fragen ist besonders wichtig für *die Beurteilung des Problems des Widerstandes* beziehungsweise des fehlenden Widerstandes. Das Erstaunen über den ausgebliebenen Widerstand gegen die Errichtung einer totalitären Diktatur ist schon damals allgemein gewesen, gerade auch im Ausland, wie ein Blick in die zeitgenössische Presse zeigt. Vor allem konnte man nicht begreifen, warum die für so mächtig gehaltene deutsche Arbeiterbewegung sich fast widerstandslos ausmanövrieren liess. Die gleiche Frage wird auch heute, vor allem in Diskussionen mit der jüngeren Generation, immer wieder gestellt, wobei der Vorwurf des Versagens der damaligen demokratischen Parteien und Organisationen rasch erhoben ist. Die Historiker sind gerade hier aufgerufen, klärende Antworten zu geben, wenn sie dem Anspruch genügen wollen, einen öffentlichen Beitrag zum geschichtlichen Verständnis der Ereignisse von 1933 zu bieten.

Folgende Aspekte sollten unserer Ansicht nach in diesem Zusammenhang Berücksichtigung finden. Da ist einmal die Wirkung der äusserst geschickt aufgezogenen Täuschungsmanöver durch die pseudolegale Taktik der Hitlerregierung. Dann die mangelnde Geschlossenheit beziehungs-

weise die Schwächung der politisch organisierten Arbeiterschaft, einerseits infolge der doktrinären, um nicht zu sagen selbstmörderischen Konfliktstrategie der KPD, für die bis über den Regierungsantritt Hitlers hinaus die SPD der Hauptgegner geblieben ist, andererseits durch den Zustrom von Millionen von Arbeitnehmern beziehungsweise Arbeitslosen in die Reihen der NSDAP, nicht zuletzt als Mitglieder der SA. Das hiermit angesprochene Problem der Massenarbeitslosigkeit, die gerade unmittelbar vor Hitlers Berufung ihren Höhe- beziehungsweise Tiefpunkt erreichte, wird bei einer Beurteilung der Widerstandsmöglichkeiten gebührend zu berücksichtigen sein. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die schärfste Waffe, nämlich den Generalstreik. Ist es so gewesen, dass ein solcher angesichts der sozialen Misere und der Zersplitterung der Arbeiterschaft gar nicht realisierbar gewesen wäre? Oder ist sein Ausbleiben mangelnder Entschlossenheit bei den zuständigen Führungsorganen zuzuschreiben? Man wird auch die «grandiose Verkennung der Machtlage» (Bracher) in Rechnung stellen müssen, die nicht zuletzt auf eine eklatante Fehleinschätzung des eigentlichen Wesens und damit der wahren Ziele der NSDAP und ihres Führers zurückgehen dürfte.

Diese Fehleinschätzung bestand vornehmlich darin, dass die NSDAP dem sozialreaktionären Lager zugerechnet und ihre revolutionäre «Qualität» damit sträflich unterschätzt wurde. Mit Recht ist gesagt worden, dass die Geschichte des Nationalsozialismus in erheblichem Masse die Geschichte seiner Unterschätzung gewesen ist. Dies gilt zunächst für die Innen- und später auch für die Aussenpolitik. Diese Fehleinschätzung führte offensichtlich zu einer Haltung von SPD und Gewerkschaften, die man als «legalistischen Attentismus» bezeichnet hat. Auf besonders krasse Weise erlagen die Gewerkschaften der Doppelstrategie von Propaganda und Terror seitens der NSDAP, indem sie am 1. Mai 1933 sozusagen unter falscher Flagge mitmarschierten, als Hitler und Goebbels den Tag der Arbeit zum Nationalfeiertag erkoren, um bereits am nächsten Tag erleben zu müssen, wie ihre Gewerkschaftshäuser besetzt, ihre Organisation zerschlagen und ihre Führer verhaftet und misshandelt wurden. Ein wahrhaft gespenstischer Augenblick in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung!

Nach weniger als einem halben Jahr war jeder demokratische Pluralismus, soweit es die politischen Parteien und ihre Organisationen betraf, beseitigt. Der sogenannte Einparteistaat wurde verkündet. Es gibt gute Grün-

de dafür, die Machtergreifung im engeren Sinne damit als beendet anzusehen: Regierungsgewalt und Staatsmacht inklusive Gesetzgebung befinden sich von da an praktisch ausschliesslich in den Händen Hitlers und seiner Partei. Der neue Diktator war sogar der Ansicht, die «nationalsozialistische Revolution» sei schon Ende März abgeschlossen gewesen, «insoweit es die restlose Übernahme der politischen Macht betrifft», wie er auf dem Reichsparteitag vom September 1933 verkündete. Die noch immer existierende Präsidentschaft Hindenburgs war für ihn also kein wesentliches Hindernis für die Ausübung der totalen Macht, wie die folgenden Ereignisse zeigten.

Was die Errichtung oder gar Stabilisierung einer *totalitären* Diktatur angeht, so war diese Entwicklung mit der Erringung der totalen *politischen* Macht indessen keineswegs abgeschlossen, wie Hitler in der gleichen Rede selbst feststellte. Andererseits waren schon in der ersten Phase entscheidende Vorstösse in dieser Richtung erfolgt. Dies betraf vor allem die Monopolisierung im Bereich der Medien und die Reglementierung des kulturellen Lebens. Politischer Kampf um die totale Macht und ideologischer Kampf um die totale gesellschaftliche Gleichschaltung und Kontrolle griffen von Anfang an ineinander und fördern sich gegenseitig. Die nationalsozialistische Politik zielte somit von Anfang an weit über das eigentlich Politische hinaus.

Es scheint uns indessen im Rahmen einer einzigen Arbeitssitzung nicht möglich, den weiteren Ausbau der *politischen* zur *totalitären* Diktatur voll in die Erläuterungen einzubeziehen; denn das würde bedeuten, die Gesamtgeschichte der nationalsozialistischen Periode zu erfassen versuchen, was zweifellos den gegebenen Rahmen bei Weitem sprengen würde. Dabei ist zu bedenken, dass der Titel der Konferenz einschränkend lautet: «1933 – Deutschlands Weg in die Diktatur». Das hindert natürlich nicht, dass die Kriterien erörtert werden, die das Wesen einer totalitären Diktatur neuen Typs ausmachen und sie von einer rein politischen Diktatur herkömmlichen Stils unterscheiden. Das erscheint umso notwendiger, als es heute Theorien gibt, die dem nationalsozialistischen System die totalitäre «Qualität» weitgehend absprechen möchten, um es zu «normalisieren» oder auch zu «objektivieren», wie die Anhänger solcher Auffassungen es selbst zu formulieren pflegen.

Es stellt sich auch die Frage nach der *Rolle der führenden Personen* in der Entwicklung, die Deutschland in so kurzer Zeit eine totalitäre Diktatur

beschert hat. In der gegenwärtigen NS-Forschung, zumal in der Bundesrepublik, ist dieses Thema heftig umstritten. Denjenigen, die die Bedeutung Hitlers für die Machtergreifung wie für die Geschichte des Nationalsozialismus überhaupt stark betonen, wird von der andern Seite «Hitlerzentrik» vorgeworfen. Diese andere Richtung betont ihrerseits die Bedeutung einer «sozialen Eigendynamik», die die Geschichte des Dritten Reiches viel stärker bestimmt habe als die sogenannten führenden Männer. Strukturen werden gegen Personen ausgespielt. Hitlerwellen und Hitlerbooms in der Publizistik und den Medien, deren einziges Ziel oft die Sensation war und ist, haben natürlich nicht dazu beigetragen, die Auseinandersetzung zu versachlichen. Was ist dazu zu sagen?

Die Frage nach dem Verhältnis von Personen und Strukturen in der Geschichte oder, wie es die Klassiker des Historismus formuliert haben, zwischen Individuum und Allgemeinem, ist so alt wie die Geschichtsschreibung selbst. Im Falle des Nationalsozialismus kommt erschwerend hinzu, dass Hitler und auch die andern NS-Größen nicht gerade das waren, was man als grosse Persönlichkeiten bezeichnen könnte. Vielmehr stehen die recht armselige Persönlichkeit Hitlers und die weltgeschichtliche Wirkung, die sie hervorgebracht hat, in einem eklatanten Missverhältnis. Wir sind der Ansicht, dass man durchaus die führende Rolle Hitlers im Machtergreifungsprozess und auch späterhin anerkennen kann, ohne ihn deswegen zur «historischen Grösse» im Sinne Jacob Burckhardts emporzustilisieren. Burckhardt selbst hat ja die bezeichnende Einschränkung gemacht, gar nicht gross seien «die blossen kräftigen Ruinierer», und er sprach in diesem Zusammenhang auch von den «Revolutionszelebritäten», denen deswegen keine Grösse zukomme, weil sie eben kein Allgemeines darstellten, «sondern nur die Wut und das Programm einer Partei». Es sollte nicht schwerfallen, Hitler in diese Kategorie einzureihen. Wir betonen das nicht zuletzt deshalb, weil gerade Jacob Burckhardts *Weltgeschichtliche Betrachtungen* in dieser Hinsicht oft unvollständig zitiert werden.

Wir sind der Ansicht, dass gerade die Machtergreifung des Nationalsozialismus in ihrer so erstaunlichen Folgerichtigkeit und Zielstrebigkeit ein Beispiel dafür ist, welche entscheidende Rolle eine Handvoll Männer in einem solchen geschichtlichen Prozess spielen können. Die Bedeutung der

drei Führungsfiguren Hitler, Göring und Goebbels – um hier nur diese zu nennen – scheint uns derart zu sein, dass die Machtergreifung, so wie sie abgelaufen ist, ohne diese kaum denkbar wäre. Die NS-Machtergreifung ist nicht das Resultat einer sozialen Eigendynamik der Bewegung, einer «Revolution von unten», sondern sie war weitgehend ein von oben gelenkter Vorgang. Das heisst nicht, dass es diese «Revolution von unten» nicht gegeben hätte. Wir selbst haben seit eh und je auf dieses Phänomen hingewiesen. Selbstverständlich wäre die Errichtung einer NS-Diktatur ohne die Massenbewegung der Partei ebenfalls nicht denkbar gewesen, wobei allerdings gleich hinzuzufügen ist, dass diese Massenbasis eben auch in erheblichem Ausmass das Werk eines Hitler gewesen ist. Wie überall im Geschichtsprozess greifen auch hier individuelle und allgemeine Kräfte ineinander und machen erst zusammen das Ganze aus. Aber es gibt eben geschichtliche Vorgänge, die dadurch charakterisiert sind, dass einige wenige hervorragende Individuen eine massgebende Rolle spielen. Die Machtergreifung und das NS-Herrschaftssystem überhaupt gehören unseres Erachtens eindeutig in diese Kategorie.

Die Kriminalisierung der Politik war in der NS-Ideologie, die mit Hitlers sogenannter Weltanschauung im Wesentlichen identisch war, sozusagen vorprogrammiert. Menschenverachtung und Gewaltanbetung stehen im Mittelpunkt. Für Hitler war Politik Kampf mit allen Mitteln bis zur totalen Unterwerfung oder Vernichtung des politischen Gegners, zunächst in der Innen-, dann in der Aussenpolitik. Mit der Berufung dieses Mannes zum deutschen Regierungschef war der Weg unwiderruflich beschritten, der Deutschland für Jahre in tiefste Barbarei stürzen sollte. Der brutale SA-Terror gegen politische Gegner, der schon den letzten Jahren der Weimarer Republik den Stempel aufgedrückt hatte, wurde jetzt sozusagen staatsoffiziell, besonders nachdem Göring Mitte Februar den Schlägerbanden der Partei Polizeifunktionen zuwies. Dass nackte Gewalt das Gesetz sein würde, nach dem dieses neue Deutschland angetreten war, wurde auch im Ausland rasch vermerkt, gerade auch in der neutralen Schweiz.

Nur drei Tage nach der Berufung Hitlers gebrauchte die eher vorsichtig-zurückhaltende *Neue Zürcher Zeitung* bereits das Wort «Terror», um die Politik der Nationalsozialisten zu charakterisieren. Zu Görings berühmtem Schiessbefehl an die Polizei meinte ein anderes, ebenfalls bürgerliches Schweizer Blatt, in der neueren Geschichte stehe «diese brutale nackte,

hochobrigkeitliche Aufforderung an die Polizei, Partei zu nehmen, einzig da». Der Ton steigerte sich schlagartig im Zusammenhang mit der Reichstagsbrandaffäre und der Beschuldigung von Kommunisten und Sozialdemokraten, was vor allem die letzteren auch in der Schweiz verständlicherweise herausforderte. Eines ihrer Blätter schrieb denn auch «von den entmenschten Horden, die heute Deutschland regieren». Diese Zitate schienen mir nicht unwichtig, um einen Eindruck davon zu geben, wie die NS-Machtergreifung und ihre Begleiterscheinungen damals im Ausland kommentiert wurden.

Besonders krass kam der wahre Charakter der neuen politischen Linie auch in den alsbald einsetzenden Schikanen gegen den jüdischen Bevölkerungsteil zum Ausdruck. Der *Antisemitismus und Rassenfanatismus* wurde von allem Anfang an zu einem bestimmenden Prinzip der neuen Politik, insbesondere der Personal- und Kulturpolitik. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Kampagne bekanntlich mit dem offiziell abgesegneten Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933, ein Unternehmen, das von Goebbels organisatorisch und propagandistisch minutiös vorbereitet wurde. Kurz darauf folgten die Beamtenetze als «Legalisierung» der längst angelaufenen Massnahmen gegen jüdische Beamte, Rechtsanwälte und Ärzte sowie gegen Hochschuldozenten. Unseres Erachtens sollte die Frage diskutiert werden, welcher Stellenwert dem Antisemitismus im Machtergreifungsprozess und eventuell auch darüber hinaus in der NS-Politik überhaupt zukommt. Ist der Rassenfanatismus tatsächlich, wie heute von gewissen Historikern behauptet wird, lediglich Instrument einer nationalen Integrationsideologie gewesen, oder war er nicht vielmehr eigentliches Ziel der weltgeschichtlichen Mission, die Hitler zu haben glaubte, nämlich Schaffung eines judenfreien und rassereinen Deutschlands und später auch Europas? Unseres Erachtens steht die Grundrichtung der anti-jüdischen Politik von Anfang an fest, und sie endete folgerichtig in dem Verbrechen des millionenfachen Massenmordes. Schliesslich hat ja Goebbels bereits in seiner Rundfunkrede vom 1. April 1933, mit welcher er den Boykott zu rechtfertigen versuchte, mit der Vernichtung des deutschen Judentums in aller Öffentlichkeit gedroht. Können wir es uns leisten, solche Drohungen nicht ernst zu nehmen, nach allem, was nachher geschehen ist? Wir halten nichts von der These der «kumulativen Radikalisierung», vielmehr war die Radikalität von Anfang an da, sie passte sich lediglich den jeweiligen Machtverhältnissen an.

Auch hinsichtlich des anderen Aspektes seiner strategischen Zielsetzung, der *Eroberung neuen Lebensraums*, der ja aufs Engste mit der Rassenpolitik gekoppelt war, machte Hitler unmittelbar nach dem Regierungsantritt klar, dass es sich auch hier nicht lediglich um das ideologische Geschwätz eines exzentrischen Parteiführers handelte, das jetzt vergessen werden konnte. So betonte er bekanntlich bereits wenige Tage nach seiner Berufung in das Kanzleramt anlässlich seines ersten Kontaktes mit den höchsten militärischen Befehlshabern, dass er auch als Regierungschef an seinen diesbezüglichen Plänen festzuhalten entschlossen war. Ausgehend vom Kampf gegen Versailles, sollte die aussenpolitische Aktivität bis zur «Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung» vorangetrieben werden – genau wie er es in ‚*Mein Kampf*‘ gefordert hatte. Natürlich war es vorläufig noch nicht so weit. Denn vorerst galt es, andere Ziele zu verwirklichen: die völlige Umkehrung der innenpolitischen Zustände und die Schaffung einer absoluten Kampf- und Wehrbereitschaft des ganzen Volkes durch «straffste autoritäre Staatsführung». Erst wenn dieses innenpolitische Ziel erreicht sein würde, könnte zu einer aktiven und expansiven Aussenpolitik übergegangen werden. Kann man bestreiten, dass dies ein klares Programm war und dass es in den kommenden Jahren auch realisiert wurde? Ja, dass die Verwirklichung das Programm noch übertreffen sollte? Wir müssen bekennen, dass es uns schwerfällt, eine heute gängige Auffassung nachzuvollziehen, wonach solche Absichtserklärungen nicht zum «Nennwert» zu nehmen seien, nachdem sie doch Punkt für Punkt realisiert wurden.

Allen solchen modischen Theorien gegenüber halten wir an der Auffassung fest – auf die Gefahr hin, als «Intentionalist» oder «Programmologe» abgestempelt zu werden –, dass der Nationalsozialismus sowohl in seiner «Raumpolitik» wie in seiner «Rassenpolitik», nimmt man alles in allem, die konsequente Verwirklichung der ursprünglichen und stets doktrinär festgehaltenen fixen Ideen von Hitlers Weltanschauung gewesen ist. Die nationalsozialistische Politik hat sich, bis hin zu Eroberungskrieg und Völkermord, ganz folgerichtig aus ihren eigenen Prämissen entwickelt. Wer dagegen glaubt, diese Politik sei mehr auf opportunistische Improvisation als auf absichtsvolle Planung, mehr auf Reaktion als auf Aktion sowie auf Zufälle und Sachzwänge zurückzuführen, der begeht unseres Erachtens

den Fehler, den Willen der NS-Führer, ihre von jeher feststehenden, schon in der Anlage verbrecherischen Ziele mit allen Mitteln zu verwirklichen, zu unterschätzen – eine Unterschätzung, die sich damals auch viele Zeitgenossen, sehr zu ihrem Leidwesen, zuschulden kommen liessen. Doch die Historiker von heute sollten die Irrtümer der Politiker von gestern nicht wiederholen.

Erste Diskussionsrunde

Martin Broszat (München): Ich möchte mich zunächst darauf beschränken, in ein paar Minuten holzschnittartig ein paar Elemente der Struktur der Herrschaft, wie sie sich nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 ergeben hat, herauszustellen.

In gewisser Weise kann man sagen, dass diese erste Phase bis zum Sommer 1934, die man normalerweise in den Schulbüchern als die eigentliche Phase der nationalsozialistischen Revolution und Machtergreifung bezeichnet, mit ihren unterschiedlichen Aspekten oder Pendelschwüngen – Machteinsetzung von oben, Machtdurchsetzung oder Revolution von unten, Stop dieses revolutionären Drangs ab Spätfrühjahr/Sommer 1933 bis hin dann zum Röhm-Putsch, wiederum Machtvergrößerung Hitlers aufgrund dessen –, dass sich hier schon Elemente des Grundmusters auch der späteren Entwicklung des Regimes zeigen.

Dieses Grundmuster bestand zunächst einmal in der gewaltsamen Ausschaltung des ganzen Spektrums links von der Mitte, der politischen Kräfte der Arbeiterbewegung und auch aller liberaldemokratischen Strömungen, die bis 1929/1930 gut die Hälfte der deutschen politischen Gesellschaft ausgemacht hatten, in der Stilllegung dieses gesamten geistig-politischen Kräftepotentials. Von daher war das Kräftefeld, das blieb und sich fortan mit der NS-Führung arrangierte, zunächst einmal ganz gewaltig eingeschrumpft.

Die Bedeutung dessen kann meines Erachtens gar nicht überschätzt werden. Das bedeutete zum Beispiel die zwangsweise Stilllegung – und hier berühren wir die soziale und wirtschaftliche Verfassung – der kollektiven Selbstbestimmung der Arbeiterschaft und damit auch des gesellschaftlichen Faktors der kollektiven Interessenvertretung der Arbeiterschaft innerhalb des politischen und sozialen Systems zugunsten einer entsprechenden Entlastung der Arbeitgeber und besserer Möglichkeiten staatlicher Intervention in der wirtschaftlichen Krisenbekämpfung. 1933/34 liess sich das vielleicht noch als Sachzwang der Krisenbekämpfung ansehen, spätestens ab 1935/36, als die Vollbeschäftigung wieder hergestellt war und eine eindeutig von politisch-ideologischen Zielsetzungen bestimmte Autarkie- und

Rüstungswirtschaft eingeleitet wurde, bedeutete dies eine definitive Veränderung der Sozialverfassung, auch mit der Folge, dass dabei die materielle Lastenverteilung zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben wurde.

Die Ausschaltung der linken und liberaldemokratischen Kräfte bedeutete aber auch – und das berührt nun die politische Kultur, die Fritz Stern heute Vormittag angesprochen hat – die Mundtotmachung all jener humanitären Positionen im politischen und geistigen Leben wie des Pazifismus, Antimilitarismus, Antikolonialismus, internationalen Sozialismus und im weiteren Sinne überhaupt all jener aus moralisch-rechtlicher und kultureller Sensibilität vertretenen Meinungen und Überzeugungen, die traditionell vor allem auf der Linken angesiedelt waren und bei denen auch Vertreter der deutsch-jüdischen Geistigkeit – gerade in der Weimarer Republik – eine so hervorragende Rolle gespielt hatten. Für das spätere Umsichgreifen der nationalen Selbstbespiegelung, eines hypertrophen Nationalismus, der Herrschaft eines – wie man sagen könnte – moralisch höchst anspruchslosen «gesunden Volksempfindens», das einen massiven Wall der Unempfindlichkeit auch gegen Terror und Verbrechen des Regimes bildete, kann die Ausschaltung dieser selbstkritischen und moralischen Kräfte überhaupt nicht überschätzt werden.

Was übrig blieb, nachdem die Rahmenbedingungen so gesetzt waren, war das Arrangement der NS-Bewegung mit den deutschnationalen und nationalkonservativen Eliten und Kräften in der deutschen Gesellschaft, die die Machteinsetzung Hitlers ermöglicht und dabei entscheidende Hilfe geleistet hatten, ein Arrangement sowohl in der Machtorganisation des Regimes wie in der gesamten öffentlichen und geistigen Atmosphäre des Dritten Reiches. Diesem Arrangement verdankte – das kann ich hier nicht im Einzelnen ausführen – die nationalsozialistische Bewegung und Führung schon vor 1933 all ihre hinzugewonnene Respektabilität und dann nach 1933 fast alles, was dem Regime national und aussenpolitisch weiterhin zur Respektabilität und Stabilität verhalf, was ihm zeitweilig auch noch eine relative Rationalität der Herrschaft verschaffte und ihm bis 1938 vor allem auch die grossen aussenpolitischen Erfolge einbrachte.

In dieser Phase bis etwa 1937/38 war auch die Balance zwischen nationalsozialistischen weltanschaulichen und Bewegungs-Kräften und Elementen der konservativen autoritären Diktatur noch einigermassen gehal-

ten, das Ausmass aussernormativer polizeistaatlicher Kräfte noch eingedämmt und begrenzt. In dieser Phase konnte das Regime auch das Höchstmass seiner populären Integrationskraft entfalten.

Innerhalb dieses Arrangements aber lag seit dem Frühjahr 1933 die Initiative klar bei der nationalsozialistischen Führung. Das konservative Zähmungskonzept zerbrach praktisch schon, als am Vorabend des 30. Januar 1933 die künftigen Partner Hitlers, vor allem Hindenburg, von Papen, Hugenberg, Hitler die Abhaltung nochmaliger Wahlen zugestanden, und damit die Möglichkeit, mit dem Bonus des Kanzlers und nun auch unterstützt von den Machtmitteln der Regierung nochmals eine Wahl abzuhalten und den plebiszitären Impetus dieser Wahl vom 5. März 1933 zu benutzen, um sowohl die föderativen Gegengewichte der Länderregierungen auszuschalten als auch, über das Ermächtigungsgesetz, die Abhängigkeit von der Notverordnungsvollmacht des Reichspräsidenten erheblich zu verringern und mit Hilfe des schon seit dem 28. Februar 1933 – Reichstagsbrandverordnung – geltenden Ausnahmezustandes nun auch die Ausschaltung der bürgerlichen und konservativen Parteien zu betreiben.

Die schnelle Abdankung der konservativen Kräfte hatte – so scheint mir – zumindest zwei erkennbare Ursachen: Zum einen ihre eigene Unfähigkeit zur sozialen Integration, ihre Unterschätzung nicht nur der politischen Zielstrebigkeit der nationalsozialistischen Führung, sondern auch der realen Kraft der hinter ihr stehenden sozialen und vor allem sozialpsychologischen Dynamik. Nachdem sich schon in den Monaten des Frühjahres und Sommers 1933 herausgestellt hatte, mit welcher Überlegenheit die NS-Führung Gefühle, Sehnsüchte und den aufgestauten Integrationshunger der Massen zu lenken oder politisch zu nutzen verstand, brach das konservative Selbstbewusstsein vollends zusammen. Und es scheint mir bezeichnend, dass Hitler, der als Inkarnation des Volkswillens gleichsam von dieser plebiszitären Legitimation lebte, auch sehr schnell schon von konservativen Generälen und Ministern in seiner Regierung eben deswegen als sakrosankt angesehen wurde – und konservative Staatsrechtler bestätigten das ja spätestens 1934/35 auch förmlich.

Der zweite erkennbare Grund ist – und das sollte nicht unterschätzt werden – die hochgradige Infektion dieser konservativen Partner Hitlers mit

Elementen des ideologischen Nationalismus und selbst Feindbildern der völkischen Ideologie und des Antisemitismus und die sich daraus ergebende Teilübereinstimmung und Affinität mit dem Nationalsozialismus, die auch eine Hineinverstrickung der konservativen Regierungspartner in die aggressiven Massnahmen der ersten Jahre, der Verfolgung von politischen oder sonstigen Gegnern, zum Ergebnis hatte. Und diese Korruption der konservativen Partner ist, so scheint mir, auch eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür gewesen, dass konservativer Widerstand später so schwach und viel zu spät kam.

Eberhard Jäckel (Stuttgart): Ich möchte die Aufmerksamkeit auf ein Problem richten, das dem historischen Verständnis Schwierigkeiten bereitet und in der Forschung zunehmend kontrovers diskutiert wird, nämlich das Problem der Rolle des Führers oder der Rolle der Persönlichkeit. Ganz ohne Zweifel stand ja Hitler im Mittelpunkt; die Herrschaft des Nationalsozialismus war nicht die Herrschaft einer Gruppe. In der NSDAP hatte es schon seit 1921 keine Beschlussorgane mehr gegeben. Man darf nicht übersehen, dass diese Partei niemals über ein Zentralkomitee oder etwas Vergleichbares verfügt hat. Nach 1933 ist auch das Reichskabinett als ein Beschlussorgan sehr rasch ausgeschaltet worden. Hinzufügen könnte man noch, dass die Parteitage immer nur rein deklamatorische Veranstaltungen waren, auf denen niemals die Politik diskutiert oder Beschlüsse gefasst wurden.

Hitler stand also an der Spitze, übrigens auch bei den Zielen. Man kann dies ziemlich genau verfolgen, weil Hitler in den frühen Jahren sehr viel davon gesprochen hat. Es sind zwei Ziele gewesen, die Hitler formuliert hatte. Das eine war die Forderung nach einem Krieg zur Eroberung von Staatsgebiet, das nicht zuvor zum Deutschen Reich gehört hatte, und zwar – wie Sie alle wissen – in Osteuropa und auf Kosten der Sowjetunion. Hitler war schon in dieser Forderung, als er sie in den zwanziger Jahren formulierte, eine Ausnahme insofern, als der überwiegende Teil der Deutschen das aussenpolitische Ziel Deutschlands in einer Wiederherstellung des Zustandes von 1914 sah, die einen mit Hilfe eines Krieges, die anderen auf friedlichem Wege, während Hitler von vornherein darüber hinausging. Und das andere war sein Ziel, das er 1919 mit den Worten der «Entfernung der Juden überhaupt» formulierte, und von dem er 1924 und danach sagte, dass es nur blutig durchgesetzt werden könne. Auch hierin unterschied Hit-

ler sich von allen anderen Antisemiten, die im Wesentlichen einen verbalen Antisemitismus äusserten und nicht so deutlich zu verstehen gaben, wie denn die antisemitischen Ziele durchgesetzt werden sollten.

Nun kann man natürlich sagen, dass das, was jemand in den zwanziger Jahren gesagt hat, völlig nebensächlich sei. Und das wäre ja wohl auch so, wenn nicht am Ende das Resultat dieser Herrschaft ergeben hätte, dass genau diese beiden Ziele das eigentliche Charakteristikum dieser Epoche gewesen sind, nämlich der Krieg gegen die Sowjetunion und der Mord an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg.

Nun muss man aber ausserdem sagen – darüber ist in der letzten Zeit viel diskutiert worden –, dass dieser Staat, der da 1933 eingerichtet wurde, kein zentralistischer Führerstaat gewesen ist, sondern dass er charakterisiert gewesen ist – was wir übrigens seit Langem gewusst haben und was seit einiger Zeit unter dem Schlagwort der «Polykratie» vorgetragen wird – durch ein Chaos von Kompetenzen.

Ganz ohne Zweifel gibt es ein Problem der Vermittlung zwischen dem, was ich auf der einen Seite die bedeutende Rolle Hitlers genannt habe – man könnte das mit dem Begriff der Monokratie zusammenfassen –, und auf der anderen Seite dem Kompetenzchaos, also der Polykratie. Und wir müssen zwischen diesen beiden Auffassungen – und vielleicht kann unser Podium heute dazu dienen – eine gewisse Verbindung finden.

Man kann natürlich die Frage stellen, ob Männer die Geschichte machen, und das lässt sich sehr schnell verneinen, denn Männer können in der Geschichte immer nur unter ganz bestimmten Bedingungen handeln. Nein, ich glaube, dass die Kontroverse, die in der Forschung ausgetragen wird zwischen den sogenannten Monokratischen und den Polykratischen – wenn ich das jetzt einmal abgekürzt so sagen darf –, sich verhältnismässig leicht als ein Scheingefecht erweisen kann, wenn man nämlich zu der Einsicht gelangt, dass ein Monokrat der beschriebenen Form, wie Hitler es war, nur mit polykratischen Mitteln seine ganze spezifische Herrschaft aufrechterhalten kann. Hier ein paar Beispiele: Ein Alleinherrscher kann nur herrschen, weil er nicht der Exponent einer Gruppe ist, indem er sich auf wechselnde Mehrheiten stützt, indem er einmal hier und einmal dort seine Unterstützung sucht. Das hat Hitler von Anfang an getan. Der Tag von Potsdam war eine Verneigung vor den konservativen Eliten. Hitler gab den

Monarchisten sogar zu verstehen, er würde vielleicht die Monarchie wiederherstellen. Zugleich versprach er seinen eigenen Anhängern Arbeit und Brot und liess seine SA ein erstes antijüdisches Pogrom durchführen. Ein anderes Beispiel, das gestern schon erwähnt worden ist: Hitler kam der Arbeiterbewegung – die er im Übrigen am hartnäckigsten verfolgt hat – ein wenig entgegen, indem er den 1. Mai zum Tag der nationalen Arbeit machte, und am 2. Mai löste er die Gewerkschaften auf. Im Juni 1934 das gleiche: Hitler stand vor der Entscheidung: mit der SA oder mit der Reichswehr? Er entschied sich für die Reichswehr, liquidierte damit sozusagen die SA, errichtete aber im gleichen Zuge die SS als eine besondere Verfügungstruppe für seine Herrschaft, und das ging durch das ganze Regime so weiter.

Tim Mason (Oxford): Ich stimme mit Herrn Löwenthal in seinem Vortrag von gestern Abend darin überein, dass man die nationalsozialistische Machtergreifung nicht als Konterrevolution kategorisieren kann. Ich möchte aber die These zur Diskussion stellen, dass es die konterrevolutionären Aspekte der Machtergreifung waren, die das wesentliche Moment der politischen Integration in der sogenannten nationalen Erhebung von 1933 darstellten. Das heisst, dass der massive Angriff auf die linken politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland die verbindende Klammer in dieser Zeit der Etablierung der Diktatur bildete, eine Klammer, die weit über den Rahmen der nationalsozialistischen Bewegung selber hinaus wirksam war, nicht zuletzt in der katholischen Kirche.

Das spezifisch Nationalsozialistische dieser Lösung des politischen Klassenkonflikts im Deutschland von 1933 scheint mir in der Radikalität zu liegen. Es kam eben nicht zum autoritären rechtsstaatlichen Parteiverbot, sondern zur totalen Zerschlagung und zur terroristischen Unterdrückung der beiden Arbeiterparteien und der Gewerkschaften.

Nun, dieser Erfolg, in erster Linie ein Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung – vor allem der SA –, ging wohl weit über das hinaus, was in reaktionären Kreisen an Vorstellungen über das notwendige Zurückdrängen der Macht und des Einflusses der Arbeiterklasse im Staat bestand. Es ist aber von entscheidender Bedeutung gewesen, dass die Zerschlagung der Arbeiterbewegung in den Kreisen der Bürokratie und der Industrie 1933 akzeptabel war. Sie hatten ja – das war Gegenstand eines Teils der Diskus-

sion heute Vormittag – selber keinen politischen Weg gefunden, die Macht der Institutionen der Arbeiterbewegung vor 1933 effektiv zurückzudrängen.

Für sehr wichtig halte ich es auch, dass in den Freiraum, der durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung geschaffen wurde, nicht in erster Linie nationalsozialistische Kräfte hineingestossen sind, sondern dass die wesentlichen Bereiche der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bis zum Jahr 1936 zumindest in der Hand von Beamten und Vertretern konservativer politischer Richtungen, in der Hand der Interessenverbände und von Gruppen der Industrie und des Finanzwesens lagen. Hätten die nationalsozialistischen Kräfte 1933 mit Erfolg einen Vorstoss in diesen Raum gemacht, dann wäre der wirtschaftliche Aufschwung der dreissiger Jahre wohl in der Form, in der er tatsächlich erfolgte, nicht zustande gekommen.

Hier möchte ich die Ausführungen von Herrn Broszat doch etwas qualifizieren: Meines Erachtens waren in diesem wichtigen Bereich die autoritären, politisch reaktionären und nichtnationalsozialistischen Kräfte durchaus in der Lage, ihre Position erfolgreich zu behaupten. Man sehe sich die ausserordentlich zaghafte Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront, der neuen Massenorganisation für alle Berufstätigen an. Die Tatsache, dass dieser Verband 1934 davon abhängig ist, dass die Unternehmer bereit sind, die Beiträge über ihre Lohnbüros abzuführen, ist bezeichnend. Die neue Kräftekonstellation beruhte darauf, dass die Arbeitsfront zunächst auf propagandistische, sogenannte Erziehungsfunktionen beschränkt wurde. Ein weiteres Beispiel: das Arbeitsordnungsgesetz vom Januar 1934, das gemeinhin als das im ideologischen Sinn «nationalsozialistische» Dokument auf diesem Gebiet betrachtet wird, ist eben *nicht* nationalsozialistischer Provenienz gewesen, sondern stammt von Verbandsanwälten der Industrie, die 1933 in die Bürokratie übernommen wurden. Das und auch vieles andere wirkte konterrevolutionär und war gerade darum 1933/34 politisch durchsetzbar. Auf der Basis dieser gewaltsamen, im Lager der ‚nationalen Erhebung‘ nicht kontroversen Zerstörung der Arbeiterbewegung, vermochte das Regime dann später die eigene barbarische Eigendynamik zu entwickeln. Gewiss, jene Eigendynamik (Völkermord, die Selbstvernichtung des Regimes) reichte über das Konterrevolutionäre weit hinaus. Die wesentlichen machtpolitischen Voraussetzungen dafür lagen jedoch

in denjenigen institutioneilen und interessenpolitischen Verschränkungen zwischen alten Eliten und neuer politischer Führung, die sich – immer auf Kosten der Arbeiterklasse – in den Anfangsjahren vollzogen. Anders gesagt, die gegenseitige Anpassung und Annäherung zwischen Staatsverwaltung/Grossindustrie auf der einen und der Spitze der Diktatur auf der anderen Seite waren es, welche allein die ungeheure Machtentfaltung des Herrschaftssystems erst ermöglichten. In diesem Sinne – auch aber hinsichtlich der Herausbildung des Polizeistaats und dessen Legitimation – betrachte ich den politischen Klassenkampf als Angelpunkt des Prozesses der Machtergreifung.

Einige Bemerkungen noch zu den Schwierigkeiten, die die Organisationen der Arbeiterbewegung in dieser Zeit hatten, effektiven politischen Widerstand zu leisten. Ich glaube, es wird noch etwas unterschätzt, inwieweit die Weltwirtschaftskrise die Arbeiterbewegung in Deutschland tatsächlich geschwächt hat. Die Massenarbeitslosigkeit hat die politische Spaltung der Arbeiterklasse stark bekräftigt. Die KPD war unter den Arbeitslosen eine genuin populäre Partei, trotz der irrationalen Politik, die die Führung damals betrieben hat.

Die Massenarbeitslosigkeit hat auch schwer an der Substanz der Gewerkschaften gezerrt. Man stelle sich vor, Ende 1932 waren zwei Drittel der Mitglieder arbeitslos oder in Kurzarbeit. Die Aussichten auf Streiks als Verteidigungswaffe waren unter diesen Umständen ausserordentlich gering. Das ist nicht der einzige Grund, warum die Gewerkschaftsführung eine Politik der Passivität betrieben hat, aber es war ein sehr wichtiger Grund.

Hinzu kam eine Politisierung des Arbeitsmarktes, der ich eine relativ grosse Bedeutung beimesse. Sie bedeutete ein sehr starkes Disziplinierungsinstrument bei einem Arbeitslosenstand im Jahre 1933 von 6-7 Millionen. Im Frühjahr 1933 erfolgte die massenweise Entlassung von Betriebsräten und Angehörigen der Sozialdemokratie. Darauf folgte die Bestimmung, dass Angehörige der nationalen Verbände bei der Verteilung neuer Arbeitsplätze die Priorität haben sollten. Sodann kam eine deutlich spürbare Welle der Privatisierung, insbesondere unter den ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der SPD, ein Entschluss, nachdem der politische Kampf verlorengegangen war, sich dem durchaus schwierigen Problem des Broterwerbs zu widmen.

Es war die Arbeitsmarktlage – um nochmals die Bemerkung von Frau

Professor Thalmann aufzugreifen –, die der spezifisch nationalsozialistischen Politik gegenüber Frauen und Familie die Tür geöffnet hat. Dies war wiederum der Hauptbestandteil nationalsozialistischer Sozialpolitik, sofern man überhaupt von einer solchen reden kann: Die Komponente der penetrant ritterlichen Unterdrückung der Frau war der wichtigste durchgängige Strang. Der Versuch, Frauen aus dem Berufsleben zu vertreiben, ging einher mit einer sehr gezielten, manipulativ gescheiterten Politik der Eheförderung. Ehestandsdarlehen spielten eine wichtige Rolle bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Sommer 1933. Und das setzte sich dann, um die Perspektive weiterzuentwickeln, fort in der Einführung von Kinderbeihilfen 1938/39 und dann in der Politik der Trennungsunterstützung für die Angehörigen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg.

In all diesen Zusammenhängen erweist sich die Weltwirtschaftskrise als der entscheidende Bestimmungsfaktor in der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Gerhard Schulz (Tübingen): Trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich mir den Luxus einer allgemeinen Bemerkung erlauben, die nicht zum jetzigen Stand der Diskussion gehört, sondern allgemein dieser Diskussion gelten soll. Wir betreiben Zeitgeschichte letztlich, weil wir dem Stimulus folgen, aus der Geschichte lernen zu wollen. Um aber aus der Geschichte zu lernen, was ja seit altersher ein Problem ist, bedarf es, wie ich meine, sehr vieler Geschichte. Das heisst, dass man nur aus kumulierten Erfahrungen Folgerungen ziehen kann, dass bei punktuellen Erforschungen oder Spezialisierungen auf bestimmten Sektoren, wenn sie nicht integral erfasst werden und universale Übersichten entstehen, der Ertrag der Erfahrungen gegen Null konvergiert oder nur zu politischen Meinungen führt, aber nicht zu grösseren, tragfähigen Ergebnissen.

Das kann man sehr gut an der Verwendung von Begriffen erkennen. Die Zeitgeschichte verführt geradezu zur Anwendung bestimmter Begriffe, die Positionen erkennen lassen oder Richtungen des Denkens bestimmen. Begriffe können ordnungsstiftend, erhellend, aufklärend wirken; aber sie können auch zu Irritationen führen. Sie haben keine anderen Eigenschaften als Energie. Ihre Nutzung stiftet nicht nur Orientierung, sondern sie setzt sie im Grunde genommen voraus. Wir haben erlebt, dass bei Begriffen wie

Faschismus Missverständnisse leicht eintreten können, sofern nicht eine Vorklärung erfolgt. Und wir haben eine ganze Reihe von Begriffen kennengelernt, die, wenn ihnen andere Erscheinungen subsumiert werden, plötzlich ein neues Licht auf diese Erscheinungen werfen. Es ist meines Erachtens kaum ein Erkenntnisprozess zu nennen, die Machtergreifung dem Revolutionsbegriff zu subsumieren oder den Revolutionsbegriff herauszulassen.

Auch «politische Kultur» ist ein Wort, das ausserordentlich verführerisch klingt. Aber die Feststellung, dass es in Deutschland weniger, in Frankreich mehr «politische Kultur» gab, ist einstweilen gar nicht ausreichend, sondern bedarf der Begründung. Ich halte dies für einen relativen Begriff von unbestimmter Relevanz. Auch über Irrationalismus in der Politik zu sprechen, fällt immer leicht. Aber man weiss gar nicht recht, gegen wen man da polemisiert. Denn dass derjenige, der wissenschaftliche Ambitionen hat, schon immer der Partei des Rationalismus beigetreten ist, versteht sich schon von selbst. Wer bleibt aber dann im Zeitalter der Wissenschaftlichkeit als Irrationalist noch übrig?

Glücklicherweise gibt es so etwas wie einen autogenen Prozess der Begriffshygienisierung. Eine Inflation, die übermässig häufige Anwendung von Begriffen führt geradezu automatisch zu ihrer Entwertung, und man kann sie beiseite lassen. Der Begriff Polykratie, für den ich im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus Urheberrechtsansprüche erhebe, ist angewendet worden in einer Weise, von der ich mich nur distanzieren kann. Übrigens ist nicht ein Kompetenzenchaos darunter verstanden worden, sondern die Existenz mehrerer Zuständigkeitsstränge innerhalb einer möglicherweise monokratischen Ordnung innerhalb des Führerstaates.

Ein anderes Begriffsmittel sind Zäsuren. Man hängt seine Erinnerungen gerne an Daten und Zäsuren an – auch schon aus mnemotechnischen Gründen –, bedenkt häufig aber nicht, dass eine Zäsur sich ja immer erst ergibt, wenn man sowohl nach der einen als auch nach der anderen Seite schaut.

Für den 30. Januar 1933 ist die Frage zu stellen, in welcher Hinsicht dies eine Zäsur ist. Ganz ohne Zweifel im Hinblick darauf, dass Hitler Reichskanzler wurde und aus diesem Amt nicht mehr geschieden ist, sondern immer nur mehr Macht an sich gezogen hat – mag dies auch mit Hilfe anderer Instanzen und Persönlichkeiten geschehen sein und mit Hilfe einer grossen Propaganda.

Ich möchte aber doch dazu raten, die Machtergreifung so, wie es gestern

schon geschehen ist, als einen fortgesetzten, keineswegs planmässig angelegten, von Rückschlägen gekennzeichneten Prozess anzusehen, der etwa von diesem 30. Januar 1933 bis zum August 1934 abgelaufen ist. Mir scheint, dass deutlich Phasen zu unterscheiden sind. So gibt es die erste Phase einer fortgesetzten Steigerung der Macht der Reichsregierung und des Reichskanzlers bis zu den Juli-Gesetzen 1933. Auch dies ist nicht nach feststehendem Plan verlaufen, aber jeweils doch so, dass der Reichskanzler und Parteiführer letztlich entscheiden und zu seinen Gunsten entscheiden konnte und seine Stellung ausbaute.

Vom Juli 1933 bis zum Plebiszit vom 14. November 1933 beobachten wir eine Phase der Beruhigung. In dieser Zeit kann man von einem Bündnis zwischen dem Reichskanzler Hitler und starken gesellschaftlichen Kräften sprechen, das sich zu verwirklichen scheint.

Hitler hat in einer seiner ersten Erklärungen davon gesprochen, dass es gelte, die Not der deutschen Bauern und die Not des deutschen Arbeiters zu beenden. Man kann davon ausgehen, dass diese beiden Punkte in dieser Reihenfolge ihm in dieser Zeit am Herzen lagen. Zu den «Bauern» gehörten allerdings auch andere Gruppen, etwa der Reichsgrundbesitzerverband, der durch Personalunion in der Leitung auch mit dem Schutzverband der Verpächter verbunden war und die Interessen der adeligen Häuser und der ehemals reichsständischen Familien wahrnahm. Sie konnten schon im April in einer Besprechung mit Hitler die Erhaltung des Fideikommisses durchsetzen. Ende Mai/Anfang Juni folgte dann auch ein Einvernehmen mit einem Kreis von Industriellen auf der Basis der von Hitler proklamierten Vorbereitung einer grossen Rüstung, die schliesslich Investitionen in grossem Umfange in die Wege leitete. Aber es kam doch zunächst noch nicht zu einem durchschlagenden Erfolg in der Wirtschaftspolitik. Nach dem November 1933 ist wieder eine Krise, eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erkennen. Trotz der Veränderung der rechtlichen Grundlagen der statistischen Erhebung der Arbeitslosen, die eine Reduzierung der Gesamtzahl bewirkte, liegt die Zahl im Dezember 1933 wieder bei über 4 Millionen.

Seit Ende 1933 bis zum August 1934 ereignete sich sehr viel Widersprüchliches, das sich hier nicht in kurzen Worten beschreiben lässt. Es ist, im Grunde genommen, die erste schwere Krise, die das Regime durchste-

hen muss und nur mit knapper Not durchsteht. Natürlich wirft die Nachfolgefrage des Reichspräsidenten, der im hohen Alter steht, ihren Schatten voraus, und es sind Kräfte am Zuge, die eine Wiederherstellung der Monarchie anstreben. Wie weit diese Gruppen reichen, kann man nur aus einigen Anzeichen vermehren, beispielsweise aus den Überlieferungen Brünnings, dessen monarchistische Pläne, über die er in seinen Memoiren berichtet, wohl weniger in das Jahr 1932 als in das Jahr 1933 hineingehören.

Von einer nicht existenten Gefahr von Seiten der nationalsozialistischen radikalen Gruppen um Röhm und andere wird man heute nicht mehr sprechen können. Wer die Berichte des Landesgruppenführers in Österreich, Habicht, die Hitler zugeleitet wurden, liest, wird nicht meinen, dass Röhm eine völlig inaktive Rolle in dieser Situation gespielt hat – im Gegenteil! Auf der einen Seite drohte sich manches zu verselbständigen, der Kontrolle zu entziehen; die wirtschaftliche Notlage, verstärkt durch die raschen Devisenabzüge, die gegen Ende des Jahres fast den Nullpunkt erreichen und die Währung in eine schwierige Situation bringen, macht eine neue Aussenhandelspolitik notwendig; und auf der anderen Seite folgt der recht massive Vorstoss konservativer Gruppen, der allerdings nicht durch Grossindustrie und Grossagrarien abgedeckt wird. Doch dieser Vorstoss war keineswegs ein Kinderspiel.

Hitler hat in dieser Situation in einer Überreaktion drastisch und unerwartet entschieden. Er hat gezeigt, zu welchen Handlungen er fähig ist. Aber er hat, ganz im Sinne des Gesetzes, unter dem er angetreten war, wieder seine Macht gestärkt und nun auch die Stellung des Reichspräsidenten beseitigt beziehungsweise sich untergeordnet.

Jürgen Kocka (Bielefeld): Ich möchte kurz etwas zum Verhältnis zwischen Machtergreifung und angestellten Mittelschichten sagen, in der Absicht, damit zwei generelle Fragen anzuschneiden: nämlich einerseits das Problem sozialgeschichtlicher Bedingungen charismatischer Herrschaft, andererseits das Problem der langfristigen sozialgeschichtlichen Einordnung der Machtergreifung.

I. Es ist bekannt und sehr viel darüber diskutiert worden, dass Angestellte im klaren Unterschied zu Arbeitern unter den Wählern und Mitgliedern der NSDAP in den letzten Jahren der Weimarer Republik überrepräsentiert waren. Das heisst nicht, dass alle Angestellten nationalsozialistisch orientiert waren, und das heisst nicht, dass keine anderen Gruppen zur sozi-

alen Basis der NSDAP gehörten. Das heisst nur, dass der Anteil der Angestellten unter den Mitgliedern und Wählern der NSDAP deutlich grösser war als ihr Anteil in der erwerbstätigen Bevölkerung und dies im klaren Unterschied zur Arbeiterschaft.

Man wird die Bedeutung dieser Mittelstandsverwurzelung der nationalsozialistischen Bewegung – für den alten Mittelstand lässt sich ähnliches noch schärfer nachweisen – nicht übertreiben wollen. Viel anderes kommt hinzu, wenn man erklären will, warum der Nationalsozialismus zur Macht kam – sozialgeschichtlich gesehen vor allem die zunächst zögernde, am Ende entscheidende Unterstützung seitens grosser Teile der Oberschichten, gewerblicher Grossunternehmer, Grossgrundbesitzer und alter Herrschaftseliten. Aber umgekehrt ist der Bewegungscharakter des Nationalsozialismus ohne diese weit überdurchschnittliche Unterstützung durch alte und neue Mittelschichten nicht zu verstehen.

Es gibt nun verschiedene Erklärungen für die Affinität zwischen angestellten Mittelschichten und aufsteigendem Nationalsozialismus. Ich kann das nur andeuten. Es gab, um Theodor Geiger zu zitieren, so etwas wie eine «soziale Panik» bei vielen Angestellten: einerseits Bedrohung durch die Weltwirtschaftskrise, andererseits aber langfristig wirkende Infragestellung ihres für ihr Selbstverständnis wichtigen, von der Arbeiterschaft abgehobenen Status durch langfristige Nivellierungen der Arbeits- und Lebens Verhältnisse. Nicht nur Not, sondern auch Verlust des Selbstwertgefühls, Demütigungen, Desorientierungen werden in diesem Zusammenhang genannt. Traditionell hohe, an ständischen Vorbildern und am Beamtenmodell orientierte Ansprüche gerieten zunehmend in Konflikt mit der Realität. In anderen Ländern war dies übrigens nicht ganz so.

Die besondere Attraktivität der nationalsozialistischen Propaganda gerade für jüngere Angestellte lag nun wohl wahrscheinlich in der janusköpfigen Mischung dieser Propaganda zwischen radikaler revolutionärer Systemkritik einerseits und traditionell ständisch getönter Kapitalismuskritik andererseits; das war ein Angebot, radikalen Protest zu äussern, ohne auf die Linie der traditionellen Protestpartei, nämlich der Linken, einschwenken zu müssen, die ja von der Arbeiterbewegung besetzt war, von der man sich ja absetzen wollte. Dies ist ein langes Thema, das ich hier nicht weiter vertiefen möchte. Ich möchte hier nur eines betonen: Genauere Nachfor-

schungen scheinen zu zeigen, dass die Redner und die Publikationen der NSDAP so gut wie keine angestellenspezifischen Angebote machten. Die Nationalsozialisten versprachen keineswegs die Erhaltung einer herausgehobenen Angestelltenversicherung. Sie versprachen keineswegs die Erhaltung oder Wiederherstellung von Gehalts- oder Urlaubsprivilegien etc.

Teil der NS-Propaganda war vielmehr eine gewisse Abstraktion von interessenbezogener Rhetorik und Politik. Grundsätzlicher noch: Es hatte eine gewisse Zerbröckelung der Angestelltenverbände, der Angestelltenorganisationen eingesetzt, bevor diese Propaganda durchschlug. In gewisser Weise war die traditionelle Mittelstandspolitik zu Ende gewesen.

Voraussetzung – so könnte man von diesem Fall aus vorsichtig generalisieren – des nationalsozialistischen Erfolges war eine vorausgehende Lockerung traditioneller Interessenpolitik, war eine gewisse Auflösung herkömmlicher Interessenverbindungen, war die vorangehende Diffusion festgefügtter Interesseneinbindungen und -Organisationen, auch ein gewisser Bruch mit der Tradition. Hier ist die Grenze eines nur interessenanalytischen Ansatzes erreicht, wenn man die Bedingungen des Aufstiegs des Nationalsozialismus erklären will.

Und vielleicht war dies auch eine wichtige strukturelle Voraussetzung für die Möglichkeit charismatischer Politik, einer Erklärung dafür, dass Führermythen so gut ankommen konnten, dass der Glaube an die Macht einzelner Personen soweit um sich greifen konnte, dass einzelnen Personen so grosse Macht zuwuchs. Dies wäre ein Versuch, auf einer anderen Ebene, als Herr Jäckel das vorhin versuchte, aber mit derselben Absicht wie bei ihm, eine gedankliche Brücke zwischen sozialgeschichtlichen Bedingungen einerseits und der unbezweifelbar grossen Rolle einzelner Persönlichkeiten zu schlagen.

II. Lassen Sie mich kurz zu meinem zweiten Punkt kommen und auf die Zeit *nach* dem Januar 1933 blicken. Gestern wurde mehrfach von der nationalsozialistischen Revolution gesprochen. Auf mehreren Ebenen wird man der nationalsozialistischen Politik, der Machtergreifung und ihren Folgejahren, den revolutionären Charakter kaum absprechen wollen. Dies gilt für die rechtliche, verfassungsgeschichtliche Ebene, wenn man insbesondere den Sommer 1934 hinzunimmt. Die Ungeheuerlichkeit der Menschenopfer bis 1945 ist überdies so, dass man auch starke Worte wie Re-

volution nicht zu meiden tendiert. Und an die Umgestaltung der Landkarte und den Bruch der Nation wird man in diesem Zusammenhang auch erinnern können. Die Gründe aber, warum Historiker trotzdem oft zögern, die nationalsozialistische Machtergreifung als Revolution zu bezeichnen, wurden zum Teil gestern genannt. Ich nehme nur einen davon auf. Wenn man tiefgreifende sozialökonomische und sozialstrukturelle Veränderungen als ein notwendiges Merkmal von Revolutionen begreift, wofür manches spricht, dann scheint in der Tat an der nationalsozialistischen Machtergreifung etwas zur vollen Revolution zu fehlen, besonders wenn man die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges zunächst einmal einklammert. Man erinnere sich an die starke bürokratische Kontinuität des Beamtentums über 1933-1945 hinweg, trotz aller antibürokratischen Momente im Nationalsozialismus. Und man denke an die grundsätzlich gegebene Kontinuität der marktwirtschaftlichen privatkapitalistischen Ordnung trotz zunehmender staatlicher Eingriffe, besonders nach 1936. (Wie das langfristig bei einem Sieg Hitlers ausgesehen hätte, ist eine zweite Frage.)

Was kann man nun über die sozialrevolutionierende Wirkung der nationalsozialistischen Politik mit Bezug auf die angestellten Mittelschichten sagen? Ich beschränke mich auf ganz wenige Punkte. An der nationalsozialistischen Behandlung der Angestellten ab 1933 zeigt sich, dass die egalisierenden Elemente im Nationalsozialismus mehr als bloße Rhetorik waren. Es gehörte durchgehend zur Politik der Deutschen Arbeitsfront – und nicht nur zu ihr –, die herkömmlichen Statusunterschiede zwischen den Arbeitern der Stim und den Arbeitern der Faust – man sprach kaum noch von «Arbeitern und Angestellten» – einzuebenen, zum Teil gehend zur Politik der Deutschen Arbeitsfront – und nicht nur zu so die offizielle Politik nicht nur der DAF –, soweit sie nicht durch Leistungen für die Volksgemeinschaft gerechtfertigt werden konnten, sollten fallen. Die spätestens seit dem Ersten Weltkrieg beobachtbare Tendenz zur allmählichen Verringerung und Abschleifung des Arbeiter-Angestellten-Unterschieds auf den verschiedenen Ebenen wurde im Dritten Reich beschleunigt fortgesetzt. Michael Prinz hat das jetzt untersucht. Man kann das zeigen an der abnehmenden Differenz zwischen Löhnen und Gehältern, mindestens in der Rüstungsindustrie. Man kann es untersuchen an der Angleichung der Urlaubsregelungen und anderer sozialrechtlicher Bestimmungen, soweit Arbeiter und Angestellte betroffen waren.

Eine Angleichung der Tarifordnungen für Arbeiter und Angestellte im Einzelhandel wurde durchgesetzt, zum Teil gegen den Widerstand von Arbeitgebern. Es wurde kein Raum für ständische Selbstverwaltung, etwa im Prüfungswesen eingeräumt. Und sieht man sich das Gesetz zum Schutz der nationalen Arbeit von 1934 in diesem Punkt an, so sieht man, dass die Angestellten ein Stück ihrer Eigenständigkeit, nämlich eigene Angestelltenausschüsse, getrennt von Arbeiterausschüssen im Unterschied zum Betriebsrätegesetz von 1920, verloren hatten.

Am entscheidendsten aber war die Aufhebung der traditionellen organisatorischen Trennung zwischen Arbeiterverbänden und Angestelltenverbänden, die als eine deutsche Besonderheit in der Weimarer Republik und schon im Kaiserreich bestanden hatten. 1933/34 kam es zur Auflösung der Angestelltenverbände, zu ihrer Eingliederung in die DAF, und dann innerhalb der DAF 1935 zu ihrer Auflösung.

Es gab Grenzen dieser Nivellierung. Insbesondere gelang es der DAF nicht, die besondere Angestelltensozialversicherung aufzuheben, obwohl sie darauf drängte.

Fazit: Keine Abstützung der Revolutionsthese von diesem engen Bereich her, aber doch die Einsicht, dass diese Machtergreifung und ihre Folgen nicht ohne sozialstrukturelle Wirkungen blieben. Zu den Gewinnern dieses Wandels gehörten die Angestellten kaum, wenn man dies an ihren herkömmlichen Zielen beurteilt. Und die Wirkungen dieses Abschleifungsprozesses für den Neubeginn nach 1945, wo ebenfalls keine reinliche Trennung zwischen Arbeiterbewegung und Angestelltenbewegung mehr einsetzte, sollten nicht unterschätzt werden.

Josef Isensee (Bonn): Mein Stichwort heisst «legale Revolution». Dieser Begriff setzt die Unterscheidung zwischen Legalität und Legitimität voraus. Legalität ist die Übereinstimmung mit dem förmlichen, positiven Gesetz. Legitimität dagegen bezieht sich auf den Grund, der das positive Gesetz trägt. Legitimität ist die Anerkennungswürdigkeit des Gesetzes.

Die Legalität der «legalen Revolution» von 1933 meint die Übereinstimmung mit dem Verfassungsgesetz von Weimar, die Wahrung der verfassungsmässigen Kompetenzen und Verfahren, die korrekte Form der Verfassungsänderung. Der Begriff «legale Revolution» ist ein Paradox, ein ungeheuerliches Paradox. Eine Revolution ist im Normalverständnis not-

wendig illegal. Der Revolutionär bricht die Legalität, um ihr Legitimationsfundament zu zerstören und ein neues Fundament zu legen. Hitler dagegen benutzte die Weimarer Legalität, um sein Revolutionsziel zu erreichen. Er überwand die demokratische Verfassung im verfassungsmässigen Verfahren. Das demokratisch legale Verfahren diente als Brücke über dem politischen Abgrund, der die liberale, parlamentarische Demokratie vom totalitären Führerregime trennte.

Die legale Revolution setzt voraus, dass die Legalität sich von ihrer Legitimationsgrundlage ablösen lässt, dass das Verfassungsgesetz nicht notwendig dem Verfassungssinn verpflichtet ist und sich auch gegen ihn kehren kann. Diese Voraussetzung war für das Ermächtigungsgesetz gegeben. Nach der herrschenden Auffassung der Weimarer Verfassungsjuristen war die Verfassungsänderung nur an Verfahrensregeln, nicht aber an Inhalte gebunden. So die repräsentative Meinung von Gerhard Anschütz, dem führenden Kommentator der Reichsverfassung (Anschütz, *Die Verfassung des Deutschen Reichs*, 14. Aufl., Berlin 1933, S. 402-406 mit Nachw.). Die Weimarer Verfassung hielt nach herrschendem Verständnis mit ihrer Revisionsklausel die Möglichkeit offen, die Republik auf legalem Wege in eine Monarchie oder die parlamentarische Demokratie in eine Räteherrschaft zu verwandeln. – Die staatsrechtliche Gegenposition vertrat Carl Schmitt in seiner 1928 erschienenen «Verfassungslehre»: Er begriff die Verfassung als die Gesamtentscheidung des Volkes für eine bestimmte Art und Form einer politischen Einheit («positiver Verfassungsbegriff»). Die Weimarer Verfassung aber bildete die Gesamtentscheidung für die parlamentarische Demokratie und für den Rechtsstaat der liberalbürgerlichen Tradition. Diese «positive» Entscheidungssubstanz, die Schmitt von den kontingenten und weithin formelkompromisshaften Einzelregelungen des Verfassungsgesetzes abhob, sollte der Verfassungsrevision entzogen sein. Die Verfassungsorgane – so Carl Schmitt – könnten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes nur im Rahmen der demokratisch-rechtsstaatlichen Gesamtentscheidung revidieren, nicht aber über die Gesamtentscheidung selbst, die Bedingung ihrer eigenen Existenz, disponieren. Aus dieser staatsrechtlichen Sicht war also der Weg zu einer verfassungsmässigen Beseitigung der Legitimitätsbasis der Verfassung juristisch nicht gangbar, die «legale Revolution» nicht möglich. Die Auffassung Schmitts sollte sich freilich in der Rechtslehre und in der Verfassungspraxis nicht durchsetzen.

Doch auch der Jurist, der dem konventionellen Formalpositivismus der Weimarer Zeit verhaftet ist, kann Zweifel anmelden, ob die Machtergreifung wirklich legal vonstatten ging, vor allem ob die Selbstabdankung des Parlamentarismus im Ermächtigungsgesetz formell ordnungsmässig war. Die Bedenken, die in der Literatur nach 1945 gegen das Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes geltend gemacht werden, stützen sich auf drei Gründe:

1. der Reichstag sei nicht ordnungsmässig zusammengesetzt gewesen, weil die 81 kommunistischen Abgeordneten genötigt wurden, der Sitzung fernzubleiben;
2. die Unabhängigkeit der Entscheidung sei angesichts des Terrors und der Einschüchterung durch die Machthaber, insbesondere die Demonstranten der SA, nicht gewährleistet gewesen;
3. der Reichsrat sei nicht korrekt zusammengesetzt gewesen, weil Preussen und Sachsen nicht durch die Beauftragten unabhängiger Regierungen, sondern solche des Reichs vertreten gewesen seien; er habe daher nicht in der verfassungsrechtlich gebotenen Form mitwirken können.

Es ist müssig, den postumen Bedenken nachzugehen und zu hoffen, die Legalitätsbehauptung der Nationalsozialisten rückwirkend zerstören zu können. Die Legalitätsbehauptung war tatsächlich erfolgreich, unabhängig davon, ob sie zu ihrer Zeit aus der Sicht der Weimarer Verfassung juristisch fundiert war oder nicht. Der Legalitätseffekt trat ein: der reibungslose Übergang der Macht.

Das Neuartige und das (revolutionstechnisch gesehen) Moderne der nationalsozialistischen Revolution werden deutlich, wenn man sie mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch, einem militärischen Staatsstreich nach altem Muster, vergleicht. Dieses Unternehmen war hoffnungslos anachronistisch, in der deutschen Industriegesellschaft von 1920 von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil es den Generalstreik provozieren musste und ihm nicht gewachsen sein konnte. Hitler vermied kraft der demonstrativen Legalität seiner Machtergreifung diesen Konflikt. Legalität ist organisierte Gehorsamsbereitschaft. Der Eindruck der Legalität sicherte den Übergang des Gehorsams der Bürger und der Verwaltung, insbesondere der Polizei und der Armee, auf die neue Regierung. Hitler konnte auf der Brücke der Weimarer Legalität bequem den Abgrund überschreiten, in dem Generalstreik, Befehlsverweigerung und Bürgerkrieg lauerten, und danach die Brücke zerstören.

Die Strategie der Nationalsozialisten brauchte niemanden zu überraschen. Sie hatten vor 1933 offen proklamiert, dass ihnen jedes gesetzliche Mittel recht sei, um den bestehenden Zustand zu revolutionieren. Und nach der Machtergreifung bekannte sich Goebbels in seiner Rede vor den deutschen Schriftleitern im Oktober 1933 zu dieser Strategie: Eine Opposition komme im Kampfe gegen ein System immer nur zur Macht, indem sie sich der Mittel und Methoden bediene, die dieses System zur Verfügung stelle. In einem autokratischen Staat hätten die Nationalsozialisten andere Mittel und Methoden gefunden, um die Autokratie zu stürzen. So hätten sie in der Demokratie sich der Waffen der Meinungsfreiheit und des Parlamentarismus bedient, ohne sich mit der Berechtigung dieser Waffen zu identifizieren.

Aus der Geschichte lernen? Der Verfassungsgeber von Bonn hat es versucht. Er trifft Vorkehrungen, um die legale Revolution zu verhindern. Er stellt die grundrechtlichen Freiheiten unter den Vorbehalt, dass sie nicht zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Ordnung missbraucht werden. Die Legalität soll sich nicht wieder gegen die Legitimität kehren. Das Grundgesetz entzieht die grundgesetzliche Staatsform, ihren Legitimationskern, einer möglichen Verfassungsrevision. Die rechtsstaatliche, parlamentarische Demokratie kann nicht auf verfassungsmässigem Wege abgeschafft werden. Das Grundgesetz vermag damit keine Revolution zu verhindern. Aber vielleicht erreicht es, dass sich der Revolutionär nicht wieder legalitätsfromm verummmt. Ob der Bonner Verfassungsgeber damit aus der Geschichte richtig und genug gelernt hat, das möge ein jeder selbst beantworten.

W. Hofer, Diskussionsleiter: Nach der ersten Runde dieser Podiumsdiskussion erhält nun Herr Siedler als Fragesteller und Motor der weiteren Diskussion das Wort.

Intervention des Fragestellers

Wolf Jobst Siedler (Berlin): Als sich heute Morgen der Fragesteller Fritz Stern an diesem Tisch als unqualifizierter Aussenseiter bezeichnete, ist mir ganz sonderbar zumute geworden, denn dann bin ich natürlich eigentlich gar nicht vorhanden. Ich möchte aber von diesem Recht des Aussenseiters ausschweifenden Gebrauch machen und mich nicht als Ersatzhistoriker betrachten, der hier Detailfragen mitdiskutiert. Ich will auch meinem Namen Ehre machen und wirklich Fragen stellen, teils an die Herren am Tisch, teils an mich selber.

Eine dieser Fragen betrifft den Wissensstand, den man zu der jeweiligen Zeit hatte und haben konnte über das, was der Nationalsozialismus war und wer Hitler eigentlich wirklich war. Der Faschismusbegriff, der ab 1930 ja die Presse beherrscht, hat eine derartige Inflation erlebt, dass kurz vor der Machtergreifung nahezu alle Faschisten sind. In der *Roten Fahne* werden die Deutschnationalen die Kapitalfaschisten genannt; die *Weltbühne* nennt das Zentrum die Klerikalfaschisten, die Kommunisten nennen die Sozialdemokraten die Sozialfaschisten. Ich frage mich, ob diese Begriffs-inflation nicht den ganz konkreten und präzisen Begriff so verwischt hat, dass, als die Machtübernahme Hitlers dann wirklich stattgefunden hatte, eigentlich niemand ganz genau wusste, was da geschehen war. Man muss ja nur die Leitartikel der Jahre 1930 bis 1933 nachlesen.

War der Terminus «Faschismus» nicht längst ein denunzierendes Etikett ohne konkreten Inhalt geworden? wäre meine erste Frage. Ich weiss nicht, ob die Gegner des Faschismus, also zum Beispiel das ‚Führungspersonal‘ der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, eigentlich wirklich ganz konkrete Vorstellungen hatten – und haben konnten –, dass in Hitler nicht eine besonders radikale und unappetitliche Spielart von Mussolini an die Macht gekommen sei, sondern dass das, was Ernst Nolte den Radikal-faschismus nannte, sich in Deutschland etabliert hatte. Um konkret zu reden, wie war das Mass des Wissens um 1933? Eine Antwort darauf macht ein Urteil, Beurteilung und auch Verurteilung der Handelnden von damals möglich.

Daraus möchte ich eine Frage ableiten, die etwas pointiert ist und viel-

leicht auch provozierend. Die moralisierende Geschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte hat aus der Tatsache, dass es ja schon Ende der 20er Jahre faschistische Regime in Europa gab, einen zusätzlichen Vorwurf gemacht, weil diese Beobachtung auf die Handelnden eigentlich abschreckend hätte wirken müssen. Man sah ja, was sich in Italien, Österreich, im Baltikum, in Polen, im Balkan begab; niemand sei blinden Auges in die deutschen Dinge hineingetaumelt. Ich weiss nicht – und das wäre meine Frage –, ob die Existenz anderer faschistischer Regime in Süd- und Osteuropa nicht eher eine calmierende Wirkung hatte, so dass die Führungsschichten – nicht nur die der Konservativen – sagten, es läuft ja so leidlich, so schlimm wird es auch nicht. Selbst die Sozialisten hatten ja das Gefühl, das geht vorüber, wir werden überleben. Niemand scheint sich konkret vorgestellt zu haben, was da begann, dass aus dem Antisemitismus eines Tages der Holocaust werden würde und dass aus der Revanchepolitik Raumeroberungspolitik werden würde, die nicht Westpreussen, sondern den Ural meinte.

Ich glaube, wir neigen dazu, mit unserem Wissen von heute an die Handelnden von 1932 heranzutreten, die einen Normalfaschismus vermuteten, wo ein ganz anderer Faschismus hochkam. Wer wusste im Winter 1932 ganz genau, worauf es hinauslaufen würde? Und: Wie weit war solches Wissen damals möglich?

Dasselbe gilt für den Bewusstseinsstand des Auslands zwischen 1935 und 1938, worüber ich nicht – wie heute üblich – argumentieren will, sie seien ja 1936 alle zur Olympiade gekommen. Nach dem Münchener Abkommen wird Hitler von Engländern und Franzosen für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Entspricht das nicht in gewissem Sinne der europäischen Stimmungslage dieser Jahre? Natürlich fand man die Brutalität der Methoden abschreckend; aber die Legitimität der aussenpolitischen Ziele wurde stillschweigend akzeptiert. Wenn man die *Times* oder die französischen Zeitungen heute nachliest, beginnt das schon bei der Rheinlandbesetzung, mit dem berühmten Kommentar: Was ist denn schon geschehen? Die Deutschen marschieren in Deutschland ein! Und das zieht sich bis zu dem Satz «Sterben für Danzig?» durch die nächsten fünf Jahre. Natürlich war keine Faszination dabei, eher Ekel, Verachtung, Abgestossensein. Chamberlain sagte nach der Rückkehr von der Münchener Konferenz: Die ekelhafteste Kröte, die ich je in meinem Leben gesehen habe. Erklärt dieser Zwiespalt nicht die Haltung, die auch die Diplomatie jener Jahre prägt?

Ich frage also zum zweiten: Hatte das Ausland die entscheidende Wendung der Hitlerischen aussenpolitischen Konzeption nach der Landsberger Haft vom klassischen Revanchepolitiker, von der imperialistischen Politik zur imperialen Politik, zur Grossreichspolitik erkannt, also die Entwicklung vom ersten zum zweiten Band von *Mein Kampf*, wo er nun plötzlich nicht mehr Elsass-Lothringen, nicht Südtirol, nicht Westpreussen und Oberschlesien zurückgewinnen will, sondern Grossreichsbildung im Osten plant. Diesen entscheidenden Qualitätssprung von der Revanchepolitik zur Raumpolitik scheint 1938 niemand im Ausland gesehen zu haben. Hitler wird am 30. Januar 1933 zum Regierungschef ernannt, am 1. Februar bereitet er die ersten Notverordnungen und Dekrete vor, am 2. hält er die erste Kabinettsitzung ab, am 3. lässt er bereits die Spitzen der Generalität in der Dienstwohnung General von Hammersteins zusammenrufen und gibt ja nicht nur die berühmte Erklärung ab, in der er der Armee ihre Alleinstellung als Träger der militärischen Gewalt im Staat zusichert, sondern zwei Tage nach der Machtergreifung – so eilig hat er es also – gibt er seine Eroberungskonzeption ohne jeden Rückhalt bekannt: – Meine Herren, wir müssen uns klar sein, vor uns liegt die Raumeroberung im Osten mit rücksichtsloser Germanisierung. Aber keiner der Teilnehmer hat das ernstgenommen. Es gibt mehrere Berichte über diese Konferenz. Sie laufen alle auf diese Reaktion hinaus: Nun ja, der alte Demagoge, nichts wird so heiss gegessen wie gekocht.

Also noch einmal die Frage: Wer in Deutschland und in Europa hat diese Wendung von der klassischen imperialistischen zur neuen imperialen Politik wirklich begriffen und ernst genommen? Der Hinweis, dass man es hätte wissen können, weil ja das meiste in *Mein Kampf* stand, ist wenig beweiskräftig. Kein Ideologe hatte bis dahin seine Doktrinen ernstgenommen und Wort für Wort in die Wirklichkeit gebracht. Die deutschen Generäle wie die ausländischen Politiker nahmen die starken Worte als Vokabeln der Kampfzeit.

Die dritte Frage, direkt an Sie, Herr Jäckel, gestellt: Der Name Hitler fällt ja sehr selten in der Diskussion nicht nur dieser Tage, sondern der letzten zehn Jahre. Es sind immer Nationalsozialismus- und Faschismuskussionen, als ob Hitler auswechselbar gewesen wäre. Ganz konkret gefragt: Wäre Hitler im Winter 1932 gestorben, und es wäre dennoch zur Regie-

rungsbeteiligung der NSDAP gekommen, es wäre also eine Koalitionsregierung Hugenberg – Papen gebildet worden, aber nicht Hitler, sondern Strasser oder Göring wäre Kanzler geworden. Was wäre dann passiert? Ein anderes Beispiel: Nehmen wir an, das Elser-Attentat von 1939 wäre gelungen. Der Polen-Feldzug lag schon zurück, aber im Westen herrschte Ruhe. Hätte es dennoch eine Grossreichseroberung im Osten gegeben, wäre aus dem radikalen Antisemitismus wirklich der Holocaust geworden? Also die Frage: Wieweit ist Hitler auswechselbar? Wieweit muss man nicht doch immer wieder die allgemeine Faschismus- und Strukturdiskussion auf die Person dieses einen Mannes zurückführen?

Zweite Diskussionsrunde

W. Hofer, Diskussionsleiter: Ich danke Herrn Siedler! Die Rolle des Fragestellers wird ja als die eines Motors der Diskussion definiert, und ich glaube, das zu sein ist Herrn Siedler voll und ganz gelungen. Darf ich dann gleich mit der dritten Frage anfangen, die an Herrn Jäckel gerichtet war, um danach auf die zwei anderen zurückzukommen!

E. Jäckel: Unser Fragesteller gibt sich für inkompetent aus, aber er ist natürlich so kompetent, dass es schwer ist, zu den Antworten, die in seinen Fragen schon enthalten waren, noch zusätzliche Informationen zu geben. Wenn ich trotzdem zu der ersten Sache noch etwas sagen darf: Natürlich, und das scheint mir beinahe selbstverständlich, hat im Jahre 1933 oder gar davor niemand den Eroberungskrieg nach Russland und den Massenmord an den europäischen Juden voraussehen können. Es gibt in der Literatur, in den ersten Büchern, die in Deutschland erschienen sind über den Nationalsozialismus in der Reihenfolge von Theodor Heuss, dann von Ernst Niekisch und von Konrad Heiden – alle drei Gegner des Nationalsozialismus –, nicht den geringsten Hinweis darauf, dass sie das, was in *„Mein Kampf“* stand, für verwirklicht gehalten haben. Man kann das noch weiter fortführen. Selbst als es durchführbar wurde, ist es nicht richtig begriffen worden. Der Russlandfeldzug als ein Vernichtungskrieg, Eroberungskrieg mit Vernichtungscharakter, ist eigentlich auf der alliierten Seite erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges voll erfasst worden. Und wie schwierig ist es gewesen – ich rede jetzt überhaupt nicht von den wahrscheinlich weniger gut informierten Deutschen –, auf der alliierten Seite die Tatsache des Massenmordes an den europäischen Juden einigermassen bekanntzumachen!

Ich bin aber besonders angesprochen worden auf die hypothetische Frage, wie weit Hitler auswechselbar gewesen wäre. Ich bin grundsätzlich der Ansicht, dass wir Historiker genügend zu tun haben mit der Aufklärung dessen, was wirklich geschehen ist, als dass wir uns auch noch den Kopf darüber zerbrechen sollten, was gewesen wäre, wenn. Ich räume aber ein, dass die Frage von Herrn Siedler jedenfalls für meine Auffassung einen

hohen heuristischen Wert hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand, wenn Hitler entweder im Winter 1932 oder im Winter 1939 ums Leben gekommen wäre, seine beiden Hauptziele durchgesetzt hätte. Dafür gibt es eine Reihe von Belegen. Man kann zum Beispiel zeigen, dass, als Hitler im Sommer 1940 davon anfang zu sprechen, er werde nunmehr die Sowjetunion mit Krieg überziehen, seine Umgebung, einschliesslich des Reichsaussenministers von Ribbentrop, überrascht war. Man hätte eigentlich erwarten können, dass deren Reaktion war: Ja, das ist ja das, was der Führer immer gesagt hat, und nun sind wir so weit, und nun werden wir es machen. Nein, Ribbentrop war keineswegs dieser Ansicht, und er hat sich gesträubt.

Hinsichtlich der Judenmordfrage, der sogenannten Endlösungsfrage, ist es natürlich wegen des Quellenmangels noch schwieriger. Ich will hier nur einen Hinweis geben: Aus den späteren Geheimreden von Himmler geht hervor – und er hat das deutlich gesagt – dass ihm die Ausführung dieses Befehls sehr schwergefallen ist. Und es gibt keinen Hinweis darauf, dass er jemals von sich aus auf den Gedanken gekommen ist, man könne die Judenfrage mit physischer Liquidierung lösen. – Ich will mich auf diese wenigen Hinweise beschränken, wahrscheinlich würden anderen noch viele andere einfallen.

W. Hofer, Diskussionsleiter: Herr Siedler hat meiner Ansicht nach zu Recht von der Verwässerung des Faschismusbegriffs schon damals und im Nachklang merkwürdigerweise auch heute gesprochen. Ich bin als Historiker selber immer wieder erstaunt, wie die Historiker von heute dazu neigen, die Fehler der Politiker von gestern zu wiederholen und die Unterschätzung des spezifischen Charakters des Radikalfaschismus, wie es Herr Siedler genannt hat, oder eben des Nationalsozialismus, heute wieder zu begehen, indem man unbedingt eine allgemeine Faschismustheorie aufstellen will. Eines der entscheidenden Elemente, die den Nationalsozialismus als Radikalfaschismus von diesen andern genannten Faschismen unterscheidet, ist zweifellos der Antisemitismus, der damit angesprochen ist und auf den Herr Jäckel schon eingegangen ist.

Es ist ja nun nicht zu bestreiten, dass der Antisemitismus bereits in der allerersten Phase der Machtergreifung eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat. Denken wir an den Boykott der jüdischen Geschäfte vom 1. April 1933 oder an das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-

tums, was ja ein verschleiernder Begriff war. Es ging ja vor allem um die Beseitigung von Beamten, die dem Regime nicht genehm waren, und darunter waren vor allem jüdische. Oder man denke an das Gesetz gegen die Überfüllung gewisser akademischer Berufe und der Hochschulen. Das ist doch alles von Anfang an da.

Ich glaube auch, dass es falsch ist, die Theorie von der kumulativen Radikalisierung aufzustellen, so zu tun, als ob erst mit der Zeit das Regime radikal geworden wäre. Meiner Ansicht nach ist das Regime und vor allem Hitler selber von Anfang an immer so radikal gewesen, wie es die Machtverhältnisse überhaupt gestatteten.

Er konnte im April 1933 die europäischen Juden nicht vernichten. Dazu brauchte er zuerst den Krieg und die Gebiete, in denen sie wohnten. Ich glaube, es ist sehr gefährlich, wenn heute Theorien aufgestellt werden, die den Anschein ergeben, als ob zwischen den Intentionen Hitlers, die er in ‚*Mein Kampf*‘ niedergeschrieben hat und die er – wie Herr Siedler sagt – unmittelbar nach der Machtergreifung wieder geäußert hat, als ob zwischen diesen Intentionen auf Lebensraumeroberung und Judenvernichtung und den späteren Taten nicht die Kategorie der Kausalität ausschlaggebend wäre, um das zu verstehen. Es wird uns heute von gewisser Seite weisgemacht, das sei alles nur so in den Wind gesprochen gewesen, und dann seien eben Sachzwänge gekommen, finanzielle, militärische und andere, die Hitler zu diesen Taten gezwungen hätten.

Man sagt jetzt, in der Historiker-Zunft gebe es Programmologen und Intentionalisten auf der einen Seite – das sind diejenigen, die das ernstnehmen, was in ‚*Mein Kampf*‘ stand und was Hitler in Geheimreden sagte –, und dann gebe es auf der anderen Seite die Funktionalisten, die eben alles als Funktion der vorhandenen Strukturen ansehen. – Nun sind wir mittendrin in der Diskussion, die in der NS-Forschung heute stattfindet.

M. Broszat: Ich habe mich bei meiner ersten Intervention sehr zurückgehalten und bin auf die schon in den Einleitungsbemerkungen von Herrn Hofer enthaltene Polemik nicht eingegangen. Jetzt aber kann ich es mir nicht mehr ersparen.

Ganz kurz das Folgende zu dem Zusammenhang der Frage Person Hitler – Führerstaat – Radikalisierung: volle Übereinstimmung mit Herrn Jäckel, dass bei der Frage Radikalität und Radikalisierung nicht von Hitler

zu reden ist. Nicht Hitler hat sich radikalisiert. Ich habe in meiner ersten Veröffentlichung schon vor 25 Jahren geschrieben, dass die sehr frühe stereotyp Fixation Hitlers auf einige Weltanschauungsziele, und darunter gerade den Radikalantisemitismus, ein Merkmal der seltsamen Entwicklungsunfähigkeit dieses merkwürdigen Mannes gewesen ist.

Auf der anderen Seite möchte ich aufgreifen, was Herr Siedler berührt hat, als er fragte: Haben das relativ gemässigte faschistische Regime in Italien und die relativ gemässigte Resonanz des Auslandes calmierend gewirkt? Dazu ist zu sagen: Der noch relativ massvolle Zustand des Regimes bis 1938, die Zwischenform von autoritärem und faschistischem Staat, die Halbbalance von ordnungsstaatlichen und radikalen Weltanschauungskräften hat natürlich calmierend gewirkt in Bezug auf das Bewusstsein vieler Menschen, in Bezug auf das, was dieser Hitler denn eigentlich sei und vor habe. Auch gerade in der Judenfrage ist natürlich ab 1938 eine massive Steigerung der Brutalität und ein qualitativer Sprung zu verzeichnen, der selbstverständlich eine Steigerung der Radikalität gewesen ist. Da frage ich mich nun allerdings: Was hat es für einen Erklärungswert, die unveränderte Fixierung und «Konsequenz» radikalantisemitischer Einstellungen Hitlers immer wieder erneut festzustellen? Ist bei all dieser feststellbaren Konsequenz, über die wir uns einig sind, die Grundfrage nicht vielmehr die, wie diese Hitler-Einstellungen durchsetzbar waren, trotz ihres erheblichen Abstandes von dem «Normalantisemitismus», der gewiss in vielen Spurenelementen in der deutschen Gesellschaft verbreitet, aber sicher viel weniger radikal war. Es geht hier gerade um die Frage der willentlich-unwillentlichen Hineinverstrickung breiter gesellschaftlicher Kräfte in dieses Programm, das dann schliesslich im Holocaust endete. Und unter diesem Aspekt sind auch bestimmte Teilfragen sinnvoll oder notwendig, wie zum Beispiel die: Haben unter bestimmten Bedingungen des Krieges, des Ausnahmezustandes in bestimmten besetzten Gebieten, zunächst *ad hoc* begonnene Gewalt- und Mordmassnahmen für ganz bestimmte Organe einen Routinierungseffekt gehabt? Wie ist der Übergang von der *ad hoc*-Gewalt zur Routinegewalt, zur programmatischen Gewalttätigkeit? Die Genesis des Holocaust ist, so meine ich, auch noch unter anderen Gesichtspunkten als dem der weltanschaulichen Konsequenz zu sehen, auch im Sinne psychologischer Erklärung, des Verständlichmachens des Verhaltens aller möglichen Beteiligten, die hier mit hinein verstrickt worden sind in diesen Prozess. Gerade dieses unvorstellbare Verbrechen des Holocaust kann

meines Erachtens nicht nachvollziehbar gemacht werden allein durch die immer wiederholte Feststellung, dass das eine Konsequenz Hitlerischen Denkens gewesen sei, das stufenweise, je nach Machtlage, Schritt für Schritt verwirklicht wurde. Das wirkt sogar ungewollt exkulpatorisch, klammert aus, wie es mit der Beteiligung der deutschen Gesellschaft und der vielen anderen Machträger ausser Hitler an diesem Verbrechen aussah.

J. Kocka: Ich gehöre nicht zu denen, die die grosse Bedeutung und Macht von Hitler auf vielen Politikbereichen bezweifeln. Kaum ein Historiker tut das. Und ich würde Ihnen, Herr Siedler, nicht widersprechen, wenn Sie bezweifeln, dass Hitler austauschbar war. Aber ich würde doch sehr betonen wollen, dass intellektuell mindestens ebenso spannend die Frage nach den sozialen, politischen, kulturellen Bedingungen ist, unter denen die Machtentfaltung und die Entstehung der riesigen Bedeutung einer einzelnen Person möglich wurden.

Und politisch mag dies sogar die aufklärerischere Frage sein. Wir haben wenig Einfluss hinsichtlich der Herausbildung herausragender – in der einen oder anderen Weise herausragender – Individuen. Wir haben vielleicht mehr Möglichkeiten hinsichtlich der Beeinflussung von Bedingungen, unter welchen deren unkontrollierbare charismatische Herrschaft möglich wird. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt zum Zweifel von Herrn Hofer an dem Nutzen von Faschismustheorien. Keine Angst, ich will nicht diese lange Diskussion, die ja auch zuletzt zu Wiederholungen führen muss, diese Diskussion über Faschismustheorie und Totalitarismus *théorie* aufnehmen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass auch Herr Siedler, als er eben seine Frage stellte, nicht darum herum kam, an einer Stelle diesen Sammelbegriff zu gebrauchen, nämlich dort, wo er den deutschen Nationalsozialismus mit dem italienischen *fascismo* und mit gewissen südosteuropäischen Systemen in einem Atemzug nennen wollte. Es gibt Fragestellungen vergleichender Art, die nicht ohne einen scharfen generalisierenden Begriff auskommen, und da ist in bestimmten Situationen ein wohldefinierter Faschismusbegriff meines Erachtens unverzichtbar.

Die Tatsache, dass es gravierende, wichtige, lebensentscheidende Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus gegeben hat, etwa Antisemitismus hier und dort nicht, ist

kein Argument gegen den Gebrauch eines generalisierenden Begriffes. Denn Phänomene, die unter einen generalisierenden Begriff gebracht und subsumiert werden, gleichen sich nur in bestimmten Hinsichten und können sich, und tun das in der Regel, in anderen unterscheiden.

(*W. Hofer*, Diskussionsleiter: Die Frage ist, was das Wesentliche ist, in dem sie sich gleichen.)

Was das Wesentliche ist, entscheidet sich nach den Fragestellungen und nicht primär, nicht allein von der Sache her.

Drittens, ganz kurz zur ersten Frage von Herrn Siedler, der, als er nach dem möglichen und wahrscheinlichen Wissensstand der Akteure in den dreissiger Jahren fragte, dies mit einer Bemerkung über die so häufig moralisierende Geschichtsschreibung der letzten Jahre verband, die wohl nicht hinreichend den damals überhaupt zumutbaren oder erwartbaren Wissensstand in Rechnung gestellt habe. Ich möchte gern zwei Bemerkungen dazu machen: Erstens denke ich, dass es ohnehin nicht primär unsere Aufgabe als Historiker ist, Schuld zuzuweisen, sondern Phänomene zu erklären und Ursachen zuzurechnen. Man wird sicherlich bei der Zurechnung von Schuld gegenüber damaligen Akteuren sehr vorsichtig sein müssen und dies nicht unter Absehung von damaligen Wissensmöglichkeiten und Standards tun wollen. Aber andererseits gibt es viele Phänomene in dem Bereich, den wir hier diskutieren, wo man fast nicht umhinkann, Schuld zuzuweisen, auch wenn man unterstellt, dass nicht voraussehbar war, was dann gekommen ist. Es gibt wahrscheinlich einfache menschliche Erfahrungen, zum Beispiel jene, als jüdische Hochschullehrer die Hochschulen zu verlassen hatten, oder als Boykott von jüdischen Geschäften in den dreissiger Jahren getrieben wurde oder jene der sogenannten Reichskristallnacht, wo man nicht wissen musste, was daraus längerfristig passieren würde, um dagegen zu protestieren; wo auch nach damaligen moralischen Standards und bei Unterstellung begrenzter Prognosefähigkeit erstaunliche Insensibilität, um es so zu formulieren, zu konstatieren ist. Und die bleibt weiter erklärungsbedürftig: Gab es eine Segmentierung der Moral? Und welche Traditionen haben das erleichtert?

(Beifall)

Wogegen ich mich wende, ist, dass unsere moralischen Bewertungen da-

maligen Mitmachens nur dann möglich werden, wenn man unterstellt, dass damals die Akteure voll voraussahen, was passierte.

G. Schulz: Bei voller Anerkennung der Bemühungen, einen festen, theoretisch fundierten Faschismusbegriff herauszuarbeiten, bleibt natürlich immer zu bedenken, dass es diese Inflation des Faschismus-Ausdrucks, -Topos, oder wie man es nennen will, gegeben hat und nach wie vor gibt. Es wird also ein schwieriges Unterfangen sein, eine ausreichend tragfähige Theorie nachzuschreiben, um diesen Ausdruck gebrauchsfähig zu machen.

Wie dieser Ausdruck inflationiert wurde, kann man schon aus der Literatur des späten Jahres 1932 entnehmen. Man kann auch erkennen, dass bis weit in staatsparteiliche Kreise hinein – ich denke an Willi Hellpach, der über ein Italienerlebnis berichtete, nachdem er von der Königlichen Akademie nach Rom eingeladen war – die Vorzüge des Faschismus gerühmt wurden. Und Ernst Niekisch hat in manchen Punkten konservative Gedanken aufgegriffen, weil er eine zu frühe Identifizierung mit italienischen Vorgängen befürchtete. Auch bei Brüning kann man erkennen, dass er das, was ihm in Italien vor Augen stand, als eine gute, günstige Alternative für eine künftige deutsche Entwicklung betrachtete.

Faschismus war nicht mehr ein Ausdruck – ausserhalb der kommunistischen Partei natürlich –, der als tödlich galt, sondern Ausdruck wie Sache wurden ernstgenommen. Viele bezweifelten nur, dass Hitler Vergleichbares leisten könne wie Mussolini.

Und das führt auch zur Frage nach der Reaktion des Auslands; hierzu ist ja noch nichts gesagt worden. Wir haben bisher von den geringen Chancen der Weimarer Republik und von der Weltwirtschaftskrise gesprochen. Wir müssen aber wohl auch daran erinnern, wie es ein englischer Historiker getan hat, dass es eine europäische Krise und eine Krise der Diplomatie im Besonderen gegeben hat. Wir können beobachten, dass bis etwa 1938 die Beispiele, die Deutschland und Italien gegeben hatten, mit unterschiedlicher Bewertung nun tatsächlich die inneren Auseinandersetzungen in Westeuropa, auch in England erheblich stimulierten.

Es sind nicht nur Faschisten reinsten Wassers in Frankreich gewesen, die eine künftige Alternative allein zwischen Stalin oder Hitler, wie es Drieu la Rochelle formulierte, gesehen haben, sondern andere haben ebenso gedacht. Und der Anhängerkreis von Sir Oswald Mosley reichte in die feinsten und später wieder demokratischsten Kreise hinein, die sich

vorübergehend, nach dem Scheitern der National Labour Party, für diese Dinge interessierten. Das änderte sich allerdings nach München und entscheidend nach Prag. Danach beobachteten wir, dass eine Konfrontation entsteht, in der nun Faschismus und Nationalsozialismus als Gegner der Demokratie definiert werden, was es bis dahin eigentlich so klar nur in der Emigrantenliteratur oder in der linken Literatur eines bestimmten Genres gab. Nunmehr wird dies zu einer allgemeinen Angelegenheit. Sir Robert Vansittart hat noch in der Sommerkrise 1934 geäußert – wie überliefert wird –, dass er den Eindruck habe, dass doch Hitler das geringere Übel sei von allem, was in Deutschland miteinander ringe. Und wir haben den Eindruck, dass diese Auffassung noch lange Zeit vorgehalten hat und erst später revidiert wurde.

J. Isensee: Nur eine Fussnote zum Thema «faschistischer Staat». Gibt es den faschistischen Staat als staatstheoretisch brauchbaren Typus, der das nationalsozialistische System abdeckt?

Der Begriff Faschismus ist in den Kampf der Ideologen um die Wörter hineingeraten, also in den Kampf um die Macht. Es ist schon deshalb schwierig, diesen Begriff in der Staatsformen- oder Staatstypenlehre der Gegenwart zu verwenden. Die Faschismustheorie kann nicht auf kanonische Schriften bauen, wie es sie für den Kommunismus und damit für den sozialistischen Staat gibt. Sie greift auf kontingente historische Phänomene zurück, vor allem auf den Mussolini-Staat. Die «faschistischen» Phänomene sind durch nationale Besonderheiten bedingt. Das heterogene geschichtliche Material sperrt sich gegen die Abstraktion eines übergreifenden Typus. Der deutsche Nationalsozialismus lässt sich nicht ohne Gewalttätigkeit mit dem italienischen Faschismus über einen begrifflichen Leisten schlagen. Die nationalsozialistische Bewegung band sich nicht an eine vorgegebene Staatskonzeption. Die Entwicklung verlief zu kurz, zu hektisch, zu improvisiert und situationsbedingt, als dass Regierungsroutine und Herrschaftsmuster, eine eigene, besondere nationalsozialistische Legalität, hätten entstehen können. Das «Dritte Reich» war vorbehaltlos auf die Person des Führers zugeschnitten und kann schon deshalb kein verallgemeinerungsfähiges Modell, kein politisches «System» abgeben. Die Nachfolgefrage, in der sich die Herrschaftsregeln hätten bewähren müssen, stellte sich nicht. Die Rassenideologie des Nationalsozialismus war praktisch

kaum exportfähig, weil sie den Machtanspruch der nordischen Rasse verkörperte, damit für alle übrigen Menschen von vornherein nicht akzeptabel sein konnte.

Es gibt ein Sprachverbot der Linken, das auf Stalin zurückgehen soll, den Nationalsozialismus Nationalsozialismus zu nennen. Der Sinn der Sprachregelung ist klar. Dem Nationalsozialismus soll der Name entzogen werden und mit dem Namen die Erinnerung an den programmatischen Anspruch, den der Name repräsentiert: den Anspruch, zwei politischen Traditionen des 19. Jahrhunderts, die nationalistische und die sozialistische, zusammenzuführen und zu beerben. Was dieser Anspruch bedeutet hat, zeigt die Analyse, die Friedrich Meinecke in seiner Schrift *Die deutsche Katastrophe* gibt. Der Faschismusbegriff verstellt den Blick auf die geschichtliche Individualität des Nationalsozialismus und damit auch auf die Besonderheit dieser Schreckensherrschaft. Die Gleichstellung mit mittelmee-rischen Diktaturen bildet eine historische Verzerrung und eine politische Verharmlosung.

Die disparaten politischen Phänomene, welche die modischen Faschismustheorien unter einen Begriff bringen wollen, weisen zu wenig an struktureller Homogenität auf, um einen identischen Typus abzugeben, der sich gleichermassen vom Typus der liberalen Demokratie als auch vom Typus des sozialistischen Staates unterscheidet. Wer eine staats-theoretisch brauchbare Typologie sucht, muss eine Abstraktionsstufe höher steigen. Dort findet er den Typus des totalitären Staats und seine typologische Alternative, den freiheitlichen Staat. Der Begriff des faschistischen Staats ist zu konkret, als dass die Staatstheorie, und zu abstrakt, als dass die Geschichtswissenschaft, mit ihm arbeiten könnte. Er hat keinen wissenschaftlichen Erkenntniswert, sondern einen politischen Verwirrwert.

Allgemeine Diskussion

Dritte Diskussionsrunde

W. Hofer, Diskussionsleiter: Ich möchte die allgemeine Diskussion eröffnen. Ich bitte alle diejenigen, die jetzt das Wort bekommen, unter gar keinen Umständen fünf Minuten zu überschreiten, da ich sonst gezwungen bin, Ihnen das Wort zu entziehen, im Interesse der anderen, die auch noch reden wollen.

(Beifall)

Das ist praktizierte egalitäre Demokratie!

Klaus-Peter *Hoepke* (Karlsruhe): Einiges über die zwiespältige Haltung der Deutschnationalen gegenüber der Tatsache, dass sie nun überraschend «Koalitionspartner» geworden waren. Zunächst einmal zur Person Hugenberg, der westfälischen Sphinx, dieses Geheimniskrämers. Seine Konzeption lautete etwa ab Herbst 1932: Die Konjunktur zieht an; selbst in Amerika wird sie anziehen. Wir – das heisst die Deutschnationalen – müssen jetzt unbedingt an die Macht kommen. Denn wenn wir an die Macht kommen, können wir für lange Zeit ungestört auf der Konjunkturwelle reiten. Ich – Hugenberg – werde ein grosszügiges Programm der Agrarsanierung durchführen, und dann kann man auch noch an der Verfassung einiges im autoritären Sinn abändern. – Seine Trumpfkarte zu diesem Experiment war offenbar Papen, wobei ich nicht weiss, ob er in Papen den Hut oder den Kopf suchte. Ich vermute, er glaubte, in Papen den Kopf für dieses Experiment gefunden zu haben. Allerdings wurde er dann schon in den ersten 10 bis 14 Tagen nach dem 30. Januar 1933 von Papen enttäuscht.

Hugenberg's zweiter Punkt lautete, dass weder die Nazis noch andere Parteien die Chance bekommen sollten, aus der anhebenden Konjunktur politische Gewinne zu ziehen. Aber, wenn aus irgendwelchen Gründen die Nazis doch mit in die Regierung hineinkämen, dann müssten die Deutschnationalen unbedingt als Bremsen dabei sein und müssten sozialistische Experimente abfangen. Nun, Hugenberg trat sehr widerwillig in das Hit-

lerkabinett ein. Ich glaube, noch am 29. Januar war er der Ansicht, dass es um die Herstellung eines Kabinetts Papen II ohne Nazis, eventuell gegen die Nazis gehe. Jedenfalls führte er verschiedene Verhandlungen, die auf eine solche Lösung zielten, und sah sich dann unversehens in das Hitlerkabinett versetzt, mit Hitler als dem Reichskanzler, was er ja immer hatte verhindern wollen. Er fühlte sich vom ersten Augenblick an bei diesem Ausgang der Dinge nicht wohl; er sprach sehr deutliche Warnungen in Wahlreden aus und gab diese Warnungen auch in der Presse wieder. Da hiess es, die nationalsozialistische Welle drohe abzugleiten in den Nationalbolschewismus. Die Nazis möchten noch so national sein, aber Bolschewismus sei einfach tödlich für das deutsche Volk. Das Chaos drohe, Deutschland sei nicht Russland, Totalitarismus drohe und so weiter. Das waren alles sehr eindrucksvolle Formulierungen. Nur, jetzt kommt die Pointe: Was meinte Hugenberg mit Chaos? – Das ist vielleicht nicht sonderlich originell. Er meinte, dass dann nämlich, wenn die «nationale Konzentration» scheiterte, wieder die alte Parlamentsanarchie, die Zentrumschiebungen, Marxistenwirtschaft und kulturelle Libertinage fröhliche Urstände feiern würden. Und diese Sorge hat seinem Widerstandswillen gegenüber Hitler schon einmal gewisse Grenzen gesetzt, sehr enge Grenzen wurden seiner Einflussmöglichkeit ausserdem durch seine persönlichen Eigenarten gesetzt. Kein Mensch mochte Hugenberg, deshalb fand er auch zu seinen ihm politisch nächststehenden Kabinettskollegen wie Papen, Seldte und anderen keinen Kontakt.

Der zweite Aspekt betrifft dann die Partei. An ihr ist von Anfang an etwas sehr Seltsames festzustellen. Die Basis erweiterte sich in der Euphorie der sogenannten Nationalen Revolution. Die Führungsspitzen dagegen waren von vornherein skeptisch, wurden von Mal zu Mal skeptischer, und nach den Märzahlen sagten die Führer eigentlich durchweg: Die Deutschnationale Volkspartei ist verloren. Die Partei ging im Grunde von oben her ihrem Untergang entgegen, weil die Führung aufsteckte, und nicht etwa, weil die Basis fortgelaufen wäre. Schon im März, bei der Diskussion um das Ermächtigungsgesetz, fiel in der Reichstagsfraktion das Stichwort: Wir haben nur noch die Wahl, Selbstmord zu begehen oder ermordet zu werden! Es wurde übrigens von Anbeginn in der Führung viel darüber geredet, welchen politischen Sinn es eigentlich noch habe, die Deutschnationale Volkspartei am Leben zu erhalten. Es wurde gesagt, wir sollten uns auflö-

sen, oder wir sollten uns mit der NSDAP fusionieren, um deutschnationales Gedankengut noch irgendwie zu bewahren. Manche andere Lösungsmöglichkeit wurde diskutiert. Jedoch vermisse ich bei diesen Meinungsäußerungen, sowohl in den privaten Korrespondenzen wie in den parteiamtlichen Dokumenten, einen ganz bestimmten Vorschlag, nämlich jenen: Weil die Nazis ihren Kredit überzogen haben, müssen wir jetzt alles tun, um diese Brüder wieder an die Luft zu setzen! Nicht ein einziges Mal begegnete mir dieser Gedanke. Die Führung war wohl von vornherein der Ansicht, dass dies nicht mehr möglich sei.

Nicolaus Sombart (Berlin): Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich mich darüber gewundert habe, dass in der Diskussion, weder gestern noch heute, ein einziges Mal wenigstens der Gedanke laut geworden ist, dass vielleicht einer der Hauptgründe für die Machtergreifung Hitlers darin gelegen haben könnte, dass die deutsche Führungsschicht (oder ein grosser Prozentsatz der Führungsschicht), die aus dem Wilhelminischen Deutschland in die Weimarer Republik hineingeraten war, ohne zu wissen, was ihr geschah, und nun eine Republik aufbauen sollte, «bis in die Knochen» monarchistisch war und dass die Restauration, die Wiederherstellung der Monarchie, ihnen als das eigentlich Selbstverständliche erschien. Die Weimarer Republik war für sie nur der «defiziente Modus» der Monarchie, diese aber die einzige «dem Deutschen gemässe» Staatsform. Sie waren unfähig, selbst wenn sie sich bemühten, «Vernunftrepublikaner» zu sein, die «Republik» zu denken. Ihre Denkstrukturen waren genauso monarchistisch wie ihre Staatsvorstellungen. Bei Hindenburg ist das vollkommen klar. Er fühlt sich als «Statthalter» des Kaisers. Er hat Hitler nur deswegen an die Macht gelassen, weil er von ihm erwartete, dass er die Monarchie wiederherstellen würde. Er hat Hitler auf seinem Totenbett das Ehrenwort abgenommen, dies zu tun. Und der Glaube daran, dass Hitler dies tun würde, war zweifellos für ein weites Spektrum der damaligen Führungsschicht – Beamte, Richter, Parlamentarier –, aber auch für das Grossbürgertum und den breiten Mittelstand, der Grund, warum sie Hitler, trotz aller Einwände, akzeptierte. *Darin* lag, in ihren Augen, seine historische Legitimität. Man dachte, das ist der Mann, der nach dieser schrecklichen Revolution von 1918, nach dem «Königsmord», den Deutschen die ihnen einzig gemässe

Staatsform, nämlich eine Monarchie, wiedergeben wird. Was ein totalitärer Führerstaat sein würde, wusste niemand, konnte sich auch niemand vorstellen. Was eine Monarchie war, das wusste jeder.

Also, ich möchte diesen Gesichtspunkt in die Diskussion einbringen. Die Rückprojektion von Faschismustheorien auf die Situation der zwanziger Jahre ist meiner Meinung nach viel weniger ergiebig als die Feststellung der erstaunlichen Persistenz der Denkmodelle des Wilhelminischen Deutschland in den Köpfen der Deutschen bis in die 30er Jahre, bis zum 20. Juli!

Man wird überhaupt sehen müssen, dass der Erfolg Hitlers weitgehend dadurch zu erklären ist, dass er die ungelösten innen- und aussenpolitischen Probleme des Kaiserreiches zu lösen versprach. Dazu gehörte auch die Zusammenlegung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenposten, wodurch das Dauerdilemma an der Entscheidungsspitze des Kaiserreiches im Sinne einer verbesserten absolutistischen Verfassung – wie sie Carl Schmitt anstrebte – beseitigt schien.

Christoph Graf (Bern): Ausländer haben ja im Rahmen einer solchen Tagung immer eine gewisse beschränkte Narrenfreiheit. Sie gestatten mir deshalb zu Beginn eine kleine kritische Vorbemerkung. Wenn man einzelne Voten dieser Tagung bis heute und einzelne Tendenzen in der neueren Forschung überblickt, so erinnert man sich hie und da ein bisschen an den Ausspruch des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt auf dem Deutschen Historikertag 1978: dass vor lauter Theorien viele immer noch kein klares Bild vom Dritten Reich und dem Nationalsozialismus hätten.

(Beifall)

Ich nenne dafür als Stichworte aus dem bisherigen Verlauf dieser Tagung die relativ ausführliche Beschäftigung mit Revolutionstheorien, Krisen- und Krisenbewältigungstheorien, Demokratie- und Faschismustheorien, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Als Stichworte aus der neueren Forschung für das, was ich meine mit diesen Theorien, erwähne ich den «schwachen Dikator», «blinde Mechanismen», «kumulative Radikalisierung» – das Stichwort fiel heute wiederholt – «Wachträume», «Zufälle», «Sachzwänge», «Kompetenzenchaos», «Polykratie der Ressorts» – das alles als Ursachen beziehungsweise Strukturmerkmale des Dritten Reiches – , «Improvisation», «Reaktion» und «Opportunismus» als Führungsstil.

Ich möchte demgegenüber in Anknüpfung an die Ausführungen des Diskussionsleiters und einiger Teilnehmer am Podium ganz einfach zwei Beispiele für die Zielstrebigkeit und Folgerichtigkeit der Machteroberung erwähnen, zwei Beispiele also für die Kriminalisierung der Politik durch die NS-Führung, zwei Beispiele für pseudolegale Täuschungsmanöver, zwei Beispiele für die Technik, die Strategie der Machteroberung.

Vorbemerken möchte ich, dass Zielstrebigkeit und Folgerichtigkeit nichts, aber auch gar nichts implizieren in Bezug auf die Schuldfrage. Und Herrn Broszat möchte ich antworten – er hat die Frage nach dem Erkenntniswert der These einer konsequenten Realisierung eines ideologischen Programms gestellt –: Der Erkenntniswert dieser These liegt ganz einfach darin, dass es darum geht, ein ideologisches Programm ernstzunehmen, damit es nicht realisiert werden kann.

(Beifall)

Als erstes Beispiel für die Folgerichtigkeit und Zielstrebigkeit der nationalsozialistischen Machteroberung möchte ich die preussische, insbesondere die Politische Polizei beziehungsweise die Geheime Staatspolizei erwähnen, und dies aufgrund neuester Forschungen. Der Erkenntniswert des Beispiels liegt darin, dass diese Behörde in den Jahren 1932 bis 1934 eine entscheidende Rolle spielte. Ich habe gesagt: Zielstrebigkeit und Folgerichtigkeit. Anscheinend paradoxerweise ist in diesem Bereich ebenfalls eine sehr starke Kontinuität über den 30. Januar hinweg festzustellen, eine Kontinuität rückwärts, indem aus der Perspektive der preussischen Politischen Polizei der Papen-Putsch vom 20. Juli 1932 eine entscheidende Rolle gespielt hat und indem die Politische Polizei ihrerseits im Zusammenhang mit diesem Papen-Putsch eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Kontinuität gab es auch vorwärts, über den 30. Januar 1933 und das Jahr 1934 hinaus. Im Gegensatz zu anderslautenden, teilweise apologetischen Behauptungen kann ich in Anknüpfung an die Memoiren des ersten Gestapochefts Rudolf Diels behaupten: *Lucifer* stand 1933 nicht *ante portas*, sondern war längst im Haus drin! Es ist heute aufgrund neuester Forschungen festzustellen, dass bereits im Jahre 1933 eine sehr weitgehende Durchsetzung des Personalapparates dieser Behörde durch SS-Elemente stattfand.

Die Tätigkeit dieser Behörde war mehr oder weniger gradlinig ausge-

richtet auf eine systematische Entrechtung des Individuums: erste antisemitische Massnahmen, Kirchenkampf und natürlich die systematische Ausschaltung der linken, aber nicht *nur* der linken Opposition. All das charakterisiert die Tätigkeit der preussischen Politischen Polizei im Sinne eben einer Zielstrebigkeit. Insgesamt hat sich diese Behörde in den Jahren 1933 und 1934 mehr oder weniger gradlinig entwickelt auf eine Herauslösung aus der staatlichen Verwaltung hin. Hans Buchheim hat schon vor Jahren das Schlagwort geprägt von der Entstaatlichung der Politischen Polizei und parallel dazu von der Entpolitisierung der staatlichen Verwaltung.

Wir stellen also insgesamt eine mehr oder weniger gradlinige, konsequente Entwicklung im Sinne einer Zentralisierung, Machtsteigerung und Totalisierung im Zusammenhang natürlich mit der SS fest.

Als zweites Beispiel – wie könnte es anders sein, wenn wir uns hier in diesem Gebäude und in diesem Raum befinden – möchte ich den Reichstagsbrand erwähnen. Die Bedeutung des Reichstagsbrandes liegt ja bekanntlich nicht in seinem Eigenwert – obschon wir uns hier in diesen Mauern befinden –, sondern in seinem Stellenwert. Dieser Stellenwert wiederum ist klar gegeben und durch die tags darauf erlassene sogenannte Reichstagsbrandverordnung verdeutlicht, die ja ihrerseits eine wesentliche Voraussetzung für die Wahl vom 5. März darstellte, die wiederum – die Kette liesse sich beliebig weiterführen – zum Ermächtigungsgesetz führte.

Angesichts dieses zentralen Stellenwertes des Reichstagsbrandes im Prozess der nationalsozialistischen Machtergreifung kann es ja meines Erachtens nicht gleichgültig sein, wer diesen Brand inszeniert hat. Als Historiker können wir es uns doch nicht leisten, heute, 50 Jahre danach, immer noch wie die Katze um den heissen Brei zu streichen. Die Bedeutung des Nachweises einer nationalsozialistischen Urheberschaft am Reichstagsbrand liegt also ganz einfach darin, dass es eben nicht gleichgültig ist, ob der Reichstagsbrand nur ausgenutzt wurde, ob also nur das Argument: *cui bono?* gilt oder ob die Nationalsozialisten diesen Brand – und damit weitgehend auch die Machteroberung – tatsächlich inszeniert und geplant haben.

Nun, ich darf die Behauptung wagen – es ist klar, wir können hier keine Dokumente vorlegen –: Der dokumentarische Beweis einer nationalsozialistischen Urheberschaft am Reichstagsbrand ist erbracht, er liegt vor, der

Büchertisch steht zur Verfügung. Die Elemente dieses Nachweises seien nur ganz kurz erwähnt. Es gibt einen negativen und einen positiven Beweis: den negativen Beweis für die Unhaltbarkeit einer sogenannten Alleintäterschaft auf technischer Ebene, und – nicht unbedeutend – den Nachweis für die letztlich apologetischen Wurzeln der sogenannten Alleintäterthese – womit natürlich keiner der anwesenden Vertreter dieser These beschuldigt werden soll. Aber die Wurzeln dieser These liegen vor. Auf die Elemente des positiven Beweises kann hier leider nicht mehr eingegangen werden.

Natürlich darf das Element der Planung und der Zielstrebigkeit der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht verabsolutiert werden. Es ist ganz klar, dass es polykratische und chaotische Elemente gibt. Aber entscheidend schiene mir, dass das Wechselspiel zwischen Planung und Improvisation und die dominierende Rolle der Zielstrebigkeit und der Folgerichtigkeit in der nationalsozialistischen Machteroberung erkannt werden.

Rudolf Morsey (Speyer): Hier ist heute zweimal gefragt worden, auch von Ihnen, Herr Hofer: Wer hat verhindert, dass sich das Zentrum an der Koalitionsbildung des 30. Januar beteiligte? Weder Hindenburg noch Hitler, noch Hugenburgs wie gemutmasst worden ist, sondern ganz schlicht Papen, der es nicht hat verwinden können, dass er vom Zentrumsführer Kaas am 2. Juni, nach der Bildung des Papen-Kabinetts, als Ephialtes (d.h. als Verräter) bezeichnet worden war.

Herr Jäckel, Sie haben gesagt, die Vorhersehbarkeit dessen, was passieren würde, sei von einigen liberalen Publizisten 1932 nicht erkannt worden. Es gab in München eine Wochenschrift *Der gerade Weg*, die ab 1931 regelmässig und mit einer hellsichtigen Voraussetzung nahezu alles das prognostiziert hat, was eingetreten ist. Die Artikel von Chefredakteur Fritz Gerlich und Ingbert Naab sind 1946 in einem Sammelband in München erschienen (*Prophetien wider das Dritte Reich*, herausgegeben von Johannes Steiner).

Gründe der Zentrums-Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz? – hat Herr Kollege Fritz Fischer heute Morgen gefragt. Es gibt fünf Gründe beziehungsweise Argumentationen, die auf verschiedenen Ebenen liegen, die ich hier nicht alle ausführen will, wobei der erste Komplex neun konkrete Zusagen des Reichskanzlers in seiner Regierungserklärung vom 23. März

beinhaltet; der zweite besteht darin, dass man glaubte, die der Regierung bereits durch die Notverordnung vom 28. Februar gegebenen Vollmachten eingrenzen, ihr die Zähne ziehen zu können; denn diese Notverordnung war ja das eigentliche Ausnahme- und Grundgesetz des «Dritten Reiches». Der dritte ist die Hoffnung, damit bestimmte Dinge doch noch verhindern zu können. Der vierte sind Illusionen über die Dauer des Regimes, Hoffnungen unter anderem auf Hindenburg und die Reichswehr sowie auf endgültige nationale Eingliederung des politischen Katholizismus. Und das fünfte Argument ist die Furcht, die Angst und die Sorge angesichts der Atmosphäre in der Kroll-Oper.

Das Ja zum Ermächtigungsgesetz war, das ist vorhin von einer anderen Seite gesagt worden, und das gilt auch für die Zentrumsabgeordneten, Selbstmord aus Angst vor dem Tode. Zwei Stunden nach Annahme des Gesetzes hat der sozialdemokratische Parteiführer Otto Wels beim Abendessen in einer Gaststätte in der Nähe der Kroll-Oper dem Zentrumsabgeordneten Johann Ernst aus Aachen, einem Gewerkschaftssekretär, gesagt: «Gut, dass Ihr zugestimmt habt, sonst wären wir dort nicht mehr herausgekommen!»

W. Hofer, Diskussionsleiter: Jetzt kommen wir zu einer Gruppe, die sich mit sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Problemen befasst.

Francis L. Carsten (London): Es fiel seitens des Vorsitzenden das Wort von der mächtigen deutschen Arbeiterbewegung. Dass sie so mächtig gewesen sein soll, das möchte ich sehr stark bezweifeln. Denn durch die Krise wurde die Arbeiterbewegung in die Defensive getrieben. Sie war aufgrund der Spaltung und aufgrund der Wirtschaftskrise machtlos geworden. Und ich möchte an das Beispiel von 1923 erinnern, als die wesentlich stärkere deutsche Arbeiterbewegung kampflos die Wiedereinführung des 10-Stunden-Tages – was den Verzicht auf eine wichtige Errungenschaft der Revolution von 1918 bedeutete – und eines längeren Arbeitstages für die Bergarbeiter hingenommen hat, weil sie sich aufgrund der schweren Wirtschaftskrise einfach nicht gegen die Unternehmer wehren konnte. Und die Unternehmer wurden von der Reichsregierung unterstützt.

Und was die einzelnen deutschen Arbeiterparteien 1933 betrifft, so glaube ich, dass es wenig bekannt ist, dass die KPD ja zunächst einmal an

Widerstand gedacht hat und Vorbereitungen dazu traf. Diese Vorbereitungen wurden dann aber, soweit ich mich erinnern kann, noch vor dem Reichstagsbrand auf einmal abgeblasen. Und anscheinend, so wird vermutet, aber es gibt darüber wohl keine Urkunden, wurden sie abgeblasen auf Intervention der Komintern hin. Die KPD wollte etwas tun, sie wollte Sabotage betreiben. Ich meine nicht den Aufruf zum Generalstreik nach dem 30. Januar, sondern spätere konkrete Massnahmen, die gedacht waren als Vorbereitung für den bewaffneten Aufstand, aber die dann nicht mehr stattfanden.

Was die SPD betraf, da kommt hinzu, dass die Hitler-Regierung eben eine legale Regierung war. Hätte es einen zweiten Kapp-Putsch gegeben, dann hätten die Gewerkschaften vermutlich wieder zum Generalstreik aufgerufen, darauf waren sie eingestellt, aber dass eine Regierung sozusagen legal an die Macht kam, das hat einen Widerstand seitens der Gewerkschaften faktisch unmöglich gemacht. Und man hat seitens der SPD damals immer wieder zitiert: Nun ja, das wäre wieder ein Sozialistengesetz, und unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz hat sich die SPD ja gestärkt und erholt. Das war die grosse Illusion, und daher ist die SPD aus verschiedenen Gründen dieser Art überhaupt nicht zur Erörterung der Möglichkeit eines Widerstandes gekommen.

Es ist hier mit Recht von der legalen Revolution gesprochen worden. Und genau das ist erörtert worden in einer sehr interessanten Depesche des britischen Botschafters in Berlin, Sir Horace Rumbold, vom März 1933. Da kommt er zu dem Schluss, das wäre eben eine Art legaler Revolution gewesen, jedenfalls im Norden von Deutschland. Aber die Eingriffe dann im Süden, die Absetzung der Regierung der südlichen Staaten, das wäre nicht mehr legal gewesen, und damit wäre die Schwelle der Legalität überschritten gewesen. Ich möchte das nur als zeitgenössische Erörterung dem hinzufügen, was hier ganz richtig gesagt worden ist.

Noch eine Bemerkung zum Begriff Machtergreifung. Machtergreifung ist ja ein nationalsozialistischer Begriff. Und ich finde immer, die Historiker sollten ihn nicht anwenden, denn es war ja keine Machtergreifung, sondern man hat die Nationalsozialisten durch eine Hintertür an die Macht gelassen seitens der reaktionären Kräfte, und dann haben sie diese Macht ausgebeutet. Aber man hat sie an die Macht herangelassen zu einer Zeit, als die nationalsozialistische Bewegung schon im Niedergang begriffen

war. Wenn das nicht geschehen wäre, dann würde sich dieser Niedergang vermutlich 1933 fortgesetzt haben. Sie haben dann, nachdem sie erst mal den Fuss in der Tür hatten, das ungeheuer ausgebeutet. Aber eine «Machtergreifung» war das meiner Ansicht nach nicht!

W. Hofer, Diskussionsleiter: Ich glaube, was den Begriff Machtergreifung betrifft, den Sie kritisieren, liegt ein Missverständnis vor. Diejenigen, die den Begriff anwenden, sind auch nicht der Meinung, dass die Nazis am 30. Januar die Macht ergriffen haben, sondern sie sehen in der Machtergreifung einen Prozess, der in den Monaten nach dem 30. Januar 1933 stattgefunden hat. Dass Hitler am 30. Januar durch die bekannten Intrigen in das Kanzleramt gekommen ist, das bestreitet hier niemand.

Dagmar Reese-Nübel (Berlin): Herr Professor Jäckel erwähnte vorhin, dass es zwei wesentliche Merkmale nationalsozialistischer Politik gegeben hätte, und zwar einmal die Ausdehnung nach Osten und zum anderen den Antisemitismus. Ich meine, dass man den Antifeminismus als wesentliches Merkmal des Nationalsozialismus dazurechnen muss. Ich meine auch, dass die Bedeutung des Antifeminismus, was die massenhafte Zustimmung betrifft, noch vor dem Antikommunismus und dem Antisemitismus rangiert, mit dem er sich jedoch gelegentlich überschneidet, worauf Rudolf Olden in seiner Hitlerbiographie hinweist.

Im Gegensatz zum Antisemitismus, der ein eindeutiges Feindbild hat, gilt der Antifeminismus nicht der Frau schlechthin, sondern bestimmten Frauentypen. Es sind dies die Lesbe, die Feministin und vor allem die jugendliche Arbeiterin. In der ausgehenden Weimarer Republik bedeuteten diese drei Frauentypen eine Erschütterung männlichen Selbstverständnisses. Bei der Lesbierin liegt dies auf der Hand. Ihre Erscheinung wurde als ein öffentliches Ärgernis betrachtet und schon in der Weimarer Republik verfolgt. Aber die Hartnäckigkeit, mit der man sich ihr widmete, verrät doch, wie sehr man von ihr verunsichert war. Dies galt vor allem auch für die Intelligenz, der hier eine unerwartete und unbequeme Konkurrenz auf die ohnehin knappen Arbeitsplätze erwuchs – übrigens vor allen Dingen im Sozialbereich. Hier hatte der nationalsozialistische Antifeminismus leichtes Spiel. Die Gesellschaft war zwar spürbar infiziert, doch nicht durchtränkt, die männliche Welt verunsichert, doch nicht gebrochen, und man suchte nach einem Führer, um die alte Ordnung wiederherzustellen.

Der Antifeminismus speiste sich jedoch noch aus einer anderen, mächtigeren Quelle. Es war das «real existierende Matriarchat» in der Arbeiterfamilie. Die Arbeiterfrauen, die man im Ersten Weltkrieg in einem unerhörten Ausmass in die Produktion einbezogen hatte, die über Jahre auf sich selbst gestellt gewesen waren, die wesentlich zum Ausbruch der deutschen Revolution beigetragen hatten – in Berlin und auch in anderen Städten begann die Revolution mit Nahrungsmittelrevolten –, kehrten auch nach 1918 nicht in ihre angestammten Rollen zurück, wenn sie sie überhaupt jemals eingenommen hatten. Für die Arbeiterschaft stellte sich die Weimarer Zeit als eine von Krisen geschüttelte dar, die sie jederzeit in ein jämmerliches Elend zurückwerfen konnte. Selbst die kurze Zeit der Prosperität war für die Arbeiterschaft ja vor allem eine der zunehmenden Rationalisierung, und es bestand immer die Gefahr der Erwerbslosigkeit. In diesen Zeiten der materiellen Unsicherheit, der Wohnungsnot, des Mangels war die Arbeiterin vor allem in den Augen ihrer Kinder der einzige Garant für Beständigkeit und Fortbestand der Familie. Von ihr und ihrer Arbeitskraft hing das Überleben einer Arbeiterfamilie wesentlich ab. Der Vater, sowie so meistens ausserhäuslich, in der Fabrik, in der Kneipe oder auf Arbeitssuche, oft betrunken, vielfach erwerbslos, hatte kaum Autorität. Wie soziologische Untersuchungen dieser Zeit zeigen – ich verweise hier auch gerade auf die Frankfurter Schule –, waren die Kinder dem Vater entfremdet und vor allem der Mutter zugetan. Unter jugendlichen Arbeiterinnen war die Ablehnung von Heirat und Ehe häufig. Ihr Verhältnis zur Männerwelt war ein narzisstisches. Der Herr zahlte für Molle und Korn, die sie von ihrem geringen Gehalt nicht bestreiten konnten; dafür gab es Küsschen, oder man entfernte sich in den dunkleren Teil des Gartens. Die Anzahl der Eifersuchtsdelikte in dieser Zeit ist sehr häufig. Heiratete die junge Arbeiterin, so war das meist eine Folge von ungewollten Schwangerschaften. Verhütungsmittel und die Möglichkeit von Abtreibung interessierten sie daher sehr. Das Verhalten der jugendlichen Arbeiterinnen stiess auf einhellige Ablehnung. Im Bürgertum sannen Männer wie Frauen auf Abhilfe. Man war sich einig darüber, dass die Mädchen aus den Fabriken raus mussten. Man diskutierte den Wert eines Haushaltsjahres, Haushaltsunterricht in den Berufsschulen; es sollte ein sportlicher und intellektueller Ausgleich geboten werden. Das ganze Programm der Nationalsozialisten hinsichtlich der Erziehung von Mädchen ist in seinen Grundzügen in der Weimarer Republik vorweggenommen.

Aber auch die KPD liess nicht ab, die flatterhaften jungen Mädchen zu geisseln, die sich von ihrem mageren Lohn lieber irgendeinen Flitter als die *Rote Fahne* kaufen wollten. Es gelang ihr nicht, diese Mädchen zu integrieren, obwohl sie alle als Kinder ihrer Klasse und dieser Zeit ganz selbstverständlich links waren und oft auch links wählten.

Der Nationalsozialismus bot allen Schichten hier ein Programm, womit nicht gesagt sein soll, dass alle Schichten gleichermaßen darauf zurückgriffen. Er wandte sich an die bedrohte Männerwelt wie an den Teil der Frauen, die ihren gesellschaftlichen Aufstieg mit sexueller Enthaltensamkeit – sprich Sitte – bezahlt hatten. Die «deutsche Frau» sollte nichts Lasterhaftes und Promiskuitives haben. Sie sollte sich nicht schminken und nicht mit Parfüm die Sinne der Männer verwirren. Man wollte sie ganz unerotisch, ganz gezähmte Venus. Sie sollte sich vor allem aber auch dem Zugriff des Mannes nicht durch Verhütungsmittel und Abtreibungen entziehen. Hielt sie sich nicht daran, wurde sie bestraft. Als Asoziale wanderte sie ins KZ, als Abtreiberin wurde sie gemordet. Nicht mit Überzeugung wurden die Frauen gewonnen, sondern mit Gewalt, die sich vor allem deshalb als so subtil erwies, weil sie einen Bereich betraf, über den man gewöhnlich nicht spricht.

Harald Scholtz (Berlin): Missverständnisse hinsichtlich der «Machtergreifung» konnten in der Diskussion wohl nur dadurch aufkommen, dass hier von der Breite dieses Phänomens noch nicht gesprochen wurde, von der Machtergreifung in den Ländern, in den Gemeinden. An ihr war die breite Masse der Parteianhänger beteiligt, nicht nach einem Konzept, einem politischen Sachprogramm, sondern um gewalttätig politische Dominanz durchzusetzen. Es waren nicht unpolitische, aber politisch nicht denkende Leute, die ihr in der «Bewegung» gewonnenes Selbstgefühl bestätigt sehen wollten. Die Motive für die Machtergreifung als Massenphänomen müssten hier stärker berücksichtigt werden, weil die junge Generation ja vor allem erklärt haben will, wie es zu dem Verhalten der Menschen im Dritten Reich kam.

Dazu ein Hinweis: Die Nazis haben bestimmte Arrangements getroffen, um die Menschen überhaupt erst zu gewinnen. Sie haben weniger über die Lösung konkreter Probleme gesagt, die hier so ausführlich behandelt worden sind. Sie haben vor allem die Befriedigung von Bedürfnissen in Aus-

sicht gestellt. Man hat hier nur allgemein vom Integrationsbedürfnis gesprochen. Das wurde jenseits des Alltags befriedigt, zur Entlastung von seinen Problemen. Lager wurden eingerichtet, in denen man gesund leben und in Gemeinschaft sein sollte. Aber die Befriedigung dieser Bedürfnisse wurde dann politisch gedeutet. Es hat viele solcher Arrangements gegeben. Sie sollten hier einmal erwähnt werden. Denn durch sie ist die deutsche Gesellschaft immer mehr nazifiziert worden. Auch das muss man im Phänomen der Machtergreifung enthalten sehen.

Reinhard Strecker (Berlin): Ein Erstes: Für den israelischen Historiker Walter Grab ist der Antisemitismus das entscheidende Kriterium bei der Beurteilung von Revolution und Funktionieren der parlamentarischen Demokratie. Sicher ist, dass diese Perversion des Geistes, die in diesen Tagen hier ja höchstens peripher aufgetaucht ist, eine Rolle gespielt hat sowohl bei der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie als auch bei der Stabilisierung der totalitären Diktatur. Es ist eine Tatsache, dass der Antisemitismus, wie heute dankenswerterweise schon von Fred Grubel betont wurde, das anziehende Aushängeschild der NSDAP war, mit dem sie Massen einfangen konnte, weil sie damit auf eine Prädisposition in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung stieß, vor allem, aber nicht nur, bei der sogenannten Elite.

Bei der Stabilisierung der Diktatur spielte es sicherlich eine wesentliche Rolle, dass man sich bei den ersten antisemitischen Massnahmen auf Vorarbeiten beziehen konnte, die aus der Zeit vor Februar 1933 stammten, etwa aus dem preussischen Innenministerium, wenn ich dabei an die anti-jüdischen Bestandteile der Bestimmungen über die Behandlung von beantragten Namensänderungen denke. Nach der Annektion Preussens durch das Reich wurden die Zuständigkeiten neu aufgeteilt. Das Innenministerium übernahm Bereiche aus dem Justizministerium, und dort fangen diese Akten dann noch 1932, im November etwa, an. Die erste Verordnung, die nach 1933 kommt, wird von dem gleichen Verfasser entworfen, der die früheren Bestimmungen ausgearbeitet hatte, und entsteht dadurch, dass am Beginn der alten Akte dem Text ein handschriftlicher Kommentar hinzugefügt wurde, der gewisse Verschärfungen brachte, aber an einen schon vorhandenen Tenor anknüpft.

Der Antisemitismus und seine Kontinuität innerhalb der Beamtenschaft – ich denke an die Verwaltungsjuristen, die eine ganz besondere Rolle gespielt haben bei der Stabilisierung der Diktatur, nicht nur die Richter und

Staatsanwälte, sondern gerade die Verwaltungsjuristen – werden immer noch dadurch gezeugnet, dass man so tut, als sei, was 1933 geschah, ein Zufall gewesen. Die NSDAP sei an die Macht gekommen, alle hätten sich ihr hingegeben, aber sozusagen gezwungenermaßen.

So war es eben nicht!

Das Zweite: Die Fachausdrücke. Auf die fragwürdige Verwendung des Goebbels-Terminus ‚Machtergreifung‘ schon für die Zeit 1933 ist dankenswerterweise heute schon wiederholt hingewiesen worden. Ebenso vorsichtig sein sollte man mit dem in Fachliteratur wie Publizistik immer wieder benutzten Terminus ‚Reichskristallnacht‘, der ja auch aus der Goebbels-Küche stammt. Dabei handelte es sich nämlich in Wirklichkeit um ein Pogrom oder, wie man auch mit unserem deutsch-jüdischen Wort sagen könnte, um ein Churban.

Es war keine lustige Angelegenheit, dass da in weiten Bevölkerungsteilen die Solidarität völlig fehlte. Und dort, wo sie von einer einzelnen Frau in Bonn bewiesen wurde, führte das dazu, dass die Bonner Universität ihren Mann, den international renommierten Professor Kahle, ausschloss und die Frau praktisch in den Tod getrieben werden sollte. Das ist ja alles bekannt.

Die gleiche Vorsicht sollten wir auch bei der Verwendung des Begriffs ‚Faschismus‘ walten lassen. Die vielen, teils doch wohl als positiv zu begrüßenden, antifaschistischen Arbeitskreise, die es neuerdings plötzlich in diesem Lande gibt, werden hingenommen, weil sie niemandem wehtun, denn Faschismus hatten wir hier nicht. Wenn es antinationalsozialistische Gedenkveranstaltungen mit lokalen Bezügen gäbe – die würden wirklich wehtun.

(Beifall)

Und als letztes: Ich habe heute hier voller Entsetzen einen Satz gehört – wie ich glaube, und eigentlich war die Akustik gut genug, ihn deutlich zu hören – dieses Auch-nur-in-Beziehung-Setzen von Hitler und Begin in einem Satz, hier und heute, von diesem Podium aus, empfinde ich als verletzend!

Marlis G. Steinert (Genf): Ich habe zwei Themen, zu denen ich gerne sprechen würde, zum ersten zu einem in unserer Diskussion etwas vernachlässigten Sektor, nämlich die öffentliche Meinung. Aufgrund der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit beschränke ich mich auf einige Fragen,

die hier aufgetaucht sind, und zwar unter Zuhilfenahme einiger Streiflichter durch die damalige Presse. Danach möchte ich dann noch ganz kurz auf das Problem «Haltung der Deutschen und Antisemitismus» zu sprechen kommen.

Die Frage ist aufgeworfen worden, wann die Gefahr in der Öffentlichkeit wirklich wahrgenommen wurde, ob das schon gleich am 30. Januar 1933 war oder ob das erst später kam. Betrachtet man die Berichterstattung und die Kommentare sowohl der ausländischen als auch der deutschen Presse, so kann man unschwer feststellen, dass da noch Zweifel oder manchmal auch noch Hoffnungen in der Zeit zwischen der Machtübernahme, den Ausnahmegeetzen, dem Ermächtigungsgesetz und vor allen Dingen vor den Wahlen bestanden. Lassen sie mich als markantes Beispiel einen Artikel von Thomas Mann erwähnen, der noch am 2. Februar, also kurz nach Hitlers Machtantritt, von einer «vorübergehenden Konstellation» spricht. Vielerorts werden Hoffnungen vorgebracht, wird zumindest einer gewissen Ungewissheit Raum gelassen, die sich in den Titeln und Überschriften ausdrücken. Aber nach den einschneidenden Ereignissen, wie der Wahl vom 5. März Und dem Ermächtigungsgesetz, werden praktisch nirgends mehr, und weniger und weniger, Zweifel an dem wahren Diktaturcharakter des neuen Regimes laut.

Vielleicht kann man den Bewusstseinsstand der damaligen Zeit an zwei Komplexen, die uns hier sehr beschäftigt haben, noch etwas deutlicher aufzeigen, und zwar erstens an dem Begriff der Revolution und zweitens an dem Begriff der Natur dieses Regimes. War es ein Phänomen neueren Typs, wie Herr Hofer dies ausgedrückt hat, oder handelt es sich um ein faschistisches Phänomen? Unsere Diskussion hat, um eine Bemerkung von Herrn Schulz aufzugreifen, die Verführung durch Begriffe, aber auch die Verwirrung durch Begriffe sehr deutlich gemacht. Was in heutiger Sicht frappieren mag, ist, dass sowohl in der ausländischen wie in der inländischen Presse der Begriff einer Revolution, und zwar einer echten Revolution, sehr, sehr früh auftaucht. Selbst eine Zeitung wie die *Times* stellt am 2. März Vergleiche mit anderen Revolutionen an und schreibt zum Beispiel, dass die «Junker-Nationalisten» womöglich die Rolle der «Menschewiken» spielen würden in dieser «nationalistischen Revolution», dass es da aber bereits Jakobiner- oder gar Bonapartisten-Aspiranten gäbe, die auf ihre Zeit warteten.

Um dieselbe Zeit spricht dieselbe Zeitung sogar etwas abschätzig von dieser Revolution und meint, sie hätte noch nicht einmal ein Pendant zum «Marsch auf Rom» aufzuweisen, sondern hätte ihren Eintritt durch die Hintertüre der Wilhelmstrasse gemacht.

Der *Manchester Guardian* schreibt sogar, es handele sich um eine «first class revolution», bei der Göring die treibende Kraft sei. Etwas später wird der Terminus der «German revolution» verwandt. Das ist überhaupt der Begriff, von den Nazis spätestens nach dem Tag von Potsdam lanciert: die «deutsche Revolution», der in den verschiedenen Pressekommentaren dominiert. So spricht der *Manchester Guardian* am 30. 6. von der «deutschen Revolution» als einem (gewaltigen) Naturphänomen, welches «amoralisch» sei. Die *Chicago Daily Tribune* spricht hingegen zuerst nur von einer «moralischen Revolte», aber kurz danach, am 6. Mai, ebenfalls davon, dass Deutschland auf dem Wege in eine faschistische Diktatur sei. Den Vogel schießt die *Gazette de Lausanne* ab, die von der «nationalistischen Revolution» und dem «nationalsozialistischen Regime» schreibt und 1918 als eine «Pseudo-Revolution» bezeichnet. Sie fährt fort: Die zukünftigen Historiker könnten später wahrscheinlich schreiben, dass die Junker am 30. 1.1933, sozusagen gegen ihren Willen, Selbstmord begangen hätten. Die Aktion gegen die «Nationale Front» im Sommer 1933 wird als Sommeroffensive bezeichnet, in der die Zentren der «Gegenrevolution» ausgeschaltet werden sollen.

Als einzige bürgerliche Zeitung gebraucht die *Kölnische Zeitung* den Begriff der «Gegenrevolution» für den 9. November 1918. Aber sie weist, wie viele Zeitungen in dieser Zeit, und wie wir das auch aus dem Zeugnisschrifttum aus dieser Zeit kennen, daraufhin, dass es keine einzige Revolution gebe, die in solcher Ordnung verlaufen sei. Rudolf Binding unterstreicht in einer Antwort an Romain Rolland ebenfalls, dass es sich wirklich um eine wahre Revolution handele.

Ich könnte noch eine Fülle anderer relevanter Pressestimmen anführen, für die mir aber die Zeit fehlt. Daher nur noch einige Beispiele zu dem anderen Thema, wie das Regime und die Bewegung eingestuft wurden. Die meisten Zeitungen bringen Vergleiche zum Faschismus, sehr ausdrücklich natürlich die italienischen Zeitungen, die auf den «Modellcharakter» des italienischen Faschismus hinweisen, bei dem die Deutschen in die Schule gegangen seien. Aber auch der *Manchester Guardian* berichtet, wenn er

über den heimlichen Terror in Deutschland schreibt, zum Beispiel am 13. Mai, dass die deutschen Organisatoren sowohl von Italien wie von der Sowjetunion gelernt hätten. Schliesslich kommt in mehr und mehr Presseorganen bereits der Begriff des «Hitlerismus» auf. Dieser sei einerseits das Produkt wirtschaftlicher Umstände und als solches dem Faschismus ähnlich, also eine Art Mittelstandssozialismus, andererseits handele es sich um ein Produkt des deutschen Charakters.

Es ist bedauerlich festzustellen, dass grösstenteils eine Verwirrung der Begriffe in der damaligen Presse festzustellen ist und dass die Diskussion, die damals angefangen hat, anhält und unsere Diskussion auch keine zufriedenstellende Klärung erbracht hat.

Jetzt noch einige Worte zum Thema Antisemitismus: Ich möchte da auf eine neuere Studie zurückgreifen, die von Otto Dov Kulka in *The Jerusalem Quarterly* im Herbst 1982 erschienen ist. Es ist eine der wenigen wirklich gründlichen Untersuchungen zu diesem Thema, basierend auf Lageberichten aus verschiedenen Gegenden Deutschlands. Kulka berichtet darin über die uneinheitliche Haltung der Bevölkerung zur Judenfrage in bürgerlichliberalen Kreisen, bei Katholiken und bei der Intelligenz. Interessanterweise sagt Kulka, dass eine solche Kritik zur Judenpolitik des Regimes sehr viel weniger bei Linkskräften zum Ausdruck gekommen sei, da diese in der ersten Zeit ihre ganze Kraft auf den Aspekt des «Klassenkampfes» gelegt haben. Berlin hat allerdings sehr früh eine Ausnahme dargestellt.

In den Lageberichten wird darauf hingewiesen, dass Handzettel in Berlin verteilt wurden, in denen es hiess, dass die Agitation gegen die Juden nichts anderes beabsichtige, als die Aufmerksamkeit von den gebrochenen Versprechen der Nazis abzulenken: «Wir Arbeiter kämpfen nicht nur gegen Wertheim und Tietz, sondern auch gegen Siemens und Krupp, das heisst gegen die Kapitalisten!» In einem anderen Handzettel hiess es ebenfalls, Antisemitismus sei nur ein altes Ablenkungsmittel, das schon im zaristischen Russland mit Erfolg benutzt worden sei. Weiter weist Kulka darauf hin – und dies in Zusammenhang mit den Nürnberger Gesetzen –, dass man in Handelskreisen die Befürchtungen geäussert habe, dass diese Massnahmen einen Vorwand für Boykotte des Auslandes liefern würden. Eine weitere Ablehnung bestand gegenüber dem, was man als emotionalen und vulgären Antisemitismus bezeichnete – eine solche Haltung war beispielsweise im SD-Hauptamt zu finden –, da diese Art von Antisemitis-

mus sich als eher gegenproduktiv erwiesen hätte, statt Zustimmung habe er Protest herausgefordert.

Abschliessend möchte ich unterstreichen, dass ein ganz wesentlicher Faktor, der sich aus den Lageberichten herauskristallisiert, derjenige der Indifferenz weiter Teile der Bevölkerung gegenüber der Judenfrage gewesen ist; und es sind diese Gleichgültigkeit, dieser Mangel an Empathie und Ethik gewesen, die letzten Endes, meiner Ansicht nach, die Endlösung ermöglicht haben.

Michael S. Cullen (Berlin): Frau Reese-Nübel hat vorhin einen Vergleich zwischen Antifeminismus und dem Antisemitismus gezogen, den ich nicht stehenlassen kann. Auschwitz, Bergen-Belsen, Buchenwald und eine ganze Reihe von anderen Vernichtungslagern waren für Juden, Zigeuner und Intellektuelle und nicht *nur* für Frauen eingerichtet worden. Da ist ein erheblicher Unterschied. Und dieser Vergleich ist für mich ein Zeichen, dass irgendwo hier in Deutschland der Holocaust in bestimmten Kreisen bagatellisiert wird.

Stig Hornshøj-Møller (Berlin): Mein Heimatland Dänemark gehört bekanntlich zu den parlamentarischen Demokratien, wo der Faschismus trotz der Krisenjahre mit Massenarbeitslosigkeit keine bedeutende Rolle gespielt hat. Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie erlitt aber auch in Dänemark nach etwa einer Generationsdauer unter dem Ministerpräsidenten Estrup Ende des 19. Jahrhunderts einen erheblichen Rückschlag. Sie setzte sich aber doch durch. Warum nicht auch in Deutschland?

Ich habe einen anderen Ansatz einer Antwort auf die Faschismusfrage *erlebt*, als er bisher in den sehr theoretischen Deutungen zutage gekommen ist. Und meine kritische Frage an die Herren Historiker lautet: Arbeiten Historiker nicht mit den Massenmedien des 20. Jahrhunderts? Arbeiten Sie nur mit schriftlichem Material? Es gibt nämlich einen sehr beeindruckenden Film: Hitlers Aufruf an das deutsche Volk vom 10. Februar 1933, filmisch gesehen zwar äusserst primitiv, aber wenn man ihn gesehen hat, kann man auch verstehen, warum diese Rede nur mit dem Wort «Amen» aufhören kann.

Herr Stern hat mit Recht heute Morgen gefragt: Wo bleiben denn die Menschen? Sie sind doch diejenigen, die ihr Kreuz bei den Wahlen gesetzt haben. Sie sind diejenigen, die in Krisenzeiten eine gesellschaftliche Si-

cherheit gesucht haben. Sie sind auch diejenigen, die die Masse des Volkes ausmachen. Faszination, Magie, Rituale, das sind Begriffe, die ich in der sonst sehr begriffsreichen Diskussion noch nicht gehört habe.

Für den damaligen Wähler war die wissenschaftliche Erklärung der von jedem erlebten und für jeden sichtbaren Krise noch undurchsichtiger als heute. Aber eine funktionierende parlamentarische Demokratie setzt nun einmal Information bei ihren Wählern voraus. Kurzum, ich vermisse eine Stellungnahme zur Funktion der Massenmedien in Verbindung mit der heute behandelten Thematik. Gerade zur damaligen Zeit änderte sich die Medienlandschaft, Stichwort: Rundfunk, Stichwort: Tonfilm. Und dieses letztgenannte audiovisuelle Medium ist nun einmal unsere beste Möglichkeit, eine Situation der Vergangenheit zu tradieren, zu reproduzieren. Denken wir einmal als Bürger von heute an die sehr heisse politische Diskussion über die künftige Informationsgesellschaft mit neuen Medienstrukturen: Da geht es ebenfalls um Kommunikation und Politik.

Zurück zu meinem Vergleich mit Dänemark. Ich möchte folgende These aufstellen zum Nachdenken: Der Grund der erfolgreichen Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Dänemark ist, dass sie parallel zur Erweiterung der politischen Öffentlichkeit verlief – und parallel zur Bildung der modernen Industriegesellschaft. Dadurch wurde nämlich die Bildung einer demokratischen Tradition erheblich erleichtert. Das gilt auch für die Herausbildung der notwendigen Toleranz gegenüber der Meinung anderer Bürger in der Gesellschaft und für die notwendige Kompromissbereitschaft, die nun einmal zu einer funktionierenden Demokratie gehört.

Wie wir gehört haben, sind die Merkmale, die ich eben genannt habe, nicht zu Kriterien des einzelnen Wählers in Deutschland geworden, Kriterien, die als Orientierungshilfe bei der Strukturierung und Abwägung der Informationen hätten dienen können. Dafür war es umso einfacher im nationalsozialistischen Staat mit der gleichgeschalteten Goebbelsschen Propaganda. Und ist das nicht der Grund, warum heute so viel Gewicht auf die politische Bildung gelegt wird?

Weil mir hier in den Diskussionen weitgehend der praktische Bezug zur politischen Bildung fehlt, möchte ich abschliessend das Podium fragen, ob nicht ein Film, wie zum Beispiel Joachim Fests Hitler-Film, indem er die

Faszination zeigt, die Hitler damals auf die Menschen ausübte, für den gewöhnlichen Bürger von heute viel mehr Aussagekraft hat als viele Begriffserklärungen über den Nationalsozialismus. Ein Reizwort, das heute schon gefallen ist, wäre in diesem Zusammenhang natürlich auch die Fernseh-Serie «Holocaust».

W. Hofer, Diskussionsleiter: Ich habe noch eine Wortmeldung, die ich nur vorlesen kann, nämlich die Frage, wie Hitler die Lösung der Arbeitslosigkeit finanziert habe und wer dabei die Verlierer gewesen seien und ob Hitler ein im Grunde tüchtigerer Ökonom gewesen sei als die vor ihm regierenden Arbeiterbewegungen. Es war Herr Hirschfeld vom Schwedischen Fernsehen, der diese Frage stellte.

G. Schulz. Wenn ich bei dem letzten anfangen darf, in wenigen Stichworten gesagt: Der Hauptteil der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung entfällt auf Aufrüstung und auf Bereiche, die der Rüstungsindustrie im weiteren Sinne zugutekommen. Die Finanzierung ist zunächst mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungswechseln und sogenannten Mefo-Wechseln vorgenommen worden, nach Gründung einer Gesellschaft durch mehrere Rüstungskonzerne, auf die Wechsel gezogen wurden, die von der Reichsbank diskontiert wurden; also eine Art Vorfinanzierung, die bis ins Jahr 1938 funktioniert und etwa 12 Milliarden Reichsmark erbracht hat. Danach ist auf Reichsschatzanweisungen umgestellt worden, mit denen sehr grosszügig umgegangen wurde. Anforderungen von Seiten der Wehrmacht gingen unmittelbar an Beschaffungsstellen, die hierfür Reichsschatzwechsel auf runde Beträge ausstellten, für die seit Sommer 1939 keine gesetzliche Beschränkung mehr galt.

Das hat die Verschuldung ins Grenzenlose geführt. Eigentlich wäre die Folge eine grandiose Inflation gewesen, die aber durch eine Fülle von Auffangmassnahmen, Preisstop- und auch Lohnstopmassnahmen und schliesslich durch das eiserne Sparen, durch das Einbehalten von Lohnanteilen auf Konten, die nicht mehr verfügbar waren, eingedämmt wurde. Langfristig wäre das natürlich keine Lösung der wirtschaftlichen Probleme gewesen, die tatsächlich durch die nationalsozialistische Regierung bis zum Kriege und bis zur Niederlage nur hinausgeschoben worden sind.

Wir haben, wie einige Diskussionsbeiträge wohl deutlich machten, eini-

ge Themen als allzu selbstverständlich vorausgesetzt. Mit Recht ist auf das Problem des Antisemitismus wiederholt hingewiesen worden. Ich möchte unterstreichen, dass auch im Zusammenhang mit der Sommerkrise 1934 in den Lageberichten der Regierungspräsidenten und der Oberpräsidenten immer wieder die Unruhe unter der Bevölkerung erwähnt wird, die in Krisenzeiten viel grösser war, als allgemein angenommen wird – nur wurde in der Presse darüber nicht berichtet –; wo es heisst, dass die Unruhe unter der Bevölkerung, auch unter der bäuerlichen Bevölkerung, ständig zunehme und dass man dafür Schuldige verantwortlich machen müsse. Mir ist zufällig in Erinnerung, dass der Regierungspräsident in Koblenz empfahl, man sollte doch die jüdischen Viehhändler als Störer der Agrarpolitik benennen. Das ist ein Beispiel für viele, das ungefähr die Richtung einer im Prozess doch zunehmenden Verschärfung deutlich anzeigt.

Antijüdische Namensrechtsverordnungen des Reichsministeriums des Inneren aus der Zeit vor 1933 sind bisher auch im Entwurf nicht bekannt geworden. (In seinem ursprünglichen Beitrag hatte Herr Strecker vom Reichsinnenministerium, nicht vom preussischen Innenministerium, gesprochen.)

R. Strecker: Nur eine Bemerkung zu den erwähnten Namensrechtsbestimmungen: Sie sind ab Herbst 1932 ausgearbeitet worden von Herrn Globke. Ich habe Teile mit antijüdischem Tenor daraus in meinem Buch *Dr. Hans Globke. Aktenauszüge und Dokumente* 1961 zitiert (auf Seite 24 stammt der mittlere Abschnitt VI. *Judennamen* von Ende 1932, während sich herausgestellt hat, dass die anschliessenden ‚letzten Korrekturen‘ und die kursiv gesetzten Einschübe im Abschnitt I. *Allgemeines* auf dieser Seite und die handschriftlichen Zusätze zum Runderlass vom 24.11.1932 auf S. 20/21 erst in späterer Zeit entstanden sind). Diese Stellen sind auch mehrfach zitiert worden. Zuletzt etwa im Manuskript von Joseph Walk über antijüdisches Recht und Verordnungen; denn das Manuskript fing noch mit 1932 an und nicht erst mit Februar 1933, wie das Buch. Der Anfang ist dann auf Wunsch des Bundesjustizministeriums herausgenommen worden, wie der Verlag mitteilte. Das heisst, es ist (im preussischen Innenministerium) nicht ganz so, wie eben von Herrn Professor Schulz für das Reichsinnenministerium ausgeführt. Ich bin gerne bereit, Ihnen morgen entsprechende Unterlagen mitzubringen.

M. Broszat: Wenigstens zu einigen aufgeworfenen Fragen ein paar Bemerkungen: Zu Anfang der Diskussion ist der Nationalsozialismus wiederum in die Reihe der Restauration gerückt worden. Das scheint mir zu unspezifisch und ein Rückschritt gegenüber dem, was in den vorausgegangenen Diskussionen sich schon weitgehend als Konsens herausgestellt hatte, nämlich dass der Nationalsozialismus nicht einfach nur als rechte Konterrevolution gegen die Republik begriffen werden kann. Wenn das nationalsozialistische Führerprinzip auch an die Tradition des Monarchismus anknüpfen konnte, so bedeutete es doch auch dessen Kritik und Überwindung. Das Neue war gerade der plebiszitäre Volksführer, der nicht mehr Herrscher von Gottes Gnaden war, sondern als Inkarnation des Volkes eine pseudodemokratische Legitimation beanspruchte.

Zum Feminismusproblem ist das Nötige schon gesagt worden. Gewiss spielten Männlichkeitsideale und Antifeminismus als Stilmittel und Motive des Nationalsozialismus eine Rolle, und es ist gewiss nicht uninteressant, dem nachzugehen. Es ist aber weder historisch noch moralisch gerechtfertigt, diesen Antifeminismus auf die gleiche Stufe zu stellen wie den Antisemitismus der Nationalsozialisten.

Zum Thema Antisemitismus ist in der Diskussion eine Bemerkung gefallen, die meines Erachtens nicht so stehenbleiben kann. Es entspricht einfach nicht den Tatsachen, dass der Hitlersche Radikal-Antisemitismus vor und nach 1933 ein besonders massenwirksames Mittel gewesen sei, das entsprechend auch funktional erklärt werden könne. Es ist im Gegenteil auffällig, dass in der Zeit des Aufstiegs der NSDAP zur Massenbewegung in den letzten Jahren der Weimarer Republik bei den grossen Wahlfeldzügen Hitlers, etwa im Jahr 1932, das Element des Antisemitismus im Vergleich mit den Reden Hitlers 1921/22 in München nur sehr schwach hervortritt. Im letzteren Fall haben wir es mit einer ganz bestimmten antisemitisch aufgeheizten Münchner Atmosphäre zu tun, 1931/32 aber mit einer ganz anderen Atmosphäre, in der auch die meisten Hitler-Wähler primär von anderen Motiven als dem Antisemitismus bewegt waren. Dem entsprach die Nazipropaganda in dieser Zeit, die ihr Ohr wie immer sehr genau an den Massenstimmungen hatte. Ich möchte das Problem noch etwas verallgemeinern: Antisemitische Spurenelemente waren in Deutschland vor und nach 1933 sicher ziemlich verbreitet, aber selbst nach 1933 blieb, trotz der ganzen darauf gerichteten Parteischulung, der Erfolg der beabsichtigten

Indoktrinierung mit dem rassetheoretischen Radikalantisemitismus doch sehr begrenzt. Das sagt freilich überhaupt nicht aus, dass die nur partielle Infizierung mit Antisemitismus in der Bevölkerung wirkungslos gewesen ist. Wie überhaupt bei der Frage der Rezeption der NS-Weltanschauung haben wir zu unterscheiden: Auf der einen Seite gab es, wie wir im Nachhinein sehr klar erkennen, den ebenso radikalen wie dünnen Kernbestand konsequent festgehaltener Hitlerscher Weltanschauungsziele, die gerade nicht massenwirksam waren, nicht in voller Offenheit genannt, sondern wie eine Art Geheimwissenschaft der Führungselite, als ein Arkanum der Herrschaft gehalten wurden und deren Durchführung dementsprechend auch unter Geheimhaltungsschutz geschah. Auf der anderen Seite stand die ebenso vage wie massenwirksame völkisch-nationale Weltanschauung mit so vieldeutigen Begriffen wie dem von der völkischen Erneuerung, in dem sowohl der Antisemitismus als auch die imperiale Ostraukonzeption eingeschlossen waren, der aber auch ganz anders, harmloser und idealistischer verstehbar war, zum Beispiel als Volksgemeinschaftliche Erneuerung oder ähnliches. Gerade aber in der Vagheit und Teilverschleierung, der breiten Redundanz dieser völkisch-nationalen Ideologie lag ihre Suggestivität, und diese trug ganz erheblich dazu bei, dass auch die radikalen negativen Elemente unwidersprochen so weitgehend mitgeschleppt werden konnten. Ich sage das alles, um noch einmal zu verdeutlichen, dass die Betrachtung nur der Hitlerschen Weltanschauungsziele im engeren Sinne deren Wirksamkeit gerade nicht erklären kann.

Noch etwas anderes, Allgemeineres zu unserer Diskussion: Ich meine die Begriffe, mit denen wir versuchen, die NS-Herrschaft angemessen zu definieren beziehungsweise zu beschreiben. Der Begriff der Monokratie, den Herr Jäckel anfangs verwandte, scheint mir ungenügend gerade insofern, als er manches Spezifische der Hitlerschen Führerherrschaft, vor allem das plebiszitäre Element dieser Herrschaft, nicht genügend mit einbezieht. Ähnliche Einwände habe ich gegen den Begriff der totalitären Herrschaft oder gegen Begriffe wie Polizeistaat, der, wie wir wissen, ursprünglich eine ganz andere, nicht auf den Nationalsozialismus anwendbare Bedeutung gehabt hat. Darin liegt ja gerade die Fruchtbarkeit solcher differenzierenden Begriffe, wie des von Ernst Fraenkel geprägten Begriffs des Doppelstaates, der deutlich macht, dass die Form der politisch-polizei-

lichen Prärogative in einer hochentwickelten Gesellschaft wie der deutschen in der NS-Zeit nicht einfach in der Ausschaltung des Rechtsstaates, sondern in seiner systematischen Unterminierung bestand. Wenn wir mit unseren Begriffen über die NS-Zeit genaueres, differenziertes Wissen vermitteln wollen, genügt deshalb nicht die Grobkategorisierung dieses Herrschaftssystems, es bedarf feinerer, genauerer Begriffe.

Allerletzte Bemerkung: Mit dem Begriff der plebiszitären Diktatur sind auch Motivationen angesprochen, die bei der Entstehung des Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle gespielt haben. Deren genauere Beleuchtung durch die Historiker kann aber mitunter missverständlich sein. Wenn zum Beispiel in Bezug auf solche Motivationen neuerdings darauf hingewiesen wird, dass nicht nur Propaganda und Terror, sondern auch sozialpsychologische Bedürfnisse für das NS-Regime konstitutiv gewesen sind, dann bedeutet dies nicht eine Relativierung unseres Urteils über den Nationalsozialismus, etwa in dem Sinne, dass damit auch nur ein Jota von dem weggenommen werden soll, was als Verbrechen oder Falschheit des NS-Regimes faktisch eine so katastrophale Rolle gespielt hat. Es bedeutet freilich, dass wir bereit sind, das reale Gewicht und die psychologischen und sozialen Hintergründe des massenhaften politischen Irrtums der Millionen von Hitlerwählern als eine historische Tatsache ernstzunehmen. Normalisierung unserer geschichtlichen Betrachtung dieser Vergangenheit bedeutet nicht Relativierung der verhängnisvoll falschen Antwort des Nationalsozialismus auf die ihm vorangegangene Krise, wohl aber, dass wir auch die reale Verzweiflung und die Ängste der Menschen, die aus solcher Befindlichkeit heraus Hitler gewählt haben, als historisches Faktum respektieren.

Ulrich Dunker (Berlin): Herr Broszat, ich weiss nicht genau, ob ich Sie richtig verstanden habe. Ich frage nochmals: Haben Sie gesagt, dass der Antisemitismus in der Weimarer Zeit kein Massenphänomen war?

M. Broszat: Ich würde sagen, der Radikalantisemitismus hitlerscher Prägung hat keine Massenwerbewirkung gehabt.

U. Dunker: Dem möchte ich entschieden widersprechen. Es gab eine Vielzahl von Vereinen, die ihn propagiert haben, und die sind nahtlos in der NSDAP aufgegangen.

M. Broszat: Das widerspricht dem nicht. Die 12 Millionen Hitlerwähler des Jahres 1932 haben Hitler nicht wegen des Antisemitismus gewählt, sondern nur ein sehr, sehr kleiner Teil dieser 12 Millionen hat ihn wegen des Antisemitismus, ein sehr viel grösserer Teil hat ihn trotz dieses Antisemitismus gewählt.

U. Dunker: Ich stimme Ihnen da nicht zu, aber ich will jetzt hier die Diskussion nicht an mich reißen. Nur noch das, was Sie zum Antisemitismus und Antifeminismus gesagt haben, Sie haben sich da bezogen auf das Votum von Herrn Cullen: Ich finde, Herr Cullen hat nicht argumentiert, er hat diese Gleichstellung, der ich auch nicht unbedingt zustimme, einfach abgedrängt in sehr unfairer Weise, indem er nämlich gesagt hat: Das hat etwas mit Bergen-Belsen zu tun, und der Antisemitismus ist viel zu ernst, um ihn mit dem Antifeminismus zu verknüpfen. Das ist keine Argumentation, das war einfach eine Polemik. Und ich finde, Sie können sich nicht nur auf diese Polemik berufen, sondern Sie müssen argumentieren. Das hat Herr Cullen nicht getan, und das haben Sie auch nicht getan.

(Beifall)

Ich sage noch einmal ganz offen, dass ich auch nicht mit der Argumentation einverstanden bin. Aber man kann es sich nicht so leicht machen, indem man es einfach hinten in die Ecke stellt!

W. Hofer, Diskussionsleiter: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, wenn wir schon die Begriffe Antisemitismus und Antifeminismus verwenden oder wenn es Leute gibt, die das gerne auf die gleiche Stufe stellen möchten, dass im Zeichen des Antisemitismus im Zweiten Weltkrieg 5 bis 6 Millionen Menschen umgebracht worden sind. Es ist mir nicht bekannt, dass im Zeichen des Antifeminismus etwas Ähnliches geschehen ist. Man sollte schon ein bisschen aufpassen, dass man die Proportionen wahrhaft und dass man nicht aus subjektivem Gefühl heraus die objektiven Tatbestände derart verzerrt, wie das hier geschehen ist. Ich schliesse hiermit dieses Thema ab.

Rita Thalmann (Tours): Als Jüdin und als Frau möchte ich daran erinnern, dass unter den 6 Millionen hingemordeten Juden viele Frauen waren; ich bin eine Überlebende. Aber es geht mehr in der Diskussion darum, dass

man die Nuancen bringt. Man darf aber nicht die Epochen vermischen. Zum Beispiel war sofort von der Endlösung die Rede. Wir sind heute zur Diskussion der Situation von 1933 versammelt. Die Endlösung beginnt ja erst 1941, und es sind Stufen bis dorthin. Und diese Stufen führten zu einer Gesetzgebung, die ursprünglich, und da geht es mir doch um die Nuancen, ideologisch wenigstens nicht unbedingt zur Schlachtbank führte. Die letzte Stufe war nur für Juden, Zigeuner und politische Gegner. Aber ich sprach heute Morgen absichtlich von Andersgestalteten und Andersdenkenden, die man von Anfang an unterdrückte. Auf diese Nuancen, glaube ich, muss man auch jetzt Rücksicht nehmen. Es geht also nicht um Schematisierung und Kurzfassungen oder Kurzschluss, wie Karl Barth sagte, aber ich möchte doch darum bitten, dass man in Zukunft die Probleme der Frauen etwas nuancierter betrachtet.

W. Hofer, Diskussionsleiters: Frau Thalmann, wir sind damit einverstanden. Wir sind ja gerade für die nuancierte Betrachtung und nicht für eine grobschlächtige.

J. Kocka: Ich wollte erstens sagen, dass ich die aufeinanderfolgenden Bemerkungen von Herrn Morsey und Herrn Carsten sehr interessant fand. Während Herr Morsey eindrucksvoll mitteilte, welche Befürchtung hinsichtlich Gewalt vorhanden war, und zwar beim Ermächtigungsgesetz, machte Herr Carsten darauf aufmerksam, welche anderen Widerstandsmöglichkeiten in der Arbeiterbewegung vielleicht vorhanden gewesen wären, wenn solche Gewaltsignale aufgetaucht wären. Carstens Beitrag war insofern ein Kommentar zu Morseys Ausführungen.

Zweitens wollte ich im Anschluss an die Diskussion von eben sagen, dass mir auffiel, wie viele der Wortmeldungen – Herr Sombart über die monarchischen Erwartungen, Frau Reese-Nübel über den Antifeminismus, Herr Scholtz, was die Frage nach den Bedürfnisstrukturen anging, und andere mehr – darauf aus waren, bei unserem Thema mehr zu erfahren über Erfahrungen und Erwartungen, über rekonstruierbare Bedürfnisse und Enttäuschungen der grossen breiten Bevölkerung. Und es könnte gut sein, dass in der Tat in der klassischen Nationalsozialismusliteratur, die sicherlich auch in der Art, wie hier die Diskussionspodien zusammengesetzt sind, ihren Niederschlag findet, diese Dimension, diese erfahrungs- und lebens-

weltgeschichtliche Dimension, meist wenig und nur als Hintergrund eingebracht worden ist. Hierzu wäre nun zu bemerken, dass es ja überhaupt innerhalb der Sozialgeschichte in der letzten Zeit eine Tendenz hin zur sogenannten Alltagsgeschichte gibt, die sich dieser Dimensionen stärker annimmt. Zu nennen wäre auch das 1982 erschienene Buch von Detlev Peukert über *Volksgemeinschaft und Gemeinschaftsfremde*, ein gelungener Versuch, diese Dimension in eine Gesamtdarstellung der Zeit einzuarbeiten, ohne sich darauf zu beschränken.

Ich möchte nur zweierlei dazu sagen: Erstens, es ist quellenmässig ausserordentlich schwierig, diese historische Dimension wirklich verbindlich und verantwortlich aufzuschlüsseln – und ein Teil der letzten Diskussion scheint mir das auch zu zeigen. Wir können immer einzelne Beispiele finden, aber es ist ausserordentlich schwierig, repräsentative Mitteilungen über Enttäuschungen, Erwartungen, Bedürfnisse und Erfahrungen der vielen zu machen. Die jetzt stärker berücksichtigten Lageberichte der Geheimen Staatspolizei und ähnliche Quellen könnten da aber weiterführen.

Zum anderen möchte ich dazu sagen, dass es nicht ohne klare methodische Reflexion und scharfe Begriffe abgeht. Mir scheint der letzte Teil der Diskussion ein Beispiel dafür zu sein, wie schief es ohne das laufen kann. Wenn man sagt, dass der Antifeminismus im Nationalsozialismus so wichtig war wie der Antisemitismus, und wenn das in Frage gestellt wird, dann sollte man darüber reflektieren, was Kriterien von Wichtigkeit in diesem Zusammenhang sind. Ein Kriterium – darüber müsste Übereinstimmung zu erhalten sein – ist das Mass an Leid und Tod, das eine Diskriminierungsstrategie hervorgebracht hat. Dazu ist eben das Nötige gesagt worden.

Ein zweites Kriterium von historischer Wichtigkeit findet man vielleicht, wenn man fragt: Was waren die entscheidenden Bewegungskräfte? Was erklärt historische Wandlungen? Und auch da tendiere ich dazu, den Antisemitismus stärker zu gewichten als den Antifeminismus.

Ich will nur sagen, bei dieser Hinwendung zur sogenannten Alltagsgeschichte und Erfahrungsgeschichte ist es ausserordentlich notwendig, das zu tun, was hier manchmal – wie ich finde – unrichtigerweise kritisiert worden ist, nämlich die Anstrengung des Begriffs nicht zu scheuen, und das heisst, ab und zu einmal auch einen scharfen und nicht alltagssprachlichen Begriff zu gebrauchen.

Und der Kollege, der über den Reichstagsbrand sprach und auch mit einem Schlenker gegen die Theorie anging und meinte, er wollte nur zwei Beispiele darstellen, der hat dann ganz kräftig seine Beispiele mit hochabstrakten theoriegeladenen Begriffen eingeordnet. Sonst könnte er ja auch gar keine Beispiele bringen, denn Beispiel ist immer nur Beispiel für etwas.

Mein letzter Punkt: Diese Kritik am Gebrauch bestimmter Begriffe, insbesondere die Warnung davor, Begriffe der Zeit, über die wir sprechen, zu unbesehen in unsere eigene Sprache aufzunehmen, ist sicher begründet. Ich denke aber, dass man auch Kampfbegriffe vergangener oder heutiger Zeiten als Historiker benutzen darf, sofern man scharf definiert. Und das gilt insbesondere für den Faschismusbegriff. Ich möchte diese Diskussion nicht fortsetzen, aber vielleicht, Herr Isensee, können wir uns darauf einigen, dass wir beide gegen Begriffsentziehung und Begriffsverbote sind. Und das gilt dann auch für den Faschismusbegriff, solange dieser Begriff scharf definiert wird. Wir haben ja den Faschismusbegriff nicht primär zur vergleichenden Analyse von Staaten verwandt. Es gibt andere Dimensionen am Nationalsozialismus, soziale Bedingungen, soziale Folgen, die interessant sind, für die der Faschismusbegriff meines Erachtens brauchbarer ist als für eine Staatsanalyse. In jedem Fall geht es um scharfe Definition, und wenn man die leistet, löst man damit Begriffe ein Stück weit aus ihrem Entstehungszusammenhang heraus und formuliert sie zu wissenschaftlichen Instrumenten um.

W. Hofer, Diskussionsleiter: Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo wir eine neue Diskussion beginnen könnten über Faschismustheorien, der ich gerne beiwohnen würde und zu der ich auch einiges zu sagen hätte. Aber ich bin hier wie Sie an ein Programm gebunden, und ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben, wenn wir jetzt abschliessen müssen.

Es sind übrigens Kritiken laut geworden, dass man gewisse Bereiche nicht behandelt habe. Zum Beispiel habe man zu wenig gesprochen von Justiz, man habe zu wenig gesprochen von Schule, man habe zu wenig gesprochen von Medien. Haben Sie doch Verständnis dafür, dass in einer Diskussion von vier Stunden nicht sämtliche Bereiche eines riesigen Themas behandelt werden können.

Dritte Arbeitssitzung

15. Januar 1983 • vormittags

Der Nationalsozialismus und die Deutsche Frage in Europa

Diskussionsleiter

JACQUES BARIÉTY

Paris

Fragsteller

KARL W. DEUTSCH

Berlin–Harvard

Podiumsdiskussion

Einführung und Problemstellung durch den Diskussionsleiter

Jacques Bariéty (Paris): Vor 50 Jahren gründete Hitler mit der Machtübernahme das Dritte Reich, das nationalsozialistische Reich, das 1'000 Jahre dauern und Deutschland sowie der deutschen Rasse die Überlegenheit und Vormachtstellung sichern sollte. Die nationalsozialistische Ära dauerte nicht länger als zwölf Jahre – zwölf Jahre, die das Leben und Schicksal des deutschen Volkes radikal veränderten, die aber auch zu einer grundlegenden Umgestaltung Europas und des internationalen Lebens führten. Daraus ergibt sich die Problematik der Interdependenz zwischen der Machtergreifung und der Ausübung der nationalsozialistischen Macht einerseits, sowie der Machtergreifung und den internationalen Beziehungen vor, während und nach der nationalsozialistischen Ära andererseits. Ziel unserer Sitzung heute Morgen ist es, eine aktuelle Bilanz dieser Problematik zu geben, des Standes der Forschung dazu und der wissenschaftlichen Kontroversen.

Es befindet sich in diesem Saal eine Reihe von Historikern, die es sich seit Jahren, ja zum Teil seit Jahrzehnten, als Aufgabe gestellt haben, über diese ausserordentlich komplexen Fragen zu arbeiten, sie zu vertiefen und die Reflexion weiterzuführen. Es ist auch eine Reihe von Personen anwesend, die nicht von Haus aus Historiker sind, deren Anwesenheit aber das Interesse bezeugt, das sie diesen Fragen entgegenbringen. Hinsichtlich des Verständnisses der Debatte mögen sich letztere bewusst machen, dass es auf komplexe Fragen keine einfachen Antworten gibt, dass die Geschichtswissenschaft aus ständig neuen Anstrengungen besteht, zu Erklärungen zu gelangen und dass gerade kontroverse Interpretationen oft zu neuen Erkenntnissen führen. Erstere möchte ich daran erinnern, dass wir uns nicht in einem Kreis von Spezialisten befinden und dass wir uns in einer Weise ausdrücken sollten, die verständlich ist.

Ich sehe meine Aufgabe als Diskussionsleiter zunächst einmal darin, die zentralen Probleme anzureissen, um damit die Diskussion in Gang zu brin-

gen. Ich würde Ihnen vorschlagen, sich auf folgende Hauptthemen zu konzentrieren.

I

Das Reich, die deutsche Frage und die Machtergreifung

Vor der Machtergreifung war die Weimarer Republik ein Reich. Deutschland führte offiziell den Namen ‚Deutsches Reich‘. Die Verfassungsväter von 1919 hatten diese vom Reich Bismarcks geerbte Namensgebung beibehalten. Doch, wie jeder weiss, führte der Begriff ‚Reich‘ in der kollektiven Erinnerung und im historischen Bewusstsein des deutschen Volkes viel weiter zurück als bis zur Reichsgründung von 1871 und hatte eine historisch weit über sie hinausgehende Bedeutung. Er hatte ein nicht zu unterschätzendes affektives Assoziationspotential. So hat die Machtergreifung zu keiner Änderung der offiziellen Bezeichnung des deutschen Staates geführt: Der Name ‚Deutsches Reich‘ wurde beibehalten. Ohne Zweifel lag aber eine Spezifizierung darin, dass das nationalsozialistische Reich sich Drittes Reich nannte, und dies unterstreicht immerhin die Veränderungen, die die Vorgänge im Jahre 1933 mit sich brachten. Nichtsdestoweniger stellt sich schon aus der begrifflichen Kontinuität für den Historiker die Frage: Kontinuität oder Bruch?

Dies betrifft auch den Bereich der deutschen Aussenpolitik. Denn in der Tat denkt man bei dem Begriff ‚Reich‘ nicht nur an die inneren Strukturen des deutschen Staates. Im historischen Kontext des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führt er automatisch zu einer Beschäftigung mit der sogenannten «Deutschen Frage». Was versteht man unter der «Deutschen Frage»? Es fällt schwer, dies mit wenigen Worten zu definieren. In einer ersten Annäherung könnte man sagen, dass dahinter seit Anfang des 19. Jahrhunderts die Einigung des deutschen Volkes steht, die Gründung eines deutschen Staates, die Gründung eines neuen und mächtigen Deutschland im Herzen Europas in der Folge der demographischen Entwicklung und der industriellen Revolution, ein mächtiges Land, das die traditionellen Kräfteverhältnisse des europäischen Systems änderte; untrennbar verbunden damit sind die expansionistischen, ja sogar halb-hegemonialen Tendenzen dieses neuen Deutschland und die Geschichte seiner schwierigen Beziehungen zu seinen Nachbarn – im Krieg wie im Frieden. In diesem Sinne

stellt die Historiographie die Reflexion über die Aussenpolitik des nationalsozialistischen Reiches und über die Machtergreifung in den Kontext der sogenannten *longue durée* von ungefähr 150 Jahren: die Dauer der deutschen Frage oder wenigstens dieser Periode der deutschen Frage zwischen den Umwälzungen, die die Französische Revolution über Europa brachte, sowie ihre Folgen, und die Veränderungen durch den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Kapitulation. In diesem raum-zeitlichen Rahmen kreisen die Problematik und die Kontroversen um die essentielle Frage, ob die Aussenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland organisch und damit logisch Teil dieses historischen Ganzen ist oder ob die letzte Phase dieser Periode, die Jahre 1933 bis 1945, eine Art Fremdkörper in der Gesamtheit darstellt, deren abweichende Erscheinungen sie ausserhalb der Logik der früheren Phasen stellen. Um es kurz zu sagen: Stellt das Jahr 1933, stellt die Machtergreifung eine Zäsur im internationalen Leben Deutschlands dar?

Die Frage ist nicht rein historischen Charakters, denn die Antworten können von politischer Bedeutung sein und politisch nutzbar gemacht werden; je nachdem, ob man den Schluss zieht, dass das Jahr 1933 eine radikale Zäsur im aussenpolitischen Projekt Deutschlands darstellt oder dass mit diesem Jahr nur Modifikationen von sekundärer Bedeutung eintraten, ist die «Deutsche Frage» im Kontext der vorhergehenden Phasen der deutschen Geschichte eingebettet in divergierende Interpretationen – und damit die Deutung des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft.

Die Reflexion in einer mittleren zeitlichen Dimension (1919- 1945) und in einer kürzeren zeitlichen Dimension (1928-1938) wird uns ermöglichen, zur Klärung der Problematik weiter beizutragen. Zu Beginn meiner Ausführungen war es zunächst nötig, die Problematik umfassend zu behandeln, das heisst in der längeren zeitlichen Dimension.

II

Der deutsche Revisionismus zwischen den Weltkriegen, die Machtergreifung und die Expansionsziele Hitlers

Muss man die Jahre 1914-1945 als einen «Dreissigjährigen Krieg» betrachten? War der Zweite Weltkrieg der erbitterte Versuch, da zum Ziele zu gelangen, wo das kaiserliche Deutschland gescheitert war, oder ist die

Problematik des Zweiten Weltkrieges grundlegend verschieden von der des Ersten, resultierend aus dem radikal neuen und «revolutionären» Charakter der Kriegsziele Hitlers?

Man kann sagen, dass bei der Mehrzahl der heutigen Historiker Einigkeit darüber besteht, dass das expansionistische Programm Hitlers radikal neu war im Vergleich zum revisionistischen Programm Deutschlands in den zwanziger Jahren. Es gibt nichts Gemeinsames zwischen dem Projekt der Revision des Versailler Vertrages und dem Hitlerschen Projekt der Lebensraumgewinnung, der Vernichtung der Juden, des Zurückdrängens der slawischen Völker und der Umgestaltung Europas, ja der Welt auf der Basis eines permanent praktizierten radikalen, ungezügelt und brutalen Darwinismus.

Doch diese Feststellung, die eher allgemeiner und übergreifender Art ist, schliesst nicht die Möglichkeit unterschiedlicher oder divergierender Interpretationen aus. Es gab eine Zäsur, sicher, aber an welchem Datum – oder an welchen Daten – ist sie anzusetzen und zwischen wem und was?

Hier müssen wir versuchen, die Skizzierung der Problematik weiter einzugrenzen, indem wir von der mittleren zur kürzeren zeitlichen Dimension übergehen. Die letzten Jahre der Weimarer Republik – bereits vor der Krise und dem Ansteigen der nationalsozialistischen Macht – brachten eine Verhärtung des deutschen Revisionismus mit sich, die friedensgefährdende Formen annahm. Lassen Sie mich nur den «Umbau» der Reichswehr anführen, das Aufkommen von neuen und nach dem Selbstverständnis ihrer Apologeten «revolutionären» militärtheoretischen Tendenzen oder die politische Aktualisierung des Problems der deutschen Minderheiten ausserhalb Deutschlands. Für den Historiker ist eine Verschärfung des deutschen Revisionismus gegen Ende der Weimarer Republik unverkennbar – ausserhalb der Bereichs nationalsozialistischer Propaganda und noch bevor der Nationalsozialismus zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft geworden war. Dieser Wechsel erfolgte etwa 1928.

Andererseits scheint sich das nationalsozialistische Deutschland, was seine internationale Vorgehensweise betrifft, in den ersten Jahren durchaus in der Kontinuität Weimarer Revisionspolitik bewegt zu haben. Um diese Feststellung zu veranschaulichen, genügt es, daran zu erinnern, dass Goebbels 1933 in Genf von der Rednertribüne des Völkerbundes sprach und

dass von Neurath, ein Diplomat der alten Schule, von 1933 bis 1938 das Amt des Aussenministers bekleidete.

In diesem Sinne gab es in der Praxis der deutschen Aussenpolitik eine unklare Übergangsphase, die sich auf die letzten Jahre der Weimarer Republik und die ersten Jahre des nationalsozialistischen Regimes erstreckte und die leicht zu einer Verkennung der Bedeutung des Datums vom Januar 1933 führen kann. Wenn es eine Zäsur im expansionistischen Projekt gab, wo ist sie anzusetzen: im Jahre 1933? Erst 1938? Oder schon 1928? Auch diese Frage führt über den rein wissenschaftlichen Rahmen hinaus. Die Antworten können aus unterschiedlichen interpretativen Perspektiven gegeben werden.

Nichtsdestoweniger glaube ich feststellen zu können, dass heute ein allgemeiner Konsens in der Geschichtswissenschaft darüber besteht, dass Hitler seit der Machtübernahme im Jahre 1933 entschlossen war, seine expansionistische Politik mit brutalen Mitteln durchzusetzen, und dass er auf keine seiner Zielsetzungen verzichtet hatte, die er in *„Mein Kampf“* und im *„Zweiten Buch“* dargelegt hatte. Die scheinbar friedliche Phase der Jahre nach der Machtergreifung war notwendig aus taktischen Gründen innen- wie aussenpolitischer Art. Zudem musste man die gefährliche Phase der deutschen Aufrüstung unbeschadet überstehen.

Die Forschung bedarf zur Klärung dieser Fragen weiterer vertiefender Untersuchungen, insbesondere hinsichtlich der Verhärtung des deutschen Revisionismus gegen Ende der Weimarer Republik. Die Erforschung dieser Zusammenhänge könnte von der Untersuchung zweier zentraler Felder ausgehen: der internationalen Abrüstungskonferenz, die von Februar 1932 bis 1934 dauerte, und der ökonomisch-politischen Expansionspolitik Deutschlands im Donauraum, die 1930 bis 1931 von dem deutschen Aussenminister und DVP-Politiker Curtius eingeleitet worden war, zunächst scheiterte und dann von der nationalsozialistischen Führung wieder aufgegriffen wurde. Beide Angelegenheiten überlagern zeitlich und sachlich die Endphase der Weimarer Republik und die Anfangsphase des nationalsozialistischen Regimes. Ihre Erforschung würde dazu beitragen, die Debatte über Kontinuität oder Bruch zu vervollständigen und zu präzisieren.

Gehen wir schliesslich noch auf die sogenannte Krise von 1939 ein, in ihren innen- und aussenpolitischen Bezügen. Hatte Hitler für den Herbst 1939 einen allgemeinen Krieg oder nur die Liquidation Polens geplant?

Wie auch immer, die Problematik der Krise von 1939 stellt in keiner Weise das Programm Hitlers in Frage, höchstens seine zeitliche Abfolge. Diese zeitliche Abfolge ist nicht allein Objekt des Interesses und der Analyse der Historiker. Im Gesamtzusammenhang des komplexen Ablaufs der nationalsozialistischen Aussenpolitik muss man jenseits zeitlicher Variationen auch die Veränderungen im Gebrauch der Mittel mit in Betracht ziehen.

III

Die Instrumente des Expansionismus des nationalsozialistischen Deutschland

Zunächst denkt man dabei an die klassischen Instrumente der Macht: die Armee, die Diplomatie, die Wirtschaft. Die Problematik besteht darin herauszufinden, wie und in welchen Phasen seiner Entwicklung das nationalsozialistische Projekt sich dieser von der ihm vorangegangenen deutschen Staatsmacht übernommenen Instrumente für seine Realisierung bediente. Parallel dazu geht es darum zu klären, in welchem Masse diese Machtmittel, die dem Nationalsozialismus im Wesen fremd waren, eine relative Autonomie gegenüber dem Regime bewahren konnten, von dem sie vereinbart wurden; oder aber, ob ihre Funktionalisierung im Rahmen des nationalsozialistischen Unternehmens sie in das System integrierte und ihnen dadurch ihre Eigenständigkeit und Eigenart verlorenging.

Die *Wehrmacht*. Die Problematik der deutschen Armee ist schwierig und komplex: Sie ist so alt wie die der deutschen Frage, von der sie immer ein essentieller Bestandteil gewesen ist. Darüber hinaus steht sie in Zusammenhang mit der Problematik des deutschen Militarismus, auch der Militarisierung der Gesellschaft. Schliesslich kann der Begriff ‚Wehrmacht‘ nur schwerlich isoliert betrachtet werden von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges. So wirft die Analyse der Rolle der Armee als Instrument eines expansionistischen nationalsozialistischen Projekts zwischen 1933 und 1945 ihren Schatten sowohl auf die Zeit vor 1933 als auch nach 1945.

Seit über zehn Jahren sind Deutschlands Armee und Militarismus Objekt wichtiger Arbeiten der deutschen Historiographie, Arbeiten, die zu einer grundlegenden Neubewertung geführt haben. Die neueren Arbeiten he-

ben sowohl das Entstehen einer neuen, ja «revolutionären» militärischen Theorie und Praxis seit den letzten Jahren der Weimarer Republik als auch die Aufrechterhaltung einer relativen Autonomie und Eigenart des militärischen Instruments unter dem nationalsozialistischen Regime hervor. Dies ist nur scheinbar ein Paradoxon, denn die Armee war nicht das einzige Instrument, auch unter den militärischen, dessen man sich bediente. Andererseits sind auch in diesem Bereich zeitliche Veränderungen von Bedeutung gewesen. Hitler hat 1933/34 die Wahl getroffen, das klassische militärische Instrument beizubehalten, weil er es brauchte. Wenn es auch technisch revolutionierende Neuerungen gab, so wurde dieses Instrument sowohl hinsichtlich seiner Struktur als auch des dahinterstehenden Geistes in traditioneller Weise beibehalten. Die «Nacht der langen Messer» bedeutete auch die Aufgabe des Projekts einer revolutionären Armee. Der eigene Charakter der Wehrmacht wurde so aufrechterhalten, mindestens bis zum Russlandfeldzug 1941. Mit diesem Feldzug änderte sich die Problematik. Bei der Vorbereitung der Invasion der Sowjetunion war vorgesehen, die nicht rein militärischen Aufgaben, insbesondere die Realisierung der rassistischen Bestandteile des Programms, nicht der Wehrmacht anzuvertrauen, sondern den Parteiorganisationen und der SS. Aber die Eigengesetzlichkeit des Krieges und der Unterdrückung führte dazu, dass die Wehrmacht mit in den Prozess des «Totalen Krieges» hineingezogen wurde, in welchem sie mit dem Verlust ihrer Identität auch ihre Daseinsberechtigung verlor. So sehr, dass sich die deutsche Armee am Ende des Krieges nicht mehr als ein vom nationalsozialistischen System unabhängiges Instrument behaupten konnte. Die bedingungslose Kapitulation und die restlose Vernichtung der Wehrmacht waren die historische Sanktion.

Zur vollständigen Erfassung dieser allgemeinen Problematik muss man noch den besonderen Fall der Kriegsmarine als Entscheidungsfaktor der Kriegführung berücksichtigen. Einige Arbeiten betonen, dass Hitler noch im Jahre 1940 und bis Anfang 1941 die Freiheit der Wahl gehabt habe zwischen einem Krieg gegen England (und eventuell in der Folge gegen die Anglo-Amerikaner) und der grossen kriegerischen Kraftprobe mit der Sowjetunion, die in der Sicht vieler Autoren immanentes Element des nationalsozialistischen Selbstverständnisses war, sowohl in seiner ideologischen Dimension als auch hinsichtlich des Plans der Lebensraumgewinnung.

Die deutsche *Diplomatie* in den 30er Jahren scheint, soweit mir bekannt ist, nicht Objekt neuerer Untersuchungen gewesen zu sein, die die Forschungslage grundlegend verändert hätten. Sicher hat die frühzeitige Veröffentlichung einer Auswahl von Dokumenten der Wilhelmstrasse (seit den 50er Jahren) und später die Öffnung der Archive selbst (seit den 60er Jahren) es ermöglicht, die Vereinnahmung des Werkzeugs der Diplomatie durch das nationalsozialistische Regime besser zu begreifen. Hingegen bleibt für die Jahre 1930 bis 1932 noch ein wichtiges Forschungsfeld zu bearbeiten.

Was die *Wirtschaft* angeht, so ist die Debatte lange sehr lebhaft geführt worden, nicht nur im Zusammenhang mit der traditionellen marxistischen Interpretation der Ursprünge des sogenannten «Deutschen Faschismus», sondern auch ausgehend von den Beiträgen nichtmarxistischer Historiker. Bestimmte Arbeiten unterstreichen die Bedeutung des Engagements wirtschaftlicher Kreise in der letzten Phase der Krise, im Laufe der letzten Monate vor der Machtergreifung; deren Stellungnahme für den Nationalsozialismus habe mit Sicherheit zur Ermöglichung der Machtergreifung beigetragen. Aber kann man daraus schliessen, dass der Nationalsozialismus ein Fabrikat des grossen Kapitals war? Auch wenn bestimmte grosse Unternehmer Hitler sehr früh unterstützt haben, als erster Thyssen, so kann man doch nicht sagen, dass die deutsche Wirtschaft als solche und als eines der Strukturelemente der deutschen Gesellschaft den Aufstieg des Nationalsozialismus zur Macht während der ganzen 20er Jahre unterstützt habe.

Andererseits ist seit 1933 der Gebrauch des Werkzeugs der Wirtschaft unverkennbar; in gewisser Hinsicht ist die Problematik ähnlich der der Wehrmacht. Das Regime behält das bereits vorhandene Instrument bei, auch wenn es dieses der liberalen Dimension beraubte, das heisst der Entscheidungsfreiheit, mit dem Ziel, sich seiner besser bedienen zu können. Aber die Tatsache der Ausnutzung des Instruments der Wirtschaft durch den Nationalsozialismus, der dieses fertig vorgefunden hatte, lässt die Frage offen, was er im wirtschaftlichen Bereich unternommen hätte, wenn er die militärische Kraftprobe gewonnen hätte, in die er Deutschland geführt hatte.

Die Problematik der Faktoren der traditionellen Mächte – Armee, Diplomatie, Wirtschaft – betrifft die Beziehungen des nationalsozialistischen Regimes zu den bereits vorhandenen Eliten, die es für die Verwirklichung

seiner Pläne gewinnen wollte. Aber der Nationalsozialismus war auch ein *Massenphänomen*. Millionen von Deutschen haben nationalsozialistisch gewählt; zehn Jahre später nahmen Millionen von Deutschen aktiv am Zweiten Weltkrieg teil. Dieses Phänomen, das meiner Ansicht nach von essentieller Bedeutung ist, kann nicht aus der Analyse der Beziehungen zwischen dem nationalsozialistischen Regime und den Eliten erklärt werden, worin das deutsche Volk ja nur den Stellenwert einer «Gefolgschaft» haben würde. Es gab eine popularistische Dimension in der Praxis des Nationalsozialismus. Folglich ist es wichtig, dass die Historiker ihre Untersuchungen nicht nur auf die Eliten beschränken, sondern sich auch mit diesem Phänomen befassen. Der Weg liegt ohne Zweifel in einer «Geistesgeschichte des Sozialen». Dies führt weit über die Geschichte der Erziehung und des Unterrichtswesens hinaus. Es handelt sich um profunde Inhalte der Mentalität und kollektiven Affektivität eines Volkes. Es gibt eine alte und mächtige Strömung, die sich manifestierte im Kontext der Befreiungskriege, der deutschen Romantik, der deutschen Unruhe, der Jugendbewegung usw., die Hitler auffing, wie man das Wasser einer Quelle oder eines Stromes auffangen kann, um es in die Richtung zu leiten, wo man es für seine Zwecke ausnutzen kann. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Hätte die Lebensraumideologie ein Echo in der deutschen öffentlichen Meinung finden können, wenn es nicht bereits früher und unabhängig vom Nationalsozialismus die Mentalität und Gefühlswelt des ‚Blut und Boden‘-Topos gegeben hätte?

Hier stoßen wir auf die *Persönlichkeit Hitlers*. Seit zehn Jahren haben die Biographen es bestätigt: Es wäre ein totaler Fehler, in Hitler eine Marionette, einen Amateur oder einen Dilettanten zu sehen. Entgegen bestimmten Thesen sagte Herr Trevor-Roper bereits 1959, anlässlich des Internationalen Kongresses zur Zeitgeschichte in München: «Vulgarität, Grausamkeit und Primitivität sollte man [...] keineswegs als unvereinbar mit Schaffenskraft und konsequentem Handeln ansehen.» Vielleicht bestand die historische und persönliche Rolle Hitlers darin, Vermittler und integrierender Organisator unterschiedlicher Kräfte und Instrumente in Bezug auf die politische Praxis gewesen zu sein. Die zuweilen so bezeichnete «Anarchie» in der Ausübung der nationalsozialistischen Macht, die den Historikern hinlänglich bekannt ist, würde so eine Erklärung finden. Weit davon entfernt, von einem von den Ereignissen überrollten Hitler nur wider-

strebend in Kauf genommen worden zu sein, wäre sie das primäre Mittel für die Ausübung der absoluten Macht durch Hitler gewesen, des Meisters dieses dämonischen Spiels, in das er Menschen, Werkzeuge und Kräfte zu ihrem Schaden führen sollte, um sie im Dienste seiner monströsen Monomanie auszubeuten.

IV

Die nationalsozialistische Machtergreifung in der internationalen Konstellation

Die Bilanz wäre unvollständig, wenn man nicht kurz auf die Faktoren ausserhalb Deutschlands einginge, das heisst auf die internationale Situation und die Partner Deutschlands im internationalen Leben. Sicherlich hatte das Ausland mit der Machtergreifung direkt nichts zu tun, auch nicht mit der Grundlegung der nationalsozialistischen Zielsetzungen; jedoch hat es eine indirekte Rolle hinsichtlich der «Ermöglichung» der nationalsozialistischen Aussenpolitik gespielt.

Als die Machtergreifung in Deutschland stattfand, war das europäische System zerrüttet. Dafür gab es drei Gründe: Erstens die Teilung Europas in der Folge der Entstehung zweier ideologischer und politischer Pole seit der bolschewistischen Revolution von 1917, die dem geographisch in zentraler Position gelegenen Deutschland eine Schaukelpolitik ermöglichte, deren Hitler sich konsequent bediente; zweitens das Scheitern des Projekts der westlichen Alliierten von 1919 in Form des Vertrages von Versailles – sein Scheitern war bereits 1930 offenkundig, und es war kein neues Projekt an seine Stelle getreten; drittens schliesslich die Konsequenzen der Krise, die die verschiedenen Länder zur Besinnung auf sich selbst und zur Verteidigung der nationalen Interessen geführt hatte. Aus diesen Gründen war eine Art Vakuum im internationalen Leben entstanden, in dem sich das Programm und die Praxis der nationalsozialistischen Aussenpolitik entwickeln konnten. In diesem Kontext haben neuere Arbeiten die Bedeutung der systematischen englischen Appeasement-Politik und des Machtverfalls Frankreichs hervorgehoben. Letzteres war erschöpft aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen und unfähig, seine internationalen Verpflichtungen

zu erfüllen. Darüber hinaus war man im Ausland sehr lange blind für das, was sich in Deutschland abspielte und abzeichnete. Untersuchungen über die deutsche Emigration nach 1933 sind in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich.

Lassen Sie mich zum Schluss nicht die totale Umschichtung der Problematik der deutschen Frage und des internationalen Lebens im Gefolge der deutschen Niederlage von 1945, der bedingungslosen Kapitulation und des Auslöschens des Reiches vergessen. Wo könnte man sich der Tragweite dieser Umwälzungen besser bewusst werden als hier an diesem Ort, im Gebäude des Reichstags, wenige Meter entfernt von der Mauer, die zwei Welten trennt, im Herzen Deutschlands und Europas. Diese Situation, die seit 1945 eine radikale neue Problematik geschaffen hat, ist ohne Zweifel das Resultat der Antwort, die die Länder Deutschland gaben, die das Opfer der nationalsozialistischen Aggressionen geworden waren. Es besteht also eine direkte Verbindung zwischen dem nationalsozialistischen Projekt, seinem Scheitern und der neuen Situation. Es bliebe nichtsdestoweniger zu präzisieren, welche Bestandteile der neuen internationalen Situation einzig Ergebnis der militärischen Operationen in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges sind und welche Bestandteile als Ergebnis von bewusst gewollten und voluntaristischen Projekten zu betrachten sind. Die Frage ist, ob der Kampf gegen das nationalsozialistische Projekt nicht zugleich auch Gelegenheit und Mittel war für die Definition und Realisierung anderer Projekte.

Damit sind wir an der Grenze unserer Thematik angelangt, einer Grenze, die ich nicht überschreiten möchte.

Erste Diskussionsrunde

Klaus Hildebrand (Bonn): Zu dem Aspekt «Das Deutsche Reich als Problem des europäischen Staatensystems» möchte ich in den vorgegebenen fünf Minuten einige notwendigerweise thesenartige Bemerkungen machen.

Erstens: Bereits in der Revolution von 1848 war deutlich geworden, dass die Deutschen sehr viel auf einmal wollten, nämlich innere Freiheit und äussere Macht. Gerade diejenigen, die für die Parlamentarisierung, teilweise schon für die Demokratisierung eintraten, forderten gleichzeitig ein Reich und eine Flotte von Ausmassen, die Europa unerträglich vorkamen. In dieser Feststellung liegt schon ein gut Teil des Scheiterns der Bemühungen von 1848 begriffen.

Zweitens: Bismarcks Leistung bestand darin, die Einheit in einem für das internationale Umfeld gerade noch kommensurablen Mass geschaffen zu haben. Der Preis dafür war, dass die Parlamentarisierung im englischen, nicht in einem konstitutionellen Sinne zurückgestellt wurde. Durch diese Politik vielfältig massvoller Beschränkungen gewann das Reich nicht nur eine Funktion, sondern auch Sinn im europäischen Staatensystem. Ob es allerdings zur Existenz im *Status quo* verurteilt, zukünftig überleben konnte, war zweifelhaft. Sein eigenartiges und besonderes Schicksal lag darin, nicht so sein zu dürfen, wie alle anderen waren, nämlich expansionistisch und imperialistisch aufzutreten. Es musste also nicht nur gegen den Zug der Zeit errichtet werden, sondern dieser Maxime gemäss auch leben.

Drittens: Als sich das Reich anschickte, das zu tun, was alle anderen längst taten – nämlich Weltpolitik zu treiben –, stellte das den Auftakt zu seiner Niederlage dar. Ohne Zweifel vollzog es diesen Schritt mit einer parvenuhaften Überbürdung seiner inneren und äusseren Kräfte. Dieses Kennzeichen haftete einerseits allen Landmächten an, die von den Spaniern bis zu den Franzosen in Europa nach der Hegemonie gestrebt hatten; auf der anderen Seite spiegelte sich darin auch ein gutes Stück der preussischen Erbschaft. Denn aufgrund spezifischer Gegebenheiten geographischer und geistesgeschichtlicher Provenienz hatte sich das Land in der Mitte spätestens seit 1756 angewöhnt, unruhig mit dem Gift in der Tasche

zu existieren. Allerdings hielt sich Deutschlands Politik im Vorfeld des Ersten Weltkriegs alles in allem noch durchaus im Rahmen desjenigen, was der europäischen Geschichte bekannt und vertraut war.

Viertens: Der Erste Weltkrieg zeigte, dass das Reich offensichtlich zu mächtig war, um sich in die Balance Europas einzufügen. Es war aber auch nicht stark genug, um Europa als Hegemonialmacht zu organisieren. Dieser Sachverhalt beschreibt ein deutsches Dilemma, das sich spätestens seit dem 19. Jahrhundert in gewisser Hinsicht bis heute beobachten lässt. Der Ausgang des Ersten Weltkriegs führte zu einem Patt, was die konkurrierenden Organisationsmodelle internationaler Politik – hier Gleichgewicht, dort Hegemonie – anging.

Fünftens: Im Reich aber trug der Krieg dazu bei, das aussenpolitische Sonderbewusstsein von der gefährdeten Mittellage zusammen mit der geistesgeschichtlichen Hypothek vom deutschen Eigenweg zwischen West und Ost wachzuhalten und zu verstärken. In diesem Sinne galt die Forderung nach Revision der Grenzen als eine Verpflichtung, der alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, huldigten. Dass sie dieses Ziel mit freilich unterschiedlichen Mitteln zu verwirklichen suchten, das charakterisiert eine qualitativ erhebliche Differenz ihrer praktischen Politik.

Sechstens: Das Element der Revision bot einen Verbindungs- und Anknüpfungsfaktor für die nationalsozialistische Agitation und Politik, hinter der sich grundsätzlich Expansionismus und Rassismus versteckten. Das Konventionelle lieferte, lange Zeit ungewollt, die Folie für das Aussergewöhnliche. Der Eigenweg glitt, fast unbemerkt, zum Sonderweg ab. Und das Allgemeine deutscher Geschichte mündete, gleitend und abrupt zugleich, ins Singuläre der Untat Hitlers ein, ohne dass ein solcher Wandel insgesamt allzu rasch registriert oder bekämpft wurde.

Siebtens: Diese Tatsache ist im nationalen und internationalen Rahmen gleichermaßen gültig. Der Vatikan und Moskau nahmen aus jeweils verständlichen Motiven ihrer sie leitenden Existenzräson heraus Kontakt zum Dritten Reich auf. England und Frankreich beschworen im Appeasement zäh eine nichtvorhandene Politik der Normalität, um der Bestie des Krieges nicht ins Auge blicken zu müssen. Als sie diese Gefahr dann einfach nicht mehr länger übersehen konnten, waren die eingetretenen Versäumnisse nur schwer aufholbar. Die Tradition deutscher Geschichte und die Einzigartig-

keit Hitlers voneinander abzuheben, war anfangs schwierig und von einem gewissen Zeitpunkt an fast oder scheinbar irrelevant. Die Sehnsucht der Briten nach dem Normalen verstellte ihnen lange Zeit die Einsicht ins Tatsächliche. Mit anderen Worten: Auf internationalem Feld trifft ebenso wie auf nationaler Ebene die Tatsache zu, dass Extremes nur dann reüssieren kann, wenn das Etablierte dies fördert, zulässt oder nicht verhindert.

Achtens: Die Einzigartigkeit der rassenpolitischen Untat des Dritten Reiches erklärt bis zu einem gewissen Masse – das unterstreiche ich: bis zu einem gewissen Masse – auch die Unvergleichbarkeit der Kriegsfolgen in Deutschland. Dass Stalin die Nachkriegsentwicklung autonom und massgeblich gestaltet und Amerika eben dies toleriert hat, soll damit natürlich nicht in Abrede gestellt und auch nicht geringgeschätzt werden. Dass die ehemaligen Alliierten jedoch so handelten und ihre ideologischen Differenzen angesichts der Singularität der braunen Vergangenheit immer wieder zurückstellten, das hat massgeblich auch damit zu tun, dass Hitlers Politik zuvor mit allen Massstäben des Praktischen und Prinzipiellen jäh gebrochen hat.

Hugh R. Trevor-Roper (Cambridge): Herr Bariéty hat die Frage gestellt, ob die Aussenpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands organisch und damit logisch Teil des historischen Ganzen, das heisst der Jahre 1914 bis 1945 ist, oder ob die letzte Phase eine Art Fremdkörper in jener Gesamtheit darstellt. Stellt das Jahr 1933, das Jahr der Machtergreifung, eine Zäsur im internationalen Leben Deutschlands dar? Und er meint, man könne sagen, dass Hitlers Ziele in der Aussenpolitik im Vergleich zum revisionistischen Programm Deutschlands vor 1933 radikal neu waren. Das heisst, dass seine Lebensraumpolitik nichts Gemeinsames hat mit der blossen Revision des Versailler Vertrages.

Meines Erachtens ist der Versailler Vertrag und die davon abhängende Neuregelung Europas von der Ostpolitik Deutschlands nicht zu isolieren. Sie sind beide zusammengebunden. Der Versailler Vertrag muss in demselben Kontext mit dem früheren Vertrag von Brest-Litowsk betrachtet werden. Die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg waren hauptsächlich Ziele im Osten. Warum wollte die Wilhelminische Regierung 1914 Frankreich durch einen Blitzkrieg besiegen? War es nicht, um frei zu sein, die ganze deutsche Stärke nach Osten zu werfen und den russischen Koloss

so zu stürzen? In der Tat, das wurde nicht erreicht. Aber trotzdem hat das Deutsche Reich Russland im Frühjahr 1918 dank der bolschewistischen Revolution zur bedingungslosen Kapitulation gedrängt und fand sich durch den Vertrag von Brest-Litowsk als Herr ganz Osteuropas. Im Sommer 1918 konnte der deutsche Generalstab den Krieg für gewonnen und seine Hauptziele im Osten für erreicht halten. Aber einige Monate später ist durch die unerwartete Niederlage im Westen nicht nur dieser erhoffte Endsieg, sondern auch die schon gewonnene Ostherrschaft verlorengegangen. Das aufgezwungene Versailler System machte den aufgezwungenen Vertrag von Brest-Litowsk zunichte. Es ist kein Zufall, dass Adolf Hitler in seiner ersten öffentlichen politischen Rede die beiden Verträge zusammengebracht hat. Sie sind abhängig voneinander.

Freilich hat Hitler in *„Mein Kampf“* geschrieben: Frankreich muss vernichtet werden; aber die Schuld Frankreichs in seinen Augen war nicht, Elsass-Lothringen wieder genommen zu haben, noch hohe Reparationen usw. zu fordern. Es war hauptsächlich – wie er selbst ausdrücklich gesagt hat –, die sonst erreichbare deutsche Ostherrschaft verhindert zu haben. Nach 1940, als Frankreich durch einen Blitzkrieg endlich besiegt war, drehte er sich um und warf seine Armeen gegen Russland. Der Sieg im Westen hatte diesmal – so glaubte er – den Weg nach Osten endlich freigemacht.

Anders gesagt: Ost- und West-Ziele sind durch die ganze Periode eng verbunden, und wir müssen nicht den Kampf gegen das Versailler System und die Eroberungspolitik künstlich voneinander trennen. Wie Professor Hofer uns gestern erinnert hat, hat Hitler kurz nach der Machtübernahme sein Programm – die Eroberung von Lebensraum im Osten – heimlich angemeldet. Seine Zuhörer waren nicht seine Parteibonzen, sondern seine militärischen Befehlshaber, die konservativen Generäle, die es später durchführen mussten. Die Zäsur in der nationalsozialistischen Aussenpolitik ist nicht – glaube ich – in der östlichen Eroberungspolitik zu suchen. Das war auch früher angestrebt worden. Es ist, glaube ich, nicht in den Zielen, sondern in den Mitteln, dass wir eine Zäsur – ja eine Revolution – suchen müssen. Warum, fragte Hitler, hatte der Kaiser den ersten Weltkrieg verloren? Weil, so antwortete er, grosse Fehler gemacht worden waren. Die natürliche Stärke des deutschen Volkes, vom jüdischen Gift entartet und geschwächt, ist durch politischen Dilettantismus geopfert worden.

Diese Fehler müssten jetzt korrigiert werden. Um sie zu korrigieren, müsste er nicht nur auf die abwegige Überseepolitik verzichten, er müsste auch durch eine ideologische beziehungsweise soziale Umgestaltung in Deutschland neue Kräfte hervorrufen. Die Zäsur liegt also nicht in der Richtung der Aussenpolitik, sondern in dem neuen, sozialrassistisch gereinigten Charakter und damit in der Stärke des deutschen Volkes, das sie durchführen musste.

Wenn das Wilhelminische Kaiserreich 1918 den Endsieg erreicht hätte, so hätte es in ganz Osteuropa deutsche Protektorate eingerichtet, in welchen – wie vorher im preussischen Polen – die deutsche Kolonisation später vielleicht fortgeführt worden wäre. Wenn aber 1941 das Hitlersche Führerreich gesiegt hätte, dann hätte man die Kolonisation nicht indirekt unter der Regierung deutscher Fürsten, sondern direkt durch gewalttätige Austreibung und Vernichtung auf der Basis einer sozialen, rassistischen Revolution durchgeführt.

Die grosse Frage der sogenannten Machtergreifung ist meines Erachtens nicht, warum sie die deutsche Elite erlaubt hat. Jene Frage ist leicht zu beantworten. Hitler hat versprochen, ihre alte Politik fortzusetzen. Die grosse Frage ist, warum sind die deutschen Massen ihm so treu und begeistert gefolgt, dass er nicht der Trommler jener Elite geblieben ist, sondern ihnen, den Massen, seine eigene kriminelle Form jener Politik immer wieder auferlegen konnte? Zu dieser Frage liegt die Antwort meines Erachtens in dem neuen sozialen Inhalt, den er in die alte deutsche Expansionspolitik und die alten preussischen Blitzkriegsmethoden eingegossen hat. Aussenpolitik und Ideologie, das heisst soziale Politik, sind wie in der Französischen Revolution untrennbar.

Hitlers rassistischer, sozialer deutscher Nationalismus ist in Wien vor 1914 geformt worden, unter politischen Umständen, die von denen von 1933 unausdenkbar verschieden sind. Die politische Richtung dieser Ideen ist in München nach 1918 als Resultat des Schocks eines verlorenen Krieges ausgearbeitet worden. In den Jahren 1918 bis 1923 schmolzen die Ideen von sozialer Revolution und erneuertem Expansionskrieg zusammen, die dann in den 30er Jahren wegen der neuen politischen Umstände Europas ihr Fenster der Gelegenheit so schicksalsvoll gefunden haben.

Wolfgang J. Mommsen (London): Die deutsche Frage ist durch die Politik des Nationalsozialismus auf den Stand von vor 1867 zurückgeworfen, ja,

wenn man will, sogar der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts. Es gibt heute mehrere Staaten deutscher Nation – wie man diese zählen mag, ist eine andere Frage. Es hat sich ein Zustand relativer Anomalität in Mitteleuropa eingestellt, der in mancher Hinsicht noch ärger ist als die Verhältnisse im Deutschen Bund. Mit grossen Schwierigkeiten muss sich heute die deutsche Politik darum bemühen, wenigstens gewisse Rahmenbedingungen für die Wahrung der Interessen der gesamten deutschen Nation zu behaupten. Diese Lage ist das Ergebnis einer Politik, die versucht hat, die Hegemonie des Deutschen Reiches in Europa mit Hilfe einer radikalen Gewaltpolitik zu verwirklichen.

Für die erste Generation der Deutschen nach 1945 schien es so, dass man vielleicht dort wieder anfangen könne, wo man 1933 aufgehört hatte. Heute ist dies nicht mehr eindeutig so. Es ist daher eine wesentliche Vorbedingung dafür, dass wir Deutschen uns überhaupt wieder auf einer politisch tragfähigen Basis zusammenfinden können, dass wir das Problem der Kontinuität oder der Diskontinuität der Herrschaft des Nationalsozialismus im Rahmen der deutschen Geschichte in aller Schärfe stellen. Das ist von meinen Vorrednern schon teilweise betont worden.

Ohne Zweifel stellt das Jahr 1933 eine Zäsur in der deutschen Geschichte dar. Aber auf der anderen Seite ist es nicht einfach möglich, sich auf den Standpunkt zu stellen: Wir heutigen Deutschen, die wir an die Traditionen vor 1933 wieder anknüpfen, haben mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun. Der Nationalsozialismus hat alle nationalen Traditionen Deutschlands gleichsam in das Inferno seiner Politik hineingezogen, mit der Folge, dass die deutsche nationale Identität bis heute gestört ist. Die Aussenpolitik des Nationalsozialismus besass gewiss eine andere Qualität als die seiner Vorläufer, und ich würde Herrn Professor Trevor-Roper durchaus darin folgen, dass diese sich vor allem in ihren *Mitteln* von der vorangehenden Politik unterschieden hat.

Aber dazu muss man einschränkend Folgendes hinzufügen: Zum ersten stützte sich die Aussenpolitik des Nationalsozialismus auf die nationalistischen Traditionen der deutschen Politik; sie baute auf der bisherigen nationalen Aussenpolitik Deutschlands auf und beutete diese nach Kräften aus. Das nationalsozialistische System gründete seine Legitimität in erheblichem Masse auf die aussenpolitischen Erfolge der 30er Jahre, die in der Kontinuität der Politik seit 1918 standen und eigentlich nur realisierten,

was zuvor angestrebt worden war. Noch wichtiger ist, dass es gerade auch im Bereich der Aussenpolitik zu einer partiellen Symbiose der nationalsozialistischen Bewegung mit den traditionellen Führungsschichten gekommen ist, bis in die Personen hinein. Und selbst die Wehrmacht ist in einem allerdings späteren Stadium voll in die nationalsozialistische Aussenpolitik mit ihren radikalen Vernichtungsmethoden hineingezogen worden. Insofern lässt sich zumindest in formaler Hinsicht ein hohes Mass von Kontinuität nicht leugnen.

Es gibt aber auch unter inhaltlichen Gesichtspunkten eine Kontinuität nationalsozialistischer Aussenpolitik. Sie konnte sich auf eine Tradition aussenpolitischen Denkens stützen, die bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Im Lager der sogenannten «Neuen Rechten», namentlich im Alldeutschen Verband und der Vaterlandspartei des Ersten Weltkrieges und ebenso in den nationalen Verbänden der 20er Jahre finden wir substantiell ähnliche Konzepte und Zielsetzungen. Gewiss waren diese Bestrebungen noch marginal, zumal sie von der grossen Mehrheit der Deutschen und auch von den verantwortlichen Führungsgruppen nicht eigentlich wirklich ernst genommen wurden. Aber schon im Kaiserreich bestand die Situation, dass die konservative Rechte gegenüber dieser neuen Rechten zwar höchst kritisch eingestellt war und diese in gewisser Weise verachtete, aber dennoch von Fall zu Fall mit ihr Kompromisse schloss und sie in bestimmten Situationen für ihre politischen Zwecke ausnutzte. Dies findet sich dann in der Zeit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in verschärfter Form wieder.

Radikale Expansionsziele, wie sie der Nationalsozialismus verfocht, wurden in der Zeit vor 1914 nur von Randgruppen der Gesellschaft vertreten. Sie fanden allerdings im Ersten Weltkrieg – wie mittlerweile bekannt ist – bereits eine bemerkenswerte Ausweitung.

Ebenso unterschied sich der nationalsozialistische Imperialismus qualitativ von den Hauptströmungen der wilhelminischen imperialistischen Politik insofern, als die Nationalsozialisten ein kontinentales Empire anstrebten, nicht ein überseeisches Kolonialreich – jedenfalls nicht in erster Linie. Aber auch hier wird man hinzufügen müssen, dass dennoch seitens der Nationalsozialisten ein Rückgriff auf bestimmte Elemente deutscher Welt-

politik – namentlich die Mitteleuropakonzeption und bis zu einem gewissen Grade die Ostpolitik – während des Ersten Weltkriegs erfolgt ist.

Darüber hinaus gab es auch hinsichtlich der Vorstellungen, wie das nationalsozialistische Grossreich aussehen solle, partielle Übereinstimmungen mit den Vorstellungen der alten Führungsschicht. In einem Punkte stand Hitler den Wilhelminischen Imperialisten durchaus nahe, insofern als er das Britische Empire respektierte und es den Briten eigentlich gleich tun wollte. Ihm schwebte als Ideallösung gleichsam ein Dual-Empire des Grossdeutschen Reiches und des Britischen Reiches über den Erdball vor. Allerdings waren die faschistischen Empire-Bildungen oder die Ansätze dazu zu dem Zeitpunkt, als sie unternommen wurden, bereits anachronistisch insoweit, als sie diese Empire mit den Mitteln formeller territorialer Herrschaft zu etablieren suchten zu einem Zeitpunkt, als bereits absehbar war, dass die Methoden informeller und indirekter Herrschaft allein erfolgversprechend geworden waren. Diese anachronistischen Empire-Bildungen haben dann das Ende der klassischen europäischen Weltpolitik alten Stils eingeläutet.

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Nach diesen allgemeinen und sehr wichtigen Betrachtungen ist vielleicht die Zeit gekommen, dass wir uns auch direkt mit den Zielen und Instrumenten der deutschen Aussenpolitik im Kontext mit der Machtübernahme beschäftigen.

Wolfgang Schieder (Trier): Kontinuitätsfragen sind im historischen Kontext selbstverständlich immer Fragen der Perspektive. Wer die exzeptionelle Radikalität von Hitlers Politik herausstellen will, muss den Bruch mit dem Vorhergehenden betonen. Wer nach langfristigen Ursachen für die Ermöglichung dieser Politik fragt, wird stärker die historischen Prämissen von Hitlers Griff nach der Weltmacht hervorheben. Wen schliesslich – und das möchte ich hier etwas akzentuieren und damit einen engeren Rahmen ziehen als meine Vorredner – die Übergänge von Weimar zum Dritten Reich interessieren, der muss nach Überlegungen, nach Gleichzeitigkeiten und auch möglichen Widersprüchen zwischen Altem und Neuem im Dritten Reich suchen. Im Hinblick auf die europäische Politik heisst das wohl, dass von der Vereinbarkeit älterer imperialistischer und älterer revisionistischer Politik mit einer radikalen, sozialdarwinistischen Expansionspolitik die Rede sein muss.

Ich möchte hier die Auffassung vertreten, dass die Aussenpolitik des Dritten Reiches bis 1938/39 tatsächlich in starkem Masse noch den Cha-

rakter einer spätimperialistischen Revisionspolitik hatte und diesen nicht nur vortäuschte. Erst nach dem Münchener Abkommen setzte sich die radikale Expansionspolitik Hitlers durch. Hier wäre deshalb – nach meiner Auffassung – erst die Zäsur zu setzen, welche die Aussenpolitik des Nationalsozialismus von der der deutschen Tradition trennt. Der Zusammenhang mit dem Übergang vom einfachen faschistischen zum totalitär-faschistischen System ist dabei unverkennbar.

Damit stellt sich die Frage, inwieweit Hitlers Entscheidungen für die aussenpolitischen Handlungen des Dritten Reiches bis Ende 1938 voll verbindlich waren. Im Unterschied zu einer – aus vielen Gründen – vorherrschenden Meinung halte ich Hitlers aussenpolitisches Programm für die Zeit bis zum Kriegsausbruch noch nicht für den alleinigen Schlüssel zur Erklärung der Aussenpolitik des Dritten Reiches. Selbstverständlich bezweifle ich nicht, dass Hitler in der Aussenpolitik expansionistische Zielvorstellungen hatte, die sich von denen der Weimarer Revisionspolitik radikal unterschieden. Man muss aber wohl immer wieder einmal die Frage aufwerfen, ob man «Programm» nennen kann, was von Hitler selbst so nie systematisch formuliert worden ist. Ich betone: systematisch. Es war sicher kein objektloser Expansionismus, der von Hitler vertreten wurde; die totalitäre Dynamik seiner Politik entsprang jedoch offenbar einem zwar nicht ziel-, aber doch hemmungslosen Aktionismus, der über einige – allerdings unverändert festgehaltene – Globalziele hinaus zu den überraschendsten Wendungen fähig war.

Wichtiger jedoch scheint mir eine andere Beobachtung zu sein. Hitlers aussenpolitisches Programm war innerhalb der politischen und militärischen Führung des Dritten Reiches bis 1938/39 noch nicht in sehr hohem Masse verbindlich. Die Handlungsträger der nationalsozialistischen Aussenpolitik, – in erster Linie Göring, das Auswärtige Amt unter Neurath, selbst unter Ribbentrop, sowie die Militärs – waren zunächst keineswegs vollständig dem aussenpolitischen Führungswillen Hitlers unterworfen. Innerhalb des 1933 gesetzten Diktatorsystems hat besonders Göring eine durchaus eigenständige Politik führen können, vor allem in Süd- und Südosteuropa. Vor allem aber: Nicht jeder, der bis 1939 vertraulich in Hitlers langfristige Pläne eingeweiht wurde, ist damit zum unbedingten Hitleristen – wenn ich das so nennen darf – geworden. Hitlers aussenpolitischer Extremismus konnte auch von seinen Paladinen – nicht nur vom Ausland –

falsch verstanden, mit scheinbar deckungsgleichen eigenen Vorstellungen verwechselt oder mit gehorsamer Zustimmung akzeptiert werden. Ich gebe hier nur in aller Kürze ein semantisches Beispiel, das den zentralen Begriff des «Lebensraums» betrifft. Diesen Begriff hat Göring nie benutzt! Seyss-Inquart hielt Ende 1938 vor dem OKW einen Vortrag über die nationalsozialistische Lebensraumvorstellung, und was war der Inhalt dieses Vortrags? Seyss-Inquart sprach ausschliesslich von Wirtschaftsraum und Wirtschaftsbeherrschung.

So, wie Hitler seine Diktatur erst in einem relativ langwierigen Entmachtungsprozess voll absichern konnte, gab es also auch offensichtlich auf aussenpolitischem Gebiet einen «Akzelerationsprozess politischer Aggressivität und Radikalisierung» – so Martin Broszat. Anzunehmen, dass die Aussenpolitik seit dem 30. Januar 1933 von vornherein nur meisterhafte Täuschung war, auf die seit 1939 verzichtet werden konnte, heisst für diese Zeit Hitlers Möglichkeiten überschätzen. Erst der Krieg gab ihm die Möglichkeit zur Vereinheitlichung des aussenpolitischen Zielwillens, oder anders gesagt – und damit möchte ich schliessen –: Wenn er diesen durchsetzen wollte, dann brauchte er den Krieg.

György Ranki (Budapest–Bloomington): Ich möchte in gewisser Hinsicht an Professor Borchartd anschliessen und fragen, wie weit man in objektiven strukturellen und konjunkturellen Faktoren als eine Erklärungsbasis annehmen kann; hier geht es um die Frage, wie diese Faktoren den Erfolg von Hitlers Aussen-Politik in Südosteuropa erleichtert haben.

Ich möchte über die wirtschaftliche Stabilisierung Südosteuropas im Rahmen des Versailler Staatensystems sprechen. Diese Stabilisierung beruhte Mitte der 20er Jahre auf den vorhandenen Krediten. Durch sie wurde die Geltendmachung des Grossmachteinflusses fundamntiert. Von politischen Momenten sehen wir dabei einmal ab. So wurden die Hegemonie Englands und Frankreichs und die Verdrängung Deutschlands gesichert. Doch Ende der 20er Jahre, als das Kreditsystem immer mehr nur über weitere Kredite funktionierte, wurde es klar, dass die wirtschaftlichen Probleme der Länder des Donauraumes nicht bloss durch Kredite gelöst werden konnten. Neben den Krediten brauchten sie auch Absatzmärkte. Und weil England und Frankreich diese Absatzmärkte nicht in genügendem Umfang bieten konnten, blieben nur zwei Möglichkeiten: entweder noch-

mals eine Wirtschaftskooperation des Donautals zu versuchen, deren Verwirklichung nicht zuletzt wegen der englisch-französischen Grossmachtgegensätze nicht gelungen war, oder die wirtschaftliche Stütze dort zu suchen, wo sich für die Waren der Länder des Donauraums ein Absatzmarkt bot, in Deutschland.

Das Scheitern der wirtschaftlichen Regeln unter der französischen und englischen Hegemonie begann sich gerade in jener Zeit deutlich zu zeigen, als Deutschland nach seiner mehrjährigen wirtschaftlichen Erstarkung den Moment für gekommen sah, eine aktivere südosteuropäische Wirtschaftspolitik einzuleiten. Dieses Grossmachtanliegen und die inneren Probleme Südosteuropas schienen sich, vom Gesichtspunkt der Deutschen her betrachtet, glücklich zu treffen. Der Rückzug der kreditgebenden Länder basierte nicht nur auf der widersprüchlichen Verbindung und dem Zusammenhang von Kredit und Macht. Die zunehmende Bedeutung des Marktes konnte auch deswegen in den Vordergrund treten, weil die kreditgebenden Länder bei Weitem nicht in der Lage waren, das Kreditniveau langfristig aufrechtzuerhalten. Wenn die Jahre zwischen 1919 und 1923 als die Periode der Verdrängung der Deutschen, der Fundamentierung der englisch-französischen Wirtschaftshegemonie bezeichnet wurden, so wurde zwischen 1929 und 1933 der Prozess umgekehrt, und es waren dies die Jahre der erneuten Stabilisierung der deutschen Hegemonie. Während die Ursache des deutschen Rückzuges in der wirtschaftlichen Abschwächung infolge der politischen und militärischen Niederlage zu suchen war, so lag die Erschütterung der englisch-französischen Hegemonie viel eher auch unmittelbar in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, obwohl sie verständlicherweise auch nicht von politischen Untertönen frei war, die der Schwäche des Friedenssystems entstammten.

Die in den 20er Jahren errichtete englisch-französische Wirtschaftshegemonie befand sich meiner Ansicht nach schon 1928/29 in einer kontinuierlichen Krise. Das hängt auch mit der «Krise vor der Krise» zusammen. Und als während der grossen Depression alle französischen Initiativen zu Ende gingen – das war schon 1932 ganz klar –, trat ein Wendepunkt ein, eine neue Phase, in der die Angreifer zu Verteidigern und die Verteidiger zu Angreifern wurden. Die Initiative ging immer mehr nach einem kurzen Zwischenspiel in die Hände Deutschlands über, und dieses Deutschland war inzwischen das nationalsozialistische Deutschland, das mit erneuter

Kraft und schliesslich mit neuen, modernen, totalen Kriegen in den Kampf um die Hegemonie im Donaauraum eintrat. Und in demselben Jahr war Südosteuropa hoffnungslos gespalten und enttäuscht. Die genannten Probleme und der Aufstieg des nationalsozialistischen Deutschlands haben Südosteuropa, haben den Donaauraum unter einen besonders starken Druck gesetzt.

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Das Beispiel der Donauländer scheint mir eine besonders interessante Problematik für unsere Frage darzustellen. Diese Problematik erstreckt sich erstens auf die späten 20er und auch auf die 30er Jahre, und zweitens zeigt sie uns auch das Spiel der grossen Mächte. Und es ist auch für uns die Zeit gekommen, von den grossen Mächten zu sprechen. Wir haben bis jetzt von der Aussenpolitik Deutschlands – ihren Zielen und jetzt von der Aussenpolitik Deutschlands – ihren Zielen und Methoden usw. – gesprochen. Es wäre jetzt Zeit, auch von den grossen Partnern Deutschlands im internationalen Leben zu sprechen.

Andreas Hillgruber (Köln): Ich möchte zu zwei Punkten sprechen: einmal zu dem, was Herr Kollege Bariéty gerade angedeutet hat, aber zweitens auch auf die Schlussfrage seiner Einleitung eingehen, ob das, was die Situation 1945 und danach ausmacht, ausschliesslich auf die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik zurückzuführen ist oder ob nicht eigene Ziele anderer Mächte hineinspielen.

Ich gehe von der These aus, dass die Weltwirtschaftskrise die Wegscheide war zwischen einer Nachkriegsgeschichte 1914/18 und einer Vorgeschichte eines Zweiten Weltkrieges. Das internationale System von 1919/20 ist während der Weltwirtschaftskrise beziehungsweise vor der Krise schon in Auflösung begriffen. Die aussenpolitischen Handlungsschwierigkeiten, zum Teil Handlungsunfähigkeiten der etablierten Mächte USA, England, Frankreich, bieten den sogenannten *Have-nots* – also den Besiegten und den im Siege zu kurz gekommen Staaten Deutschland, Italien und Japan – die Möglichkeit, ihre Revisionsziele «so oder so» zu erreichen. Die sich anbahnenden Konflikte auf verschiedenen Schauplätzen wiederum geben der Sowjetunion die Möglichkeit, sich in die internationale Politik einzuschalten, aus der Sowjetrussland 1918/19 hinausgedrängt worden war (im übertragenen und im wörtlichen Sinne) durch die Errichtung des *cordon sanitaire* in Ost-Mitteuropa mit Polen als Kern. Die

USA müssen während der Weltwirtschaftskrise ihr europäisches Engagement einschränken. Höhepunkt dieser Einschränkung ist die rigorose Neutralitätsgesetzgebung Mitte der 30er Jahre, die es dann Präsident Roosevelt erst unter ganz grossen Schwierigkeiten gestattet, sich viel später in die internationale Politik wieder machtvoll einzuschalten.

Frankreich befindet sich im Grunde genommen – etwas abgekürzt gesprochen – bereits seit der Mitte der 20er Jahre geistig, politisch und strategisch im Rückzug auf die Maginot-Linie, also auf seine Interessen im engeren Sinne, und England, die alt gewordene Weltmacht, strebt Frieden an im Interesse des Zusammenhalts des sich auflockernden Imperiums. Es wird ja durch die Revisionsbestrebungen der drei *Have-not-Mächte* Japan, Italien und Deutschland in seinen Interessensphären bedroht; ein Zusammenspiel oder eine wirkliche Kooperation dieser drei Mächte droht das britische Imperium zu zerstören. 1931 bricht Japan offen aus der internationalen Ordnung aus, ohne dass die etablierten Mächte in der Lage sind, sich dem entgegenzustellen. Japan ist zunächst einmal der Vorläufer, der Vorreiter dieser revisionistischen Bewegung.

Was nun Europa angeht, so ist das Entscheidende der Gegensatz zwischen der britischen und der sowjetrussischen Europa-Politik. Das ist der Kern der Möglichkeit für das Dritte Reich, wie schon vorher für das verstärkt revisionistische Deutschland der frühen 30er Jahre, Terrain zu gewinnen. Man kann sogar die These aufstellen, dass es niemals in der Geschichte der deutschen Grossmacht seit Bismarck eine grössere Chance gegeben hat, das zu erreichen, was man unter «Mitteleuropa», also einer Zusammenfassung Zentraleuropas im Interesse des Deutschen Reiches, verstanden hat, als in den 30er Jahren. Es enthüllt nun die nationalsozialistische Politik, dass sie diese Revisions-Chancen ausnutzt, aber nur als Zwischenetappen, Zwischenstufen versteht zur Verwirklichung ihrer eigenen und ganz spezifischen Ziele, Stichwort: Vernichtungskrieg in Osteuropa, Eroberung «neuen Lebensraumes». Bis es aber dazu kommt, hat das Deutsche Reich unter Hitler eine ganz grosse Chance, die es nun in einem rasanten Tempo – jedenfalls seit der Mitte der 30er Jahre – ausnutzt. Auch der Übergang zur militärischen Eroberung in einzelnen Feldzügen führt noch keineswegs zum Zusammenschluss der anderen Mächte, sondern gerade, wenn man an die sowjetische Politik 1939 ff. denkt, zur Ausnutzung eben dieser Spannungen oder der kriegerischen Auseinandersetzungen,

die sich zunächst zwischen Deutschland, Frankreich, England abspielen.

Es ist bezeichnend, dass auf dem Höhepunkt der deutschen Erfolge, am 1. Juli 1940, ein sehr interessantes Gespräch zwischen Stalin und dem britischen Botschafter Cripps stattfindet, in dem die Gegensätze zwischen der britischen und der sowjetischen Europa-Politik krass heraustreten. Während Cripps für eine Wiederherstellung eines europäischen Gleichgewichts plädiert, spricht Stalin offen aus, dass er keinerlei Interesse an einer Wiederherstellung dieses Gleichgewichts habe.

Erst der Angriff auf die Sowjetunion – der Vernichtungskrieg, der hier beginnt, obwohl er in dieser Form gar nicht begriffen wird von den anderen Mächten – führt schliesslich zum Zusammenschluss dieser Mächte, zu der Anti-Hitler-Koalition, die aber, wie der Name eigentlich schon besagt, kein Bündnis ist von in ihren Zielen gleichgerichteten Staaten, sondern eine durch die Expansionspolitik Hitlers erst zustande gekommene Allianz.

Damit leite ich nun zu kurzen Bemerkungen hinsichtlich der Schlussfrage von Herrn Bariéty über. Es ist vollkommen klar, dass die Expansionspolitik und die rassenideologische Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands – als Herausforderung verstanden – eben zur Abwehr der anderen Mächte geführt hat, die nun entschlossen sind, nicht nur das nationalsozialistische Deutschland auszulöschen, sondern auch von dem Willen getragen sind zu verhindern, dass jemals wieder ein Deutschland oder die Deutschen in die Lage versetzt werden könnten, zum dritten Mal eine solche Situation, wie sie 1939 zum zweiten Male ermöglicht wurde, zustande zu bringen. Aber, das zeigen die Auseinandersetzung zwischen den Mächten der Anti-Hitler-Koalition und die Diskussion in der Anti-Hitler-Koalition, nachdem der deutsche Ansturm abgefangen und die äussere Wende des Krieges erreicht war, es spielen höchst unterschiedliche, eigene Ziele mit hinein – Herr Kollege Ruffmann wird sicher über die sowjetischen Zielsetzungen noch einiges sagen –: auf der einen Seite die Entschlossenheit Stalins, in Mitteleuropa Fuss zu fassen, um das Sowjetimperium abzusichern gegenüber der künftigen Konstellation, also gegenüber den Westmächten, die ihrerseits von Westeuropa – von Frankreich – nach Zentraleuropa vordringen; auf der anderen Seite stehen die zunächst global gefassten amerikanischen Interessen, die in Formelkompromisse

der verschiedenen grossen Kriegskonferenzen eingehen, ohne den starken Gegensatz zwischen West und Ost langfristig überdecken zu können.

So ist die Situation 1945 – sehr abgekürzt – nicht nur Folge der nationalsozialistischen Vernichtungs- und Expansionspolitik, sondern auch Konsequenz der Ziele vor allen Dingen der beiden grössten Mächte der Anti-Hitler-Koalition – USA und Sowjetunion –, die die Situation herbeigeführt haben, die uns hier heute in Berlin und überall in Zentraleuropa bekannt ist.

J. Bariéty, Diskussionsleiter: In unserer Problematik ist natürlich die Ostfrage – die Frage der deutsch-sowjetischen Beziehungen – besonders wichtig. Deswegen möchte ich Herrn Ruffmann, als Ost-Historiker, bitten, uns diese Problematik darzustellen.

Karl-Heinz Ruffmann (Erlangen): Mein Beitrag hebt im Wesentlichen darauf ab, das von Herrn Bariéty angesprochene Problem des Vakuums im internationalen Leben als Ermöglichung der von Hitler betriebenen Aussenpolitik am Beispiel des sowjetischen Verhaltens gegenüber dem Prozess der Machtübernahme Hitlers 1933/34 etwas detaillierter zu erläutern und von daher nur im Ausblick auf 1939 zu kommen.

Ich bin der Auffassung, dass unter dem Gesichtspunkt «Kontinuität oder Bruch – wo Zäsur» die sowjetische Aussenpolitik, so, wie sie praktisch gelaufen ist, nur bestätigt, was Herr Trevor-Roper und eigentlich auch schon Herr Hildebrand betont haben, nämlich, dass erst durch Hitlers Radikalisierung der Mittel und Methoden den anderen beteiligten Mächten die Zäsur, der totale Bruch der NS-Aussenpolitik mit bisheriger deutscher expansionistischer Aussenpolitik – welcher Ära auch immer – deutlich geworden ist, der Sowjetunion mit Stalin an der Spitze eigentlich überhaupt erst 1941. Bis 1941 – so meine These – hat Stalin letztlich Hitler als einen Mann aufgefasst, der als Vertreter einer imperialistischen Grossmacht in dieser Weise rational einkalkulierbar sei. Schuld daran war nicht zuletzt der seit 1928 gültige sowjetische Faschismusbegriff, der von den imperialistischen Zwillingsgeschöpfen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus ausging und in Verkenning des Charakters und der Ziele der NS-Bewegung Hitler als blosse Übergangserscheinung einstuft.

Tatsächlich haben Stalin und seine Gefolgsleute 1933 Hitler so eingeschätzt. Das gilt mit Sicherheit für die Anfangsphase des wechselseitigen

Abtastens und Abwartens. Deutsche Generäle reisen im Zuge der Kooperation Reichswehr–Rote Armee noch im Mai 1933 in die Sowjetunion, und Woroschilow, der sowjetische Verteidigungsminister, betont die Notwendigkeit und den Wunsch der sowjetischen Seite nach Aufrechterhaltung der militärischen Kooperation, die dann ziemlich abrupt am Ende des Jahres abgebrochen worden ist. Aufgrund der Quellenlage sind wir immer noch nicht in der Lage, wirklich exakt festzustellen, von wem tatsächlich der Bruch ausgegangen ist. Es spricht sehr viel mehr dafür, dass Berlin es war und nicht Moskau, von dem die Initiative dazu ausging. Anders als viele meiner Kollegen und ich selbst in unseren Publikationen zur Geschichte der Sowjetunion und Osteuropas und der deutsch-sowjetischen Beziehungen immer geschrieben und gelehrt haben, stellte wohl auch der deutsch-polnische Vertrag vom 25. Januar 1934 nicht den markanten Bruch, die eindeutige Wende der sowjetischen Aussenpolitik hin zu den Westmächten dar. Vielmehr war, nach dem uns zugänglichen Aktenmaterial, die Sowjetunion auch danach massiv interessiert an einem Fortbestand nicht nur der Diskussion und der Gespräche, sondern möglichenfalls der Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Gewiss sollte man nicht so weit gehen wie der schwedische Diplomat und Historiker Sven Allard, der die These vertritt, dass Stalin ab 1934 konsequent auf ein Bündnis mit Hitler hingearbeitet habe. Wohl aber wird man darauf aufmerksam machen müssen, dass in der ganzen Folgezeit – 1936, 1937, im Krisenjahr 1938 – es niemals das Ziel sowjetischer Aussenpolitik gewesen ist, etwa zu einer Zerstörung – in der sowjetischen Terminologie – des «deutschen Faschismus» zu gelangen, dazu, dass Hitler abgesetzt werde; vielmehr sollte lediglich dessen Expansion so eingegrenzt werden, damit genau das, was bis zum Sommer 1939, im Unterschied zur Zeit danach, das primäre Anliegen sowjetischer Aussen- und Europapolitik insgesamt war, erhalten blieb, nämlich ein relatives Gleichgewicht, das es der Sowjetunion erlaubte, den jeweils Schwächeren gegen die stärkeren kapitalistischen Mächte zu stützen, und das alles nicht in weltrevolutionärer Absicht, sondern aus der realen Interessenlage heraus, die auf sowjetischer Seite auch alle Faschismusinterpretationen überdeckte: Wir wollen den Aufbau des Sozialismus in einem Lande – sprich: ganz konkret auch die Errichtung der Terrorherrschaft Stalins im eigenen Lande – absichern. Und zu diesem Zweck betrei-

ben wir eine defensive Schaukel- und Sicherheitspolitik allein mit dem Ziel, das geringere Übel – in diesem Falle Hitler – zu ertragen, weil es am ehesten dazu führt, dass es zu keinem Bündnis der Westmächte mit Deutschland gegen die Sowjetunion kommt.

Deshalb kann in Anknüpfung an eine Frage, die Herr Wolf Jobst Siedler gestern auf dem Podium gestellt hat, festgestellt werden, dass auch die Sowjetunion die Neuartigkeit der NS-Aussenpolitik sehr spät erkannt hat. Aber genauso, wie Herr Kocka gestern auf die Frage von Herrn Siedler geantwortet hat, möchte ich ebenfalls zum Schluss sagen: Wir sollten uns sehr hüten, daraus eine Schuldzuweisung abzuleiten, im vorliegenden Fall eine Schuldzuweisung an die sowjetische Politik bis 1938/39. Der entscheidende Punkt, wo die Sache kritisch wird, wo man sehr vorsichtig sein und aufpassen muss, ist dann der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, weil hier Stalin die ihm von Hitler gebotene, ja überhaupt erst eröffnete Gelegenheit bedenkenlos ergriff, umzuschalten von einer bisherigen defensiven Schaukel- und Gleichgewichtspolitik zu einer brutalen expansiven Aussenpolitik. Für die sowjetische Aussenpolitik stellt deshalb 1939 eine entscheidende Zäsur dar. Dass es dazu kam, ist Hitler zu verdanken, und ich betone nachdrücklich, dass bei allen Betrachtungen über 1945 dieser Kausalzusammenhang niemals ausser Acht gelassen werden darf.

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Jetzt kommt die Zeit des Fragestellers, sozusagen des freundlichen Provokateurs. Diese anschliessende zweite Diskussionsrunde wird sich ebenfalls noch am Podium abspielen. Nach einer kleinen Pause wird dann die dritte Phase beginnen mit den Fragen der Teilnehmer aus dem Publikum.

Intervention des Fragestellers

Karl W. Deutsch (Berlin–Harvard): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Bariéty selbst und an seine Frage nach dem historischen Hintergrund der Nazi-Expansionspolitik, nämlich dem Begriff des Reichs und der Frage, bis zu welchem Grade deutsche Machtpolitik in zwei Weltkriegen mit der europäischen Ordnung unvereinbar war.

Die Frage ist die: Sehen Sie nicht, dass das deutsche Volk in weiten Kreisen und das französische Volk seinerseits ganz verschiedene Vorstellungen davon hatten, was für Europa «normal» wäre? Wenn man 1920 bis 1930 «Reich» sagte, dann war bei den meisten Deutschen die hervorgerufene Assoziation: das Reich der Hohenstaufen, das 12. und 13. Jahrhundert, Friedrich Barbarossa, der Kyffhäuser, wo der alte Kaiser angeblich noch schlief und wiederkommen sollte – es gab sogar den Kyffhäuser-Bund von Kriegsveteranen. Und dieses für Deutsche normale Europa war das Europa der deutschen Vormacht. Deutschland war für sie die offenkundige, natürliche Vormacht des Abendlandes.

Man könnte noch weiter fragen, wie weit die heutigen Vorstellungen vom «Abendland», die in Deutschland wieder von Zeit zu Zeit propagiert werden, einfach an diese alten Ideen anknüpfen.

Für das deutsche Schulkind waren das 12. und 13. Jahrhundert normal und das 17. Jahrhundert nur eine Zeit der furchtbaren Verwirrung und Erniedrigung wegen des 30-jährigen Krieges. Für den jungen Franzosen ist das 17. Jahrhundert «le grand siècle». Was Barbarossa für die Deutschen, das waren vielleicht Ludwig XIV., Colbert und – sagen wir – die Zeit bis zu Talleyrand für die Franzosen, ein europäisches Vielstaatensystem mit Gleichgewichtspolitik und mit der kulturellen Führungsstellung Frankreichs, der glänzendsten Macht unter anderen Mächten. Das waren zwei ganz unvereinbare Vorstellungen der beiden, und als die Nazis an die alte Reichsidee anknüpften, die von Generationen von Schulmeistern und Schulbüchern immer wieder aufrechterhalten worden war, kam es nun zu einem unerhörten Zusammenstoß zweier verschiedener Perspektiven. Die englische Vorstellung war ja der französischen näher, also der eines Europa von mehreren Mächten. Die deutsche Reichsvorstellung war das von Anfang an nicht und ging auf eine ganz andere historische Periode zurück.

Die zweite Frage: Wann gab es eine Zäsur? Und ich würde fragen: Wäre es nicht nützlich, zu unterscheiden zwischen einer Kontinuität der Ziele und einer Zäsur in den Methoden? Waren nicht die traditionellen Ziele des deutschen Nationalismus immer schon drei Dinge gewesen? Ein Reich in Europa, das also mehr sein sollte als bloss ein geeinigter Nationalstaat unter anderen Nationalstaaten? Zweitens aber verlangt man schon seit 1848 in der Nationalversammlung ein Deutsches Reich von Flandern bis zum Schwarzen Meer; der Abgeordnete Jacob Venedey von Köln verlangt das zum Beispiel. Dann gibt es seit 1884 das Kolonialreich und seit 1882 den Deutschen Kolonialverein, den Flottenbau, den Kieler Kanal, Wilhelmshaven. Ich nenne bewusst Schritte aus der Zeit Bismarcks. Hat nicht Bismarck schon die Zielsetzungen gelegt, die dann unter seinen Nachfolgern zum Zusammensturz führten, also eben mit dem Kieler Kanal und mit Wilhelmshaven und mit kolonialer Werbung? War da nicht schon etwas vorprogrammiert, das vielleicht ein diplomatisches Genie mit äusserster Geschicklichkeit noch hätte abwenden können? Aber war nicht der Weg zum Rande des Abgrunds bereits beschritten? Das dritte grosse Ziel, das kontinuierlich war: War es nicht die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Vormachtstellung des deutschen Bevölkerungsteils in ganz Mittel- und Osteuropa? Waren zwischen 1870 und 1918 nicht die Deutschen in der österreichisch-ungarischen Monarchie – aber auch im Baltikum, in Teilen von Russland und hinunter bis in den Balkan – die Wirtschaftsführer, die Unternehmer, die deutschen Banken, die Gläubiger, die deutschen Gutsherren sehr oft ein Teil der Aristokratie und Oberschicht? Ich denke wieder an das Baltikum. War das nicht eine Vormachtstellung auch für die deutschen Intellektuellen und andere, die dann durch das Erwachen der slawischen Völker im Weltkrieg verloren ging? Man vergleiche die Osterbegehrrschaft der deutschen bürgerlichen Abgeordneten im Österreichischen Reichstag 1917 mit den Zielen des Nationalsozialismus. Und war also hier nicht auch eine Kontinuität gegeben?

Bei den Methoden aber änderte sich alles. Wenn man es eilig hat, bestimmt der Zeitfaktor fast alle anderen Dinge. Die Vorstellungen der Nationalisten vor 1917 oder 1918 hatten immer noch zur Not etwas Zeit. 1914 hatte es Deutschland nicht eilig. Mit den Nazis kam ein zweifelnder Versuch, die Zeit der deutschen Hegemonie wiederherzustellen und radikal extrem zu vertiefen, aber es musste vor allem schnell gehen, besonders nach 1933.

Die Methoden mussten mit einer ungeheuren Erbarmungslosigkeit und Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden. Auch das ist in der deutschen Literatur vorgegeben. Schrieb nicht Spengler: Was wir brauchen, ist Härte, Härte und abermals Härte? Sagte man nicht immer wieder, man müsse nun eben mit Einsatz aller Mittel handeln? Gab es nicht seit Ludendorff 1915 die Vorstellung des totalen Kriegs? Und nun werden diese Methoden so extrem verwendet, dass sie die Natur der Ziele noch einmal radikal ändern. Also, Zeit und Methoden: Waren sie nicht vielleicht die Bestimmungsfaktoren der Zäsur?

Eine dritte Frage: Wer hat wen als Instrument in der nationalsozialistischen Machtergreifung verwendet? Sehen wir hier nicht eine Umkehr der Proportionen? Es beginnt – das hat, glaube ich, Richard Löwenthal schon ausgeführt – mit dem Versuch konservativer Kräfte – also auch der Armee, auch der Diplomatie, auch der Wirtschaft –, die Nationalsozialisten als Instrument für die eigenen politischen Ziele zu verwenden. In den sudeten-deutschen Gebieten wird eine nationalsozialistische Arbeiterpartei, die NSDAP, schon 1910 gegründet. Und war das nicht dann eine Umkehrung, alles durch die Hitlersche Massenmobilisation und sein Parteiinstrument? Die Macht der Partei wächst; die Handhabet wurden selbst zu Instrumenten. Diese radikale Umkehr der Proportionen beruhte auf der Massenmobilisierung. Sagte Hitler nicht schon von den Alideutschen der 90er Jahre: Ihre Ziele seien ausgezeichnet gewesen; es habe ihnen nur an der Fähigkeit gemangelt, die Massen zu entflammen? Und das sei seiner Ansicht nach der entscheidende Unterschied.

Die vierte Frage: die Väter bei der Massenmobilisation. Und da will ich noch etwas fragen. Beruhte nicht die Massenmobilisation nur zum Teil auf den Traditionen von Romantik und Jugendbewegung und Naturliebe und was es da alles gab? War der Zündstoff nicht viel mehr in der Soziologie zu suchen, in der Aufstiegshoffnung vieler deutscher Menschen, aus dem Arbeiter- und Kleinbürgerstand zu etwas Besserem zu kommen? Der Mythos des Herrenvolkes hat hier eine Rolle gespielt. Ich erinnere an die Rede eines deutschen Admirals vor den Hafearbeitern von Hamburg, in der es hiess, dass sie nach dem siegreichen Kriege in weissen Leinenanzügen, mit Tropenhelmen auf dem Haupte an den Kais von Aden und Colombo stehen und die Verladung der Schiffe durch einheimische Kulis beaufsichtigen

würden. Ob das die Hamburger Arbeiter glaubten, weiss ich nicht. Was aber dann in Hamburg geschehen ist, ist bekannt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Frage nach der internationalen Konstellation: Wen hoffte eigentlich Hitler wiederum als Instrument zu welchen Zwecken zu verwenden? Das Leitbild Hitlers in ‚*Mein Kampf*‘ ist ja das Englische Kolonialreich. Er wäre dort gern ein Partner geworden. Das ging ja noch bis 1938. Aber England war nicht bereit, sich dann schliesslich von Deutschland als vereinnehmtes Instrument gebrauchen zu lassen. Dort zerbrach Hitlers Politik.

Aber ich möchte noch nach einer andere Zäsur in der Aussenpolitik fragen, das sogenannte «Air-Locarno», das Luft-Locarno-Abkommen von 1934. Damals wurde mit britischer Hilfe der Wiederherstellung einer deutschen Luftwaffe zugestimmt, jener Luftwaffe, die dann im nächsten Jahrzehnt die Stadt Coventry in Trümmer legen sollte. War das wieder eine Vorstellung, man könne Deutschland als Instrument verwenden, um besonders im Osten mit der Sowjetunion aufzuräumen? 1935 schrieb der Historiker Toynbee, es sei doch schade gewesen, dass man nicht den Bolschewismus mit dem deutschen Schwert zerhackt hätte. Wenn das ein führender Mitarbeiter des Royal Institute of International Relations 1935 öffentlich schrieb, ist diese Idee vielleicht auch anderen Leuten aufgefallen.

(Heiterkeit)

Und es hat sich dann eben auch wieder gezeigt, dass weder England noch Stalin Hitler als Instrument verwenden oder einkalkulieren konnten.

Der letzte Punkt: Waren die 30er Jahre nicht eigentlich auch eine Zeit der kognitiven Katastrophen, das heisst einer phantastischen Verkennung der Realität von verschiedenen Seiten her? Vielleicht beginnt es damit, wie durch eine Sparpolitik in der Krise die Arbeitslosigkeit in Deutschland in eine phantastische Höhe hinaufgetrieben wird. Es geht weiter mit der seltsamen Mischung von Hitlers genialer Einsicht, wie man einzelne Politiker kurzfristig düpiieren könne. Chamberlain und Laval waren solche Opfer. Sie hätten ihn gerne benutzt, und Hitler benutzte sie, aber er tat es zusammen mit einer phantastischen Unwissenheit der Grössenverhältnisse der Welt, der Volkszahl- und Ausdehnungskraft und auch der wirtschaftlichen

Stärke der Sowjetunion, der riesigen Hilfsquellen und des gewaltigen Potentials für nationale Einheit in den Vereinigten Staaten und des unvergesslichen Verhaltens des englischen Volkes im Jahre 1940. Hitler hatte eigentlich keine Ahnung, was für Menschen die Engländer, die Russen und die Amerikaner waren, und er hatte keine Ahnung, über welche Entschlusskraft und welche Machtmittel sie verfügten. Aber es war nicht nur die Ahnungslosigkeit eines Individuums. Wie weit wurde diese Ahnungslosigkeit von anderen geteilt? Er hatte kein Monopol. Die Engländer, die der Wiederherstellung der deutschen Luftwaffe zustimmten, ahnten auch nicht, über welchen Städten sie ihre Bomben abwerfen würde. Und Stalin, der Hitler als Instrument verwenden wollte, hatte auch keine Ahnung, was seinem Land geschehen würde, wenn einmal das Unternehmen «Barbarossa» anfinge.

Haben wir es hier also mit einer Kettenreaktion von kognitiven Katastrophen zu tun, ähnlich wie 1914 die schnellen Mobilisierungsbefehle zu einer schnellen Kettenreaktion führten und die Situation den Staatsmännern entglitt, und jeder Staatsmann, der noch glaubte zu bestimmen, in Wirklichkeit blind in etwas hineintrieb, das er nicht vorgesehen hatte? Gab es nicht in den 30er Jahren noch einmal eine etwas langsamere Kettenreaktion von Ahnungslosigkeiten, in der die verschiedenen Regierungen in eine Situation hineintrieben, die ihnen allen furchtbare Überraschungen bereitete, einschliesslich der amerikanischen Überraschung in Pearl Harbour?

Zweite Diskussionsrunde

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Sie haben mir eine Frage gestellt, nämlich wie die Deutschen und die Franzosen zwischen den beiden Weltkriegen Europa gesehen haben, welches Europa sie in den Augen hatten. Und Sie sprachen von der Erziehung, von den Schulbüchern, von den Schulmeistern. Das ist natürlich sehr wichtig, und ich gehöre auch zu einem deutsch-französischen Gremium in Verbindung mit dem Deutschen Schulbuchinstitut in Braunschweig, das sich mit solchen Sachen beschäftigt.

Aber in den 20er und 30er Jahren stellte sich meiner Meinung nach für die öffentlichen Meinungen – sei es in Deutschland oder in Frankreich – die Frage etwas anders. Für die deutsche öffentliche Meinung war im Grunde genommen Versailles ein Diktat und musste revidiert werden. Für die Deutschen war die Frage der Revision die grosse Frage. Für die Franzosen war nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs die erste Frage nicht die Erinnerung an den Sonnenkönig, an die Französische Revolution oder an das Napoleonische Reich. Für die Franzosen von damals war die erste Frage die Sicherheit, damit das nicht wieder passiere; deswegen die Maginot-Linie usw. Ich sehe die Sache so.

Ich möchte aber dieses Thema begrenzen und meine Kollegen bitten, auf die Fragen, die Herr Deutsch gestellt hat, zu antworten. Es war zunächst die Frage nach den Zäsuren, Zielen und Methoden.

H.R. Trevor-Roper: Wenn ich einen Unterschied zwischen Zäsur in der Methode und Zäsur in der Politik mache, dann meine ich bei dem Wort «Methode» nicht nur taktische Methode, sondern eine ganze Umformung des deutschen Volkes und der deutschen Staatsordnung durch die innere Revolution, die die nationalsozialistische Bewegung durchgeführt hat. Das ist ein sozialer Umbruch, der die Kräfte Deutschlands reinigte und verstärkte, um diese Politik betreiben zu können.

W. Schieder: Ich möchte etwas zum Problem der Kontinuität der Ziele sagen. Herr Deutsch meinte eben, die Kontinuität der Ziele sei geblieben, aber die Methoden hätten sich geändert. Ich glaube demgegenüber, dass es sinnvoller ist, von einer Überlagerung der Ziele zu sprechen. Auf Grund

dieser nämlich war es in den 30er Jahren sowohl in Deutschland selbst als auch im Ausland so schwierig, die wahren aussenpolitischen Absichten Hitlers zu durchschauen. Offensichtlich gab es bis 1939 im «Dritten Reich» zumindest drei verschiedene aussenpolitische Konzepte: einmal die gewissermassen traditionelle revisionistische Konzeption, die – mit einigen nicht unwesentlichen Zugaben, wie zum Beispiel Österreich – darauf hinauslief, das zurückzugewinnen, was 1919 dem Deutschen Reich verloren gegangen war. Zum zweiten gab es eine Antwort von spätimperialistischer Hegemonialpolitik, die stark von wirtschaftlichen Grossraumvorstellungen geprägt war. Diese Konzeption würde ich vor allem Hermann Göring unterstellen. Und schliesslich hatte natürlich Hitler seine eigenen, sehr viel weitergehenden Annexions- und Unterdrückungsziele. Um das am Beispiel Danzigs zu erläutern: Im ersten Falle sollte Danzig einfach wieder deutsch werden; im zweiten stand die Wiedergewinnung der Stadt im Zusammenhang mit hegemonialer Grossraumkonzeption in Ostmitteleuropa; für Hitler war Danzig «nicht das Ziel». In den aussenpolitischen Entscheidungsprozessen war bis Kriegsausbruch keineswegs immer klar zu erkennen, welches die bestimmende Konzeption war.

W.J. Mommsen: Ich möchte zunächst noch einmal zum Problem der Zäsur beziehungsweise Kontinuität nationalsozialistischer Aussenpolitik zurückkehren. Ich würde eigentlich doch Anstoss nehmen an der – allerdings von Herrn Deutsch in seinen weiteren Ausführungen selbst wieder relativierten – Unterscheidung zwischen der Kontinuität in den Zielen und der Zäsur in den Methoden. Ich halte dies nicht für zutreffend. Einerseits besteht eine eindeutige Kontinuität hinsichtlich der radikalen Methoden auf aussenpolitischem Gebiet in den Gruppen der «Neuen Rechten» vom 19. Jahrhundert bis hin zum Nationalsozialismus, mit zugestandener erneuter Radikalisierung derselben in der Phase nationalsozialistischer Herrschaft. Dies war allerdings immer die Position einer Minorität, aber als solche reicht sie historisch weit zurück. Damit verbindet sich die interessante Frage, wer denn wen als Instrument verwendet hat, die alte Rechte die sogenannten radikalen nationalistischen beziehungsweise die nationalsozialistischen Kräfte, oder umgekehrt? Im Kaiserreich nahm die konservative Rechte in gewisser Weise die neue Rechte in Anspruch, um ihre eigene an-

geschlagene gesellschaftliche Stellung zu stabilisieren. Während des Ersten Weltkriegs kehrte sich das Verhältnis von alter und neuer Rechte jedoch plötzlich um; der Konservatismus wurde zum Anhängsel eines neuen integralen Nationalismus, plötzlich trat diese Bewegung in einen Amoklauf ein hinsichtlich extremer Kriegsziele, die sich im Laufe der Zeit immer weiter steigerten. In mancher Hinsicht setzte sich dieser Prozess in der zweiten Phase – der nationalsozialistischen – fort. Hier nahm die radikale Rechte die Konservativen eindeutig in ihre Dienste und machte diese zum Instrument ihrer radikalen Aussenpolitik. Aber selbst wenn man diese Unterscheidung macht, ergeben sich hier bemerkenswerte und interessante Kontinuitäten hinsichtlich der Ziele *und* der Methoden radikaler nationalistic beziehungsweise nationalsozialistischer Aussenpolitik.

Lassen Sie mich ein zweites Wort sagen: Mir scheint, dass jedenfalls wir Deutschen gut daran tun, die Verantwortung für Hitler und Hitlers Aussenpolitik nicht dadurch abzuwälzen, dass wir seine Politik den ausgebliebenen Gegenreaktionen oder den ausgebliebenen Gegenmassnahmen dritter Mächte anlasten. Die Nichtausnutzung der vielleicht vorhandenen realen Möglichkeiten, eine deutsche Politik in einer angemessenen, den europäischen Bedingungen angepassten Form zu betreiben, ist ein deutsches Problem.

Ich glaube, dass der durchschnittliche Deutsche sich mehr an dem Bismarckschen Deutschland orientiert hat als an dem Deutschland des 12. Jahrhunderts, aber er tat dies in einer bemerkenswerten Übersteigerung – nämlich gleichsam in Form einer Wilhelminischen Überinterpretation des Bismarckschen Modells. Und diese war in der Tat nicht vereinbar mit den Interessen Europas. Und weil das so war, hat sich am Ende die Tendenz durchgesetzt, die Hegemonialstellung des Deutschen Reiches in Europa mit Gewalt und mit aggressiven Methoden durchzusetzen. Damit kommen wir natürlich zurück zu dem Problem, das Herr Schieder eingangs angesprochen hat: Wieso kommt es zu dieser dramatischen Radikalisierung der aussenpolitischen Zielsetzung in der Zeit des Nationalsozialismus selber? Auch hier kann man sich, glaube ich, nicht damit zufrieden geben, dass es die Persönlichkeit Hitlers selbst gewesen ist, die dies im Wesentlichen bewirkt hat.

K. Hildebrand: Ich möchte etwas zum Kontinuitätsproblem und zur Frage der «kognitiven Katastrophen» sagen. Das Kontinuitätsproblem hat ein

Doppelgesicht. Natürlich gibt es eine Kontinuität aussenpolitischer Ziele. Wir alle haben darüber nachgedacht, haben sie herausgearbeitet und haben versucht, ihre Existenz zu erklären.

Offengeblieben ist demgegenüber die Frage: Wie kam es, dass diese Kontinuitätsziele immer wieder verfolgt wurden und dass sie sich im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts zunehmend extremer entfaltet haben? Forschungsstrategisch haben wir bisher vornehmlich versucht, dieses Problem durch sozialgeschichtliche Untersuchungen zu lösen. Mir scheint, dass demgegenüber beziehungsweise in Ergänzung dazu stärker die geistesgeschichtliche Seite der Entwicklung zu beachten ist. Ich würde diese These aufstellen: Der bekannten Kontinuität der aussenpolitischen Ziele entspricht eine andere Kontinuität im geistesgeschichtlichen und politischen Bereich. Sie besteht darin, dass das eigentlich Dauerhafte der deutschen Geschichte in ihren Brüchen und Verwerfungen liegt. Man müsste, was ich jetzt nicht tun darf, in diesem Zusammenhang bis ins späte Mittelalter und in die frühe Neuzeit zurückgehen und zeigen, dass Deutschlands Geschichte schon vergleichsweise früh vom Regeltyp der europäischen Monarchie abwich. Die Habsburger residierten eben nicht im Zentrum, sondern am Rand. Und bereits vor der kirchlichen Spaltung existierten Gegensätze zwischen Landesfürstentum und übernationaler Dynastie.

Gewiss hat dieser deutsche Eigenweg etwas mit der ganz spezifischen Ausformung des Luthertums zu tun, das einerseits durch individuellen Gewissensakt und hermeneutische Leidenschaft, andererseits durch eine spezifische Haltung gegenüber staatlicher Autorität gekennzeichnet ist. Hier liegt auch der Ausgangspunkt einer geistesgeschichtlichen Entwicklung, die mit der für die Deutschen charakteristischen Unruhe ihrer Mentalität und Geschichte zusammenhängt, die kumulierte und sich schliesslich radikalisierte. Insofern würde ich nun meine eben aufgestellte These so präzisieren: Der Kontinuität von aussenpolitischen Zielen, die wir alle kennen, entspricht verursachend, auslösend und verstärkend diese geistesgeschichtliche Unruhe, die für die Dauerhaftigkeit der Brüche in der deutschen Geschichte verantwortlich war und ist. Man führe sich nur einmal vor Augen, dass jemand, der in der Mitte der sechziger Jahre gelebt hat und damals 55 Jahre alt war, vier oder fünf Regimes bewusst miterlebt hat, von denen jeweils das nachfolgende das ihm vorausgegangene so total ver-

warf, wie das in der englischen oder französischen Geschichte niemals der Fall war. Auch dieser Gesichtspunkt scheint mir wichtig zu sein, um die Verwirklichung und die Radikalisierung der vorhandenen aussenpolitischen Ziele miterklären zu können – bis hin zu jener «explodierenden Altertümlichkeit», die sich sodann in Hitlers Persönlichkeit und Politik zusammenschloss und entlud.

Was nun das Problem der «kognitiven Katastrophen» angeht, so möchte ich dies sagen: Das deutsche Reich verursachte in den dreissiger Jahren mannigfache Wirkungen, die sich zu einem «Geräusch» verdichteten. Ungeachtet der Tatsache, dass Hitlers Omnipotenz rückblickend gar nicht zu bestreiten ist, gab es eben zeitgenössisch auch ganz anders klingende Stimmen. Es gab beispielsweise Hjalmar Schacht, es gab Hermann Göring, ja, es gab nicht nur Kriegsgeschrei, sondern auch Friedensschalmeien von Seiten des Dritten Reiches und auch von Seiten Hitlers. Aus diesem verwirrenden «Geräusch», aus diesen widersprüchlichen «Signalen» wurde oftmals und lange von Seiten anderer Mächte dasjenige ausgewählt, was der eigenen nationalen Haltung, den damit zusammenhängenden Empfindungen und Wunschvorstellungen entgegenkam. Sie haben, Herr Deutsch, im Zusammenhang mit Ihrer These von den «kognitiven Katastrophen» das Beispiel Pearl Harbour erwähnt. Auch da gab es ein vieldeutiges «Geräusch» an Informationen. Ausgewählt wurden die «Signale», die genau die falschen waren, der amerikanischen Perzeption der Lage jedoch entsprachen. Roberta Wohlstetter hat diesen Sachverhalt ja im Übrigen einleuchtend gezeigt.

Was ich sagen will, ist dies: Natürlich gibt es, rückblickend betrachtet, den Befund einer kognitiven Katastrophe, einer allgemeinen Ahnungslosigkeit. Für die Zeitgenossen allerdings gab es viele Erkenntnismöglichkeiten, die die politisch Handelnden mithin bestimmen konnten. Vor dem spezifischen Hintergrund einer Politik des englischen Appeasement oder einer Haltung der französischen *décadence* jener Zeit suchten sie diejenige Information und dasjenige «Signal» als Grundlage ihres Handelns heraus, das den eigenen politischen Wunschvorstellungen möglichst entsprach. Dieser Sachverhalt erklärt zu einem guten Teil das Problem der «kognitiven Katastrophen» jener Jahre.

A. Hillgruber: Zu den kognitiven Katastrophen: Man muss davon ausgehen, dass überall und immer das politische Handeln von den Erfahrungen

letzter Kriege, letzter Katastrophen bestimmt ist. Und das Handeln aller Seiten während des Zweiten Weltkriegs ist überhaupt nur vor dem Hintergrund der Erfahrungen oder vermeintlichen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs zu verstehen.

Was nun Hitler oder die deutsche Führung betrifft, so war die Grunderfahrung des Ersten Weltkriegs: Man konnte Russland besiegen, aber man ist gescheitert im Westen. Die Veränderungen in der Sowjetunion hatte Hitler zweifellos nicht richtig erfasst. Er ging von dem Russland des Ersten Weltkriegs aus, aber auch die westlichen Alliierten gingen davon aus. Sie waren davon überzeugt, 1939/40 mit ein paar Bombenangriffen auf Baku die Sowjetunion zum Zusammenbruch bringen zu können, Vorstellungen, die uns völlig absurd erscheinen.

Der Grund, warum Hitler schnell handeln wollte, lag darin: Er meinte, die grossen Mächte – vor allen Dingen Amerika – «schlafen» noch. Wenn überhaupt das Ganze, der Griff nach der Weltmacht und die deutsche Expansion, möglich wäre, dann müsste es schnell geschehen, bevor die anderen in der Lage wären, aufzurüsten und gegenzuhandeln. Auch die Kriegserklärung an Amerika – das hat Herr Kollege Jäckel meines Erachtens überzeugend herausgearbeitet – ist in einer ganz bestimmten Situation erfolgt aus der Überzeugung heraus, wenn schon das Eingreifen Amerikas nicht mehr zu verhindern sei, dass dann die amerikanische Macht wenigstens gezwungen werde, sich in ihren Anstrengungen auf zwei grosse Schauplätze aufzuteilen, also Japan und Deutschland gegenüberzustehen, um somit noch die letzte Möglichkeit auszuschöpfen.

Was rückschauend als reiner Wahnsinn erscheint, hat, wenn man es Zug um Zug verfolgt, zumindest Methode, und es ist nicht völlig absurd gewesen; denn man kann sich ja noch rückschauend wundern, wie weit Hitler oder das Deutsche Reich gekommen sind: nicht, dass sie im Endeffekt gescheitert sind, sondern wie weit sie bis 1941/42 gekommen sind.

G. Ranki: Ich glaube, wir sollten noch einmal betonen, dass gewisse wirtschaftlich objektive Faktoren vorhanden waren. Wir sollten die Schwäche des französischen Friedenssystems – besonders die Schwäche in wirtschaftlicher Hinsicht – viel mehr in Betracht ziehen. Sie haben gesagt: einerseits Revisionismus – andererseits Sicherheit, aber das war in gewissem Masse ein ständiger Gegensatz. Man kann als Beispiel die Aussenpolitik

Rumäniens oder Jugoslawiens nennen. Sie hatten einerseits in den 30er Jahren gegen den Revisionismus gekämpft, und andererseits hatten die wirtschaftlichen Probleme dazu beigetragen, dass sie mit weniger Energie gegen Deutschland gekämpft haben. Sie waren in wirtschaftlicher Hinsicht auf Deutschland angewiesen, und das hat ihre Aussenpolitik ganz geändert und stark beeinflusst.

Meiner Meinung nach hatte die grundsätzliche Schwäche dieses Pariser oder Versailler Friedenssystems in wirtschaftlicher Hinsicht ihre Bedeutung darin, dass Frankreich nicht fähig war, die südosteuropäische Region wirtschaftlich wirklich zu beeinflussen. Und alle Versuche, Deutschland von dieser Region grundsätzlich auszuschalten, hatten keinen Erfolg, weil Deutschland nach einigen Jahren mit seinen wirtschaftlichen Kräften grosse Anziehungskraft auf diese Region ausübte. Dass diese wirtschaftliche Kooperation, die ich objektiv als notwendig und für Südosteuropa nützlich betrachte, mit einer Zielsetzung, einer Lösung Hitlerischer Art verknüpft war, das ist dann eine andere Sache.

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Ja, das ist ein Drama gewesen für Frankreich, als es sich 1919 grosse Ziele gesetzt und nicht die Mittel hatte, diese Ziele zu verwirklichen – auch die wirtschaftlichen Ziele nicht. Und dann hat Frankreich jahrelang gezögert, ob man doch das Projekt der sogenannten «Vorort-Verträge» verwirklichen oder ob man es revidieren solle beziehungsweise wie, wo und wie weit. Das ist ein Element des Dramas gewesen.

K.-H. Ruffmann: Angesichts der von allen ersehnten Erholungspause beschränke ich mich darauf, etwas zu dem Problem zu sagen, das Herr Deutsch unter dem Stichwort «Massenmobilisierung» angesprochen hat. Dreierlei ist meines Erachtens dabei zu beachten: erstens die bohrende Frage von Herrn Trevor-Roper, warum und wie die Indienstnahme einer Gesellschaft, einer Bevölkerung insgesamt, für so schauerliche Ziele möglich war; zweitens der nachdrückliche Hinweis von Herrn Mommsen, nicht die Fehleinschätzungen anderer Mächte zu verurteilen, sondern sehr bewusst «bei sich selbst anzufangen»; sowie drittens die bereits von Herrn Fritz Stern aufgeworfene und zu den zentralen Problemen dieser Veranstaltung gehörende Frage nach der politischen Kultur, der Bewusstseinslage im Dritten Reich. Darauf will ich jetzt als Person antworten, als An-

gehöriger des Jahrgangs 1922, als Ostpreusse beziehungsweise Memelländer, und gehe ganz einfach von dem aus, was ich, wenn ich nationalsozialistische Politik von der Machtergreifung bis zum Ende und wenn ich Außenpolitik in Europa in dieser Zeitspanne meinen Studenten zu erläutern suche, schweren Herzens zu tun gelernt habe, meine tun zu müssen.

Selbstverständlich war ich als 17jähriger Junge im März 1939 überglücklich wie alle meine Landsleute, wie alle Memelländer, die ja zu über 80 Prozent Deutsche und gegen ihren Willen von Deutschland staatlich getrennt worden waren, wieder ‚ins Reich zurückzukehren‘. So weit, so gut. Aber – und das ist der Punkt, auf den es hier und jetzt ankommt – kurz zuvor verschwanden aus meiner Abitur-Klasse alle meine jüdischen Mitschüler. Und da muss ich nun doch als akademischer Lehrer die Frage stellen: Was ist angesichts einer solchen biographischen Erfahrung, die vergleichsweise jeder einzige andere Altersangehörige innerhalb oder ausserhalb des Grossdeutschen Reiches irgendwann einmal gemacht hat, jungen Mitbürgern als Lehre aus der Geschichte zu vermitteln?

In der Tat, Herr Deutsch hat recht: Lehren aus der Geschichte kann man nur ziehen aus selbst erfahrener, erlittener oder mitgestalteter Geschichte, kann sie weitergeben an die Kinder und dabei auch noch auf das Leben der eigenen Eltern- und Grosselterngeneration zurückgreifen. Im konkret angesprochenen Falle ist es nun einfach notwendig, darauf hinzuweisen, dass ich mich zufrieden gegeben habe mit dem durch meine Lehrer und meine Eltern bestätigten Wissen, diese Mitschüler und ihre Eltern seien rechtzeitig über See aus Memel nach Skandinavien, England oder, wenn sie Pech hatten, auch nur in die ja sehr bald überrollten baltischen Staaten gelangt. Ich habe mich damit beruhigt und gesagt: Das ist nun mal der Preis. Da kommen alle jene Dinge zusammen, die nichts mit den von Herrn Deutsch angesprochenen Aufstiegshoffnungen zu tun haben. Hier war ein spezifischer, in der deutschen Tradition seit dem 19. Jahrhundert angelegter Nationalismus am Werk, der mich in einem stark konservativ geprägten Elternhaus bestimmte Härten und Inhumanitäten in Kauf zu nehmen «gelehrt» hatte.

(Allgemeiner, anhaltender Beifall)

Dies ist eine Erfahrung, die ich, bevor ich mich frei fühlen kann, über andere Mächte, auch über grosse Mächte zu urteilen, selbst darstellen muss, um unsere damalige Bewusstseinslage zu erklären und mich auch der Dis-

kussion zu stellen – nicht in dem Sinne, dass ich schuldbeladen und reuig herumlaufe, wohl aber in der Absicht, diese Lehre aus der Geschichte zu ziehen: einem so hybriden, dann in das uferlose Vernichteten hineingeratene Nationalismus dürfen künftige deutsche Generationen nie wieder anheimfallen. Wenn wir Angehörige der älteren Historikergeneration dies ohne pathetischen Überschwang, anhand unseres eigenen Erlebens deutlich machen würden, dann könnten wir noch eine Reihe von Dingen ‚bewältigen‘, und zwar wirklich bewältigen im Sinne des Erklärens und Nahebringens solcher Vorgänge wie der NS-Machtübernahme und deren Konsolidierung, aber auch der entsetzlichen Aussenpolitik und ihrer Folgen, die Hitler Deutschland und der ganzen Welt beschert hat. Genau dies ist etwas, was in unserem Land noch zu leisten ist.

(Starker, anhaltender Beifall)

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Vielen Dank, Herr Ruffmann, für Ihre Intervention, und ich glaube, dass ich auch im Namen des Publikums spreche. – Jetzt am Ende dieser zweiten Runde möchte ich Herrn Deutsch bitten, zu den Stellungnahmen Stellung zu nehmen.

K.W. Deutsch: Ich kann das nicht in aller Ausführlichkeit tun. Ich fand die Antworten – für mich jedenfalls – sehr lehrreich, sehr interessant. Ich habe aus dieser Konferenz etwas gelernt. Ich möchte zu zwei Fragen – ich kann nicht allen nachgehen – noch etwas beifügen.

Mich hat die Antwort des Kollegen Hildebrand zur Frage der kognitiven Katastrophen sehr interessiert. Sie sagten, es hätte so viele Signale, so viele Geräusche gegeben, dass die Regierungen nicht mehr imstande gewesen wären, die Signale der Realität herauszufinden. Wenn ich es populär sagen darf, Sie sagten: Das Nichtfinden der Nadeln ist der Grösse des Heuschobers zuzuschreiben. Aber das scheint mir nun empirisch belegbar; denn es ist ja doch merkwürdig, dass sich nicht nur die eine oder andere Regierung nicht auskannte. 1870 war Napoleon III. im Irrtum befangen; Bismarck war es nicht. Aber in den 30er Jahren war jedes Land, jede grosse Macht in mindestens einen fatalen Irrtum verstrickt. Manche hatten Glück und überlebten es. England überlebte die deutsche Luftwaffe; Amerika überlebte

Pearl Harbour; Stalins Russland überlebte die furchtbaren Niederlagen der Operation «Barbarossa» aus den ersten Monaten; Frankreich überlebte seinen Daladier und seine Maginot-Linie zunächst nicht und kam erst später wieder zum Aufschwung. Deutschland hat überlebt, aber in einer anderen politischen Form. Es ist Hitler nicht gelungen, das deutsche Volk ins Jenseits mitzunehmen, aber das hätte er vielleicht am Schluss noch gern getan.

Wenn aber jede grosse Macht in der Beurteilung der internationalen Situation irrt, ist es dann natürlich zu sagen, man soll diese Leute nicht tadeln? Natürlich nicht. Wenn es einen Massenzusammenstoss von Automobilen auf einer Autobahn gibt und die Toten herumliegen, genügt es nicht, zu sagen: Es war so neblig, dass man die Fahrer nicht tadeln sollte; sondern man muss sagen: Wenn es so neblig ist, darf man auf so einer Autobahn nicht mit solcher Geschwindigkeit fahren.

(Allgemeiner Beifall)

Das heisst: Das internationale System wurde systemdominant. Das System dominierte selbst in nationalen Regierungen. Es gab den allgemeinen Zusammenstoss der Blindheit. Da gab es Jahre vorher eine Zeile bei dem englischen Dichter Matthew Arnold: «a darkling plain, where ignorant armies clash by night». Es waren nicht so sehr die Armeen, aber es waren die Staatsmänner und die Regierungen, die im langsamen Tempo und in tiefer Unwissenheit in eine Katastrophe hineinschlitterten, die am Ende 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Daraus ergeben sich bestimmte Folgerungen.

Wenn Sie recht haben, Herr Hildebrand: Sollte man da nicht sagen, dass nach zwei Erfahrungen – 1914 und 1939/41 – bestimmte Formeln der Politik, traditionelle Formeln der nationalen Wettbewerbs- und Machtpolitik, in Wirklichkeit in der heutigen Welt nicht mehr machbar sind, weil die kognitiven Ressourcen der beteiligten Regierungen und Staatsmänner dazu nicht ausreichen?

(Allgemeiner Beifall)

Die zweite Frage geht an Herrn Ruffmann. Sie haben völlig recht, dass der Kult der Härte und der Kult der Erbarmungslosigkeit im kleineren Teil der deutschen Geistesgeschichte mit angelegt ist, blendend formuliert bei Nietzsche, weniger blendend, aber grob formuliert bei verschiedenen Theoretikern des totalen Krieges. Da gab es einen Herrn Banse, der 1932 über den totalen Krieg schrieb, und ähnliches.

Man müsste sagen: Von allen Menschen als Einzelmenschen und von allen Völkern und Staaten könnte man sich eine unsichtbare Liste vorstellen von den Dingen, die sie nicht tun. Wenn diese Liste zu kurz wird, werden die Menschen und die Staaten zu tödlichen Bedrohungen für andere und für sich selbst. Man müsste nun wirklich fragen: Statt die Menschen dazu anzustacheln, ihre Regierungen immer mehr zu unterstützen, immer grösseren Spielraum zu fordern, die Liste dessen, was man nicht tut, immer kürzer zu machen, sollten wir uns nicht mit allen Mitteln bemühen, die Liste der menschlichen Hemmungen in der Weltpolitik zu verlängern?

(Allgemeiner Beifall)

Allgemeine Diskussion

Dritte Diskussionsrunde

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Jetzt fangen wir mit der letzten Runde, der allgemeinen Diskussion, an. Zunächst möchte Herr Hildebrand ein paar Worte zu den Ausführungen von Herrn Deutsch sagen.

J. Hildebrand: Es dürfte wohl Einigkeit darüber bestehen, dass in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges die kognitive Katastrophe oder Überforderung ein für alle Staaten gleichermassen charakteristisches Merkmal beschreibt. Ich denke auch, dass sich vor dem Hintergrund der verschiedenen politischen Kulturen, ihrer Haltungen und Ziele, also angesichts dessen, was jeweils beabsichtigt und entworfen wurde, erklären lässt, warum es zur kognitiven Katastrophe kam. Ich habe den Eindruck, dass dieser Zusammenhang im Verlauf unserer Diskussion auch durchaus erklärt worden ist.

Eine andere Frage, die Sie, Herr Deutsch, dann vorwärtsdrängend aufgeworfen haben, skizziert im Grunde das Thema einer neuen Konferenz. Wenn die kognitiven Ressourcen der politisch Handelnden nicht mehr ausreichen, wenn derjenige, der im internationalen System Entscheidungen zu treffen hat, überfordert ist, dann müssen wir, wie Herr Deutsch es vorgeschlagen hat, die Frage nach einer neuen Qualität der Organisation der Staatenwelt stellen. In der Tat, die Frage drängt sich auf, allein: Eine zureichende Antwort zu finden, ist mehr als schwierig. Umgehend finden wir uns dann jedenfalls in der alt-neuen, ebenso traditionellen wie aktuellen Diskussion über eine Organisation der internationalen Beziehungen nach realistischem oder idealistischem Modell wieder. Entscheiden können wir uns in diesem Zusammenhang aber weder für das eine noch für das andere. Angesichts einer neuen Qualität der politischen Mittel, Möglichkeiten, Gefährdungen und Ziele können wir auch kaum einen direkten Vergleich zwi-

schen den dreissiger Jahren und der heutigen Zeit ziehen. Ich stimme mit Ihnen durchaus überein, dass die Systeme die Entscheidungsträger mittlerweile ganz offensichtlich dominieren. Daraus leite ich die Frage ab, die wie ein Aufschrei die beiden Memoirenbände Henry Kissingers durchzieht: Wie gewinnt der Staatsmann den notwendigen Handlungsspielraum wieder? Vielleicht durch Neuorganisation der Diplomatie, also durch den Versuch, Diplomatie wieder in ihren ursprünglichen Rang einzusetzen und die ihr lästige Bürokratisierung abzustreifen. Denn Bürokratisierung ist bekanntlich auf Gleichmass gerichtet, Diplomatie aber setzt Spontaneität des Handelns voraus.

Wichtiger erscheint mir in diesem Rahmen jedoch, jede rigorose Entscheidung zugunsten eines realistischen oder idealistischen Modells internationaler Beziehungen zu meiden und für einen bedächtigen Gradualismus einzutreten sowie den Maximen von *conventional wisdom* zu folgen. Vor diesem Hintergrund gilt es nun eben zu beachten, was möglicherweise einen elementaren Unterschied zwischen den dreissiger Jahren und der heutigen Zeit beschreibt und was sich in der Frage zusammenzieht: Wie weit reicht die Berechenbarkeit der jeweiligen Partner im internationalen System? Diese Frage zu beantworten, könnte sogar, mit allem Vorbehalt gesprochen, zu gewissen Hoffnungen Anlass geben. Denn der Verlauf der Geschichte im Feld der internationalen Politik war zwischen 1933 und 1939, wenn man die Entwicklung ganz konsequent unter dem Gesichtspunkt der Politik Hitlers durchdenkt, weit auswegloser, als sich die heutige Situation in der Auseinandersetzung zwischen den westlichen Demokratien und der sowjetischen Diktatur ausnimmt: Die *Pax Atomica* sorgt in vielerlei Hinsicht für Berechenbarkeit; geht diese Qualität freilich verloren, erscheinen die Konsequenzen gegenüber den dreissiger und vierziger Jahren jedoch ebenfalls unvergleichbar.

Jacques Droz (Paris): Ich möchte zunächst meine Dankbarkeit und die meiner französischen Kollegen aussprechen für die ungeheure Menge von Begriffen und Anregungen, die wir aus dieser Konferenz herausgeholt haben. Ich möchte drei Punkte zur allgemeinen Problematik dieser Konferenz kurz erwähnen.

Erstens: Für uns Franzosen ist es unbegreiflich, dass von einer nationalsozialistischen Revolution gesprochen wird. Die Idee einer Revolution ist an den Gedanken einer sozialen Umwälzung oder sogar an die Machtergreifung einer neuen sozialen Schicht gebunden. Madame Rita Thalmann

hat es schon angedeutet. Hitlers Machtergreifung hat in keiner Hinsicht die Macht der dominierenden Klassen bekämpft. Durch die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse hat er sie gestützt. Ich fürchte, wenn man von nationalsozialistischer Revolution spricht, will man jede Revolution durch den Begriff des Totalitarismus verwerflich machen. Diese Gleichmachung aller Revolutionen mache ich nicht mit.

(Allgemeiner Beifall)

1789 und 1917 haben mit 1933 nichts zu tun.

Zweitens: Man hat hier häufig von der Krise der Demokratie im Weimarer Staat geredet. Ich habe durch mein Alter den fragwürdigen Vorteil, jedes Jahr seit 1927 nach Deutschland gekommen zu sein, nur nicht in den Kriegsjahren. Ich habe 1929 die Volksfeiern anlässlich des Todes Stresemanns erlebt, und es war eine gewaltige demokratische Kundgebung. Ich muss sagen, ich hatte in der Zeit den Eindruck, dass die Weimarer Republik ein stabiles Regime war. Nein, Deutschland war gar nicht vom Anfang der Weimarer Zeit an ein zum Nationalsozialismus verdammtes Land. Ich bin überzeugt, wenn mein Vaterland nicht im Namen des Versailler Vertrages diese unsinnige Politik gegenüber Deutschland betrieben hätte, Hitler wäre nie an das Ruder gekommen.

(Allgemeiner Beifall)

Drittens: Deutschland hat in seiner Vergangenheit eine grosse demokratische Tradition, von der man hier zu wenig gesprochen hat. Als Historiker der deutschen Revolution von 1848 habe ich diese Tradition sehr gewürdigt. Was Benedetto Croce von der faschistischen Machtergreifung sagte, sie sei eine *malattia mortale*, ein Intermezzo, ein ethisches Phänomen, das die ganze Entwicklung des Landes nur ein paar Jahre gestört habe, so glaube ich, dass man dasselbe von der Hitler-Regierung sagen kann. Natürlich wurden manche Vorstellungen der Wilhelminischen Zeit von Hitler ausgenutzt, aber Methoden und Ziel waren vollständig verschieden. An irgendeine Kontinuität der deutschen Geschichte das Hitler-Regime anlehnen zu wollen, scheint mir sehr zweifelhaft und für das deutsche Volk beleidigend zu sein.

J. Bariéty, Diskussionsleiter: Ich möchte jetzt gerade die Frage des Versailler Vertrages und seiner Folgen – chronologisch gesehen – in unsere Diskussion nehmen.

Marlis G. Steinert (Genf): Gestern haben wir viel über die Chancen oder relativ geringen Chancen der Lebensfähigkeit der Weimarer Republik gehört. Wäre es nicht interessant, sich dieselbe Frage zu stellen hinsichtlich der Lebensfähigkeit des Versailler Systems? War das Versailler System von Anfang an schon dem Untergang geweiht, oder gab es bestimmte Zäsuren, nach denen erst der Untergang eingesetzt hat?

Ein zweiter Fragenkomplex, den ich gerne aufwerfen möchte und der im Allgemeinen ein sehr beliebtes Thema bei Historikern ist, aber heute nur am Rande in unseren Diskussionen angeklungen ist, betrifft die Frage der Interaktion zwischen Innen- und Aussenpolitik. Und zwar hätte ich gerne einige Kommentare unserer Diskussionsredner nicht nur zu dem spezifischen Fall Deutschland, sondern auch zu der Frage, ob es da Akzelerationsphasen, von denen Herr Schieder gesprochen hat, parallel in Innen- und Aussenpolitik gegeben hat, ob das ein spezifisch deutscher Fall war oder ob man solche Akzelerationsphasen auch bei anderen faschistischen Regimen feststellen kann. Ausserdem scheint mir, man könnte hier dieselbe Frage stellen hinsichtlich der Interaktion zwischen Innen- und Aussenpolitik im Hinblick auf «Appeasement» und im Hinblick auch auf das, was als defensive französische Politik oder als französische Dekadenz charakterisiert worden ist. Könnte man, wie ein Historiker schrieb, sagen, dass München nichts anderes war als das *crisis-management* einer überforderten Weltmacht? Und war die defensive Politik Frankreichs nichts anderes als Ausdruck einer innenpolitischen Blockade zwischen rechts und links?

Georges Goriely (Brüssel): Eine Behauptung von Herrn Hildebrand hat mich erstaunt. Er sagte nämlich: Sämtliche Parteien waren revisionistisch eingestellt, und weiss Gott, er hat recht. Versailles wurde systematisch ver-teufelt, der Kampf gegen das Versailler «Schanddiktat» war eine heilige Pflicht, niemand hätte gewagt, es zu verharmlosen, Hitler in diesem Punkt zu widersprechen. Aber er hat hinzugefügt: bis auf die KPD; und das stimmt nicht:

Die Kommunistische Partei überbot sogar die NSDAP. Die Theorie der Komintern, schon 1920 durch den ungarischen Kommunisten Varga formuliert, lautete: Deutschland sei zur Kolonie des Weltkapitalismus gewor-

den. Sein nationaler Widerstand sei ebenso antikolonialistisch wie der Aufstand der Marokkaner, der zur selben Zeit ausbrach. Soll ich ferner an Rappallo, an die Haltung der KP zur Zeit der Ruhrbesetzung (Radeks Schlagetterrede), an die militärische Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Reichswehr erinnern?

Aber noch bemerkenswerter ist die Programmerkklärung des ZK der KPD «zur nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands» vom 23. August 1930:

«Die Faschisten behaupten, dass sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen... Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewusste Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Youngplan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen. Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Youngplans mit...

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawesplan, Youngplan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler ‚Friedensvertrag‘ hervorgehen.

... Wir werden den räuberischen Versailler ‚Friedensvertrag‘ und den Youngplan, der Deutschland knechtet, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annullieren.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äussern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.»

Dieser hypernationalistische Kurs wurde noch im Jahre 1933 durch die gesamte Komintern unterstützt, so am 15. Januar 1933 in Berlin, wo Maurice Thorez, der Generalsekretär der französischen KP, sagte:

«Der Feind steht in unserem eigenen Land. Der Feind ist nicht für uns der Berliner Arbeiter, unser Bruder und Kampfgefährte, der Feind ist die französische Bourgeoisie, die durch die Besetzung des Ruhrgebiets – aufgrund des abscheulichen Versailler Vertrags – nach Mitteln und Wegen

trachtete und immer noch trachtet, ihre Vorherrschaft über Europa zu sichern. Für Frankreich, das 80 Millionen Kolonialsklaven ausbeutet und zwei Millionen Arbeiter und Bauern in Elsass-Lothringen unterdrückt, bedeutet das Versailler System das Recht, das deutsche Volk mittels der Reparationen auf abscheuliche Weise zu unterjochen, das Land durch willkürliche Grenzen wie den unmöglichen Korridor zu verstümmeln, das Volk auf Grund Art. 231 zu Unrecht zu bestrafen.»

Was nachher geschah, hat Herr Ruffmann schon dargestellt. Der Wendepunkt war meines Erachtens der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 26. Januar 1934. Bis dahin beruhte die deutsch-russische Freundschaft auf dem gemeinsamen Willen, Polen wieder zu teilen. Den zynischen Betrug Hitlers nahm Stalin ganz ernst.

Etwas möchte ich hinzufügen. Es wurde viel über den revolutionären oder konterrevolutionären Charakter Hitler-Deutschlands gesprochen. Jedoch – was wir als konterrevolutionär empfinden, sah damals für viele Völker, die sich unterdrückt fühlten, ebenso revolutionär aus, wie für solche Völker heute die Sowjet-Union oder Rotchina. Das galt für die Ukrainer, die Kroaten, die Slowaken, die Mazedonier, die Iren, die Flamen, für manche Bretonen, und sogar für Länder, die man heute zur Dritten Welt zählen würde, wie die Araber (Nasser), die Südamerikaner (Peron), manche Inder (Chandra Bose).

Bei solchen Völkern konnte eine Faszination entstehen: Deutschland, das so unterdrückt, gedemütigt worden war (oder ein solches Bild von sich selbst erlebt und verbreitet hatte), habe nun einen echten Führer gefunden, sei dank seiner sozialen und nationalen Disziplin in wenigen Monaten mächtig geworden, von jeder Fremdherrschaft «befreit». War es nicht dies, was man damals «Revolution» nannte – und wird dieser Begriff nicht noch heute oft so verstanden?

Josef Becker (Augsburg): Ich möchte eine kurze Frage formulieren, die hinzielt auf das Problem der Kontinuität in der deutschen Politik vom 19. Jahrhundert bis in die 30er Jahre hinein. Es ist mir klar, dass im Rahmen der kurzen Statements auf dem Podium vieles sehr verkürzt gesagt werden musste, ich möchte aber doch von dem einen oder anderen der Kollegen auf dem Podium nun etwas präziser hören, wie denn nun in diesem Strang der Kontinuität, die ich auch sehe, die Politik Stresemanns und Brünings

einzuordnen ist. Besteht hier nicht doch ein qualitativer Unterschied zu der Aussenpolitik und zu den expansionistischen Zielsetzungen in der Zeit vor 1914 wie nach 1933 – unter anderem greifbar darin, dass für beide, Stresemann und Brüning, das Ziel der Revision von Versailles nur mit friedlichen Mitteln denkbar war und bei beiden wohl auch der Krieg als ein Mittel deutscher Politik endgültig ausgeschlossen war?

A. Hillgruber: Zu Frau Steinert. Die Lebensfähigkeit des Versailler Systems: Ich selber habe bewusst nicht vom Versailler System gesprochen, sondern global vom System 1919/20, das ja weit über Europa und «Versailles» im engeren Sinn hinausgeht.

Dieses von mir so beschriebene System hat elementare Schwächen gehabt, weil es im Grunde genommen nur ein Interessenausgleich war zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich und zum Beispiel der Faktor Russland – Sowjetunion, Sowjetrussland ursprünglich – ganz draussen geblieben war. Die Gefahr war von Anfang an da. Wenn dieses recht labile System einmal erschüttert war, und das trat in der Weltwirtschaftskrise ein, dann würden die Staaten, die sich nicht mit diesem System identifizierten – das waren einerseits die revisionistischen *Have-nots*, also Deutschland, Japan, Italien und eben auch die Sowjetunion –, zu einer Revision oder eben zu einem Umsturz des Systems ansetzen. Auf eine Formel gebracht: Die Stabilitätsfaktoren des Systems waren zu schwach. Es waren Interessen grosser Nationen – von Grossmächten – nicht berücksichtigt, die für die Stabilisierung unbedingt erforderlich waren. Es war die Weltwirtschaftskrise, die ich als Wendemarke umschreiben würde.

Was nun Akzelerationsphasen verschiedener Länder, Wechsel von Schwerpunkten zwischen Innen- und Aussenpolitik angeht, so war das prinzipiell überall der Fall, nur das Besondere im nationalsozialistischen Deutschland war es, dass ganz bewusst zunächst der Schwerpunkt auf die Innenpolitik gelegt wurde, in Vorbereitung auf die expansive Aussenpolitik, die dann ab 1938 deutlich zutage trat, während in anderen Fällen solche Schwerpunktverlagerungen von allen möglichen Faktoren, von ihren Schwierigkeiten, sozialen Krisen usw., abhingen. Insofern war es im Fall des nationalsozialistischen Deutschlands doch eine singuläre Angelegenheit.

Zu Herrn Beckers Frage nach der Kontinuität der Politik von Stresemann und Brüning ganz kurz: Ich sehe es in der Tat auch so, dass beide –

Stresemann ganz eindeutig, aber unter den besonderen Bedingungen der 20er Jahre, Abhängigkeit von Amerika – das Mittel des Krieges verworfen, allerdings theoretisch nicht ganz ausgeschlossen haben. Bei Brüning ist es schon ein wenig anders, obwohl ich nicht sagen will, dass Brüning bewusst auf einen Krieg abzielte, aber – wie schon angedeutet wurde – die Härte der Revisionsforderungen und auch das militärische Element kommen bei ihm schon stärker zur Geltung. Ich würde also eine Abschwächung, eine graduelle Veränderung hier erkennen, die dann durch die Übernahme des Reiches durch Hitler einen gewaltigen Sprung in dem Sinne macht, wie Sie es andeuteten. Also, es ist durchaus auf das Eigengewicht, den Eigencharakter der Stresemannschen und der Brüningischen Politik zu verweisen, auch wenn Kontinuitätsmomente im Sinne der Zielgerichtetheit nicht zu übersehen sind.

W.J. Mommsen: Ich möchte zunächst ein ganz kurzes Wort zu Herrn Professor Droz sagen. Ich finde seine Stellungnahme ausserordentlich sympathisch – sie ist getragen von einer grundlegenden Sympathie mit der liberalen Tradition in Deutschland. Man muss aber leider doch wohl davon ausgehen, dass das nationalsozialistische Regime und die dann folgende katastrophale Politik nur möglich geworden sind, weil es zu einem Zusammenbruch dessen, was man in Deutschland «liberale Tradition» nennen kann, gekommen ist, wenn auch vielleicht nicht zu einem totalen Zusammenbruch in dem Sinne, dass sich daran nach 1945 nicht hat wiederanknüpfen lassen. Es hat immer eine Rivalität zwischen verschiedenen Strömungen der deutschen Aussenpolitik gegeben, einer radikalen, die vornehmlich von den unteren Mittelschichten und Teilen der Konservativen getragen wurde, und einer gemässigten Strömung, die liberal gewesen ist. Dieser Dialog ist permanent geführt worden und hat natürlich auf die Aussenpolitik wesentlich eingewirkt.

Zu Versailles ist zu sagen, dass man aus heutiger Perspektive das Versailler System nicht unter dem Gesichtspunkt der territorialen Regelungen kritisieren sollte, wie das die Politiker der Zeit vornehmlich getan haben. Was sind die grossen Mängel dieses Friedenssystems gewesen? Erstens das Nichteinbinden der Flügelmächte, und zwar einschliesslich der Sowjetunion. Wären diese damals in irgendeiner Form in das System eingebunden worden, hätten sich die Dinge anders entwickelt. Zum zweiten wurde in den Pariser Vorortverträgen ein Wirtschaftssystem etabliert, das infolge des Mechanismus der alliierten Kriegsschulden einerseits, der Repara-

tionsverpflichtungen andererseits, die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums und eines intensiveren Welthandels fortlaufend beschnitt, so dass Mächte in unterschiedlichem Grad auf eine Politik der Autarkie verwiesen und dazu angereizt wurden, Wirtschaftspolitik mit machtpolitischen Mitteln zu betreiben. Aus heutiger Sicht war dies der grosse Fehler der 20er Jahre. Das Hitler-Regime – wie überhaupt die Faschismen – bildeten die Extremformen innerhalb eines solchen Kaleidoskops politischer Herrschaftsformen.

Ein Wort noch zum Problem des Appeasement. Aus meiner Perspektive scheint mir die «kognitive Katastrophe» keine wesentliche Rolle gespielt zu haben. Informationen über den Charakter des nationalsozialistischen Systems hat es genügend gegeben. Es wurden eben nur jene wahrgenommen, die den Interessen der damaligen britischen Politik entsprachen. Die britische Politik war primär determiniert einerseits durch innenpolitische Probleme, vor allem aber durch das Interesse, ein langsam sich auflösendes Empire zu erhalten, ein Commonwealth, das seinerseits nicht willens war, einen europäischen Krieg zu führen. Dies determinierte die Interessenlage der britischen Politik vor 1939 so eindeutig, dass man sich eigentlich nur fragen kann, weshalb die Briten schon 1939 eingegriffen und sich nicht – wie Lloyd George 1918 – die mögliche Alternative offengelassen haben, nämlich den Deutschen zunächst einmal Ost-Mitteleuropa preiszugeben und abzuwarten, bis sie sich mit den Russen so weit zerstritten haben würden, bis man dann als lachender Dritter hätte auftreten können. Dies ist – scheint mir – die einzige wirklich historische Alternative, die interessanterweise nicht ernstlich in Erwägung gezogen worden ist; ich glaube deswegen, weil die Briten zu sehr Europäer waren.

W. Schieder: Ich möchte auf zwei Fragen von Frau Steinert antworten: erstens auf die Frage des Vergleichs der nationalsozialistischen Politik mit der anderer faschistischer Regime; zweitens auf die Frage des Verhältnisses von Innen- und Aussenpolitik. Zunächst einmal: Es gab neben dem deutschen nur ein anderes faschistisches Regime, das italienische. Um dann auf die Aussenpolitik zu kommen: Eine Akzeleration oder Radikalisierung der Politik ist auch im italienischen Falle durchaus zu erkennen, nur mit dem Unterschied, dass Mussolini sozusagen nur das Stadium einer spätimperialistischen Politik erreicht hat. Er konnte nicht weiterkommen,

weil seine Diktatur sehr viel weniger totalitär war als die Hitlers. Die Radikalisierung der italienischen Aussenpolitik kann aber daran abgelesen werden, dass die Faschisten nach 1936 in Abessinien ein regelrechtes Apartheid-Regime zu errichten versuchten mit allen rassistischen Merkmalen, wie sie für eine solche Politik typisch sind.

Zweitens: Das Verhältnis zwischen Aussen- und Innenpolitik scheint mir in der Tat eine wichtige Frage zu sein, die in vieler Hinsicht, wie ich glaube, in der Forschung noch nicht ausdiskutiert ist. Meine Annahme einer Überlagerung unterschiedlicher aussenpolitischer Konzepte setzt natürlich voraus, dass das «Dritte Reich» bis 1938/39 noch nicht voll als «Führerstaat» durchorganisiert war, sondern sehr viel stärker noch polykratische Strukturen hatte. Nur weil sich das offenbar so verhielt, konnte es nach 1933 überhaupt noch Handlungsträger einer traditionalistischen Politik im revisionistischen oder imperialistischen Sinne geben. Die Anerkennung polykratischer Machtstrukturen macht so überhaupt erst die Kontinuität aussenpolitischer Tradition im «Dritten Reich» verständlich. Hitler selbst verkörperte doch wohl nicht die Kontinuität deutscher Aussenpolitik, sondern deren Bruch. Erst die Durchsetzung der vollen Führerdiktatur, auch und gerade mittels des Krieges, gab Hitler seit 1939 die Möglichkeit, in der Aussenpolitik sein volles Programm durchzusetzen.

Richard Löwenthal (Berlin): Ich glaube, es ist völlig legitim, dass eine Diskussion des internationalen Aspekts des Nationalsozialismus die Fragen der Kontinuität nationalistischer Traditionen in Deutschland in den Vordergrund gestellt hat. Aber so gewiss es legitim ist, so gewiss ist es nicht der einzige aussenpolitische Faktor des Aufstiegs des Nationalsozialismus. Es gab auch einen Faktor, der auf der Haltung anderer Länder zur Weimarer Republik beruhte. Und als jemand, der selbst das Dritte Reich im Wesentlichen ausserhalb Deutschlands und im westlichen Lager miterlebt hat, möchte ich doch auf diese Seite hinweisen.

Ich meine zunächst einmal etwas, was man am leichtesten deutlich machen kann am Unterschied zwischen der Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt nach dem Zweiten Weltkrieg und der Behandlung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg. Es gibt viele Ursachen für die Verschiedenheit, aber es ist ja nun mal eine Tatsache, dass es kein Zu-

fall ist, dass der Zweite Weltkrieg fast dieselben internationalen Fronten wiederhergestellt hat, in denen der Erste geführt worden ist. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass in der Zwischenzeit eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse total misslungen ist. Und dafür muss man ja zu einem wesentlichen Teil die Westmächte in verschiedener Form mitverantwortlich machen, Frankreich in den ersten Jahren insbesondere durch seine Intransigenz, Amerika durch seine Abwendung in den gleichen ersten Jahren, England am wenigsten. Ich würde sagen, dass in den frühen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg der deutsche Nationalismus nicht nur durch die deutschen Nationalisten, sondern durch das Verhalten der Siegermächte hochgepöbelt und hochgetrieben worden ist und dass, als die Politik – insbesondere Frankreichs – sich mit Briand, mit Locarno usw. zu verändern begann, es für die deutsche Entwicklung schon sehr spät war.

Lassen Sie mich auf einen zweiten Faktor hinweisen; das ist die tatsächliche Rolle des Reparationsproblems. Wir wissen alle, dass die Rolle des Reparationsproblems von den deutschen Nationalisten – einschliesslich der Nazis – erheblich übertrieben worden ist, und es gibt heute nicht wenige Bücher, die sagen, die Reparationen hätten für die deutsche Wirtschaft überhaupt nichts ausgemacht; denn sie seien ja nicht bezahlt worden, sondern durch Anleihen finanziert worden. Es wird dabei die Kleinigkeit vergessen, dass diese Anleihen in den späteren Jahren der Weimarer Republik im Wesentlichen kurzfristig waren und dass sie daher nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise sehr schnell zurückgezogen wurden. Und diese besondere Empfindlichkeit der deutschen Wirtschaft für die Zurückziehung kurzfristiger Anleihen in der Krise ist ein wesentlicher Grund, warum Deutschland, von dem gestern hier gesagt wurde, es wäre doch zur zweitgrössten Wirtschaftsmacht auf gestiegen in den Jahren zwischen den Weltkriegen, warum dieses Deutschland in so hohem Masse, in so besonders harter Weise von der Weltwirtschaftskrise betroffen wurde. Es gab also einen Zusammenhang zwischen den Reparationen und der Tiefe der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, nicht einen direkten Zusammenhang dadurch, dass damals noch enorme Reparationen gezahlt worden wären, aber einen indirekten Zusammenhang durch die Abhängigkeit von kurzfristigen Krediten, die zurückgezogen wurden. Und ich glaube, man soll diesen Faktor in der besonderen Verschärfung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland und in der Zahl der deutschen Arbeitslosen nicht vergessen.

Ich möchte noch auf einen anderen Faktor eingehen, und das ist der sowjetische Faktor. Die Sowjets haben ja bekanntlich in einer Zeit, in der sowohl sie wie die Deutschen isoliert waren, sehr schnell zu einer Politik der Ausnutzung des Konflikts um Versailles durch zeitweise Unterstützung der Deutschen gefunden. Die Sowjets haben dann in der Zeit gegen Ende der Weimarer Republik eine wachsende Sorge gehabt vor einer besseren Verständigung Deutschlands mit dem Westen im Allgemeinen – Locarno usw. – und dann vor einer besseren Verständigung Deutschlands mit Frankreich im besonderen. Hier ist eben schon auf die Konvergenz kommunistischer und der nationalsozialistischen Propaganda innerhalb Deutschlands hingewiesen worden. Das war kein rein innerdeutsches Phänomen. Wenn man die Protokolle der Komintern-Plena kennt aus den Jahren der Krise, so findet man dort zum ersten Mal den Gedanken, dass in Deutschland die Sozialdemokratie der Hauptfeind sei. – Und dieser Gedanke war direkt verbunden mit dem Eintreten der Sozialdemokratie für die deutsch-französische Verständigung. Mit anderen Worten: Die sowjetische Führung sah in diesen Jahren in einer deutschfranzösischen Annäherung die europäische Hauptgefahr für ihre Interessen. Und sie sah aus diesem Grunde nicht die Nationalsozialisten, die sie als ein blosses Werkzeug der ihr sympathischen Reichswehr missverstand, sondern die Sozialdemokraten als den Hauptfeind in Deutschland. Ich glaube, man hat diese Rolle der Sowjets übertrieben, wenn man sagte, Stalin habe auf Hitler gesetzt. Dafür gibt es meiner Meinung nach keine Beweise. Aber Stalin hat sich über Hitler keine Sorgen gemacht und, ohne es bewusst zu wollen, objektiv wesentlich zu seiner Stärkung beigetragen, indem er die Kommunisten anwies, den Hauptkampf gegen die Demokraten im Allgemeinen und gegen die Sozialdemokraten im besonderen zu führen.

Diejenigen von Ihnen, die die frühere Literatur über die Entstehung des Dritten Reiches kennen, werden sich vielleicht bei dem, was ich gesagt habe, daran erinnert fühlen, dass Friedrich Stampfer in der Emigration Versailles und Moskau als die Hauptgründe für den Sieg Hitlers bezeichnet hatte. Diese These vertrete ich nicht. Ich bin nicht der Meinung, dass das die Hauptgründe waren. Aber ich glaube, dass es einen aussenpolitischen Beitrag von der anderen Seite zum Sieg Hitlers gab, und das waren tatsächlich Versailles und Moskau.

K. Hildebrand: Ich möchte Herrn Goriely für den Hinweis auf die Haltung der KPD danken. Wenn man in fünf Minuten acht Thesen vorträgt, dann muss man abkürzen. Meine Bemerkung «mit Ausnahme der KPD» hätte mit Sicherheit viele Erklärungen erfordert. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass beispielsweise der «Faktor Polen» während der Zwischenkriegszeit bis hin zu dem ebenso berühmten wie furchtbaren Wort von Molotow über das «unschöne Gebilde» etwas darstellte, was von sowjetischer Seite aus den Deutschen als Dispositionsobjekt angeboten wurde. Insofern gibt es auch in der Politik der KPD revisionistische Elemente. Allerdings würde ich dies hinzusetzen: Sie sind irgendwie von einer anderen Qualität als die der anderen Parteien.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daher gern etwas über den zweifachen Befreiungsmythos der KPD anfügen, nämlich über die Forderung nach einer Befreiung von den «Ketten von Versailles» und einer Befreiung vom «Joch des Kapitalismus». Darin schlägt sich nämlich ein ganz anderes Verständnis von Revision nieder, als es beispielsweise für die DVP oder DNVP bestimmend war. Des ungeachtet, bin ich Ihnen für Ihre korrigierende Ergänzung, die Sie zur Politik der KPD gegeben haben, dankbar.

Noch ein paar Worte zu Frau Steinert. Denn der Hinweis auf das Wechselverhältnis zwischen Innen- und Aussenpolitik für das «Appeasement» ist natürlich sehr wichtig. Bei der Erklärung des Phänomens «Appeasement» muss man stets zwei Linien unterscheiden. Einmal betrieb Grossbritannien bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Politik des «Appeasement». Es blieb ihm auch gar nichts anderes übrig. Ich erinnere nur daran, dass England damals schon gegenüber den USA auf einen Kurs des «Appeasement» ging, weil der Sättigungs- und Überforderungsgrad der britischen Weltmacht so gross war, dass eine andere Amerikapolitik zu betreiben als zu risikoreich empfunden wurde.

Damit komme ich zur zweiten Linie, die für das «Appeasement» bestimmend war. Es kommt immer darauf an, gegenüber wem «Appeasement» betrieben wird. Gegenüber den USA ging es denn auch lange gut; gegenüber Hitler ging es nicht, ging es im Grund von vorneherein nicht. Frage: Warum? Die Antwort liegt in der je unterschiedlichen Qualität der Partner, mit denen die britische Appeasement-Politik es zu tun hatte. Freilich hatte sich gerade auch das uns in diesem Zusammenhang interessierende Verhältnis von Innen- und Aussenpolitik charakteristisch verändert.

Bestimmend war diese Interdependenz bereits für die Gestaltung der britischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert gewesen. Lord Malmesbury hat sich einmal in einem Anflug von Resignation zu diesem Verhältnis geäußert und bezweifelt, ob sich mit einem reformierten Zehn-Pfund-Wahlrecht die Aussenpolitik einer Weltmacht überhaupt noch zureichend gestalten liesse. In den dreissiger Jahren gab es dann sicherlich ein innenpolitisch blockiertes oder, vorsichtiger gesagt, zumindest gehemmtes System. Aufgrund parteipolitischer Kompromisshaftigkeit konnte man sich nur noch auf eine Linie des «Appeasement» einigen, die ja im Übrigen nicht nur eine Politik der Nachgiebigkeit, sondern auch des Zeitgewinns war. Vor diesem Hintergrund der derzeitigen Forschungsdiskussion gibt es nun in diesem Rahmen ein ausserordentlich interessantes Problem, nämlich das einer nicht erst nach «Prag», also nach dem 15. März 1939, sondern bereits nach «München», also im Herbst 1938, feststellbaren populären Strömung, die damals die Oberhand gewann, Chamberlain mit seinem *inner cabinet* zunehmend isolierte und mit der Politik des «Appeasement» Schluss zu machen verlangte. Ob sich diese Strömung auf britisches Europäertum reduzieren lässt, wäre zu prüfen. Gewiss lassen sich in diesem Zusammenhang auch andere Werte eines demokratischen Systems erklärend anführen. Dieses Problem zu klären, scheint mir auf jeden Fall eine lohnende Aufgabe zukünftiger Forschung zu sein.

Fritz René Allemann (Würzburg): Herr Professor Hildebrand hat gerade ein Versäumnis einigermassen in Andeutung gutgemacht, das mir in der Diskussion aufgefallen ist, und zwar dort, wo es sich um die Frage der Zäsur handelt, der Zäsur zwischen Revisionspolitik und einer nicht mehr auf Revision, sondern auf Expansion ohne Grenzen gesetzten Politik. Und genau dieser Punkt – er lässt sich nämlich ganz genau bezeichnen – war der Punkt der Besetzung oder der Unterwerfung der Rest-Tschechoslowakei. Bis zu diesem Moment hat Hitler ja seine Erfolge nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken gehabt, dass er auf dem schlechten Gewissen der Westmächte wegen Versailles spielen konnte. Von diesem Moment an war das nicht mehr der Fall, und das scheint mir ein wichtiger Punkt für die Zäsur, gleichgültig, wie man nun das Verhältnis zwischen Revisionismus und Expansionismus ansetzen will.

Rita Thalmann (Tours): Herr Ruffmann hat bewiesen, dass man erstens etwas aus der Erfahrung der Geschichte lernen kann und zweitens, dass

Ethik nicht unbedingt immer den nationalen Egoismen unterlegen ist.

Zu den Ausführungen von Herrn Hildebrand möchte ich ergänzend fragen, inwiefern das Versagen der westlichen Demokratien und des Völkerbundes nicht massgeblich zu dieser weltanschaulichen Herausforderung des Nationalsozialismus beigetragen haben. Als erster betonte dies Josué Jehouda, der damals in Genf Chefredakteur der *Revue Juive* und Beobachter für jüdische Probleme im Völkerbund war. Er ist der Meinung, dass die sieben Jahre bis zum Krieg entscheidend waren nicht nur für das aufgeklärte Weltjudentum, sondern auch für die Ethik der zivilisierten Welt.

Hitler erprobte von 1933 an sofort die Reaktion des Weltjudentums in seiner Solidarität oder Nichtsolidarität mit dem, was in Deutschland geschah, aber er erprobte auch die Antwort der westlichen demokratischen Weltanschauung gegenüber der Herausforderung seiner rassistischen Weltanschauung, die er in der Welt einführen wollte. Es ist also der Kampf von zwei Weltanschauungen. Sie sprachen vom idealistischen Modell, das zusammenbrach. Es wäre hinzuzufügen, vielleicht auch eines moralischen, wenigstens behaupteten Modells, das insbesondere in den Verträgen nach dem Ersten Weltkrieg die Prinzipien der Menschen- und der Völkerrechte, besonders zum Schutz der neugegründeten Staaten – wie der Tschechoslowakei und Polen –, aber auch der Minderheiten stark betonte.

Mir scheint, und das ist mein zweiter Punkt, dass dieses Versagen – ich will nicht lange zurückkommen auf das Problem Aussen- und Innenpolitik – sehr wichtig ist. Unser Kollege Bernhard Wasserstein von der Brandeis University hat es neulich noch betont, insbesondere was die Judenpolitik anbetrifft. Und hier wären drei Beispiele vom Zusammenwirken von Aussen- und Innenpolitik *in puncto* Judenverfolgung, aber auch *in puncto* Minderheiten hervorzuheben.

Da ist zum Beispiel die Boykottkampagne 1933 gegen das Dritte Reich und ihr Abbrechen als Entgelt für den Abbruch des Geschäftsboykotts in Deutschland. Zweites Beispiel: die Olympischen Spiele, die kurz nach der Rassengesetzgebung 1935 stattfanden. Hans Mommsen hat gezeigt, dass das eine Art Billigung oder Duldung der Judenpolitik des Dritten Reiches bedeutete. Drittes Beispiel: die Pogrome der Reichskristallnacht, die kurz nach dem Scheitern der Evian-Konferenz einsetzten, in der 32 Staaten bewiesen, dass die Judenverfolgungen sie ziemlich gleichgültig liessen.

Ich möchte kurz daran erinnern, dass der Flüchtlingskommissar des Völkerbundes, McDonald, Ende 1935 aus dieser Schwächepolitik ersah, dass dies ein Zusammenbrechen der Prinzipien war, und aus diesem Grunde zurücktrat.

Die Schutzlosigkeit der verfolgten Minderheiten, insbesondere der verfolgten Juden, ist ein grundsätzlich neuer Aspekt in der Weltgeschichte. Früher fanden verfolgte Minderheiten immer Asylländer. Ich weiss aus meinen Untersuchungen zur Emigrationspolitik, wie schwer es für Emigranten war, Aufnahmeländer zu finden, was ja auch die Evian-Konferenz bewies. Dieses Versagen der tragenden westlichen Demokratien, in der damaligen Konstellation hauptsächlich Englands und Frankreichs, bedeutet meines Erachtens das Scheitern des idealistischen oder des auf ethischen Prinzipien gebauten Modells.

Meine letzte Bemerkung ist, warum Russland und Amerika, die ja keine bessere Haltung einnahmen, ihre Kreditfähigkeit und ihren Kredit nicht in dem Masse nach dem Krieg vermindert sahen wie England und Frankreich. Man kann sich fragen, ob dies nicht die Bestätigung der heutigen Machtpolitik ist – also einer Realpolitik der Weltgemeinschaft –, aus der wenigstens die Minderheiten und die unterdrückten Völker eine Lehre gezogen haben, ihre Anliegen selbst in die Hand zu nehmen.

B.A. Osadczyk-Korab (Berlin): Ich wollte zunächst auf einen Faktor hinweisen, der hier zu kurz kam, nämlich auf den polnischen Faktor in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Als Marschall Piłsudski im März 1933 zunächst die polnischen Kontingente auf der Westerplatte bei Danzig vergrösserte und eine Teilmobilmachung anordnete, distanzierte sich die Sowjetunion von einer solchen ‚kriegshetzerischen‘ Politik eindeutig. Nebenbei: Auch die polnischen Anfragen in Paris und Prag über Präventivmassnahmen gegen Hitler führten dazu, dass es dort zu absoluter Ablehnung kam und auch im Völkerbund Geschrei entstand: Polen provoziere womöglich kriegerische Konflikte.

Interessant war aber das, was sich im Hintergrund abspielte, wenn man die sowjetischen Publikationen, nämlich die Reihe der diplomatischen Akten aus dieser Zeit, jetzt verfolgt. Im Jahre 1932 streiten sich die sowjetischen und die deutschen Diplomaten um hauptsächlich zwei Probleme: Die Deutschen werfen den Russen *in puncto* Polen einen Verrat an einer ge-

meinsamen deutsch-sowjetischen polenfeindlichen Politik vor. Es geht um den Vertrag zwischen der Sowjetunion und Polen, den Nichtangriffspakt von 1932; die deutschen Diplomaten machen den Russen den Vorwurf, dass sie die Integrität des polnischen Staates garantieren wollen, und erklären: Wir sind davon ausgegangen, dass keine deutsche Regierung heute und in Zukunft die polnischen Grenzen und die Integrität dieses Staates garantieren wird. Die Sowjets verteidigen sich und sagen: Es gibt keine Garantieerklärung in diesem Nichtangriffspakt; wir haben die Grenzen Polens nicht garantiert. Und die Russen wiederum machen – was schon Herr Löwenthal vorhin sagte – den Deutschen den Vorwurf: Ihr geht zu weit in der Zusammenarbeit mit Frankreich. Wir haben bis jetzt die Politik ungefähr gemeinsam für die Zerstörung des Versailler Systems gemacht. Und ihr seid ein schwächerer Partner geworden in diesem komplizierten Spiel der Zerstörung.

Als Nadolny – der neue deutsche Botschafter – nach Moskau kommt, wiederholt er wieder diese Vorwürfe Polen betreffend, und der Aussenminister Litwinow wiederholt nochmals: Wir werden keinerlei Polen-Politik betreiben, die gegen Deutschland gerichtet ist. Und noch etwas viel Wichtigeres, nämlich die Erklärung Litwinows gegenüber Nadolny: Wir sind bereit, mit dem neuen deutschen Regime auf allen Gebieten unbegrenzt zusammenzuarbeiten. Wir können die bisherige Arbeit ausdehnen. Wir haben positive Erfahrungen bezüglich der Zusammenarbeit mit einem anderen faschistischen Staat, mit Italien. Und zum gleichen Zeitpunkt erklärt Mussolini dem sowjetischen Botschafter: Wir haben nicht nur freundschaftliche Beziehungen; wir haben seit Jahren herzliche Beziehungen; was in Moskau gegenüber den Deutschen auch wiederholt wird.

Übrigens habe ich mir erzählen lassen – ich wusste das nicht –, dass sämtliche Akten aus den italienischen Archiven über diese Zusammenarbeit – Erfahrungsaustausch zwischen dem faschistischen Italien und der Sowjetunion – vor einigen Jahren restlos verschwunden sind. Und was dann noch dazu kommt: Litwinow erklärt Nadolny und bestätigt das noch im internen Rechenschaftsbericht Ende Dezember 1933 vor seinem Kommissariat: Faschismus in Deutschland ist eine interne Frage. Wir haben Mitleid mit den deutschen Genossen, aber das ist nur ein Mitleid, sonst nichts. Sonst sind wir bereit, auf allen Gebieten zusammenzuwirken, und wir geben dem neuen deutschen Regime die Erklärung, dass wir niemals

an irgendwelchen internationalen Intrigen gegen dieses System mitwirken werden.

Ich möchte zum Schluss vielleicht noch auf eines hinweisen, und das ist fast eine Frage an Herrn Ruffmann. Gab es bei Stalin nicht auch noch eine andere Überlegung? Übrigens: Ein Buch von einem sowjetischen Autor, das vor dem Nationalsozialismus warnen will, ein Buch mit dem Titel *Europa unter Hitler*, durfte zunächst in der Sowjetunion nicht erscheinen. Dieser Autor, ein sowjetischer Vertreter der Kommunistischen Internationale in Deutschland, musste dieses Buch zunächst in England in englischer Sprache veröffentlichen, und die russische Ausgabe erschien dann zwei Jahre später, aber mit der Einleitung: Der Genosse sieht das falsch; er sieht nur die nazistischen Bäume, und er sieht nicht den Wald des deutschen Proletariats. Dieser Spuk wird von kurzer Dauer sein.

Nun meine Frage: War Hitler für Stalin nicht auch eine Ablenkung von seinen grossen Umwälzungen? Von der grossen Tragödie, die sich gerade in der Sowjetunion abzuspielen begann – Kollektivierung, Hunger und dann der grosse Terror.

E. Jäckel: Herr Schieder hat gesagt, die nationalsozialistische Aussenpolitik von 1933 bis 1938 sei noch nicht total faschistisch gewesen, das sollte heissen, sie habe noch nicht die Ziele angestrebt, die sie später anstrebte, und er hat dafür einige Beispiele genannt, zum Beispiel dass Göring und Seyss-Inquart den Begriff Lebensraum nicht so verwendet haben, wie er später verwendet wurde. Sicherlich richtig. Falsch scheint mir dagegen die Schlussfolgerung zu sein, die Herr Schieder daraus gezogen hat, nämlich, die nationalsozialistische Aussenpolitik habe zu dieser Zeit auch nicht vortäuscht, etwas anderes zu sein, als sie in Wirklichkeit war.

Ich glaube, es lässt sich leicht zeigen, dass sie eben wirklich zu dieser Zeit bereits etwas ganz anderes war, als sie nach aussen vortäuschte. Wir hatten gestern hier schon gelegentlich die Äusserung Hitlers gegenüber der Reichswehr vom 3. Februar 1933 zitiert. Das scheint mir noch einmal wert zu sein, in Erinnerung gerufen zu werden – auch aus einem anderen Grunde, auf den ich dann zurückkommen werde. Hitler fragte, was man denn so machen könne: Man müsse eine grosse, neue deutsche Stellung anstreben, und dann sagte er: vielleicht Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.

Ich glaube, dass das erstens ein Indiz dafür ist, dass Hitler, der bestim-

mende Faktor in der deutschen Aussenpolitik, sehr genau wusste, was er die ganzen Jahre über wollte. Wichtiger scheint mir eine andere Überlegung zu sein. Man darf die Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die Hitler dabei hatte, seine eigene Führung – geschweige denn grosse Teile der Bevölkerung – von seiner Politik zu überzeugen. Er musste denen langsam sagen, warum er vielleicht besser die Eroberung mache usw. Dasselbe gilt übrigens für die Judenfrage. Es ist eine ganz unsachliche Vorstellung, Hitler habe irgendwann den Mord angeordnet: Konferenz – Beschluss – Befehl, und dann wurde es gemacht. Das ist ein ganz komplizierter Vorgang gewesen, und ich glaube, diese beiden Aspekte – einerseits die Frage der Vortäuschung und andererseits die Überwindung der zahllosen Schwierigkeiten, die Hitler hatte – sollten in der Forschung berücksichtigt werden.

Charles Bloch (Tel Aviv-Paris): Herr Bariéty, Sie sprachen vom europäischen Chaos 1933 oder, genauer, schon vorher. Wenn ein Begriff zutrifft, so ist es der des europäischen Chaos. Einerseits wurde hier sehr oft die Stellung der Sowjetunion gegen den Westen hervorgehoben. Wovon meines Erachtens Deutschland nicht genug profitieren konnte, was nicht genügend hervorgehoben wurde, ist, dass es ja gar keinen Westen gab. Der Westen war gespalten. Es gab die USA, es gab England und es gab Frankreich. Und alle drei hatten ganz verschiedene Standpunkte. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, dass Frankreich schon seit Mitte der 20er Jahre im Abstieg war. Und es war vielleicht überhaupt der grosse Fehler der Franzosen, sich nach einer Welt zurückzusehnen, die 1914 verschwunden war und die sie künstlich wieder heraufholen wollten. Ich möchte sagen, denselben Fehler machte Grossbritannien auf einem ganz anderen Gebiet. Grossbritannien nämlich glaubte bis Ende der 30er Jahre nach wie vor an die «Balance of power»-Politik, die 1914 praktisch Schiffbruch erlitten hatte im Ersten Weltkrieg. Daran glaube ich viel mehr als an die sogenannte Appeasement-Politik. Man darf nicht vergessen, dass Grossbritannien die deutsche Revisionspolitik in der Weimarer Zeit, aber auch in der ersten nationalsozialistischen Zeit – ich möchte sagen bis 1936 – begünstigte, weil es irrtümlicherweise Frankreich als die stärkste Kontinentalmacht ansah und sich über die französische Kraft sehr täuschte. Deshalb kann ich Herrn Löwenthal nicht beistimmen, wenn er sagt: Grossbritannien hat we-

niger Verantwortung als die USA und als Frankreich; denn Grossbritannien unterstützte den deutschen Revisionismus. Dazu kommen die USA. Diese hatten eine kontradiktorische Politik: einerseits ein halber, nicht ganz aufrichtiger Isolationismus verbunden mit Verteidigung von Wirtschaftsinteressen in Europa, andererseits folgten sie den britischen Initiativen.

Jetzt komme ich zu Deutschland, und das ist wichtig: Aus all diesen Faktoren konnte der deutsche Revisionismus, und zwar sowohl der gemässigte Revisionismus der Weimarer Republik wie später der völlig verschiedene nazistische Revisionismus bis 1936 grossen Profit ziehen. Es gab ein ausgezeichnetes Colloquium, das Herr Becker in Augsburg vor einigen Jahren geleitet hat: *Die internationalen Beziehungen in der Weltkrise*, wo darauf hingewiesen wurde, dass schliesslich am Vorabend von Hitlers Machtübernahme 1932/33 Deutschlands Position sehr günstig war und es von fast allen Mächten unterstützt wurde, während Frankreich ziemlich isoliert war. Das gilt auch mindestens bis zum Jahre 1936, wo Hitler-Deutschland im Rahmen der Kampagne gegen den Versailler Frieden profitieren kann, alternativ sowohl von britischer Unterstützung – der Flottenpakt von 1935 –, von italienischer Unterstützung und vom französischen Nachgeben. Dies sollte noch besser untersucht werden.

Eine zweite Bemerkung zu Herrn Schieder, die meines Erachtens sehr wichtig ist, die Herr Jäckel eben anschnitt und die Herr Hildebrand gleichfalls in seinen Werken erwähnt, zum Thema der Konzeptionspluralität. Sie erwähnten Göring; ich erinnere an das ausgezeichnete Buch von Wolfgang Michalka über Ribbentrop, der auch, zumindest was England und die Sowjetunion betraf, eine von Hitler abweichende Einstellung hatte und trotzdem einen gewissen Einfluss auf ihn, insbesondere in der Frage der deutsch-britischen Beziehungen ausüben konnte. Es gibt eine Politik Görings, über die wir bald mehr erfahren werden. Es gibt die hochinteressante Konzeption von Schacht, auf die Herr Hildebrand in seinem Werk über das Kolonialreich intensiv eingegangen ist, die eine Alternative zu der Lebensraumkonzeption darstellen sollte. Ich glaube, all diese Konzeptionen hatten einen gewissen Einfluss. Gewiss entschied Hitler die Politik, aber er entschied die Politik als oberster Schiedsrichter, und die verschiedenen Tendenzen wurden erst 1941 mit dem Angriff auf die Sowjetunion ausgeschaltet, als Ribbentrop mit seiner Konzeption fehlschlug, als die USA in den Krieg eintraten und die Niederlage praktisch besiegelt wurde.

Ein Wort zur Kontinuität: Es wurde alles ausgezeichnet von Herrn Trevor-Roper und in sehr markanter und überzeugender Form auch von Herrn Wolfgang Mommsen gesagt, nämlich zur Frage, wie weit die Eliteschicht sich mit dem Nationalsozialismus identifiziert hat. Ich finde, es ist eine besondere Tragik, dass gerade auch Mitglieder der Anti-Nazi-Opposition aussenpolitische Konzeptionen hatten, die Hitler zum Teil entgegenkamen. Ich denke an General Ludwig Beck, den Hauptverschwörer, der 1938/39 noch erklärte: Die Tschechoslowakei ist ein Dorn im Fleische Deutschlands. Ich denke an Adam von Trott zu Solz, der später als Mitglied der christlichen Opposition hingerichtet wurde, der aber im Juni 1939 nach London gefahren war, um den deutschen Forderungen gegenüber Polen Nachdruck zu verleihen.

Sollte man nicht eine Kontinuität der Linie Stresemann–Schacht (die unter Hitler gescheiterte Konzeption) und dann der Politik der Bundesrepublik als wichtigen Faktor im europäischen Staaten- und Wirtschaftssystem untersuchen? Ich möchte Missverständnissen vorbeugen. Die heutige Politik ist absolut friedfertig. Niemand verdächtigt die Bundesrepublik oder die Bundesbürger, irgendwie an einem Kriege interessiert zu sein oder andere Völker beherrschen zu wollen. Aber es gibt eine Politik der Wiedererringung gewisser Positionen dank der wirtschaftlichen Macht, die an Stresemann anschliessen kann.

W. Schieder: Herr Jäckel, selbstverständlich wusste Hitler, was er wollte, vielleicht – wenn ich das einfügen darf – nicht ganz so systematisch genau, wie Sie das dargestellt haben. Dass aber seine aussenpolitischen Ziele für ihn seit Januar 1933 feststanden, ist keine Frage. Nun werfen Sie mir vor, dass ich daraus die falschen Schlüsse ziehe, wenn ich sage, dass der innere Kreis seiner Gefolgschaft seine Zielvorstellungen nicht so genau kannte, so dass er ihn erst überzeugen musste. Genau das aber ist mein Argument! Es scheint mir auf der Hand zu liegen, dass die deutsche Politik von 1933 über die Rheinlandbesetzung bis hin zum Münchener Abkommen von 1938 ohne Weiteres als «normal-imperialistisch» angesehen werden konnte und nicht als Ergebnis von Hitlers radikalem sozialdarwinistischen Konzept. Und die «Fenster», um Herrn Trevor-Roper zu zitieren, die Hitler den Militärs und den Aussenpolitikern öffnete, haben nach meinem Eindruck nicht einmal diesen unbedingt schon die Augen über seine wahren Absich-

ten geöffnet. Sie haben Hitler nicht verstanden, ihm nicht geglaubt, sie haben das Gehörte verdrängt, wie auch immer, und sie haben weiterhin ihre eigene Politik zu treiben versucht. Neurath hat dies getan, Schacht, Göring, sogar Ribbentrop. Alle vier sind, das muss natürlich gesagt werden, gescheitert; alle sind nacheinander bis zum Kriegsausbruch entmachteten worden. Daraus folgt meines Erachtens jedoch, dass das äussere Gesamtbild der deutschen Politik bis zum Kriegsausbruch uneinheitlich gewesen ist. Es war gerade das Verhängnisvolle daran – wenn Sie so wollen, die negative Dialektik dieser Entwicklung –, dass das weitgehende Unverständnis gegenüber Hitlers aussenpolitischem Radikalismus dessen Durchsetzung überhaupt erst ermöglichte.

W.J. Mommsen: Ich halte es nach wie vor für verfehlt, danach zu fragen, weshalb die anderen Mächte – in erster Linie Frankreich und Grossbritannien, und dann vielleicht auch die Sowjetunion – es versäumt haben, Hitler rechtzeitig zu zähmen, obschon zu dem Zeitpunkt, an dem diese das hätten tun sollen, selbst im Innern die Zielsetzungen nationalsozialistischer Aussenpolitik noch gar nicht klar erkennbar waren. Ich halte diese Argumentation für unfruchtbar. Fruchtbar wäre die Frage: Welche Mängel des europäischen Systems der Zwischenkriegszeit ermöglichten den Aufstieg massiver antiliberaler Kräfte nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in Italien und weiten Teilen des übrigen Europa?

K.W. Deutsch: Ich will noch einen Punkt hervorheben. In den Jahren 1926 und 1928 war der Vertrag von Versailles nicht besser und nicht schlechter als im Jahre 1932. In den Jahren 1926 und 1928 haben es Versailles-feindliche Parteien, die diesen Vertrag besonders extrem angriffen, zu sehr wenig Stimmen gebracht. Mit Millionen Arbeitslosen aber gab es nach 1932 eine leidenschaftliche Unterstützung dieser Auflehnung. Das heisst: Wirtschaftssysteme haben auch eine moralische Dimension. Die moralische Demontage des westlichen Staatenmodells mit der Tradition, Flüchtlinge aufzunehmen, erfolgt ja gerade in der Mitte der Krise, in der Mitte der Arbeitslosigkeit. Von Arbeitslosigkeit zu Erbarmungslosigkeit war es nicht weit.

Wir müssen uns sagen, dass damals – und vielleicht heute wieder – die Gefahr einer unerträglichen Spannung bestand innerhalb eines angenommenen und als herkömmlich betrachteten Wirtschaftsdenkens, das ver-

spricht, die Wirtschaft durch Methoden zu heilen, bei denen die Menschen zugrundegehen. Das heisst, es ist möglich, dass wir heute Theorien des Wirtschaftssystems angenommen haben, die, wenn man ihnen folgt, das Sozialsystem zerstören oder teilweise zerstören. Und dieser Widerspruch zwischen der Solidarität und Offenheit, die ein Sozialsystem verlangt, und der Furcht und Geschlossenheit, die ein krisengeschütteltes Wirtschaftssystem erzeugt – darin liegt, glaube ich, eine der ganz grossen und furchtbaren Erfahrungen der Jahre von 1932 und 1933. Und sie sind für die heutige Zeit vielleicht nicht irrelevant.

Schluss- Veranstaltung

15. Januar 1983 • nachmittags

Abschlussvortrag

*Der Nationalsozialismus im
politischen Bewusstsein der Gegenwart*

HERMANN LÜBBE

Zürich

Podiumsdiskussion

*zum Thema des Abschlussvortrages
mit Vertretern der Politik,
der Publizistik und der Wissenschaft*

Moderator

CARL OTTO LENZ MdB

Bonn

Abschlussvortrag

Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart

Hermann Lübbe

Die Intensität der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist mit der Zahl der Jahre, die uns vom Zusammenbruch seiner Herrschaft trennen, gewachsen. Mit der grösseren temporalen Distanz von den zwölf Jahren des «Dritten Reiches» ist kein Effekt des Verblässens der Erinnerung an dieses im wachen zeitgenössischen Bewusstsein verbunden gewesen. Ganz im Gegenteil hat die kulturelle und politische Aufdringlichkeit dieser Erinnerung zugenommen. Die Position des Nationalsozialismus hat im Vergangenheitshorizont der Deutschen emotional an Aufdringlichkeit gewonnen, je tiefer er chronologisch in diesen Vergangenheitshorizont zurückgesunken ist.

Die Symptome, an denen sich dieser Bestand ablesen lässt, sind wohl bekannt. Vor allem gehört die neuere expansive Thematisierung des Nationalsozialismus in den Medien, zumal in den elektronischen Medien, in diesen Zusammenhang – von der Holocaust-Serie mit ihrer ausserordentlichen Wirkung, auf die noch zurückzukommen sein wird, bis zu den aktuellen Versuchen, die mediale Vergegenwärtigung des Nationalsozialismus einzudeutschen. Und weiterhin: Die Hervorbringung dessen, was man, mit einigem Argwohn, die Hitler-Welle genannt hat, der wir aber doch etliche Meisterwerke verdanken, die, von Fest¹ bis Haffner², in ausserordentlicher Kongruenz wissenschaftlicher und publizistischer Könnerschaft das Phänomen Hitler dem lesenden Publikum breitenwirksam vergegenwärtigt haben. Sodann: Die geschichtswissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus hat sich, an der Menge einschlägiger Titel gemessen, deutlich beschleunigt, und auch dem gebildeten Laienpublikum sind die grossen historiographischen Werke bekannt geworden, über die wir uns heute zu dem, was im Umkreis des Nationalsozialismus der Fall

war, in eine durch Faktenkenntnis kontrollierte Beziehung setzen können – von der ersten Gesamtdarstellung des Faschismus schon im Jahre 1963, die wir Ernst Nolte³ verdanken, über Klaus Scholders ‚*Geschichte der Kirche im Dritten Reich*‘ bis zu den Berichten und Dokumentationen über die Planungen und Vollzüge der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD von Krausnick und Wilhelm⁵, um ein paar beliebige, aber sehr gewichtige Beispiele zu nennen. Ausserdem: Auch auf der Ebene der ideologiepolitisch relevanten Theoriebildungsvorgänge und Konzeptualisierungen ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erst in späteren Jahren der Existenz der Bundesrepublik Deutschland lebhaft, ja heftig geworden; vor allem für die Faschismustheorie-Debatten⁶ gilt das sowie für den hier mithineinspielenden Streit um den Totalitarismusbegriff – von Bracher⁷ bis Kühnl⁸. Schliesslich ist unübersehbar, dass auch die emotionalisierenden und politisierenden Potenzen, die in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stecken, seit etlichen Jahren an Virulenz gewonnen und nicht etwa abgenommen haben.

Soweit einige Hinweise auf den keineswegs trivialen Bestand, dass die ausdrückliche Thematisierung des Dritten Reiches bei uns heute kulturell und politisch gegenüber den Gründungs- und Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland an Gewicht eher gewonnen hat. Die Reihe dieser Hinweise liesse sich lange fortsetzen – von der zunehmenden Bedeutung der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus im historisch-politischen Schulunterricht⁹ bis zum Zuwachs an Zustimmung, den zum Beispiel die NS-Prozesse in der Bevölkerung schliesslich fortschreitend gefunden haben.¹⁰

Es liegt in der moralischen und politischen Natur der Sache, dass man diese sich steigernde Intensität in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus überwiegend positiv kommentiert hat. Wie man auch immer sich das definitive Resultat der nun schon seit Langem sogenannten Bewältigung der Vergangenheit vorstellt – man wird sie sich schwerlich als einen Vorgang progressiven Vergessens denken können. An ein Vergessen war natürlich in den ersten Jahren nach dem Ende des Dritten Reiches noch weniger zu denken als nach den Jahrzehnten, die inzwischen vergangen sind. Wieso beschäftigt uns gleichwohl das Dritte Reich, gemessen an den kulturellen Manifestationen dieser Beschäftigung, heute intensiver als damals? Das ist die Frage, zu deren Beantwortung ich einen Beitrag leisten möchte.

Selbstverständlich ist der grundlegende Zusammenhang der, dass die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus in unserer kulturellen Öffent-

lichkeit nicht *trotz* der zunehmenden Entfernung von ihm, vielmehr *wegen* dieser zunehmenden Entfernung an Intensität gewonnen hat. Man muss, um diesen Vorgang zu verstehen, sich in erster Linie die Abfolge der Generationen vergegenwärtigen. Diejenigen, die in Geschichte und Vorgeschichte des Nationalsozialismus politisch oder beruflich noch aktiv verstrickt waren, sind inzwischen, soweit sie nicht längst gestorben sind, überwiegend ins Pensionärsalter eingerückt, und die übergrosse Mehrheit der Bevölkerung besteht längst aus Angehörigen einer Generation, die an die Hitler-Diktatur der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei keinerlei autobiographisch darstellbare Erinnerungen hat. Es erübrigt sich, diesen Bestand hier mit den Mitteln demographischer Statistik zu vergegenwärtigen. Die Fantasie reicht aus, um zu erkennen, dass der Wandel des Verhältnisses zum Dritten Reich in der deutschen Öffentlichkeit ohne Rekurs auf den generationenspezifische Wandel der Stellung des Nationalsozialismus in unserer jeweiligen Autobiographie unverständlich bleiben müsste.

Wie hat sich dieser Wandel ausgewirkt? Auf diese Frage gibt es eine Antwort, die weniger populär als publik ist. Ich belege sie mit der Äusserung einer bekannten deutschen Publizistin vor Gymnasiasten im Kontext der politischen Phase unserer Jugendbewegung, wie sie um das Jahr 1967 anhub. Die Publizistin erklärte, erst in dieser Bewegung sei definitiv der politische Wille hervorgetreten, dass künftig «nicht wieder passieren» solle, was einst, indem «die Generation der Eltern ... versagt» habe, geschehen sei. Den Anschein der Plausibilität, der sie wirksam gemacht hat, bezieht diese Antwort aus der Unbestreitbarkeit, dass bei der Formation der neuen politischen Jugendbewegung Ende der sechziger Jahre ideologische Gehalte nationalsozialistischer Herkunft in der Tat keine Rolle gespielt haben, vielmehr, im Kontrast zum Faschismus, Gehalte radikal-demokratischer und marxistischer Tradition.¹¹ In einem biographischen Sinne belastet war diese neue Generation ohnehin nicht mehr, und in dieses Bild liess sich dann auch mühelos der Wandel in den Formen der Rückbeziehung auf den Nationalsozialismus fügen: das Schweigen der Väter, das nun vernehmlich zu werden schien, und komplementär dazu die immer wieder einmal laute, vergangenheitsüberwindende, zukunftsberedete Kritik der Söhne an ihnen.

Diese Interpretation der Bedeutung des Generationenwechsels für das deutsche Nachkriegsverhältnis zum Nationalsozialismus ist, wie gesagt, sehr wirksam gewesen. Gleichwohl ist sie unangemessen. Das erkennt

man, wenn man sich einige sehr einfache, aber fundamentale Voraussetzungen vergegenwärtigt, die die deutsche Nachkriegsgeschichte in ihren Anfängen mitbestimmt haben. Drei dieser Voraussetzungen scheinen mir besonders wichtig zu sein. *Erstens*: die vernichtende Vollständigkeit des Zusammenbruchs des Dritten Reiches.¹² – Die schon seit Jahren sich als unvermeidbar abzeichnende Niederlage traf die Deutschen mit einer Wucht, die jedes Rasonnement über Bedingungen ihrer militärischen Vermeidbarkeit niederschlug. Das hatte für die deutsche Nachkriegsgeschichte die wichtige Folge, dass selbst der innerdeutsche aktive Widerstand, insbesondere der mit dem Datum des 20. Juli 1944 verknüpfte, als Ferment der Wiederbelebung eines neuerlichen Massenglaubens an Dolchstoßlegenden nichts hergab. *Zweitens*: die politische Evidenz der Unmöglichkeit, den Untergang des Reiches anders denn als Folge schliesslich unvermeidlicher Reaktionen anderer auf Absichten und Entscheidungen zu begreifen, die man als Angehörige dieses Reiches sich selber zurechnen lassen musste. – Der erlittene Zusammenprall mit den weltpolitischen Tatsachen wurde für die deutsche Nachkriegsgeschichte als Zugewinn an Bereitschaft breitenwirksam, sich mit gekräftigtem, desillusioniertem Realitätssinn im Rahmen verbliebener politischer Handlungsspielräume einzurichten.¹³ *Drittens*: die moralische Evidenz der terroristischen und verbrecherischen Konsequenzen nationalsozialistischer Herrschaft, mit denen die Deutschen, soweit sie davon nicht vorher schon wussten, sich bei Kriegsende bekanntzumachen hatten. – Die Wirkung war eine vollständige Diskreditierung der nationalsozialistischen Ideologie insbesondere in ihren rassistischen und lebensraumgewinnorientierten Kerngehalten. Als Massenglaube war diese Ideologie im Nachkriegsdeutschland nicht mehr wiederbelebungs-fähig.

Selbstverständlich folgt aus diesen drei Voraussetzungen für das deutsche Verhältnis zum Nationalsozialismus in der Frühgeschichte der Bundesrepublik nicht, dass die Bürgerschaft dieser Republik von Relikten des Nationalsozialismus von Anfang an frei gewesen wäre. Man mag diese Relikte sogar quantitativ für erheblich halten. Auf der normativen Ebene jedenfalls waren nationalsozialistische Relikte inexistent. Wie in der Erinnerung an das Dritte Reich die Binnenbefindlichkeit der Deutschen, die es durchgemacht hatten, in den Anfangsjahren der Bundesrepublik aussah – darüber möchte man sich natürlich noch im Nachhinein gern demoskopischen Aufschluss verschaffen.¹⁴ Aber was moralisch und politisch gilt – darüber sagen Binnenbefindlichkeiten individueller Subjekte wenig aus.

Man weiss es indessen, wenn man weiss, welches die massgebenden moralischen und politischen Grundsätze sind, denen man öffentlich nicht widersprechen kann, ohne sich moralisch und politisch zu isolieren. Wenn man unter diesem Aspekt auf die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zurückblickt, so wird deutlich, dass die öffentliche Anerkennung der politischen und moralischen Niederlage der nationalsozialistischen Herrschaft zu den zentralen legitimatorischen Elementen dieser Republik gehörte. Dasselbe gilt für den Willen, aus naheliegenden Erfahrungen mit jener Herrschaft und insbesondere auch aus Erfahrungen mit den verfassungsmässigen Voraussetzungen der sogenannten Machtergreifung verfassungspolitisch institutionelle Konsequenzen zu ziehen. Und schliesslich galt der Grundsatz der Wiederanknüpfung an jene moralischen und politischen Traditionen, die in der nationalsozialistischen Kulturrevolution liquidiert worden waren, und die massgebenden und tonangebenden Gründerväter der Bundesrepublik Deutschland repräsentierten diese Traditionen.

Im öffentlichen Schutz dieser öffentlich unwidersprechlichen normativen Geltungen im Verhältnis zum Nationalsozialismus vollzog sich die Einrichtung in die Staatlichkeit der zweiten deutschen Demokratie. Bis in die Präambeln zumal auch unserer Landesverfassungen hinein¹⁵ ist dieser normative Bestand sichtbar, in den öffentlichen Trauerbekundungen zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft und in den repräsentativen orientierungspraktischen Politiker-Reden der damaligen Zeit ohnehin.

Indessen bleibt richtig: Im Vergleich mit diesen normativen Selbstverständlichkeiten öffentlicher Abgrenzungen dem Dritten Reich gegenüber spielen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland historische oder theoretische Bemühungen explanatorischer und analytischer Bewältigung des Nationalsozialismus in der kulturellen und politischen Öffentlichkeit eher eine geringere Rolle, und ein innenpolitisch und näherhin ideologiepolitisch frontenbildender Faktor ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus damals auch nicht gewesen, und insbesondere hat es im Verhältnis der Deutschen zueinander weder bei Kriegsende noch in den Jahren darauf einen lagebeherrschenden Willen zur politischen Abrechnung gegeben.

Wie erklärt es sich also, dass in dieser Weise, im Schutz öffentlich wiederhergestellter normativer Normalität, das deutsche Verhältnis zum Nationalsozialismus in temporaler Nähe zu ihm stiller war als in späteren Jah-

ren unserer Nachkriegsgeschichte? Die Antwort scheint mir zu lauten: Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Es hätte eines solchen Mediums nicht bedurft, wenn die Herrschaft des Nationalsozialismus ihre Wirklichkeit exklusiv in jenen Machthabern gehabt hätte, die in den Prozessen der Alliierten abgeurteilt wurden, kraft Spruchkammerbescheid im Entnazifizierungsverfahren nun als «untragbar» galten oder auch als kleine Schergen im Funktionalismus des administrierten Verbrechens tätig gewesen waren und gegen die nun in langsam wachsender Zahl Ermittlungsverfahren eröffnet wurden.¹⁶ Zur nationalsozialistischen Realität gehörten ja aber ebenso die schliesslich weit mehr als Dutzendmillionen registrierter Parteigenossen, die noch grössere Zahl der mitlaufenden Volksgenossen, darüber hinaus die unter der überwältigenden Wirkung der Anfangserfolge Hitlers sogar aus nazifernen weltanschaulichen und politischen Räumen schliesslich ihm Zugewandten – kurz: die Mehrheit des Volkes. Gegen Ideologie und Politik des Nationalsozialismus, in dessen Katastrophe zugleich auch das Reich untergegangen war, musste der neue deutsche Staat eingerichtet werden. Gegen die Mehrheit des Volkes konnte er schwerlich eingerichtet werden.

Das gilt natürlich für beide deutsche Staaten, und von ihren ideologischen Prämissen her hatte die DDR es sogar leichter, das damit gegebene Problem zu lösen. Wenn nämlich der Faschismus, wie es die seit 1933¹⁷ bis heute¹⁸ gültige Dimitroff-Formel will, in seiner politischen Kernfunktion nichts anderes ist als «die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären Elemente des Finanzkapitals», dann hatte ja das Volk in seiner übergrossen Mehrheit sich unter der Diktatur-Knute dieser Elemente befunden und war nun, nachdem mit diesen Elementen aufgeräumt worden war, befreit. Im Westen blieb man demgegenüber, indem man auf einen mythischen Volksbegriff dieser Art ideologisch nicht verpflichtet war, realistischer. Im wirklichkeitsnah erfundenen Beispiel heisst das: Pedell und Professor hatten doch, sogar als Funktionäre, derselben NSDAP-Ortsgruppe angehört, und sie wussten es voneinander. Der als Widerständler aus Flucht und Untergrund remigrierte Professoren-Kollege wusste es auch und die Studenten, die sich 1945 noch im Pimpfenalter befunden hatten, desgleichen. Wie ging man nun miteinander um?

Wer sich die Antwort auf diese Frage geben kann, hat das Wichtigste an der Gegenwart des Nationalsozialismus in der frühen deutschen Nachkriegsöffentlichkeit verstanden. Die Rechtfertigung und Verteidigung des Nationalsozialismus wurde niemandem zugebilligt. Dass der Widerständler gegen seinen Ex-Nazi-Kollegen recht behalten hatte, war gleichfalls öffentlich nicht bestreitbar, und wieso der Kollege einst Nationalsozialist geworden war – das war, nach seinen respektablen oder auch weniger respektablen Gründen, keinem der Beteiligten einschliesslich der studentischen Ex-Pimpfe ein Rätsel. Eben deswegen wäre es auch ganz müssig gewesen, dieses Nicht-Rätsel als Frage universitätsöffentlich aufzuwerfen, und ein Auslösepunkt für einen Generationenkonflikt lag hier insoweit auch nicht. Der im Widerstand bewährte Kollege wurde Rektor. Umso mehr verstand es sich, dass er seinem sich gebotenerweise zurückhaltenden Ex-Nazi-Kollegen gegenüber darauf verzichtete, die Situation, die sich aus der Differenz ihrer politischen Biographien ergab, in besonderer Weise hervorzukehren oder gar auszunutzen. Kurz: Es entwickelten sich Verhältnisse nicht-symmetrischer Diskretion. In dieser Diskretion vollzog sich der Wiederaufbau der Institution, der man gemeinsam verbunden war, und nach zehn Jahren war nichts vergessen, aber einiges schliesslich ausgeheilt.

So ideal vollzog sich die Entwicklung – das weiss man – natürlich keineswegs immer; aber das war die Norm für das Verhalten im Prozess der Verwandlung der dem Reichsuntergang so oder so entkommenen deutschen Bevölkerung in die Bürgerschaft der neuen Republik. Sogar für die in diesen Zusammenhang gehörenden frühen bundesrepublikanischen Gesetzgebungsakte gilt das – wie zum Beispiel für das sogenannte 131er-Gesetz vom 11. Mai 1951. Dieses ist ja von den in ihre Rechte wiedereingesetzten entnazifizierten Beamten gewöhnlicherweise auch nicht als politische Rehabilitierung brauner Gesinnung gefeiert worden.

Meine These, dass die gewisse Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten, die die Frühgeschichte der Bundesrepublik kennzeichnet, eine Funktion der Bemühung war, zwar nicht diese Vergangenheit, aber doch ihre Subjekte in den neuen demokratischen Staat zu integrieren – diese These schliesst übrigens ein, dass die bekannte Verdrängungs-These falsch ist. Was gegen diese Verdrängungs-These spricht, ist rasch aufgezählt.

Erstens ist nichterkennbar, wofür man eigentlich diese anspruchsvolle Verdrängungstheorie braucht, wenn der Bestand, den sie erklären soll, auch im Ausgang von simpleren Annahmen sich plausibel machen lässt. *Zweitens* mutet diese Verdrängungsthese dem *common sense* zu, für möglich halten zu sollen, millionenfach aus der Erinnerung zum Verschwinden zu bringen, was doch Millionen mit eigenen Augen gesehen hatten – von den brennenden Synagogen bis zu den KZ-Dokumentarfilm-Vorführungen, in die die Besatzungsmächte die deutsche Bevölkerung kommandiert hatten. *Drittens* verwandelt sie die historisch-politische Aufgabe, sich zum Nationalsozialismus in ein moralisch und politisch zukunftsfähiges Verhältnis zu setzen, in die Merkwürdigkeit der nationaltherapeutischen Unternehmung einer kollektiven Verdrängungsanalyse. *Viertens* widerspricht die Verdrängungsthese dem Faktum, dass mit dem Prozess der Konsolidierung der in Deutschland neu geschaffenen politischen Realitäten die vergangene Realität des Dritten Reiches nicht etwa endgültig in Dunkelzonen des deutschen Selbstbewusstseins abgeschoben wurde, sondern ganz im Gegenteil ständig an dokumentarischer, literarischer und historiographischer Präsenz gewann. Eugen Kogons unmittelbares Nachkriegswerk *Der SS-Staat*TM blieb dauerhaft gegenwärtig; Walther Hofers Publikation nationalsozialistischer Dokumente, zuerst 1957 erschienen, erlebte Massenauflagen²⁰; die vielgelesenen Lebensberichte Margarete Buber-Neumanns²¹ rückten, im Kontext des Kalten Krieges, Schicksale politischer Lagerhaft in grössere Zusammenhänge des Totalitarismus; das Tagebuch der Anne Frank war eine sehr verbreitete Jugend-Lektüre; die Leistungen der Historiker gewannen, von Brachers Darstellung der Auflösung der Weimarer Republik²² bis zu Noltes schon erwähntem Faschismus-Buch, rasch Standard-Charakter²³, und die Universitäten veranstalteten Vorlesungsreihen²⁴ über die Bereitwilligkeit, mit der Wissenschaftler im Dritten Reich ihre Werturteilsfreiheitsideale aufgaben, um engagiert die Wahrheitsfindung als politischen Prozess zu betreiben.

Zur Verdrängungsthese passt das alles nicht, aber es passt, noch einmal, in den Kontext von Vorgängen der politischen Konsolidierung eines Gemeinwesens, dass sich für seine eigene Legitimität der Realitäten versichern musste, aus deren Katastrophe und normativer Überwindung es hervorgegangen war.

Man würde indessen den hier gemeinten Konsolidierungsvorgang missverstehen, wenn man annähme, im Glanz des gelingenden politischen und

wirtschaftlichen Wiederaufbaus seien die Schatten der Vergangenheit allmählich verblichen und das Verhältnis zu ihr habe sich zu einem Verhältnis historiographischer Unbefangenheit verjährungsentlasteter Subjekte entwickelt. Das Gegenteil ist richtig, und die Schatten der Vergangenheit wurden umso länger, je tiefer das Dritte Reich in den Zeithorizont zurück-sank. Das ist alles andere als ein Paradox. Es liegt dem vielmehr eine elementare Pragmatik menschlicher Vergangenheitsbezogenheiten zugrunde. So lange man aus Gründen, die man sich selbst zurechnen muss, sich vollständig niedergeworfen findet, ist die Vergangenheit, der diese Gründe angehören, mit der Gegenwart ihrer Folgen bruchlos eins. Erhebt man sich aber aus dem Zusammenbruch und gewinnt allmählich Stand und Anerkennung zurück, so beginnt man zugleich, in Differenz zu sich selbst zu existieren, und die Vergangenheit wird zum eigentlichen Moment der Schwäche im wiedergewonnenen Stande. Nicht die zerschmetterte, sondern die in eine neue Zukunft entlassene Identität hat eine diskreditierende Vergangenheit hinter sich, von der sie eingeholt werden könnte, und es ist unvermeidbar, dass sich nun gewisse Unsicherheiten darüber verbreiten, wie man sich, in Reden und Schweigen wann und wem gegenüber, in eine angemessene Beziehung zu ihr setzen könne.

In der besseren Memoirenliteratur ist diese Unsicherheit manifest. Aber sie durchzog ebenso auch die immer wieder sich ergebenden Situationen, in denen bei der Besetzung öffentlicher Ämter, bei der Aufstellung von Kandidatenlisten oder bei der Benennung von Strassen und Kasernen zu entscheiden war, ob belastende Biographieanteile als integrationsfähig oder als nicht-integrierbar zu betrachten seien. Es liegt in der Natur der Sache, dass in solchen Fragen Differenzen aus beiderseits respektablen Gründen auftreten mussten, und es war zusätzlich unvermeidlich, wenn auch nicht immer respektabel, dass braune Biographieanteile argumentativ zu sekundären politischen Zwecken genutzt wurden.

Vergangenheitsabhängige Unsicherheiten ganz anderer Art ergaben sich aus der Selbstverständlichkeit, dass unter Bedingungen erneuerter Rechtsstaatlichkeit die Verfolgung der NS-Verbrechen – wenn anders man ein Sonderstrafrecht für diese Verbrechen nicht wollte und überdies aufs Rückwirkungsverbot sich verpflichtet wusste – an den normativen Rahmen eines Strafrechts und Strafprozessrechts gebunden war, das auf fällige Aburteilung solcher politischen Verbrechen hin gar nicht konzipiert war.

Die vom besten Willen begleitete, unvermeidbare Unsicherheit darüber, wie beides sich aufeinander beziehen lasse, hat sich bis in die Verjährungsdebatten hinein, wie sie im Deutschen Bundestag von 1965 ab dreimal geführt werden mussten, ausgebreitet.

Schliesslich reichten und reichen diese vergangenheitsabhängigen Unsicherheiten bis in die ritualen Formen der politischen Selbstdarstellung unseres Gemeinwesens hinein. Der Umgang mit den Orden des Zweiten Weltkriegs gehört in diesen Zusammenhang, bei denen, wie nirgendwo sonst in der Welt, die Funktion des Abzeichens erwiesener Tapferkeit von der Funktion der Symbolisierung des ideologischen Kontextes, auf den sie bezogen war, abgetrennt werden musste. Hierhin gehört eine Hymne, deren erste Strophe, weil wir zu ihrem Verständnis erst einer historischen Erklärung bedürften, nicht singbar ist. Und hierhin gehören schliesslich auch unsere Trauerfeiern. Dass man der Toten, die im Glauben an eine Sache gestorben sind, ineins mit den Menschen gedenkt, die, weil sie dieser Sache im Wege standen, sterben mussten – das hat seinen unfraglichen Ort im religiösen Lebenszusammenhang. Wir aber haben, vergangenheitsabhängig, den Versuch gemacht, das auch in der politischen Öffentlichkeit darzustellen.

Mit Schilderungen analoger vergangenheitsabhängiger Unsicherheiten könnte man lange fortfahren – vom rechten Umgang mit Kriegerdenkmälern bis zu den rezeptionsästhetischen Problemen der Neuaneignung nazistisch favorisierter Kunst wie im Fall Richard Wagner. Es erübrigt sich, das hier weiter auszubreiten. Es ist lediglich noch einmal zu wiederholen: Diese Unsicherheiten sind nicht ein Indiz der misslungenen, sondern gerade umgekehrt der gelingenden Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit, und Subjekte dieser Unsicherheiten sind gerade diejenigen, die sich mit dieser Staatlichkeit von Anfang an identifizierten.

Die Bereitschaft zu dieser Identifikation mit der rekonstruierten deutschen Staatlichkeit einschliesslich ihrer vergangenheitsabhängigen historisch-politischen Sonderprobleme nimmt Ende der sechziger Jahre dramatisch ab, und zwar generationenspezifisch. Wieso? Das hat Voraussetzungen, die gar nicht spezifisch deutsch, vielmehr industriegesellschafts-spezifisch, näherhin «westlich», nämlich charakteristisch für hochentwickelte, politisch liberal verfasste Gesellschaften sind. Diese sind, erneut, dabei, sich emotional von sich selbst zu distanzieren. So möchte ich den Vorgang

kennzeichnen, der auch bei uns Ende der sechziger Jahre die Oberfläche des kulturellen und politischen Lebens durchbrach, und zwar zunächst in Formen einer politischen Jugendbewegung, deren anfängliche spät-marxistische Orientierungen weniger durch ihren Realitätsgehalt als durch ihr Verweigerungspotential faszinierend wirkten.²⁵

Die Gründe dieses Vorgangs eines neuerlichen emotionalen und intellektuellen Rückzugs aus unserem modernen zivilisatorischen und politischen Lebenszusammenhang sind hier nicht zu erörtern.²⁶ Für die deutsche Situation ist charakteristisch, dass dieser Rückzug durch generationenspezifische Belastungsfolgen deutscher NS-Vergangenheit überlagert und verstärkt wurde. Die Protestgeneration, wie sie Ende der sechziger Jahre zumal in den akademischen Kommunitäten hervortrat, war ja zugleich die erste deutsche Nachkriegsgeneration, die vielfach schon von ihrem Geburtsdatum her zum Dritten Reich in keinerlei biographischer Verbindung mehr stand. Sogar Belastungen vergangenheitsspezifischer Vornamen hatte sie ja kaum noch zu tragen: Nicht mehr Baldur oder Edda hiess man, vielmehr Markus oder Michaela.

Die entscheidende Frage für das Verständnis des Verhältnisses dieser Generation zum Nationalsozialismus scheint mir nun diese zu sein: Unter welchen Voraussetzungen hätte sie bereit sein können, die deutsche Nazi-Vergangenheit mit ihren entsprechenden Belastungs- und Verunsicherungsfolgen sich als Teil der eigenen Herkunftsgeschichte überhaupt noch zurechnen zu lassen? Die Antwort lautet: Nur bei einem hohen Grad der Übereinstimmung mit dem politischen System der Bundesrepublik, das ja aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hervorgegangen war, hätte sie bereit sein können, die Vergangenheit der Väter als eigene Vergangenheit politisch zu übernehmen. Eben diese Übereinstimmung mit dem politischen System der Bundesrepublik hatte sich aus Gründen, die vom Verhältnis zum Nationalsozialismus prinzipiell unabhängig sind, längst abgeschwächt. Als Konsequenz ergab sich, dass man nun beides zugleich aus der eigenen historischpolitischen Identität abschob: Die deutsche Nachkriegsgeschichte ebenso wie das Dritte Reich, das ihr vorauslag. Das konnte natürlich am wirkungsvollsten dadurch geschehen, dass man die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als eine Geschichte der unvollendeten Überwindung des Nationalsozialismus umschrieb, und genau das ist die Funktion der grossen akademisch-publizistischen Faschismus-

theoriendebatte gewesen, die sich Ende der sechziger Jahre erhob und bis tief in die siebziger Jahre hinein anhielt.

Musterhaft kann man diese Funktion zum Beispiel an der Revitalisierung älterer linker Faschismus-Theorien der nicht-orthodoxen Observanz durch Rekurse auf Otto Bauer, August Thalheimer oder Herbert Marcuse erkennen, die damals stattfand.²⁷ Sie taugten als Medium der jugendbewegt-intellektuellen Weigerung, das vergangenheitsbelastete deutsche Nachkriegsmalaise als eigenes Malaise zu übernehmen ebenso wie zur Bewahrung von Unabhängigkeit gegenüber dem faschismustheoretischen Monopolanspruch der etablierten marxistisch-leninistischen Kräfte und Mächte, die sich natürlich an jenen Debatten gleichfalls beteiligten.

Selbstverständlich haben diese faschismustheoretischen Debatten vor zehn, fünfzehn Jahren auch mannigfache historische Erträge gebracht. Aber nicht darauf kommt es für die Analyse des deutschen Verhältnisses zum Nationalsozialismus an, sondern auf die weitreichenden orientierungspraktischen Folgewirkungen, die über mannigfache mediale und publizistische Transfers von ihnen ausgegangen sind. Ich skizziere diese Wirkungen in drei Absätzen.

Erstens. Die historische Erklärung des Faschismus mit Einschluss des Nationalsozialismus zur politischen Funktion des Kapitalismus erhob diesen zur unabhängigen Grösse im faschismustheoretischen Kontext. «Wer ... vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen» – dieser bekannte Satz Max Horkheimers wurde nun hochzitabel.²⁸ In seiner Konsequenz vollzog sich eine zunächst theoretische, dann aber auch politischmoralische Delegitimierung der zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gehörenden Versuche, die nationalsozialistische Vergangenheit ins politische Gegenwartsbewusstsein zu heben. Die erwähnten, den universitären Nazi-Vergangenheiten gewidmeten akademischen Ringvorlesungen sind ein prominentes Beispiel für die Objekte delegitimierender Kritik an der, sozusagen, altbundesrepublikanischen Faschismus-Kritik. *Der hilflose Antifaschismus* – so lautet ein bekannter Titel, der für diesen Zusammenhang steht.²⁹

Zweitens. Der durch die neue oder doch erneuerte Faschismus-Theorie basierte Delegitimierungsprozess konnte selbstverständlich mühelos, über den für hilflos erklärten altbundesrepublikanischen Antifaschismus hinaus, auch auf die Geschichte der Bundestrepublik insgesamt ausgedehnt wer-

den, und so geschah es. Selbstverständlich hat kein ernstzunehmender Theoretiker in diesem ideologiepolitischen Zusammenhang jemals behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei ein faschistischer Staat. Aber ein postfaschistischer Staat mit konserviertem Zentralmoment in der nun geltenden Faschismus-Definition, nämlich dem Kapitalismus, war er eben doch und damit ein Staat unverändert fortdauernder gesellschaftstransformatorischer Fälligkeiten in antifaschistischer Absicht. Damit wird die bisherige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu einer ihrerseits bewältigungsbedürftigen Geschichte erhoben, zu einer «vergessenen Geschichte» und näherhin zu einer Geschichte der «verpassten Chancen», wie es im Serientitel eines Millionenblattes noch vor weniger als vier Jahren hiess.³⁰ Wenn sich die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland das hätte einreden lassen, so wäre sie damit auch desjenigen politischen Selbstgefühls noch verlustig gegangen, das sich, immerhin, aus ihrer grundkonsensuellen Zustimmung zu dieser Republik einschliesslich ihrer Geschichte ihr doch allmählich ergeben hatte.

Drittens: Wenn die unabhängige Grösse in der hier in ihrer ideologiepolitischen Konsequenz analysierten Faschismus-Definition, nämlich der Kapitalismus, sogar in seiner besonders prekären Spätgestalt, fort dauerte, so lag es nahe anzunehmen, dass mit ihm zugleich auch faschistoide Einstellungs- und Verhaltensprädispositionen fort dauern mussten, die es in vorbeugender Absicht aufzuspüren und blosszustellen galt. In der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland war, wie geschildert, eher das integrative Verhalten zu braunen Biographieanteilen der gewöhnliche Fall und daher, diesseits gewisser Grenzen, ihr kommunikatives Beschweigen unter der politischen Rekonsolidierungsprämisse, dass es, diesseits gewisser Grenzen, politisch weniger wichtig sei, woher einer kommt als wohin er zu gehen willens ist. Im Kunstlicht der revitalisierten linken Faschismus-Theorien erschien nun aber eben dieser zukunftsbezogene politische Wille der Bürgerschaft, soweit sie ans kapitalistische System sich gebunden zu haben schien, grundsätzlich zweifelhaft. Eine Atmosphäre des intellektuellen Verdachts breitete sich aus. Die NS-Studentenschaftsaktivitäten etablierter Professoren, auch literarische, im Regelfall übrigens längst bekannte Dokumente intellektueller Bewegtheit von damals, wurden nun mit dem Gestus der Entlarvung vorgezeigt. Gesinnungsfronten wurden gebildet, hinter denen man sich unter dem Anspruch versammelte, im Unter-

schied zu den jeweils Ausgeschlossenen «für jene Traditionen» einzustehen, «gegen die 1933 ein deutsches Regime angetreten ist».³¹ Der Faschismus erschien als aktuelle Wirklichkeit «nebenan», galt sogar als NATO-spezifisch.³² Die entsprechenden Fremdheitsgefühle dem politischen System des eigenen Staates gegenüber gewannen eine Intensität, die eine Literatur der Versuche hervortrieb, «uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären».³³ Schlichte pädagogische Bemühungen, im Interesse der Arbeitsbedingungen von Putzfrauen ebenso wie von Schülern, die sekundären Tugenden der Ordnung und der Sauberkeit in Erinnerung zu bringen, wurden als Bemühungen aus dem Geiste Adolf Eichmanns durchschaut,³⁴ indem dieser ja auch ein sehr ordentlicher Mensch gewesen sein soll. Überhaupt steigerte sich die alte deutsche Idiosynkrasie gegen Deutsches in diesem ideologepolitischen Kontext noch einmal beträchtlich mit der allgemeinen Tendenz einer Minimalisierung deutscher Herkunftsbstände, die man bereit war, der eigenen Identität zuzurechnen, so dass diese Identität, in weitem Umfang zur Leerstellenidentität geworden, in demselben weiten Umfang darauf verwiesen war, sich utopisch zu komplettieren.³⁵ Selbst im wissenschaftlichen und politischen Kontext lief man Gefahr, bei theoretisch ungebührlicher Betonung der Rolle, die in der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Singularitäten von kontingentem Charakter, insbesondere zum Beispiel die Person Hitlers und sein persönliches politisches Programm gespielt hatten, als Strategie der Ablenkung vom gesellschaftsformationell Wesentlichen am Faschismus entlarvt zu werden.³⁶

In feiner Witterung überhaupt für demokratisch defizitäre Entwicklungszustände auf dem Wege zum volldemokratisierten Bewusstsein wurde schliesslich der deutsche Zeigefinger auch über die Grenzen hinweg erhoben. «Ein ganz undemokratisches Land» konnte nunmehr ein berühmter Professor in repräsentativem Kreise die ja notorisch ordentliche, auch saubere Schweiz nennen und das sogar drucken lassen, und die Genugtuung der Briten über den bestandenen Faiklandkonflikt wurde im günstigsten Fall mit milder Ironie kommentiert.

Das demokratische Bewusstsein, das man in solchen Vorkommnissen der übrigen Welt zum Zweck ihrer Genesung als neudeutsches Ideal vorhielt, definierte sich unzweifelhaft aus der Opposition zum Nationalsozialismus. Aber es ist nicht wahr, dass, wie die eingangs zitierte Publizistin

meinte, der entschiedene Wille zur Verhinderung seiner Wiederkehr erst in der zweiten Hälfte der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik, nämlich zuerst in der Jugendbewegung der späten sechziger Jahren, hervorgetreten sei. Hervorgetreten ist vielmehr die ideologienpolitische Transformation der Auseinandersetzung mit dem Faschismus in ein Medium der Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik und seiner doch aus dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sich herleitenden Geschichte.

Zusammengefasst heisst das: In der zweiten Hälfte dieser Geschichte haben die politisch desintegrativ wirkenden Formen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu relativen Ungunsten der Integrativen zugenommen. Das ist der Hintergrund, vor dem erst die Bewegtheit verständlich wird, die im deutschen Publikum die amerikanische Holocaust-Fernsehserie ausgelöst hat. Wäre die politische Alltagskultur in der Bundesrepublik Deutschland in der Tat eine vom Kleinfaschismus «nebenan» durchsetzte Kultur gewesen, so hätte ja die mediale Konfrontation mit den Holocaust-Konsequenzen des Nationalsozialismus nicht diese Bewegtheit, vielmehr in erster Linie Abwehrreaktionen auslösen müssen. Dass die gegenteilige Reaktion die vorherrschende war – das war entsprechend, zumal für die Anhänger des Verdrängungstheorems, die grosse Überraschung. Man kam ihr bei durch die verdrängungstheoremkonsequente Erklärung, jene Bewegtheit sei ein Phänomen eruptiver Entbindung kollektiv verdrängter Wirklichkeit gewesen. Ich halte diese Verdrängungstheorie aus schon früher erläuterten Gründen für eine Pseudos-Theorie, mit der die Zumutung verbunden ist, die Mehrheit des Volkes als Patient in die intellektuelle Obhut emanzipatorisch tätiger Verdrängungsanalytiker genommen wissen zu sollen.³⁷

Demgegenüber scheint es mir plausibler zu sein, sich die ausserordentliche Wirkung der Holocaust-Serie folgendermassen zu erklären: Durch diese Serie wurde zum Nationalsozialismus in seinen furchtbarsten Folgen ein pseudos-Theoriefreies Verhältnis des moralischen und politischen Gemeinns wiederhergestellt. Man konnte trauern, ohne sich darin als ein dieser Trauer angeblich bislang unfähig gewesenes Subjekt entlarven zu müssen. Man konnte sich frei in moralisch und politisch angemessener Weise auf die Realität des Dritten Reiches beziehen, ohne sich zugleich aufgefordert zu finden, die angeblich auch noch im eigenen Nachfolge-

staat fortlebenden Wurzeln dieses Reiches endlich ausrotten zu sollen. Es war, zusammenfassend gesagt, eben kein intellektuell und politisch elitäres, vielmehr *common-sense-ühiges* Verhältnis, in das man durch diesen Film sich zum Nationalsozialismus gebracht fand. Es wurde sichtbar, dass zwar das Böse banal, aber die ideologiepolitischen Bedingungen der Möglichkeit dieses Bösen ganz und gar nicht banal, vielmehr extrem *common-sense-trans-*zendente Extravaganzen waren.

Selbstverständlich hängt die ausserordentliche Wirkung der Holocaust-Serie auch an Momenten, die auf der filmästhetischen Ebene zu charakterisieren wären. Inhaltlich vollzog sich das, zumal in Bezug auf den älteren Bevölkerungskreis,³⁸ unter anderem, über die folgenden Momente:

– Die Mitläuferkarriere wurde, bis in ihre extremsten Konsequenzen hinein, als eine potentielle Jedermanns-Karriere gemeinverständlich und damit nachvollziehbar gemacht –: Mit naheliegender Opportunismus macht man den Anfang, und alsbald ist man, zur Erhaltung der Selbstachtung, zu glauben gezwungen, wobei man zunächst lediglich mitlief.

— Die Geltung traditioneller Tugenden wie der Tapferkeit, die durch ihren Missbrauch im Nationalsozialismus diskreditiert zu sein schienen, wurde durch die Evidenz der Angewiesenheit seiner Opfer auf sie im Widerstand gegen ihn neu bekräftigt.

— Indem den Deutschen in der Kultur der Opfer des Terrors traditionelle Gehalte ihrer eigenen Kultur vorgeführt wurden, fanden sie sich, insoweit, vom idiosynkratischen Zwang zur Selbstverdächtigung ihrer traditionellen Kultur entlastet, und es wurde ihnen ermöglicht, eben in dieser Kultur einen gegen den Nationalsozialismus verteidigungsbedürftigen Bestand zu erkennen.

– In der Darstellung des jüdischen Widerstands wurde evident, dass unsere Fähigkeit zu solchem Widerstand weniger vom Grad unserer Emanzipiertheit als vom Grad unserer moralischen und kulturellen Übereinstimmung mit Herkunftsbeständen abhängt, die man ineins mit seiner eigenen Person und Gruppe bedroht findet.

— Der Massenterror schliesslich wurde als politisches Phänomen transparent, das möglich wird, wenn wir im ideologisch bedingten Realitätsverlust auf *common-sense-transzendente* Ziele verpflichtet werden, die in ihrer historisch singulären Grössenordnung für die letzte Schlacht, die noch zu

schlagen ist, die Ausserkraftsetzung gemeinsinnsfähiger moralischer und politischer Normalität verlangen.

Der Film seinerseits bekräftigte eben damit diese Normalität und schloss ein Millionenpublikum mit der theoretisch ebenso simplen wie praktisch fundamentalen Gewissheit zusammen, dass diese Normalität, wenn auch vielleicht keine hinreichende, so doch eine notwendige Bedingung für die Immunität einer politischen Kultur gegen die totalisierende Machtergreifung ideologischer Heilsgläubigkeit ist.

Ich fasse zusammen: Mit den skizzierten und mit vielen weiteren Gehalten hat die Holocaust-Serie, deren ausländische Herkunft natürlich kein Zufall ist, im deutschen Verhältnis zum Nationalsozialismus den moralischen und politischen Gemeinsinn in seiner Urteilszuständigkeit neu bestätigt, und sie hat eben dadurch integrierend gewirkt.

Dass dadurch die skizzierten Probleme und Unsicherheiten, die aus der Vergangenheitsabhängigkeit unserer politischen Gegenwart resultieren, nicht geringer geworden sind, versteht sich von selbst. Identität – das ist nun einmal bis in unseren politischen Lebenszusammenhang hinein eine in erster Linie geschichtsbewirkte, vergangenheitsabhängige Grösse, und Subjekte, die sich mit ihrer Vergangenheit schwer tun, haben nur eine einzige Möglichkeit, ihr gegenüber allmählich freier zu werden. Diese einzige Möglichkeit besteht darin, sich in der Gegenwart so einzurichten, dass, wenn auch diese Gegenwart schliesslich Vergangenheit geworden ist, sie dem zustimmungsfähigen Teil der Vergangenheit zuzurechnen sein wird.

Anmerkungen

- ¹ Joachim C. Fest, *Hitler. Eine Biographie*, Bd. 1: *Der Aufstieg*; Bd. 2: *Der Führer*, Berlin 1973.
- ² Sebastian Haffner, *Anmerkungen zu Hitler*, München 1978.
- ³ Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus*, München 1963.
- ⁴ Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen. 1918-1934*, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1977.
- ⁵ Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942*, Stuttgart 1981.

-
- ⁶ Einen knappen Überblick über die in diesem Zusammenhang wichtigsten Positionen und die sie repräsentierenden Titel gibt Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Ium Stand der gegenwärtigen Diskussion*, Darmstadt 1980.
- ⁷ Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen – Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976; ferner: Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, bes. S. 121 ff.
- ⁸ Vgl. exemplarisch Reinhard Kühnl, *Faschismustheorien: Texte zur Faschismuskritik* 2. *Ein Leitfaden*, Reinbek bei Hamburg 1979, bes. S. 122 ff. – Die Literatur früherer Auseinandersetzungen mit dem Totalitarismus-Begriff ist bei Klaus Hildebrand aufgearbeitet: *Stufen der Totalitarismusforschung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 3 (1968), S. 397-422.
- ⁹ Entgegen einer verbreiteten, immer wieder einmal öffentlich geäußerten Meinung fehlt es keineswegs an Material, welches, an die Adresse von Lehrern oder auch Schülern gerichtet, für Unterrichtszwecke aufbereitet ausgezeichnete Lern- und Informationsmöglichkeiten bietet. Vgl. exemplarisch Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich* (= Grundriss der Geschichte, hrsg. von Jochen Bieicken, Lothar Gall, Hermann Jakobs, Johannes Kunisch, Bd. 17), München-Wien 1979.
- ¹⁰ Vgl. dazu Bernd Hay, *Die NS-Prozesse – Versuch einer juristischen Vergangenheitsbewältigung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 6 (1981), S. 331-362, bes. S. 345 f.
- ¹¹ In dieses Bild fügt sich auch die demoskopisch vermessene Tatsache, dass die NPD-Erfolge in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, insbesondere in Hessen, von den Jugendlichen am wenigsten, am stärksten aber von denjenigen Bevölkerungsgruppen getragen waren, die zur Zeit des Dritten Reiches bereits Heranwachsende oder Erwachsene gewesen waren (vgl. Altbach Archiv, IfD-Umfrage – Nummer 2021/2022).
- ¹² «Seine Katastrophe brachte eine radikale Wendung..so Richard Löwenthal, *Bonn und Weimar – zwei deutsche Demokratien. Zum 30. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main 1979, S. 257-277, S. 272.
- ¹³ Das hatte vor allem die Konsequenz, dass in der Bundesrepublik Deutschland das politische Leben von Anfang an von Parteien getragen war, die, anders als in der Weimarer Republik, praktisch und ideologisch auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie standen: «Die Bekehrung des konservativen Volksteils zur Demokratie in der CDU nach 1945, und die Vollendung der Entwicklung der Sozialdemokratie zur vollen Bejahung der inneren und äusseren Verteidigung des demokratischen Staates, bilden zu-

sammen die Grundlage der unvergleichlich grösseren Stabilität der zweiten Deutschen Republik» (so abermals Richard Löwenthal, *Stabilität ohne Sicherheit. Vom Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Der Monat*, Nr. 271, 30. Jg. (1978), Heft 1 vom Oktober, S. 75-84, S. 80.

- ¹⁴ Sie besagen, im Wesentlichen, dass mit dem Abstand vom Dritten Reich die Bereitschaft zur Akzeptanz der Bundesrepublik Deutschland in der Bevölkerung zunimmt und die subjektive Einsicht in den kriminellen Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft gleichfalls. Vgl. hierzu *allensbacher berichte*, Nr. 5 (1982): *Die Deutschen. , The Germans: Public Opinion Polls 1967-1980'*. Institut für Demoskopie Allensbach 1982, bes. S. 3.
- ¹⁵ «Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde der Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkriegs geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk eingedenk seiner tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung» – so die Präambel der Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946.
- ¹⁶ Nicht zuletzt in der Konsequenz der Tätigkeit der am 1. Dezember 1958 eingerichteten Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen.
- ¹⁷ Beschlossen auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933. – Zur Kritik dieser Formel und zu ihrem historischen Kontext vgl. Iring Fetscher, *Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 3 (1962), S. 42- 63.
- ¹⁸ So wird diese Definition unverändert einem massgebenden Faschismus-Artikel vorangestellt, nämlich in: *Philosophisches Wörterbuch*, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Bd. 1, Leipzig 1979, S. 403 bis 406, S. 403.
- ¹⁹ Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1974 (Erstaufgabe 1946).
- ²⁰ *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945*, hrsg., eingel. und dargestellt von Walther Hofer, Frankfurt am Main 1957. – Das 101.–150. Tausend war bereits im Dezember 1957 erreicht.
- ²¹ Margarete Buber-Neumann, *Als Gefangene bei Stalin und Hitler*, Stuttgart 1958.
- ²² Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Stuttgart-Düsseldorf 1955.
- ²³ Die vor allem in Kommentaren zur Wirkung der Holocaust-Serie immer

wieder vertretene These, die Wirkung offenbare ein Versagen der deutschen Historiker, offenbart eher ein Versagen dieser Kommentatoren, denen die rasch wachsende Zahl der Dokumente historiographischer Präsenz des Dritten Reiches in der wissenschaftlichen und kulturellen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland entgangen sein muss.

- ²⁴ Als sehr bekannt gewordenes Beispiel sei genannt: *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen*, mit einem Nachwort von Hermann Diem, hrsg. von Andreas Flitner, Tübingen 1965.
- ²⁵ Vgl. hierzu Richard Löwenthal, *Romantischer Rückfall*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1970; ferner Hermann Lübke, *Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche*, Stuttgart 1978.
- ²⁶ Vgl. dazu meinen Aufsatz *Protest und Verweigerung – Ursachen und politische Konsequenzen*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, begr. von Heinz-Dietrich Ortlieb, hrsg. von Armin Gutowski und Bruno Molitor, Tübingen 1982, S. 95-114.
- ²⁷ Vgl. die Aufsatzsammlung: *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und Funktionen des Faschismus*, hrsg. von Wolfgang Abendroth, eingel. von Rüdiger Griepenburg, Jörg Kammler und Kurt Kliem, Frankfurt am Main 1967.
- ²⁸ So ist es zum Beispiel der in Anm. 27 zitierten Textsammlung als Motto vorangestellt.
- ²⁹ W. F. Haug, *Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten*, Köln 1977.
- ³⁰ Hagen Rudolph, *Die verpassten Chancen. Die vergessene Geschichte der Bundesrepublik*, Hamburg 1979.
- ³¹ So Jürgen Habermas in seiner Aufzählung der Kriterien für die Auswahl der Autoren des Sammelbandes: *Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘*, hrsg. von Jürgen Habermas. Bd. 1: *Nation und Republik*, Frankfurt am Main 1979, S. 7-35, S. 8.
- ³² Günter Wallraff/Eckart Spoo, *Unser Faschismus nebenan. Erfahrungen bei NA TO-Partnern*, Reinbek bei Hamburg 1982, unter Verwendung von Materialien, die bereits 1975 erschienen sind.
- ³³ Peter Brückner, *Versuch, uns und anderen die Bundesrepublik zu erklären*, Berlin 1978.
- ³⁴ Ein Kommentator, der hier ungenannt bleiben soll, zur «Erklärung des vorbereitenden Kreises» beim Kongress «Mut zur Erziehung» vom 9./10. Januar 1978 in Bonn (Stuttgart 1978).
- ³⁵ Darauf liefe es auch hinaus, wenn man, im Gegenzug zu dem von der bekannten, umstrittenen Sinus-Studie ermittelten Profil autoritärer Bevölkerungsgruppen – angeblich 37% der Bevölkerung – Faktoren wie «Harmoniestreben», «Volk, Vaterland und Familie» aus der eigenen Lebensorientierung zu entfernen suchte (*Sinus. Rechtsextreme politische Einstellungen*

in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht, Heidelberg-München Oktober 1980).

- ³⁶ Vgl. als Reflex entsprechender innerhistorischer Auseinandersetzungen Karl Dietrich Erdmann, *GWU in eigener Sache. Antwort an einen Dunkelmann: Wie informiert GWU ihre Leser?*; ferner: Klaus Hildebrand, *Noch einmal: Zur Interpretation des Nationalsozialismus!*; ferner: Wolfgang J. Mommsen, *Die «reine Wahrheit» über das nationalsozialistische Herrschaftssystem?*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 32. Jg. (1981), S. 197-198; 199-204; 738-741.
- ³⁷ Vgl. dazu meinen Essay *Verdrängung oder die Heilmethoden kritischer Nationaltherapeuten*, in: Hermann Lübke, *Zwischen Trend und Tradition. Überfordert uns die Gegenwart?*, Zürich 1981, S. 22-37.
- ³⁸ Von dem man weiss, dass er von dieser Serie nicht weniger erschüttert worden ist als die jüngeren Menschen (vgl. *Holocaust. Reaktionen auf die Fernsehserie. IfD-Archiv*, Nr. 3157). Die Älteren legten, im Unterschied zu den Jüngeren, indessen mehr Wert auf Unterscheidung der Geister damals, und zugleich waren sie sicherer, dass sich dergleichen nicht wiederholen würde.

Podiumsdiskussion zum Thema des Abschlussvortrages

Carl Otto Lenz MdB, Moderator: Ich möchte mit unserer Podiumsdiskussion beginnen und darf Ihnen zunächst die Teilnehmer kurz vorstellen:

- als Journalisten: Herr Hans Heigert von der *Süddeutschen Zeitung*, Herr Hermann Rudolph von der *Zeit*, Frau Carola Stern vom Westdeutschen Rundfunk;
- als Politiker: Herr Bundesjustizminister Hans A. Engelhard, Herr Bundestagspräsident a. D. Eugen Gerstenmaier, Herr Bundesfinanzminister a. D. Alex Möller, Herr Staatsminister Hans Maier;
- als, Wissenschaftler: Herr Professor Iring Fetscher, Herr Professor Hermann Lübke, Herr Professor Thomas Nipperdey und Herr Professor Hans-Ulrich Wehler.

Wir haben versucht, das Thema des Referats von Herrn Professor Lübke in drei Unterthemen zu teilen:

1. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der frühen deutschen Nachkriegsöffentlichkeit, das war der erste Teil des Referats von Herrn Lübke.
2. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Protestgeneration, das war der mittlere Teil.
3. Der Nationalsozialismus im Bewusstsein der Generation, die ich mit dem Stichwort «Betrachter des Holocaust-Filmes» kennzeichnen möchte.

Ich bitte die Teilnehmer des Podiums, sich auch schwerpunktmässig an diese Gliederung zu halten, damit wir wirklich alle drei Themen hier behandeln können. Es soll natürlich niemandem verboten werden, noch eine Bemerkung zu einem anderen Zeitabschnitt zu machen, sofern er das für die Darstellung seiner Position für notwendig hält, aber schwerpunktmässig sollten doch diese Themen zum Ausdruck kommen, und zwar wollen wir nun dieses Thema durch Teilnehmer des Podiums behandeln lassen, die einen besonderen Bezug zu der jeweils zu behandelnden Epoche haben. Sie haben natürlich alle zu allen Epochen einen Bezug, denn es sind ja alles Zeitgenossen, aber manche haben in einzelnen Phasen aktiver mitwirken

können als andere. Und so wollen wir beginnen mit der Epoche der unmittelbaren deutschen Nachkriegsöffentlichkeit, mit den Herren Gerstenmaier und Möller, denen sich dann Frau Stern und Herr Wehler anschliessen werden. Die mittlere Epoche wollen wir behandeln lassen durch Herrn Rudolf, Herrn Maier und Herrn Fetscher und die Gegenwart und Zukunft durch die Herren Nipperdey, Engelhard und Heigert. Und dann hätte Professor Lübke die Möglichkeit zu einer Intervention als Referent.

Eugen Gerstenmaier (Remagen): 1945 war, wenn ich mich recht erinnere, am Anfang nicht das Wort, sondern der Persilschein. Ich hoffe, dass ich nicht erst lang und breit erklären muss, was damals unter Persilschein verstanden wurde. Jedenfalls lief es darauf hinaus – legen Sie meine Worte nicht so genau auf die Waagschale –, dass eigentlich die ganze Nation eher ein Volk von Widerständlern als von Gefolgsleuten Adolf Hitlers war.

(Allgemeiner Beifall)

Darauf lief die Persilscheinzeit nach meiner Erfahrung hinaus. Ich war ein vielgefragter Persilscheingeber, und zwar deshalb, weil man sich gesagt hat: Der kommt direkten Wegs aus dem Zuchthaus, und der war am 20. Juli dabei, das muss doch den Amerikanern und auch ihren deutschen Beauftragten Eindruck machen. Man konnte sich jedenfalls vor der Frage nach und vor der Bitte um Persilscheine nicht mehr retten.

Allmählich ging auch das dann zu Ende. Wir bekamen eine neue Regierung, eine Bundesregierung. Ich gehörte zu dem kleinen Kreis derer, die Konrad Adenauer für würdig hielt, mit ihm darüber zu beraten, wen man denn mit einer Regierungsaufgabe betrauen dürfe. Dazu bildete meine Fraktion im Bundestag eine kleine Gruppe von Abgeordneten. Ich gehörte dazu. Wir waren etwa drei, vier Leute. Unter den anderen Mitgliedern erinnere ich mich nur noch an Heinrich von Brentano, der damals Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU war. Bei der Erörterung der Bundesregierungs-kandidaten zog man alle möglichen Gesichtspunkte in Erwägung, aber die Frage: Wie hielt es denn der Mann mit der NSDAP, diese Frage wurde nie so ganz genau und so deutlich gestellt. Ich erinnere mich auch nicht daran, dass es in jenem Kreis ein Veto gegen einen Personalvorschlag gegeben hätte, jedenfalls nicht mit der Begründung: Moment mal, der war doch ein

braver Marschierer! Das gab es nicht. Dennoch stand bei den Erwägungen – ist der Mann überhaupt geeignet? Kann man ihn verwenden? – natürlich auch derartiges mit im Hintergrund. Aber es drang nicht in den Vordergrund der Diskussion, auch nicht in den Vordergrund der Öffentlichkeit. Ich erinnere mich, dass wir bei unseren Koalitionspartnern damals – das waren nicht so wenige, denn damals gab es ja – Herr Fetscher – wie viele Parteien? –

(Iring Fetscher: fünf, sechs!)

und Konrad Adenauer konnte auswählen – damit einige Schwierigkeiten hatten.

Man kann aber nicht sagen, dass die Diskussion darüber überhaupt nicht stattfand. Nein, sie fand diskret im Hintergrund statt. Man hielt es jedoch nicht für fair, ohne Weiteres zu sagen: Der oder der war doch ein ganz munterer Mitläufer! Schon das wäre damals als unfair empfunden worden.

Heute habe ich nun mit grossem Interesse den Vortrag von Herrn Lübke gehört. Ich für meine Person kann mich mit diesem Vortrag im Unterschied zu den Protestanten hier im Wesentlichen einverstanden erklären. Die eine oder andere Formulierung wäre nicht von mir gekommen, aber ich habe auch nichts gegen die brillanten Formulierungen von Professor Lübke. Nur wegen des ersten Satzes hatte ich schon gleich, als ich ihn las, einige Bedenken. Er heisst: «Die Intensität der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist mit der Zahl der Jahre, die uns vom Zusammenbruch seiner Herrschaft trennen, gewachsen.»

Wenn das stimmt, dann nur in einigen – eher akademischen – Bereichen. Meine Erfahrung sagt mir, dass man bei den Jüngeren alle Mühe hat, sich überhaupt einen Eindruck zu bilden: Was wissen sie denn noch? Wenn ich einen Vortrag über den deutschen Widerstand halten soll und dann – nach langer Erfahrung klug geworden – frage: Was wissen die Leute darüber, die mir da zuhören – vor allem die jungen? Und wenn ich dann zu Beginn sage: Erlauben Sie mir doch einen kleinen Test vorweg, und ich komme mit der Frage: Wer hat den Namen Adolf Hitler gehört? Da gehen alle Hände hoch. Frage ich jedoch: Wer weiss etwas von Himmler? Da wird schon gezauert. Aber vielleicht geht noch die Hälfte der Hände hoch. Frage ich: Wer weiss etwas von Göring? Damit kann man vielleicht noch herauskitzeln: Das war der lamettabehangene Unterteufel von Hitler. Das bringt man vielleicht ge-

rade noch ins Bewusstsein. Aber mit Ribbentrop ist es aus und vorbei. Sie können alles Mögliche veranstalten, Ribbentrop in das Bewusstsein der heutigen jungen Leute zu rufen, es ist nahezu unmöglich. Meine Damen und Herren, das ist bitter für einen Mann, der diesen Saal und dieses Haus einmal zu bauen hatte und der soeben seine Premiere hier im Plenarsaal, der zu meiner Zeit noch nicht vollendet war, gegeben hat.

Alex Möller (Karlsruhe): Es handelt sich um die Abschlusskundgebung dieser internationalen Tagung, und man kann leider nicht die Themen ansprechen, die in den vorangegangenen Veranstaltungen bereits behandelt worden sind. Mir würde auch bei dem Schlussthema «Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart» sehr daran gelegen sein, darzustellen: Wie ist es überhaupt zur Machtübernahme am 30. Januar 1933 gekommen? Das fängt beim Versailler Friedensvertrag an, geht über den Kapp-Putsch; gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen mit Frankfurter Republik. Ich finde, man kann die Herrschaft des Nationalsozialismus überhaupt nur verstehen, wenn man sich mit dieser Vergangenheit beschäftigt, mit den Ereignissen nach dem Ersten Weltkrieg, gekennzeichnet durch innenpolitische Unruhen; Kapp-Putsch, gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen mit Frankreich; passiver Widerstand; 1933. Die Tatsache, dass die Weimarer Koalition bei der ersten Reichstagswahl bereits die Zweidrittelmehrheit verloren hatte, von 76 Prozent der bei den Wahlen zur Nationalversammlung abgegebenen Stimmen auf 44 Prozent zurücksank, das ergibt interessante Ausgangspunkte für die Bewertung der nachfolgenden Jahrzehnte, auch soweit das Verhalten der Siegermächte in Frage kommt.

Darüber zu sprechen, heute in dieser Schlussveranstaltung, ist nicht möglich. So haben wir uns damit abzufinden, dass wir ein paar Bemerkungen über das, was nach der totalen Kapitulation geschah, machen dürfen. Und hier unterstreiche ich sehr die Gründe, die in dem Referat von Herrn Lübke angegeben worden sind. Ich halte sie für besonders wirkungsvoll und richtig. Das ist ein entscheidender Gegensatz zum Ausgang des Ersten Weltkriegs, wo die Verratslüge aufkam. Hier war das infolge der unverrückbaren Tatsachen nicht mehr möglich. Aber wir hatten uns dann trotzdem mit den Siegermächten in den drei Besatzungszonen auf verschiedene Art zu beschäftigen. Ich gehörte nicht wie der frühere Präsident des Deut-

schen Bundestags zum Beraterkreis für die Ernennung der Minister bei Adenauer – er hat den Kreis zu eng gezogen. Herr Kollege Gerstenmaier, Sie hätten noch ein paar tüchtige Leute von uns kriegen können. Aber daran haben Sie leider nicht gedacht.

(Beifall)

Wir hatten uns mit den Folgen und den Folgeerscheinungen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und mussten zu unserem grossen Bedauern feststellen – wenn ich von der Sowjetzone ganz absehe –, dass völlig andere Entnazifizierungsbestimmungen in den drei Zonen vorherrschten: in der amerikanischen, britischen und französischen Zone. Am schärfsten waren die Amerikaner, jedenfalls am Anfang; es war ausserordentlich schwierig, mit dem aufkommenden Unwillen der deutschen Bevölkerung fertig zu werden, denn die Amerikaner haben in unserer Zone grösseren Wert auf die Quantität als auf die Qualität der zu Erfassenden gelegt. Das heisst: Die grosse Zahl der Mitläufer war für sie wichtiger, als die Hauptschuldigen zu fassen. Und es wäre alles viel einfacher, schneller und wirkungsvoller geworden, wenn man sich auf die Hauptschuldigen und Schuldigen konzentriert und dafür gesorgt hätte, dass da Entsprechendes veranlasst worden wäre, statt am Ende des Jahres 1945 ein grosses Heer – Hunderttausende in der amerikanischen Zone – von Menschen aus Lohn und Arbeit zu bringen und damit die Unwilligkeit der Bevölkerung noch zu vergrössern; denn das war der Teil der Bevölkerung, den man nun wirklich nicht zu dem nationalsozialistisch eingestellten Teil der Bevölkerung rechnen konnte. Wenn ich daran denke, was in der Zeit der Demontagen geschehen ist und wie da nicht die Unternehmer, sondern die Betriebsräte, die ihre Betriebe verteidigten, die ihre Betriebe für die Unternehmer erhalten wollten, da waren – natürlich auch, um ihre Arbeitsplätze zu sichern –, dann meine ich, ist das eine grossartige Leistung, die sich an die grossartigen Leistungen der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der Betriebsräte in der Zeit des Kapp-Putsches oder in der Zeit des passiven Widerstandes anschliesst. Hieran zu denken sollte man nicht versäumen.

Wir haben dann die Bundesrepublik Deutschland begründen können, und zwar übereinstimmend. Im Parlamentarischen Rat konnte das Grundgesetz erarbeitet werden, das war abhängig von der Zustimmung der Hohen Kommissare, war insoweit nicht ein selbständiges deutsches Werk.

Wir sind bis heute noch nicht in der Lage gewesen – auch nicht bei der Finanzreform –, es den wirklichen Bedürfnissen unserer Bundesrepublik Deutschland anzupassen. Hoffentlich gelingt uns das in der Zukunft.

Carola Stern (Köln): Ende der Einigkeit. Herr Lübbe, ich habe Ihren Vortrag mit grosser Betroffenheit gehört,

(Allgemeiner Beifall)

und zwar weil ich mit der Vorstellung hierhergekommen bin, es müssten doch am Ende dieser Konferenz die Fragen diskutiert werden: Was könnten wir versäumt haben, was ist uns nicht gelungen, was würden wir heute, wenn wir noch einmal anfangen könnten, anders machen? Dass diese Fragen von Ihnen überhaupt nicht gestellt worden sind, ist mir ganz unbegreiflich. Ihr Vortrag klingt mir wie eine engagierte Gegenrede gegen alle jene, die sich solche Sorgen machen.

(Beifall)

Ich bin hierhergekommen, um darüber zu diskutieren, ob wir angesichts der Wirtschaftskrise, angesichts eines neuen Neonazismus Grund haben, uns Sorgen zu machen. Ich höre stattdessen in Ihrem Vortrag – ich übertreibe; entschuldigen Sie die Überspitzung –: Es ist alles eigentlich gut gelaufen, wenn nur die Linken nicht dazwischengekommen wären.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe gerade in der Arbeit eines Historikers – bei Professor Winkler – gelesen: Ebert und seine Freunde sahen nur die Gefahren, die der jungen Republik von links drohten, die Gefahren von rechts unterschätzten sie. Und vielleicht sollten wir uns das auch ins Stammbuch schreiben.

Ich möchte zu einer einzigen These von Ihnen Stellung nehmen, die ich für falsch halte. Sie sagen: Eine Verdrängung hat nicht stattgefunden. Ich antworte darauf: Eine Verdrängung grossen Ausmasses hat stattgefunden,

(Starker Beifall)

und zwar mit einem Zitat von Christa Wolf aus ihrem Roman *Kindheitsmuster*, der für mich eine sehr grosse Rolle spielt. Dort sagt sie: «Niemand

haben Menschen soviel vergessen sollen, um funktionsfähig zu bleiben, wie die, mit denen wir leben.» Das scheint mir richtig zu sein.

(Starker Beifall)

Vielleicht sollten wir den Ausdruck «Verdrängung» erweitern. Vielleicht sollten wir von «Vernebelung» der Erinnerungen sprechen. Vielleicht sollten wir von «Verzerrung der Wahrnehmung» und vor allen Dingen von «Umgehung der Rechenschaftspflicht» sprechen. Ich denke, dass diese Rechenschaftspflicht von meiner Generation nicht wahrgenommen worden ist, und ich möchte einige Gründe dafür nennen; denn ich gehöre zu denen, die dazu verpflichtet gewesen wären. Bis zum Ende des Krieges bin ich eine sehr begeisterte Jungmädels-Führerin gewesen, und ich weiss deshalb, wie schwer es ist, mit Schuld und Scham zu leben, und ich weiss, dass es noch sehr viel schwieriger ist, solche Schuld und Scham zu bekennen. Ich selber habe mich hinter meinem Namen versteckt und mich lange nicht zu diesem Teil meiner Vergangenheit geäussert. Ich habe erst über ein Jahrzehnt bei Amnesty International gearbeitet, bis ich im Jahre 1982 erstmals bekannt habe, dass ich solche Vergangenheit habe, und daraufhin hat ein Rezensent geschrieben: ein tapferer Beitrag. Was sind das für Kategorien?

Also ich weiss, wie schwer das ist, aber ich denke, dass es dieser Kriegsgeneration auch ganz ausserordentlich leicht gemacht worden ist, zu verdrängen und zu vernebeln. Eine sehr naheliegende Rechtfertigung war: Haben wir nicht bezahlt für das, was geschehen ist? Das heisst: Mein Vater ist im Krieg gefallen; unsere Heimat haben wir verloren; unser Haus ist abgebrannt. Genügt das nicht? Haben wir nicht gebüsst? Das war eine naheliegende Rechtfertigung.

Eine zweite war: Warum sollen wir nun eigentlich ständig im Büssergewand umherlaufen, wo doch alles darauf ankommt, dass wir jetzt unsere Wirtschaft aufbauen und alle unsere Kraft daran setzen.

Nun zu der anderen grossen Rechtfertigung. Meines Erachtens hatten wir zu früh und zu schnell mit unseren Alliierten einen neuen gemeinsamen Feind – und der stand links. Und nicht von Hitler und seinen KZ's war in den 50er Jahren lange genug die Rede, sondern von Stalin und seinen KZ's. Es war doch nicht mehr so, dass sich –

(*Hans Maier*: Steht Stalin links?)

– Nein. Gut, also vom Kommunismus. – Es war doch nicht mehr so, dass sich ehemalige Nationalsozialisten zu rechtfertigen hatten, sondern es waren doch die Wehners und die Willy Brandts, die sich zu rechtfertigen hatten.

(Starker Beifall)

Sie sprechen davon, dass durch die Protestgeneration eine Atmosphäre des intellektuellen Verdachts sich ausgebreitet hat. Diese Verdachtsatmosphäre haben wir bereits in den 50er und 60er Jahren gegen Sozialdemokraten, gegen Emigranten in diesem Land gehabt. Und 1968 waren 74 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass man endlich damit aufhören soll, nach der Vergangenheit der einzelnen Leute im Dritten Reich zu fragen.

Also, meines Erachtens ist verdrängt, vernebelt, nicht bewältigt worden. Und meines Erachtens hat das drei schwere Folgen gehabt für mich selber, und ich glaube, auch für andere Leute. Die eine Folge ist gewesen, dass wir in der Tat bis heute ein unbewältigtes Verhältnis zur Nation, zum Vaterland und zum Patriotismus haben. Wir sind nicht damit fertig geworden. Die einen haben sich in den Antiimperialismus gerettet, gegen die Amerikaner, dann auch gegen die Sowjets gerichtet, die anderen in einen nationalen Konservatismus. Junge Leute sprechen von Heimatliebe statt von Patriotismus. Ich selber habe versucht, über Menschenrechte und sozialistischen Internationalismus ein neues Verhältnis zu finden, aber Nation – das ist nicht gelungen.

Das zweite ist, dass wir nicht aufgepasst haben, als es in den 60er Jahren zu einer makabren Verharmlosung des Faschismus gekommen ist, einmal durch die Kriegsgeneration und ihre Rechtfertigung, zum zweiten durch die APO, indem sie nun alles zum Faschismus oder für faschistoid erklärte und dadurch nichts mehr faschistisch war.

Drittens glaube ich, dass der Generationskonflikt, den wir bis heute noch erleben, etwas damit zu tun hat, dass die Kriegsgeneration, dass die belastete Generation niemals bereit gewesen ist, Antwort zu geben, ausreichend Antwort zu geben und ein neues Engagement für diesen Staat und für die Menschenrechte zu finden.

Hans Maier (München): Ich habe mich gemeldet, weil ich dezidiert anderer Meinung bin als Frau Stern und weil ich meine, das sollte man nicht stehenlassen. Wir gehören übrigens noch vergleichbaren Generationen an. Also darum eine etwas andere Erfahrung.

Zunächst habe ich im Referat von Herrn Lübbe sehr gut gefunden, wie er die sozialpsychologischen Mechanismen des Miteinanderlebens nach 1945 beschrieben hat. Ich habe nur ein Stichwort vermisst: das Stichwort Spruchkammern. Bei dem Stichwort Spruchkammern fällt mir ein, dass ja, Frau Stern, nicht Rechenschaft verdrängt oder nicht erstattet wurde. Nein, sie wurde juristisch abgefordert von anderen. Und darin liegt das Problem dieses ersten Anlaufs zur Vergangenheitsbewältigung.

Wenn Sie eine ganze Nation in Kategorien einteilen, wenn Sie von den Schwerbelasteten bis hin zu den Entlasteten gutes und schlechtes Gewissen juristisch zuteilen, dann muss man sich doch nicht wundern, dass die wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht stattfindet. Vergessen wurde die Vergangenheit nicht, ganz und gar nicht. Sie wurde ja abgefordert. Jeder musste ja vor der Spruchkammer aussagen, was er in den berühmten Jahren getan hat. Nicht die Jungen. Deswegen wurden Sie wegen Ihrer BdM-Zeit und ich wegen meiner HJ-Zeit bestimmt nicht belangt. Das wäre ja auch sinnlos gewesen, sozusagen auch noch die Unmündigen mit heranzuziehen oder diejenigen, die längst aus anderen Gründen nicht mehr rechenschaftspflichtig waren.

Ich meine, niemals hat eine Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich so umfassend, quantitativ so durchschlagend, so formaljuristisch gesichert stattgefunden wie nach dem Krieg – und mit einem so unglücklichen Ergebnis; denn wenn Sie sich erinnern, lesen Sie bitte mal Walter Dirks und Eugen Kogon – weiss Gott nicht verdächtig – in den *Frankfurter Heften* durch: Auch die haben langsam Stellung genommen gegen Fragebogen. Und wenn es damals schon nicht Neonazismus, aber so etwas wie einen nationalistischen Revisionismus gab, so ging er von dem Buch *Der Fragebogen* von Ernst von Salomon aus. Das heisst, die Vergangenheitsbewältigung kann durch bürokratische Perfektion und Abfordern von Schuldbekennnissen auch diskreditiert werden, und das war der Fall.

Ich beschränke mich jetzt auf diese Fragestellung, es ist dann im zweiten Teil die These zu diskutieren, ob die 70er Jahre dann das freiwillig nachgeholt haben, was unfreiwillig nach dem Krieg – nämlich von anderen, von den Alliierten – verlangt worden ist. Aber dazu werde ich mich nachher nochmals melden.

Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld): Ich muss gestehen, dass ich mich, wie Frau Stern, in der schöne heilen Welt von Herrn Lübbe, derjenigen der 50er

und 60er Jahre, nicht zurechtfinden, bis dann 1968 der Einbruch des existentiell Bösen erfolgte und die Verfallsgeschichte beginnt.

(Gelächter)

Ich möchte dagegen drei Punkte zur Debatte stellen.

Erstens gab es anfangs in der Bundesrepublik eine klare Alternative. Man konnte die Belasteten vor die Gerichte bringen. Man konnte eine grosse Zahl von Mitläufern an den Rand der Gesellschaft drängen. Das wäre eine riesige Zahl gewesen. Die sozialen Kosten sind klar: die Funktionsfähigkeit der Verwaltung, der Justiz, der Wirtschaft. Es wäre aber wegen der Barbarei der NS zu verteidigen gewesen.

Die andere Möglichkeit war, mit gewissermassen lascher politischer Moral jedermann, da auch alle belastet waren, zu akzeptieren, um seine Fähigkeit für Wirtschaft und Verwaltung zu nutzen und um ein riesiges Potential von Unzufriedenen, das zu den Flüchtlingen hinzugekommen wäre, zu vermeiden. Für diesen Kurs gab es damals wie ich glaube, sehr gute pragmatische Gründe, und es gibt sie auch heute noch.

Aber, und das ist mein zweiter Punkt, für diesen platten Pragmatismus wurde ein Preis gezahlt, und die Rechnung präsentierte die Protestbewegung von 1968. Sie ist auch gegen den Vietnam-Krieg gewesen, auch gegen den Universitätsbetrieb, aber sie ist auch gegen das Arrangement mit jedermann gewesen, mit Globke, ViaIon und dem famosen FDP-Minister Schlüter. Sie ist gegen die «Verdrängung» gewesen. (Herr Lübke, kein einziges ihrer Argumente gegen die Verdrängungsthese leuchtet mir ein, ich will sie gern später verteidigen.) Und sie ist auch aus einem verletzten Rechts- und Schamgefühl zur Protestbewegung geworden. Aus meiner Generation haben wenige dazugehört, ich finde aber, wir dürfen uns hier nicht immer als milieugeschädigte Hochschullehrer auf die 68er Erfahrungen fixieren.

(Beifall)

Drittens: Die Charakterisierung der Protestbewegung von 1968 als politische Jugendbewegung ist viel zu eng. Eine sinnvolle historische Perspektive ist es, die 68er Bewegung und den Beginn der sozialliberalen Koalition zusammen zu sehen; denn die Sozialliberalen haben im Effekt bewiesen – jetzt einmal im Jargon gesagt –, welche Problembewältigungskapazität die-

se Republik schon besass. Dadurch, dass sie die Ausserparlamentarische Opposition (APO) aufgesaugt hat, hat sie letztlich zu einer politischen Revitalisierung der Bundesrepublik beigetragen. Dass ein paar tausend Dogmatiker ins politische Abseits marschiert sind, muss eine freie Gesellschaft verkraften können. Ich meine daher, so heil wie Sie tun, ist die Welt bis 1968 nicht gewesen. Der scharfe Protest war berechtigt, und es ist ein Beweis der politischen Elastizität des Systems, wie die Sozialliberalen mit den Problemen fertig geworden sind, wie sie die APO gezähmt haben. Die Reformpolitik der folgenden Jahre hat dann letztlich die bürgerliche Gesellschaft in der Bundesrepublik erweitert und nicht zerstört. Solche Erfolge stabilisieren auch gegen den Rechtsradikalismus.

Hermann Rudolph (Hamburg): Ich schliesse an bei Herrn Wehler, indem ich mich zunächst einmal zu dem gleichen Punkt kritisch äussere, vielleicht mit ein paar anderen Akzenten. Die zentrale These von Herrn Lübke ist ja die, dass unser Verhältnis zum Dritten Reich wesentlich bestimmt sei durch die Jugendrebellion, und zwar insofern, als diese das Verhältnis zum Dritten Reich, speziell in der Form, die es in den fünfziger Jahren gewonnen hat, zum Instrument ihres generationsspezifischen, aus zivilisatorischen Gründen erklärbaren Aufbegehrens gemacht habe. Das ist, glaube ich, in einem gewissen Sinn richtig und in einem anderen, entscheidenden Sinne – und das ist es, was Herr Wehler bereits berührt hat – scheint mir diese Auffassung falsch, ja, fatal. Denn weshalb wurde das Verhältnis zum Dritten Reich zu diesem Instrument? Weshalb konnte es überhaupt dazu gemacht werden? Doch nur deshalb, weil es sich bei diesem Verhältnis zum Dritten Reich um ein überaus angreifbares, zu vieles verdeckendes Vergangenheits-Verhältnis handelte! Das heisst, die studentischen Rebellen von 1968 konnten das Verhältnis zum Dritten Reich in dieser instrumentalisierenden Weise nur deshalb benutzen, weil sich ihre Väter in den fünfziger Jahren in eben dem Arrangement mit der Vergangenheit geübt hatten, das Herr Lübke so plastisch beschrieben hat, das aber nicht ausreichte, ein Verhältnis zum Dritten Reich herzustellen, mit dem die Bundesrepublik auf die Dauer existieren konnte, mit dem jedenfalls grössere Teile der Gesellschaft, zumal der jüngeren Generation, nicht leben wollten.

Wenn man die Situation so beschreibt wie Herr Lübke, entsteht meines

Erachtens eine Gefahr: Wir bekommen eine Art dichotomisiertes Geschichtsbild. Da ist auf der einen Seite das, was man die alt- oder frühbundesrepublikanische Faschismus-Rezeption nennen kann – eben das von Herrn Lübke beschriebene Einverständnis des Schweigens, das wiederum, weil es ein Einverständnis des Schweigens ist, von sich aus nicht reden kann und stumm bleiben muss. Und wir hätten auf der anderen Seite ein Faschismus-Bild, das gleichsam von der studentischen Rebellion von 1968 her datiert ist. Was dabei ausgeblendet wird, ist die breite Bewusstseinsveränderung, die von der Mitte der fünfziger Jahre an stattfindet und durch die ganzen Sechziger Jahre hindurch andauert. Sie bringt tatsächlich Ansätze zu einer Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich, zu einem neuen Verhältnis zum Dritten Reich. Sie gehen über dieses frühe Arrangement hinaus. Gewiss gehen diese Ansätze später auch – wie Herr Lübke es beschreibt – in die Bildung der sozialliberalen Koalition ein. Aber darin erschöpfen sie sich eben nicht. Sie sind vielmehr Teil der grundsätzlichen Veränderung des Selbstverständnisses der Bundesrepublik, die sich in den sechziger Jahren ereignet, mit der sich die Bundesrepublik von den fünfziger Jahren ablöst und in der sich das Selbstverständnis herausbildet, das uns auch im Moment noch bestimmt. Richard Löwenthal hat einmal in Bezug auf die Sechziger Jahre von einer zweiten formativen Periode der Bundesrepublik gesprochen. So ähnlich könnte man meines Erachtens auch die Veränderung des Verhältnisses zum Dritten Reich beschreiben, die sich in den sechziger Jahren durchsetzt und die sich sowohl von dem Arrangement mit der Vergangenheit in der Frühzeit der Bundesrepublik wie von der Instrumentalisierung dieses Verhältnisses durch die 68er Generation unterscheidet.

Natürlich kann und muss man Verständnis haben für diese Art des Sich-Arrangierens mit der Vergangenheit, die Herr Lübke beschrieben hat. Aber es ist die Frage, ob es sich dabei nicht vor allem auch um eine Flucht gehandelt hat – eine Flucht vor der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich, die zugleich eine Flucht nach vorn war, in einem durchaus verständlichen Überlebenswillen. Der Preis dafür muss, glaube ich, in die Rechnung eingestellt werden. Und diesen Preis habe ich bei Herrn Lübke nicht gefunden.

Ich will dies an einer Bemerkung von Herrn Lübke zu illustrieren versuchen. Sie sprechen davon, dass die Zurückhaltung in der Thematisie-

zung der Nazivergangenheit, die die Frühgeschichte der Bundesrepublik kennzeichnet, darauf gerichtet gewesen sei, nicht diese Vergangenheiten, aber doch ihre Subjekte in den neuen Staat zu integrieren. Aber was sind Subjekte ohne ihre Vergangenheiten? Eine einigermaßen belastbare Identität wird so nicht entstehen können. Wenn man nicht in Rechnung stellt, dass sich der Bewusstseinswandel in den sechziger Jahren auch deshalb, auch dieser Defizite wegen gegen die fünfziger Jahre gerichtet hat, wird man zu den fünfziger Jahren kein anderes als ein nostalgisches und jedenfalls nur ein fragwürdiges Verhältnis gewinnen können. Dann wird man aber auch nicht begreifen können, weshalb wir so in die siebziger und achtziger Jahre gekommen sind, wie das der Fall gewesen ist.

H. Maier: Mir geht gerade Folgendes durch den Kopf. Die letzten zwei Tage sind ja der Präsentation des Dritten Reiches und der historischen Forschung über das Dritte Reich und vor allen Dingen den Anfängen des Dritten Reiches gewidmet gewesen. Es ist immer schwer für ein Podium, dies alles aufzufangen.

Aber zum Thema: Wie ist der Nationalsozialismus präsent gewesen in den 50er Jahren, dann später in den 60er und 70er Jahren? Dazu will ich eine Bemerkung machen. Die gesamte Forschung, aber auch die durchschnittliche Gegenwart der Erinnerung an das Dritte Reich haben einen Wandel durchgemacht, einmal bei den unmittelbar Betroffenen, die das alles noch erfahren hatten – wir haben zwei sehr eindrucksvolle Beispiele hier gehört am Anfang dieser Runde –, bis hin zu denen, die es nur noch aus zweiter, dritter Hand, aus Erinnerungen, aus Theorien oder aus Büchern hatten. Aber auch die Auseinandersetzung selber in der Forschung führt in eine Richtung, die ich in Stichworten so umschreiben möchte: von den Staatsaktionen zum Alltag; von den grossen Protagonisten – Stichwort 20. Juli – zum ganz gewöhnlichen Menschen; von der Monumentalität des Bösen zur Banalität des Bösen – um Hannah Arendt zu zitieren –; und das, glaube ich, ist auch der Hintergrund, vor dem man dann die Generation von 1968, aber auch die Generation von heute, von 1983 – ich könnte das an meinen Kindern verdeutlichen – sehen muss.

Was macht diesen jungen Menschen heute Schwierigkeiten? Dass das Dritte Reich – aber auch der Widerstand – nicht mehr einfach eine Staatsaktion und eine Heldenlegende sind, sondern ein Geflecht unendlich kleiner

Schritte, kleiner Feigheiten, aber auch kleiner Tapferkeiten, dass das Monumentalbild des Politischen sich in eine Vielzahl – oft widersprüchlicher – politischer Bilder auflöst.

Herr Lübke hat eine überraschend positive Bewertung der Fernseh-Serie «Holocaust» mit sehr interessanten Gesichtspunkten gegeben. Ich will nur ganz vorsichtig einige Gegenargumente bringen. Ich stelle fest, dass das Politische aus unserer politischen Bildung, aus unserer Kenntnis über das Dritte Reich und den Widerstand zu verschwinden droht. Ein Beispiel – Demoskopien sollten sich der Sache annehmen – ist für mich der 20. Juli. Der verschwindet nämlich, Herr Gerstenmaier; man wird bald vom 20. Juli nur noch wenig wissen. Dagegen tritt ganz deutlich in den Vordergrund in ihrer erschütternden, fast geschichtslosen Unschuld und Unmittelbarkeit des Herzens: der Widerstand der Weissen Rose, der Geschwister Scholl. Für mich hochinteressant. Und das hat etwas mit «Holocaust» zu tun. Denn in «Holocaust» ist ernst gemacht worden mit dieser Banalität des Bösen, aber auch mit der Durchschnittlichkeit und Bescheidenheit des möglichen Guten. Ich bestreite gar nicht all das, was Sie über die bürgerlichen Tugenden sagen, die da vorausgesetzt sind – weniger expliziert als vorausgesetzt –, aber das führt im Kontext unserer politischen Bildung zunächst zu einer Entpolitisierung des Bildes vom Dritten Reich und vom Widerstand. Es führt dazu, dass das alles gewissermassen zum schicksalhaften Mythos wird, zu einer Art Shakespeare-Tragödie, in der sich die Unschuld des Guten und die Unbegreiflichkeit des Bösen begegnen, fast ohne historischen Kontext.

Ich fürchte, dass wir zwischen der Faschismustheorie und ihrer Funktionalisierung im politischen Kampf einerseits und «Holocaust» auf der anderen Seite sozusagen die Mitte der Bewältigung und der Aufarbeitung des Dritten Reiches verfehlen, nämlich das Politisch-Historische. Das ist eine These, die ich im Einzelnen belegen müsste. Dazu müsste man weiter ausholen. Ich kann das hier nicht tun. Ich möchte es nur in Gegenwart so vieler Historiker einmal zu bedenken geben; denn es ist, glaube ich, für die Fortsetzung dieses Gesprächs sehr wichtig, was vom Dritten Reich noch präsent ist und wie es präsent ist und wie es in der Zukunft präsent gemacht werden kann.

Iring Fetscher (Frankfurt a.M.): Ich bin gebeten worden, auch zu der Frage der Studenten- oder Jugendrebellion und Einstellung zum Dritten Reich zu sprechen, möchte aber ein paar Worte vorausschicken. Es ist noch nicht sehr lange her, da hat ein führender deutscher Politiker vom 8. Mai 1945 als vom schwärzesten Tag der deutschen Geschichte gesprochen. Für mich war immer der 8. Mai zugleich Niederlage und Voraussetzung für unsere Befreiung. Und das Interessante: In der DDR wird nur die Befreiung gesehen, bei uns spricht man dagegen populär vom Zusammenbruch. Mir scheint das Zusammengehören von Niederlage der deutschen Armeen und Befreiung das für unser Geschichtsbewusstsein Angemessene zu sein.

Brecht hat von der DDR einmal gesagt: Wieder einmal erschleicht sich dieses Volk eine Revolution durch Anpassung. In gewisser Weise gilt das für beide deutschen Staaten. Sie erschleichen sich die Bewältigung der Vergangenheit dadurch, dass sie sich an die jeweilige Siegermacht anpassen. Die einen machen einen Sozialismus à la Sowjetunion, die anderen eine Demokratie, die sie nicht selbst durch eine Revolution hergestellt haben. Das ist, glaube ich, der Geburtsfehler unserer Republik, den wir nur dadurch korrigieren könnten, dass wir selbst eine Demokratie aufbauen. Ich weiss nicht, ob das durch die Verdrängung der Vergangenheit und durch Herstellung eines Konsenses zwischen Antifaschisten und Faschisten möglich war. Dazu hat ja die Kategorie des Totalitarismus eine gewisse Dienstleistung vollbracht, eine Kategorie, die durchaus ihre historisch deskriptive Legitimität hat, die aber auch eine Verschleierungsfunktion hatte, nämlich die, den ehemaligen Nazis zu erlauben, in der Kontinuität ihres Antibolschewismus ein gutes Gewissen zu bekommen.

(Beifall)

Der Generationskonflikt, der ja in der Tat – wie es Herr Lübke mit Recht sagt – für die Industrienationen der westlichen Welt ein allgemeines Phänomen war, hat in der Bundesrepublik eine Verschärfung bekommen durch die Tatsache – und das hat Herr Wehler schon mit Recht betont –, dass eben, was zum Konsens von Antinazis und Nazis vielleicht durch bewusstes oder auch nicht bewusstes Verschweigen und Verdecken nützlich gewesen war, nun als Ursache eines Misstrauens, eines Vertrauensverlustes zwischen der jüngeren und der älteren Generation aufbrach. Dieser Ver-

trauensverlust hängt im Grunde genommen nicht damit zusammen, dass die ältere Generation im Dritten Reich mitgemacht hatte; sondern damit, dass sie dies systematisch verschwiegen hatte, dass es fast kein prominentes Beispiel von irgendeinem Mitläufer oder auch Beteiligten gegeben hat, der sich bewusst von seiner eigenen Vergangenheit kritisch distanziert hätte.

Es ist ja charakteristisch, dass gerade ein Willy Brandt in Warschau einen Kniefall an dem Denkmal der Gefallenen des Ghetto-Aufstands machte. Er konnte es auch, obgleich er selber ja gerade persönlich nicht schuldig geworden war. Aber von den Schuldigen – ich denke an prominente Schriftsteller, Philosophen, Wissenschaftler, Beamte usw. – hat man kein Wort des Bedauerns, kein Wort der bewussten Distanzierung gehört, auch von den Politikern nicht. Es wurde so getan, als ob das alles nicht geschehen sei. Und die Väter, die geschwiegen haben, hatten eben etwas verschwiegen, was für die junge Generation deshalb wichtig war, weil sie, wo überall in der Welt sie hinkamen, angesprochen wurden auf das, was im Dritten Reich im deutschen Namen von Deutschen geschehen war.

Es ist für mich ein ungeheuer interessantes Phänomen, dass die nicht direkt mehr Betroffenen sich doch betroffen fühlten, weil sie angesprochen wurden als Menschen aus diesem Lande, und dass sie dann angefangen haben zu fragen. Ich glaube, dass sehr viel damit zusammenhängt, dass unsere Nachkriegsgeneration in der ganzen Welt zu Hause ist: in Amerika, in Holland, in Frankreich, in England, und dass sie dort erst auf ihre eigene Vergangenheit hingewiesen wurde und vielleicht im Zusammenhang damit ihnen diese Vergangenheit präsent wurde und sie sodann die ältere Generation zu befragen begann.

Vielleicht noch ein Punkt: Ich habe eine ganze Weile in Holland gelehrt. Für Holländer mit ihrer starken anti-nazistischen Einstellung war die Jugendrebellion in der Bundesrepublik der Beginn der Verbesserung der Beziehungen zur deutschen Bevölkerung, weil sie sagten: Die sind offenbar jetzt in der Lage, aus eigener Kraft eine demokratische Bewegung in Gang zu setzen – mit allen Fehlern, mit allen Mängeln, mit allen Irrtümern, die das zur Folge gehabt hat.

Ein Aspekt der Auseinandersetzung mit den Vätern – darüber gibt es ja inzwischen zahlreiche Autobiographien und auch schon kritische Kommentare – ist legitim, nämlich die Kritik am Schweigen der Väter. Ein ille-

gitimer Aspekt ist die Unbarmherzigkeit, mit der die junge Generation mit der älteren ins Gericht geht und damit die Unbarmherzigkeit der älteren Generation reproduziert. Diese Unfähigkeit zu verzeihen korrespondiert mit der Unfähigkeit, sich auch nur den eigenen Kindern gegenüber zu offenbaren. Es ist ja wirklich so gewesen, dass in vielen Familien das tabu war, was in der Nazizeit passiert war, und dass man erst jetzt anfängt, die Alltagsgeschichte des «Dritten Reiches» sich wieder anzueignen, indem Studenten und Schüler feststellen, dass es in dem eigenen Ort ja einen zerstörten Judenfriedhof gibt, der auf den Ortskarten nicht mehr verzeichnet ist, vielleicht, damit man nicht mehr daran denken muss. Diese Aufarbeitung von Vergessenem und Verdrängtem hat natürlich den Generationskonflikt in der Bundesrepublik ungemein verschärft. Ich glaube, das ist nicht eine Folge der Unzulänglichkeiten dieser rebellischen Generation, sondern das ist eine Folge der Situation, in der sie in der Bundesrepublik aufgewachsen ist. In anderen Ländern hat es ähnliches in dem Ausmass nicht gegeben, zum Beispiel auch nicht in Italien, trotz der Tatsache, dass es dort gleichfalls faschistische Vergangenheit gibt. Die Italiener haben die Fähigkeit gehabt, mit einer zweifellos mythischen Überzeichnung ihrer eigenen Widerstandsbewegung eine fast generelle Identifikation mit dem Widerstand zu erreichen, die die Brücke zwischen den Generationen hergestellt hat.

C.O. Lenz, Moderator: Ich würde jetzt gern die Reihe der Professoren durch einen Nicht-Professor unterbrechen und darf Herrn Engelhard das Wort erteilen.

Hans A. Engelhard (Bonn): Ich greife den Hinweis von Professor Maier von vorhin bezüglich des Spruchkammerverfahrens auf und frage mich, ob es nicht besser gewesen wäre, sich mit aller Intensität und frühzeitiger jenen Personen zuzuwenden in unserer Volke, die nicht nur politisch, sondern strafrechtlich schuldig geworden sind. Denn das ist natürlich das Problem: Die Aufarbeitung der Vergangenheit im Dritten Reich durch die Justiz musste zu Ergebnissen führen, die niemals alle befriedigen konnten und die insbesondere ganz zwangsläufig für viele der überlebenden Opfer und der Angehörigen unbefriedigend bleiben mussten. Wenn es vielleicht auch hier und da einen Fall von Kumpanei gegeben hat, so beruht dies Ergebnis aber nicht darauf, dass – wie manchmal gesagt wurde – die Richter auf einem

Auge blind waren. Das kann überhaupt nicht die Frage sein. Ich glaube, bei der Gelegenheit wird man – jetzt ganz im Sinne von Herrn Professor Lübke – sagen müssen, dass dieser Staat von Richtern und Beamten getragen ist, die sich zu dieser Republik bekennen. Vieles, was wir aus Weimar her kennen, wäre heute nicht mehr denkbar.

Manches musste natürlich lückenhaft bleiben, zum Beispiel dass man erst im Jahre 1958, im Dezember, die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg geschaffen hat, die dann ganz zentral daran ging, die fraglichen Ereignisse zu speichern. Ohne sie wäre ja vieles überhaupt nicht möglich gewesen. Es ist sicherlich nicht generell so gewesen, aber ich habe die Erinnerung aus meiner Referendarzeit, dass uns eines Tages ein älterer Herr als hochrangiger Experte des öffentlichen Rechts zum neuen Arbeitsgemeinschaftsleiter gegeben wurde. Es dauerte gar nicht lange, da stand dieser Mann über Wochen, ja über Jahre in der Presse, weil sein Name in einem Archiv auf getaucht und auf gedeckt worden war, um wen es in Wirklichkeit ging – um einen Mann, der Deportationen zu Tausenden zu verantworten hatte. Das war ja nicht passiert, weil ihn jemand gedeckt hatte, sondern wegen der Schwierigkeit, alles beizeiten aufdecken und abarbeiten zu können. Diese Problematik hat dann ja auch zu den ständigen Verjährungsdebatten geführt. Man kann die Frage hier nicht mehr vertiefen, ob man – wie geschehen – im geltenden Recht die Verjährung aufhebt, um damit seinen Willen zu bekunden, zumindest theoretisch nichts auszulassen, nichts zu versäumen, oder ob man – das war damals meine Meinung – die Grenzen der Justiz sieht, die zur Enttäuschung, häufig gar zu Hohn und Spott führen, wenn ein bestimmter Zeitablauf es nicht mehr ermöglicht, die Täter der Bestrafung zuzuführen, die sie eigentlich moralisch und auch rechtlich, wenn es ihnen nachzuweisen wäre, verdient hätten.

Ein knapper Hinweis auf die «Weisse Rose»: In diesem Film ist ja der Hinweis gekommen, dass der Bundesgerichtshof die Urteile gegen Mitglieder der «Weissen Rose» für richtig gehalten habe. Diese Urteile seien noch in Gültigkeit. Ein völliges Missverständnis: All diese Urteile sind vorkonstitutionell in den Landesgesetzgebungen behandelt worden. Per Gesetz, teilweise auch auf Antrag hin wurden diese Urteile aufgehoben. Heute werden wir als Bundesregierung nicht wahrheitswidrig sagen können: Wir haben 30 Jahre dies alles verschlafen; dies ist eben nicht wahr.

(Zuruf: Warum musste das erst auf Antrag geschehen?)

Aber wir werden uns trotzdem weiter bemühen, und dazu müssen das Bundeszentralregister und die vorhandenen Archive durchgekämmt werden, damit zumindest die Feststellung, dass es sich um ein Unrechtsurteil aus der Zeit des Nationalsozialismus handelt, festgelegt und dem jeweiligen Urteil beigeheftet wird. Mehr kann man nicht sagen, weil insoweit die Aufarbeitung längst erfolgt ist und es bedauerlich erscheint, wenn mit falschen Informationen zu einem späteren Zeitpunkt hier die Öffentlichkeit beunruhigt wird.

Eine ganz andere Frage, auf die ich eingehen möchte, ist die: Professor Lübke sagt, der Zusammenbruch des Nationalsozialismus war so total, dass der Versuch einer Rechtfertigung der Taten praktisch bei niemandem mehr festzustellen war. Wer in diesem Sinne noch tätig werden wollte, der musste schon sagen: Das ist alles gar nicht wahr. Das führt zu den Prüfungen bei einem Gesetzentwurf, den wir noch vor uns haben, zum Stichwort «Auschwitz-Lüge». Denn ist nicht derjenige, der historisch unbestreitbare Tatsachen leugnet, im Grunde ein Verfechter des Nationalsozialismus? Er kann sich – anknüpfend an die geäußerte These von Herrn Lübke – ja gar nicht anheischig machen zu sagen, dies sei richtig gewesen, stellt sich daher auf einem gewissen Umweg als eine Art Historiker im Westentaschenformat dar und leugnet schlichtweg, dass das, was sich unbestreitbar ereignet hat, überhaupt jemals Tatsache gewesen ist. Dieser Frage werden wir uns zuwenden müssen. Ich hätte noch einige Fragen zur NPD gehabt und zu der hochinteressanten Frage – wenn ich es in einem Satz sagen darf –: Herr Professor Lübke, Ihre Theorie war ja ganz bestechend, dass durch die zeitliche Entfernung, nicht trotz derselben, sondern wegen derselben die Aufarbeitung leichter möglich war. Wie wird es aber in einer weiteren Zukunft sein? Lässt sich diese These von Ihnen perpetuieren in die nächsten Jahrzehnte, ja in eine fernere Zukunft hinein?

Thomas Nipperdey (München): Ich möchte erstens in Übereinstimmung mit Herrn Lübke sagen: Nach 1945 war das entstehende politische und schreibende Establishment der werdenden Bundesrepublik von einem relativ breiten Konsens über die Ablehnung und die gänzliche Distanzierung vom Nationalsozialismus erfüllt. Das betrifft nicht die Leute, die nicht reden und

schreiben durften oder konnten, aber eben das neue Establishment, betrifft das Normative. Die Normenproduzenten und -Verwalter waren erfüllt von Trauer und Scham, von Schuld oder der Reflexion über Schuld, von Selbstkritik. Und trotz aller Unterschiede auch von heute längst vergessenen, damals mächtigen Thesen – das Christliche Abendland als das Gegenbild des Nationalsozialismus oder der Föderalismus – gab es einen Grundkonsens der Gründungsväter dieser Republik. Dieser Grundkonsens gegenüber dem Dritten Reich ist, das ist meine erste These, nicht zerfallen, aber er ist von Zerfall bedroht.

Zweite These: Es gibt eine gewisse Perversion in dieser Auseinandersetzung mit unserer eigenen Vergangenheit, die viele Gründe hat; Herr Lübke hat einige genannt, seine Kritiker haben andere noch angeführt. Ich nenne nur drei: Erstens gibt es eine Art Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die zu einem Selbstläufer wird. Es gibt gewisse ritualisierte Formen, die immer wieder abgewickelt werden im öffentlichen Betrieb, und niemand kann da etwas anderes sagen. Das ist ganz menschlich und normal, aber das ist eine Gefährdung einer wirklichen Auseinandersetzung, das ermüdet und langweilt die Nachgeborenen. Zweitens: Bei uns hat sich – das mag sehr deutsch und vielleicht auch sehr protestantisch sein – die Selbstkritik ja sehr in einen Gesinnungsmoralismus hineingesteigert; die unendliche Reflexion auf das Phänomen der Schuld hat zu einer gewissen Überforderung geführt. Zum Beispiel: «Bewältigung» oder «Aufarbeitung» der Vergangenheit – das sind zwei ganz unglückliche (Wort-)Erfindungen; denn niemals ist eine Vergangenheit zu bewältigen. Und eine Aufgabe, die einem gestellt wird, etwas zu bewältigen, aufzuarbeiten, die niemals zu vollenden ist, ist eine sinnlose Aufgabe; das hat den ganzen Prozess, von dem wir hier reden, eher erschwert als erleichtert. Die Forderung der Bewältigungstherapeuten macht die Neurose permanent (und die Notwendigkeit der Therapeuten). Drittens: Aus dieser deutschen Selbstkritik hat sich dann – und da kommt dann zumal seit 1968 alles mögliche Andere hinzu – etwas Neues entwickelt, nämlich dass aus dieser Selbstkritik eine Waffe geworden ist, in der zwar nach Schuld gefragt wird, aber um Gottes Willen nicht nach der eigenen Schuld, sondern nach der Schuld anderer, und auch nicht nach der Schuld der eigenen Gruppe, sondern nach der anderer Gruppen.

Ich kann darum Herrn Fetscher nicht verstehen, wenn er davon spricht,

wie die junge Generation sich mit der «eigenen» Vergangenheit auseinandersetze. Mit dieser Vergangenheit der Väter identifiziert sich niemand wirklich. Das ist gerade nicht die eigene Vergangenheit. Oder anders gesagt: Die Kritik an der Unfähigkeit zu trauern hat ja bekanntlich nicht mehr Fähigkeit zu trauern erzeugt, was eigentlich das Reale gewesen wäre, sondern was sie erzeugt hat, ist die Fähigkeit zur Anklage.

Letzter Punkt: In dieser Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gibt es dann schliesslich so etwas wie eine Totalisierung, also Universalisierung dieser Vergangenheit. Es geht jetzt nicht nur um den Nationalsozialismus. Sondern aus dem vollkommen berechtigten Konsens von 1945 oder 1949, dass nämlich diese Republik sich von bestimmten Traditionen in der deutschen Geschichte abkehrt, dass das zu ihrer Legitimität gehört, ist mit der Zeit eine Total Wendung gegen die deutsche Geschichte geworden –, die kritische Wendung gegen diese Geschichte, den deutschen Weg. Das führt dann in einem gesteigerten Masse zur Ungerechtigkeit gegenüber der Vergangenheit, indem Forderungen an die Vergangenheit gestellt werden, die man an sich selbst nicht stellt, also zur Selbstgerechtigkeit. Insofern ist der moralische Schein wirklich nur ein Schein. Das hängt zusammen mit der Frage der deutschen Einheit, mit dem Zerfall der Nation. Denn für andere Völker, die ja auch um ihre Vergangenheit kämpfen und ringen, gibt es zuletzt immer die Nation als ein einigendes Band. Man kann sich in Amerika eben auf die Ideale der Verfassungsväter berufen, auch wenn man ganz unterschiedliche Konsequenzen daraus zieht. Dass das bei uns nicht mehr so ist, ist einer der Gründe für den zerfallenen Konsens. Und diese Lage wird durch unsere eigene permanente und ritualisierte kritische Reflexion fortwährend neu erzeugt und intensiviert.

Was soll man machen? Das weiss ich natürlich nicht. Ich nenne nur drei politisch-moralische Forderungen. Erstens: Ich finde, wir müssten uns alle bemühen, diejenigen Elemente an Konsens, die es in unserem Staat gegenüber dem Dritten Reich immer noch gibt, sorglich zu bewahren. Zweitens: Es ist zwar vollkommen normal, dass der Kampf um die Vergangenheit politisch genutzt wird – darüber sollte man sich nicht entsetzlich aufregen –; aber es muss auch ein gewisser Grundkonsens derjenigen, die zusammen im KZ gegessen haben – wie es ihn 1945 gab –, und heute ihrer Erben wiederhergestellt werden: Niemand hat da ein Monopol; die Demokratie ist

pluralistisch, und so die Wendung gegen den Nationalsozialismus. Drit- tens: Es muss die moralisch selbstverständliche Forderung wieder zur öffentlichen Geltung kommen, dass Kritik sich zunächst als Selbstkritik – und sei es auch als Gruppenselbstkritik – auszuweisen hat.

Hans Heigert (München): Ich bin natürlich auch versucht, mich mit einigen Thesen des Herrn Lübke anzulegen, aber ich will es nicht tun, weil einiges schon gesagt worden ist. Mit der Verdrängungsthese bin ich nicht einverstanden. Ich kenne zu viele Menschen, die verdrängen, was ich sogar verstehe. Wenn jemand Fürchterliches hinter sich hat, getan hat, aktiv verschuldet hat, dann kann er wahrscheinlich psychologisch nicht sein ganzes Leben lang so herumlaufen. Er tut's halt weg; das ist im zivilen Leben ebenso wie im öffentlichen.

Ich will aber mehr auf die Gegenwart kommen, was ja das Thema ist. Zunächst einmal etwas Positives: Wir haben – mir ist das in diesen Tagen auf gefallen, als wir hier wieder einmal von der Elite der deutschen Zeitgeschichte gehört haben, wie das damals war und wie es gekommen ist – wieder erfahren, dass die Weimarer Republik auch in ihren guten Jahren – von 1925 bis 1929 – keine erheblichen Identitätsempfindungen in der breiten Bevölkerung zu erzeugen verstand. Bis hinein in die Sozialdemokratie und in das Zentrum – also die sogenannten Weimarer staatstragenden, demokratietragenden Parteien – gab es sehr viele Mandatsträger, für die das eine Vorbehaltedemokratie war. Ja, man war schon dafür, aber eigentlich hätte man es sich anders vorstellen können. Kurzum, die Zahl derer, die damals in den Parlamenten und in der Bevölkerung und in den Medien – in der Presse also, denn andere Medien gab es praktisch noch nicht, der Rundfunk begann erst – erhebliche Vorbehalte gegen das demokratische System der Weimarer Republik hatten, war gross und ist ja dann überwältigend gross geworden. Dies ist, das muss man auch mal sagen, heute anders. Das Zustimmungspotential – wie die Demoskopien das nennen – ist seit den 50er Jahren zum demokratischen System der Bundesrepublik erstaunlich und ganz ausserordentlich gewachsen. Es gibt – die meisten denken, das sei selbstverständlich; es ist nicht selbstverständlich, auch in anderen Ländern nicht – in unseren Parlamenten, bei den aktiven Mandatsträgern, nahezu niemanden, dem man anhängen könnte, dass er eigentlich einen anderen

Staat will. Nahezu niemanden. Es gibt in den Medien, in den grossen Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten, nahezu niemanden, dem man unterstellen könnte, er wolle ein anderes demokratisches oder überhaupt ein anderes nichtdemokratisches System, einen wahren Staat, wie es damals hiess. Das gibt es nicht.

Wenn wir die Demoskopen ernst nehmen, die das übereinstimmend feststellen, so ist auch in der Tat, und zwar jenseits der Wahlergebnisse, die das ja auch bestätigen, die Zahl der Menschen in der Bundesrepublik, die sich identisch fühlen mit diesem System, in diesem System, ausserordentlich gewachsen und ausserordentlich hoch. Das wollen wir ja nicht geringachten. Gleichzeitig ist in jüngerer Zeit zu beobachten – die Demoskopen unterschiedlicher Art weisen darauf hin –, dass es ein wieder langsam anwachsendes Potential rechtsradikalen Denkens zu geben scheint. Das manifestiert sich nicht in der NPD. Wie jedermann weiss, ist diese Partei minimal, und man kann sie eigentlich vergessen. Es entstehen vielmehr oft Bewegungen, die gefährlicher sind als das, was in den etablierten Parteien oder in den Wahlergebnissen zum Vorschein kommt. Dies scheint zu wachsen. Das Bild ist allerdings, das muss ich gleich hinzufügen, noch etwas diffus. Es lässt sich noch nicht genau festmachen. Man kann es noch nicht genau definieren. Man kann definieren, was rechtsradikales Denken ist. Ich will diese Definition jetzt nicht nachholen. Ich komme gleich darauf, was das unter Umständen bedeuten kann.

Zunächst aber ein Hinweis, der mehrfach gemacht wurde. Frau Stern war es, die es zuerst sagte. Obwohl in diesem Lande eine grosse Identifikationsbereitschaft mit dem demokratischen System der Bundesrepublik evident vorhanden ist, gibt es ein grosses Defizit, nämlich die Vergangenheit, sich als Nation zu fühlen, mit dem Begriff «Vaterland» umzugehen, ein Wir-Gefühl zu bekommen: Wir Deutschen. Was wir 1945 hatten, da stimme ich Ihnen zu. Auch wir Jungen, die eigentlich Betroffenen, die Leidtragenden hatten ein Wir-Gefühl mit uns. Wir haben das gemacht; wir sind reingefallen. Wir haben nicht gesagt: Ihr Väter, sondern wir. Das im Unterschied zu heute. Jedenfalls haben wir diese Schwierigkeit. Die lässt sich erklären: Erstens haben uns die Historiker beigebracht, dass die deutsche Nation als Nation erst sehr spät in die deutsche Geschichte eingetreten ist – als die verspätete Nation, so hat es ja Plessner genannt, erst im 19. Jahrhundert und noch dazu von oben und preussisch diktiert Zweitens: Der

Begriff der Nation ist nun in der Tat durch den Nationalsozialismus in einer Weise *ad absurdum* geführt worden, dass wir nach dem Krieg mit unserem ganzen Ehrgefühl das Wort Nation nicht mehr hören konnten oder gar Reich oder Vaterland. Hätten wir nur ein Mutterland gehabt, aber wir hatten eben immer nur ein Vaterland.

Dieses ist erstens die verspätete Nation, zweitens ist sie 1945 in der inneren Empfindung zugrundegegangen. Und drittens – das ist auch schon angedeutet worden –: Wir haben nun einmal eine Teilung Deutschlands, die wir nicht selbst aktiv herbeigeführt haben. Sie ist über uns gekommen, durch unsere Schuld natürlich – daran kann gar kein Zweifel sein –, aber nicht durch unser Betreiben und nicht durch unsere innere Zustimmung. Auch das hindert uns, mit einem Wir-Gefühl einherzugehen.

Falkland ist schon genannt worden. Wir haben eher darüber gelächelt oder uns aufgeregt. Ich finde es faszinierend – eigentlich unangenehm faszinierend –, wie Engländer, die in einer schweren Krise leben – die haben ja keine Ahnung, wie es bei uns ist –, plötzlich einen Krieg machen und vollständig hinter diesem Krieg stehen. Ich meine, sie haben keinen Krieg gemacht, sondern sie haben die Argentinier wieder hinausgeworfen. Das ist undenkbar bei uns, und ich bin eigentlich ganz froh, dass es undenkbar ist.

(Beifall)

Dieses Defizit ist dann nicht schlimm, wenn eine Demokratie Erfolg hat. Und die Tatsache, dass so viele von Allensbach befragte Menschen der Bundesrepublik sich mit dem politischen System der Bundesrepublik identisch fühlen, ist ja darauf zurückzuführen, dass die Bundesrepublik zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine funktionierende und erfolgreiche Demokratie ist.

Meine Frage, die ich nicht beantworten kann, ist die: Was werden wir denn eigentlich in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren machen, wenn das politische System der Demokratie nicht mehr so erfolgreich ist, sondern wir in ungeheuren Spannungsverhältnissen gesellschaftlicher Art leben müssen, in welchen die Aggressionen der Gruppen gegeneinander anwachsen? Sie alle wissen, warum das so sein wird, mit den zurückgehenden Wachstumsraten, mit der Zubetonierung des ganzen Landes. Es ist nicht mehr viel zu machen. Die Sättigungsgrade sind da. Es ist alles komplett und dergleichen. Das steht in jeder besseren Zeitschrift und in Büchern.

Was machen wir miteinander als politisch mündige Menschen, für die wir uns halten, aber ohne ein nationales Identitätsgefühl, das als Grundlage da ist, als Rahmen, so wie in England, in der Schweiz, in Frankreich oder in Holland? Da habe ich meine Sorgen, ob bei uns nicht dann wieder etwas entsteht, das dann natürlich nicht Nationalsozialismus heisst, aber ein anti-liberales Denken, eine Bewegung gegen eine Zukunft, die so lästig ist; gegen eine Umwelt, die unerträglich zu sein scheint; und gegen ein politisches System, das offensichtlich nicht mehr imstande ist, zu regieren – Stichwort: Regierungsunfähigkeit.

Dies sind meine Sorgen zur Gegenwart. Ich kann sie nicht beantworten. Ich kann sie nicht überwinden. Ich kann nicht sagen: So und so geht's lang. Aber ich fürchte, dass die nächsten 15 Jahre etwas unangenehmer und für unser politisches System belastungsreicher als die vergangenen 20, 30 Jahre werden.

C.O. Lenz, Moderator: Sie haben über die Zukunft gesprochen, nachdem wir über die Vergangenheit – das heisst, den Nationalsozialismus in der Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland – gesprochen haben. Ich glaube, es ist jetzt fair, dass ich Herrn Professor Lübke das Wort gebe; denn er hat ja nicht nur Zustimmung empfangen.

Hermann Lübke (Zürich): Zunächst möchte ich Herrn Gerstenmaier zustimmen, dass der Satz, mit welchem ich meinen Vortrag eröffnet habe, der Einschränkung bedarf. Es ist in der Tat missverständlich zu sagen, die Intensität der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus habe zugenommen, je weiter wir uns historisch von ihm entfernten. Für die Historiographie gilt das plausiblerweise, und es gilt auch für die ideologiepolitische Suche nach Rest-Nazismen im Denken des jeweils anderen. Aber es gilt zweifellos nicht für die bekenntnisförmige politische und moralische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach seinem Ende – zum Beispiel für die Erklärung des Rates der EKD vom 19. Oktober 1945 in Stuttgart.

Die retrospektive politische Überlegung, die hinter Herrn Möllers Bemerkung steckt, ist sicherlich schlüssig: Fürs frühe deutsche Nachkriegsverhältnis zum Nationalsozialismus hätte eine entschlossene strafprozessuale Verfolgung nazistischer Verbrechen in eigener, deutscher Regie möglicherweise befreiendere Wirkungen haben können als die Entnazifi-

zierungsverfahren auf Geheiss der Alliierten. Die Frage ist ja, wie aus dem Volk, das wenige Jahre zuvor noch in seiner Mehrheit Hitler zugejubelt hatte, nach dem definitiven Zusammenbruch des Nationalsozialismus das Staatsvolk einer erneuerten Demokratie werden konnte. Die Entnazifizierungsverfahren haben in der Form, in der sie stattfanden, diesen Wandlungsprozess nicht begünstigt, und es liegt nahe, noch im Nachhinein sich Alternativen zu jenen Verfahren auszudenken. Aber das bliebe leider Geschichte im Irrealis.

Herrn Wehlers These, die rasche Integration so vieler Ex-Nazis ins gesellschaftliche System der Bundesrepublik sei im Geiste eines «platten Pragmatismus» erfolgt, kann ich nicht zustimmen. Es ist angemessener zu sagen, dass hier Ex-Nazis Chancen des Neuanfangs gegeben wurden, indem man sicher war, damit keinerlei Neo-Nazismus zu begünstigen. Hätte denn Herr Gerstenmaier die «Persilscheine», von denen er berichtete, gegebenenfalls aus «plattem Pragmatismus» ausgestellt? In Wirklichkeit handelte es sich hierbei doch um die Eröffnung von Reintegrationschancen durch liberale Repräsentanten einer neuen, nach-nazistischen freiheitlichen Ordnung. In der DDR – das ist wahr – war man freilich weniger liberal. Aber heisst das, dass man hier in vorbildlicher Weise antifaschistisch gehandelt hätte? Wer das bejahen möchte, muss auch die Kehrseite akzeptieren: die Eroberung eines personalpolitischen Machtmonopols durch eine andere totalitäre Einheitspartei.

Zu den von Herrn Wehler apostrophierten «milieugeschädigten Professoren», die die Studentenrevolte subjektiv nicht verwunden haben, muss ich mich selbst schon deswegen nicht zählen, weil ich mich zur Zeit dieser Revolte gar nicht im akademischen Milieu aufgehalten habe. Im Übrigen nehme ich diese Revolte und die ihr bis heute nachfolgenden Jugendbewegungen ernst. Ich halte es aber für einen schwerwiegenden Irrtum zu meinen, diese Revolten und Bewegungen hätten ihren moralisch und politisch massgebenden Grund in einem in dieser Generation der Bewegten endlich echt hervorbrechenden Antifaschismus in Verbindung mit einer Empörung übers damalige Versagen der Väter. Das kann schon deswegen nicht wahr sein, weil es sich bei diesen Revolten und Bewegungen ja um ein internationales, näherhin industriegesellschaftsspezifisches Phänomen handelt, das in Deutschland dann eine kontingente Verbindung mit unseren besonderen nazistischen Erblastproblemen einging. Das bedeutet: Die

pure Bekräftigung nazismuskritischer Traditionen – so nötig wir sie im Übrigen haben – ist für sich allein genommen gar kein geeignetes Medium für die Reintegration der Protestbewegung in unser politisches und kulturelles System.

Insoweit bin ich besorgt wie Herr Heigert: Diese Protestbewegung und die ihr nachfolgende Bewegung stummer Verweigerung sind Anzeichen anwachsender Schwierigkeiten, die wir haben, den zivilisatorischen Wandel soziokulturell und politisch zu verarbeiten. Zukunftsgewissheitsschwund, Erfahrungsverluste, erreichte oder bereits überschrittene Grenzen unserer individuellen und institutioneilen Kapazitäten zur Verarbeitung zivilisatorischer Innovationen – das sind insoweit die einschlägigen Stichworte. Mit den Problemen, die durch diese Stichworte gekennzeichnet sind, muss sich auseinandersetzen, wer sich mit den Protest- und Verweigerungsbewegungen auseinandersetzen will. Um Folgeprobleme des Nationalsozialismus handelt es sich insoweit gar nicht.

Frau Sterns Betroffenheit hat mich meinerseits betroffen gemacht. Wenn ich Frau Stern recht verstanden habe, so habe ich den Ausdruck der moralischen Empörung über vermeintliche moralische Versäumnisse der Nachkriegsdeutschen in fälligen Bekenntnissen ihrer Schuld und fälligen Bekundungen ihrer Scham vermissen lassen – und darüber empört sich Frau Stern mir gegenüber ihrerseits. Meine Antwort ist die Frage: Was legitimiert eigentlich Frau Stern zu dieser moralischen Selbsterhebung? Es ist wahr: Ich habe zu zeigen versucht, wieso, alles in allem, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine zustimmungsfähige, ja zustimmungspflichtige Geschichte ist, und zu den Bedingungen dieser Zustimmungsfähigkeit gehört, dass es zu keiner Zeit dieser Geschichte irgendjemandem möglich gewesen wäre, sich öffentlich zur Herrschaft des Nationalsozialismus zu bekennen, ohne sich politisch und moralisch unmöglich zu machen. Das ist der entscheidende Aspekt, auf den es, wie mir scheinen will, politisch ankommt. Fallanalysen von Indizien für die zweifelhafte moralische Binnenbefindlichkeit gewisser Zeitgenossen wären natürlich auch möglich gewesen. Ich überlasse sie gern Frau Stern. Es ist ganz sicher, dass sich dabei mancher Unrat zutage fördern liesse, und es gibt auch Zwecke, für die das ein geeignetes Mittel ist. Ein geeignetes Mittel, uns zur Geschichte der Bundesrepublik in Distanz zu zwingen, ist es nicht. – Im Übrigen, Frau Stern,

repräsentiert Ihr Votum seinerseits den von mir analysierten, für unsere deutsche Gegenwartssituation so charakteristischen Versuch, politische Überbietungskonkurrenzen durch öffentliche Erhebung des Anspruchs auszufechten, dass man zum Nationalsozialismus die moralisch qualifiziertere Beziehung unterhalte. Weil ganz besonders auch in diesem Falle das Moralische sich inzwischen wieder von selbst versteht, steht es jedermann frei, die Zumutung, in eine solche Moral-Konkurrenz einzutreten, als eine Unzumutbarkeit abzuweisen.

Herr Fetscher hat natürlich Recht, wenn er auf den Skandalcharakter zum Beispiel jener bekannten Versuche hinweist, den damaligen Kanzler-Kandidaten Willy Brandt durch Hinweise auf seine Emigrantenjahre bei Wählern missliebiger zu machen. Aber diese und zahlreiche analoge politische Abscheulichkeiten widersprechen meiner Darstellung des deutschen Nachkriegsverhältnisses zum Nationalsozialismus nicht. Sie tun es deswegen nicht, weil sie ja doch – auch damals schon – in gehöriger Weise als Abscheulichkeiten kritisiert und kommentiert worden sind. Meine These ist nicht – das wäre absurd –, die Geschichte der Bundesrepublik kenne solche Skandale nicht. Meine These ist, dass zu dieser Geschichte die Restauration der Geltung jener moralischen und politischen Normen gehört, die uns jene Skandale als Skandale auch damals schon haben identifizieren und kennzeichnen lassen. Das ist es, wovon ich mich in meiner zustimmenden Beurteilung der deutschen Nachkriegsgeschichte habe leiten lassen.

Aus demselben Grund bin ich gleichfalls, Herr Minister Engelhard, durchaus zuversichtlich, was unser zukünftiges deutsches Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit anbetrifft. Auch dieser Kongress, dessen Referaten und Diskussionen ich von der ersten bis zur letzten Minute zugehört habe, ist, wie ich finde, geeignet, solche Zuversicht zu festigen –: Wo man in dieser Form öffentlich über den Nationalsozialismus sich verständigen kann, ist seine Renaissance sehr unwahrscheinlich geworden. Daraus folgt freilich nicht, dass damit auch schon die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie gesichert sei. Herr Heigert hat einige der Probleme angedeutet, die diese Zukunftsfähigkeit durchaus fraglich machen könnten. Aber diese Probleme liegen weit jenseits des Nationalsozialismus, und für ihre Lösung ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eine notwendige, aber keinesfalls eine hinreichende Bedingung.

C.O. Lenz, Moderator: Unser Thema, «Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland», hat viele Facetten, das liegt in der Natur der Sache, einmal dadurch, dass es verschiedene Epochen gegeben hat, es zweitens legitimerweise verschiedene Betrachtungsweisen gibt; aber ich habe doch den Eindruck, die sind hier zum Tragen gekommen und haben in Rede und Gegenrede auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden können.

Bezüglich der Zukunftsfrage möchte ich mich Herrn Lübbe anschließen. Die wird ja nicht mehr allein sein: Wie stehst du zum Nationalsozialismus? Die Bundesrepublik hat – das hat dieser Nachmittag bewiesen – dazu immer eine eindeutige Stellung gehabt. Sondern die Frage wird sein: Werden wir die im Anschluss an den Nationalsozialismus gewonnene deutsche Demokratie unter den Umständen, die vor allen Dingen Herr Möller geschildert hat, unter schwierigen Verhältnissen bewahren können?

Die Tatsache, dass hier in diesem Saal drei Tage lang fast tausend Menschen miteinander diskutiert haben, die Tatsache, dass sie sich als tolerante Diskussionsredner und als tolerante Zuhörer bewiesen haben, scheint mir, lässt dieser Frage doch eine Antwort mit einem positiven Streifen geben. Ich bedanke mich bei Ihnen allen. Ich bedanke mich insbesondere bei denjenigen, die diesen Kongress hier vorbereitet haben, namens der Vereinigung für Parlamentsfragen. Und ich möchte hier zwei Personen nennen, die für die Vereinigung für Parlamentsfragen hier mitgewirkt haben. Das waren Herr Dr. Dübber und Herr Professor Oberreuter, die die Arbeit getan haben, aber die nicht im Rampenlicht sitzen. Deswegen möchte ich sie jetzt wenigstens hier nennen dürfen.

Ich darf jetzt Herrn Wolfgang Treue bitten, den Kongress zu schliessen.

Schlusswort im Namen der Veranstalter

W. Treue: Das Schlusswort zu dieser dreitägigen Konferenz muss kurz sein, und es kann kurz sein. Denn was in diesen Tagen, in diesen Diskussionen erarbeitet worden ist, das kann unmöglich in einigen wenigen Sätzen zusammengefasst werden. Es war eine unglaublich grosse Zahl von Aspekten, die hier erörtert worden sind. Und es war eine ebenso grosse Zahl von Anregungen, die nun der weiteren Verarbeitung bedürfen, und ich bin sicher, dass die Forschung, aber auch die Politik sie aufnehmen wird.

Mit diesem letzten Wort, mit der Aufnahme durch die Politik, meine ich, dass unser Versuch, die Ergebnisse und die Zusammenfassung einer wissenschaftlichen Konferenz in die Diskussion der Politiker, der Journalisten und auch der Wissenschaftler hineinzuführen, gelungen ist. Es konnte hier ebenso wenig wie bei den vorangegangenen Diskussionen etwa erwartet werden, dass ein Konsens entsteht. Dafür sind die Fragestellungen viel zu schwierig, die Voraussetzungen viel zu unterschiedlich und die Zielsetzungen ebenso unterschiedlich. Nicht der Konsens in allen Einzelheiten ist das Entscheidende. Entscheidend ist, dass man miteinander spricht. Das Wort von der Toleranz stand am Eingang dieser Tagung. Das Wort von der Toleranz sollte auch jetzt noch einmal wieder aufgenommen werden.

Noch ein Weiteres möchte ich aufnehmen: den Dank an Sie alle, die Sie durch Ihre Beiträge, und seien es auch Beifalls- oder Missfallenskundgebungen gewesen, das Interesse an der Thematik bewiesen haben. Der Dank gilt – und das ist kein leeres Wort – allen denen, die als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses hier dazu beigetragen haben; denn es ist nicht leicht, in ein solches Gebäude einen Kongress dieser Art aufzunehmen. Der Dank gilt – auch das möchte ich noch einmal wiederholen – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der veranstaltenden Institutionen und meinen verehrten Kollegen aus dem geschäftsführenden und vorbereitenden Ausschuss. Ich darf den Dank an Sie alle wiederholen, meine Damen und Herren, und möchte Ihnen und insbesondere auch unseren ausländischen Gästen eine gute Rückreise wünschen. Die Veranstaltung ist beendet.

Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
APO	Ausserparlamentarische Opposition
BdM	Bund deutscher Mädel
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DRP	Deutsche Reichspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ .	Hitlerjugend
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPDSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
MdB	
MdL	
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	nationalsozialistisch(er)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
SA	«Sturmabteilung» der NSDAP
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	«Schutzstaffel» der NSDAP
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei
ZK	Zentralkomitee

Quellen- und Literaturhinweise

Das folgende Quellen- und Literaturverzeichnis, das nur eine begrenzte Auswahl bieten kann, ist in seinen Abschnitten 4 bis 8 in Anlehnung an die fünf Hauptthemen der Konferenz gegliedert. Auf Taschenbuch-Ausgaben ist besonders hingewiesen. Weitere Literaturangaben sind im Verzeichnis der Diskussionssteilnehmer und Herausgeber (S. 15-24) sowie in den Anmerkungen zu den Vorträgen von Richard Löwenthal (S. 73-74) und Hermann Lübke (S. 345-349) enthalten.

1. Bibliographien und Forschungsberichte

- Bibliographie zur Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1953 ff.
- Funke, Manfred, *Politische Geschichte Deutschlands 1918-1945*, in: Bracher, K. D./Jacobsen, H.-A./Tyrell, A., *Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis*, Düsseldorf 1982.
- Gessner, Dieter, *Das Ende der Weimarer Republik. Fragen, Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer Forschung*, Darmstadt 1978.
- Hillgruber, Andreas, *Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur*, Düsseldorf 1982.
- Hüttenberger, Peter (Hrsg.), *Bibliographie zum Nationalsozialismus*, Göttingen 1980.
- Kehr, Helen/Langmaid, Janet, *The Nazi Era 1919-1945. A select bibliography of published works from the early roots to 1980*, London 1982.
- Wippermann, Wolfgang, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, Darmstadt ⁴1980.

2. Quellensammlungen

- Becker, Josef u. Ruth (Hrsg.), *Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteiensstaates 14. Juli 1933*, München 1983 (dtv 2938).
- Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems*. Zusammengestellt v. U. Brodersen, Paderborn usw. ²1982.
- Hofer, Walther (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945*. Neuausg. Frankfurt a.M. 1982 (Fischer-Tb 6084).

- Michaelis, Herbert/Schraepfer, Ernst (Hrsg.), *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, 26 Bde, Berlin 1958-1977.
- Michalka, Wolfgang, *Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Aussenpolitik*, 2 Bde, München 1983 (dtv 2925/26).
- Michalka, Wolfgang/Niedhart, Gottfried (Hrsg.), *Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Aussenpolitik Weimars 1918-1933*, München ²1982 (dtv 2918).
- Pross, Harry (Hrsg.), *Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933*, Neuausg. Frankfurt a.M. 1983 (Fischer-Tb. 3491).
- Walk, Joseph (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Massnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981.

3. Überblicksdarstellungen

- Bracher, Karl Dietrich, *Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1979.
- Craig, Gordon A., *Geschichte Europas 1815-1980. Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart*, Sonderausgabe München 1983.
- Craig, Gordon A., *Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches*, München 1980.
- Craig, Gordon A., *Über die Deutschen*, München 1982.
- Erdmann, Karl-Dietrich, *Das Zeitalter der Weltkriege*, in: Gebhardt. *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4, Stuttgart ⁹1973/76 (auch dtv 4218-22).
- Fromme, Friedrich-Karl, *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz*, Tübingen ²1962.
- Herzfeld, Hans, *Die Moderne Welt*, 2. Teil: *Weltmächte und Weltkriege. Die Geschichte unserer Epoche 1890-1945*, Braunschweig ⁶1976.
- Hillgruber, Andreas, *Die gescheiterte Grossmacht. Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945*, Düsseldorf 1980.
- Mann, Golo/Heuss, Alfred (Hrsg.), *Popyläen-Weltgeschichte*, Bd. 9: *Das zwanzigste Jahrhundert*, Frankfurt a.M.-Berlin 1960 (auch Ullstein Buch 4737/38).
- Overesch, Manfred/Saal, Friedrich Wilhelm, *Droste Geschichtskalendarium. Chronik deutscher Zeitgeschichte. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Bd. 1: *Die Weimarer Republik*, Bd. 2/1: *Das Dritte Reich 1933-1939*, Düsseldorf 1982.
- Parker, R.A.C., *Das Zwanzigste Jahrhundert I. 1918-1945*, in: *Fischer Weltgeschichte*, Bd. 34, Frankfurt a.M. 1967.

4. Demokratie in der Krise

- Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Bd. 1: *Antisemitismus*, Bd. 2: *Imperialismus*, Bd. 3: *Totale Herrschaft*, Frankfurt a.M. 1975 (Ullstein Buch 35084, 3182, 3183).
- Ay, Karl-Ludwig, *Die Deutsche Revolution 1914-1948. Bemerkungen über gesellschaftlichen Wandel und Epochenbegriff*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, 38 (1975).
- Bracher, Karl Dietrich, *Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert*, Berlin 1981.
- Buchheim, Hans, *Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale*, München²1962.
- Dahrendorf, Ralf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München⁴1971.
- De Felice, Renzo, *Die Deutungen des Faschismus*, Göttingen-Zürich 1980.
- Deutscher Sonderweg. Mythos oder Realität?* (Colloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München), München-Wien 1982.
- Dupeux, Louis, *Strategie communiste et dynamique conservatrice. Essais sur les différents sens de l'expression «Nationalbolschévisme» en Allemagne sous la République de Weimar (1919-1933)*, Paris 1976.
- Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis in die Gegenwart*, Reinbek²1981 (rororo 7470).
- Klemperer, Klemens von, *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München-Wien 1962.
- Kocka, Jürgen, *Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie*, Göttingen 1977.
- Laqueur, Walter, *Weimar. Die Kultur der Republik*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1976.
- Lepsius, Rainer M., *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart 1966.
- Luna, Giovanni de, *Mussolini*, Reinbek 1978 (rororo Bildmonographien 270).
- Möller, Horst, *Die nationalsozialistische Machtergreifung – Konterrevolution oder Revolution?*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 31. Jg. (1983), S. 25-51.
- Mohler, Armin, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932*, Darmstadt²1972.
- Mosse, George L., *Ein Volk – Ein Reich – Ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus*, Königstein 1979.
- Nipperdey, Thomas, *1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, Königstein 1980.
- Nolte, Ernst, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München⁵1979.

- Nolte, Ernst, *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968.
- Nolte, Ernst, *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964-1976*, Stuttgart 1977.
- Nolte, Ernst (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Königstein ⁵1979.
- Pulzer, Peter G., *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914*, Gütersloh 1966.
- Revolution conservatrice et modernité. Revue d'Allemagne*, 14. Jg. (1982), Sonderheft.
- Schoenbaum, David, *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*, München ²1981 (dtv 1590).
- Schüddekopf, Otto-Ernst, *Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933*, Neuausg. Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1972.
- Schulz, Gerhard, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1975.
- Sontheimer, Kurt, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München ⁴1983.
- Turner, Henry Ashby, Jr. (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972.
- Zapf, Wolfgang, *Wandlungen der deutschen Elite*, München 1965.

5. Geschichte und Zerstörung der Weimarer Republik

- Apelt, Willibalt, *Geschichte der Weimarer Verfassung*, München ²1964.
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Königstein ⁶1978 (Athenäum-Droste-Tb. 7216).
- Bracher, Karl Dietrich, *Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur*, München 1964.
- Buchheim, Karl, *Die Weimarer Republik*, München 1977 (Heyne-Tb. 17/5).
- Conze, Werner/Raupach, Hans (Hrsg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, Stuttgart 1967.
- Erdmann, Karl Dietrich/Schulze, Hagen (Hrsg.), *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute*, Düsseldorf 1980.
- Eschenburg, Theodor, *Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik*, München 1964.
- Heiber, Helmut, *Die Republik von Weimar*, München ¹⁵1982 (dtv 4003).
- Herzfeld, Hans, *Die Weimarer Republik*, Frankfurt a.M.-Berlin 1966 (Ullstein Buch 3846).
- Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 6: *Die Weimarer Reichsverfassung*, Stuttgart u.a. 1981.

- Jasper, Gotthard (Hrsg.), *Von Weimar zu Hitler 1930-1933*, Köln-Berlin 1968.
- Koebner, Thomas, *Weimars Ende. Prognosen und Diagnosen in der deutschen Literatur und politischen Publizistik 1930-1933*, Frankfurt a.M. 1982 (Suhrkamp-Tb. 2018).
- Lill, Rudolf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.), *Machtverfall und Machtergreifung. Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 1983.
- Matthias, Erich/Morsey, Rudolf (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellung und Dokumente*, Düsseldorf 1960, Neuausg. 1979 (Athenäum-Droste-Tb. 7220).
- Milatz, Alfred, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*, Bonn 1965.
- Mommsen, Hans/Petzina, Dieter/Weisbrod, Bernd (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, 2 Bde, Düsseldorf 1974 (auch Athenäum-Droste-Tb. 7206).
- Preller, Ludwig, *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Kronberg-Düsseldorf²1978.
- Rittberger, Volker (Hrsg.), *1933 – Wie die Demokratie der Diktatur erlag*, Stuttgart 1983.
- Rosenberg, Arthur, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, Neuausg. Frankfurt a.M. 1983.
- Schieder, Theodor (Hrsg.), *Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik*, München 1971.
- Schulz, Gerhard, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reformpolitik in der Weimarer Republik*, Bd. 1: *Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus*, Berlin 1963.
- Schulze, Hagen, *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Berlin 1982.
- Schwarz, Albert, *Die Weimarer Republik*, in: Just, Leo (Hrsg.), *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Bd. 4/1, Frankfurt a.M. 1973.
- Stürmer, Michael (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, Königstein 1980.
- Tormin, Walter (Hrsg.), *Die Weimarer Republik*, Hannover²³1983 (Edition Zeitgeschehen).

6. Errichtung und Geschichte der NS-Diktatur

- Aleff, Eberhard (Hrsg.), *Das Dritte Reich*, Hannover²⁰1982 (Edition Zeitgeschehen).
- Anatomie des SS-Staates*, 2 Bde, München³1982 (dtv 2915/16).
- Bracher, Karl Dietrich, *Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus*, Köln-Berlin²1980.
- Bracher, Karl Dietrich/Schulz, Gerhard/Sauer, Wolfgang, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären*

- Herrschaftssysteme in Deutschland 1933/34*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1979 (Ullstein Buch 2992-94).
- Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz*, Bonn 1983.
- Broszat, Martin, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München ¹⁰1982 (dtv 4009).
- Broszat, Martin/Möller, Horst (Hrsg.), *Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte*, München 1983.
- Bullock, Alan, *Hitler. Eine Studie über Tyrannei*, Neubearbeitung Düsseldorf 1967 (auch Athenäum-Droste-Tb. 7200).
- Burkert, Hans-Norbert/Matussek, Klaus/Wippermann, Wolfgang, *«Machtergreifung» Berlin 1933*, Berlin 1983.
- Carr, William, *Adolf Hitler. Persönlichkeit und politisches Handeln*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1980.
- Diehl-Thiele, Peter, *Partei und Staat im Dritten Reich*, München ²1971.
- Fest, Joachim C., *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1973 (auch Ullstein Buch 3273/74).
- Fleming, Gerald, *Hitler und die Endlösung*, Wiesbaden-München 1982.
- Fraenkel, Ernst, *Der Doppelstaat*, Neuausg. Frankfurt-Köln 1974.
- Gilbert, Martin, *Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas*, Reinbek 1982 (rororo aktuell 5031).
- Goriély, Georges, *Hitler prend le pouvoir*, Brüssel 1982.
- Graf, Christoph, *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur*, Berlin 1983.
- Haffner, Sebastian, *Anmerkungen zu Hitler*, Frankfurt a.M. ²1981 (Fischer-Tb. 3489).
- Hildebrand, Klaus, *Das Dritte Reich*, München ³1981.
- Hoegner, Wilhelm, *Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933*, Frankfurt a.M. 1979 (Fischer-Tb. 3420).
- Hofer, Walther, *Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*, in: Just, Leo (Hrsg.), *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Bd. 4/II, Konstanz 1965.
- Hofer, Walther, u.a. (Hrsg.), *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation*, Bd. 1: Berlin 1972, Bd. 2: München-New York-London-Paris 1978.
- Hoffmann, Peter, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München ³1979.
- Jäckel, Eberhard, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Stuttgart²1981.
- Kershaw, Ian, *Der Hitler-Mythos 1920-1945*, Stuttgart 1980.
- Kogon, Eugen, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München ¹⁰1981 (Heyne-Tb. 01/7072).

- Löwenthal, Richard/von zur Mühlen, Patrick (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland, 1933-1945*, Bonn-Bad Godesberg 1982.
- Mason, Timothy W., *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1977.
- Megerle, Klaus, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Berlin 1982.
- Neumann, Franz, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, Neuausg. Frankfurt a.M. 1977.
- Reppen, Konrad, *Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Versuch einer Bilanz*, Saarbrücken 1967.
- Roon, Ger van, *Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick*, München ²1981.
- Scheffler, Wolfgang, *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933-1945*, Frankfurt a.M.-Wien-Zürich 1961 (gekürzte Fassung: *Zur Politik und Zeitgeschichte*, Heft 4).
- Scholder, Klaus, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, Frankfurt a.M.-Berlin-Wien 1977.
- Schumann, Hans-Gerd, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der «Deutschen Arbeitsfront»*, Hannover-Frankfurt a.M. 1958.
- Vogelsang, Thilo, *Die nationalsozialistische Zeit. Deutschland 1933 bis 1939*, Frankfurt a.M.-Berlin ⁵1980 (Ullstein Buch 3847).
- Zipfel, Friedrich, *Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945*, Berlin 1965.

7. Das Dritte Reich und Europa – Der Weg in den Krieg

- Adamthwaite, Anthony, *France and the Coming of the Second World War*, London 1977.
- Bariéty, Jacques, *République de Weimar et Régime Hitlérien 1918-1945*, Paris 1973.
- Baumont, Maurice, *Les origines de la deuxième guerre mondiale*, Paris 1969.
- Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hrsg.), *Sommer 1939. Die Grossmächte und der europäische Krieg*, Stuttgart 1979.
- Bloch, Charles, *Hitler und die europäischen Mächte 1933/34*, Frankfurt a.M. 1966.
- Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans-Erich (Hrsg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975.
- Funke, Manfred (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976 (auch Athenäum-Droste-Tb. 7213).
- Hauser, Oswald, *England und das Dritte Reich*, Bd. 1, Stuttgart 1972.
- Hildebrand, Klaus, *Deutsche Aussenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz ⁴1980.

- Hillgruber, Andreas, *Hitlers Strategie*, Frankfurt a.M. ²1982.
- Hillgruber, Andreas, *Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategien der grossen Mächte*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1982.
- Hofer, Walther, *Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939. Mit Dokumenten*, Neuaufl. Frankfurt a.M. 1964.
- Jacobsen, Hans-Adolf, *Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-38*, Frankfurt a.M.-Berlin 1968.
- Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1941 und 1942*, Stuttgart 1981.
- Michalka, Wolfgang (Hrsg.), *Nationalsozialistische Aussenpolitik*, Darmstadt 1978.
- Milward, Alan S., *Die deutsche Kriegswirtschaft*, Stuttgart 1966.
- Müller, Klaus-Jürgen, *Das Heer und Hitler*, Stuttgart 1969.
- Niedhart, Gottfried (Hrsg.), *Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des zweiten Weltkrieges?*, Darmstadt 1976.
- Petersen, Jens, *Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1936-1939*, Tübingen 1973.
- Ranki, György, *19. März 1944. Die deutsche Besetzung Ungarns, Budapest 1983*.
- Ruffmann, Karl-Heinz, *Sowjetrussland 1917-1977. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht*, München ⁹1981 (dtv 4008).
- Schieder, Wolfgang, u.a. (Hrsg.), *Der spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik*, München 1976
- Steinert, Marlis, *Hitlers Krieg und die Deutschen*, Düsseldorf-Wien 1970.
- Weinberg, Gerhard L., *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, Bd. 1: *Diplomatic revolution in Europe 1933-1936*, Bd. 2: *Starting World War II 1937-1939*, Chicago 1970, 1980.

8. Nationalsozialismus und deutsche Gegenwart

- Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?*, Frankfurt a.M. 1980.
- Bossmann, Dieter (Hrsg.), *«Was ich über Adolf Hitler gehört habe». Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüleraufsätzen von heute*, Frankfurt a.M. 1977 (Fischer-Tb. 1935).
- Bracher, Karl Dietrich, *Zeit der Ideologien*, Stuttgart 1982.
- Bracher, Karl Dietrich, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München ⁴1980 (Serie Piper 142).
- Broszat, Martin, *Siegerjustiz oder strafrechtliche «Selbstreinigung». Aspekte der Vergangenheitsbewältigung der deutschen Justiz während der Besat-*

- zungszeit 1945-1949, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 29. Jg. (1981), S. 477-544.
- Fürstenau, Justus, *Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik*, Neuwied-Berlin 1969.
- Gewalt von rechts. Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik*, Bonn 1982.
- Henkys, Reinhard, *Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht*, Stuttgart ²1965.
- Heydecker, Joe/Leeb, Johannes, *Bilanz der tausend Jahre. Die Geschichte des Dritten Reiches im Spiegel des Nürnberger Prozesses*, Neuausg. München 1975.
- Höffken, Heinz-Werner/Sattler, Martin, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, Opladen 1980.
- Italiaander, Rolf (Hrsg.), *Wir erlebten das Ende der Weimarer Republik. Zeitgenossen berichten*, Düsseldorf 1982.
- Jaspers, Karl, *Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung*, München 1979.
- Kalow, Gert, *Hitler – das gesamtdeutsche Trauma*, München 1967.
- Knopp, Guido/Wiegmann, Bernd, *Warum habt ihr Hitler nicht verhindert? Fragen an Mächtige und Ohnmächtige*, Frankfurt a.M. 1982 (Fischer-Tb. 3476).
- Langbein, Hermann, *Im Namen des deutschen Volkes. Zwischenbilanz der Prozesse wegen nationalsozialistischer Verbrechen*, Wien usw. 1963.
- Langbein, Hermann (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess. Eine Dokumentation in zwei Bänden*, Frankfurt a.M. 1965.
- Löwenthal, Richard (Paul Sering), *eHsez7s des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung. Mit einer ausführlichen Einführung: Nach 30 Jahren*, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1976.
- Meyers, Peter/Riesenberger, Dieter (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus in der historisch-politischen Bildung*, Göttingen 1979.
- Mitscherlich, Alexander und Margarete, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1977 (Serie Piper 168). *Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem. Beiträge zur Behandlung des NS-Systems und des deutschen Widerstands im Unterricht*, Bonn 1980.
- Oppitz, Ulrich-Dieter, *Strafverfahren und Straf Vollstreckung bei NS-Gewaltverbrechen. Darge stellt anhand von 542 rechtskräftigen Urteilen deutscher Gerichte aus der Zeit von 1946 bis 1976*, Ulm ²1979.
- Rückerl, Adalbert, *NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung*, Heidelberg 1982.
- Steinbach, Peter, *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945*, Berlin 1981.
- Weizsäcker, Richard von/Brandt, Willy/Kohl, Helmut/Bracher, Karl Dietrich, *Geschichte mahnt. 30. Januar 1933-30. Januar 1983*, Reden ... im Reichstagsgebäude in Berlin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1983.

Personenregister

Das folgende Register enthält in den Reden und Diskussionsbeiträgen der Konferenz erwähnte Personen und kurze Erläuterungen, die sich auf die in den Beiträgen angesprochenen Funktionen der Genannten konzentrieren (in Klammern steht jeweils das Geburts- und das Todesjahr).

Nicht aufgenommen sind dabei in der Regel Personen, die im Text allein als Autoren von Werken über die hier behandelte Epoche oder als Konferenzteilnehmer oder als Gegenwartspolitiker angesprochen sind, sowie – da durchgängig vorkommend – der Name Adolf Hitler (1889-1945).

Adenauer, Konrad (1876-1967), Zentrums- bzw. CDU-Politiker, Oberbürgermeister von Köln 1917-33, Präsident des preussischen Staatsrates 1920-33, Bundeskanzler 1949-63 163, 351 f., 354.

Anschütz, Gerhard (1867-1948), dt. Jurist, Kommentator der alten preussischen Verfassung und der Weimarer Reichs Verfassung 212.

Arnold, Matthew (1822-1888), engl. Dichter und Literaturkritiker 301.

Barth, Karl (1886-1968), Schweiz, ref. Theologe 253.

Beck, Ludwig (1880-1944), Generaloberst, Generalstabschef 1935, Rücktritt 1938, Widerstandskämpfer, Tod am 20.7.1944 323.

Benesch, Eduard, (1887-1948), tschechoslowak. Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, Aussenminister 1918-1935, Ministerpräsident 1921/22, Staatspräsident 1935-38 und 1945-48 72.

Binding, Rudolf G. (1867-1938), dt. Schriftsteller 243.

Bismarck, Otto Fürst von (1815-1898), Reichskanzler 1871-90 146, 181, 236, 270, 288, 300.

Blomberg, Werner von (1878-1946), dt. General, Reichswehrminister seit 1933, Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht 1935-38, durch Intrige gestürzt («Blomberger-Fritsch-Affäre») 52.

Bonhoeffer, Dietrich (1906-1945), dt. ev. Theologe, Direktordes Predigerseminars der Bekennenden Kirche, Widerstandskämpfer, hingerichtet 1945 164.

Bose, Subhas Chandra (1897-1945), indischer Politiker, 1938/39 Vorsitzender der Kongresspartei, 1941 Flucht nach Deutschland, versuchte eine «Indische Nationalarmee» aus indischen Kriegsgefangenen zu bilden 308.

Brandt, Willy (geb. 1913), SPD-Politiker, Emigration 1933, Bundeskanzler 1969-1974 357, 365, 377.

- Braun, Otto* (1872-1955), SPD-Politiker, preuss. Ministerpräsident 1920-33, entmachtet durch Papens «Preussenputsch» 20.7.1932, Emigration 1933 135, 172, 175.
- Bredow, Ferdiand E. von* (1884-1934), dt. General, Leiter der Abwehrabteilung im Reichswehrministerium 1931-33, ermordet 1934 («Röhm-Putsch») 60.
- Brentano, Heinrich von* (1904-1964), CDU-Politiker, Bundesausenminister 1955-61 351.
- Briand, Aristide* (1862-1932), frz. Politiker, mehrfach Ministerpräsident und Ausenminister, Friedensnobelpreis 1926 351.
- Brüning, Heinrich* (1885-1970), Zentrums-Politiker, Reichskanzler 1930-1932, Emigration 1934 42,50 f., 57, 91, 105, 110 ff., 118, 121, 132, 135, 149f., 152f., 157f., 161, 163, 165, 175, 207, 225, 308ff.
- Burckhardt, Jacob* (1818-1897), Schweiz. Kultur- und Kunsthistoriker 191.
- Chamberlain, Houston Stewart* (1855-1927), engl.-dt. Schriftsteller u. Kulturphilosoph, Schwiegersohn Richard Wagners, u.a. Schriften, die die NS-Rassenlehre beeinflussten. 46, 176.
- Chamberlain, K. Neville* (1869-1940), brit. Politiker, Schatzkanzler, Ausenminister und Premierminister 1937-40, Mitunterzeichner des Münchener Abkommens von 1938 über die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich 216, 290, 316.
- Chruschtschow, Nikita S.* (1894-1971), Sowjet. Politiker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU 1953-64, Ministerpräsident 1958 bis 1964 72.
- Colbert, Jean Baptiste* (1619-1683), frz. Staatsmann unter König Ludwig XIV., Haupt Vertreter des Merkantilismus 287.
- Cripps, Richard Stafford* (1889-1952), brit. Politiker, Gesandter in Moskau 1940-42 283.
- Croce, Benedetto* (1866-1952), ital. Philosoph, Historiker und Politiker 305.
- Cromwell, Oliver* (1599-1658), engl. Staatsmann und Heerführer, nach Bürgerkrieg und Hinrichtung König Karls I. 1649 Haupt des Staatsrats, seit 1653 Lord-Protector mit diktatorischer Macht 44.
- Curtius, Julius* (1877-1948), Jurist und DVP-Politiker, Reichswirtschaftsminister 1926-29, Reichsausenminister 1929-31 263.
- Daladier, Edouard* (1884-1970), frz. Ministerpräsident 1933, 1934 und 1938-40, Mitunterzeichner des Münchener Abkommens von 1938 301.
- David, Eduard* (1863-1930) SPD-Politiker, 1. Präsident der Weimarer Nationalversammlung, Reichsminister ohne Geschäftsbereich bzw. Reichsinnenminister 1919-20 132.

- Diels*, Rudolf (1900-1957), Dezernent in der Polizeiabteilung des preussischen Innenministeriums 1930-33, erster Gestapo-Chef 1933 bis 1934 232.
- Dimitroff*, Georgi (1882-1949), bulgar. Politiker, führender Mitarbeiter, seit 1935 Generalsekretär der Kommunist. Internationale, 1933 im Reichstagsbrandprozess angeklagt und freigesprochen, bis 1945 in der Sowjetunion, seit 1946 bulgar. Ministerpräsident 334.
- Drexler*, Anton (1884-1942), Mitbegründer und erster Vorsitzender der Deutschen Arbeiterpartei, aus der die NSDAP hervorging, 1921 von Adolf Hitler als Vorsitzender abgelöst 47.
- Drieu la Rochelle*, (1893-1945), frz. Schriftsteller 225.
- Ebert*, Friedrich (1871-1925), SPD-Politiker, Reichspräsident 1919 bis 1925 129, 136, 355.
- Eckart*, Dietrich (1868-1923), dt. nationalist. Schriftsteller, Förderer Hitlers seit 1919, Hauptschriftleiter des «Völkischen Beobachters» 1921-23 47.
- Eichmann*, Adolf (1906-1962). SS-Obersturmbannführer, Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt seit 1939, mit der Organisation der Judenvernichtung beauftragt, nach 1945 in Argentinien, 1960 nach Israel entführt, dort nach Prozess und Todesurteil hingerichtet 338.
- Elser*, Georg, Schreiner, nach Hitler-Attentat im Münchner Bürgerbräukeller (9. 11. 1939) verhaftet, 1945 im KZ Dachau getötet 218.
- Ephialtes* (5. Jh. vor Chr.), Grieche, der dem Perserkönig Xerxes I. die Möglichkeit zur Umgehung der griechischen Stellung bei den Thermopylen verriet 234.
- Epp*, Franz Xaver Ritter von (1868-1946), dt. General und NS-Politiker, Reichskommissar und Reichsstatthalter in Bayern 1933-45 55.
- Ernst*, Johann (1888-1969), Zentrums-Politiker und Reichstagsabgeordneter 1932/33, nach 1945 CDU 235.
- Fraenkel*, Ernst (1898-1975), dt. Politikwissenschaftler 117, 250.
- Freud*, Sigmund (1856-1939), Begründer der Psychoanalyse 142.
- Freyer*, Hans (1887-1969), dt. Philosoph und Soziologe 99.
- Frick*, Wilhelm (1877-1946), NS-Politiker und -Jurist, am Hitler-Putsch 1923 beteiligt, Reichstags-Fraktionsvorsitzender seit 1928, thüring. Innenminister 1930/31, als Reichsinnenminister 1933-43 verantw. für Gleichschaltung und Rassengesetze, Reichsprotektor in Böhmen und Mähren 1943-45 58.
- Gahlentz*, Otto Heinrich v. d. (1898-1972), dt. Politikwissenschaftler 117.
- Galbraith*, J. Kenneth (geb. 1908), Amerik. Volkswirtschaftler, entwickelte die Theorie von der gegengewichtigen Marktmacht 162.
- Geiger*, Theodor (1891-1952), dt. Soziologe 81, 208.

- Globke*, Hans (1898-1973), dt. Beamter, u.a. im preuss. und Reichsinnenministerium 1932-1945 Referent für Staatsangehörigkeitsfragen, Mitherausgeber eines Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen 1935, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1953-1969 248, 359.
- Gobineau*, Joseph Arthur Comte de (1816-1882), frz. Schriftsteller und Diplomat, stellte Rassentheorie auf 46.
- Goebbels*, Joseph (1897-1945), NS-Politiker, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda 1933-45 49, 53, 57, 188 f., 192 f., 214, 246, 262.
- Göring*, Hermann (1893-1946), NS-Politiker, Reichstagspräsident seit 1932, Preuss. Innenminister und Ministerpräsident sowie Reichsminister der Luftfahrt seit 1933, Selbstmord nach Todesurteil in Nürnberg 1946 33, 52 f., 192, 218, 243, 278 f., 293, 296, 320, 322, 324, 352
- Grewe*, Wilhelm G. (geb. 1911), dt. Diplomat und Staatsrechtslehrer 122.
- Groener*, Wilhelm (1867-1939), dt. General und Politiker, Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister 1918, Zusammenarbeit nister 1920-23, Reichswehrminister 1928-32, 1931/32 zugl. Reichsinnenminister 51.
- Hammerstein*, Kurt Frh. v. (1878-1943), Generaloberst, Chef der Heeresleitung seit 1930, 1933 verabschiedet 217.
- Hegel*, Georg W. F. (1770-1831), dt. Philosoph 129.
- Held*, Heinrich (1868-1938), Zentrums-Politiker (seit 1918 Bayerische Volkspartei), bayer. Ministerpräsident 1924-1933 54.
- Herzfeld*, Hans (1892-1982), dt. Historiker, Vorsitzender der Historischen Kommission zu Berlin 1959-78 117.
- Hilferding*, Rudolf (1877-1941), SPD-Politiker, führender Finanzsachverständiger der SPD, Reichsfinanzminister 1923, 1928-29 108, 148, 178.
- Himmler*, Heinrich (1900-1945), NS-Politiker, seit 1929 Reichsführer SS, seit 1934 Chef der Gestapo und seit 1936 der Dt. Polizei, Organisator der Judenvernichtung 60, 220, 352.
- Hindenburg*, Paul von (1847-1934), Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabs des Feldheeres in der Obersten Heeresleitung 1916-18, Reichspräsident 1925-34 42, 51, 53 ff., 60, 77, 79, 83, 95, 111, 129, 132, 138, 146, 151, 165 f., 173, 175, 188, 198, 230, 234 f.
- Hugenberg*, Alfred (1865-1951), deutschnationaler Politiker, Chef des Hugenberg-Medienkonzerns, 1931 Mitbegründer der «Harzburger Front», Wirtschafts- und Ernährungsminister im Kabinett Hitler 1933 49, 52, 54, 58, 173, 198, 218, 228 f., 234.
- Juchacz*, Marie (1879-1956), SPD-Parlamentarierin 1919-33, Sozialpolitikerin und Frauensekretärin 165.

- Jünger*, Ernst (geb. 1895), dt. Schriftsteller 99.
- Jung*, Edgar (1894-1934), dt. konservat. Schriftsteller, enger polit. Berater Papens, dessen von Hitlers Politik warnende «Marburger Rede» vom 17.6.1934 er verfasste, 1934 ermordet («Röhm-Putsch») 99, 131.
- Kaas*, Ludwig (1881-1952), kath. Theologe und Politiker, Vorsitzender des Zentrums 1928-33 57, 234.
- Kahle*, Paul Ernst (1875-1964), dt. Semitist und ev. Theologe 241.
- Kapp*, Wolfgang (1858-1922), nationalist. Politiker, Generallandschaftsdirektor in Ostpreussen 1906-20, unternahm im März 1920 zus. mit General Walther Frh. vom Lüttwitz (1859-1942) Putschversuch gegen die Reichsregierung 213, 236, 353 f.
- Kempner*, Robert (geb. 1899), Justitiar in der Polizeidabt. des preuss. Innenministeriums seit 1928, 1933 entlassen, 1935 Emigration, 1945-49 Ankläger in den Nürnberger Prozessen, seit 1951 Rechtsanwalt in Frankfurt a.M. 173.
- Keynes*, John Maynard (1883-1946), führender engl. Theoretiker der neuzeitlichen Nationalökonomie 108, 121, 163.
- Kissinger*, Henry A. (geb. 1923), amerik. Politiker und Politikwissenschaftler, US-Aussenminister 1973-1977 304.
- Kohl*, Helmut (geb. 1930), CDU-Politiker, Bundeskanzler seit 1982 (Grusswort) 28 f.
- Kroll*, Joseph (gest. 1848), Berliner Restaurator, Begründer des Kroll-Etablissements, das 1898 zur Kroll-Oper umgebaut wurde, nach dem Reichstagsbrand 1933 als Reichstags-Plenarsaal diente 235.
- Krupp v. Bohlen und Halbach*, Alfred (1907-1967), dt. Industrieller 154, 159, 244.
- Lagarde*, Paul Anton de (1827-1891), dt. Orientalist und Philosoph 176.
- Langbehn*, Julius (1851-1907), dt. Schriftsteller und Kulturkritiker 176.
- Laski*, Harold J. (1893-1950), brit. Politiker und Politikwissenschaftler 94.
- Laval*, Pierre (1883-1945), frz. Politiker, Minister und Ministerpräsident, auch nach der deutschen Besetzung Frankreichs, 1945 hingerichtet 290.
- Lenin*, Wladimir Iljitsch (1870-1924), Gründer der russischen bolschewistischen Partei 1912 und des Sowjet-Staates nach der Novemberrevolution 1917, Mitbegründer der Komintern 1919 54, 65-68, 71 f., 100.
- Litwinow*, Maxim M. (1876-1951), Sowjet. Politiker, Leiter des Aussenkommissariates 1930-39 319.
- Lloyd George*, David (1863-1945), brit. Politiker, Schatzkanzler 1908 bis 1915, Premierminister 1916-22 90, 311.
- Ludendorff*, Erich (1865-1937), dt. Generalstabsoffizier, 1916-18 mit Hinden-

- burg als Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, Beteiligung am Hitler-Putsch 1923 49, 289.
- Ludwig XIV.* (1638-1715), König von Frankreich 287.
- Macdonald*, J. Ramsay (1866-1937), brit. Politiker, Premierminister 1924 und 1929-1935 107.
- Malmesbury*, James H. H. Earl of (1807-1889), brit. Politiker, Aussenminister 1852 und 1858/59, Geheimsiegelbewahrer 1866-68 und 1874 bis 1876 316.
- Marx*, Karl (1818-1883), dt. Philosoph und Nationalökonom 43, 65, 76, 100, 142, 160.
- Masaryk*, Jan (1886-1948), tschechoslowak. Politiker, Aussenminister der Londoner Exilregierung 1940-45, der Regierung in Prag 1945 bis 48 72.
- Matteotti*, Giacomo (1885-1924), ital. Sozialistenführer, 1924 ermordet 70.
- Meinecke*, Friedrich (1862-1954), dt. Historiker 227.
- Molotow*, Wjatscheslaw M. (geb. 1890), Sowjet. Politiker, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare 1930-41, Aussenminister 1939-49 und 1953-56 315.
- Mosley*, Oswald E., Sir (1896-1981), brit. Faschistenführer 226.
- Müller*, Hermann (1876-1931), SPD-Politiker, Reichskanzler 1920, 1928-1930 50, 93, 118, 144, 174 f.
- Mussolini*, Benito (1883-1945), Gründer der faschistischen Bewegung Italiens 1919, Regierungschef 1922-43 48, 58, 64, 68-71, 76, 91, 215, 225f., 311, 319.
- Nadolny*, Rudolf (1873-1953), dt. Diplomat, Botschafter in Moskau 1933-34 319.
- Napoleon III.*, Charles Louis Napoleon Bonaparte (1808-1873), frz. Politiker, nach der Februarrevolution 1948 zum Staatspräsidenten gewählt, Staatsstreich 1851, nach Plebiszit als Napoleon III. Kaiser der Franzosen 1852-70 (Kapitulation bei Sedan im dt.-frz. Krieg) 64, 300.
- Nasser*, Gamal Abd el (1918-1970), ägypt. Offizier und Politiker, Staatsoberhaupt 1954-70 308.
- Neumann*, Franz L. (1900-1954), dt. Historiker 117, 142.
- Neumann*, Sigmund (1904-1962), dt. Historiker 117.
- Neurath*, Konstantin Frh. von (1873-1956), Reichsaussenminister 1932 bis 1938, Reichsprotector in Böhmen und Mähren 1939-43 262, 278, 324.
- Nietzsche*, Friedrich (1844-1900), dt. Philosoph 142, 176, 301.
- Oberfohren*, Ernst (1881-1933), DNVP-Politiker, Fraktionsvorsitzender 1929-33 58.

- Ott*, Eugen, Oberstleutnant, Chef der Wehrmachtsabt. im Ministeramt der Reichswehr, leitete 1932 milit. Planspiel für den Fall des «Staatsnotstandes» 152.
- Papen*, Franz von (1879-1969), Reichskanzler 1932, Vizekanzler im Kabinett Hitler 1933-34 42, 51 f., 54, 60, 91, 95, 105, Ulf., 118, 132, 139, 152, 161, 179, 198, 218, 228 f., 232, 234.
- Peron*, Juan Domingo (1895-1974), argentin. General und Politiker, Präsident 1946-55 308.
- Pilsudski*, Josef (1867-1935), poln. Militär und Politiker, Marschall von Polen seit 1920, Premierminister 1926-28 und 1930, Verteidigungsminister 1926-1935 111, 318.
- Plessner*, Helmuth (geb. 1892), dt. Philosoph 372.
- Quadt zu Wykradt und Isny*, Eugen Graf von (1887-1940), BVP-Politiker, bayer. Staatsminister 1933, nach Rücktritt und Auflösung der BVP Übertritt zur NSDAP 57.
- Quisling*, Vidkun (1887-1945), norweg. Politiker, Kriegsminister 1931 bis 1933, gründete 1933 die faschist. Partei Nasjonal Samling, nach der dt. Besetzung Norwegens Regierungschef 1942-45, wegen Hochverrats 1945 zum Tode verurteilt 64.
- Radek*, Karl (1885-1939), Sowjet. Politiker, Mitglied des Präsidiums des Exekutiv-Komitees der Komintern, als Trotzki 1924 seiner Positionen enthoben 307.
- Rathenau*, Walther (1867-1922), dt. Industrieller und DDP-Politiker, Reichsaussenminister 1922, als «Erfüllungspolitiker» von nationalist. und antisemit. Gruppen angefeindet, von Attentätern ermordet 38.
- Ribbentrop*, Joachim von (1893-1946), NS-Politiker, Reichsaussenminister 1938-45 220, 278, 322, 324, 353.
- Robespierre*, Maximilien de (1758-1794), frz. Politiker, Mitglied der Nationalversammlung 1789, des Wohlfahrtsausschusses seit 1793 mit allmählich diktatorischer Macht, gestützt und guillotiniert 1794 44.
- Röhm*, Ernst (1887-1934), NS-Politiker und SA-Führer, seit 1952 Stabschef der SA, 1934 auf Befehl Hitlers ermordet («Röhm-Putsch») 48 f., 59, 195, 207.
- Rolland*, Romain (1866-1944), frz. Schriftsteller 243.
- Roosevelt*, Franklin D. (1882-1945), Präsident der USA 1933-45 160, 180.
- Rosenberg*, Alfred (1893-1946), NS-Politiker und -Ideologe insbesondere der Rassenlehre («Der Mythos des 20. Jahrhunderts», 1930) 46.
- Rumbold*, Sir Horace (1869-1941), brit. Botschafter in Berlin 1928 bis 1933 236.

- Sackett*, Frederic M. (1868-1941), Botschafter der USA in Berlin 1930 bis 1933 125.
- Saint-Just*, Louis A. (1767-1794), frz. Revolutionär, Anhänger Robespierres, mit ihm gestürzt und hingerichtet 44.
- Schacht*, Hjalmar (1877-1970), dt. Finanzpolitiker, Reichsbankpräsident 1924-30 und 1933-39, Reichswirtschaftsminister 1934-37 296, 322 ff.
- Schlageter*, Albert (1894-1923), dt. Offizier u. Freikorpskämpfer, 1923 weg. Sabotageaktionen im besetzten Ruhrgebiet von frz. Kriegsgericht zum Tode verurteilt u. hingerichtet 307.
- Schleicher*, Kurt von (1882-1934), dt. General und Politiker, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium 1929, Reichswehrminister 1932, Reichskanzler Dez. 1932-Jan. 1933, 1934 ermordet («Röhm-Putsch») 42, 51 f., 60, 94, III f., 118, 129, 132, 152, 175, 178.
- Schlüter*, Leonhard (geb. 1922), Mitglied der rechtsradikalen DRP bis 1951, Übertritt zur FDP, 1955 Kultusminister in Niedersachsen, Rücktritt nach 15 Tagen 359.
- Schmidt*, Helmut (geb. 1918), SPD-Politiker, Bundeskanzler 1974- 82 231.
- Schmitt*, Carl (geb. 1888), dt. Staatsrechtler 131, 212, 231.
- Scholl*, Hans u. Sophie (1918/21-43), Gründer des Widerstandskreises «Weisse Rose», 1943 hingerichtet 363.
- Schopenhauer*, Arthur (1788-1860), dt. Philosoph, Hauptwerk «Die Welt als Wille und Vorstellung» 1819, Vertreter des dt. Idealismus 76.
- Schroeder*, Kurt Frh. von (1889-1966), dt. Bankier, Förderer Hitlers und des Nationalsozialismus, in dessen Haus in Köln Hitler und Papen am 4. Januar 1933 zusammentrafen 179.
- Seldte*, Franz (1882-1947), Gründer des antirepublikanischen «Stahlhelms» 1918, 1931 mit Hitler und Hugenberg in der Harzburger Front, Reichsarbeitsminister 1933-45 58, 229.
- Seyss-Inquart*, Arthur (1892-1946), österr. NS-Politiker, 1938 als Nachfolger Schuschnigg zum Bundeskanzler ernannt, nach dem dt. Einmarsch Reichstatthalter bis 1939 279, 320.
- Sorel*, Georges (1847-1922), frz. Sozialist, Vertreter der Lehre vom revolutionären Syndikalismus 68.
- Spengler*, Oswald (1880-1936), dt. Geschichtsphilosoph, Hauptwerk «Der Untergang des Abendlandes» 1918-22 288.
- Stalin*, Josef W. (1879-1953), sowj. Politiker, seit 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, seit etwa 1927 unumschränkter Diktator 68, 72, 225, 227, 272, 283-286, 290 f., 300, 308, 314, 320, 356.
- Stampfer*, Friedrich (1874-1957), dt. Publizist und SPD-Politiker, Emigration 1933, Hrsg. des SPD-Exilblattes «Neuer Vorwärts» 314.

- Stoecker*, Adolf (1835-1909), dt. evang. Theologe und Politiker, Mitbegründer des politischen Antisemitismus im deutschen Kaiserreich 46, 177.
- Strasser*, Gregor (1892-1934), NS-Politiker, Reichsorganisationsleiter der NSDAP 1932, Führer der «soz. Opposition gegen Hitler», ermordet 1934 («Röhm-Putsch») 49, 52, 112, 162, 218.
- Stresemann*, Gustav (1878-1929), Parteivorsitzender der DVP, Reichskanzler 1923, Reichsausßenminister 1923-29, Friedensnobelpreis 1926 50, 129, 139, 305, 308 ff.
- Stücklen*, Richard (geb. 1916), CSU-Politiker, Präsident des Deutschen Bundestages 1979-1983, Vizepräsident 1976-79 und seit 1983 (Eröffnungssprache) 31-36.
- Talleyrand*, Charles Maurice (1794-1838), frz. Staatsmann 287.
- Thälmann*, Ernst (1886-1944), Vorsitzender der KPD seit 1925 112.
- Thorez*, Maurice (1900-1964), Generalsekretär der frz. KP 1930 bis 1964 307.
- Thyssen*, Fritz (1873-1951), dt. Industrieller, Unterstützung der NSDAP seit 1923, Emigration 1939, Autor des Buches «I Paid Hitler» 1940, verhaftet in Frankreich 1941, im KZ bis 1945 154, 159, 179, 266.
- Toynbee*, Arnold J. (1889-1975), brit. Historiker, Kulturtheoretiker und Geschichtsphilosoph 290.
- Troeltsch*, Ernst (1865-1923), evang. Theologe, Philosoph und Historiker 78.
- Trott zu Solz*, Hans Adam von (1909-1944), dt. Diplomat, Legationsrat im Auswärtigen Amt 1939, Widerstandskämpfer, hingerichtet 1944 323.
- Vansittart*, Sir (seit 1941 Lord) Robert G. (1881-1957), brit. Diplomat im Außenministerium 1928-38, Vertreter einer stark antideutschen Politik 226.
- Varga*, Jewgeni (1879-1964), Sowjet. Nationalökonom (ungarischer Emigrant), Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau, Berater Stalins 306.
- Venedey*, Jacob (1805-1871), Abgeordneter Hessens in der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche 1848-49 288.
- Vialon*, Friedrich Karl (geb. 1905), Leiter der Finanzabt. beim Reichskommissar für das Ostland zu Riga 1942-44, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1962-66 359.
- Wagemann*, Ernst (1884-1956), dt. Nationalökonom 161.
- Wagner*, Richard (1813-1883), dt. Komponist 46, 334.
- Wehner*, Herbert (geb. 1906), SPD-Politiker, Bundesminister für gesamttd. Fragen 1966-69, Fraktionsvorsitzender im Bundestag 1969-82; war seit

-
- 1927 KPD-Mitglied u. -Politiker, brach in der Emigration mit dem Kommunismus 357.
- Weizsäcker*, Richard von (geb. 1920), CDU-Politiker, Regierender Bürgermeister von Berlin seit 1981 (Eröffnungsansprache) 37-41.
- Wels*, Otto (1873-1939), SPD-Politiker, Parteivorsitzender 1919-33, Reichstags-Rede gegen Ermächtigungsgesetz 23.3.33, nach Emigration 1933 Leiter des Exilvorstandes der SPD 34, 55, 57, 235.
- Wilhelm II.* (1859-1941), dt. Kaiser, König von Preussen 1888-1918 (Zeit des «Wilhelminischen Deutschlands») 181, 230 f., 272, 274, 276, 305.
- Woroschilow*, Kliment J. (1881-1969), Sowjet. Politiker und Militär, Volkskommissar für Militärwesen bzw. Verteidigung 1925-40 285.
- Zehrer*, Hans (1899-1966), dt. Publizist, 1929-33 Herausgeber der Monatschrift «Die Tat», 1932/33 Herausgeber der «Täglichen Rundschau» 179.
- Zörgiebel*, Karl (1898-1961), SPD-Politiker, Polizeipräsident in Berlin 1926-30 112.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Deutschlands Weg in die Diktatur:
Referate u. Diskussionen; e. Protokoll/
Internat. Konferenz
im Reichstagsgebäude zu Berlin
zur Nationalsozialist. Machtübernahme.
Im Auftr. d. Histor. Komm. zu Berlin...
hrsg. von Martin Broszat... –
Berlin: Siedler, 1983.
ISBN 3-88680-099-7

NE: Broszat, Martin [Hrsg.];
Internationale Konferenz
zur Nationalsozialistischen Machtübernahme
,1983, Berlin, West‘

Redaktion Elisabeth Hefti,
Horst Nöcker, Jürgen Schmädeke
Lektorat Heide Masuch, Christian Schädlich
Satz Historische Kommission zu Berlin
Druck und Bindung Fuldaer Verlagsanstalt GmbH

© 1983 by Wolf Jobst Siedler GmbH, Berlin
Alle Rechte,
auch das der fotomechanischen Wiedergabe,
vorbehalten.

Printed in Germany 1983
ISBN 3-88680-099-7

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader